

**Das frühe Konzentrationslager Kemna  
und das sozialistische Milieu im Bergischen Land**

**INAUGURALDISSERTATION**

**zur**

**Erlangung des Grades eines Doktors der Philosophie**

**in der**

**FAKULTÄT FÜR GESCHICHTSWISSENSCHAFTEN**

**der**

**RUHR UNIVERSITÄT BOCHUM**

**vorgelegt**

**von**

**David Magnus Mintert**

Referent: Prof. Dr. Klaus Tenfelde

Korreferent: Prof. Dr. Volkmar Wittmütz

Tag der mündlichen Prüfung: 12. Juli 2007

Veröffentlicht mit Genehmigung  
der Fakultät für Geschichtswissenschaft  
der Ruhr Universität Bochum

<b>I EINLEITUNG.....</b>	<b>1</b>
Forschungsstand .....	6
Aufbau der Arbeit.....	12
Quellengrundlage und Quellenkritik.....	13
Der Untersuchungsraum.....	19
<b>II. DAS SOZIALISTISCHE MILIEU DES BERGISCHEN LANDES .....</b>	<b>26</b>
Anfänge bis 1878.....	27
Sozialistengesetz.....	30
Entfaltung bis 1914.....	34
Spaltung und Blütezeit .....	48
Milieubeschreibung Wuppertal 1932.....	57
<b>IV. SOZIALISTISCHES MILIEU UND PROTESTANTISMUS .....</b>	<b>60</b>
Protestantismus im Bergischen Land .....	61
Anmerkungen zum katholischen Milieu.....	63
Zum Verhältnis von Protestantismus und Sozialdemokratie .....	64
Die Bergischen Gemeinden und der Nationalsozialismus.....	73
<b>V. DER AUFSTIEG DER NSDAP .....</b>	<b>78</b>
Wuppertal – westdeutsche NSDAP-Hochburg .....	81
Die Sturmabteilung (SA) im Bergischen Land .....	86
Exkurs: Wilhelm Veller .....	89
Die Anfänge der Schutzstaffel (SS) im Bergischen Land .....	94

<b>VI. GEWALT IN DER POLITISCHEN AUSEINANDERSETZUNG VOR 1933 .</b>	<b>95</b>
<b>Politische Gewalt 1919 bis 1929.....</b>	<b>95</b>
<b>Die Phase der Radikalisierung 1930 bis 1932 .....</b>	<b>98</b>
<b>Die Eskalation im Juli 1932 .....</b>	<b>103</b>
<b>VII. DER TERROR DER NS-MACHTDURCHSETZUNG IN DER REGION...</b>	<b>107</b>
<b>1. Phase: 30. Januar 1933 bis zum Reichstagsbrand.....</b>	<b>107</b>
<b>2. Phase: nach dem Reichstagsbrand bis zum Ende der „Nationalen Erhebung“</b>	<b>109</b>
<b>3. Phase: von der Einrichtung des Lagers Kemna bis zur Entmachtung der     Führung der SA-Untergruppe.....</b>	<b>112</b>
<b>4. Phase: staatlicher Terror durch Gestapo und Justiz.....</b>	<b>113</b>
<b>Verfolgungsinstitutionen .....</b>	<b>114</b>
<b>Erste Wirkungen des Terrors .....</b>	<b>120</b>
<b>VIII DAS FRÜHE KONZENTRATIONSLAGER KEMNA .....</b>	<b>125</b>
<b>Entstehung des Lagers in Wuppertal .....</b>	<b>125</b>
<b>Lagerorganisation.....</b>	<b>138</b>
<b>Frühes oder „wildes“ KZ? Versuch einer Begriffsfindung.....</b>	<b>141</b>
<b>Die SA-Wachmannschaft .....</b>	<b>145</b>
<b>Die Kommandanten des Lagers.....</b>	<b>152</b>
<b>Terror und Repression – zur Funktion früher Konzentrationslager.....</b>	<b>155</b>
<b>Existenzbedingungen und Häftlingsgesellschaft.....</b>	<b>162</b>
<b>„Dissident, so etwas gibt es nicht mehr!“ – Volksmission im Konzentrationslager     .....</b>	<b>189</b>

<b>Schlaglichter aus der Lagergeschichte.....</b>	<b>203</b>
<b>Auflösung des Lagers .....</b>	<b>209</b>
Die SA 1934-1945 .....	217
<b>Juristische Aufarbeitung.....</b>	<b>220</b>
<b>Vergleich mit anderen frühen Konzentrationslagern in Preußen.....</b>	<b>232</b>
Vergleichbare Lager unter Kontrolle der SA .....	232
Vergleichbare Lager im Fokus der Zentralstaatsanwaltschaft.....	234
<b>Rezeption .....</b>	<b>235</b>
Karl Ibach 1947-1990 .....	235
Gedenken .....	237
<b>IX. AUSWERTUNG DER DATENSAMMLUNG „KEMNA-HÄFTLINGE“ .....</b>	<b>241</b>
<b>Gesamtzahl der Kemna-Häftlinge .....</b>	<b>242</b>
<b>Analyse der Häftlingsgesellschaft.....</b>	<b>244</b>
<b>Verhaltenstypen .....</b>	<b>255</b>
Verrat .....	255
Anpassung .....	258
Passive Milieubewahrung – Distanz zum Unrecht.....	260
Widerstand.....	264
<b>Biogramme .....</b>	<b>274</b>
Oskar Hoffmann (1877 – 1953).....	274
Wilhelm Enz (1878 – 1966) .....	276
Friedrich Senger (1886 – 1936).....	279
Fritz Braß (1889 – 1944) .....	282
Paul Hedfeld (1899 – 1963).....	284
Theo Deis (1899 – 1969) .....	286
Emil Limberg (1908 – 1937) .....	288
Ludwig Vorberg (*1911).....	289

<b>X DAS SOZIALISTISCHE MILIEU NACH DER DRITTEN TERRORPHASE</b>	<b>290</b>
Die erste Prozesswelle.....	290
„Volksabstimmung“ im August 1934.....	303
Die zweite Prozesswelle .....	309
Milieuerosion.....	311
Resistenz und Widerstand 1937-1945 .....	314
Ausblick auf das Milieu nach 1945 .....	322
<b>XI. RESÜMEE</b> .....	<b>329</b>
Epilog: Anmerkungen zur Protestantisierung der Wuppertaler SPD.....	332
<b>XII. QUELLENVERZEICHNIS</b> .....	<b>335</b>
Archivalische Quellen.....	335
Periodika .....	336
Zeitgenössische Schriften .....	336
<b>XIII. LITERATURVERZEICHNIS</b> .....	<b>338</b>
<b>ANHANG</b> .....	<b>369</b>
Verzeichnis der Abbildungen und Tabellen.....	369
Abkürzungsverzeichnis.....	372
Karten, Dokumente, Kalendarium (Seiten A bis H).....	373

## I Einleitung

**„Wer sich dem Staat nicht anzupassen weiß,  
wird mit Brachialgewalt niedergeschlagen werden.“**

Dieser Satz aus der Antrittsrede des Polizeipräsidenten in Wuppertal aus dem Jahr 1933 zeigt unmissverständlich, dass Gewalt und Terror von Anfang an integrale und konstituierende Bestandteile des NS-Regimes waren. Gewalt wurde als zentrales Element der Herrschaft von der politischen Machtdurchsetzung der Formierungsphase bis zur Machtsicherung in den letzten Tagen des Zweiten Weltkriegs eingesetzt. Erst der durch den Terror verbreitete Schrecken schuf die Voraussetzungen für die Wirkung anderer regimestabilisierender Faktoren, wie die „Selbstnazifizierung“ der Deutschen durch die „Sogkraft“ des Regimes<sup>2</sup> und die materiellen Vorteile einer „Gefälligkeitsdiktatur“<sup>3</sup>.

Der von Ernst Fraenkel bereits 1941 als „Doppelstaat“ charakterisierte NS-Staat war sowohl Maßnahmenstaat, der mit seiner „Verfassungsurkunde“, der „Notverordnung zum Schutz von Volk und Staat“, nach dem Reichstagsbrand wirksam wurde, als auch Normenstaat, der scheinbare Normalität in allen systemkonformen Gesellschaftsbereichen aufrecht erhielt.<sup>4</sup>

Der Terror des Maßnahmenstaats manifestierte sich in frühen Konzentrationslagern, von denen seit März 1933 etwa 100 eingerichtet wurden. Die Lager richteten sich in erster Linie gegen die Organisationen der sozialistischen Arbeiterbewegung, die aus Sicht der sich etablierenden NS-Regierung die größte Bedrohung darstellten. Die Wirkungen der gewaltsamen Machtdurchsetzung und die Reaktionen des sozialistischen Milieus sollen in der vorliegenden Arbeit untersucht werden.

Die Quellenlage lässt eine systematische, empirische Untersuchung des NS-Terrors, seiner Wirkungen und der ineinander übergehenden Verhaltensdispositionen von Verfolgung, Anpassung und Widerstand nur im Rahmen einer

---

<sup>1</sup> „Polizeipräsident Veller in sein Amt eingeführt“, in: GA 11.07.1933.

<sup>2</sup> Norbert Frei: Epochenjahr 1933, Der 30. Januar entschwindet dem historischen Bewusstsein, in: Ders.: 1945 und wir, Das Dritte Reich im Bewusstsein der Deutschen, 2005, S. 83-96, hier: S. 92.

<sup>3</sup> Götz Aly: Hitlers Volksstaat, Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus, Frankfurt am Main 2005, S. 49-90.

<sup>4</sup> Ernst Fraenkel: Der Doppelstaat, Bearbeitete Neuausgabe des 1941 unter dem Titel "The dual state" zuerst in Oxford erschienenen Buches, Hamburg 2001, S. 55/56.

Lokal- und Regionalstudie zu.<sup>5</sup> Der bergische Raum und das frühe Konzentrationslager in Wuppertal sind aufgrund des ambivalenten Kräfteverhältnisses zwischen NSDAP und den Arbeiterparteien sowie der darin begründeten affektuellen Zuspitzung der Gewalt als Fallstudie besonders geeignet.

Der Schritt, Widerstand gegen das NS-Regime zu leisten, war immer eine individuelle Entscheidung. Diese Entscheidung war aber nicht voraussetzungslos, sondern wurde von den in spezifischen sozialen Erfahrungsräumen herausgebildeten, kollektiv vermittelten Einstellungen und Wertorientierungen geprägt.

Der traditionelle, auf Handlungen zur aktiven Beseitigung des NS-Regimes ausgerichtete Widerstandsbegriff wurde zusätzlich durch den Begriff der Resistenz erweitert, der Versuche charakterisiert, sich der vollständigen Durchdringung der Gesellschaft durch den Nationalsozialismus entgegen zu stellen und dessen höchstes Potenzial im katholischen und sozialdemokratischen sozial-moralischen Milieu verortet ist.<sup>6</sup> Kritiker sahen dagegen im Resistenz-Begriff die Gefahr einer Trivialisierung des politischen Widerstands durch Aufwertung jeder nicht konformen Alltagshandlung zu widerständigem Verhalten.<sup>7</sup>

Detlef Peukert hat 1982 ein Pyramidenmodell zur Skalierung abweichenden Verhaltens entworfen, das von Nonkonformität über Verweigerung und Protest bis hin zu den wenigen Fällen von Widerstand in der Spitze der Pyramide führt.<sup>8</sup> Ian Kershaw hat dieses Modell weiterentwickelt und verwendet dazu das Bild von ineinanderfließenden konzentrischen Kreisen: „außen ein weiter Dissensbrei, darin ein engeres, doch keineswegs schmales Oppositionsband und im Zentrum ein kleiner Kreis fundamentaler

---

<sup>5</sup> Andreas Wirsching: Nationalsozialismus in der Region, Tendenzen der Forschung und methodische Probleme, in: Horst Möller, Andreas Wirsching und Horst Ziegler: Nationalsozialismus in der Region, Beiträge zur regionalen und lokalen Forschung und zum internationalen Vergleich, München 1996, S. 25-46, hier: S. 27/28; 38-42.

<sup>6</sup> Martin Broszat, Resistenz und Widerstand, Eine Zwischenbilanz des Forschungsprojekts, in: Ders. u.a., Bayern in der NS-Zeit, Bd. IV, München 1983, S. 691-709. Siehe auch Klaus Tenfelde, Soziale Grundlagen von Resistenz und Widerstand, in: Jürgen Schmäddecke & Peter Steinbach, Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus. Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler, München/ Zürich 1985, S. 799-812.

<sup>7</sup> Ian Kershaw: Der NS-Staat, Geschichtsinterpretationen und Kontroversen im Überblick, Reinbek bei Hamburg 1999, S. 296.

<sup>8</sup> Detlev Peukert: Volksgenossen und Gemeinschaftsfremde, Köln 1982, S. 97.



Opposition“.<sup>9</sup> In der vorliegenden Arbeit wird zur Typisierung des Verhaltens unterhalb der Schwelle aktiven Widerstands die 1996 von Detlef Schmiechen-Ackermann vorgeschlagene Unterscheidung in Verräter, Entpolitisierte/Orientierungs-lose sowie Resistente verwendet.<sup>10</sup>

Seit dem Maßstäbe setzenden Projekt des Instituts für Zeitgeschichte „Bayern in der NS-Zeit“<sup>11</sup> hat der Milieubegriff in der Widerstandsforschung große Bedeutung erlangt, weil er diesen sozialen Kontext und damit das Spannungsfeld zwischen Individuum und Gruppenprägung, zwischen subjektivem Bewusstsein und kollektiven Strukturen zu erfassen hilft.

Der Terminus des sozial-moralischen Milieus geht auf das erstmals Mitte der 1960er Jahre entwickelte Konzept von Mario Reiner Lepsius zurück, der im deutschen Kaiserreich analog zu den großen politischen Richtungen vier sozial-moralische Milieus ausmachte.<sup>12</sup> Die Forschung ist sich inzwischen weitgehend einig, dass nur die beiden großen, durch Außendruck entstandenen Milieus, das katholische und das sozialdemokratische, konzeptionell zielführend sind.<sup>13</sup>

Die wichtigsten milieubildenden Faktoren lassen sich bei der Konstituierung sowohl des katholischen wie des sozialdemokratischen Milieus nachweisen: eine globale Minderheitenposition, eine klare Oppositionsrolle, ein ausgeprägtes Vereinswesen als Rückgrat sowie Grundzüge einer ständischen Vergesellschaftung.<sup>14</sup>

Die Ursprünge der sozialdemokratischen Milieubildung liegen in der Disposition der politischen Arbeiterbewegung im wilhelminischen Kaiserreich. Das sozialdemokratische Milieu konstituierte sich während der Zeit des Sozialistengesetzes und entfaltete sich bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs. Dabei löste sich das sozialdemokratische Milieu aus dem stark an

---

<sup>9</sup> Kershaw, NS-Staat, S. 313/314.

<sup>10</sup> Schmiechen-Ackermann, Arbeitermilieus, S. 674.

<sup>11</sup> Martin Broszat, Elke Fröhlich und Falk Wiesemann (Hg.): Bayern in der NS-Zeit, 6 Bde., München, Wien 1977-1983.

<sup>12</sup> Zusätzlich zu den genannten definiert er ein konservativ-protestantisches und ein liberal-protestantisches Milieu. M. Rainer Lepsius: Parteiensystem und Sozialstruktur, Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft, in: Gerhard A. Ritter, Deutsche Parteien vor 1918, Köln 1973, S. 56-80.

<sup>13</sup> Klaus Tenfelde: Generationelle Erfahrungen in der Arbeiterbewegung bis 1933, in: Klaus Schönhoven und Bernd Braun: Generationen in der Arbeiterbewegung, München 2005, S. 17-49, hier: S. 27.

<sup>14</sup> Klaus Tenfelde: Milieus, politische Sozialisation und Generationenkonflikte im 20. Jahrhundert, Bonn 1998, S. 17-19.

Bindungskraft verlierenden Protestantismus, der die aufstrebende Arbeiterbewegung von Anfang an als Bedrohung wahrnahm.

Es ist in der Forschung umstritten, ob die parteipolitische Spaltung der sozialistischen Arbeiterbewegung 1917 auch den Beginn einer Aufspaltung des Milieus in einen sozialdemokratischen und einen kommunistischen Teil zur Folge hatte und Ausgangspunkt der Herausbildung eigenständiger Milieus wurde.

Klaus Michael Mallmann sprach in seiner Sozialgeschichte der Kommunisten in der Weimarer Republik von einer trotz der tief greifenden politischen Spaltung weiter bestehenden Einbindung der Anhänger beider großer Arbeiterparteien in die Strukturen „links-proletarischer Milieus“.<sup>15</sup> Diese These kritisierte beispielsweise Andreas Wirsching, der Mallmann den Versuch vorwarf, „die Spaltung der deutschen Arbeiterbewegung in einem gleichsam heroischen historiographischen Akt“ aufzuheben. Wirsching betonte stattdessen die Stalinisierung der KPD als Ursache einer Milieuspaltung.<sup>16</sup>

In der vorliegenden Arbeit wird dagegen von einem nach wie vor vorhandenen parteiübergreifenden Milieuzusammenhalt ausgegangen. In Anlehnung an Detlef Schmiechen-Ackermann wird sozialistisches Milieu definiert als der in weiten Bereichen noch durch gemeinsame Traditionen, Deutungsmuster und Einstellungen sowie durch alltägliche Erfahrungen im Betrieb, im Wohnviertel, in den Milieuvereinen vermittelte Lebenszusammenhang derjenigen Menschen, die sich vor 1933 der Arbeiterbewegung zugehörig fühlten und eine der linken Arbeiterparteien wählten.<sup>17</sup> Diese idealtypische Definition beschreibt einen Zustand, der durch die Spaltungspolitik der KPD seit Ende der 1920er Jahre immer mehr geschwächt wurde, aber durch noch zu beschreibende milieustabilisierende Faktoren nicht vollständig verloren ging.

---

<sup>15</sup> Klaus-Michael Mallmann: *Kommunisten in der Weimarer Republik, Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung*, Darmstadt 1996.

<sup>16</sup> Andreas Wirsching: "Stalinisierung" oder entideologisierte "Nischengesellschaft"? Alte Einsichten und neue Thesen zum Charakter der KPD in der Weimarer Republik, in: *VfZ* 45 (1997), S. 449-466. Vgl. auch die Erwiderung Mallmanns: Gehorsame Parteisoldaten oder eigensinnige Akteure? Die Weimarer Kommunisten in der Kontroverse, Eine Erwiderung, in: *ZfG* 41 (1999), S. 99-116.

<sup>17</sup> Detlef Schmiechen-Ackermann, *Nationalsozialismus und Arbeitermilieus, Der nationalsozialistische Angriff auf die proletarischen Wohnquartiere und die Reaktion in den sozialistischen Vereinen*, Bonn 1998, S. 48.

Der Konzept der Generation eignet sich gut als Kategorie zur Beschreibung gruppenbiografischer Gemeinsamkeiten. Bei der Analyse der Zusammensetzung der Häftlingsgesellschaft werden zwei Generationenmodelle zugrunde gelegt.

Nach Klaus Tenfelde ist die Milieu- und Generationsbildung in der Arbeiterbewegung untrennbar miteinander verschmolzen. Die Milieustrukturen als wirkungsmächtigste außerfamiliäre Sozialisationsinstanz hegten die nachfolgenden Generationen ein, sodass Generationenkonflikte bis 1933 auch weitgehend intern ausgetragen wurden.<sup>18</sup>

Neben den Milieugenerationen werden als weiterer generationsbildender Aspekt die alle bisherige Erfahrung sprengenden Erlebnisse des Ersten Weltkriegs hinzugezogen. Der Weltkrieg war aus der Perspektive der Frontkämpfer, der Kriegskinder und –jugendlichen sowie der Nachgeborenen lebensgeschichtlich das prägende Ereignis.<sup>19</sup>

Dieses „gigantische Initiationsritual“<sup>20</sup> war nicht milieuspezifisch, sondern verband die in Frage kommenden Jahrgangskohorten aller „sozialmoralischen Milieus“.

Die Brutalisierung durch die Fronterfahrungen wird auch gemeinhin als Ursprung der wachsenden Bereitschaft zur Anwendung von politischer Gewalt in der Weimarer Republik interpretiert. Gewalt wird hier verstanden als die gezielte Verletzung der körperlichen Unversehrtheit eines Anderen und die Ausübung von Zwang. Politisch intendiert ist Gewalt dann, wenn sie neben dem Zielobjekt auch ein politisches System oder ein als gegnerisch verstandenes politisches Konzept treffen will.<sup>21</sup> Besonders die auf John Dollard zurückgehende Theorie der relativen Deprivation hat sich als hilfreich erwiesen, besonders für die interpretatorische Annäherung an die Ursachen der von der SA ausgeübten Gewalt. Als Reaktion auf Frustrationen wie Abstiegserfahrungen und Ängste, soziale Isolation und fehlende Zukunftsperspektiven stieg das Aggressionspotenzial.<sup>22</sup>

---

<sup>18</sup> Tenfelde, Generationelle Erfahrungen, S. 26-29.

<sup>19</sup> Sven Reichardt: Faschistische Kampfbünde, Gewalt und Gemeinschaft im italienischen Squadristum und in der deutschen SA, Köln 2002, S. 365/366.

<sup>20</sup> Mallmann, Kommunisten, S. 109.

<sup>21</sup> Dirk Schumann: Politische Gewalt in der Weimarer Republik 1918-1933, Kampf um die Straße und Furcht vor dem Bürgerkrieg, Essen 2001, S. 15/16.

<sup>22</sup> John Dollard, Leonhard W. Doob u.a.: Frustration und Aggression, Weinheim 1971.

## Forschungsstand

Zur Arbeiterbewegung im Bergischen Land ist eine vergleichsweise breite Literatur vorhanden. Was bis heute fehlt, ist eine Überblicksdarstellung zur Geschichte des sozialistischen Milieus, sodass es für die Themenstellung der vorliegenden Studie nötig war, neben der Literaturlauswertung auch Primärquellen heranzuziehen.

Vier Arbeiten befassen sich anhand unterschiedlicher Fragestellungen mit der gesamten Region des Bergischen Landes. Rudolf Boch und Manfred Krause veröffentlichten 1983 ein Lesebuch zur Geschichte der Arbeiterschaft, das in kurzen Kapiteln einen Überblick von der Frühindustrialisierung bis zum Ende der 1940er Jahre bietet.<sup>23</sup> Im gleichen Jahr erschien Inge Marßoleks Arbeit über die Arbeiterbewegung nach dem Krieg.<sup>24</sup> Im Jahr 1984 legte die Projektgruppe zur Geschichte Bergischer Genossenschaften ihre Ergebnisse vor<sup>25</sup> und im Jahr 2000 erschien Reiner Rhexus' materialreicher Band zum Kappputsch im Bergischen Land, der auch zahlreiche Facetten der Arbeiterkultur aufgreift.<sup>26</sup>

Zu Wuppertal sind Aufsätze und Monografien unter anderem zu folgenden Aspekten der Arbeiterbewegungsgeschichte erschienen: SPD<sup>27</sup>, Novemberrevolution<sup>28</sup>, USPD<sup>29</sup>, FAUD<sup>30</sup>, KJVD<sup>31</sup> und Reichsbanner<sup>32</sup>. Außerdem sind

---

<sup>23</sup> Rudolf Boch und Manfred Krause: Historisches Lesebuch zur Geschichte der Arbeiterschaft im Bergischen Land, Köln 1983.

<sup>24</sup> Inge Marßolek: Arbeiterbewegung nach dem Krieg (1945-1948), Am Beispiel Remscheid, Solingen, Wuppertal, Frankfurt a.M. 1983.

<sup>25</sup> Projektgruppe 'Geschichte Bergischer Genossenschaften': Vorwärts Befreiung, Genossenschaftliche Selbsthilfe im Bergischen Land, Essen 1984.

<sup>26</sup> Reiner Rhexus: Spurensicherung 1920, Der Arbeiteraufstand gegen den Kapp-Putsch und die damalige Arbeiterkultur im Bergischen Land, Essen 2000.

<sup>27</sup> Hermann Herberichs: Zur Geschichte der SPD in Wuppertal, Ein Beitrag zum Hundertjahr-Jubiläum, Wuppertal 1963; SPD-Unterbezirk Wuppertal (Hg.): 1929-1979 Sozialdemokraten in Wuppertal, Wuppertal 1979.

<sup>28</sup> Hans-Ulrich Knies: Arbeiterbewegung und Revolution in Wuppertal, Entwicklung und Tätigkeit der Arbeiter- und Soldatenräte in Elberfeld und Barmen, in: Reinhard Rürup: Arbeiter- und Soldatenräte im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, Studien zur Geschichte der Revolution 1918/19, Wuppertal 1975, S. 83-153.

<sup>29</sup> Ulrich Meyer: Die Spaltung der USPD im Jahre 1920 unter besonderer Berücksichtigung der USPD im Wuppertal, masch. Staatsexamensarbeit, Münster 1980.

<sup>30</sup> Ulrich Klan und Dieter Nelles: Es lebt noch eine Flamme, Rheinische Anarcho-syndikalisten/-innen in der Weimarer Republik und im Faschismus, Grafenau 1990.

<sup>31</sup> Stephan Stracke: Mit rabenschwarzer Zuversicht, Kommunistische Jugendliche in Wuppertal 1916-1936, Grafenau 1998.

<sup>32</sup> David Magnus Mintert: 'Sturmtrupp der Deutschen Republik', Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold im Wuppertal, Grafenau 2002.

zahlreiche Lebenserinnerungen und Biografien von Angehörigen des sozialistischen Milieus publiziert worden.

Zu Solingen veröffentlichte Willi Esser 1978 eine Chronik der Arbeiterbewegung.<sup>33</sup> Volker Wunderich untersuchte am Solinger Beispiel exemplarisch die Kommunalpolitik der KPD in der Weimarer Republik.<sup>34</sup> Zu Remscheid ist die komparatistische Arbeit von Erhard Lucas aus dem Jahr 1976<sup>35</sup> und die 2004 erschiene Festschrift der SPD zu nennen<sup>36</sup>.

Zur Phase der Reorganisation der Parteien nach 1945 finden sich zahlreiche Hinweise in der Studie Till Kösslers über Kommunisten in Westdeutschland 1945 bis 1968.<sup>37</sup>

Ausgangspunkt der deutschen historischen Konzentrationslagerforschung war die Veröffentlichung von Martin Broszat aus dem Jahr 1967, ursprünglich geschrieben als Teil des Gutachtens des Instituts für Zeitgeschichte zum ersten Frankfurter Auschwitzprozess.<sup>38</sup> Broszat befasste sich in seiner Studie auch eingehend mit der Machtdurchsetzungsphase, die er „Phase der revolutionären Machtübernahme“ nannte.

Die nachfolgende Forschung konzentrierte sich dagegen auf die Lager unter dem Dach der Inspektion der Konzentrationslager (IKL) und dabei besonders auf die bekannten Hauptlager. Die Erforschung der frühen Lager der Jahre 1933 bis 1936 wie auch das Nebenlagersystem blieb lange Zeit ein Desiderat.

Die erste, wenn auch knappe Einzelstudie über ein frühes Lager von Lawrence D. Stokes erschien 1979 über Eutin in Oldenburg.<sup>39</sup> In den 1980er Jahren folgten Arbeiten unterschiedlicher Qualität über die Lager Missler, Dachau, Kühlen, Oberer Kuhberg und die Moorklager im Emsland.

---

<sup>33</sup> Willi Esser: Geschichte und Chronik der Solinger Arbeiterbewegung der letzten 60 Jahre, Solingen 1978.

<sup>34</sup> Volker Wunderich: Arbeiterbewegung und Selbstverwaltung, KPD und Kommunalpolitik in der Weimarer Republik, Mit dem Beispiel Solingen, Wuppertal 1980.

<sup>35</sup> Erhard Lucas: Zwei Formen von Radikalismus in der deutschen Arbeiterbewegung, Frankfurt am Main 1976.

<sup>36</sup> SPD-Unterbezirk Remscheid (Hg.): Zur Geschichte der Remscheider Sozialdemokratie, 'Die Treue einer kleinen Schar', Festschrift anlässlich des 140jährigen Bestehens der deutschen Sozialdemokratie, Remscheid o. J. [2004].

<sup>37</sup> Till Kössler: Abschied von der Revolution, Kommunisten und Gesellschaft in Westdeutschland 1945-1968, Düsseldorf 2005.

<sup>38</sup> Martin Broszat: Die nationalsozialistischen Konzentrationslager 1933-1945, in: Hans Buchheim, Martin Broszat u.a.: Anatomie des SS-Staates, Bd. 2, 1967, S. 11-133.

<sup>39</sup> Lawrence D. Stokes: Das Eutiner Schutzhaftlager, Zur Geschichte des "wildem" Konzentrationslagers Eutin, in: VfZ 27 (1979), S. 570-625.

Seit den 1990er Jahren hat sich die Forschungssituation auf dem Gebiet der frühen Konzentrationslager deutlich verbessert. Johannes Tuchels Organisationsgeschichte der IKL aus dem Jahr 1991 nimmt auch die frühen Lager in den Blick und entwickelt ein überaus hilfreiches Modell zur Funktion der Lager in der Machtdurchsetzungsphase.<sup>40</sup>

Klaus Drobisch und Günther Wieland legten 1993 eine breite Überblicksstudie der Konzentrationslager der Jahre 1933 bis 1939 vor, die sich ausführlich mit den ersten Lagern befasst und für diesen Bereich als Standardwerk gelten muss.<sup>41</sup> Einschränkend ist anzumerken, dass die Autoren in vielen Fällen keine Quellen auswerten konnten und stattdessen auf eine Analyse der vorhandenen Häftlingerinnerungsberichte und der spärlichen Literatur angewiesen waren.

Zu nennen ist auch Karin Orths 1999 vorgelegte Studie über das Konzentrationslagersystem, die den frühen Lagern aber nur wenig Aufmerksamkeit widmet.<sup>42</sup>

Einen erheblichen Erkenntnisfortschritt brachten die ersten drei Bände der von Wolfgang Benz und Barbara Distel herausgegebenen, inzwischen acht Bände umfassenden Reihe „Geschichte der Konzentrationslager 1933-1945“.<sup>43</sup> Die Bände vereinen 42 Aufsätze zu den wichtigsten frühen Lagern, die in den meisten Fällen einen quellengestützten Überblick über die Lagergeschichte, Unterstellungsverhältnisse, Wachmannschaft und Häftlinge bieten und eine erste verlässliche Grundlage der weiteren Forschung darstellen.

Jüngst sind zwei neue Dissertationen zu frühen Lagern erschienen.

Dirk Luerßen promovierte 2001 am Fachbereich Sozialwissenschaften der Universität Osnabrück über die Insassen der frühen Moor-

---

<sup>40</sup> Johannes Tuchel: Konzentrationslager, Organisationsgeschichte und Funktion der 'Inspektion der Konzentrationslager' 1934-1938, Boppard am Rhein 1991; Vgl. auch Ders.: Organisationsgeschichte der 'frühen' Konzentrationslager, in: Wolfgang Benz und Barbara Distel: Instrumentarium der Macht, Frühe Konzentrationslager 1933-1937, Berlin 2003, S. 9-26; Ders.: Organisationsgeschichte der "frühen" Konzentrationslager, in: Wolfgang Benz und Barbara Distel: Die Organisation des Terrors, München 2005, S. 43-57.

<sup>41</sup> Klaus Drobisch und Günther Wieland: System der NS-Konzentrationslager 1933-1939, Berlin 1993, besonders S. 11-182.

<sup>42</sup> Karin Orth: Das System der nationalsozialistischen Konzentrationslager, Eine politische Organisationsgeschichte, Hamburg 1999, S. 23-26.

<sup>43</sup> Wolfgang Benz und Barbara Distel (Hg.): Terror ohne System, Berlin 2001; Dies.: Herrschaft und Gewalt, Berlin 2002; Dies.: Instrumentarium der Macht, Berlin 2003.

Konzentrationslager.<sup>44</sup> Dabei untersucht er anhand von 1.306 Kurzbiografien ehemaliger Häftlinge Herkunft, Milieubindungen sowie das Verhalten während und nach der Haft. Er unterscheidet zwischen den Häftlingsgruppen Kommunisten, Sozialdemokraten, Christen, Juden, Zeugen Jehovas, Homosexuelle und „Kriminelle“ und macht drei Verhaltenskategorien aus: Vermeidung neuer Konflikte mit dem Regime, Rückkehr in den Widerstand und Widerstand ohne Rücksicht auf Leib und Leben. Ohne genauer zu quantifizieren, rechnet er die Mehrheit der ehemaligen Schutzhäftlinge den ersten beiden Kategorien zu, während die Dritte von einer kleiner Gruppe besonders aus dem Bereich der Zeugen Jehovas gebildet wird.<sup>45</sup> Die vollständig wiedergegebenen Biografien beschränken sich den meisten Fällen auf wenige Sätze und beinhalten soweit bekannt und vorhanden Informationen zu Geburtsort und Datum, Beruf, Religion, Parteimitgliedschaft- und -funktionen, Mandaten, Umständen der Festnahme, Haftstationen, Haft in den Moorlagern, gesundheitlichen Schäden und dem Leben nach der Haft.<sup>46</sup>

Carina Baganz' Arbeit über die frühen Konzentrationslager in Sachsen nahm die Fakultät Geisteswissenschaften der TU Berlin 2004 als Dissertation an.<sup>47</sup>

Zusammenfassend ist ein nach wie vor erheblicher Forschungsbedarf zu frühen Konzentrationslagern insbesondere in Preußen zu konstatieren.

Dies trifft auch auf das frühe Konzentrationslager Kemna zu, das überregional zu den bekanntesten frühen Lagern gehört<sup>48</sup> und in der Region um Wuppertal bis heute ein fester Begriff ist, in der Forschung aber nur wenig Aufmerksamkeit erhielt.

Im Rahmen des Geschichtswettbewerbs des Bundespräsidenten 1980 legte Olaf Wunder eine in Auszügen veröffentlichte Arbeit über das Lager Kemna auf Grundlage der Prozessakten von 1948 und ausführlicher Interviews mit zwei ehemaligen Häftlingen aus Remscheid vor, die eine Reihe neuer Er-

---

<sup>44</sup> Dirk Lüerßen: "Wie sind die Moorsoldaten", Die Insassen der frühen Konzentrationslager im Emsland 1933 bis 1936, Biographische Untersuchungen zum Zusammenhang zwischen kategorialer Zuordnung der Verhafteten, deren jeweiligen Verhaltensformen im Lager und den Auswirkungen der Haft auf die weitere Lebensgeschichte, Diss. Universität Osnabrück, 2002.

<sup>45</sup> Ebd., S. 7/8, 476-478.

<sup>46</sup> Kurzbiografien, ebd., S. 227-464.

<sup>47</sup> Carina Baganz: Erziehung zur "Volksgemeinschaft"? Die frühen Konzentrationslager in Sachsen 1933-34/37, Berlin 2005.

<sup>48</sup> „[...] so bekannte Terrorstätten wie Kemna (Wuppertal) und Oranienburg bei Berlin [...]“, Vorwort zu Benz/Distel, Terror ohne System, S. 11.

kenntnisse enthält, allerdings durch fehlende Distanz zu den Aussagen der Interviewten unter ideologischer Einfärbung und hoher Emotionalität leidet.<sup>49</sup> 1984 veröffentlichte das Wuppertaler Stadtarchiv eine hilfreiche Sammlung zeitgenössischer Quellen zum KZ Kemna.<sup>50</sup>

Einen instruktiven Einblick in die Hintergründe der juristischen Aufarbeitung der Kemna-Verbrechen in den Jahren 1934-1936 gibt die 1988 erschienene Studie Lothar Gruchmanns zur Justiz im „Dritten Reich“.<sup>51</sup> Gruchmann rekonstruiert auf Grundlage der Akten des Reichsjustizministeriums und des Nürnberger Juristen-Prozesses das Ermittlungsverfahren, welches im Auftrag der Zentralstaatsanwaltschaft nach der Entmachtung der SA im Zuge der "Röhm-Affäre" gegen die Kemna-Täter eingeleitet und 1936 durch Führererlass niedergeschlagen wurde.

Im ersten Band der erwähnten Reihe „Geschichte der Konzentrationslager 1933-1945“ ist ein Aufsatz zur Kemna von Markus Meckl erschienen, der leider unter einer zu geringen Quellendichte und der offensichtlichen Unkenntnis des Autors über die regionalen Verhältnisse leidet. So werden die aus Teilen der Akten des Kemna-Prozesses gewonnenen Erkenntnisse zwar zu einer weitgehend zutreffenden Skizze des Lagers verdichtet, diese schwebt aber im luftleeren Raum, weil sie, anders als in anderen Aufsätzen der Reihe, nicht in die historischen Zusammenhänge eingeordnet wird. Auch bezieht Meckl die Ergebnisse der Studie Gruchmanns nicht ein.<sup>52</sup>

Insgesamt ist die Forschungssituation zur Kemna mit Ausnahme der rechtshistorischen Studie Gruchmanns unbefriedigend.

Etwas besser ist die Situation im Bereich von Lokalstudien zu Verfolgung und Widerstand im Kemna-Einzugsgebiet. Zu Radevormwald besteht die

---

<sup>49</sup> Olaf Wunder: Den Frieden, die Freiheit, das Recht? Unterdrückung des proletarischen Widerstandes im KZ Kemna, Manuskript zum Schülerwettbewerb des Bundespräsidenten, Remscheid 1980; Olaf Wunder: Das KZ Kemna, in: Dieter Galinski u.a.: Nazis und Nachbarn, Schüler erforschen den Alltag im Nationalsozialismus, Reinbek 1982, S. 234-247.

<sup>50</sup> Uwe Eckardt / Elke Brychta (Hg.): KZ Kemna 1933-1934, Eine Quellendokumentation, Wuppertal 1984.

<sup>51</sup> Lothar Gruchmann: Justiz im Dritten Reich 1933-1940, Anpassung und Unterwerfung in der Ära Gürtner, München 1988.

<sup>52</sup> Markus Meckl: „Herr Obersturmbannführer bauen Sie mir schnell eine Kapelle“, Das Konzentrationslager Kemna in Wuppertal, in: Benz/Distel: Terror, S. 163-177.



Möglichkeit, auf die 1987 verfasste Staatsexamensarbeit Gerhard Bergs und zwei jüngst erschienene Broschüren zurückzugreifen.<sup>53</sup>

Für Remscheid sind die verschiedenen Arbeiten Armin Breitenbachs zu nennen, der unter anderem einen Band mit Lebensdaten von 741 verfolgten Remscheiderinnen und Remscheidern vorgelegt hat,<sup>54</sup> und weiterhin der Sammelband „Remscheid in der Zeit des Nationalsozialismus“.<sup>55</sup>

Zur KPD-Hochburg Solingen existiert ein kleines Buch im Stil kommunistischer Widerstandskämpfer-Hagiographien aus dem Jahr 1975.<sup>56</sup>

Zu Wuppertal sind neben der inzwischen neunbändigen Reihe der Forschungsgruppe Wuppertaler Widerstand mehrere von Klaus Goebel herausgegebene Sammelbände zur NS-Geschichte der Stadt erschienen.<sup>57</sup>

Den neuesten Forschungsstand bilden zwei aktuelle Publikationen der Begegnungsstätte Alte Synagoge ab.<sup>58</sup>

Zu Duisburg liegen die bisher unübertroffene Studie Kuno Bludaus „Gestapo – geheim!“ aus dem Jahr 1974 und die beiden leider sehr unstrukturierten Bände „Tatort Duisburg“ aus dem Umfeld der Duisburger Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) vor.<sup>59</sup>

---

<sup>53</sup> Gerhard Berg: Die politische und wirtschaftliche Situation in Radevormwald 1924-1934 unter besonderer Berücksichtigung der nationalsozialistischen Machtdurchsetzung, Examensarbeit Universität Wuppertal, 1987; Wolfgang Motte: Hochstimmung und Furcht in Radevormwald zu Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft in den Jahren 1933 und 1934, Radevormwald 2004; Hans Dürhager, Dietrich Hoffmann und Wolfgang Motte: Begleitheft zu den Gedenktafeln am Bürgerhaus in Radevormwald, o. O. [Radevormwald] o. J. [2005].

<sup>54</sup> Armin Breidenbach: Widerstand und Verfolgung in Remscheid 1933-1945, Remscheider Widerstandskämpferinnen und –kämpfer, Oppositionelle und Verfolgte, Berlin 1992.

<sup>55</sup> Michael Mahlke: Remscheid in der Zeit des Nationalsozialismus, Remscheid 1995.

<sup>56</sup> Inge Sbosny / Karl Schabrod: Widerstand in Solingen, Aus dem Leben antifaschistischer Kämpfer, Frankfurt a. M. 1975.

<sup>57</sup> Klaus Goebel (Hg.): Wuppertal in der Zeit des Nationalsozialismus, Wuppertal<sup>2</sup>1984; Ders. (Hg.): Über allem die Partei, Schule, Kunst, Musik in Wuppertal 1933-1945, Oberhausen 1987; Ders. (Hg.): Unter Hakenkreuz und Bombenhagel, Die Irreführung einer Generation in Beispielen und Augenzeugenberichten aus Wuppertal, Wuppertal 1989.

<sup>58</sup> Michael Okroy: Volksgemeinschaft, Erbkartei und Arisierung, Ein Stadtführer zur NS-Zeit in Wuppertal, Wuppertal 2002; Ders. und Ulrike Schrader: Der 30. Januar 1933 - Ein Datum und seine Folgen, Aktuelle Forschungen zum Nationalsozialismus in Wuppertal, Wuppertal 2004.

<sup>59</sup> Kuno Bludau: Gestapo – geheim!, Widerstand und Verfolgung in Duisburg 1933-1945, Bonn 1973; Rudolf Tappe und Manfred Tietz (Hg.): Tatort Duisburg 1933-1945, Widerstand und Verfolgung im Nationalsozialismus, 2 Bde., Essen 1989 und 1993.

## **Aufbau der Arbeit**

Ziel der vorliegenden Arbeit ist es die skizzierten Forschungsdesiderata zu füllen. Im Mittelpunkt stehen die Lagergeschichte des frühen Konzentrationslagers Kemna und die Untersuchung der Wechselwirkung von Verfolgung, Anpassung und Widerstand sowie die Perspektive der Opfer und ihres Umfelds auf die SA-Gewalt.

Zu Beginn wird ein politischer Überblick, fokussiert auf die Zeit um 1933, über die Untersuchungsräume der preußischen Rheinprovinz und des Regierungsbezirks Düsseldorf gegeben. Das Bergische Land wird historisch, politisch und sozio-ökonomisch charakterisiert, bevor die Genese des sozialistischen Milieus in den Mittelpunkt rückt. Der Darstellung des regionalen Protestantismus und dessen Auseinandersetzung mit der Arbeiterbewegung folgt die Schilderung des Schulkampfs zu Beginn der Weimarer Republik.

Nach der Darstellung des Aufstiegs der NSDAP in ihrer Hochburg Wuppertal und der Entwicklung der bergischen SA wird die Frage nach der Rolle von Gewalt in der politischen Auseinandersetzung seit 1919 gestellt.

Der Schwerpunkt der Arbeit liegt auf dem Terror der Formierung<sup>60</sup> des „Dritten Reiches“ von der Machtübernahme bis zum 30. Juni 1934, der sich im Bergischen Land in vier Phasen einteilen lässt. Nach einem Überblick über die wichtigsten Verfolgungsinstitutionen wird nach Auswirkungen der ersten Terrorphase auf den Zusammenhalt des sozialistischen Milieus gefragt.

Im Zentrum der Studie steht in Kapitel VIII die Lagergeschichte des frühen Konzentrationslagers Kemna, das als Höhepunkt des Terrors der Machtdurchsetzungsphase die Milieuentwicklung in ein „vorher“ und ein „nachher“ trennt.

Die Häftlingsgesellschaft wird in Kapitel IX unter Zuhilfenahme einer Excel-Datensammlung analysiert.<sup>61</sup> Dabei konnte bei der Auswertung der erfassten Häftlingsdaten fast vollständig auf eine Anonymisierung verzichtet werden. Nach dem Archivgesetz des Landes Nordrhein-Westfalen endet die Sperrfrist

---

<sup>60</sup> Formierung 1933/34, Konsolidierung 1935-38, Radikalisierung 1938-1945. Vgl. Norbert Frei: Der Führerstaat, Nationalsozialistische Herrschaft 1933 bis 1945, München 2001.

<sup>61</sup> Der ursprüngliche Plan, für die vorliegende Arbeit eine relationale Datenbank zu entwickeln, musste aufgrund technischer und praktischer Probleme aufgegeben werden.

für Archivgut, das sich auf eine natürliche Person bezieht, entweder zehn Jahre nach dem Tod oder 90 Jahre nach der Geburt.<sup>62</sup> Da die jüngste im Rahmen der Untersuchung erfasste Person am 13. Oktober 1916 geboren wurde, ist die Sperrfrist für die vorliegende Arbeit nicht mehr relevant. Ausnahmen wurden in Einzelfällen zum Schutz der Hinterbliebenen gemacht.

Anschließend wird das Verhalten der Milieuangehörigen in den Jahren 1933 bis 1935, unter besonderer Berücksichtigung ehemaliger Kemna-Häftlinge, anhand von vier Verhaltenstypen beleuchtet, gefolgt von beispielhaften Biogrammen.

Der letzte große Teil der Arbeit befasst sich mit dem sozialistischen Milieu nach Auflösung der Kemna. Dabei wird zunächst die erste Prozesswelle anhand von exemplarischen Verfahren des Oberlandesgerichts Hamm mit dem Vorwurf „Vorbereitung zum Hochverrat“ in den Blick genommen. Anschließend wird die weitere Entwicklung mit der endgültigen Zerschlagung der Massenbasis des Widerstands, der fortschreitenden Milieuerosion und den zaghaften Ansätzen neuen Widerstands bis 1945 in den Blick genommen.

Abschließend wird ein Ausblick auf das Milieu nach 1945 gegeben und in dem erneut aufbrechenden Schulkampf nach Kontinuitäten gesucht.

### **Quellengrundlage und Quellenkritik**

Eine zentrale Quellengrundlage der vorliegenden Arbeit ist die regionale Tagespresse. Besonders für die Konstituierung und Entwicklung des sozialistischen Milieus ist die „Freie Presse, Zeitung der Sozialdemokratischen Partei für das Bergische Land“, die von 1898 bis 1933 ausgewertet wurde, als Quelle unverzichtbar. Die Zeitung bietet über die Jahrzehnte einen Einblick in das Organisationsleben der Partei und der übrigen Milieuorganisationen, der sonst nur durch die verschollenen Organisationsakten möglich wäre. Quellenkritisch ist anzumerken, dass die FP die Perspektive der Führungsebene der Partei einnimmt und nur in Einzelfällen erkennen lässt, welche Motive deren Entscheidungen zugrunde lagen. Das Verhältnis von Ursache und Wirkung sowie die Sicht des einfachen Mitglieds an der Basis kommen dabei zu kurz. Abgleiche mit der bürgerlichen Presse

---

<sup>62</sup> § 7,2 des Gesetzes über die Sicherung und Nutzung öffentlichen Archivguts im Lande Nordrhein-Westfalen vom 16.05.1989.

zeigen, dass über die täglichen Ereignisse zwar parteipolitisch gefärbt, aber wahrheitsgemäß berichtet wurde.

Für die Entwicklung der politischen Gewalt, den Aufstieg der NSDAP und nicht zuletzt die öffentliche Darstellung der Maßnahmen der verschiedenen NS-Terrorphasen 1933 war die Auswertung der relevanten Jahrgänge verschiedener weiterer Zeitungen sehr ertragreich.<sup>63</sup>

Je länger ein Konzentrationslager bestand, desto größer ist die Wahrscheinlichkeit eines aussagekräftigen Quellenbestands. Für die frühen Konzentrationslager ist demnach mit einer schlechten Überlieferungssituation zu rechnen, wie auch für die Lager der Endphase des NS-Regimes.<sup>64</sup>

Die Akten und die Gefangenenkartei sowie Transport- oder Belegungslisten des Lagers Kemna waren bereits während der staatsanwaltschaftlichen Ermittlungen 1934 nicht mehr auffindbar. Auch die Abrechnungen der aus der Polizeikasse geleisteten Haftkostenerstattungen waren bereits zu diesem Zeitpunkt verschwunden. Einzig erhalten geblieben ist ein Krankenbuch<sup>65</sup> für den Zeitraum September 1933 bis Februar 1934. Der für das Lager zuständige Arzt nahm das Buch nach der Auflösung mit in die Krankenstube der Polizeiunterkunft Wuppertal-Lichtenplatz und übergab es im September 1934 der Staatsanwaltschaft Wuppertal.<sup>66</sup> Einzelne Splitter der Lagerkorrespondenz haben sich in überlieferten Akten der Empfängerbehörden erhalten.

Das Bergische Land als Teil des Zuständigkeitsbereichs der Stapo(leit)stelle Düsseldorf gehört zu den wenigen Regionen, für die auf die Personenakten der Gestapo zurückgegriffen werden kann.<sup>67</sup> 2.096 der über 50.000 Einzelfallakten betreffen alleine Personen, die zum Verfolgungszeitpunkt in Wuppertal lebten.

---

<sup>63</sup> Siehe die Aufstellung im Quellenverzeichnis. Zum Quellenwert von Tageszeitungen und zur regionalen Zeitungslandschaft vgl. Uwe Eckardt: Anmerkungen zur Geschichte Barmens und Elberfelds im Jahre 1923, Die lokale Presse als Quelle für die politische und Alltagsgeschichte, in: Heinrich de Buhr, Heinrich Küppers und Volkmar Wittmütz: Die Bergischen, "ein Volk von zugespitzter Reflexion", Region - Schule - Mentalität, 1992, S. 152-175.

<sup>64</sup> Jürgen Matthäus: Quellen, in: Benz /Distel, Organisation des Terrors, S. 363-376, hier: S. 366.

<sup>65</sup> „Krankenbuch für Konzentrationslager Kemna (Für Gefangene und Wachmannschaft) Anfangen am 8.9.1933, Geschl. 1.2.34“, HStAD, Gerichte, Rep. 29/303.

<sup>66</sup> Vermerk vom 06.9.1934, HStAD, Gerichte, Rep. 29/218, Bl. 74.

<sup>67</sup> HStAD, RW 58. Vgl. Gisela Vollmer: Der Bestand Gestapoleitstelle Düsseldorf im Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, in: Der Archivar 16 (1963), S. 287-294. Neben diesem Bestand sind nur noch die Personenakten der Stapostelle Würzburg überliefert.

An die Akten des NS-Verfolgungsapparates sind besonders hohe Maßstäbe der Quellenkritik anzulegen, um nicht der Gefahr zu unterliegen, den Blick der Verfolger auf die zu vernichtenden Feindorganisationen zu reproduzieren. Bei der Auswertung der Aussagen der überwachten Personen ist zu berücksichtigen, dass diese das Ziel hatten, ihre politischen Überzeugungen zu verheimlichen und sich als loyale Bürger des „Dritten Reichs“ dazustellen.

Die für die vorliegende Arbeit ergiebigsten Quellen sind Justizakten, die sich in drei Gruppen strukturieren lassen.

Die Prozess- und Ermittlungsakten der Hochverratsverfahren der zuständigen Hammer Generalstaatsanwaltschaft, deren Jahrgänge 1933/34 und Teile des Jahrgangs 1936 im Landesarchiv NRW, Staatsarchiv Münster erhalten sind.<sup>68</sup>

- a) Die umfangreichen Ermittlungsakten der Jahre 1934-37 im Landesarchiv NRW, Hauptstaatsarchiv Düsseldorf.
- b) Die Ermittlungs- und Prozessakten der Jahre 1947/48 an gleicher Stelle.

Bei der Auswertung dieser Akten muss man im Blick behalten, dass die vernehmenden Ermittler gezielt nach strafbaren Handlungen der Beschuldigten fragten und nicht das Interesse verfolgten, die Geschichte des Lagers in all seinen Facetten aufzuklären. Bei den Zeugenvernehmungen während der NS-Zeit stellte sich das Problem, dass vornehmlich politisch angepasste Zeugen vernommen wurden. Bei den Sozialdemokraten und Kommunisten, die zum Teil zum Zeitpunkt ihrer Vernehmung in Straf- oder Schutzhaft saßen, ist eine deutliche Angst vor den Konsequenzen einer ehrlichen Aussage offenkundig. Bei den Zeugenvernehmungen nach dem Krieg waren die Aussagen deutlich verschwommener und weniger konkret. Die Räumlichkeiten und die handelnden Personen wurden meist nur noch ungenau erinnert. Es ist es nicht auszuschließen, dass die ehemaligen Häftlinge in ihren Aussagen auch von Rachegefühlen geleitet waren. Es fällt auf, dass einzelne Erlebnisse und Elemente des Lagers in nahezu jeder Aussage auftauchen,

---

<sup>68</sup> Hans Eckard Niermann: Die Durchsetzung politischer und politisierter Strafjustiz im Dritten Reich, Ihre Entwicklung aufgezeigt am Beispiel des OLG-Bezirks Hamm, Düsseldorf 1995, S. 140; 168.

sich den ehemaligen Insassen also besonders tief eingepägt haben. Dazu gehörten die zwangsweise Verabreichung der „Kemna-Häppchen“ genannten ungewaschenen Salzheringe und die nächtlichen Folterungen.

Es ist ein außerordentlicher Glücksfall, dass sich zum Lager Kemna ein Bericht erhalten hat, der unmittelbar nach den Ereignissen niedergeschrieben wurde. Der Malermeister Friedrich Braß aus Wuppertal-Elberfeld hat nach eigenen Angaben am 11. August 1934 begonnen, einen Bericht über seine Schutzhaft im Lager Kemna anzufertigen. Bis Ende November 1934 füllte er handschriftlich in deutscher Kurrentschrift die 64 Seiten eines linierten DIN A5-Schulheftes. Er plante die Niederschrift als Gedächtnisstütze für sich selbst. Abgefasst mit einer erstaunlich hohen Schriftkompetenz und ohne den Druck, dem die Zeugen des Ermittlungsverfahrens 1934/35 ausgesetzt waren, bietet sein Bericht einen einmaligen Einblick in das frühe Konzentrationslager. Er ist damit die wichtigste Quelle zur Geschichte des Lagers für den Zeitraum der Haft Braß' vom 27. Oktober 1933 bis 12. Januar 1934.

Das Original aus dem Nachlass von Braß' Schwester Clara befindet sich im Archiv der Begegnungsstätte Alte Synagoge Wuppertal. Das Wuppertaler Stadtarchiv verfügt über eine vollständige Kopie. Trotz des hohen Quellenwerts blieb das Manuskript lange weitgehend unbeachtet. Einen etwa sechs Seiten des Originals umfassenden Ausschnitt veröffentlichte Karl Ibach leicht redaktionell bearbeitet in seinem Kemna-Buch unter der Überschrift „Der Empfang“.<sup>69</sup> 1984 druckte das Stadtarchiv in seiner Quellensammlung die etwa zwei Manuskriptseiten umfassende Schilderung der Weihnachtsfeier sowohl im handschriftlichen Original als auch als Transkript.<sup>70</sup> Die übrigen 56 Seiten sind für die vorliegende Arbeit zum ersten Mal historisch ausgewertet worden. Der gesamte Kemna-Bericht liegt inzwischen in einer kommentierten Druckfassung vor.<sup>71</sup>

Viele ehemalige Häftlinge der Konzentrationslager verspürten nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes das Bedürfnis, ihre Erinnerungen an die Zeit

---

<sup>69</sup> Karl Ibach: Kemna, Wuppertaler Lager der SA, Wuppertal 1948, S. 47-52.

<sup>70</sup> Brychta / Eckardt, KZ Kemna, 1933-1934, S. 19.

<sup>71</sup> Friedrich Braß: Kemna-Bericht 1933/34, Nach einer handschriftlichen Fassung des Autors aus dem Jahr 1934, kommentiert und mit Anmerkungen versehen von David Magnus Mintert und mit einem Vorwort von Ulrike Schrader, Wuppertal 2008.

der Haft aufzuschreiben. Diese Erinnerungsberichte wurden mit großem zeitlichen Abstand zu den Ereignissen abgefasst. Durch die lebensgeschichtliche Distanz überlagerte häufig das weitere eigene Schicksal, die Kenntnis der Geschichte der Lager der IKL und der Vernichtungslager sowie die zum Zeitpunkt der Abfassung aktuelle gesellschaftliche Deutung das Erlebte. Die scharfe Trennung von Erlebtem und Erinnerungem ist nur durch Parallelquellenabgleich möglich. Ist Zeugnisliteratur für einzelne Ereignisse singuläre Quelle, bleibt eine Restunsicherheit bestehen.<sup>72</sup>

Während die meisten Erinnerungsberichte zum Lager Kemna an die Staatsanwaltschaft geschickt wurden, publizierten fünf ehemalige Häftlinge ihr Schicksal. Für die ersten Autoren, Otto Stahl aus Herdecke und Arnold Schulz aus Leverkusen, war die Haft in Wuppertal nur eine Episode ihrer Odyssee durch die verschiedensten Lager und Haftstätten und nimmt dementsprechend einen geringen Raum ein. Ein zusätzliches Problem dieser Broschüren ist, dass Ereignisse und Erfahrungen der unterschiedlichen Stationen vermischt werden. Auch sind Namen und Ortsangaben ungenau und oft falsch, sodass der Quellenwert als gering einzustufen ist.<sup>73</sup>

Der Prozess gegen die Wachmannschaft 1948 lenkte große Aufmerksamkeit auf das Lager und ermöglichte so das Erscheinen zweier Bücher ehemaliger Insassen.

Bis heute prägend für das Bild des Lagers in Forschung und Öffentlichkeit ist das von Karl Ibach herausgegebene Buch, das im Oktober 1948 erschien und dessen Startauflage von 10.000 Exemplaren in wenigen Wochen vergriffen war.<sup>74</sup>

Im Zuge dieses Erfolgs publizierte Willi Weiler seine „Erlebnisse im KZ-Lager Kemna“ im März 1949.<sup>75</sup> Auffallend ist eine hohe, beinahe wortgleiche Übereinstimmung verschiedener Passagen mit dem Ibach-Buch, die nahe

---

<sup>72</sup> Jürgen Matthäus: Quellen, in: Benz /Distel, Organisation des Terrors, S. 363-376, hier: S. 367/368. Siehe auch Mona Körte: Zeugnisliteratur, Autobiographische Berichte aus den Konzentrationslagern, ebd., S. 327-344.

<sup>73</sup> Otto Stahl: Meine Erlebnisse in den Konzentrationslagern Kemna und Börgermoor, Herdecke/Ruhr 1945; Arnold Schulz: Schutzhäftling 409, Essen 1947.

<sup>74</sup> Ibach, Kemna (1948); Ders.: Kemna, Wuppertaler Konzentrationslager 1933-1934, Nachdruck der 1948 herausgegebenen Ausgabe, Wuppertal 1981.

<sup>75</sup> Willi Weiler: Meine Erlebnisse im KZ-Lager Kemna, Wuppertaler Lager der SA, Oberlahnstein 1949; Ders.: Kemna, Meine Erlebnisse im Konzentrationslager Wuppertal, Wuppertal 1998.

legen, dass Weiler Ibach teilweise als Vorlage benutzt hat. So schrieb Ibach beispielsweise:

„Auch das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold war eine von den Nazis gehasste Organisation, von dem man sich manche unbequeme Person holte. So den Düsseldorfer Leiter Georg Petersdorff, genannt der „eiserne Schorch“[sic!], jetziger Vertriebsleiter des Rhein-Echo, und den Wuppertaler Leiter Willi Hohmann“.<sup>76</sup>

Bei Weiler findet sich die Stelle beinahe wortgleich:

„Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold wurde besonders von den Banditen gehasst. [...] Vom Reichsbanner wurde der Düsseldorfer Leiter Georg Petersdorff, genannt der „eiserne Schorch“[sic!], jetziger Betriebsleiter des Rhein-Echo, und der Wuppertaler Leiter Willi Hohmann geholt.“<sup>77</sup>

Da, wo Weiler tatsächlich seine eigenen Erlebnisse und Wahrnehmungen schildert, ist sein Buch eine wichtige, für einige Ereignisse singuläre Quelle.

Im Jahr 1981 erschien, zeitgleich mit dem ersten Nachdruck des Ibach-Buchs von 1948, der Lebensbericht des ehemaligen Reichstags- und NRW-Landtagsabgeordneten Willi Spicher, der auf drei Druckseiten auch über seine Erinnerungen an die Kemna berichtet.<sup>78</sup>

Eine wertvolle Quelle für die Haftzeiten und Verfolgungsbiografien der ehemaligen Häftlinge sind die im Zuge der Wiedergutmachungsverfahren entstandenen Akten. Bei der Auswertung dieser Quellengattung ist zu berücksichtigen, dass es im Wiedergutmachungsverfahren in erster Linie auf eine beweissichere Darstellung erlittener Verfolgungen mit körperlichen oder wirtschaftlichen Folgeschäden ankam und jeder Antragsteller das Interesse hatte, diese möglichst drastisch zu schildern. In jedem einzelnen Fall musste deshalb die Frage der Schlüssigkeit und Glaubwürdigkeit der Angaben neu beantwortet werden.

Die rund 3.000 Akten des Wuppertaler Amtes für Wiedergutmachung (AfW) sind nach einer Totalerhebung im Rahmen des von der Deutschen Forschungsgemeinschaft geförderten Projektes „Kinder des Widerstandes“

---

<sup>76</sup> Ibach, Kemna, S. 29.

<sup>77</sup> Weiler, Kemna (1949), S. 48.

<sup>78</sup> Willi Spicher: In der Zelle zum Abgeordneten gewählt, Wuppertal 1981.



an der Bergischen Universität gezielt auswertbar.<sup>79</sup> Die Auswertung der Wiedergutmachungsakten anderer Provenienz musste aus Zeitgründen auf eine Stichprobensuche nach bekannten Namen beschränkt werden.

Die frühen Konzentrationslager gehören zu den Abschnitten der NS-Geschichte, für die keine unmittelbar betroffenen Zeitzeugen mehr befragt werden können. Dem Verfasser ist kein noch lebender Kemna-Häftling oder Angehöriger der Wachmannschaft bekannt. Dagegen konnte auf ein umfassendes Depositum des Historikers Günther van Norden im Stadtarchiv Wuppertal zurückgegriffen werden. Van Norden hat im Rahmen von Oral History Projekten zur Bekennenden Kirche und zu Anpassung und Widerstand im „Dritten Reich“ in den 1980er Jahren auch zahlreiche lebensgeschichtliche Interviews mit Zeitzeugen des sozialistischen Milieus Wuppertals durchgeführt.<sup>80</sup>

Da der „Abschied von der Zeitgenossenschaft“<sup>81</sup> in der NS-Forschung schwer fällt, wird zunehmend auf die Kinder der Betroffenen zurückgegriffen, die gleichsam durch Kenntnisse vom Leben ihrer Eltern zu neuen Zeitzeugen mit allen sich daraus ergebenden Problemen erwachsen. Auch für diese Arbeit wurden lebensgeschichtliche Interviews mit Kindern von Zeitzeugen durchgeführt, dieses Material aber nur dann zurückhaltend verwendet, ;, wenn es durch Parallelquellen verifizierbar war.

### **Der Untersuchungsraum**

Die preußische Rheinprovinz entstand 1822 durch Zusammenlegung der preußischen Provinzen Jülich-Kleve-Berg und Niederrhein.

Oberste Verwaltungsinstanz der Rheinprovinz war formal das Oberpräsidium mit Sitz in Koblenz.<sup>82</sup> Von 1922 bis 1933 war der Zentrumspolitiker Hans Fuchs Oberpräsident der Rheinprovinz. Ende März 1933 wurde er nach seiner Weigerung, ein Verbot der katholischen Presse zu erlassen, in den

---

<sup>79</sup> Dieter Nelles, Hartmut Rübner und Heinz Sünker: Die 'Kinder des Widerstands', Lebensbedingungen und Sozialisation der Kinder von politisch und religiös Verfolgten des NS-Regimes, in: neue praxis, Zeitschrift für Sozialarbeit, Sozialpädagogik und Sozialpolitik 33 (2003), S. S. 341-357; Dieter Nelles, Armin Nolzen u.a.: Verfolgte des Nationalsozialismus in Wuppertal 1933-1945, Politisch Verfolgte in Wuppertal, <http://www.ns-verfolgung.uni-wuppertal.de> (2005).

<sup>80</sup> StadtAW, NDS 221.

<sup>81</sup> Norbert Frei: Abschied von der Zeitgenossenschaft, Der Nationalsozialismus und seine Erforschung auf dem Weg in die Geschichte, in: Ders., 1945 und wir, S. 41-62.

<sup>82</sup> Horst Romeyk: Verwaltungs- und Behördengeschichte der Rheinprovinz 1914-1945, Düsseldorf 1985, S. 153-158.

einstweiligen Ruhestand versetzt.<sup>83</sup> Anders als in den meisten anderen Provinzen wurde nicht einer der vier Gauleiter der NSDAP Nachfolger, sondern der ebenfalls katholische Präsident der Landwirtschaftskammer, Hermann von Lüninck.<sup>84</sup>

Die Rheinprovinz teilte sich in fünf Regierungsbezirke: Aachen, Düsseldorf, Koblenz, Köln und Trier. Obwohl formal gleichrangig, war der Düsseldorfer Regierungsbezirk der wirtschaftlich und politisch bedeutendste nicht nur der Rheinprovinz, sondern ganz Preußens.<sup>85</sup> Nach den Zahlen der Volkszählung vom Juni 1933 lebten in ihm über vier Millionen Menschen, eine Einwohnerzahl, die innerhalb Preußens nur von drei ganzen Provinzen übertroffen wurde, nämlich Berlin, Westfalen und Rheinland.

Mit der kommunalen Neugliederung 1929 reduzierte sich die Zahl der Stadtkreise in diesem Regierungsbezirk von 16 auf 12 und die Zahl der Landkreise von 15 auf 8. Es waren im Einzelnen die Stadtkreise Düsseldorf, Duisburg, Essen, Gladbach-Reydt, Krefeld-Uerdingen, Mülheim an der Ruhr, Neuss, Oberhausen, Remscheid, Solingen, Viersen und Wuppertal sowie die Landkreise Düsseldorf-Mettmann, Geldern, Grevenbroich-Neuss, Kempen-Krefeld, Kleve, Moers, Rees und Rhein-Wupper.<sup>86</sup>

Regierungspräsident war seit Juli 1924 Karl Bergemann, ein gelernter Zimmermann, der, über eine Karriere als besoldeter Gewerkschafts- und SPD-Parteifunktionär, 1919 die Verwaltungslaufbahn eingeschlagen hatte. Vor seinem Dienstantritt in Düsseldorf war er Regierungspräsident in Merseburg gewesen. Neben der kommunalen Neugliederung war Bergemann an der Verstaatlichung der Polizei und der Einsetzung der ersten Polizeipräsidenten maßgeblich beteiligt. Er trat im Februar 1933 aus der SPD aus und versuchte, seine Stellung auch unter den veränderten politischen

---

<sup>83</sup> Vita bei Horst Romeyk: Die leitenden staatlichen und kommunalen Verwaltungsbeamten der Rheinprovinz 1816-1945, Düsseldorf 1994, S. 454/455.

<sup>84</sup> Im Jahr 1935 folgte ihm der Essener Gauleiter Josef Terboven. Romeyk, Behörden-geschichte, S. 166-168; Ders., Verwaltungsbeamte, S. 618.

<sup>85</sup> Das lässt sich z.B. an der Anzahl der festgesetzten höheren Beamten festmachen. Die Normalzahl der Regierungsräte und Regierungsassessoren betrug im Jahre 1919 in Düsseldorf 32, in Köln 16, in Trier 13, in Koblenz 12 und in Aachen 11. Vgl. Romeyk, Behörden-geschichte, S. 190.

<sup>86</sup> Romeyk, Verwaltungsbeamte, S. 288-305

Rahmenbedingungen zunächst zu behaupten, bevor er sich Anfang Mai 1933 in den einstweiligen Ruhestand versetzen ließ.<sup>87</sup>

Auf Bergemann folgte im Amt des Regierungspräsidenten Carl Christian Schmid, dessen erstes Dienstjahr auch durch die Auseinandersetzungen um das Konzentrationslager Kemna geprägt war. Schmid gehörte bis 1932 der DVP an und war für diese Partei von 1924 bis 1928 in den Reichstag und von 1924 bis 1932 in den Landtag abgeordnet. Sein Beitrittsdatum zur NSDAP konnte er mit Hilfe der Gauleitung auf 1932 rückdatieren.<sup>88</sup>

Der Regierungsbezirk Düsseldorf teilte sich in zwei NSDAP-Gaue.

Der Gau Düsseldorf, bestehend aus den Kreisen Düsseldorf, Wuppertal, Krefeld-Kempen, Düsseldorf-Mettmann, Bergisch-Land und bis Dezember 1932 auch dem Erftkreis, wurde von 1930 bis 1945 durchgehend von Friedrich Karl Florian geleitet. Florian, 1894 in Essen geboren, war über den Deutsch-Völkischen Schutz- und Trutzbund und den Völkisch-Sozialen-Block 1925 zur NSDAP und SA gestoßen. Im September 1933 wurde Florian preußischer Staatsrat und SA-Gruppenführer.<sup>89</sup>

Der Gau Essen, bestehend aus den Kreisen Dinslaken, Essen, Duisburg, Geldern, Kleve, Moers, Mülheim/Ruhr, Oberhausen und Rees, unterstand von 1928 bis 1935 dem 1898 ebenfalls in Essen geborenen Josef Terboven. Der Hitlerputsch Teilnehmer gründete 1925 die Essener NSDAP und SA und stieg schnell in der Hierarchie der Partei auf, wurde Reichstagsabgeordneter und ebenfalls preußischer Staatsrat.<sup>90</sup>

Der Regierungsbezirk war in sieben Polizeipräsidialbezirke eingeteilt. Die Polizeipräsidenten amtierten in Düsseldorf, Duisburg, Essen, Gladbach-Reydt, Krefeld-Uerdingen, Oberhausen und Wuppertal.

---

<sup>87</sup> Personalakte, HStAD, BR-PE 500; Romeyk, Verwaltungsbeamte, S. 354/355; Kurt Düwell: Der Umbruch 1933/34 auf der Düsseldorfer Ebene der staatlichen Mittelinstanz, Voraussetzungen für die spätere nationalsozialistische Entmachtung des Regierungspräsidiums, in: Markus Dreist: Die Düsseldorfer Bezirksregierung zwischen Demokratisierung, Nazifizierung und Entnazifizierung, Eine staatliche Mittelbehörde an der Schnittstelle zwischen Verwaltung und Politik, Essen 2003, S. 46-58, hier: S. 47-49.

<sup>88</sup> Romeyk, Verwaltungsbeamte, S. 724/725; Düwell, Umbruch, S. 50-54.

<sup>89</sup> Volker Zimmermann: NS-Täter vor Gericht, Düsseldorf und die Strafprozesse wegen nationalsozialistischer Gewaltverbrechen, Düsseldorf 2001, S. 51-67; Hermann Weiß (Hg.): Biographisches Lexikon zum Dritten Reich, Frankfurt am Main 2002, S. 124; Joachim Lilla: Statisten in Uniform, Die Mitglieder des Reichstags 1933-1945, Ein biographisches Handbuch, 2004, S. 246/247.

<sup>90</sup> Weiß, Handbuch, S. 458; Lilla, Statisten, S. 662/663.

In der Weimarer Republik war zurückhaltend damit begonnen worden, die Polizeidirektoren- bzw. – präsidentenstellen mit parteipolitisch exponierten Anhängern der republikanischen Staatsform zu besetzen. Anfang 1933 waren die Polizeipräsidenten in Düsseldorf, Gladbach-Reydt, Krefeld und Oberhausen Mitglieder der Zentrumspartei, der Duisburger Polizeipräsident Heinrich Meyer war Sozialdemokrat, und zwei Präsidenten, der Wuppertaler und der Essener, waren klassische Berufsbeamte ohne offene parteipolitische Bindung.

Nach Abschluss der nationalsozialistischen Um- und Neubesetzungen im September 1933 waren fünf Polizeipräsidenten gleichzeitig SA-Führer und zwei SS-Führer. In Düsseldorf amtierte SS-Gruppenführer Fritz Weitzel, in Duisburg SA-Gruppenführer Heinrich Knickmann, in Essen SS-Oberführer Karl Zech, in Gladbach-Reydt SA-Oberführer Richard Grunert, in Krefeld SA-Oberführer Wilhelm Gelberg, in Oberhausen der in die SA übernommene Stahlhelm-Landesführer Friedrich Niederhoff und in Wuppertal SA-Brigadeführer Willi Veller.<sup>91</sup>

Landeskriminalpolizeistellen bestanden seit 1925 in Essen für die Landgerichtsbezirke Duisburg, Kleve, Krefeld und Essen sowie in Elberfeld-Barmen für die Landgerichtsbezirke Elberfeld, Düsseldorf und Mönchengladbach.<sup>92</sup>

Als neue oberste Polizeibehörde des Rheinlandes wurde im Zuge der Umstrukturierungen nach dem „Preußenschlag“ im Oktober 1932 der Höhere Polizeiführer West installiert. Die neue Dienststelle mit Sitz in Recklinghausen sollte die polizeiliche Überwachung der unruhigen Provinz leiten. Nach der NS-Machtübernahme beließ Hermann Göring als preußischer Innenminister den 1932 ernannten Polizeiobers Hans Stieler von Heydekampf im Amt und stattete ihn zusätzlich mit den Kompetenzen eines ihm direkt unterstellten Sonderkommissars aus. Stieler von Heydekampf koordinierte in Absprache mit den Strafvollzugsämtern die Verteilung der Schutzhaftgefangenen auf die einzelnen Haftanstalten.<sup>93</sup> Im Juni 1933 ver-

---

<sup>91</sup> Romeyk, Behördengeschichte, S. 255-260.

<sup>92</sup> Romeyk, Behördengeschichte, S. 261.

<sup>93</sup> Bericht des Höheren Polizeiführers im Westen an den preußischen Innenminister vom 29.04.1933, abgedruckt in: Josef Wißkirchen: Brauweiler bei Köln: Frühes Konzentrationslager in der Provinzial-Arbeitsanstalt 1933-34, in: Jan-Erik Schulte: Konzentrationslager im

legte die inzwischen Polizeiinspektion West genannte Behörde ihren Sitz nach Düsseldorf.

Das Geheime Staatspolizeiamt in Berlin stützte sich zunächst auf die bestehenden Kommissariate und Abteilungen der Politischen Polizei. Am 23. Oktober 1933 wurde die Politische Polizei des Regierungsbezirks Düsseldorf von den Polizeipräsidien losgelöst und als neue Sonderbehörde ausgegliedert.<sup>94</sup> Die Gestapo hatte nach ihrer Etablierung folgende Struktur: Der Stapostelle Düsseldorf unterstanden die Außenstellen Düsseldorf, Wuppertal und Gladbach-Reydt im Gau Düsseldorf sowie die politische Inspektion Essen mit deren Außenstellen Duisburg-Hamborn und Oberhausen-Mühlheim im Gau Essen.<sup>95</sup>

Für alle Fälle von politischer Kriminalität im Oberlandesgerichtsbezirk Düsseldorf war zur Entlastung des Reichsgerichts seit 1925 auf Anweisung des preußischen Justizministeriums das Oberlandesgericht Hamm verantwortlich.<sup>96</sup>

Der Schwerpunkt der vorliegenden Arbeit liegt auf dem Bergischen Land mit dem sogenannten Wupperviereck zwischen den Städten Wuppertal, Solingen und Remscheid sowie den angrenzenden ober- und niederbergischen Orten. Das historische Bergische Land bestand als Grafschaft (Comes de Monte) seit dem 11. Jahrhundert. Nach dem Aussterben der Grafenfamilie vom Berg ging das Territorium 1348 an ein Mitglied der Familie des Herzogs von Jülich. Im Jahr 1423 wurden die Herzogtümer Berg und Jülich vereinigt, und nach einem erneuten Erlöschen der Herrscherlinie kam auch das Herzogtum Kleve hinzu. Das Herzogtum Berg kam über die Kurpfalz im 18. Jahrhundert unter die Territorialherrschaft des Kurfürsten von Bayern.<sup>97</sup>

Nach dem Sieg Napoleons wurde das Bergische Land zum Namensgeber eines der drei von Frankreich in Deutschland als Kunstgebilde gegründeten Staaten. Das „Grand-Duché de Berg“ erstreckte sich im Norden bis Nordhorn

---

Rheinland und in Westfalen 1933-1945, Zentrale Steuerung und regionale Initiative, Paderborn 2005, S. 65-85, hier: S. 82-85.

<sup>94</sup> Kenkmann, Polizei und Ordnung, S. 101.

<sup>95</sup> Peukert, KPD im Widerstand, S. 117.

<sup>96</sup> Niermann, OLG Hamm, S. 140/141.

<sup>97</sup> Hansjörg Laute: Die Herren von Berg, Auf den Spuren der Geschichte des Bergischen Landes 1101 bis 1806, Solingen 1988.

und Lingen und im Süden bis Königswinter und Runkel und war Teil des Rheinbundes.<sup>98</sup>

Nach dem Wiener Kongress fiel das Gebiet an Preußen, das zunächst das Herzogtum Jülich-Kleve-Berg als Provinz wiedererrichtete. Mit der Gründung der Rheinprovinz 1822 endete auch die Zeit des Bergischen Landes als Verwaltungseinheit.

Der Name „Bergisches Land“ durchlief den Prozess einer zunehmenden Bedeutungsverengung. Zum historischen Territorium des Bergischen Landes zählten auch die Städte Düsseldorf, Mülheim an der Ruhr, Kettwig und das dazugehörige Umland. Das Bewusstsein dieser Zugehörigkeit ist aber bereits im 19. Jahrhundert weitgehend verloren gegangen.

Die Verwaltungsstruktur im Bergischen Land bildete sich bis zur Wende zum 20. Jahrhundert wie folgt aus: Stadt Barmen (seit 1861), Stadt Elberfeld (seit 1861), Kreis Lennep, Kreis Mettmann (seit 1861), Stadt Remscheid (seit 1888), Stadt Solingen (seit 1896) und Kreis Solingen.

Einschneidende Veränderungen brachte das Gesetz zur kommunalen Neugliederung des rheinisch-westfälischen Industriegebiets 1929. Das Bergische Städtedreieck Wuppertal-Solingen-Remscheid entstand.

Die neue Stadt Wuppertal stieg mit 415.000 Einwohnern im Kreis der größten deutschen Städte auf Platz 16 auf.<sup>99</sup> Groß-Solingen, gebildet aus Solingen, Höhscheid, Ohligs, Wald und Gräfrath vereinigte etwa 140.000 Einwohner. Auch Groß-Remscheid, gebildet aus Remscheid, Lüttringhausen und Lennep, erreichte knapp die Definitionsgrenze einer Großstadt mit über 100.000 Einwohnern.

Das Bergische Land war das Zentrum der Frühindustrialisierung in Deutschland. Dabei war die Produktion geprägt von Produkten des Metall- und Textilsektors.

Die Textilproduktion aus Baumwolle und Leinen war der Schwerpunkt im Wuppertal. Zur Grundlage des Textilgewerbes an der Wupper wurde das 1527 durch den Herzog von Berg verliehene Privileg der „Garnnahrung“,

---

<sup>98</sup> Charles Schmidt: Das Großherzogtum Berg 1806-1813, Eine Studie zur französischen Vorherrschaft in Deutschland unter Napoleon I., Neustadt/Aisch 1999.

<sup>99</sup> Volkmar Wittmütz: Die Entstehung der Stadt Wuppertal 1929, in: Romerike Berge, Zeitschrift für das Bergische Land 54 (2004), Heft 2, S. 2-17.

dass bis 1810 ein Monopol zur Bleiche von Stoffen erteilt.<sup>100</sup> 1821 muss als Epochenjahr der frühen Industrialisierung der Region gelten, weil sowohl die erste Dampfmaschine in einer Baumwollspinnerei, als auch der erste Jacquardwebstuhl in Betrieb genommen wurden. 1861 arbeiteten 75 Prozent der in den Wupperstädten gewerblich tätigen Personen in der dominierenden Textilindustrie.<sup>101</sup> Barmen und Elberfeld repräsentieren damit den Typus der älteren Industriestadt, die sich früh auf den Sektor der Textilindustrie ausrichtete. Bis 1907 sank dieser Anteil auf 50 Prozent. Neben den wachsenden Zuliefererbetrieben und dem Maschinenbau gewannen Folgeindustrien wie Chemiefabriken (Bayer) und Kunstfaserproduzenten (Bemberg) an Bedeutung.

Lenep, Radevormwald und Hückeswagen spezialisierten sich auf Wollverarbeitung. Der Durchbruch zur Mechanisierung der Wollweberei erfolgte in den 1840er Jahren. Um die Jahrhundertwende begann die Bedeutung der Wollindustrie ab- und die der metallverarbeitenden Industrie auch hier zuzunehmen.<sup>102</sup>

Der Remscheider Raum war ein Zentrum der Werkzeugherstellung, während Solingen sich früh auf die Schneidwarenproduktion spezialisierte. Beide Städte waren durch einen hohen Anteil an Heimarbeitern charakterisiert. Den Aufschwung der Industrie kann man an der Zahl der in Solingen arbeitenden Schleifer ablesen. Sie stieg von 1.200 im Jahr 1852 über 4.027 im Jahr 1898 bis auf 6.000 im Jahr 1908.<sup>103</sup> Die hoch spezialisierten handwerklichen Arbeitsgänge der Remscheider Feilenhauer und der Solinger Schleifer behielten lange Zeit ihre vorindustrielle Struktur. Kennzeichnend für die Industriearbeiter der Kleineisenindustrie war ein hoher Grad an Qualifizierung und damit einhergehend ein ausgeprägtes Selbstbewusstsein.<sup>104</sup>

Das Bergische Land war mit rund 70 Prozent protestantischer Wohnbevölkerung in hohem Maße vom Protestantismus geprägt. Wuppertal, Solingen und Remscheid lagen gleichzeitig beim Anteil der Dissidenten um mehr als die Hälfte über dem Reichsdurchschnitt von vier Prozent. Auch der

---

<sup>100</sup> Walter Dietz: Die Wuppertaler Garnnahrung, Geschichte der Industrie und des Handels von Elberfeld und Barmen von 1400 bis 1800, Neustadt/Aisch 1957.

<sup>101</sup> Boch/Krause, Lesebuch, S. 40.

<sup>102</sup> Ebd., S. 43-45.

<sup>103</sup> Ebd., S. 47.

<sup>104</sup> Wunderlich, Arbeiterbewegung, S. 15-18.

Anteil der Erwerbstätigen in Industrie und Handwerk lag doppelt so hoch, wie im Reichsdurchschnitt.<sup>105</sup>

**Tabelle 1: Wohnbevölkerung Wuppertals nach Bekenntnis im Juni 1933<sup>106</sup>**

	<b>Männer</b>	<b>Männer %</b>	<b>Frauen</b>	<b>Frauen %</b>	<b>zusammen</b>	<b>zusammen %</b>
<b>Evangelisch</b>	130531	68,01	155740	71,87	286271	70,06
<b>Römisch-Katholisch</b>	37882	19,74	45217	20,87	83099	20,34
<b>Jüdisch</b>	1185	0,62	1286	0,59	2471	0,60
<b>Sonstige und ohne Angabe</b>	617	0,32	457	0,21	1074	0,26
<b>Gemeinschaftslose</b>	21705	11,31	13982	6,45	35687	8,73
<b>Gesamt</b>	191920	100,00	216682	100,00	408602	100,00

**Tabelle 2: Wohnbevölkerung Radevormwalds nach Bekenntnis im Oktober 1933<sup>107</sup>**

	<b>Männer</b>	<b>Frauen</b>	<b>zusammen</b>	<b>zusammen %</b>
<b>Evangelisch</b>			10438	75,99
<b>Römisch-Katholisch</b>			2748	20,01
<b>Gemeinschaftslose</b>			550	4,00
<b>Gesamt</b>	6728	7008	13736	100,00

## II. Das sozialistische Milieu des Bergischen Landes

„Möge [...] die Feuersbrunst, die ich entzündet, weiter und weiter fressen solange ein einziger von Euch noch atmet.“<sup>108</sup>

Das Bergische Land war neben Sachsen die Flächenhochburg der frühen sozialistischen Arbeiterbewegung. Ausgehend von diesen kräftigen Wurzeln wird die Genese des regionalen sozialistischen Milieus anhand der wichtigsten Etappen seiner Entwicklung, von der Formung über die Entfaltung bis zur Spaltung im Ersten Weltkrieg, aufgezeigt. Abschließend wird die Milieudisposition vor Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft am Beispiel Wuppertals beleuchtet.

<sup>105</sup> Ebd., S. 19.

<sup>106</sup> Zahlen der Volkszählung vom 16.06.1933, StadtAW, Verwaltungsbericht der Stadt Wuppertal 1934.

<sup>107</sup> „Personenstandsaufnahme Stadtgemeinde Radevormwald“, in: RLZ 21.03.1934.

<sup>108</sup> Ferdinand Lassalle am 22.05.1864 auf dem ADAV-Stiftungsfest in Ronsdorf, zitiert nach SPD Remscheid, Geschichte, S. 8.



## **Anfänge bis 1878**

Barmen, die Geburtsstadt Friedrich Engels', und Elberfeld waren Zentren des Frühsozialismus. Beispielsweise erschien dort der von Moses Hess als verantwortlichem Redakteur herausgegebene „Gesellschaftsspiegel, Organ zur Vertretung der besitzlosen Volksklassen und der Beleuchtung der gesellschaftlichen Zustände der Gegenwart“ 1845/46. Im gleichen Zeitraum fanden in der Stadt, organisiert von Engels und Hess, erste sozialistische Versammlungen statt.<sup>109</sup>

Im Zuge der Revolution 1848 entstand in Elberfeld eine Sektion der von Stephan Born gegründeten „Arbeiterverbrüderung“, deren Reste in den frühen 1850er Jahren auch Kontakte nach Solingen unterhielten.<sup>110</sup> Auch die ersten Massenstreiks in Deutschland fanden im Wuppertal statt: 1855 und 1857 erschütterten Streiks der Färbergesellen die Region.<sup>111</sup> Viele bergische „Handwerker-Arbeiter“ fanden durch ihre Ablehnung der das Zunftwesen immer mehr ablösenden Konkurrenzwirtschaft früh zu sozialistischen Ideen und Gesellschaftsvorstellungen, ein Potenzial, das sich nach der Gründung des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins (ADAV) voll entfalten sollte.<sup>112</sup>

Friedrich Engels blieb eine wichtige Bezugsperson der traditionsbewussten Sozialdemokratie der Region. Auf dem neunten Provinzialparteitag 1898 in Elberfeld wurde er symbolisch ins Zentrum der verehrten Gründungsväter der Partei gerückt:

„Im Hintergrund der Bühne hebt sich, von Lorbeer umgeben und einem Baldachin überwölbt, die lebensgroße Büste von Friedrich Engels ab. Rechts und links sind die Büsten von Marx und Lassalle aufgestellt. Ferner ist die Bühne mit der Fahne des Sozialdemokratischen Volksvereins Elberfeld, vom Allgemeinen Arbeiterverein übernommen, sowie mit Gewerkschaftsfahnen der Anstreicher und Schreiner geschmückt.“<sup>113</sup>

---

<sup>109</sup> Hermann Herberts: Zur Geschichte der SPD in Wuppertal, Ein Beitrag zum Hundertjahr-Jubiläum, Wuppertal 1963, S. 28-43.

<sup>110</sup> Ebd., S. 58-61.

<sup>111</sup> Wolfgang Köllmann (Hg.): Wuppertaler Färbergesellen-Innung und Färbergesellen-Streiks 1848 - 1857, Wiesbaden 1962.

<sup>112</sup> Boch/Krause, Lesebuch, S. 74.

<sup>113</sup> „IX. Parteitag der Sozialdemokraten des Regierungsbezirks Düsseldorf“, in: FP 25.01.1898.

In den 1860er Jahren war das Bergische Land eine der Keimzellen der politischen Arbeiterbewegung und entwickelte sich neben Sachsen zu einer Flächenhochburg der frühen Sozialdemokratie.<sup>114</sup>

Der Vorsitzende des Elberfelder Arbeitervereins, Hugo Hillmann, war 1863 in Leipzig einer der zwölf Gründer des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins. Er vertrat neben Elberfeld und Barmen auch die Solinger Gemeinde und damit drei der elf Gründungsstädte.<sup>115</sup> Hillmann ist als Milieuführer auch ein Beispiel für die vorhandene personelle Kontinuität des ADAV zur „alten Garde“ der 1848er Revolution.<sup>116</sup>

Die Region entwickelte sich zum organisatorischen Schwergewicht des ADAV und bildete folgerichtig die Kulisse für Lassalles Agitationsreden „Die Feste, die Presse und der Frankfurter Abgeordnetentag“ (Barmen, Solingen) und „Die Agitation des ADAV und das Versprechen des Königs von Preußen“ (Ronsdorfer Rede). Barmen, Ronsdorf und Solingen stellten zum Zeitpunkt von Lassalles Tod die drei mitgliederstärksten Gemeinden mit zusammen einem Drittel aller ADAV-Mitglieder.

Die Mitgliederstruktur der bergischen ADAV-Gemeinden war entsprechend der örtlichen Industriestrukturen stark berufsständisch dominiert. In Wermelskirchen waren über 62 Prozent der Mitglieder Weber, in Solingen arbeiteten fast 88 Prozent in Berufen des Metallgewerbes.<sup>117</sup> In Ronsdorf dominierten Hausbandwirker die ADAV-Mitgliedschaft.<sup>118</sup> Insgesamt ist eine hohe Überrepräsentation der „Arbeiter-Handwerker“ zu konstatieren, die sich auch auf die Frühformen der Gewerkschaften auswirkte.

---

<sup>114</sup> Thomas Welskopp, Das Banner der Brüderlichkeit. Die deutsche Sozialdemokratie vom Vormärz bis zum Sozialistengesetz, Bonn 2000, S. 99.

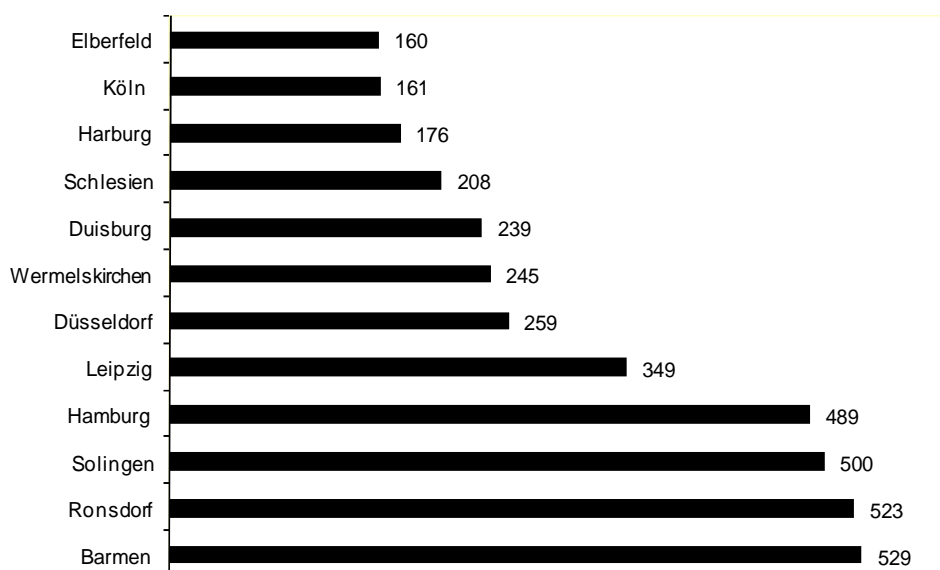
<sup>115</sup> Zu Hillmann siehe Reiner Rhefus: Hugo Hillmann (1823-1898), Die Anfänge der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung im Wuppertal, in: Geschichte im Wuppertal 7 (1998), S. 19-38; Ders.: Hugo Hillmann (1823-1898), Die Anfänge der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung im Wuppertal, Nachtrag und Korrekturen, in: Geschichte im Wuppertal 8 (1999), S. 93-96; Welskopp, Banner, S. 411.

<sup>116</sup> Boch/Krause, Lesebuch, S. 76; Rhefus, Hillmann (1998), S. 21-23; Welskopp, Banner, S. 142; 439.

<sup>117</sup> Welskopp, Banner, S. 130/131.

<sup>118</sup> Günter Konrad: Die Hausbandwirkerei in Ronsdorf, Aufstieg und Niedergang eines Gewerbebezuges, in: Geschichte im Wuppertal 10 (2001), S. 66-82, hier: S. 74/75.

Abb. 1: Mitgliederzahlen der zwölf größten ADAV-Gemeinden im Herbst 1864<sup>119</sup>



Nach der Einführung der Koalitionsfreiheit 1869 schlossen sich auch die Arbeiter im Bergischen Land zu berufsständischen Fachvereinen zusammen. Besonders die aufgrund ihrer hohen Qualifikation in einer privilegierten Stellung befindlichen Schleifer und Feilenhauer konnten mithilfe der Fachvereine auf regional begrenzten Arbeitsmärkten viele Forderungen durchsetzen.<sup>120</sup> Die Umwandlung der Fachvereine zu überregionalen (Industrie-) Gewerkschaften vollzog sich deshalb nur langsam. Der Remscheider Feilenhauer-Verein ging erst 1908 im Deutschen Metallarbeiterverband auf. Die nach dem Verlagssystem arbeitenden Solinger Schleifer hielten dagegen bis 1926 an ihrem eigenen „Industriearbeiterverband“ fest.<sup>121</sup>

Bei den ersten Hauptwahlen zum Reichstag des Norddeutschen Bundes 1867 gewann der ADAV in zwei Wahlkreisen: Remscheid-Lennep-Mettmann (Düsseldorf I) und Elberfeld-Barmen (Düsseldorf II). In Elberfeld-Barmen setzte sich der frisch zum ADAV-Präsidenten gewählte Jean Baptist von Schweitzer durch, nachdem er bei den Wahlen zum konstituierenden Reichstag wenige Monate zuvor an Otto von Bismarck und Max von Forckenbeck

<sup>119</sup> Die zwölf Gemeinden vereinigten gut 83 % aller ADAV-Mitglieder (3.838 von 4.600). Zahlen nach Herberts, SPD in Wuppertal, S. 94.

<sup>120</sup> Boch/Krause, Lesebuch, S. 81.

<sup>121</sup> Marßolek, Arbeiterbewegung, S. 23/24.

gescheitert war. 1874 und 1877 konnte in den drei bergischen Wahlkreisen jeweils ein Kandidat durchgebracht werden.

Tabelle 3: Sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete aus dem Bergischen Land 1867-1877

	<b>Remscheid-Lennep-Mettmann</b> (Düsseldorf 1)	<b>Elberfeld-Barmen</b> (Düsseldorf 2)	<b>Solingen</b> (Düsseldorf 3)
<b>1867 I</b>			
<b>1867 II</b>	Peter Adolph Reincke (ADAV)	Jean Baptist von Schweitzer (A	
<b>1871</b>			
<b>1874</b>		Wilhelm Hasselmann (ADAV)	
<b>1877</b>			Moritz Rittinghausen

Nach dem Wahlsieg im Jahr 1867 wurde Elberfeld und Barmen der Ehrentitel „Avantgarde der sozialdemokratischen Arbeiter Deutschlands“ verliehen. Am 28. März 1869 fand deshalb die 9. Generalversammlung des ADAV in Barmen statt, wenn es auch nicht immer leicht fiel, der erwarteten Vorbildfunktion gerecht zu werden.

„Wir machen darauf aufmerksam, dass der Ab- und Zugang für September noch nicht ordnungsgemäß von überall her gemeldet ist. Von manchen Orten sind überhaupt noch keine Listen eingegangen. Unter diesen Orten befindet sich auch Barmen-Elberfeld. Die Avantgarde möge bedenken, dass sie, wie in anderer Beziehung, so auch in Betreff der Ordnung dem Verein mit gutem Beispiel vorangehen muss.“<sup>122</sup>

Von besonderer Bedeutung waren in der Region bereits in der Frühphase Arbeiter-Gesangsvereine, von denen die ältesten, die Kollegengesangsvereine der Buchdrucker „Typographia“ (Barmen)<sup>123</sup> und „Gutenberg“ (Elberfeld), bereits Anfang der 1870er Jahre gegründet wurden.

### **Sozialistengesetz**

Die Zeit des Sozialistengesetzes war für die Milieubildung von entscheidender Bedeutung. Der gemeinsame Feind und die erlebten Demütigungen schmiedeten die Ausgegrenzten eng zusammen und beförderten ein intensives Einnisten in einer „Wagenburgmentalität“. Ähnlich wie im Katholizismus sorgte die Ausgrenzung durch die Mehrheitsgesellschaft für

<sup>122</sup> Sozial-Demokrat 06.10.1869, zitiert nach: Toni Offermann (Hg.): Die erste deutsche Arbeiterpartei, Materialien zur Organisation, Verbreitung und Sozialstruktur von ADAV und LADAV 1863 - 1871, CD-ROM-Edition, Bonn 2002, S. 139.

<sup>123</sup> Wilhelm Koch (Bearb.): Geschichte des Ortsvereins Typographia Barmen, Verband der deutschen Buchdrucker, herausgegeben aus Anlass der Feier des 50 jähr. Bestehens, Barmen 1914.

eine Einigelung der Minderheit in einer spezifischen Wert- und Deutungsgemeinschaft. Die bis in den Vormärz zurückreichende kollektive Verfolgungserfahrung erlebte durch das „Gesetz gegen die gemeingefährlichen Bestrebungen der Sozialdemokratie“ einen Höhepunkt. Ausgegrenzt und auf eine fundamentale Oppositionsrolle festgelegt verfestigte sich diese Gegenwart zum bürgerlichen Gesellschaftsmodell zu einem Milieu.<sup>124</sup>

Die ersten Wahlen<sup>125</sup> unter den neuen repressiven Bedingungen brachten im Wuppertaler Wahlkreis dem sozialdemokratischen Kandidaten Wilhelm Hasselmann im zweiten Wahlgang einen überraschenden Sieg. Hasselmann, der wie alle Redakteure der „Bergischen Volksstimme“ verhaftet worden war und den Wahlsieg im Gefängnis feierte, radikalisierte sich in den folgenden Jahren und wurde 1881 wegen seiner Aufrufe zum bewaffneten Kampf aus der Partei ausgeschlossen.<sup>126</sup>

Im Oktober 1881 kandidierte in Elberfeld und Barmen der Zigarrenhändler Moses Oppenheimer und verlor in der Stichwahl mit einem Rückstand von 1.000 Stimmen. Moritz Rittinghaus gelang, es seinen 1878 verlorenen Solinger Wahlkreis zurückzugewinnen.

1884 und 1887 waren Friedrich Harm<sup>127</sup> und Georg Schumacher<sup>128</sup> erfolgreich.

Tabelle 4: Sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete aus dem Bergischen Land 1878-1887

	<b>Remscheid-Lennep-Mettmann</b> (Düsseldorf 1)	<b>Elberfeld-Barmen</b> (Düsseldorf 2)	<b>Solingen</b> (Düsseldorf 3)
<b>1878</b>		Wilhelm Hasselmann	
<b>1881</b>			Moritz Rittinghausen
<b>1884</b>		Friedrich Harm	Georg Schumacher
<b>1887</b>		Friedrich Harm	Georg Schumacher

<sup>124</sup> Tenfelde, Generationelle Erfahrungen, S. 28.

<sup>125</sup> Zu den Wahlen während des Sozialistengesetzes siehe Gerhard A. Ritter: Die Sozialdemokratie und die Reichstagswahlen 1877-1890, Der Durchbruch der Partei zur Massenbewegung in der Zeit des Sozialistengesetzes, in: Karsten Rudolph und Christl Wickert: Geschichte als Möglichkeit, Über die Chancen von Demokratie, Essen 1995, S. 120-146.

<sup>126</sup> \* 25.09.1844 in Bremen, † 25.02.1916 in New York. Schröder, BIOSOP-Online; Köllmann, Barmen, S. 253.

<sup>127</sup> \* 25.08.1844 in Leezen, † 13.10.1905 in Elberfeld, BIOSOP-Online.

<sup>128</sup> \* 31.10.1844 in Köln, † 16.07.1917 in Köln, BIOSOP-Online.

Neben Fachvereinen, die als „unpolitische Organisationen“ nicht verboten worden waren, sorgte ein Netz von Tarnorganisationen für eine soziale und organisatorische Kontinuität.<sup>129</sup>

In Remscheid gründeten Sozialdemokraten 1882 einen „Leseverein“, in dem der Kontakt zu den politischen Freunden aufrecht erhalten werden konnte. Der Verein mit 28 Gründungsmitgliedern wuchs bis 1889 auf 127 Personen.<sup>130</sup>

Im Wuppertal entstanden Sparvereine, in denen ehemalige Sozialdemokraten Unterschlupf fanden und die zur Finanzierung der Reichstagswahlkämpfe beitrugen. Die Vereine erreichten zum Teil eine beträchtliche Größenordnung, wie zum Beispiel der Elberfelder Sparverein „Brüderlichkeit“, der über 600 Mitglieder zählte.<sup>131</sup> Auch Gesangsvereine, wie der 1884 gegründete MGV „Liederlust“, wurden als Tarnorganisationen geführt. Bereits 1883 zählten Elberfeld und Barmen zu den zehn Hochburgen der illegalen Organisationsbildung der Sozialdemokratie.<sup>132</sup> Bis zu acht Prozent der Gesamtauflage des in der Schweiz gedruckten „Sozialdemokrat“ wurde in den Wupperstädten vertrieben.<sup>133</sup> Der 1888 gegründete Elberfelder Volksbildungsverein „wahrte nach außen parteipolitische Neutralität, bestand aber ganz überwiegend aus Sozialdemokraten und ließ regelmäßig Redner der Sozialdemokratie oder Naturwissenschaftler als Vortragende auftreten.“<sup>134</sup>

Auch im Bereich der Gewerkschaften entwickelten sich mit neuen Fachvereinen und Hilfskassen breitere Strukturen. Um 1886 bestanden in Barmen Vereine für sechs Gewerke mit 886 Mitgliedern, in Elberfeld neun Vereine mit 868 Mitgliedern.<sup>135</sup> In der Aufstellung eines Elberfelder Polizeibeamten sind Ende 1888 Fachverbände der Schneider, Sattler, Buchbinder,

---

<sup>129</sup> Boch/Krause, Lesebuch, S. 92.

<sup>130</sup> SPD Remscheid, Geschichte, S. 9.

<sup>131</sup> Mitgliederliste von 1883 mit 617 Namen, HStAD, Reg. Düss., 42962, Bl. 48-51.

<sup>132</sup> Torsten Kupfer: Geheime Zirkel und Parteivereine, Die Organisation der deutschen Sozialdemokratie zwischen Sozialistengesetz und Jahrhundertwende, Essen 2003, S. 16.

<sup>133</sup> Reiner Rhefus: Hugo Landé (1859-1936), Rechtsanwalt, in: Elke Brychta, Anna-Maria Reinhold und Arno Mersmann: mutig streitbar reformerisch, Die Landés - sechs Biographien 1859-1977, Essen 2004, S. 15-47, hier: S. 16.

<sup>134</sup> Wilhelm Keil: Erlebnisse eines Sozialdemokraten, Stuttgart 1947, Bd.1, S. 80.

<sup>135</sup> Heinz Beyer: Arbeit steht auf uns'rer Fahne und das Evangelium, Sozialer Protestantismus und bürgerlicher Antisozialismus im Wuppertal 1880-1914, Reinbek 1985, S. 58.

Tischler, Böttcher, Zimmerer, Buchdrucker, Schneider-Unterstützer, Maler und Maurer genannt.<sup>136</sup>

Die Partei steigerte ihre Aktivitätsfrequenz deutlich und ging hoch motiviert und gestärkt aus der Zeit des Ausnahmegesetzes heraus.<sup>137</sup> Die Erfahrungen der Jahre 1878 bis 1889 hatten sich tief in das kollektive Gedächtnis der Arbeiterbewegung eingegraben. Sie wurden mit ihren Märtyrern und Helden zu einem identitätsstiftenden Bezug und beispielhaft für den Umgang mit einem repressiven Regime.

Am 10. November 1889 zeigte sich auch in Preußen, dass das Sozialistengesetz seine repressive Wirkung verlor. In den Provinzen Schlesien und Rheinland-Westfalen fanden zeitgleich Parteitage zur Vorbereitung der Reichstagswahlen 1890 statt. In Elberfeld kamen auf Einladung der Reichstagsabgeordneten Friedrich Harm und Georg Schumacher rund 3.000 Personen aus 63 Orten zum ersten Rheinisch-Westfälischen Parteitag zusammen. Für 16 der 28 Wahlkreise wurden dort Kandidaten aufgestellt. Der Parteitag mündete in eine von der Polizei geduldete öffentliche Demonstration vor dem Bahnhofsgebäude.<sup>138</sup>

Wenige Tage später, am 18. November, begann vor dem Elberfelder Landgericht der Geheimbundprozess gegen 91 Beschuldigte, darunter August Bebel und drei weitere Reichstagsabgeordnete. 60 Prozent der Angeklagten stammten aus Elberfeld-Barmen und weitere 20 Prozent aus dem übrigen Bergischen Land. Sie wurden angeklagt, „notorisch auf den Sturz der Monarchie in politischer Hinsicht und in ökonomischer Hinsicht auf die vollständige Vernichtung der gegenwärtigen Produktionsweise und der darauf basierenden Gesellschaftsform hinzuarbeiten.“<sup>139</sup> Der Prozess wurde zu einer Blamage für Anklagebehörde und Polizei. 43 Angeklagte wurden freigesprochen, die übrigen zu Gefängnisstrafen verurteilt.<sup>140</sup> Auch der Wuppertaler Geheimbundprozess ging in das kollektive Gedächtnis der bergischen

---

<sup>136</sup> Herberts, SPD in Wuppertal, S. 128.

<sup>137</sup> Köllmann, Barmen, S. 259/260.

<sup>138</sup> Niederrheinisches Agitationskomitee (Hg.): Sozialdemokratische Parteitage für die Rheinprovinz und den Niederrhein von 1889 - 1909 mit einem Anhang statistisches von der Landtagswahl 1908, Elberfeld 1910, S. 3/4; 7/8.

<sup>139</sup> Zitiert nach Köllmann, Barmen, S. 258.

<sup>140</sup> Ebd., S. 258/259; Herberts, SPD in Wuppertal, S. 130-137.

Arbeiterbewegung ein. Etwa einen Monat nach dem Urteilspruch verlängerte der Reichstag das Sozialistengesetz nicht mehr.

### **Entfaltung bis 1914**

Am 4. Mai 1890 veranstaltete die Sozialdemokratie der Wupperstädte ihre erste Maikundgebung mit Hermann Molkenbuhr als Redner.<sup>141</sup> Diese Kundgebung steht für die Aufbruchstimmung nach dem Sozialistengesetz, die sich im folgenden Jahrzehnt in ein rasches Wachstum des Geflechts der Milieuorganisationen umsetzte.

Der erste rheinisch-westfälische Parteitag nach dem Ende des Ausnahmerechts beschloss 1891 die Einrichtung eines dreiköpfigen Agitationskomitees mit Sitz in Elberfeld,<sup>142</sup> das nach der Aufteilung von Rheinland und Westfalen in selbstständige Agitationsbezirke für die Rheinprovinz tätig wurde.

1897 folgte die Aufspaltung der Rheinprovinz in die Agitationsbezirke Oberrhein und Niederrhein, entsprechend der Grenzen der Regierungsbezirke Köln und Düsseldorf. Von Elberfeld, dem Zentrum der Sozialdemokratie am Niederrhein, ging die Initiative zur Gründung flächendeckender Parteivereine, zur flächendeckenden Verbreitung von Parteizeitungen und zur Professionalisierung der Parteistrukturen aus.

Nachdem 1899 die Repressionen des Verbindungsverbots aufgehoben worden waren, setzten erste Bemühungen um eine Strukturierung der unübersichtlichen Parteiorganisation ein. Am Niederrhein gehörte Wilhelm Dittmann, zu diesem Zeitpunkt Vorsitzender der Wahlkreisorganisation in Solingen, zu den treibenden Kräften einer Zentralisierung.<sup>143</sup> 1904 trat das erste Organisationsstatut für den Niederrhein in Kraft, das eine deutliche Steigerung der Bedeutung der sozialdemokratischen Vereine und ihrer Vorsitzenden gegenüber den Wahlkreisvertrauensleuten bedeutete.<sup>144</sup>

Die Professionalisierung der Parteiarbeit zeigte sich in dem stetigen Ausbau des hauptamtlichen Apparats. Der Bremer Parteitag von 1904 hatte für die Gliederungen der Partei die Voraussetzungen geschaffen, „nach Bedürfnis“

---

<sup>141</sup> „Die erste Maifeier in Elberfeld-Barmen“, in: FP 30.04.1914.

<sup>142</sup> Agitationskomitee, Parteitage 1889-1909, S. 9/10.

<sup>143</sup> Wilhelm Dittmann: Erinnerungen, Bearbeitet und eingeleitet von Jürgen Rojahn, Frankfurt a.M. 1995, Bd. 1, S. 79-82.

<sup>144</sup> Ebd., S. 42/43.



hauptamtliche Mitarbeiter einstellen zu können.<sup>145</sup> Der Agitationsbezirk Niederrhein hatte das Bedürfnis und stellte mit dem in Ronsdorf lebenden Albert Faure bereits am 1. Juni 1905 seinen ersten Parteisekretär ein. Ein Jahr später übernahm Karl Haberland<sup>146</sup> den Posten und prägte die politische Arbeit im Bezirk Niederrhein bis zu seinem Eintritt in den Ruhestand 1927. Auch in den 15 Wahlkreisen des Bezirks traten nach und nach besoldete Wahlkreissekretäre ihre Ämter an. Im Solinger Wahlkreis war 1907 August Bellert, im Wahlkreis Elberfeld-Barmen von 1907 bis 1912 Carl Drescher erster besoldeter Sekretär. Der Remscheider Wahlkreis zog 1908 mit der Einstellung des bereits genannten Albert Faure nach.<sup>147</sup> Die Fortschritte in der Professionalisierung der Parteiarbeit gingen nicht allen Beteiligten schnell genug. Der aus Norddeutschland stammende Hermann Molkenbuhr notierte nach der Nominierungsversammlung für die Reichstagswahl 1907 in Barmen in seinem Tagebuch den Stoßseufzer: „Wenn sich nur die Rheinländer an Organisation gewöhnen könnten.“<sup>148</sup>

Für ein Jahrzehnt hielt ein Streit in Solingen die Partei am Niederrhein in Atem. Der Hintergrund des Konflikts war der durch die rasante Industrialisierung ausgelöste Wechsel in den Trägerschichten der sozialdemokratischen Mitgliedschaft, die sich von den alten noch aus dem ADAV stammenden Heimarbeitern und Handwerkern zu den neuen Fabrikarbeitern verschoben.<sup>149</sup> Erst durch diesen Prozess wird die Sozialdemokratie von einer „Handwerker-Arbeiter-“ zu einer Industriearbeiterpartei.<sup>150</sup>

Als Hauptkonfliktpunkt kristallisierte sich die Rolle der Gewerkschaften heraus. Während die Arbeiter einen vereinigten Metallarbeiterverband anstrebten, kämpften die Heimarbeiter um die Selbstständigkeit ihrer Fachvereine. Es wurde auch über die „Bergische Arbeiterstimme“ gestritten,

---

<sup>145</sup> Jürgen Mittag: Zwischen Professionalisierung und Bürokratisierung: Der Typus des Arbeiterfunktionärs im Wilhelminischen Deutschland, in: Schönhoven/Braun, Generationen, S. 107-143, hier: S. 122/123.

<sup>146</sup> \* 20.05.1863 in Wurzen, † 18.05.1938 in Wuppertal. Schröder, BIOSOP-Online.

<sup>147</sup> Dittmann, Erinnerungen, S. 142/143.

<sup>148</sup> Bernd Braun und Joachim Eichler (Hg.): Arbeiterführer Parlamentarier Parteiveteran, Die Tagebücher des Sozialdemokraten Hermann Molkenbuhr 1905 bis 1927, München 2000, S. 77.

<sup>149</sup> Rudolf Boch: Handwerker-Sozialisten gegen Fabrikgesellschaft, Lokale Fachvereine, Massengewerkschaft und industrielle Rationalisierung in Solingen 1870 bis 1914, Göttingen 1985.

<sup>150</sup> Tenfelde, Milieus, S. 9/10.

welche die Anhänger Schumachers nicht als Parteizeitung akzeptieren wollten.

Der Solinger Streit dominierte die rheinischen Provinzialparteitage 1896 in Solingen und 1897 in Essen. Dabei isolierten sich die Anhänger Schumachers zunehmend. Mit 52 zu 23 Stimmen erklärten die Delegierten Schumacher 1896 für unwürdig, in Zukunft noch ein Vertrauensamt der Partei zu bekleiden.<sup>151</sup> Dieser Beschluss fand allerdings nicht die Billigung der Reichstagsfraktion, die sich schützend vor ihr Mitglied stellte.

Höhepunkt des Solinger Streits war eine Doppelkandidatur anlässlich der Reichstagswahl 1898, bei der Georg Schumacher in Konkurrenz zu dem neuen offiziellen Parteikandidaten Philipp Scheidemann antrat. Im Solinger Wahlkreis standen sich mehrfach Kandidaten aus den Reihen der Arbeiterbewegung als Konkurrenten gegenüber.

Scheidemann, dem die Kandidatur nach eigenen Angaben vom Parteivorstand regelrecht aufgezwungen worden war, erzielte im ersten Wahlgang gut 1.200 Stimmen mehr als Schumacher und erreichte die Stichwahl gegen den Kandidaten der Liberalen, während Schumacher hinter dem Kandidaten der Zentrumspartei nur vierter wurde. In der Stichwahl unterlag Scheidemann aber deutlich, sodass der Solinger Wahlkreis zum ersten Mal seit 1891 verloren ging. Dabei verweigerten die meisten Anhänger Schumachers Scheidemann ihre Stimme.<sup>152</sup>

Die Mitgliederentwicklung war durch den Zustrom neuer Arbeiter und die Neugründung von Ortsvereinen von einem rasanten Aufwärtstrend geprägt, der sich eindrucksvoll an den für die Jahre seit 1900 vorliegenden Zahlen für den Bezirk Niederrhein ablesen lässt. Die Zahlen für den Unterbezirk Elberfeld-Barmen setzen erst 1904 ein. Der Aufwärtstrend wurde hier im Sommer 1914 gebrochen.

---

<sup>151</sup> Agitationskomitee, Parteitage 1889-1909, S. 22.

<sup>152</sup> Ralf Stremmel: Philipp Scheidemann - Aufstieg und Fall eines Ministerpräsidenten und Solinger Reichstagsabgeordneten, in: Zeitschrift des Bergischen Geschichtsvereins 96 (1993/94), S. 153-184, hier: S. 163.

Abb. 2: Mitgliederentwicklung im SPD-Bezirk Niederrhein 1900-1914<sup>153</sup>

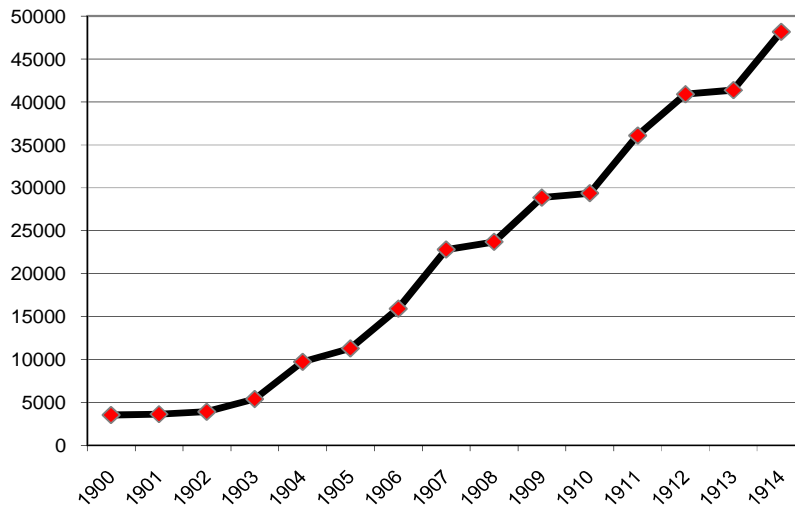
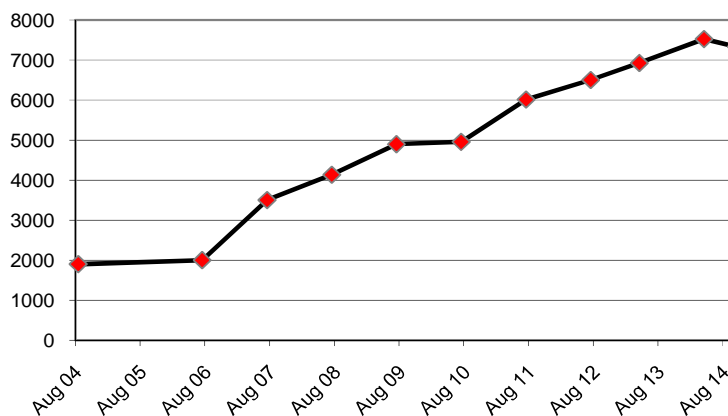


Abb. 3: Mitgliederentwicklung im SPD-Unterbezirk Elberfeld-Barmen 1904-1914<sup>154</sup>



Welche erhebliche Fluktuation innerhalb der Mitgliedschaft herrschte, wird in den Zahlen des Jahresberichts von Elberfeld-Barmen für das Geschäftsjahr 1912/13 deutlich: den 1.878 Neuaufnahmen standen 1.456 Abgänge gegenüber, was rund einem Fünftel des Bestandes zu Beginn des Geschäftsjahres entspricht. Knapp die Hälfte der Abgänger verließ den Parteiverein wegen Wegzugs, ein Drittel musste aufgrund ausbleibender Beitragszahlungen ge-

<sup>153</sup> Zahlen nach dem Geschäftsbericht 1913/14, in: FP 29.06.1914.

<sup>154</sup> Zahlen aus der Freien Presse und dem Geschäftsbericht 1912/13. Die Angaben für die Jahre 1906-08 beruhen auf Schätzungen nach der Anzahl der verkauften Beitragsmarken. Die Zahlen für das Jahr 1904 beruhen auf den Angaben der Polizei in HStAD, Reg. Düss., 9055.

strichen werden, 17 Prozent traten explizit aus und je 2 Prozent gingen durch Tod oder Ausschluss verloren.<sup>155</sup>

Aus dem übrigen Bergischen Land liegen leider keine verlässlichen Zahlen vor, die über Schlaglichter hinausgehen. Der 1891 gegründete Remscheider Ortsverein hatte im Jahr 1900 191, im Jahr 1909 1.090 männliche Mitglieder.<sup>156</sup>

Der sozialdemokratische Volksverein in Solingen konnte seine Mitgliederzahl von 1.079 im Jahr 1903, 2.014 im Jahr 1904, 2.800 im Jahr 1908 auf 4.413 Mitglieder Anfang 1913 steigern und war damit nach Elberfeld-Barmen und Essen der drittstärkste Verein im Bezirk Niederrhein.<sup>157</sup>

Die Wahlen vom 20. Februar 1890 machten die SPD mit 19,7 Prozent der Stimmen erstmals zur stärksten Partei im Reich. Im Bergischen Land gelang es Friedrich Harm und Georg Schumacher zum ersten Mal, die Wahlkreise Düsseldorf 2 und 3 im ersten Wahlgang zu gewinnen. 1893 gelang es zum ersten Mal, alle drei bergischen Mandate zu gewinnen, von denen 1898 allerdings zwei wieder verloren gingen.

Der Wahlkreis Remscheid-Lennep-Mettmann war wegen der Landkreise Lennep und Mettmann für die SPD nur schwer zu gewinnen.<sup>158</sup> Innerhalb der Stadt Remscheid waren die Mehrheitsverhältnisse ähnlich wie in Elberfeld-Barmen. Durch den Einfluss der ländlichen Gebiete ging der Wahlkreis aber meist verloren. Nur viermal schafften es Sozialdemokraten in die Stichwahl (1867 II, 1893, 1903 und 1912), die sie in drei Fällen gewinnen konnten.<sup>159</sup>

---

<sup>155</sup> Sozialdemokratischer Verein Elberfeld-Barmen, Geschäftsbericht 1912/13, S. 7/8.

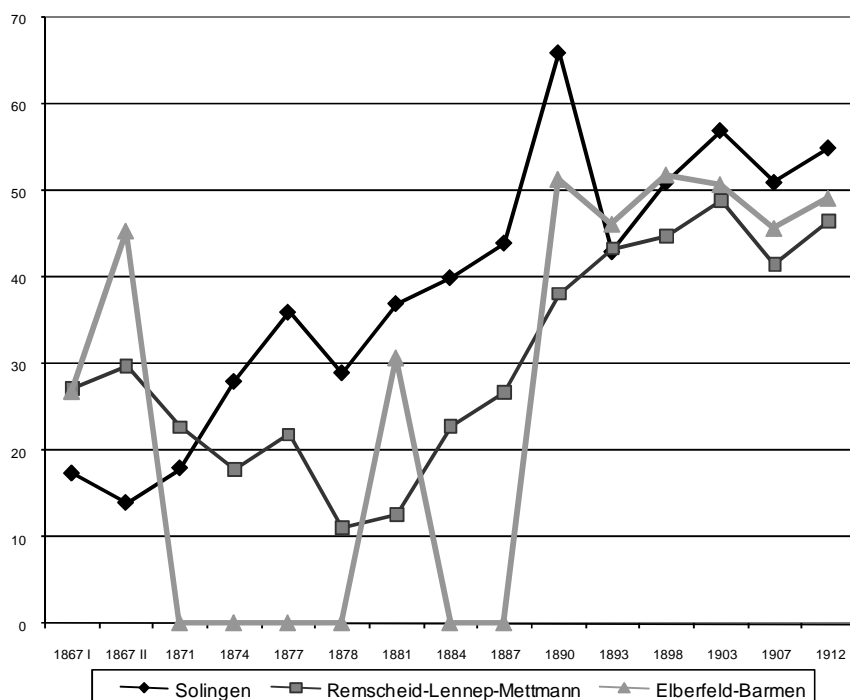
<sup>156</sup> Lucas, Arbeiterradikalismus, S. 131.

<sup>157</sup> Manfred Krause: Die Gewerkschaftsbewegung und die sozialistische Arbeiterbewegung in Solingen 1914-1925, Examensarbeit Universität Bochum, 1981, S. 62.

<sup>158</sup> Zu den schlechten Wahlergebnissen im Kreis Mettmann vgl. SPD-Ortsverein Mettmann (Hg.): 125 Jahre SPD in Mettmann, Mettmann 1992, S. 17-20.

<sup>159</sup> Zum Vergleich: in Elberfeld-Barmen schafften es zehn, in Solingen neun Kandidaten. Vgl. Boch/Krause, Lesebuch, S. 122-124.

Abb. 4: Vergleich der bergischen Wahlkreise nach abgegebenen Stimmen im ersten Wahlgang in %<sup>160</sup>



Der Reichstagswahlkampf 1903 stand auch im Bergischen Land ganz unter dem Eindruck der Ende 1902 beschlossenen Erhöhung der Zollsätze für Getreide. Der Kampf gegen den „Brotwucher der Zollräuber“ brachte in allen drei Wahlkreisen einen Sieg der sozialdemokratischen Kandidaten. In Solingen, das nach dem Verlust durch die Doppelkandidatur 1898 zurückgewonnen wurde, und in Elberfeld-Barmen setzte sich die SPD bereits im ersten Wahlgang durch. Bei den „Hottentotten-Wahlen“ 1907 gingen Elberfeld-Barmen und Remscheid-Lennep-Mettmann trotz gesteigerter Stimmenzahl dem Reichstrend entsprechend wieder verloren. Philipp Scheidemann behauptete sein Solinger Mandat im ersten Wahlgang. Die Dominanz der Elberfelder Zentrale im Agitationsbezirk zeigte sich auch bei der Aufstellung der Reichstagskandidaten. In Düsseldorf, Essen und Altena-Iserlohn kandidierten Sozialdemokraten aus dem Wuppertal. 1912 setzten sich zum zweiten Mal alle drei Kandidaten der SPD durch, die damit auf dem Höhepunkt ihrer bergischen Wahlerfolge angelangt war. Die drei siegreichen Kandidaten gehörten 1918 zum ersten Rat der Volksbeauftragten. Die erste

<sup>160</sup> Zahlen nach Boch/Krause, Lesebuch, S. 122/123.

Revolutionsregierung wurde also zur Hälfte aus den Sozialdemokraten gebildet, die 1912 ihr Reichstagsmandat im Bergischen Land gewonnen hatten.

Tabelle 5: Sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete aus dem Bergischen Land 1890-1912

	<b>Remscheid-Lennep-Mettmann</b> (Düsseldorf 1)	<b>Elberfeld-Barmen</b> (Düsseldorf 2)	<b>Solingen</b> (Düsseldorf 3)
<b>1890</b>		<b>Friedrich Harm *</b>	<b>Georg Schumacher *</b>
<b>1893</b>	Karl Meist	Friedrich Harm	Georg Schumacher
<b>1898</b>		<b>Hermann Molkenbuhr *</b>	
<b>1903</b>	Karl Meist	<b>Hermann Molkenbuhr *</b>	<b>Philipp Scheidemann *</b>
<b>1907</b>			<b>Philipp Scheidemann *</b>
<b>1912</b>	Wilhelm Dittmann	Friedrich Ebert	<b>Philipp Scheidemann *</b>

\* Die Kandidaten konnten sich bereits im Ersten Wahlgang durchsetzen.

Im Kampf gegen das preußische Dreiklassenwahlrecht lässt sich die wachsende Kampagnefähigkeit der Sozialdemokratie erkennen.<sup>161</sup>

Im Januar 1906 begann die Kampagne zur Landtagswahl 1908 mit großen Kundgebungen.<sup>162</sup> Im November 1907 gelang es in einigen Fällen, Straßendemonstrationen durchzusetzen.<sup>163</sup> Die Landtagswahl selbst brachte mit 1.244 Wahlmännern am Niederrhein und dem Erreichen der Abgeordnetenstichwahl in Elberfeld-Barmen einen Achtungserfolg.<sup>164</sup>

Die preußische Regierung legte unter dem Druck der Proteste den Entwurf eines neuen Wahlgesetzes vor, der trotz einzelner Modifikationen das Dreiklassenwahlrecht beibehielt. Die Demonstrationen gegen das neue Wahlgesetz begannen unmittelbar nach der Veröffentlichung des Entwurfs im Februar 1910 mit Kundgebungen in zahlreichen Versammlungshallen. In Remscheid sprach in der Konzerthalle „Germania“ mit Karl Liebknecht ein Vertreter der treibenden Kräfte der Wahlrechtskampagne.<sup>165</sup> Um „die öffentliche Ordnung“ zu schützen, waren Demonstrationen weiterhin verboten, und dieses Verbot wurde gegen eine von der SPD praktizierte Politik der Nadelstiche auch noch weitgehend durchgesetzt. „Die Straße dient

<sup>161</sup> Bernd Jürgen Waneke und Joachim Albrecht: Als die Deutschen demonstrieren lernten, Das Kulturmuster "friedliche Straßendemonstration" im preußischen Wahlrechtskampf 1908-1910, Tübingen 1986.

<sup>162</sup> „Die sozialdemokratischen Demonstrationen im Rheinland und in Westfalen“, in: GA 22.01.1906.

<sup>163</sup> Agitationskomitee, Parteitage 1889-1909, S. 59.

<sup>164</sup> Ebd., S. 60; 72/73.

<sup>165</sup> SPD Remscheid, Geschichte, S. 11.

lediglich dem Verkehr“ ließ der Berliner Polizeipräsident bekannt machen.<sup>166</sup> In Elberfeld gab es den Versuch, das Recht auf die Straße durchzusetzen und eine spontane Kundgebung abzuhalten:

„Sie zogen geschlossen und die „Arbeitermarseillaise“ singend die Reitbahnstraße hinab, dann über die Herzogstraße, Königsstraße bis zum Königsplatz. Hier staute sich der Zug. Rufe ‚Nieder mit der Wahlrechtsvorlage‘, ‚Hoch die Sozialdemokratie‘ erschollen. Redakteur Gewehr schwang sich auf eine der dort stehenden Kanonen und versuchte eine Ansprache zu halten. Ein Polizist holte ihn herunter.“<sup>167</sup>

Doch die Abwehrfront des Staates begann zu bröckeln – im März 1910 konnten in Barmen 10.000 Zuhörer der Rede Friedrich Eberts bereits unter freiem Himmel folgen.<sup>168</sup> In Solingen versammelten sich am gleichen Tag 20.000 Menschen, um Philipp Scheidemann und zwei weitere Reichstagsabgeordnete zu hören. Dabei gab es gegen Demonstranten, die eine verbotene rote Fahne mitführten, einen Säbeleinsatz der Polizei, der zu mehreren Verletzten führte.<sup>169</sup>

Am 10. April erreichte die Kampagne gegen das Dreiklassenwahlrecht mit einer Heerschau der Bergischen Sozialdemokratie ihren Höhepunkt. Im Eichholz bei Cronenberg versammelten sich zwischen 25.000 und 60.000 Kundgebungsteilnehmer aus den drei bergischen Wahlkreisen, wobei allein mindestens 9.000 Solinger teilnahmen, die nach einem Fußmarsch in einem großen geschlossenen Demonstrationzug auf dem Kundgebungsplatz eintrafen.<sup>170</sup> Während es am gleichen Tag in Breslau zu schweren Zusammenstößen kam, konnte im Bergischen Land ein erheblicher Prestigeerfolg erzielt werden. „Auch wurden gegen die Abrede im Zuge Kundgebungen durch rote Fahnen und Absingen der Arbeitermarseillaise veranstaltet,“ ohne, dass

---

<sup>166</sup> „Eine Bekanntmachung des Polizeipräsidenten“, in: Vorwärts 13.02.1910, zitiert nach Dittmann, Erinnerungen, S. 150.

<sup>167</sup> „Kundgebungen im Rheinland und in Westfalen“, in: GA 14.02.1910. Der gelernte Schreiner Wilhelm Gewehr (1858-1913) war von 1892 bis 1912 leitender Redakteur der FP und von 1903 bis 1913 Vorsitzender des Agitationskomitees für den Niederrhein.

<sup>168</sup> „Wahlrechtsspaziergänge“, in: GA 07.03.1910.

<sup>169</sup> „Die Massenkundgebung in Solingen“, in: BA 07.03.1910; „Wer Wind säet wird Sturm ernten! Ein Massenprotest gegen Polizeibrutalitäten“, in: BA 09.03.1910.

<sup>170</sup> „Das Wahlrechtsmeeting des Bergischen Volkes“, in: BA 11.04.1910.

Polizeikräfte eingegriffen hätten.<sup>171</sup> Damit war für die Region ein Dambruch erreicht und die Straße als Agitationsraum der Sozialdemokratie gewonnen. Symbolische Siege waren auch im Bereich der Kommunalwahlen zu erringen. Die Stimmabgabe in den drei Klassen erfolgte öffentlich, was Erfolge der SPD insbesondere auf dem Land und in Kleinstädten zusätzlich erschwerte. Um so erstaunlicher, dass dem ersten sozialdemokratischen Stadtverordneten, der unter diesen Bedingungen ein Mandat gewann, dies 1880 in Höhscheid unter den Bedingungen des Sozialistengesetzes gelang. Dieser Erfolg war möglich, weil die Schneidwarenarbeiter überdurchschnittlich gut verdienten. 1911 gelang es der SPD, durch Siege in der 2. und 3. Klasse mit 14 von 24 Mandaten die Mehrheit im Höhscheider Rat zu gewinnen.<sup>172</sup> Im Jahr 1897 erzielte die Partei einen Erfolg in der 3. Klasse in Gräfrath.<sup>173</sup> In Remscheid gelang 1901 erstmals der Gewinn von vier Mandaten. 1907 war Cronenberg die erste erfolgreiche Gemeinde der späteren Stadt Wuppertal, 1909 zogen Barmen und Elberfeld nach.

Im Jahr 1905 gründeten sich die ersten selbstständigen Gruppen der Arbeiterjugend, bis 1910 entstanden am Niederrhein 17 Jugendausschüsse.<sup>174</sup> Die Aktivitäten der Arbeiterjugend wurden ständig von der Polizei überwacht, und sobald der Verdacht politischer Beeinflussung von Jugendlichen unter 18 Jahren aufkam (§ 17 Vereinsgesetz), erfolgte das polizeiliche Verbot. So wurde 1913 der Jugendausschuss für Solingen und Umgebung mit allen angegliederten Abteilungen aufgelöst.<sup>175</sup>

In der Arbeiterjugend wurden die Jahrgänge ab 1896 politisch sozialisiert. Die Repressionen der Polizei und die Auswirkungen des Vereinsgesetzes, das auch „Sozialistengesetz für die Jugend“ genannt wurde, sorgten neben den Erzählungen der Parteiveteranen für das Fortbestehen der Ausgrenzungserfahrung auch in der folgenden Generation.

Ein Polizeibericht aus dem Jahr 1913 über die Aktivitäten der Arbeiterjugend im Jugendheim Elberfeld wirft ein Schlaglicht auf die Aktivitäten der Arbeiterjugend. An jedem Sonntag fand ein Spiel- und Unterhaltungsabend statt,

---

<sup>171</sup> „Wahlrechtskundgebungen unter freiem Himmel“, in: GA 11.04.1910.

<sup>172</sup> Boch/Krause, Lesebuch, S. 128-133.

<sup>173</sup> Agitationskomitee, Parteitage 1889-1909, S. 23.

<sup>174</sup> Stracke, Zuversicht, S. 13/14.

<sup>175</sup> Schreiben der Polizeiverwaltung Wald an Ewald Weck, Leiter des Jugendausschusses, vom 8.11.1913, HStAD, Reg. Düss., 16005, Bl. 204.



donnerstags trafen sich die Mädchen abends zu einem Nähkurs, und im Sommer wurden monatlich, im Winter wöchentlich Vorträge „belehrenden und unterhaltenden Charakters“ gehalten. Den größten Zuspruch hatte dabei im März 1913 eine Karl-Marx-Feier, an der etwa 300 Jugendliche teilnahmen.<sup>176</sup> Täglich wurde das Jugendheim von durchschnittlich 58 Personen besucht.

Auf die Gesamtgröße der Arbeiterjugend kann man nur mithilfe des Indikators der Abonnentenzahl der Zeitung „Arbeiter-Jugend“ schließen. In Elberfeld-Barmen waren 1912 1.416 Abonnenten registriert, darunter 257 weibliche und 1913 1.465, darunter 251 weibliche.<sup>177</sup> Vom 1. Januar 1914 an betreute ein hauptamtlicher Jugendsekretär die Gruppen des Bezirks Niederrhein.<sup>178</sup>

Einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung von Identität und Identifikation und damit zur Formung eines sozialdemokratischen Milieus leistete die Parteipresse.<sup>179</sup> Weil der ADAV die Gründung lokaler Zeitungen als Konkurrenten zum Zentralorgan „Social-Demokrat“ ablehnte, waren in der Region bis zum Inkrafttreten des Sozialistengesetzes keine Blätter gegründet worden.

Im Herbst 1886 übernahm der Reichstagsabgeordnete Friedrich Harm die 1885 von einem Mitglied der Deutschfreisinnigen Partei gegründete „Freie Presse“ und gab der Tageszeitung gemeinsam mit Hermann Grimpe eine vorsichtig sozialdemokratische Ausrichtung. Die FP produzierte zwischenzeitlich Kopfbblätter für den ganzen Agitationsbezirk Niederrhein. Von 1890 bis 1933 erschien die „Niederrheinische Volkstribüne“ für den Raum um Krefeld, von 1892 bis 1894 gab es die „Rheinische Zeitung“ für den Oberrhein und zwischen 1899 und 1901 wurde auch die „Düsseldorfer Arbeiterzeitung“ in Elberfeld produziert. 1899 ging die Zeitung in den Besitz der Partei über und wurde in die neugegründete Verlagsanstalt Molkenbuhr & Co. eingegliedert.<sup>180</sup>

---

<sup>176</sup> Bericht der Polizeiverwaltung Elberfeld an den RP vom 18.10.1913, HStAD, Reg. Düss., 16005, Bl. 29.

<sup>177</sup> „Bericht des Jugend-Ausschusses Elberfeld-Barmen“, in: FP 06.06.1913.

<sup>178</sup> Entstehung und Entwicklung der SAJ Wuppertal, StadtAW, NDS 151.

<sup>179</sup> Uwe Danker, Markus Oddey u.a.: Am Anfang standen Arbeitergroschen, 140 Jahre Medienunternehmen der SPD, Bonn 2003, S. 15-17. Vgl. auch Friedhelm Boll: Die deutsche Sozialdemokratie und ihre Medien, Wirtschaftliche Dynamik und rechtliche Formen, Bonn 2002.

<sup>180</sup> Herberts, SPD in Wuppertal, S. 127.

Im Mai 1890 erschien zum ersten Mal die „Bergische Arbeiterstimme“ als sozialdemokratische Zeitung des Kreises Solingen, zunächst als Kopfblatt der „Freien Presse“ aus Elberfeld und seit Juni 1890 als eigenständige Zeitung. Die Auflage des Blattes stieg von 4.000 Exemplaren im Jahr 1891 bis auf 12.000 1913. Seit 1905 produzierte die Redaktion zusätzlich das Kopfblatt „Remscheider Arbeiterzeitung“ für das Gebiet des Reichstagswahlkreises Remscheid-Lennep-Mettmann, in dem bis zu diesem Zeitpunkt die Elberfelder FP gelesen worden war.

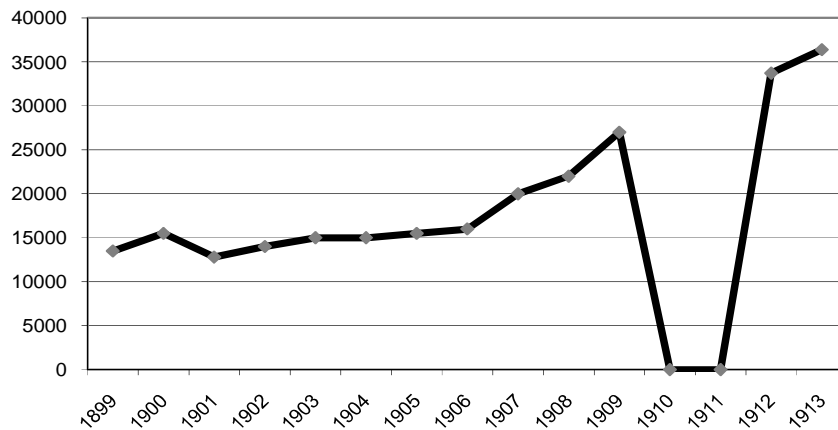
Im Jahr 1897 gründete der Sozialdemokratische Volksverein Elberfeld die Monatsschrift „Morgenroth“, in der längere theoretische Artikel auf hohem sprachlichen Niveau erschienen.<sup>181</sup> In der Tradition der Arbeiterbildungsvereine hatten die Redakteure den Auftrag, Einsichten in politische, gesellschaftliche und ökonomische Zusammenhänge sowie die ideologischen Grundlagen der Partei zu vermitteln. Die achtseitige Zeitung, die sich auch gezielt an Sympathisanten richtete, wurde am ganzen Niederrhein vertrieben und erreichte eine erstaunlich hohe Auflage.<sup>182</sup> Die Entwicklung der Auflagenhöhe, für die Zahlen von 1899 bis 1909 und 1912/13 vorliegen, ist ein aussagekräftiger Indikator für die Ausstrahlung des Parteizentrums Elberfeld auf den Bezirk Niederrhein. Der deutliche Anstieg nach 1909 ist darin begründet, dass die Wahlorganisationen in Düsseldorf, Essen und Hagen-Schwelm die Zeitung ihren Mitgliedern kostenfrei zur Verfügung stellten.

---

<sup>181</sup> „IX. Parteitag der Sozialdemokraten des niederrheinischen Agitationsbezirks“, in: FP 27.01.1898.

<sup>182</sup> Einzelne Exemplare finden sich als Anlagen zu den Berichten an den RP, so z. B. Nr. 9 vom Mai 1898, HStAD, Reg. Düss. 9048 I, Bl. 253-256.

Abb. 5: Auflagenentwicklung „Morgenroth“<sup>183</sup>



### Gewerkschaften

Auf dem Gründungskongress des „Verbandes der Fabrik-, Land- und gewerblichen Hilfsarbeiter Deutschlands“ im Juni 1890 in Hannover war bereits ein Vertreter der 1888 in Elberfeld gegründeten Vorläuferorganisation „Vereinigung ungelerner Arbeiter“ vertreten. Die örtliche Zahlstelle des Fabrikarbeiterverbandes nahm im September 1890 ihre Arbeit auf.<sup>184</sup>

Mit dem Fall des Sozialistengesetzes wurde auch die Schaffung eines zentralen Überbaus für die verschiedenen Gewerkschaftsverbände möglich. Nach dem Vorbild der auf der Berliner Gewerkschaftskonferenz im November 1890 eingerichteten „Generalkommission“ gründeten am 15. Februar 1891 57 Delegierte aus 33 Einzelverbänden die „Gewerkschaftskommission Elberfeld-Barmen“.

Die Gründung des Deutschen Metallarbeiterverbandes (DMV) 1891 führte noch im gleichen Jahr zum Aufbau einer Zahlstelle in Remscheid. Bei den überwiegend in hausindustriellen Produktionsstrukturen arbeitenden Feilenhauern konnte sich die zentralisierte Gewerkschaft noch nicht durchsetzen. Dem zwischenzeitlich bereits aufgelösten örtliche Feilenhauer-Verein traten nach seiner Neugründung 1896 weit mehr Remscheider bei als der Zahlstelle des DMV. 1908 löste sich der Verein endgültig zugunsten der Gewerkschaft auf, die bis Ende 1910 4.199 Mitglieder gewinnen konnte und damit die

<sup>183</sup> Zahlen nach Agitationskomitee, Parteitage 1889-1909; Geschäftsbericht 1912/13.

<sup>184</sup> IG Chemie Papier Keramik Wuppertal (Hg.): Damals - der Beginn im Tal, 100 Jahre Verwaltungsstelle Wuppertal, Velbert 1990.

größte Gewerkschaft in Remscheid war.<sup>185</sup> Auch in Solingen war der DMV die stärkste Gewerkschaftsorganisation.

Im April 1912 trat mit Paul Sauerbrey der erste hauptamtliche Sekretär des Gewerkschaftskartells Elberfeld-Barmen seine Stelle an.<sup>186</sup> Zuvor waren bereits Arbeitersekretariate eingerichtet worden, deren Hauptaufgabe die Beratung der Mitglieder in arbeits- und sozialrechtlichen Fragen war.<sup>187</sup>

### *Konsumgenossenschaften*

Nachdem die Arbeiterbewegung die Entstehung von Konsumgenossenschaften lange Zeit mit Skepsis betrachtete, veränderte sich das Verhältnis im Jahrzehnt nach der Aufhebung des Sozialistengesetzes. Viele Arbeiter traten zunächst bereits bestehenden Genossenschaften bei. Ab Ende der 1890er Jahre initiierten Gewerkschaftskartelle zunehmend die Neugründung lokaler Konsumvereine.<sup>188</sup>

Auch in den Wupperstädten ging die Gründungsinitiative von der Gewerkschaftskommission aus. Nach der gewonnenen Reichstagswahl 1898 und der Änderung des Genossenschaftsgesetzes 1889 begann eine intensive Debatte über den politischen Nutzen des Genossenschaftsgedankens, die zur Einsetzung einer gründungsvorbereitenden Kommission führte. Die Werbearbeit der Kommission in den Gewerkschaftsverbänden stieß zunächst nur auf geringe Resonanz. Trotzdem fanden 1899 die Gründungsversammlungen statt: im April vollzogen 48 Elberfelder die Gründung der Konsumgenossenschaft „Befreiung“, im Mai zogen 45 Barmer mit der Gründung der Konsumgenossenschaft „Vorwärts“ nach.

Trotz des schwierigen Beginns wuchsen die Mitgliederzahlen beider Genossenschaften in den folgenden Jahren stark an. Auf 1904 in Barmen und 1905 in Elberfeld erworbenen Grundstücken begann zeitgleich der Bau repräsentativer Zentralen und moderner Großbäckereien, die 1906 den Einstieg in die Eigenproduktion von Lebensmitteln ermöglichten.<sup>189</sup>

---

<sup>185</sup> Lucas, Radikalismus, S. 123-126.

<sup>186</sup> Jahresbericht der Polizei-Verwaltung über die sozialdemokratische und anarchistische Bewegung in Barmen vom 24.08.1912, HStAD, Reg. Düss., 42813, Bl. 4-10.

<sup>187</sup> Mittag, Typus des Arbeiterfunktionärs, S. 127/128.

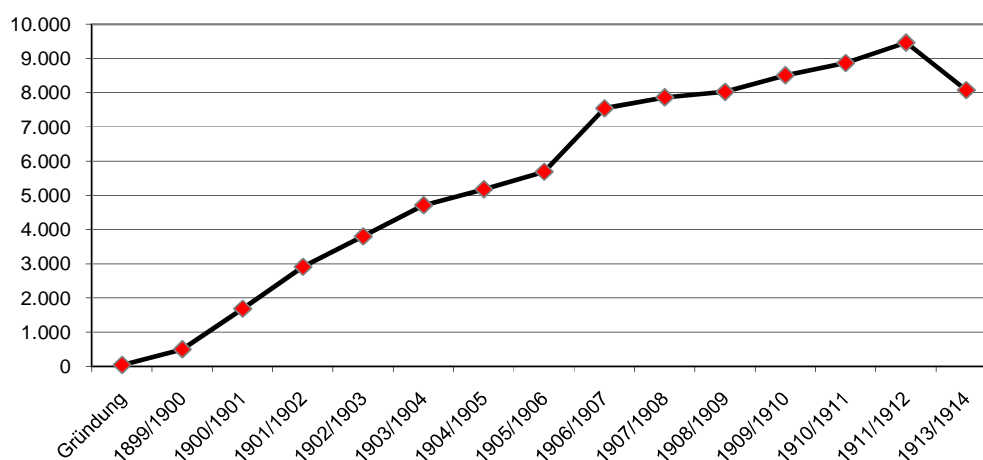
<sup>188</sup> Hermann Fleißner: Genossenschaften und Arbeiterbewegung, Dresden 1911, S. 7-20; Klaus Novy und Michael Prinz: Illustrierte Geschichte der Gemeinwirtschaft, Wirtschaftliche Selbsthilfe in der Arbeiterbewegung von den Anfängen bis 1945, Bonn 1985, S. 28/29.

<sup>189</sup> Projektgruppe 'Geschichte Bergischer Genossenschaften': Vorwärts Befreiung, Genossenschaftliche Selbsthilfe im Bergischen Land, Essen 1984, S. 82/83. Zu Barmen vgl.

„Befreiung“ und „Vorwärts“ gehörten zu den 98 Konsumvereinen, die der Allgemeine Verband der Wirtschafts- und Erwerbsgenossenschaften 1902 ausschloss, sie waren deshalb 1903 in Dresden Gründungsmitglieder des „Zentralverbands Deutscher Konsumvereine“, der Dachorganisation der sozialdemokratisch orientierten Genossenschaften.<sup>190</sup>

Der Elberfelder Genossenschaft waren für ihre territoriale Expansion enge Grenzen gesetzt, weil sie von erfolgreichen Nachbar-Genossenschaften umgeben war.

Abb. 6: Mitgliederentwicklung „Befreiung“, Elberfeld, von der Gründung bis 1914<sup>191</sup>



Im August 1901 gründeten 60 Remscheider die Konsumgenossenschaft „Einigkeit“ Remscheid, die sich schnell etablieren und nach ihrem ersten Geschäftsjahr bereits 774 Mitglieder aufweisen konnte. Bis 1910 entstanden 14 Verteilungsstellen im Stadtgebiet und 7 in der Umgebung.<sup>192</sup> In der Zentrale der „Einigkeit“ entstanden bis 1911 eigene Produktionsstätten, welche die zu diesem Zeitpunkt bereits 8.000 Mitgliedsfamilien mit Brot, Fleischwaren, Bier, Limonade und Kaffee versorgten.

In Solingen scheiterte 1900 der erste Versuch, die Gründung einer Konsumgenossenschaft zu initiieren, an fehlendem Interesse der Bevölkerung. Im März 1902 wurde auf Initiative des Sozialdemokratischen Volksvereins im

auch „Die Neuanlagen der Konsumgenossenschaft ‚Vorwärts‘, Barmen“, in: Konsumgenossenschaftliche Rundschau 4 (1907), S. 76-79.

<sup>190</sup> Klaus Novy und Michael Prinz: Illustrierte Geschichte der Gemeinwirtschaft, Wirtschaftliche Selbsthilfe in der Arbeiterbewegung von den Anfängen bis 1945, Bonn 1985, S. 28/29.

<sup>191</sup> Zahlen nach den Geschäftsberichten der Genossenschaft.

<sup>192</sup> Lucas, Arbeiterradikalismus, S. 63.

Nachbarort Ohligs die Konsumgenossenschaft „Solidarität“ Ohligs gegründet, die ihren Geschäftsbereich schnell auf alle Gemeinden des Kreises Solingen ausdehnte.

Um den politischen Aktionsverband SPD und die ökonomischen Aktionsverbände Freier Gewerkschaften herum entwickelte sich bis 1914 ein Netzwerk von Milieuorganisationen für nahezu alle Bereiche des Lebens: Zeitungen und Verlage, Sport- und Kulturvereine, Produktions- und Konsumgenossenschaften, Kinder- und Jugendorganisationen. Diese Vereine und Organisationen ermöglichten den Menschen, sich ein Leben lang „von der Wiege bis zur Bahre“ fast ausschließlich innerhalb des eigenen Milieus zu bewegen.<sup>193</sup> Bis zum Beginn des Ersten Weltkriegs war das inzwischen drei Generationen übergreifende sozialistische Milieu des Bergischen Landes kohärent, es bedeutete gleichzeitig Geborgenheit und Enge.

### **Spaltung und Blütezeit**

Seit 1915 gewann die kriegskritische Opposition in der Bergischen Parteiorganisation kontinuierlich an Rückhalt. Bereits im Januar 1915 musste sich der Reichstagsabgeordnete und Parteivorsitzende Ebert in den Mitgliederversammlungen der Parteivereine in Barmen und Elberfeld erster offener Kritik stellen.<sup>194</sup> Die Kritiker der Politik des Burgfriedens gewannen immer mehr an Rückhalt, auch wenn die Mehrheit der Parteimitglieder längst zum Kriegsdienst einberufen worden war.<sup>195</sup>

Im Februar 1917 eskalierte der Konflikt in der Frage der Ausrichtung der Parteizeitung „Freie Presse“. Die Zeitung war von den Militärbehörden infolge eines kriegskritischen Artikels für eine Woche verboten worden. Dieses Verbot nutzte die Geschäftsführung des Verlags, um den verantwortlichen Redakteur und Bezirksvorsitzenden der SPD, Otto Niebuhr<sup>196</sup>, aus der Redaktion zu entfernen und stattdessen mit Karl Haberland einen Anhänger

---

<sup>193</sup> Natürlich gab es mit Schule, Militär, Arbeitsstelle und gegebenenfalls Kirche weiterhin starke äußere Einflussfaktoren.

<sup>194</sup> „Der sozialdemokratische Verein“, in: FP 20.01.1915; „Die Mitgliederversammlung des sozialdemokratischen Vereins“, in: FP 21.01.1915; Zum Redetext Eberts vgl. „Sozialdemokratie und Krieg“, in: FP 22.01.1915.

<sup>195</sup> Bereits 1915 standen rund 60 % der Mitglieder „im Felde“. Vgl. „Sozialdemokratischer Verein Elberfeld-Barmen“, in: FP 21.04.1915.

<sup>196</sup> Niebuhr, 1878 geboren, wurde nach seiner Entfernung aus der Redaktion umgehend eingezogen und starb am 6. Mai 1917 in einem Reservelazarett in Saarbrücken an einer Lungenentzündung. „Das Begräbnis von Otto Niebuhr“, in: FP 14.05.1917.

der Mehrheit der Reichstagsfraktion zu installieren.<sup>197</sup> In der anschließenden Versammlung des Parteivereins zeigte sich, dass Niebuhr die überwiegende Mehrheit der Parteimitglieder hinter sich hatte.<sup>198</sup>

Die Anhänger der Mehrheit der Reichstagsfraktion sahen sich deshalb gezwungen, einen eigenen „Sozialdemokratischen Parteiverein“ zu gründen, dem sich aber nur jeder fünfte Wuppertaler Sozialdemokrat anschloss.<sup>199</sup>

Reichstagsabgeordneter Friedrich Ebert trat in der ersten regulären Mitgliederversammlung nach der Konstituierung dieses neuen Vereins als Redner auf und referierte über die politische Lage nach der Parteispaltung.<sup>200</sup>

In den folgenden Monaten konnte er die Entwicklung in seinem Wahlkreis nur aus der Ferne verfolgen, machte sich aber Hoffnungen auf eine Stabilisierung der Lage.<sup>201</sup> Auf dem Würzburger Parteitag im Oktober 1917

musste er eingestehen, dass eine der 38 Wahlkreisorganisationen, die an die USPD verloren gingen, seine eigene war. Dem neuen Parteiverein schloss sich die Mehrheit der Funktionäre und Mandatsträger an, denen es gelang, die Kontrolle über die FP zu behalten. Die Anhänger der Opposition reagierten mit Boykottkampagnen und versuchten, die „Bergische Arbeiterstimme“ als neue Parteizeitung auch in Wuppertal zu etablieren.<sup>202</sup>

Im zunehmend vom radikalen USPD-Flügel dominierten Bezirk Niederrhein gehörten die Wuppertaler zu den Gemäßigten.<sup>203</sup>

Während der Zeit des Ersten Weltkriegs war die Entwicklung der Solinger Sozialdemokratie von einer zunehmenden Entfremdung der Basis von ihrem immer patriotischer auftretenden Reichstagsabgeordneten Scheidemann ge-

---

<sup>197</sup> „An unsere Abonnenten“, in: FP 03.02.1917; „An die Parteigenossinnen und Genossen“, in: FP 10.02.1917. Ähnliche Machtkämpfe fanden in allen SPD-Parteizeitungen statt. Vgl. zur „Schwäbischen Tagwacht“ Uwe Danker, Markus Oddey u.a.: Am Anfang standen Arbeitergroschen, 140 Jahre Medienunternehmen der SPD, Bonn 2003, S. 64-69.

<sup>198</sup> „Versammlung des sozialdemokratischen Vereins Elberfeld-Barmen“, in: FP 12.02.1917.

<sup>199</sup> „Wir stehen zur Partei“, in: FP 26.02.1917; „Sozialdemokratischer Parteiverein Elberfeld-Barmen“, ebd.

<sup>200</sup> „Versammlung des Parteivereins Elberfeld-Barmen“, in: FP 19.03.1917; Zum Redetext Eberts vgl. „Zur politischen Lage“, in: FP 20.03.1917.

<sup>201</sup> „Die Parteiverhältnisse in Elberfeld-Barmen scheinen sich allmählich zu bessern. Leider bin ich hier zu sehr gebunden, um mich persönlich um die Dinge kümmern zu können.“ Ebert an Wilhelm Enz am 29.06.1917, HStAD, RW 58, 20052, Bl. 21.

<sup>202</sup> „Die Parteipresse in unserem Verbreitungsgebiet“, in: FP 03.04.1917; „Freie Presse oder Bergische Volksstimme“, in: FP 07.05.1917.

<sup>203</sup> Hans-Ulrich Knies, Arbeiterbewegung und Revolution in Wuppertal, Entwicklung und Tätigkeit der Arbeiter- und Soldatenräte in Elberfeld und Barmen, in: Reinhard Rürup, Arbeiter- und Soldatenräte im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, Studien zur Geschichte der Revolution 1918/19, Wuppertal 1975, S. 83-153, hier: S. 86; 106-108.

prägt. Scheidemann hatte sich in den ersten Monaten des Krieges zu einem Befürworter des Kampfes bis zum Erreichen des „Siegfriedens“ entwickelt. In Solingen wurde dieser Rechtsruck erstmals an Silvester 1914 offenkundig, als Scheidemann in einem Neujahrsgruß in der „Bergischen Arbeiterstimme“ den „Willen zum Durchhalten bis zum Siege“ beschwor.<sup>204</sup> Am Höhepunkt der Auseinandersetzungen stimmte die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins im März 1917 mit übergroßer Mehrheit für den Beitritt zur USPD, während sich die Minderheit in einer neu gegründeten MSPD sammelte.<sup>205</sup>

In Remscheid schloss sich die Partei 1917 zunächst vollständig der USPD an. Die „Mehrheitssozialdemokratie“ formierte sich in einem neuen „Sozialdemokratischen Parteiverein für den Wahlkreis Lennep-Remscheid-Mettmann“, der auf erhebliche organisatorische Unterstützung der Bezirksleitung in Elberfeld angewiesen war.<sup>206</sup> Die erste Ortsgruppe konstituierte sich im Mai 1917 in Velbert.<sup>207</sup> In Remscheid wurde erst im Dezember 1918 eine Ortsgruppe des neuen Parteivereins mit 70 Mitgliedern gegründet.<sup>208</sup>

Die Unabhängigen Sozialdemokraten bildeten im November 1918 einen Arbeiter- und Soldatenrat und dessen Aktionsausschuss, ohne andere Organisationen beteiligen zu müssen. Der Remscheider A.- und S.-Rat gehörte zu den radikalsten Räten in Deutschland und führte den linken Flügel der USPD im Bezirk Niederrhein an.<sup>209</sup>

Sowohl in Remscheid als auch in Solingen gelang der USPD die Integration der äußersten Linken, sodass, anders als in Wuppertal, die Gründung einer Spartakus Gruppe ausblieb.<sup>210</sup>

Solingen und Remscheid gehörten zu den Regionen, in denen der Prozess der politischen Radikalisierung große Teile des Milieukerns inklusive der Führungsebene erfasste und über die USPD bis in die KPD führte. In Solingen stimmten beispielsweise 89 Prozent der USPD-Mitglieder für den

---

<sup>204</sup> „Die besten Wünsche zum neuen Jahre“, in: „Bergische Arbeiterstimme“ 31.12.1914.

<sup>205</sup> Krause, Arbeiterbewegung in Solingen, S. 110/111.

<sup>206</sup> „Lennep-Remscheid-Mettmann“, in: FP 08.05.1917.

<sup>207</sup> „Sozialdemokratischer Parteiverein“, in: FP 15.05.1917.

<sup>208</sup> Lucas, Arbeiterradikalismus, S. 151. Die MSPD wurde in Remscheid „Achtfamilienpartei“ genannt. SPD Remscheid, Geschichte, S. 12.

<sup>209</sup> Die Linke am Niederrhein wurde bezeichnenderweise „die Remscheider“ genannt. Knies, Revolution, S. 106.

<sup>210</sup> Boch/Krause, Lesebuch, S. 143



Anschluss an die III. Internationale und die Vereinigte KPD.<sup>211</sup> Wie in Halle und Gotha verschaffte sich die KPD in den beiden bergischen Städten durch eine Fusion mit dem Großteil der USPD eine belastbare Massenbasis.<sup>212</sup> Diese KP-Dominanz pflanzte sich auch innerhalb der wichtigsten Milieuvereine und in den Gewerkschaften fort. Auch die traditionsreiche „Bergische Arbeiterstimme“ wechselte über die USPD ins Lager der KPD.<sup>213</sup> Dabei kam in den bergischen KPD-Hochburgen ein aus der Geschichte der eigenen Organisation hergeleitetes besonderes „sozialistisches Selbstbewusstsein“ und eine spezifische Identität zum Tragen, welche die Mehrheit eher dem rechten KPD-Flügel zuneigen ließ.<sup>214</sup>

In Wuppertal blieben dagegen relevante Teile des Milieukerns bei der MSPD, nur ein Drittel schloss sich 1920 der VKPD an und ein signifikanter Anteil kehrte 1922 zur Mutterpartei zurück, sodass die SPD in der Weimarer Republik hier eine deutlich stärkere Stellung einnehmen konnte.

#### *Kampf gegen den Kapp-Lüttwitz-Putsch*

In Reaktion auf den in Berlin am 13. März 1920 durch die Brigade Ehrhardt mit der Besetzung des Regierungsviertels ausgelösten und von Wolfgang Kapp und Walter von Lüttwitz geführten Putsch gegen die Republik riefen die Gewerkschaften zum Generalstreik auf. In Elberfeld, dem Sitz der nieder-rheinischen Bezirksleitungen von SPD und USPD, rief noch am selben Tag eine gemeinsame Sitzung der Vorstände der SPD und USPD unter Beteiligung einiger Kommunisten zum entschlossenen Widerstand auf. Dabei setzten sich die Linken mit der Forderung nach Errichtung einer Diktatur auf der Grundlage des Räteregimes durch.

Die Wupperstädte waren keine Garnisonsstädte. Deshalb setzte der zuständige Wehrkreiskommandeur, der mit den Putschisten sympathisierte, das Freikorps Hacketau und zusätzlich 250 Sicherheitspolizisten nach Elberfeld in Marsch. Nach dem erzwungenen Rückzug der Putschisten nach Remscheid kam es dort zu einer Entscheidungsschlacht zwischen etwa 1.500 Freikorpsoldaten und etwa 20.000 Anhängern der Arbeiterparteien,

---

<sup>211</sup> Wunderlich, Arbeiterbewegung, S. 34.

<sup>212</sup> Mallmann, Kommunisten, S. 26; 44.

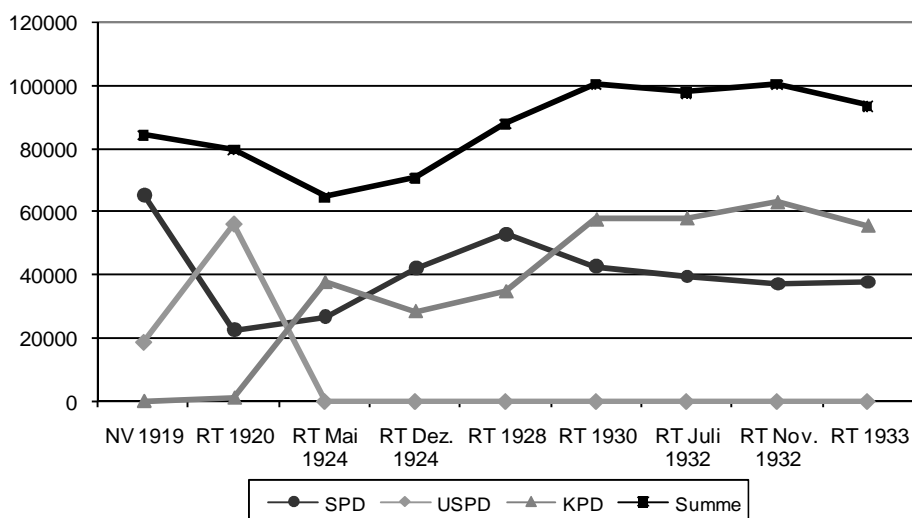
<sup>213</sup> Sbosny/Schabard, Widerstand in Solingen, S. 16.

<sup>214</sup> Peukert, KPD im Widerstand, S. 45/46.

die am 19. März 1920 aufgrund der zahlenmäßig erdrückenden Überlegenheit zugunsten der Arbeiter entschieden wurde.<sup>215</sup>

In diesen gemeinsam ausgetragenen Gefechten zeigte sich deutlich, dass die Fähigkeit, über die Grenzen der politischen Spaltung hinweg zusammenzuarbeiten, erhalten geblieben war. Rudolf Boch und Manfred Krause bezeichneten die Überwindung der politischen Spaltung als oberflächlich, außerdem habe sie nur wenige Tage Bestand gehabt, bevor die alten Gräben wieder aufgerissen seien.<sup>216</sup> Auch wenn es zutreffend ist, dass die politischen Führungen von KPD und USPD hofften, aus den Kämpfen politisch Kapital schlagen und einen revolutionären Prozess in Gang setzen zu können, unterschätzen Boch und Krause die psychologische Wirkung an der Basis. Der gemeinsame, mit vielen Todesopfern bezahlte Sieg hat in der kollektiven Erinnerung des Milieus über Parteigrenzen hinweg eine große und verbindende Rolle gespielt.<sup>217</sup>

Abb. 7: Reichstagswahlergebnisse der großen Parteien des sozialistischen Wählerlagers in Wuppertal 1919-1933 nach der Anzahl der abgegebenen Stimmen



Erstaunlich ist die Stabilität des Wählerlagers in absoluten Stimmzahlen, die in der gesamten Weimarer Republik relativ konstant blieben. Eine Ausnahme waren die Wahlen von 1924, wo es nach dem verlorenen Ver-

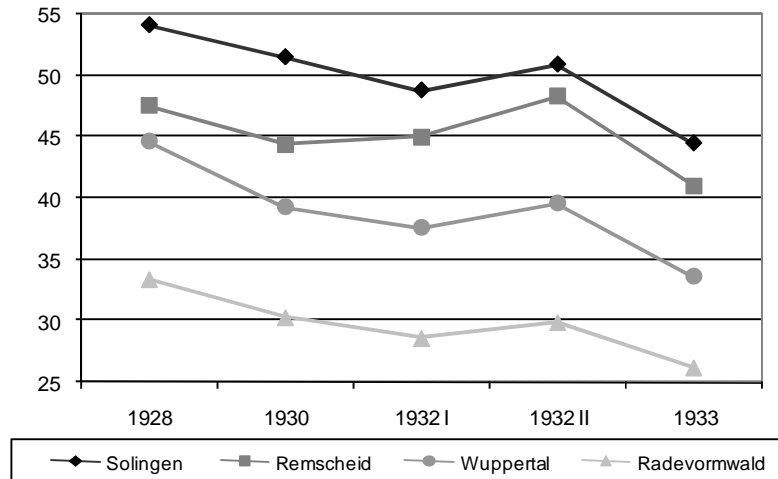
<sup>215</sup> Boch/Krause, Lesebuch, S. 165; Rhexus, Spurensicherung, S. 150.

<sup>216</sup> Boch/Krause, Lesebuch, S. 161/162.

<sup>217</sup> Vgl. zu den Grabanlagen der Todesopfer und zu den Märzfeiern Rhexus, Spurensicherung, S. 335-360.

teidigungsstreik zum Acht-Stunden-Tag zu Einbrüchen kam.<sup>218</sup> In Remscheid und Solingen blieben die Parteien bis 1933 mehrheitsfähig.

Abb. 8: Addierte Reichstagswahlergebnisse von SPD und KPD in den bergischen Großstädten und Radevormwald 1928 – 1933 in %



Während in Solingen und Remscheid die KPD seit 1920 das sozialistische Wählerlager dominierte, blieb die SPD in Wuppertal zwischen 1924 und 1929 stärkste Arbeiterpartei. Bis Ende 1932 konnte die KPD die 1930 gewonnene Position als dominierende Partei ausbauen, die Wuppertaler SPD blieb aber im Vergleich mit anderen Bergischen Städten relativ die stärkste, wie die Anteile der Parteien an den Stimmen bei der Novemberwahl 1932 zeigen.<sup>219</sup>

Remscheid: KPD 84, SPD 16 Prozent der Stimmen aus dem sozialistischen Wählerlager<sup>220</sup>

Solingen: KPD 81, SPD 19 Prozent der Stimmen aus dem sozialistischen Wählerlager<sup>221</sup>

Radevormwald: KPD 78, SPD 22 Prozent der Stimmen aus dem sozialistischen Wählerlager<sup>222</sup>

Wuppertal: KPD 63, SPD 37 Prozent der Stimmen aus dem sozialistischen Wählerlager<sup>223</sup>

<sup>218</sup> In Solingen wurde 5 bis 6 Wochen gestreikt. Der Schiedsspruch legte die Arbeitszeit auf 56 Stunden fest und war eine deutliche Niederlage der Gewerkschaften. Vgl. Wunderlich, Arbeiterbewegung, S. 35/36.

<sup>219</sup> Vgl. auch Schmiechen-Ackermann, NS und Arbeitermilieus, S. 728.

<sup>220</sup> KPD 40,6 %, SPD 7,7 %

<sup>221</sup> KPD 41,4 %, SPD 9,5 %

<sup>222</sup> KPD 23,2 %, SPD 6,7 %

<sup>223</sup> KPD 24,9 %, SPD 14,9 %

Der ultralinke Konfrontationskurs der KPD seit 1928 spaltete nach der Partei auch die übrigen Organisationen des Milieus und führte zu einem parallelen Netz kommunistischer Vorfeldorganisationen, deren Einfluss häufig nicht über das Partei Umfeld hinaus ging. Jede kommunistische Gegen gründung zerstörte einen Kommunikationsraum des Milieus, ohne dass die KPD das Ziel erreichte, ihre Massenbasis zu verbreitern.<sup>224</sup>

In Solingen und Remscheid wurde vor der ultralinken Wende eine starke Opposition, welche die Sozialfaschismusthese ablehnte, aus der KPD ausgeschlossen. Darunter waren auch ausgewiesene Milieuführer, wie der Solinger DMV-Bevollmächtigte Walter Rautebach, die an einer traditionellen Gewerkschaftsarbeit festhalten wollten.<sup>225</sup> Erst nach diesen Auseinandersetzungen und dem Verlust des rechten Flügels an die KP-Opposition<sup>226</sup> konnten sich die Vertreter der Konfrontationslinie der Revolutionären Gewerkschafts-Opposition (RGO) durchsetzen.<sup>227</sup> Der Solinger DMV mit etwa 12.000 Mitgliedern repräsentierte den Kern des lokalen Milieus. Die KPD erzielte bei den Ortsverwaltungswahlen 1928 mit 77 Prozent der Stimmen noch einen deutlichen Erfolg.<sup>228</sup> In Folge der Linkswende verloren die kommunistischen Gewerkschaftsvertreter ihre zuvor klare Mehrheit in der Ortsverwaltung des DMV an die Sozialdemokraten und formierten sich in einem „Einheitsverband der Metallarbeiter“ als Teil der RGO neu.<sup>229</sup> Der Einheitsverband kam nicht über 3.000 Mitglieder hinaus und unterlag in den Betriebsratswahlen der folgenden Jahren dem DMV.<sup>230</sup>

Die Betriebsratswahlen in Solingen brachten der RGO 1930 und 1931 immerhin Ergebnisse von über 30 Prozent.<sup>231</sup> In Wuppertaler Textilindustrie kam die RGO nur zu kleineren Achtungserfolgen, der Anteil an den ab-

---

<sup>224</sup> Peukert, KPD im Widerstand, S. 63-65.

<sup>225</sup> Boch/Krause, Lesebuch, S. 202.

<sup>226</sup> Zur KPO vgl. Theodor Bergmann: "Gegen den Strom", Zur Geschichte der Kommunistischen-Partei-Opposition, Hamburg 1987.

<sup>227</sup> Maršolek, Arbeiterbewegung, S. 26.

<sup>228</sup> Wunderich, Arbeiterbewegung, S. 58-60.

<sup>229</sup> Zu den Auseinandersetzungen in Solingen aus Sicht der Parteiführung siehe Dickhut, So war's, S. 109-178.

<sup>230</sup> Wunderich, Arbeiterbewegung, S. 61.

<sup>231</sup> Boch/Krause, Lesebuch, S. 203.

gegebenen Stimmen stieg 1931 zulasten der Freien Gewerkschaften um 4,1 auf 6,62 Prozent.<sup>232</sup>

Die neue Strategie der KPD zielte auch auf die Milieuvereine, wo zunächst der Versuch gemacht wurde eine „revolutionäre“ Mehrheit zu erlangen; bei einigen Sportvereinen, die sich der Kampfgemeinschaft „Rot-Sport“ anschlossen, mit Erfolg. Bereits 1925 schloss die Bezirksleitung verschiedene Ortsgruppen der Naturfreunde, darunter die Solinger, aus dem Gesamtverband aus, weil sie unter bestimmendem kommunistischen Einfluss standen.

In den bergischen Ortsgruppen des Arbeiter-Samariterbundes (ASB) gelang es der KPD großen Einfluss zu gewinnen. Im Herbst 1929 wurden deshalb die Kolonnen in Remscheid, Ronsdorf, Solingen und Wermelskirchen aus dem Bund ausgeschlossen.<sup>233</sup>

Auch in der Arbeitersängerbewegung gelang es den Kommunisten nach einer „ruckartigen Radikalisierung“ im Jahr 1930 die Kontrolle über zahlreiche Chöre des Bergischen Landes zu gewinnen. Bereits in den Jahren zuvor war die Region durch linksradikale Alleingänge im Deutschen Arbeitersängerbund (DAS) aufgefallen. Die Gauleitung des DAS schloss die Chöre aus Remscheid, Solingen, Ohligs und Grefrath aus, nachdem sich diese der kommunistischen Interessengemeinschaft für Arbeiterkultur angeschlossen hatten. Die ausgeschlossenen bergischen Chöre wurden zur Keimzelle der 1931 gegründeten kommunistischen Kampfgemeinschaft der Arbeitersänger.<sup>234</sup> Die Spannungen setzten sich fort. Der im Jahr 1907 gegründete Volkschor Radevormwald führte anlässlich der Gedächtnis-Feier 1931 am Denkmal für den in Barmen geborenen Arbeiterkomponisten Gustav Adolf Uthmann<sup>235</sup> ein Transparent mit der Aufschrift „Unser Ton ist Revolution“ mit.

---

<sup>232</sup> Zahlen nach Heinrich August Winkler: Der Schein der Normalität, Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924 bis 1930, Bonn 1988, S. 958.

<sup>233</sup> Rhefus, 1920, S. 125.

<sup>234</sup> Klenke / Walter, Der Deutsche Arbeitersängerbund, S. 200-204.

<sup>235</sup> Uthmann \* 29.6.1867, † 22.6.1920 in Barmen, komponierte zahlreiche bekannte Chorwerke der Arbeiterbewegung, darunter „Tord Foleson“ und „Empor zum Licht“. Außerdem arrangierte er die „Internationale“ für Männerchöre. Zum 10. Todestag 1930 war dem „Sänger der Freiheit“ im Nordpark in Wuppertal-Barmen vom Gau Rheinland des DAS ein Denkmal errichtet worden, an dem jährliche Gedächtnisfeiern abgehalten wurden. Vgl. Ruth Meyer-Kahrweg: Denkmäler, Brunnen und Plastiken in Wuppertal, Wuppertal 1991, S. 281-283.

Der Volkschor wurde daraufhin aus dem Arbeiter-Sängerbund ausgeschlossen und trat ebenfalls dem Kampfbund bei.<sup>236</sup>

Scheiterte eine Übernahme, gründeten KPD-Anhänger Konkurrenzorganisationen.

Auch nach der ultralinken Wende der KPD lassen sich Anzeichen für den weiter bestehenden Milieuzusammenhang finden. Die vordergründig durch Einheitsfrontpolitik zustande gekommene Wahl von Hermann Weber (KPD) zum ersten Oberbürgermeister der neuen Stadt Groß-Solingen im Jahr 1929 gehört nicht dazu. Zwar wurde Weber von der sozialdemokratischen und der kommunistischen Stadtratsfraktion sowie dem Stadtverordneten der KPO gemeinsam gewählt, es scheint aber eine taktische Wahl der SPD-Fraktion vorgelegen zu haben, die darauf spekuliert haben könnte, durch die zu erwartende Ablehnung Webers durch die Landesregierung einen eigenen Kandidaten als kommissarischen Oberbürgermeister durchzusetzen, was dann auch zwei Mal geschah.<sup>237</sup>

Nach Detlef Peukert nahmen sich Sozialdemokraten und Kommunisten am Vorabend der nationalsozialistischen Regierungsübernahme durch die politische Spaltung bis hin zur absoluten Konfrontation gegenseitig nur noch als Gegner wahr.<sup>238</sup> Diese Aussage unterschätzt die Bedeutung informeller Kooperationen bei der Abwehr von Angriffen der SA. Die gemeinsam erlebte Bedrohung aktivierte kollektiv erlernte Verhaltensmuster des Milieus aus der Zeit des Kaiserreichs.

In Solingen fanden SPD und KPD zumindest im Reichstagswahlkampf 1933 soweit wieder zusammen, dass sie ein „Schutzbündnis“ für den Versammlungs- und Straßenwahlkampf abschlossen.<sup>239</sup>

In Wuppertal verabredeten Kampfbund und Reichsbanner in besonders umkämpften Stadtvierteln ein Kampfbündnis mit gemeinsamer Alarmkette. In der Elberfelder Südstadt, einer Hochburg der NSDAP, die in diesem Stadtteil bereits 1932 etwa 60 Prozent der Wählerstimmen gewinnen konnte,

---

<sup>236</sup> Volkschor Radevormwald (Hg.): Fest-Buch aus Anlass des 25jährigen Bestehens 1907 bis 1932, Radevormwald 1932.

<sup>237</sup> Dickhut, So war's, 132-136; Wunderlich, Arbeiterbewegung, S. 92-97.

<sup>238</sup> Peukert, KPD im Widerstand, S. 68.

<sup>239</sup> Schabrod/Sbosny, Widerstand in Solingen, S. 23.

institutionalisierte sich die Zusammenarbeit in dem umkämpften Lokal „Zum Reichsbanner“.

„Diese gemeinsame Kampffront gegen den Faschismus war in der damaligen Zeit unser einziger Schutz bei allen Überfällen auf unser Lokal. Viele brave Genossen haben diesen Einsatz mit ihrem Leben bezahlen müssen. [...] Bei Überfällen der SA und der SS auf den Stützpunkt „Süd“ in meinem Lokal habe ich mich aktiv an der Abwehr beteiligt und einmal in höchster Not zur Pistole gegriffen.“<sup>240</sup>

### **Milieubeschreibung Wuppertal 1932**

Das sozialistische Milieu lässt sich in einen engen und einen erweiterten Milieukern, eine Milieubasis und einen Randbereich strukturieren.

Den engeren Milieukern bildeten die Funktionäre der sozialistischen Vereine und Parteien, schätzungsweise etwa 1.000 Personen, für die Peter Lösche und Franz Walter den Begriff der „sozialdemokratischen Solidargemeinschaft“ geprägt haben.<sup>241</sup>

Der erweiterte Milieukern bestand aus den Mitgliedern von SPD und KPD, die „Gravitationskerne“ des Milieus.

Ende 1930 hatte die SPD in Wuppertal 5.583 Mitglieder, darunter 1.403 Frauen (26,3 Prozent). Um sich gegen den von kommunistischer Seite erhobenen Vorwurf zu wehren, eine „Bonzenpartei“ zu sein, veröffentlichte der Vorstand in seinem Rechenschaftsbericht für das Jahr 1930 eine detaillierte Gliederung der Mitglieder nach Beruf und Beschäftigungsstatus.<sup>242</sup> Danach waren 1.781 Mitglieder (31,9 Prozent) entweder arbeitslos oder von Kurzarbeit betroffen. Die soziale Struktur mit 62 Prozent Arbeiterinnen und Arbeitern, 15,1 Prozent Hausfrauen, 9,2 Prozent Angestellten, 5,7 Prozent Beamtinnen und Beamten sowie 4,6 Prozent Selbstständigen und Freiberuflern entsprach in etwa dem Reichsdurchschnitt der SPD.<sup>243</sup>

Die SPD in Wuppertal verlor einen erheblichen Teil der SAJ, der sich, einschließlich des Vorsitzenden, abspaltete und zu den Jugendorganisationen

---

<sup>240</sup> Erinnerungsbericht der Wirtin Maria Runkel, Stadtarchiv Wuppertal, AfW, 12027, Bl. 33.

<sup>241</sup> Heiko Tammerna, 'Unser schönes rotes Luckenwalde', Lager, Milieu und Solidargemeinschaft der sozialistischen Arbeiterbewegung zwischen Ausgrenzung und Verstaatlichung, Münster 2000, S. 20-22.

<sup>242</sup> „Die SPD Wuppertal im Jahr 1930“, in: FP 24.02.1931.

<sup>243</sup> 59,5 % Arbeiter, 17 % Hausfrauen, 10 % Angestellte, 4 % Beamte sowie 4,8 % Selbstständige und Freiberufler. Vgl. Vorstand der SPD (Hg.): Jahrbuch der Deutschen Sozialdemokratie für das Jahr 1930, Berlin 1931, S. 194.

von SAP und KPD wechselte. Der zugrunde liegende Generationenkonflikt schwelte bis 1933 weiter, als sich die neue Vorsitzende der SAJ ebenfalls von der SPD trennte und zur SAP übertrat.<sup>244</sup>

Die KPD verfügte in Wuppertal nach Zahlen der Politischen Polizei Ende 1931 über 3.475 Mitglieder. Hinzu kamen aus den zum Unterbezirk Wuppertal gehörenden Ortsgruppen Velbert, Wülfrath, Neviges, Mettmann, Langenberg, Heiligenhaus, Gruitzen und Milrath weitere 1.430 Personen, wobei eine hohe Fluktuationsrate die kontinuierliche Partearbeit erschwerte.

Die Milieubasis bestand aus den Mitgliedern der weiteren Säulen der politischen Arbeiterbewegung: Gewerkschaften, Genossenschaften sowie dem breit gefächerten Vereinswesen.

Leider liegen für die Gewerkschaften des ADGB vom Anfang der 1930er Jahre keine Mitgliederzahlen vor. Ende 1922 gehörten dem Ortsausschuss Elberfeld-Barmen 64.850 Mitglieder an. Ende 1924 blieben nach Inflation und tarifpolitischen Rückschlägen wie der Niederlage in der Verteidigung des Acht-Stunden-Tages, noch 24.941 Mitglieder. Analog zu den Schwerpunkten der Wuppertaler Wirtschaft bildeten Textil- (26,2 Prozent) und Metallarbeiter (17,2 Prozent) die größten Einzelgewerkschaften.<sup>245</sup> Der RGO gehörten 1931 etwa 2.400 Mitglieder an, was sie zahlenmäßig zur stärksten kommunistischen Vorfeldorganisation werden ließ.

Rund 29.000 Familien waren Mitglieder der Wuppertaler Konsumgenossenschaft „Vorwärts-Befreiung“, die 1930 nach der Höhe des Jahresumsatzes auf Platz fünf im Reich lag.<sup>246</sup> Bei den Wahlen zur Vertreterversammlung und zum Genossenschaftsrat traten SPD und KPD mit konkurrierenden Listen an. Nach den Ergebnissen von 1928 stellte die KPD ein Fünftel der Vertreter und erreichte in sieben von 138 Verteilungsstellen eine Mehrheit.<sup>247</sup> Käuferstreiks

---

<sup>244</sup> StadtAW, NDS 151 (SAJ), besonders Otto Kettig, Darstellung der Ereignisse in der SAJ Wuppertal im Frühjahr 1931. Vgl. auch Stracke, Zuversicht, S. 42-45; Tenfelde, Milieus, S. 11/12; Ders., Generationelle Erfahrungen, S. 19-25.

<sup>245</sup> Ortsausschuss Barmen-Elberfeld-Vohwinkel des ADGB (Hg.), Jahrbuch 1925, Barmen 1925.

<sup>246</sup> „Vorwärts-Befreiung“ hatte bis zu 51.000 Mitglieder. Das Geschäftsgebiet ging deutlich über das Stadtgebiet hinaus, wobei der Anteil der Wuppertaler Mitglieder bei gut 56 % lag. Konsumgenossenschaft „Vorwärts-Befreiung“, Geschäftsbericht über das 29. Geschäftsjahr 1927/28, Elberfeld 1928, S. 36/37; vgl. Projektgruppe, Vorwärts Befreiung, S. 108.

<sup>247</sup> Endergebnis der Genossenschaftswahl „Vorwärts-Befreiung“, in: FP 22.11.1928.



gab es vonseiten der Wuppertaler Kommunisten anders als beispielsweise in Remscheid nicht.

Von den zahlreichen Mitgliedervereinen des Arbeiter- Turn- und Sportbundes können an dieser Stelle nur einige beispielhaft genannt werden: der 1890 in Barmen gegründete Turn- und Stemmverein „Siegfried“, die 1895 gegründete Freie Turnerschaft Elberfeld. Die 1907 gegründeten Freien Schwimmer Barmen und der Arbeiter-Schwimm-Verein Elberfeld hatten im Jahr 1932 zusammen 630 Mitgliedern.<sup>248</sup>

Von den Chören, die dem Arbeitersänger-Kartell Wuppertal im DAS angeschlossen waren, sei der 1884 während der Zeit des Sozialistengesetzes gegründete Männer-Gesangsverein „Liederlust“ in Elberfeld<sup>249</sup> erwähnt. Der Männergesangsverein „Gleichheit“ aus Barmen scheint im Juni 1932 als einziger Chor der kommunistischen Kampfgemeinschaft beigetreten zu sein.<sup>250</sup>

Die Barmer Ortsgruppe des Verbands für Freidenkertum und Feuerbestattung zählte Ende 1927 3.380 Mitglieder. Der kommunistische Proletarische Freidenkerverband konnte in Barmen bis zu 700 Mitglieder gewinnen.

Die Wuppertaler „Freie Presse“ erreichte 1931 eine Auflage von 7.000 Exemplaren.<sup>251</sup>

Zum Schutz vor der zunehmenden Bedrohung durch die Gewaltstrategie der Nationalsozialisten entstanden Abwehrorganisationen. Dem bereits 1924 zum Schutz der Republik gegründeten und von Sozialdemokraten dominierten Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold gehörten etwa 1.700 Wuppertaler an, der 1930 gegründete kommunistische Kampfbund gegen den Faschismus erreichte eine ähnliche Größenordnung.

Da sich viele Kommunisten und Sozialdemokraten in mehreren Organisationen engagierten und diese Mehrfachmitgliedschaften nicht zu quantifizieren sind, kann die Gesamtgröße des sozialistischen Milieus nur geschätzt werden. Man kann in Wuppertal von rund 50.000 Personen aus-

---

<sup>248</sup> Freie Schwimmer Wuppertal (Hg.): 90 Jahre Freie Schwimmer Wuppertal, Wuppertal 1997, S. 58.

<sup>249</sup> „Liederlust“ war einer von zwölf Arbeiterchören des Wuppertals, die der bekannte Arbeiterkomponist Gustav Adolf Uthmann (1867-1920) dirigierte. Vgl. Rhefus, Spurensicherung, S. 330-332.

<sup>250</sup> Fest-Buch Volkschor Radevormwald

<sup>251</sup> Danker/Oddey u.a., Am Anfang standen Arbeitergroschen, S. 88; 90.

gehen, die relativ stabil in das sozialistische Milieu integriert waren und von denen ca. 8.000 den kommunistisch dominierten Organisationen angehörten. Das sozialistische Wählerlager ging weit über den Kreis der in das Milieu eingebundenen Personen hinaus. Bei den Reichstagswahlen 1930 und im November 1932 erhielten SPD und KPD zusammen über 100.000 Stimmen (39,3 Prozent / 39,6 Prozent). Trotz der deutlich geringeren Mitgliederzahlen war es der KPD erstmals bei den Reichstagswahlen im Mai 1924 und von 1930 bis 1933 gelungen, mehr Wählerstimmen zu gewinnen als die SPD. Den Höhepunkt erreicht diese Entwicklung im November 1932, als die KPD gut 63.000 Wählerinnen und Wähler für sich gewinnen konnte.

Trotz der scharfen parteipolitischen Spaltung verhinderten die zahlreichen familiären Bindungen, die beide Parteien verknüpften, einen vollständigen Abbruch der Kommunikation. Auch die gemeinsam erlebte alltägliche Bedrohung durch die seit 1930 systematisch eskalierte SA-Gewalt führte auf Quartiersebene zu einer Annäherung mit lokal begrenzten gemeinsamen Aktionen und Verbrüderungen von Sozialdemokraten und Kommunisten.

#### **IV. Sozialistisches Milieu und Protestantismus**

Das sozialistische Milieu hat sich in erster Linie aus protestantischem Wurzelgrund entwickelt. Der regionale Protestantismus, der von einem national-religiösen Fundamentalismus geprägt war, sah in der Arbeiterbewegung eine der großen Bedrohungen der christlich geprägten deutschen Gesellschaft. Das Verhältnis von Sozialdemokratie und Protestantismus lässt sich in der Region als eine verhärtete Frontstellung beschreiben, die zu leidenschaftlichen Konflikten führte, wie am Beispiel des Streits um die religionsfreie Schule gezeigt werden wird.

In ihrem Abwehrkampf setzten große Teile des protestantischen Bürgertums ihre Hoffnungen in die NSDAP. Die Untersuchung des Verhältnisses der regionalen Gemeinden zum Nationalsozialismus beschließt daher dieses Kapitel.

## **Protestantismus im Bergischen Land**

Das Bergische Land gehörte zur Kirchenprovinz Rheinland der Evangelischen Kirche der Altpreußischen Union. Das Rheinland war darin nach Brandenburg/Berlin und Sachsen die drittgrößte Provinz.

Im Bergischen Land war der Protestantismus seit Jahrhunderten gewachsen. Die ältesten Gemeinden waren im Laufe der Reformation entstanden, und in den nächsten Jahrhunderten entwickelte sich der Protestantismus zur dominanten Konfession. Im Mittelpunkt des bergischen Protestantismus stand die Bibel, „das Wort und das Wort allein und das ganze Wort“.<sup>252</sup>

Die Region um Wuppertal wurde in den ersten Jahrzehnten des 19. Jahrhunderts von einer Erweckungsbewegung erfasst, sodass sich ein konservativer Neo-Pietismus immer mehr ausbreitete. Die erste Welle der pietistischen Erweckung ebte um 1830 ab, bevor sie in den 1860er Jahren neuen Auftrieb erhielt.<sup>253</sup>

Zum Kirchenkreis Lennep gehörten die Gemeinden in Burg, Lennep, Lüttringhausen, Hasten, Hückeswagen, Wermelskirchen, Radevormwald, Dhünn und Remscheid. Die evangelische Kirchengemeinde Remscheid umfasste zu Beginn der 1930er Jahre etwa 50.000 Seelen, fünf Predigtstätten und acht Pfarrstellen. Sie war seit der 2. Hälfte des 19. Jahrhunderts von einer liberalen Theologie geprägt. Pietistische Erweckungsbewegungen erreichten hier, anders als in Wuppertal, nur eine Minderheit der Gläubigen.

Die „Nationalisierung“ des deutschen Protestantismus führte seit den Reichsgründungskriegen zu einem nationalreligiösen Fundamentalismus, bei dem der christliche Glaube („Gott“, „Jesus“, „Heilsgeschichte“) und der preußisch-deutsche Nationalmythos („Volk“, „Nation“, „Deutschtum“) miteinander verschmolzen und die Protestanten den Anspruch erhoben, Staatsreligion des Kaiserreichs zu sein.<sup>254</sup> In diesem Verständnis war der Sieg über Frankreich 1871 ein Sieg über Atheismus, Ultramontanismus und die Revolution, wurde der Tag des Sieges in der Schlacht bei zum „protestantischen Reichsgebet für den Sieg und Bestand des nationalen Staates“.<sup>255</sup>

---

<sup>252</sup> Köllmann, Sozialgeschichte Barmens, S. 199.

<sup>253</sup> Ebd., S. 201.

<sup>254</sup> Gailus, Protestantismus und Nationalsozialismus, S. 51.

<sup>255</sup> Ebd., S. 40-42.

Das sich im 19. Jahrhundert entwickelnde, breit gefächerte protestantische Vereinswesen entstand in erster Linie aus durch den Aufstieg der Sozialdemokratie und eine allgemeine Ablehnung der Moderne entstandenen Bedrohungsgefühlen. Der soziale Protestantismus verknüpfte seine soziale Arbeit mit Missionszielen.<sup>256</sup>

Im Wuppertal entwickelte sich aus dem bürgerlichen Antisozialismus früh eine breite Palette von Vereinen des sozialen Protestantismus. Der älteste protestantische Verein im Bergischen Land wurde 1848, wenige Wochen nach dem Beginn der Revolution, in Elberfeld gegründet.<sup>257</sup> Die „Evangelische Gesellschaft für Deutschland“ setzte sich eine konsequente Missionstätigkeit zur Evangelisierung Deutschlands zum Ziel. Sie bemühte sich um die Verbreitung ihres pietistischen Standpunktes in erster Linie durch eine ausgedehnte Schriftenmission, darunter die Herausgabe von Zeitschriften wie „Licht und Leben“.<sup>258</sup> Die Gesellschaft, deren Vorstand ausschließlich aus Protestanten aus dem Wuppertal bestand, hatte seit den 1880er Jahren eine eindeutig antisozialistische Stoßrichtung. In der Person ihres langjährigen Präses, Pfarrer Fritz Coerper, zeigt sich exemplarisch das Hauptproblem des sozialen Protestantismus. Der sozialen Frage stand er konzeptionslos gegenüber und befürwortete stattdessen das „eiserne Durchgreifen“ des Staates mithilfe des Sozialistengesetzes gegen die „Verwirrung des Geistes“ der modernen Arbeiter. Während der Weimarer Republik engagierten sich führende Mitglieder der Gesellschaft für den Christlich-Sozialen Volksdienst und verhalfen dieser protestantischen Partei als „Türöffner“ im Bergischen Land zu einigen Achtungserfolgen.<sup>259</sup>

Aus sozial-missionarischem Impetus agierte der 1885 gegründete „Bergische Verein für das Gemeinwohl“, der von bürgerlichen Honoratioren getragen wurde, um die Arbeiter „aus den Händen der Agitatoren zu reißen“.<sup>260</sup> Der

---

<sup>256</sup> Jochen-Christoph Kaiser: Sozialer Protestantismus im 20. Jahrhundert, Beiträge zur Geschichte der Inneren Mission 1914-1945, München 1989.

<sup>257</sup> Vgl. zum Folgenden Beyer, Arbeit und Evangelium, S. 380-392.

<sup>258</sup> Peter Schmidtsiefer: Kirche und Gesellschaft im Wilhelminischen Kaiserreich, Eine Analyse der Zeitschrift "Licht und Leben" (1889-1914), Köln 1999.

<sup>259</sup> In Radevormwald und in Dabringhausen erzielte der CSVD bei der Reichstagswahl 1930 zweistellige Ergebnisse. Günter Opitz: Der Christlich-Soziale Volksdienst, Versuch einer protestantischen Partei in der Weimarer Republik, Düsseldorf 1969, S. 178; 341. Vgl. zu Wuppertal Johannes Fricke: Die Splitterparteien in Wuppertal von 1929 bis 1933 im Spiegel der Presse, Examensarbeit Gesamthochschule Wuppertal, 1976, S. 24-40.

<sup>260</sup> Vgl. zum Folgenden Beyer, Arbeit und Evangelium, S. 185-219.

Verein unterhielt Ortsgruppen im ganzen Bergischen Land, die aus Angehörigen der örtlichen Oberschicht bestanden. Dank der Finanzkraft der Mitglieder konnten Volksspeiseanstalten, Genesungshäuser für rekonvaleszente Arbeiter, Abendhochschulen und Haushaltungsschulen eingerichtet werden.

Der im Jahr 1900 gegründete „Evangelische Volksverein“ wurde zum Dachverband aller politischen Organisationen des Protestantismus.<sup>261</sup> Auch die im November 1918 gegründete DNVP war von einem starken kirchlichen Element geprägt.

#### Anmerkungen zum katholischen Milieu

Für den Katholizismus war das Bergische Land Diasporagebiet. In Wuppertal lebten rund 83.000 Katholiken, was einem Anteil von etwa 20 Prozent an der Wohnbevölkerung entsprach. In Remscheid war der Anteil mit 12,5 Prozent und etwa 12.500 Personen noch deutlich geringer. Die Mehrzahl der Katholiken stammte aus zugewanderten Arbeiterfamilien. Milieupartei der Katholiken war das Zentrum, das auf ein überdurchschnittlich stabiles Wählerpotenzial bauen konnte, was zu der Bezeichnung „Zentrums-Turm“ geführt hat.

In Wuppertal erzielte das Zentrum zwischen 1919 und 1933 Reichstagswahlergebnisse zwischen 9,5 und 12,3 Prozent. Die absolute Stimmenzahl bewegte sich in einem Korridor von knapp 21.000 bis knapp 27.000 Wählern.

In Solingen erreichte das Zentrum zwischen 8,3 und 11,9 Prozent, in Remscheid zwischen 6,2 und 8,7 Prozent.<sup>262</sup> Der hohe Mobilisierungsgrad des Zentrums verhinderte signifikante Einbrüche der NSDAP in das Wählerpotenzial bis in den März 1933

Die Hochburgen des Zentrums waren identisch mit den Hauptansiedlungsgebieten der zugewanderten Katholiken rund um die katholischen Kirchen. Zu den Milieus gehörten ein umfassendes Vereins- und Verbandswesen, die katholischen Volksschulen und die Krankenhäuser.<sup>263</sup>

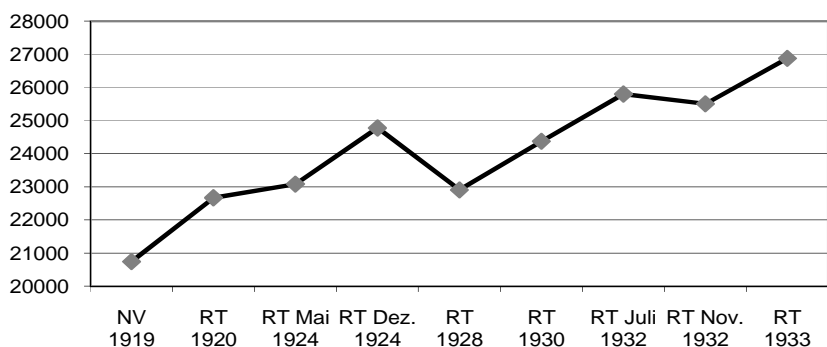
---

<sup>261</sup> Knies, Arbeiterbewegung und Revolution, S. 84.

<sup>262</sup> Alle Zahlen nach Boch/Krause, Lesebuch, S. 177-179; 211/212.

<sup>263</sup> Wilhelm Bettecken: Zwischen Anpassung und Widerstand, Die katholische Kirche in Wuppertal von 1933 bis 1945, in: Klaus Goebel: Wuppertal in der Zeit des Nationalsozialismus, Wuppertal 1984, S. 117-131; Hans Jürgen Roth: Katholische Kirche in Remscheid im 'Dritten Reich', in: Mahlke, Remscheid in der Zeit des NS, S. 84-108.

Abb. 9: RT-Wahlergebnisse des Zentrums in Wuppertal in absoluten Zahlen



Das katholische Milieu des Bergischen Landes war kohärent und stand in scharfer Abgrenzung zu Protestantismus und Sozialismus. Die Abgrenzung verhinderte eine wirksame Zusammenarbeit der katholischen und der sozialistischen Arbeiterbewegung zum Schutz der Weimarer Republik, wie das Beispiel des formal überparteilichen Reichsbanners zeigt. In dem von Sozialdemokraten dominierten Republikschutzbund beschränkte sich die Mitarbeit des Zentrums im Bergischen Land auf engagierte Einzelpersonen, während die Parteiführung vor den „sozialistischen Truppen im schwarz-rot-goldenen Deckmantel“ warnte.<sup>264</sup>

Nach der Machtübernahme der Nationalsozialisten vollzogen die regionalen Vorstände des Zentrums die Politik der Anpassung nach, die auf Reichsebene zur Zustimmung zum Ermächtigungsgesetz geführt hatte. Ausdrücklich stellten sie der neuen Regierung ihre Kräfte „rückhaltlos“ zur Verfügung.<sup>265</sup>

### **Zum Verhältnis von Protestantismus und Sozialdemokratie**

Während es der katholischen Kirche gelang, gläubige Arbeiter weitgehend an sich zu binden, verloren die Protestanten im 19. Jahrhundert in den Arbeitermilieus massiv an Einfluss. Indikatoren wie die Häufigkeit des Gottesdienstbesuchs und die Teilnahme am Abendmahl deuten auf eine zu-

<sup>264</sup> Mintert, Reichsbanner, S. 43-45.

<sup>265</sup> Beispielhaft die Rede des Wuppertaler Zentrumsvorsitzenden in der Sitzung des Stadtrats am 04.04.1933, StadtAW, DV, 757, S. 38-65.

nehmende Entfremdung vom christlichen Glauben hin. In der preußischen Rheinprovinz nahm die Abendmahlbeteiligung protestantischer Christen kontinuierlich ab. 1862 nahmen 44 Prozent aller Gläubigen teil, 1880 31 Prozent, 1895 29 Prozent und 1913 empfing nur noch etwa jedes fünfte Kirchenmitglied das Sakrament des Abendmahls.<sup>266</sup> Für Barmen liegt eine Zahl aus dem Jahr 1896 vor, die andeutet, dass im „Traktätsleinsthal“ (Ferdinand Freiligrath) die Entkirchlichung noch schneller fortschritt: Nur noch 15 Prozent der Gemeindemitglieder nahmen am Abendmahl teil.<sup>267</sup>

Die evangelischen Kirchen sahen sich deshalb im 19. Jahrhundert in einem Abwehrkampf gegen die als Bedrohung empfundene Sozialdemokratie. Dabei fehlte es an klaren Gegenkonzepten zur Lösung der sozialen Frage, was auch mit der lebensweltlichen Distanz der protestantischen Pfarrer zu den Unterschichten zusammenhing.<sup>268</sup> Sozialer Protestantismus, organisiert in bürgerlichen Honoratiorenvereinen, war antisozialistisch und antimodern ausgerichtet.

Die frühe sozialistische Arbeiterbewegung wurzelte nicht nur familien-geschichtlich vielfach im Protestantismus. Lucian Hölscher hat überzeugend auf die Parallelen von christlicher und sozialdemokratischer Heilserwartung sowie auf den Gleichklang des „Reiches Gottes“ und des „Zukunftsstaats“ hingewiesen, was protestantisch sozialisierten Arbeitern sozusagen den Glaubenswechsel erleichterte.<sup>269</sup>

Die nach dem „großen Kladderadatsch“ erwartete sozialistische Gesellschaft wurde nach August Bebel zur Hoffnung auf ein gottloses Paradies auf Erden, sein Buch „Die Frau und der Sozialismus“ zu einem sozialistischen Evangelium.<sup>270</sup> Im traditionellerweise für religiöse Erlösungslehren empfänglichen Tal der Wupper stellten die regionalen Führer der Sozialdemokratie offenbar besonders häufig einen Bezug zur christlichen Eschatologie her.<sup>271</sup> „Für mich war das alles ein neuer Glaube, ein neues Evangelium, durch das der alte Glaube total abgetan war“, fasste der als Drechslergeselle in Elber-

---

<sup>266</sup> Lucian Hölscher: Weltgericht oder Revolution, Protestantische und sozialistische Zukunftsvorstellungen im deutschen Kaiserreich, Stuttgart 1989, S. 143.

<sup>267</sup> Beyer, Arbeit und Evangelium, S. 78-80.

<sup>268</sup> Ritter/Tenfelde, Arbeiter im Kaiserreich, S. 760.

<sup>269</sup> Hölscher, Weltgericht und Revolution, S. 179-190.

<sup>270</sup> Ebd., S. 315-317.

<sup>271</sup> Vgl. die Beispiele bei Köllmann, Sozialgeschichte Barmens, S. 151/152.

feld Station machende Wilhelm Keil die Veränderungen seines Weltbilds zusammen.<sup>272</sup> Bereits Ferdinand Lassalle wurde im Wuppertal als „neuer Christus“ verehrt.<sup>273</sup>

Seit der Verabschiedung des „Gesetzes, betreffend den Austritt aus der Kirche“ im Mai 1873 war es in Preußen möglich, die christlichen Kirchen zu verlassen, ohne sich einer anderen staatlich anerkannten Religionsgemeinschaft anschließen zu müssen.<sup>274</sup> Offizielle Parteilinie der Sozialdemokratie war dazu seit dem auf dem Gothaer Einigungsparteitag 1875 beschlossenen Programm, dass Religion Privatsache sei.<sup>275</sup> Immer wieder löste die „Gretchenfrage“ aber heftige, kontroverse Diskussionen in der Partei aus. Auf dem Provinzialparteitag für die Rheinprovinz kam es 1892 in Koblenz zu einem Schlagabtausch über die Forderung von Delegierten aus dem Kölner Raum, die aus wahltaktischen Gründen die religiöse Neutralität der Partei in der Agitation stärker hervorzuheben verlangten. In scharfem Gegensatz dazu äußerte der Krefelder Delegierte Wesch, vermutlich aus persönlicher Betroffenheit:

„Wenn [...] die Pfaffen sich in die Familie hineindrängen und in Abwesenheit des Mannes die Frau zu gewinnen suchen und Unfrieden stiften, so müssten diese Pfaffen offen bekämpft werden.“<sup>276</sup>

Die sich erstmals 1878 entwickelnde Austrittsbewegung, die für den endgültigen Bruch mit der Kirche warb, erfasste in der Partei zunächst aber nur eine kleine radikale Minderheit.<sup>277</sup>

Erst seit 1906 erreichten die Austrittszahlen in Preußen ein wahrnehmbares Ausmaß, wobei in der Mehrzahl der Fälle finanzielle Beweggründe ausschlaggebend waren. Aber auch das Motiv, mit den Kirchen stellvertretend

---

<sup>272</sup> Keil, Erlebnisse, S. 80. Zu Keil vgl. Jürgen Mittag: Wilhelm Keil (1870-1968), Sozialdemokratischer Parlamentarier zwischen Kaiserreich und Bundesrepublik, Eine politische Biographie, Düsseldorf 2001.

<sup>273</sup> Klaus Goebel und Günther Voigt (Hg.): Die kleine mühselige Welt des jungen Hermann Enters, Erinnerungen eines Amerika-Auswanderers an das frühindustrielle Wuppertal, Wuppertal 1970, S. 77.

<sup>274</sup> Gesetz-Sammlung für die Königlich-Preußischen Staaten 1873, Nr. 14, S. 207/208.

<sup>275</sup> Protokoll des Vereinigungs-Congresses der Sozialdemokraten Deutschlands, abgehalten zu Gotha vom 22. bis 27. Mai 1875, Leipzig 1875, S. 54/55.

<sup>276</sup> Agitationskomitee, Parteitage 1889-1909, S. 11.

<sup>277</sup> Jochen-Christoph Kaiser: Sozialdemokratie und 'praktische' Religionskritik, Das Beispiel der Kirchenaustrittsbewegungen 1878-1914, in: Archiv für Sozialgeschichte 22 (1982), S. 263-298, hier: S. 276.



den preußischen Staat zu schwächen, gewann im Zuge der Wahlrechtskämpfe an Bedeutung.<sup>278</sup>

In der Massenstreikdebatte der Jahre 1913/14 propagierte der linke Flügel der SPD mit dem Wortführer Karl Liebknecht an der Spitze den Kirchenaustritt als „Schlag gegen eine wichtige Stütze des Kaiserreichs“.

Liebknecht argumentierte politisch, sah in der protestantischen Kirche den Verbündeten des Staates und rief deshalb auch gläubige Sozialdemokraten auf, die „Staatskirche“ zu verlassen.<sup>279</sup> Daneben gab es den ideologisch argumentierenden Zentralverband proletarischer Freidenker, der bei jeder seiner Versammlungen für den Kirchenaustritt warb.<sup>280</sup>

Der Anteil der Dissidenten nahm zumindest auf der Funktionärssebene der Partei immer mehr zu. Von den Sozialdemokraten, die 1912 für den Reichstag kandidierten, gehörten etwa 60 Prozent keiner der christlichen Kirchen.<sup>281</sup> Der Kern des sozialistischen Milieus lässt sich somit zunehmend als anti-kirchlich kennzeichnen.

Aber erst nach dem Ende des Ersten Weltkrieges nahm die Zahl der Austritte ein für die Kirche bedrohliches Ausmaß an. Die traumatischen Erlebnisse auf den Schlachtfeldern und die Parteinahme der Kirche für den Krieg hatten unter den Gläubigen zu großer Skepsis und Ablehnung geführt. So verlor der Kirchenkreis Barmen in den ersten 27 Monaten der Republik über 5.500 Seelen, was 4,3 Prozent seiner Gemeindemitglieder entsprach.<sup>282</sup> Im Kirchenkreis Lennep traten Gemeindemitgliedern ebenfalls in bedrohlicher Größenordnung aus. Die Gemeinde Remscheid büßte allein im Kalenderjahr 1920 2.286 Seelen (etwa 3,7 Prozent) ein.<sup>283</sup> Der Kirchenkreis Solingen verlor in den Jahren 1919 und 1920 über 8.000 Mitglieder.<sup>284</sup> Reichsweit kamen zwischen 1919 und 1921 über 800.000 neue Dissidenten hinzu, was immerhin 1,3 Prozent der Gesamtbevölkerung entsprach.

---

<sup>278</sup> Ebd. S. 278-281. Zu Zahlen aus dem Wuppertal vgl. Beyer, Arbeit und Evangelium, S. 86/87.

<sup>279</sup> Ebd. S. 286.

<sup>280</sup> „Generalversammlung Ortsgruppe Elberfeld Barmen des Zentralverbandes proletarischer Freidenker“, in: FP 06.02.1914.

<sup>281</sup> Ritter/Tenfelde, Arbeiter im Kaiserreich, S. 770.

<sup>282</sup> Helmich, Gemeinden 1918-1933, S. 87-91.

<sup>283</sup> Protokoll der Verhandlungen der Kreissynode Lennep vom 22.06.1921, Werner Lauff: Die Notkirche in Lennep, Ein Beitrag zur Geschichte des Kirchenkampfes im Kirchenkreis Lennep, Köln 2002, Fußnote 36.

<sup>284</sup> Boch/Krause, Lesebuch, S. 182.

1922 bis 1933 traten dann weiterhin jährlich rund 0,5 Prozent ihrer Mitglieder aus der Kirche aus. Für die Gemeinde Remscheid liegen vergleichbare Zahlen für die Kalenderjahre 1931 und 1932 vor: 1931 gab es 352 Austritte bei 141 Wieder- und Neuaufnahmen, 1932 476 Austritte bei 122 Wieder- und Neuaufnahmen, was einem Verlust von 565 Seelen (etwa 1 Prozent) in zwei Jahren entspricht.<sup>285</sup>

Die Protestanten fühlten sich durch die Revolution gedemütigt, die mit der Monarchie auch ihr national-protestantisches Weltbild, das sich auf die Säulen Thron und Altar stützte, zum Einsturz brachte. Sie sahen sich einer scheinbar unaufhaltsam vordringenden Arbeiterbewegung gegenüber und nahmen eine destruktive Verteidigungshaltung ein.

Die Aktivitäten der Freidenkerbewegung wurden mit großem Argwohn beobachtet und als Bedrohung empfunden. Im Kirchenkreis Lennep wuchs die Erkenntnis, es mit einer „dritten Konfession“ zu tun zu haben, die eine „gottlose Kultur“ wolle und der nur mit Kampf begegnet werden könne.<sup>286</sup>

Ein Beispiel für die sich entwickelnde extreme Frontstellung zwischen Protestanten und Sozialisten ist der mit besonderem Eifer geführte Kampf gegen eine „Schule ohne Gott“ bzw. für eine „Schule ohne Kirche und Kapitalismus“. Der Konflikt zeigt sich bereits im Folgenden Zitat von Friedrich Engels:

*„In einer Gegend, die so von Pietisterei erfüllt ist, versteht es sich von selbst, dass diese, nach allen Seiten sich ausdehnend, jede einzelne Richtung des Lebens durchdringt und verdirbt. Ihre Hauptgewalt übt sie aus auf das Unterrichtswesen, vor allem auf die Volksschulen.“<sup>287</sup>*

Erstaunlicherweise gründeten sich die preußischen Dachverbände beider Konfliktparteien in Elberfeld: im Februar 1920 der Verband evangelischer Schulgemeinden und Schulvereine und im Oktober des gleichen Jahres der

---

<sup>285</sup> Frieder Backhaus: Die Evangelische Gemeinde Remscheid in der Zeit des Nationalsozialismus, in: Mahlke, Remscheid in der Zeit des NS, S. 66-83, hier: S. 70; Heinrich Elsas: Geschichte der evangelischen Gemeinde Remscheid 1932-1956, herausgegeben von Frieder Backhaus, Köln 1999, S. 19.

<sup>286</sup> Protokoll der Verhandlungen der Kreissynode vom 6./7.07.1930, Lauff, Notkirche Lennep, S. 25-27.

<sup>287</sup> Friedrich Engels: Briefe aus dem Wuppertal 1839, in: Karl Marx und Friedrich Engels: Werke, Band I, Berlin (Ost) 1976, S. 413-432, hier: S. 425.

Bund der freien Schulgesellschaften, der in Wuppertal mit 3.000 Mitgliedern seine Hochburg hatte.

Im Artikel 146 der Weimarer Reichsverfassung wurde die Simultanschule als Regelvolksschule festgeschrieben, von der Bekenntnisschulen und weltliche Schulen als gleichrangige Antragsschulen unterschieden wurden. Gleichzeitig wurde in dem zu den Übergangsbestimmungen gehörenden Artikel 174 festgelegt, dass bis zum Erlass eines Reichsschulgesetzes die alte Rechtslage weiterhin Gültigkeit behalten sollte. Da insbesondere das Zentrum die Verabschiedung eines Schulgesetzes blockierte, blieb die Volksschule in Preußen deshalb grundsätzlich Bekenntnisschule. Artikel 149 stellte Lehrern und Schülern die Unterrichtung und die Teilnahme am Religionsunterricht frei.<sup>288</sup> Als Ausweg aus diesem verfassungsrechtlichen Dilemma hatte das preußische Kultusministerium in einer Verordnung festgelegt, dass als „Notlösung“ zunächst Sammelklassen für die vom Religionsunterricht befreiten Kinder eingerichtet werden sollten. Bei ausreichender Kinderzahl sah diese Konstruktion als zweiten Schritt die Einrichtung von Sammelschulen solcher Klassen vor.<sup>289</sup>

In den Wahlen zu den Elternräten sollte eine Vorentscheidung fallen. Beide Seiten stritten erbittert um die Stimmen der Eltern und die Seelen der Kinder. Die Wahlen ergaben folgendes Ergebnis: In Elberfeld wurden 129 Vertreter der Freien Schulgesellschaften, 81 Katholiken und 142 Protestanten gewählt. In Barmen standen 112 weltliche Vertreter 240 christlichen gegenüber.<sup>290</sup> Das Ergebnis wurde von den Freien Schulgesellschaften als schöner Achtungserfolg gefeiert, während die Kirchen darin ein Indiz für die „zunehmende Entfremdung breiter Volksschichten vom christlichen Glauben“ sahen. Den Schulgesellschaften war von Berlin die Einrichtung entsprechender Klassen und Schulen bereits für den 1. Oktober 1920 auf der

---

<sup>288</sup> Die Verfassung des Deutschen Reichs vom 11. August 1919, Den Schülern und Schülerinnen zur Schulentlassung, Berlin 1929, S. 31/32; 38.

<sup>289</sup> Frank Bajohr, Heidi Behrens-Cobet und Ernst Schmidt: Freie Schulen, Eine vergessene Bildungsinitiative, Essen 1986, S. 14; Franz Walter: Der Bund der freien Schulgesellschaften, in: Siegfried Heimann und Franz Walter: Religiöse Sozialisten und Freidenker in der Weimarer Republik, Bonn 1993, S. 263-373, hier: S. 263/264.

<sup>290</sup> Helmich, Gemeinden 1918-33, S. 81/82.

Grundlage der bis dahin erfolgten Zahl der Abmeldungen vom Religionsunterricht zugesagt worden.<sup>291</sup>

Als diese Zusage wegen angeblicher organisatorischer Probleme nicht eingehalten wurde, reagierte die freie Schulgesellschaft mit dem Aufruf zu einem Schulstreik.<sup>292</sup> Am 1. Oktober 1920 begann der Streik, an dem etwa 3.500 Kinder teilnahmen, mit einer Demonstration vor dem Rathaus.<sup>293</sup> Nach wenigen Tagen Streik entsandte das preußische Kultusministerium eine Delegation, die in Verhandlungen mit den Vertretern der Stadt, der Freien Schulgesellschaft, der Evangelischen Schulgemeinde und der Katholischen Elternvereinigung eine Einigung erzielte. Zum 1. November 1920 wurden die ersten vier „Sammelschulen der nicht am Religionsunterricht teilnehmenden Schüler“ eingerichtet.<sup>294</sup> Am Ende der Auseinandersetzungen stand am 1. April 1921 die Zahl von 12 freien Schulen: sechs in Elberfeld, fünf in Barmen und eine in Ronsdorf.

In der Folge gaben sich die Wuppertaler Schulgesellschaften betont radikal und sahen es als ihr Ziel an, die freie Schulbewegung „von einer neutralen Elternvereinigung zu einer proletarisch-revolutionären Erziehungsorganisation, die der heutigen kapitalistischen Erziehung die neue sozialistische Erziehung entgegenstellen will“, umzugestalten.<sup>295</sup> 1926 gehörten etwa 20 Prozent der Lehrer an den Elberfelder Freien Schulen der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer an.<sup>296</sup> 1931 hatte die AG 32 Mitglieder, darunter drei Frauen, ein Jahr später war die Zahl auf 42 gestiegen.<sup>297</sup> Auch einige wenige kommunistische Lehrer unterrichteten an Freien Schulen.

In den „Erziehungsnischen für die Kinder des besonders aktiven Teils der sozialistisch organisierten Arbeiterschaft“<sup>298</sup> wurden in der Folge bis zu 16

---

<sup>291</sup> „An alle freidenkenden Eltern“, in: FP 17.07.1920; „Sozialdemokratische Partei (Ortsvereine Elberfeld und Barmen)“, in: FP 23.07.1920.

<sup>292</sup> „Zu einem Schulstreik ruft die freie Schulgesellschaft auf“, in: GA 29.09.1920.

<sup>293</sup> „Der Schulstreik“, in: GA 01.10.1920.

<sup>294</sup> „Ende des Schulstreiks“, in: GA 06.10.1920. Vgl. auch Anna-Maria Reinhold: Thekla Landé (1864-1932), Kommunalpolitikerin, 'Ein Leben, das ein Stück Geschichte zu bedeuten hat', in: Brychta u.a., Die Landés, S. 49-86, hier: S. 76.

<sup>295</sup> ADGB, Jahrbuch 1924, S. 29.

<sup>296</sup> „Hauptversammlung der SPD Elberfeld“, FP 09.02.1926.

<sup>297</sup> „Vertreterversammlung der SPD Wuppertal“, in: FP 23.02.1931; „Geschäftsbericht des SPD Unterbezirks Wuppertal“, in: FP 07.03.1932.

<sup>298</sup> Walter, Bund, S. 345.

Prozent eines Volksschuljahrgangs unterrichtet, ein Anteil, den nur die sozialdemokratischen Hochburgen Magdeburg (25 Prozent) und Braunschweig (30 Prozent) deutlich übertrafen.<sup>299</sup> Bis zum Schuljahr 1933/34 ging der Anteil der Freien Schulen in Wuppertal auf unter sieben Prozent zurück.<sup>300</sup>

In Solingen richtete die Stadt ebenfalls nach Schulstreiks 1921 die ersten weltlichen Schulklassen ein, wobei es erhebliche Schwierigkeiten bei der Besetzung der Lehrerstellen gab. In der neuen Welle von Schulstreiks im Rheinland 1926 lag ein Schwerpunkt mit Wülfrath, Velbert und Solingen im Bergischen Land.<sup>301</sup>

In Remscheid wurde im Herbst 1921 die erste Freie Volksschule in der Hochburg der Arbeiterparteien, im Stadtteil Honsberg, eingerichtet. Bis 1922 entstanden drei Freie Schulen mit zusammen 27 Klassen, die im Schuljahr 1923/24 mit 1262 Schülern, das entsprach etwa 15 Prozent, den höchsten Anteil erreichen konnten. Bis zum Schuljahr 1932/33 ging die Zahl kontinuierlich bis auf unter 500 zurück, sodass eine der Schulen wieder aufgelöst werden musste.<sup>302</sup>

Es gelang den Freien Schulen nie, die potenzielle Anzahl der Kinder aus dem sozialistischen Milieu oder der Kinder konfessionsloser Eltern auch nur annähernd auszuschöpfen. Daran änderten auch die drängenden, fast nötigen Appelle, die zu Beginn des jährlichen Anmeldezeitraums von den Schulgesellschaften veröffentlicht wurden, nichts:

„Es muss erwartet werden, dass kein organisierter Arbeiter seine Kinder den Bekenntnisschulen zuführt, in denen Kirche und Kapitalismus Hand in Hand arbeiten, um unsere Kinder zu gefügigen Werkzeugen der kapitalistischen Ausbeutung zu erziehen. Auch ältere Kinder, die schon in der Bekenntnisschule sind, können zu Ostern zur freien Schule umgemeldet werden.“<sup>303</sup>

---

<sup>299</sup> Ebd., S. 343.

<sup>300</sup> 2.853 von 40.252 Schülerinnen und Schülern. Verwaltungsbericht der Stadt Wuppertal für das Jahr 1933, S. 37.

<sup>301</sup> Walter, Bund, S. 312; 314.

<sup>302</sup> Arno Mersmann: Remscheid, in: Klaus Novy, Arno Mersmann und Bodo Hombach (Hg.): Reformführer NRW, Soziale Bewegungen, Sozialreform und ihre Bauten, Köln 1991, S. 438-453, hier: S. 446/447

<sup>303</sup> „Aufnahme in die Freien Schulen“, in: FP 12.01.1923.

Im preußischen Landesdurchschnitt lag der Anteil der Freien Schulen 1929 nur bei rund 0,8 Prozent (256 von 33.570 Volksschulen). Etwas höher war der Anteil der Sammelklassen, die nicht in einer Sammelschule zusammengefasst worden waren.<sup>304</sup> Jede zehnte freie Schule hatte ihren Standort im Bergischen Land, das neben Berlin die Region in Preußen mit den größten Erfolgen der freien Schulgesellschaften war.<sup>305</sup>

Franz Walter sieht in der weltlichen Schulbewegung einen „Indikator für Schwächen und Stärken der sozialdemokratischen Solidargemeinschaft“, weil sie „dieses Milieu in einer umfassenden Art wie sonst nur wenige Organisationen“ verkörpere.<sup>306</sup>

Während in Solingen und Remscheid die dominierenden Kommunisten seit 1929 auch in den Ortsgruppen des Bundes der freien Schulgesellschaften den Kampf gegen den „Schulfaschismus“ als Teil des „Sozialfaschismus“ zu führen begannen, blieb eine Spaltung in Wuppertal aus.<sup>307</sup>

Insbesondere Familien aus dem Facharbeiterkommunismus ignorierten die Anweisungen der Parteiführung, die als „Ghettoschulen“ kritisierten Freien Schulen zu meiden und engagierten sich weiterhin gemeinsam mit Sozialdemokraten in den Schulgesellschaften. In den weltlichen Schulen Wuppertals fanden sich so Personen zusammen, die sich selbst als den harten Kern beider Arbeiterparteien, als die „Avantgarde der Avantgarde“ definierten und sich als Brücke zwischen den Lagern sahen.<sup>308</sup> Trotz der zunehmenden Spaltung der Milieuorganisationen blieb der gemeinsame Erfahrungs- und Kommunikationsraum der Freien Schulen hier bis 1933 erhalten.

Nach Berlin die zweite Stadt in Preußen zu sein, in der die Freie Schule Realität wurde, war für die orthodoxen Protestanten des Wuppertals ein Schock und wurde als bittere Niederlage erlebt.<sup>309</sup> Die Reaktion der evangelischen Gemeinden auf die gefühlte Niederlage in der Schulfrage war eine sich breitmachende, tief pessimistische und antirepublikanische

---

<sup>304</sup> Bajohr u.a., Freie Schulen, S. 35.

<sup>305</sup> Boch/Krause, Lesebuch, S. 182.

<sup>306</sup> Walter, Bund, S. 370.

<sup>307</sup> Verlagsanstalt proletarischer Freidenker: Der revolutionäre Schulkampf, Politische und organisatorische Anweisungen für die Elternbeiräte der Liste "Proletarischer Schulkampf", sowie alle auf dem Schulgebiet arbeitenden Funktionäre, Berlin o. J. [1930]; Walter, Bund, S. 338/339.

<sup>308</sup> Mallmann, Kommunisten, S. 130/131.

<sup>309</sup> Helmich, Gemeinden 1918-33, S. 86/87.

Stimmung. Unsicherheit und Angst vor der voranschreitenden Säkularisierung ließ das

protestantische Sozialmilieu in einer massiven Abwehrhaltung verharren. Die Furcht, von den Hauptgegnern des Protestantismus, dem Sozialismus, Katholizismus und dem Judentum überrollt zu werden, blieb handlungsleitend.

Als praktische Konsequenz ist in Wuppertal die 1920 erfolgte Gründung der Stadtmission anzusehen, welche die Botschaft Christi den Kirchenfernen wieder näher bringen sollte. Leiter war von 1930 bis 1933 Pastor Johannes Hölzel, der anschließend eine Pfarrstelle in der lutherischen Gemeinde Wichlinghausen übernahm. Die Stadtmission richtete unter anderem eine „freie Hochschule“ ein, in der Erwerbslose über den Kulturbolschewismus aufgeklärt wurden.<sup>310</sup> Außerdem beteiligten sich die Missionare mit einem Lager in Wuppertal-Langerfeld am Freiwilligen Arbeitsdienst.<sup>311</sup> Im Jahr 1933 reagierte die Stadtmission auf die veränderten politischen Rahmenbedingungen mit einer Ausweitung der Missionstätigkeit und der Veranstaltung von „Volksmissionswochen“ in den Kirchenkreisen der Region.<sup>312</sup>

### **Die Bergischen Gemeinden und der Nationalsozialismus**

*„Wir danken Gott für die Männer, durch deren kraftvolles Handeln uns der neue Staat geschenkt wurde.“<sup>313</sup>*

Wie Manfred Gailus am Berliner Beispiel zeigen konnte, war das protestantische „Milieu“ das Sozialmilieu, welches der NS-Ideologie am aufnahmebereitesten gegenübertrat. Das Bündnis von Kirche und Partei manifestierte sich in der Glaubensgemeinschaft der Deutschen Christen, wobei die Kirchenwahlen vom 13. November 1932 einen ersten Hinweis über den Grad der Durchdringung der Gemeinden mit Anhängern der DC geben können.

In keiner Gemeinde der Kirchenkreise Elberfeld und Barmen standen konkurrierende Listen zur Wahl. Stattdessen war vorab ein Drittel der aus-

---

<sup>310</sup> Steiner, Gemarkte, S. 8.

<sup>311</sup> Helmich, Gemeinden 1918-1933, S. 93.

<sup>312</sup> Lauff, Notkirche Lennep, S. 62; 69.

<sup>313</sup> Stellungnahme der Wuppertaler Presbyterien aus dem Frühjahr 1933, zitiert nach Fineldey, NSDAP, S. 87.

sichtsreichen Plätze auf der Einheitsliste mit Angehörigen der DC besetzt worden.<sup>314</sup>

In Remscheid dagegen konnten die Gläubigen aus vier konkurrierenden Listen auswählen, darunter auch eine Liste der DC, die aber nur acht der 60 zu vergebenden Sitze in der Gemeindevertretung erringen konnte.<sup>315</sup> In der Gemeinde Lennep standen drei Listen zur Wahl und die DC erzielten neun von 40 Sitzen.<sup>316</sup>

Die Nähe von Teilen der Evangelischen Kirche zur NSDAP und anderen rechtsextremen Verbänden manifestiert sich besonders in der gemeinsamen Nutzung des erstmals 1860 eingeweihten und 1908 neu gebauten Evangelischen Vereinshauses in Wuppertal-Elberfeld. Seit 1919 waren die Sitzungsräume, der Saal und der angeschlossene Restaurationsbetrieb des Hauses Tagungs- und Veranstaltungsorte von völkischen und antisemitischen Organisationen sowie Wehrverbänden. Im Evangelischen Vereinshaus richtete die DNVP ihre Geschäftsstelle ein, und die erste Ortsgruppe der NSDAP hielt dort 1922 ihre Gründungsversammlung ab.<sup>317</sup> Das Haus blieb über Jahre wichtigster Tagungs- und Veranstaltungsort der NSDAP und ihrer Nebenorganisationen und nahm die Funktion eines Scharniers ein, zwischen der Partei und führenden Repräsentanten der evangelisch-lutherischen und evangelisch-reformierten Gemeinde.

Das Kuratorium der das Haus tragenden Stiftung wurde von den Gemeindevertretungen gewählt; Vorsitzender des Kuratoriums war Paul Dülfer, DNVP-Stadtverordneter und Vorsitzender der Evangelischen Bürgergesellschaft.<sup>318</sup>

In einer Chronik wurde das Vereinshaus explizit politisch definiert und als „Schutzwall gegen Internationalismus, Pazifismus und Gottlosenbewegung“ bezeichnet.<sup>319</sup> Von besonderer Symbolkraft war dabei, dass seit 1921 auch das Polizeipräsidium Elberfeld-Barmen bzw. Wuppertal in zwei Etagen des

---

<sup>314</sup> Helmich, Gemeinden 1918-1933, 153.

<sup>315</sup> Backhaus, Gemeinde Remscheid, S. 71.

<sup>316</sup> Lauff, Notkirche Lennep, S. 58/59.

<sup>317</sup> Okroy, Volksgemeinschaft, S. 47/48.

<sup>318</sup> OB Elberfeld, Festschrift, S. 128.

<sup>319</sup> Oberbürgermeister der Stadt Elberfeld (Hg.): Festschrift zur Tausendjahrfeier des Bergischen Landes, Elberfeld 1925, S. 49.



Gebäudes untergebracht war und dort bis zur Fertigstellung des neuen Polizeipräsidiums im Jahr 1939 verblieb.<sup>320</sup>

Nach der Machtübertragung auf die Nationalsozialisten war die Begeisterung in den Gemeinden groß, besonders über die Anknüpfung an das christliche Kaiserreich, wie sie im „Tag von Potsdam“ zum Ausdruck kam. Auch die Abrechnung mit dem „Antichrist“ in Form der gottlosen Kommunisten und Sozialdemokraten stieß auf breite Zustimmung. „Wir freuen uns auch, dass nach der letzten politischen Entwicklung eine klare Brechung des kommunistischen gottlosen Terrors erfolgt ist“, schrieb ein späterer BK-Pfarrer 1933.<sup>321</sup> Ähnliche Zitate lassen sich aus allen Gemeinden der Region belegen.<sup>322</sup>

Zu der politischen Begeisterung kam die auch bei kritischen Protestanten hochwirksame Ermahnung zum Gehorsam gegenüber jeder Obrigkeit aus dem neutestamentarischen Römerbrief, von der sich die Gläubigen auch in späteren Jahren nur schwer lösen konnten.<sup>323</sup>

Der wachsende Einfluss der DC sollte sich durch vorgezogene Neuwahlen der Gemeindevertreter im Juli 1933 auch in den Vertretungen manifestieren. Im Wahlkampf erhielten die Deutschen Christen erhebliche Unterstützung durch die SA:

„Der SA-Dienst ist von der Ortsgruppe in Verbindung mit der Ortsgruppe „Deutsche Christen“ in dieser Woche so einzurichten, dass die Aufgaben, die im Interesse unserer Partei für die Kirchenwahl ausgeführt werden müssen, restlos mithilfe der SA erledigt werden können. Veller, Brigadeführer.“<sup>324</sup>

Die Verbindungen zwischen den betont national-religiösen Pfarrern und der SA waren im Evangelischen Vereinshaus gewachsen, das die SA bereits seit Jahren als Tagungsort nutzte.<sup>325</sup> In der lokalen Parteizeitung, der „Wupper-

---

<sup>320</sup> Michael Okroy: Der „Gesunderhaltung des deutschen Volkskörpers“ verpflichtet, Das Polizeipräsidium Wuppertal als regionale Zentrale der nationalsozialistischen Verfolgungsbehörden 1939-1945, in: Geschichte im Wuppertal 9 (2000), S. 104-114, hier: S. 104.

<sup>321</sup> Pfarrer Hermann Becker, lutherisch Radevormwald, zitiert nach Motte, Hochstimmung und Furcht, S. 40.

<sup>322</sup> Vgl. z. B. zum Kirchenkreis Lennep Hauff, Notkirche Lennep, S. 35.

<sup>323</sup> „Jedermann sei den vorgesetzten Obrigkeiten untertan; denn es gibt keine Obrigkeit außer von Gott, die bestehenden aber sind von Gott eingesetzt. Somit widersteht der, welcher sich der Obrigkeit widersetzt, der Anordnung Gottes; [...]“, Römer 13, 1/2, zitiert nach der Zürcher Bibel, Zürich <sup>17</sup>1980, S. 210.

<sup>324</sup> „An die gesamte SA des Gaugebiets“, in: WZ 19.07.1933.

<sup>325</sup> Beispielhaft die Führerbesprechung mit Gruppenführer Werner von Ficht am 13.11.1931, HStAD, Gerichte, Rep. 29/97, Bl. 7.

taler Zeitung“, nahmen seit 1930 die Terminhinweise der Kirchengemeinden größeren Raum ein, als die Bekanntmachungen der NSDAP.<sup>326</sup> Der gemeinsame sonntägliche Kirchgang in Uniform gehörte für viele SA-Einheiten zum normalen Dienstag.<sup>327</sup>

Die überwiegende Anzahl der Gemeinden einigte sich im Juli 1933 erneut auf die Aufstellung von Einheitslisten, die den DC diesmal bis zu 80 Prozent der Sitze sicherten. Eine Wahlmöglichkeit unter mehreren Listen gab es nur für die Mitglieder von 41 der 642 Gemeinden des Rheinlandes, darunter folgender Gemeinden des Bergischen Landes: Barmen-Gemarke, Dhünn, Unterbarmen, Wermelskirchen, lutherisch Radevormwald, Solingen und Remscheid.<sup>328</sup> Nur in vier der 41 Gemeinden erzielten die Gegner der DC bei der Wahl der Gemeindeverordneten eine Mehrheit, darunter in Barmen-Gemarke.

Die gewählten Gemeindeverordneten bildeten gemeinsam mit den im November 1932 gewählten Presbytern der Vorgängerpresbyterien und den jeweiligen Pfarrerkollegien die Größeren Gemeindevertretungen, welche die Presbyterien neu wählten. Dort schwächten sich die Mehrheiten der Deutschen Christen deshalb deutlich ab.<sup>329</sup>

Nach den Kirchenwahlen lässt sich eine Art Kirchentourismus von Gläubigen beobachten, die mit den innerkirchlichen Machtverhältnissen ihrer Heimatgemeinde unzufrieden waren und Gottesdienste in einer Nachbargemeinde, die mehr der eigenen Überzeugung anhing, besuchten. Der von Robert Steiner beschriebene Anstieg der Teilnehmerzahlen in der resistenten Gemeinde Gemarke ist auf dieses Phänomen zurückzuführen.<sup>330</sup>

Insgesamt lässt sich der Protestantismus während der NS-Zeit in drei Drittel strukturieren: ein Drittel orientierte sich mehr oder weniger an den DC, ein

---

<sup>326</sup> Finkeldey, NSDAP, S. 84/85.

<sup>327</sup> Vernehmung Willi Schuster am 08.12.1947, HStAD, Gerichte, Rep. 191/99, Bl. 16.

<sup>328</sup> Van Norden, Kirchenkampf im Rheinland, S. 52-54.

<sup>329</sup> Z.B. ging in Remscheid die Mehrheit der DC von 44 zu 16 bei den Gemeindevertretern auf 12 zu 8 bei den Presbytern zurück. Elsas, Gemeinde Remscheid, S. 94. In Radevormwald entsprechend von 23 zu 17 Gemeindevertretern, auf 6 zu 6 Presbytern. Berg, Radevormwald, S. 98/99.

<sup>330</sup> Siehe die Zahlen bei Steiner, Gemarke, S. 36.

Drittel stand unter dem Einfluss der BK und ein weiteres Drittel vertrat zeitgemäß angepasste neutrale Positionen.<sup>331</sup>

Manfred Gailus hat am Beispiel Berlins vier Verhaltens- und Konfliktvarianten protestantischer Gemeinden im Nationalsozialismus ausgemacht: Nazifizierung, Anpassung, Spaltung und Resistenz. Als Hauptindikatoren nannte er das Verhalten der Gemeindepfarrer, festgemacht an theologischen und kirchenpolitischen Äußerungen, die Ergebnisse der Wahlen zu den kirchlichen Vertretungskörperschaften 1932/33 und die Stärke der Aktivitäten von BK und DC.<sup>332</sup>

Nazifizierte Gemeinden standen unter der eindeutigen und ungefährdeten personellen, politischen, ideologischen und theologischen Vorherrschaft der DC. In diesen Gemeinden entstand aus nationalprotestantischen und nationalsozialistischen Elementen ein neues deutschchristliches Theologiekonzept.

Kennzeichnend für angepasste Gemeinden war in der Tradition der protestantischen Obrigkeitsorientierung die Bereitschaft zur freiwilligen Unterordnung unter den Herrschaftsanspruch der NSDAP und der DC.

In den gespaltenen Gemeinden eskalierten die Konflikte zwischen DC und BK, ohne dass eine Seite für längere Zeit die Oberhand behalten konnte. Resistente Gemeinden definiert Gailus als Gemeinden, die eindeutig von der BK dominiert waren und denen es dauerhaft gelang, sich dem Herrschaftsanspruch der DC entgegen zu stellen.<sup>333</sup>

Wendet man diese Typologisierung auf die Gemeinden der Kirchenkreise Elberfeld und Barmen in den Jahren 1933/34 an, so ergibt sich folgendes Bild:

Von den 16 Gemeinden war keine nazifiziert, fünf<sup>334</sup> waren angepasst (31 Prozent), zehn gespalten (63 Prozent) und eine, die reformierte Gemeinde Barmen-Gemarke, resistent (6 Prozent). Den DC gelang es anders als in

---

<sup>331</sup> Manfred Gailus: "Nationalsozialistische Christen" und "christliche Nationalsozialisten", Anmerkungen zur Vielfalt synkretistischer Gläubigkeiten im "Dritten Reich", in: Ders. und Hartmut Lehmann: Nationalprotestantische Mentalitäten, Konturen, Entwicklungslinien und Umbrüche eines Weltbildes, Göttingen 2005, S. 223-261, hier: S. 225.

<sup>332</sup> Gailus, Protestantismus, S. 122-124.

<sup>333</sup> Ebd., S. 124-128.

<sup>334</sup> Lutherisch Elberfeld, Reformiert Ronsdorf, Vohwinkel, Beyenburg und Langerfeld.

Berlin nicht, sich in einer der Gemeinden dauerhaft durchzusetzen.<sup>335</sup> Ein deutlich höherer Anteil als in Berlin war gespalten, wobei die Konflikte zunehmend zwischen der Bekennenden Kirche und sogenannten „Neutralen“ stattfanden, während die Position der DC seit 1934 stetig schwächer wurde. Die oppositionellen Protestanten der BK waren aber meist nur kirchenpolitische Gegner des NS-Regimes. Der Kampf richtete sich, von Einzelpersonen abgesehen, folgerichtig nur gegen kirchenrechtliche Maßnahmen der „Reichskirche“, des „Reichsbischofs“ und seiner Anhänger in der Glaubensgemeinschaft der DC.

## V. Der Aufstieg der NSDAP

Im Folgenden wird die Entwicklung der NSDAP sowie ihrer Kampfverbände SA und SS im Bergischen Land und insbesondere in ihrer Hochburg Elberfeld bzw. Wuppertal in den Blick genommen.

Der spätere Wuppertaler Stadtteil Elberfeld war schon zu Beginn der 1920er Jahre das Zentrum rechtsextremer Organisationen im Rheinland.

Eine Ortsgruppe des „Deutschvölkischen Schutz- und Trutzbundes“ bestand bereits seit 1919. Im März 1922 gehörten der vom späteren NSDAP-Gauleiter in Hamburg, Karl Kaufmann, geleiteten Gruppe über 1.200 Mitglieder an.

Neben dem 1920 gegründeten Stahlhelm und dem 1921 gegründeten Jungdeutschen Orden gab es auch ein Geflecht rechtsterroristischer Gruppen, wie die „Organisation Escherich“ (Orgesch) mit verschiedenen legalen Tarnorganisationen. Auch die rechtsterroristische „Organisation Consul“ (OC) baute in Elberfeld am Rand des besetzten Rheinlands eine starke Organisation auf.<sup>336</sup> Der im Juni 1922 gescheiterte Mordversuch an Philipp Scheidemann mit Blausäure war in Elberfeld geplant und von Elberfelder Aktivisten der OC ausgeführt worden. Beide gehörten auch dem Schutz- und

---

<sup>335</sup> Von den Berliner Kirchengemeinden waren 26 % nazifiziert, 16 % angepasst, 52 % gespalten und 6 % resistent. Vgl. ebd., S. 128.

<sup>336</sup> Ulrich Klein: 'Mekka des deutschen Sozialismus' oder 'Kloake der Bewegung'? Der Aufstieg der NSDAP in Wuppertal 1920 bis 1934, in: Goebel, Über allem die Partei, S. 105-149, hier: S. 106-109. Vgl. auch Kerstin Kaiser: Rechte und rechtsradikale Organisationen im Wuppertal in den Anfängen der Weimarer Republik, Magisterarbeit Universität Wuppertal, 1999.

Trutzbund an, der wenige Tage nach dem Mord an Walter Rathenau verboten wurde.<sup>337</sup>

Nach den Terroranschlägen wurde das rechtsextreme Organisationspektrum von einer Verbotschwelle getroffen. Ehemalige Mitglieder der nun illegalen Organisationen bildeten das Repertoire, aus dem die am 12. September 1922 gegründete NSDAP-Ortsgruppe Elberfeld schöpfen konnte.<sup>338</sup> Bis zum Hitlerputsch am 9. November 1923 entwickelte sich die NSDAP zur stärksten rechtsextremen Gruppierung Elberfelds, während sie in den Nachbarstädten Barmen, Solingen und Remscheid noch nicht Fuß fassen konnte.

Elberfeld wurde nach dem NSDAP-Verbot 1924 Sitz des Landesverbands Rheinland-Nord des „Völkisch-Sozialen Blocks“ (VSB), der als NSDAP-Ersatzorganisation konzipiert war. Erich Koch und Joseph Goebbels, der als Schriftleiter der Parteizeitung „Völkische Freiheit“ nach Elberfeld kam, waren die bekanntesten Protagonisten des VSB im Wuppertal.<sup>339</sup>

Ende März 1925 erfolgte in Elberfeld die Wiedergründung des NSDAP-Gaus Rheinland-Nord, dessen erster Geschäftsführer Joseph Goebbels wurde.<sup>340</sup>

Norden und Westen der Parteiorganisation standen unter dem bestimmenden Einfluss Gregor Strassers. Die im September 1925 installierte „Arbeitsgemeinschaft der nord- und westdeutschen Gaue der NSDAP“ (AG)<sup>341</sup> nahm ihren Sitz in Elberfeld, wo auch die Zeitung der AG, die „Nationalsozialistischen Briefe“, erschien. Elberfeld war damit der Gegenpol zur bisherigen „Hauptstadt der Bewegung“ München, die in Nord- und Westdeutschland kaum an Strukturen aus der Zeit vor dem Parteiverbot anknüpfen konnte. Nur 71 der 262 bis Ende 1925 gegründeten Ortsgruppen bestanden bereits vor der Verbotszeit.<sup>342</sup>

Joseph Goebbels, zu diesem Zeitpunkt Schriftleiter der „Nationalsozialistischen Briefe“, notierte am 15. Februar 1926 in seinem

---

<sup>337</sup> Emil Julius Gumbel: Verschwörer, Beiträge zur Geschichte und Soziologie der deutschen nationalistischen Geheimbünde seit 1918, Wien 1924, S. 45-48.

<sup>338</sup> Ulrich Klein: Eine Partei wie andere auch? Der Aufstieg der NSDAP im Wuppertal 1922-1930, in: Okroy / Schrader, Aktuelle Forschungen, S. 17-30, hier: S. 19. Vgl. auch Sonnard Finkeldey: Die NSDAP in Wuppertal 1922-1933, Examensarbeit Universität Köln, 1987.

<sup>339</sup> Klein, Mekka oder Kloake, S. 111-118.

<sup>340</sup> Finkeldey, NSDAP, S. 37.

<sup>341</sup> Gerhard Schildt: Die Arbeitsgemeinschaft Nord-West, Diss. Universität Freiburg, 1964.

<sup>342</sup> Kershaw, Hitler 1889-1936, S. 348.

Tagebuch: „In allen Städten bemerke ich mit heller Freude, dass unser, d. h. der sozialistische Geist marschiert. Kein Mensch glaubt mehr an München. Elberfeld soll das Mekka des deutschen Sozialismus werden.“<sup>343</sup>

Mit der Bamberger Führertagung vom Februar 1926 gelang es Hitler schnell, die von der AG für seine Position als Parteiführer ausgehende Gefahr zu beseitigen. Mit einer Richtlinie untersagte er einige Monate später den Zusammenschluss einzelner Parteigäue zu Arbeitsgemeinschaften.<sup>344</sup>

Im März 1926 wurden die bisherigen Gäue Rheinland-Nord und Westfalen zu einem neuen Großgau Ruhr vereinigt. Der neue Großgau sollte von einem Triumvirat aus Franz Pfeffer von Salomon, bisher Gauleiter Westfalen, Karl Kaufmann, bisher Gauleiter Rheinland-Nord, und Josef Goebbels geführt werden und nahm seinen Sitz in Elberfeld. Nach internen Streitigkeiten bestimmte Adolf Hitler kurz darauf Kaufmann zum alleinigen Gauleiter.<sup>345</sup>

Von 1925 bis 1928 war Elberfeld der Kristallisationspunkt für die Entwicklung der NSDAP im Westen und damit neben Stuttgart und Hannover das regionale Zentrum der Partei.<sup>346</sup> Das Bergische Land bildete innerhalb des Gaus einen eigenen Bezirk, der unter der Führung von Erich Koch ebenfalls in Elberfeld angesiedelt war.

Im Rahmen der Anpassung der Gaugrenzen an die Reichstagswahlkreise wurde der Ruhr-Gau zum 1. Oktober 1928 aufgelöst und das Gebiet in den Gau Westfalen sowie in die unabhängigen Bezirke Essen und Bergisches Land-Niederrhein aufgeteilt. Nach dem Erreichen der nötigen Mitgliederzahlen 1930 entstanden aus den Bezirken die Gäue Essen und Düsseldorf. Für die NSDAP in Wuppertal war mit der Auflösung des Großgaus Ruhr und dem Wechsel der Bezirks- bzw. Gauleitung nach Düsseldorf der Verlust der überregionalen Bedeutung verbunden. Die Führung der ersten Jahre war inzwischen über das ganze Reich verteilt: Goebbels war bereits seit 1926 Gauleiter in Berlin, Erich Koch wurde 1928 zum Gauleiter in Ostpreußen ernannt, Karl Kaufmann wechselte 1929 als Gauleiter nach Hamburg, und

---

<sup>343</sup> Tagebücher des Joseph Goebbels, zitiert nach Ralf Georg Reuth: Goebbels, München 1990, S. 97.

<sup>344</sup> Kershaw, Hitler 1889-1936, S. 353-355.

<sup>345</sup> Finkeldey, NSDAP, S. 40; Klein, Mekka oder Kloake, S. 122-124.

<sup>346</sup> Schmiechen-Ackermann, NS und Arbeitermilieus, S. 166.

Viktor Lutze ging 1930 als Vertreter Nord des Obersten SA-Führers nach Hannover.

### **Wuppertal – westdeutsche NSDAP-Hochburg**

Die erste Kommunalwahl in der neuen Großstadt Wuppertal brachte für die NSDAP im November 1929 mit 2,7 Prozent und zwei Stadtverordnetenmandaten ein überaus enttäuschendes Ergebnis, das die Stellung als Splitterpartei des rechten Randes zu zementieren schien. Im Herbst und Winter des gleichen Jahres gelangen der NSDAP dagegen in anderen Teilen des Reiches wie in Baden und Thüringen bereits spektakuläre Erfolge.

Die Wuppertaler NSDAP war nach einer längeren Phase der Stagnation eine gut organisierte Partei mit einem verhältnismäßig großen Apparat, aber politisch ohne jeden Einfluss. Die mit den dramatisch steigenden Arbeitslosenzahlen Anfang 1930 einsetzende Beitrittswelle zu Partei und SA konnte durch die Organisation ohne Probleme bewältigt werden. Der Reichstagswahlkampf zeigte dann erstmals deutlich die zunehmende Schlagkraft der Nationalsozialisten. 44 Kundgebungen und neun Großaufmärsche sowie Plakate überall in der Stadt signalisierten den bevorstehenden „Take off“<sup>347</sup> der NSDAP.

Und dieser „Take off“ am 14. September 1930 fiel überwältigend aus: Die NSDAP wurde in Wuppertal quasi aus dem Nichts heraus stärkste Partei und vervelfachte die Zahl ihrer Wähler gegenüber der Kommunalwahl ein Jahr zuvor. Mit einem Anteil von 23 Prozent lagen die Wuppertaler fast fünf Punkte über dem Reichsdurchschnitt und sechs Punkte über dem Durchschnitt des Wahlkreises Düsseldorf Ost.<sup>348</sup> In Solingen erzielte die NSDAP fast sieben Prozent weniger als in Wuppertal und kam von 1,9 auf 16,2 Prozent. Sie stützte sich insbesondere auf Stimmen aus dem protestantischen Kleinbürgertum, und dabei besonders auf Erst- und Nichtwähler.<sup>349</sup> Die bisher im protestantischen Lager führende Partei, die DNVP, verlor bis zu zwei Drittel ihrer Wähler an die NSDAP.

Die prekäre wirtschaftliche Lage nach der Weltwirtschaftskrise 1929 ließ bei vielen die Angst vor sozialem Abstieg wachsen. Immer mehr sahen in der

---

<sup>347</sup> Peter Longerich: Geschichte der SA, Überarbeitete Taschenbuchausgabe der 1989 unter dem Titel 'Die braunen Bataillone' erschienenen Erstausgabe, München 2003, S. 78.

<sup>348</sup> „Mastkur des Radikalismus“, in: FP 15.09.1930.

<sup>349</sup> Falter, Hitlers Wähler, S.175-177; 287-289.

gewaltbereiten, zu allem entschlossenen NS-Bewegung zudem die letzte Möglichkeit, den von ihnen befürchteten Bürgerkrieg und den Sieg des Bolschewismus in Deutschland zu verhindern. Der Staat schien seiner primären Aufgabe, der Garantie des innerstaatlichen Rechtsfriedens nicht mehr nachkommen zu können.<sup>350</sup>

Mit der Reichstagswahl 1930 begann der Aufstieg der NSDAP zur Milieupartei der Protestanten, zur Partei des nationalen Wählerlagers. Dieses Lager definierte sich hauptsächlich negativ durch die Abgrenzung von Sozialismus und Katholizismus. Es gelang der NSDAP in Wuppertal, sich als „soziale Bewegung des von Deklassierung bedrohten Bürgertums zu etablieren“<sup>351</sup> und die national-religiöse Deutungskultur zu dominieren.

Gestützt auf große Teile der protestantischen Bevölkerungsmehrheit mit den hinzukommenden kleineren Gewinnen aus dem sozialistischen und dem katholischen Wählerlager<sup>352</sup> gelang im März 1932 der Sprung über die 40 Prozent-Marke. Im zweiten Wahlgang der Reichspräsidentenwahlen im April 1932 lag Adolf Hitler mit 107.352 Stimmen (+ 16.337 im Vergleich zum 1. Wahlgang) deutlich vor Paul von Hindenburg mit 102.752 Stimmen (+ 546).<sup>353</sup> In Solingen erzielte dagegen KPD-Kandidat Ernst Thälmann die relative Mehrheit, während Hitler nur Platz drei erreichte.<sup>354</sup>

---

<sup>350</sup> Dirk Blasius: Weimars Ende, Bürgerkrieg und Politik 1930-1933, Göttingen 2005, S. 7.

<sup>351</sup> Klein, Aufstieg der NSDAP, S. 29.

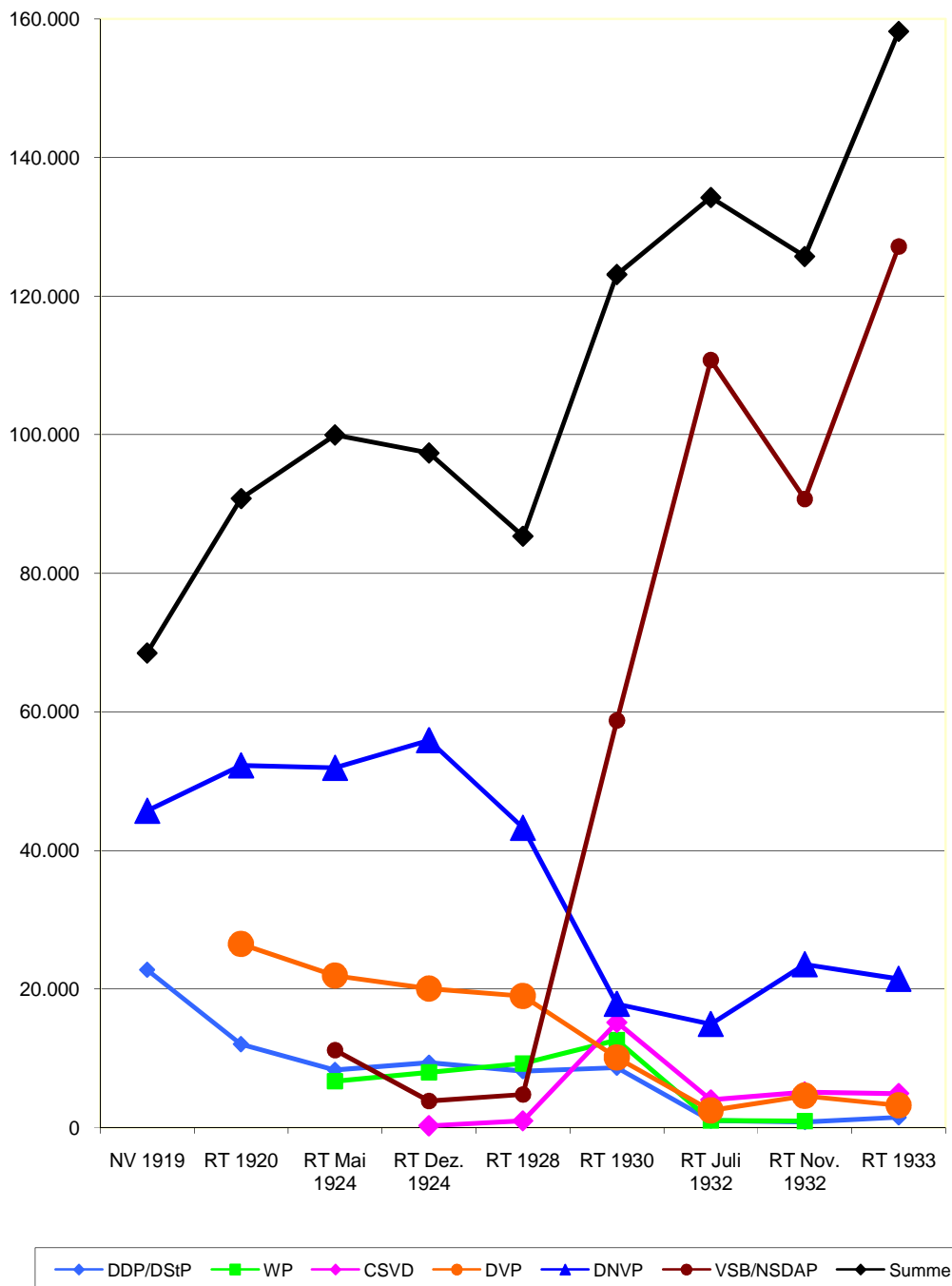
<sup>352</sup> Zu den Wählerwanderungen vgl. Falter, Hitlers Wähler, S. 114-117.

<sup>353</sup> Ernst Thälmann erzielte 39.791 (- 17.182) bei einer um 16.382 Stimmen gesunkenen Wahlbeteiligung. Vgl. „Der zweite Schlag“, in: FP 11.04.1932.

<sup>354</sup> Sbosny/Schabrod, Widerstand in Solingen, S. 19.

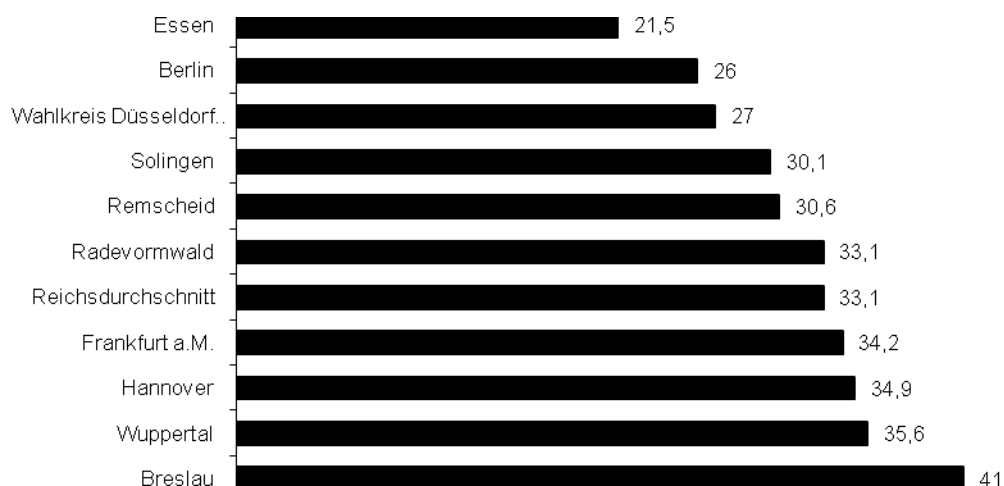


Abb. 10: Reichstagswahlergebnisse der Parteien des nationalen Wählerlagers in Wuppertal 1919-1933 nach der Anzahl der abgegebenen Stimmen



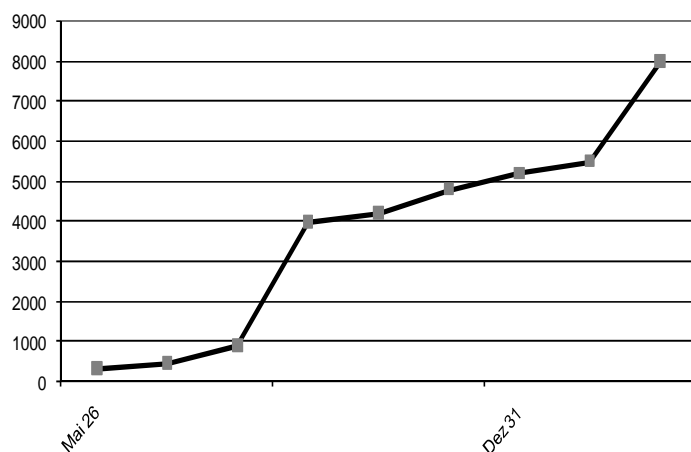
Auf Basis der Reichstagswahl vom November 1932 hatte sich Wuppertal nach Breslau und vor Hannover zu einer der großstädtischen Hochburgen der Nationalsozialisten entwickelt. In Remscheid und Solingen erzielte die NSDAP dagegen nur unterdurchschnittliche Ergebnisse, die fünf Prozentpunkte unter dem Wuppertaler Ergebnis lagen.

Abb. 11: Stimmenanteile der NSDAP bei der Reichstagswahl im November 1932<sup>355</sup>



Parallel zu den Wahlerfolgen schnellten die Mitgliederzahlen der NSDAP in die Höhe. Mitte 1929 hatte die Partei 480 Mitglieder, Ende 1930 waren es bereits über 4.000, ein Jahr später stieg die Zahl auf 5.200. Nach einem internen Revisionsbericht der NSDAP waren im Gau Düsseldorf im Januar 1932 60 Prozent der Parteimitglieder arbeitslos.<sup>356</sup>

Abb. 12: Mitgliederentwicklung der NSDAP in Wuppertal 1926-1933<sup>357</sup>

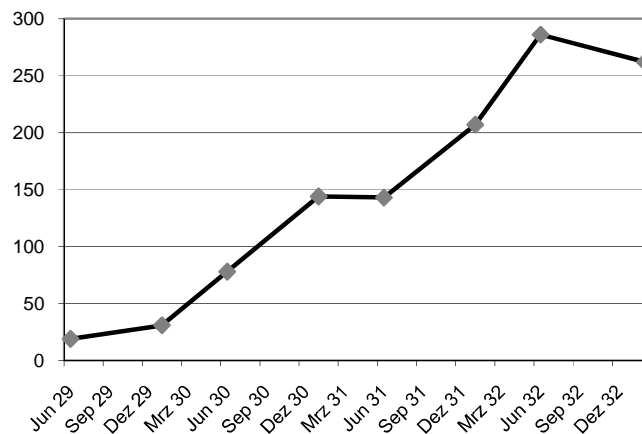


<sup>355</sup> Aufgenommen wurden die vier großstädtischen Hochburgen Breslau, Wuppertal, Hannover und Frankfurt, der Reichsdurchschnitt, Wahlkreisdurchschnitt, Berlin und Essen als Vergleichsgrößen, sowie weitere Ergebnisse aus dem Bergischen Land.

<sup>356</sup> Revisionsbericht über die Kassen- und Bücherrevision der SA Untergruppe Düsseldorf am 18.02.1932, HStAD, Gerichte, Rep. 29/166, Bl. 612-614.

<sup>357</sup> Zahlen nach den Übersichten über die NSDAP im Regierungsbezirk Düsseldorf, HStAD, Reg. Düss., 30654 und Finkeldey, NSDAP, S. 47.

Abb. 13: Mitgliederentwicklung NSDAP in Radevormwald 1929-1933<sup>358</sup>



Im Laufe der zweiten Jahreshälfte 1932 erreichte die Ortsgruppe Wuppertal eine Größenordnung von knapp 8.000 Mitgliedern, sodass eine Aufspaltung in die Ortsgruppen Wuppertal-Barmen und Wuppertal-Elberfeld nötig wurde.<sup>359</sup> Gemäß der Regelungen der neuen „Dienstvorschrift für die P.O. der NSDAP“ wurde zusätzlich der bisherige Bezirk Wuppertal zum Kreis Wuppertal umstrukturiert.<sup>360</sup> Leider liegt für Wuppertal keine Mitgliederzahl aus dem Frühjahr 1933 vor. Deshalb kann keine Aussage darüber getroffen werden, ob es, wie in Radevormwald, im Umfeld der verlorenen Reichstagswahl des November 1932 zu Mitgliederverlusten gekommen ist.

Bei den Nebenorganisationen der Partei ging die Aufwärtsentwicklung wesentlich langsamer voran. Die „Hitler-Jugend“ (HJ) beispielsweise erreichte im September 1931 in Wuppertal eine Stärke von 81 Jungen in den Scharen Wuppertal-Barmen, -Elberfeld und -Vohwinkel.<sup>361</sup> Die Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation (NSBO), eine Art NS-Gewerkschaft für die Industriearbeiter, trat in der Region zunächst kaum in Erscheinung.<sup>362</sup>

<sup>358</sup> Zahlen nach Berg, Radevormwald, S. 110/111.

<sup>359</sup> Klein, Mekka oder Kloake, S. 138.

<sup>360</sup> Zur am 15.07.1932 erlassenen Dienstvorschrift siehe Carl-Wilhelm Reibel: Das Fundament der Diktatur, Die NSDAP-Ortsgruppen 1932-1945, Paderborn 2002, S. 32-39.

<sup>361</sup> Übersicht über die Nebenorganisationen der NSDAP im Reg. Bez. Düsseldorf, Stand 15.09.1931, HStAD, Reg. Düss., 30654, Bl. 75.

<sup>362</sup> Finkeldey, NSDAP, S. 75/76. Grundlegend zur NSBO Volker Kratzenberg: Arbeiter auf dem Weg zu Hitler? Die Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation; Ihre Entstehung, ihre Programmatik, ihr Scheitern 1927-1934, Frankfurt a. M. 1987.

## **Die Sturmabteilung (SA) im Bergischen Land**

Die Ursprünge der SA des Bergischen Landes liegen in den Wehrorganisationen der ersten Jahre der Weimarer Republik. Nach der Wiederzulassung der NSDAP wurde sie 1925 als Ersatzorganisation für die weiterhin verbotenen Wehrorganisationen gegründet.

Den Aufbau der Sturmabteilungen innerhalb des Großgaus „Ruhr“ leitete seit 1925 Viktor Lutze, der 1934 Stabschef der SA werden sollte. Die von Lutze im März 1926 unter dem Namen „Gausturm Ruhr“ auf Gauebene gebildete SA-Organisationsform konnte sich später zum Vorbild für den Aufbau der SA in vielen Regionen aufschwingen.<sup>363</sup>

Die erste Fahne der frühen Wuppertaler SA, später „Blutfahne“ genannt, war 1925 während eines „Völkisches Tages“ in der Elberfelder Stadthalle durch Ernst Röhm und Erich Ludendorff geweiht worden.<sup>364</sup>

Die zur Standarte XV gehörende Wuppertaler SA erhielt 1928 für ihren Barmer Sturm als erste Sturmnummer die „86“ zugewiesen.<sup>365</sup> Später kamen der Sturm 111 (Ronsdorf), Sturm 96 (Unterbarmen), Sturm 98 (Langerfeld) und Sturm 171 (Heckinghausen) hinzu. Der Elberfelder „Traditionssturm“ war Sturm 4, der zunächst durch Sturm 43 (Vohwinkel) und Sturm 93 (Elberfeld-Süd) ergänzt wurde.

Im Februar 1931 strukturierte sich die SA reichsweit um. Als oberste gauübergreifende Organisationsstufe wurden die SA-Gruppen eingerichtet. Die SA eines NSDAP-Gaus wurde in einer Untergruppe zusammengefasst, welche die Organisationsebene der SA bildete, auf der die Koordination mit der politischen Führung der Parteiorganisation stattfinden sollte.<sup>366</sup> Als weitere neue Gliederungsebene wurden unterhalb der Standarten Sturm-*banne* eingeführt, die sich aus mehreren Stürmen zusammensetzten und 250 bis 600 Mann umfassten. Die unterste SA-Einheit, die zuvor in Anlehnung an die Infanterie „Gruppe“ genannt wurde, führte die neue Bezeichnung „Schar“.<sup>367</sup>

---

<sup>363</sup> Longerich, Peter: Geschichte der SA, München 2003, S. 53.

<sup>364</sup> „Aus vergangenen Ruhmestagen der Barmer SA“, in: VP 07.01.1934.

<sup>365</sup> „Feierstunde des SA-Sturms 1/171“, in: RLZ 04.08.1936

<sup>366</sup> Longerich, SA, S. 112.

<sup>367</sup> Erlass Nr. 2 vom 20.02.1931, BA, Slg. Schumacher, Nr. 404.

Das Bergische Land ordnete sich in die SA-Struktur seitdem wie folgt ein:  
Gruppe Nord-West – Untergruppe Düsseldorf (Gau Düsseldorf) –  
Standarte 171 (Wuppertal) mit den Sturmabteilungen I/171 (Barmen) und II/171  
(Elberfeld).

Durch den weiterhin starken Anstieg der Mitgliederzahl konnte Anfang 1932  
die bisherige Wuppertaler Standarte 171 in die neuen Standarten 171  
(Barmen), 172 (Solingen/Remscheid) und 173 (Elberfeld) aufgeteilt werden.  
Außerdem wurde aus den älteren Mitgliedern eine SA-Reserve gebildet.

Im März 1932 umfasste die Untergruppe Düsseldorf folgende  
Standarten mit zusammen etwa 8.000 Mann:<sup>368</sup>

39 (Düsseldorf)

40 (Krefeld)

171 (Barmen)

172 (Solingen/Remscheid)

173 (Elberfeld)

Die Standarte 171 teilte sich in folgende Sturmabteilungen:

I/171 Wuppertal-Barmen-Mitte mit 521 Mann in neun Stürmen

II/171 Wuppertal-Barmen-Nord mit 316 Mann in fünf Stürmen und

III/171 Wuppertal-Barmen-Land mit 336 Mann in acht Stürmen.

Die Standarte 172 teilte sich in folgende Sturmabteilungen:

I/172 Solingen mit 622 Mann in neun Stürmen

II/172 Remscheid mit 431 Mann in fünf Stürmen

III/172 Solingen-Land mit 366 Mann in neun Stürmen.

Die Standarte 173 teilte sich in folgende Sturmabteilungen:

I/173 Wuppertal-Elberfeld-Nord mit 464 Mann in neun Stürmen

II/173 Wuppertal-Elberfeld-Süd mit 382 Mann in sechs Stürmen

und III/173 Wuppertal-Elberfeld-Land mit 670 Mann in elf Stürmen.

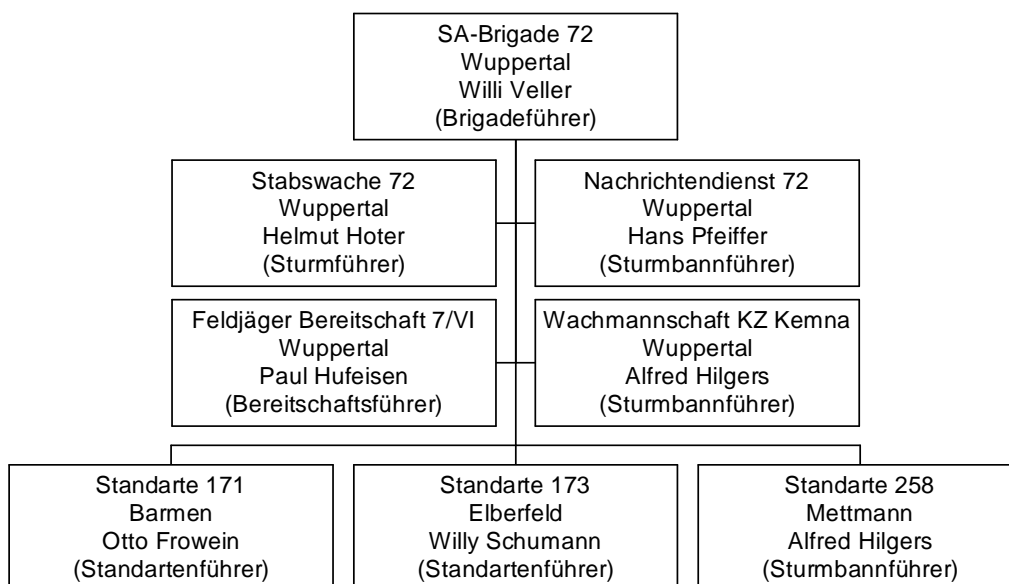
Zum Schutz der Untergruppenführung war eine Stabswache mit 30 An-  
gehörigen gebildet worden. Als weitere SA-Sonderformationen entstanden

---

<sup>368</sup> Alle folgenden Zahlen aus der Übersicht über die SA der NSDAP im Regierungsbezirk  
Düsseldorf, HStAD, Reg. Düs., Nr. 30654, Bl. 99-101.

1926 ein Musikzug, der lange der einzige im Großgau Ruhr blieb,<sup>369</sup> eine SA-Reserve, aufgestellt am 28. März 1929, die Motor-SA, gegründet am 1. April 1930, und SA-Sanitäter. Im Januar 1933 stellte die Standarte 173 auf Vellers Befehl einen neuen Sturm 10a/173 auf, der „sich aus besonders aktiven SA-Leuten, die sich aus persönlichen Gründen abseits hielten“, zusammensetzte und mit „besonderen aktivistischen Aufgaben betraut werden sollte“. Dieser Sturm wurde bei den schweren Auseinandersetzungen an den Brennpunkten besonders im Februar 1933 als „Stoßtrupp“ eingesetzt, bevor er, nachdem der Sturmführer Fritz Stoffel wegen Unterschlagung von Spendengeldern der NSDAP abgesetzt worden war, im März 1933 aufgelöst wurde.<sup>370</sup> Im September 1933 wurden die Untergruppen in SA-Brigaden umbenannt. Die Untergruppe Düsseldorf wurde so zur Brigade 72.

Abb. 14: Organisationsdiagramm der SA-Brigade 72 (Stand September 1933)



Gemeinsamer Erfahrungshintergrund der SA-Mitgliedschaft war die stark zunehmende Prekarität der eigenen Lebensverhältnisse. Infolge der mit der Weltwirtschaftskrise entstehenden ökonomischen Verwerfungen wurde die ausweglose Dauerarbeitslosigkeit als Endpunkt eines langen sozialen Abstiegsprozesses zum prägenden Element der Sozialisation. Der Zeitpunkt

<sup>369</sup> „10 Jahre Musikzug der SA-Standarte 171“, in: RLZ 14.04.1936.

<sup>370</sup> Vorermittlungen gegen Fritz Stoffel, HStAD, Gerichte, Rep. 5/835.

des letzten Arbeitsplatzverlustes in der Erwerbsbiografie korreliert hoch mit dem Zeitpunkt des SA-Beitritts.<sup>371</sup>

Die SA war der Ort einer neuen Sinnstiftung und verlieh dem Leben mit dem engen Dienstplan und dem dauernden Aktivismus wieder Struktur.<sup>372</sup>

SA-Lokale und Heime erfüllten dabei eine Doppelrolle: sie waren Ersatz-Zuhause mittelloser SA-Männer und gleichzeitig als Vorposten im Bürgerkrieg Ausgangspunkte von Terror und Gewalt. Die sozialen Betreuungsmaßnahmen der SA spielten eine nicht unerhebliche Rolle für die Anziehungskraft auf Arbeitslose. Kostenlose Gemeinschaftsverpflegung und Schlafplätze für obdachlose SA-Männer erwiesen sich in der zugespitzten Wirtschaftskrise als sehr werbewirksam.<sup>373</sup>

Rund um diese SA-Heime entwickelte sich eine spezifische SA-Subkultur, die der Nukleus für eine beginnende Milieukonstitution hätte werden können, die aber im Zuge der Entmachtung der SA 1934 weitgehend zerschlagen worden ist.<sup>374</sup>

#### Exkurs: Wilhelm Veller

Der terroristische Charakter der zweiten NS-Führungsgeneration in Wuppertal wurde besonders von Willi Veller, genannt „Emmes“, geprägt.<sup>375</sup>

Veller, 1896 in Witten an der Ruhr geboren, wuchs seit seinem ersten Lebensjahr im Wuppertal auf. Sein Vater, der aus Barmen stammende Kaufmann Wilhelm Veller senior, wurde Teilhaber der Barmer Generalvertretung einer Hamburger Dachpappenfirma. Die Geschäfts- und Wohnräume der Familie Veller waren im Untergeschoss der Heidter Straße 61, dem heutigen Heidter Berg.<sup>376</sup>

Nach der Volksschule besuchte Willi Veller die Barmer Oberrealschule und machte dort sein Abitur. Im nationalen Delirium des August 1914 meldete er sich, knapp 18 Jahre alt, als Kriegsfreiwilliger und trat wie viele Barmer in das oberelsässische Infanterie-Regiment 171 ein. Nach zwei Verwundungen an

---

<sup>371</sup> Reichardt, Kampfbünde, S. 333.

<sup>372</sup> Vgl. Dienstplan des Sturms 32/11 (Berlin) vom Juni 1933, abgedruckt in: Schuster, SA in Berlin, S. 99.

<sup>373</sup> Longerich, SA, S. 130/131.

<sup>374</sup> Schmiechen-Ackermann, NS und Arbeitermilieus, S. 47.

<sup>375</sup> David Magnus Mintert: 'Nur dem Führer und meinem nationalsozialistischen Gewissen verantwortlich.', Willy Veller - Ein SA-Schläger im Amt des Wuppertaler Polizeipräsidenten, in: Okroy/Schrader, Aktuelle Forschungen, S. 46-59.

<sup>376</sup> StadtAW, Adressbücher der Stadt Barmen.

der Westfront leistete Veller 1915 einen Reserve-Offiziers-Aspiranten-Kursus ab. 1916 wurde seine Einheit an die Ostfront verlegt. Veller geriet Anfang August dieses Jahres, kurz vor seiner Beförderung zum Leutnant, in russische Gefangenschaft. Nach 19 Monaten Kriegsgefangenschaft gelang es ihm, in den Wirren der Oktoberrevolution aus dem Kriegsgefangenenlager in Sibirien zu fliehen und sich bis zu den deutschen Stellungen durchzuschlagen. Nach der deutschen Kapitulation und seiner Entlassung aus dem Heeresdienst kehrte er im Dezember 1918 als Vizefeldwebel der Reserve nach Barmen zurück.<sup>377</sup>

Veller schrieb sich an der Bonner Friedrich-Wilhelm-Universität ein und arbeitete gleichzeitig im Geschäft des Vaters mit. 1924 schloss er sich der Völkischen Bewegung an und trat 1925 nach der Neugründung der NSDAP und der SA bei. Veller wurde Führer der 50-60 Barmer SA-Männer und stellvertretender Leiter der kleinen Ortsgruppe der Partei, die im Schatten des NSDAP-Zentrums Elberfeld ihr Dasein als Splitterpartei fristete. Dabei arbeitete er beim Auf- und Ausbau der Barmer SA eng mit Gau-Sturmführer Lutze zusammen. Dieser ernannte Veller im Juli 1927 zum Führer der gesamten SA im Bezirk Bergisch Land und ermöglichte ihm den Einstieg in überörtliche Führungspositionen der NS-Bewegung. In der NSDAP war er bis 1929 Ortsgruppenführer von Barmen, seit 1930 von ganz Wuppertal. Wenige Monate bekleidete er 1931 das Amt des NSDAP-Gauinspektors, bevor er seine Parteiämter Ende 1931 niederlegte, um sich von diesem Zeitpunkt an ganz auf die SA zu konzentrieren.

1931 wurde Veller unter Beförderung zum SA-Oberführer zum ersten Führer der neu eingerichteten SA-Untergruppe Düsseldorf.

---

<sup>377</sup> Auszug aus dem Wehrstammbuch, HStAD, BR-PE, Nr. 655, Bl. 25.



Abb. 15: Willi Veller<sup>378</sup>

Dieses Foto zeigt Veller um die Jahreswende 1932/33 in der Uniform eines



SA-Oberführers. Die Ringe an den Uniformärmeln der Jacke, zwei breite und zwei schmale, stehen für das Beitrittsjahr 1925, das frühestmögliche Beitrittsjahr zur SA. Die Vergabe dieser Ehrenzeichen war so gestaffelt, dass 1932 noch ein schmaler Ring vergeben wurde, während ab 1933 die Ärmel leer blieben. Veller trägt das SA-Sportabzeichen, das silberne Verwundetenabzeichen aus dem Weltkrieg, das Parteiabzeichen und als Miniaturen über der Brusttasche verschiedene weitere Orden, darunter das Eiserner Kreuz Zweiter Klasse.

Veller machte sich in Wuppertal schnell einen Namen als skrupelloser Schläger. Dabei fällt auf, dass er sich immer dann besonders hervortat, wenn die SA ihren Gegnern zahlenmäßig deutlich überlegen oder aus anderen Gründen im Vorteil war. So überfiel er im Juli 1927 mit einem Dutzend seiner Leute in Barmen zwei junge Mitglieder des Reichsbanners, obgleich einer der beiden nach einem Sportunfall einen Arm in einer Binde trug.<sup>379</sup>

Natürlich hatte der Einsatz ungezügelter Gewalt eine Vielzahl von Vorstrafen zur Folge. Vellers Vorstrafenregister<sup>380</sup> umfasste Verurteilungen wegen gefährlicher Körperverletzung, Widerstandes gegen die Staatsgewalt, Sachbeschädigung, Misshandlung, Schusswaffenmissbrauch „und ähnlicher für einen Nazi selbstverständlicher Delikte.“<sup>381</sup> Dass trotz weiterer Ermittlungsverfahren mit so schwerwiegenden Vorwürfen wie versuchter Totschlag und versuchter Mord nach 1930 keine weitere rechtskräftige Verurteilung hinzukam, verdankte Veller seinem Einzug in den Reichstag nach dem Erdrutsch-

<sup>378</sup> StadtAW, Fotosammlung.

<sup>379</sup> „Nationalsozialistische Rowdys vor dem Schöffengericht“, in: FP 20.02.1928. Vgl. auch „Vorgeschmack vom Dritten Reich“, in: FP 07.03.1932.

<sup>380</sup> Strafregister Willi Veller, HStAD, Ger. Rep. 29, Bd. 165.

<sup>381</sup> Veller in einem Schreiben an Gregor Strasser vom August 1930, zitiert nach Reichardt, Kampfbünde, S. 428 /429.

Wahlsieg der NSDAP 1930, der ihn unter den Schutz des Artikels 37 der Weimarer Reichsverfassung stellte, der Immunität der Abgeordneten für die Dauer der Sitzungsperiode.

Heikel wurde die juristische Situation für ihn nur noch im Juni und September 1932. In den Phasen des Schwebezustands zwischen Auflösung des alten und Konstituierung des neuen Reichstags war die Immunität des Abgeordneten unterbrochen. Die Justiz bemühte sich, in diesen Zeitfenstern zuvor ruhende Verfahren zum Abschluss zu bringen, was ihr jedoch nicht gelang.

Vellers Rolle in der Phase der Machtdurchsetzung 1933/34 und seine folgende Entmachtung wird ausführlich im Zusammenhang mit der Geschichte des frühen KZ Kemna dargestellt. Deshalb folgt an dieser Stelle ein zeitlicher Sprung in den Oktober 1935, in dem für Veller mit der Ernennung zum hauptamtlichen Führer der SA-Standarte 211 in Pommern der Wiederaufstieg begann.

Seine Verbindungen nach Wuppertal rissen auch in den folgenden Jahren nie ab. So heiratete er im Juli 1936 in Barmen seine langjährige Lebensgefährtin Martha Müller unter großer Anteilnahme der Wuppertaler Nationalsozialisten. Trauzeugen waren Gauleiter Florian und SS-Obergruppenführer Polizeipräsident Fritz Weitzel aus Düsseldorf. Lutze übermittelte sein Hochzeitsgeschenk telegrafisch: Die Beförderung Vellers vom Standarten- zum Oberführer.<sup>382</sup>

Anfang 1937 übernahm Veller die SA-Brigade 22 in Küstrin und bekleidete seitdem den Rang eines Brigadeführers.<sup>383</sup> In Küstrin hielt er sich auch während des Novemberpogroms 1938 auf.<sup>384</sup> Welche Rolle Veller persönlich dabei einnahm, muss mangels Quellen unklar bleiben.

Im November 1939 erreichte die Düsseldorfer Bezirksregierung ein Schreiben des Chefs der Ordnungspolizei, SS-Obergruppenführer Kurt Daluege. Mit diesem Schreiben wurde Willi Veller mit der Wahrnehmung der Dienstgeschäfte des Polizeipräsidenten in Oberhausen betraut.<sup>385</sup> Zusätzlich

---

<sup>382</sup> „Hochzeit Willi Vellers“, GA 31.07.1936

<sup>383</sup> „Zum Brigadeführer befördert“, GA 19.01.1937

<sup>384</sup> Longerich, SA, S. 230-237.

<sup>385</sup> Schreiben vom 14.11.1939, HStAD, BR-PE, Nr. 655, Bl. 65.

wurde er mit der Führung der Essener SA-Brigade 73 beauftragt.<sup>386</sup> Dass ihm dieser als schwierig geltende Polizeibezirk anvertraut wurde, der die Stadtkreise Oberhausen und Mülheim an der Ruhr umfasste, zeigt, dass er vollständig rehabilitiert war. Veller verlegte seinen Wohnsitz umgehend von Küstrin nach Oberhausen und übernahm am 14. November wieder das Amt eines Polizeipräsidenten. Seine Vorgesetzten waren mit ihm hochzufrieden. So schlug ihn Regierungspräsident Reeder im Mai 1940 zur endgültigen Ernennung vor. Was die Ermittlungen in Wuppertal 1933 knapp verhinderten, wurde 6 ½ Jahre später doch noch Wirklichkeit: durch Urkunde vom 14. August 1940 ernannte Adolf Hitler Veller zum Polizeipräsidenten.<sup>387</sup>

Eine gute Woche konnte Veller diesen Triumph feiern, bevor ihn eine böse Überraschung traf. „Ich bin plötzlich zum 3.9.40 zum Frontdienst bei der Wehrmacht einberufen worden und melde mich hierdurch ab“, schrieb Veller spürbar geschockt an den Regierungspräsidenten.<sup>388</sup> Obwohl Veller bereits im Ersten Weltkrieg kurz vor der Ernennung zum Offizier gestanden hatte, fand sich der Brigadeführer der SA – was auf die Wehrmacht übertragen immerhin einen Generalsrang bedeutete – als Feldwebel der Reserve bei den Unteroffizieren des Heeres wieder. Es dauerte fast einen Monat, bis ihm sein alter Status als Offiziersanwärter zurückgegeben wurde – Offizier der Wehrmacht wurde Veller zu Lebzeiten nicht mehr.<sup>389</sup>

Ob möglicherweise Seilschaften alter Gegner diese Einberufung auslösten, muss Spekulation bleiben. Dass es bei Veller große Sensibilitäten gegenüber Aktivitäten seiner Gegner gab, zeigt die folgende Episode: Über die endgültige Ernennung Vellers zum Polizeipräsidenten erschien auch in den Wuppertaler Zeitungen eine kurze Notiz. In einem anonymen Schreiben, adressiert an das Polizeipräsidium in Oberhausen, hatte jemand diese Notiz mit einer anderen Schlagzeile kombiniert, so dass sich die Überschrift: „Ein gemeiner Betrüger Polizeipräsident von Oberhausen“ ergab. Darunter stand handschriftlich „Gruß aus Wuppertal“.<sup>390</sup> Die Oberhausener Kripo schickte einen Kriminalrat nach Wuppertal, der mit großem Aufwand innerhalb der

---

<sup>386</sup> Lilla, Statisten, S. 1181.

<sup>387</sup> Schreiben vom 24.08.1940, HStAD, BR-PE, Nr. 655, Bl. 88.

<sup>388</sup> Schreiben vom 03.09.1940, ebd., Bl. 93.

<sup>389</sup> Auszug aus dem Wehrstammbuch des Leutnants d. R. Willi Veller, ebd., o. Bl.

<sup>390</sup> Kopie des Umschlags und der Karte, HStAD, RW 58, 14917, Bl. 7/8

Partei nach dem Urheber fahndete. So wurde sogar ein Schriftprobenvergleich des Hauptverdächtigen beim Kriminaltechnischen Institut der Sicherheitspolizei in Berlin eingeholt, der allerdings negativ ausfiel. „Ferner sind in dieser Angelegenheit mehrere mit dem Brigadeführer Veller früher tätig gewesene NSDAP-Mitglieder, die letzterem teilweise nicht gut gesonnen waren, vernommen worden, die jedoch ebenfalls als Schreiber des anonymen Briefes nicht überführt werden konnten“, stellte die Wuppertaler Gestapo nach Einstellung des Verfahrens fest, als Veller längst mit seiner Einheit in Bereitstellung in Ostpreußen lag.<sup>391</sup>

Am 22. Juni 1941 stieß Vellers Einheit, die 3. Kompanie des zur Heeresgruppe Nord gehörenden Infanterie-Regiments 27, in Richtung Kaunas in Litauen vor. Für den als Zugführer eingesetzten Feldwebel Veller endete der „Russlandfeldzug“ bereits an diesem ersten Morgen. Nach rund 20 Kilometern Vormarsch wurde er, Angaben seines Kommandeurs zufolge, durch Kopfschuss getötet.<sup>392</sup>

Einige Wochen später erfolgte posthum die Beförderung zum Leutnant der Reserve. Die Stadt Wuppertal veranstaltete eine große Trauer- und Gedenkfeier im Saal der Concordia in Barmen.<sup>393</sup> Ein Ölbild Vellers wurde im „Ehrensaal“ der SA-Standarte 171 aufgehängt, und anlässlich des Jahresgedenkens 1942 stellte Oberbürgermeister Heinz Gebauer für die Nachkriegszeit in Aussicht, die Stadt Wuppertal auch äußerlich für immer mit Veller zu verbinden.<sup>394</sup>

#### Die Anfänge der Schutzstaffel (SS) im Bergischen Land

Die SS des Bergischen Landes war Teil der zum Abschnitt Westdeutschland gehörenden Standarte 20 mit Sitz in Düsseldorf, die 1931/32 aus den Sturmabteilungen I/20 Düsseldorf und II/20 Wuppertal bestand.

Dem Wuppertaler Sturmabteilung gehörten alle bergischen SS-Stürme an. Im September 1931 stand die SS noch am Anfang ihrer organisatorischen Entwicklung. Die sieben Stürme des Sturmabteilung II/20 vereinigten nur 130 SS-

---

<sup>391</sup> Bericht an die Düsseldorfer Stapoleitstelle vom 17.05.1941, ebd., Bl. 10.

<sup>392</sup> Schreiben des Polizeipräsidenten in Oberhausen an das Innenministerium vom 30.06.1941, ebd., Bl. 107.

<sup>393</sup> „Willi Vellers Heldentod verpflichtet uns“, RLZ 21.07.1941.

<sup>394</sup> „Dem Gedächtnis eines Kämpfers“, GA 23.06.1942.

Männer.<sup>395</sup> Bis zum März 1932 war diese Zahl auf 456 Männer in neun Stürmen und fünf Trupps angewachsen. Sonderformationen bestanden nicht. Die Wuppertaler SS bestand zu diesem Zeitpunkt aus 219 Mann, die Solinger aus 30, die Remscheider aus 20.<sup>396</sup>

Der Aufbau des SS-Sturmbanns II/20 wurde maßgeblich von Curt Benn betrieben. Benn, seit 1925 SA- und seit 1926 NSDAP-Mitglied, hatte sich als Führer der SA der Ortsgruppe Elberfeld mit Willi Veller nach dessen Ernennung zu seinem Vorgesetzten überworfen, die SA verlassen und war stattdessen der SS beigetreten. Der gelernte Dachdecker führte den Wuppertaler Sturmbann und wurde nach 1931 auch Chef des Sicherheitsdienstes (SD).

## **VI. Gewalt in der politischen Auseinandersetzung vor 1933**

### **Politische Gewalt 1919 bis 1929**

Gewalt in der politischen Auseinandersetzung war in der Region seit dem Ende des Ersten Weltkriegs ständig präsent. Bereits am 9. Januar 1919 eskalierte im Nationalversammlungswahlkampf in Elberfeld eine Saalschlacht zwischen Anhängern der DNVP und des Spartakus.<sup>397</sup> Mitte Februar 1919 kam es zu schweren Kämpfen im Umkreis des Elberfelder Hauptbahnhofs zwischen Angehörigen des Freikorps Niederrhein und des Spartakus-Bundes mit zehn Todesopfern.<sup>398</sup>

Der Kappputsch brachte eine neue Qualität der politischen Gewalt, denn die Kämpfe im Bergischen Land kamen einem Bürgerkrieg sehr nahe. Gefechte zwischen Reichswehr und Einwohnerwehren forderten in Velbert, Cronenberg, Barmen, Elberfeld, Vohwinkel, Ronsdorf, Nächstebreck, Remscheid, Solingen und den westfälischen Nachbargemeinden allein aufseiten der Verteidiger der Republik mindestens 125 Opfer.<sup>399</sup>

Während der Phase der Hyperinflation 1923 kam es infolge des „Ruhrkampfes“ zu schweren Auseinandersetzungen zwischen der Polizei, rechts-

---

<sup>395</sup> W.-Elberfeld 30, W.-Barmen 45, Solingen 8, Hückeswagen 10, Remscheid 12, Mettmann 15, Velbert 10. Übersicht über die Entwicklung der SS im Reg. Bez. Düsseldorf vom 15.09.1931, HStAD, Reg. Düss, 30654, Bl. 82.

<sup>396</sup> Plettenberg 25, Hückeswagen 13, Mettmann 25, Velbert 36, Burscheid 20, Neviges 15, Wülfrath 3, Radevormwald 20, Heiligenhaus 30. Übersicht über die Entwicklung der SS im Reg. Bez. Düsseldorf vom 15.03.1932, ebd., Bl. 97.

<sup>397</sup> Knies, Arbeiterbewegung und Revolution, S. 125.

<sup>398</sup> Ebd. S. 135.

<sup>399</sup> Liste der Gefallenen, Rhexus, 1920, S. 374-376.

radikalen Gruppen und Anhängern der KPD. Am 27. September 1923 gab es dabei mit dem 20 Jahre alten Kommunisten Erich Kohl, der von Angehörigen des Stahlhelmbundes ermordet wurde, ein Todesopfer zu beklagen. Kohls Beerdigung wurde zu einer stummen Demonstration der Anhänger aller Arbeiterparteien, ein Muster, das sich in den Folgejahren noch oft wiederholen sollte.<sup>400</sup>

Seit Oktober 1923 wurden in Wuppertal im Zuge der Erwerbslosenproteste nahezu täglich Geschäfte geplündert.<sup>401</sup> Anfang Dezember war in Remscheid nahezu jeder Lebensmittelladen der Stadt von den Ausschreitungen betroffen.<sup>402</sup> Durch die gewaltsamen Proteste und die damit einhergehenden massiven Plünderungen sah sich die Polizei mehrfach zum Waffeneinsatz gezwungen, was zu zahlreichen weiteren Todesopfern führte.<sup>403</sup> In ihrer Heftigkeit und Rücksichtslosigkeit übertrafen diese Unruhen die Hunger- und Arbeitslosenunruhen der Weltwirtschaftskrise deutlich.

Auch Versuche, Veranstaltungen und Demonstrationen des politischen Gegners zu verhindern oder zumindest zu stören führten immer wieder zu Zusammenstößen, wie z. B. bei einem Überfall Rechtsradikaler auf einen Demonstrationszug des Reichsbanners 1924 in Remscheid.<sup>404</sup> Die Hemmschwelle zum Einsatz von Schusswaffen war gering, wie eine Massenschlägerei im Mai 1925 zwischen dem Barmer Reichsbanner und Anhänger der Völkischen zeigte, bei der offenbar auf beiden Seiten Schusswaffen eingesetzt wurden.<sup>405</sup>

Das erste größere gewaltsame Auftreten der NSDAP ereignete sich in der Region am 13. Juni 1926 anlässlich eines Besuchs von Adolf Hitler in Elberfeld. Hitler, der zu diesem Zeitpunkt nicht in öffentlichen Versammlungen auftreten durfte, sprach in einer geschlossenen Mitgliederversammlung des Gaus ‚Ruhr‘ im Saal des Evangelischen Vereinshaus vor etwa 700 Zuhörern.<sup>406</sup> Am selben Abend veranstaltete das Reichsbanner einen Propagandazug durch die Elberfelder Innenstadt. Nach dessen Auflösung

---

<sup>400</sup> Eckardt, Barmen und Elberfeld 1923, S. 158.

<sup>401</sup> Klan /Nelles, Es lebt noch eine Flamme, S. 94-96.

<sup>402</sup> Tagesbericht Polizeiinspektion Remscheid vom 05.12.1923, HStAD, Reg. Düss., 17093, Bl. 232/233.

<sup>403</sup> Eckardt, Barmen und Elberfeld 1923, S. 160-162; Rosenthal, Solingen, S. 383.

<sup>404</sup> „Der republikanische Tag“, in: FP 13.10.1924.

<sup>405</sup> Bericht des RP an preußisches Mdl vom 26.05.1925, HStAD, Reg. Düss., 16808, Bl. 5.

<sup>406</sup> „Des Führers erster Besuch in Wuppertal“, in: WZ vom 27.06.1934.

marschierte eine Gruppe von etwa 35 bis 40 Reichsbannermännern in Formation an der Kasinostraße vorbei in ihre Heimatbezirke. Es kam zu einer wüsten Schlägerei mit den NSDAP-Mitgliedern, die zahlreiche Verletzte forderte. Aufseiten des Reichsbanners beteiligten sich an den Auseinandersetzungen auch Mitglieder des Roten Frontkämpferbundes (RFB), die sich in der Nähe des Vereinshauses aufgehalten hatten.<sup>407</sup> Der scharfen Kritik des Reichsbanners und der ‚Freien Presse‘<sup>408</sup> an der Einsatzleitung der Schutzpolizei schloss sich Regierungspräsident Bergemann nach einer Überprüfung des Sachverhalts an.<sup>409</sup>

Im Jahr 1927 machte die Bezirksregierung den ernsthaften Versuch, die Kampfverbände der verschiedenen politischen Richtungen an einen Tisch zu bekommen und in Verhandlungen zumindest den Verzicht auf Schuss- und Schlagwaffen sowie Versammlungsstörungen durchzusetzen. Dem zwischen Reichsbanner, RFB, Jungdeutschem Orden, Stahlhelm und Bismarckjugend geschlossenen Abkommen traten später formal auch die Kampfverbände der NSDAP bei.<sup>410</sup>

In der realen Auseinandersetzung auf der Straße verpuffte die Wirkung des Abkommens bereits im Reichstagswahlkampf 1928. Am Vorabend der Reichstagswahl veranstaltete das Wuppertaler Reichsbanner Propagandamärsche durch die Arbeiterviertel. Ein Trupp von 14 Reichsbannermännern aus Wuppertal-Heckinghausen begegnete auf dem Anmarsch zum Sammelplatz vier mit SA-Leuten besetzten Lastwagen. Vom letzten Wagen sprangen Angehörige der Elberfelder SA ab und griffen die Reichsbannerleute mit Stöcken und Schlagwerkzeugen an. Besonders misshandelten sie den Zugführer des Reichsbanners Heckinghausen:

„Er wurde zu Boden geschlagen und am Boden liegend schwer misshandelt. Es wurden ihm u.a. die Kniescheibe zertreten, der rechte Unterarm schwer verletzt; durch einen Hieb erhielt er weiter eine schwere Hinterkopfverletzung sowie mehrere Gesichtsverletzungen. Aus den Reihen der Hakenkreuzler er-

---

<sup>407</sup> Berichte, Aussagen und Meldungen der beteiligten Polizeibeamten, HStAD, Reg. Düss., 16809, Bl. 155, 160, 165 und 168.

<sup>408</sup> „So sehen sie aus, die Hitler-Strolche“, in: FP 15.06.1926.

<sup>409</sup> Schreiben des RP an PP Elberfeld-Barmen vom 22.07.1926, HStAD, Reg. Düss., 16809, Bl. 169.

<sup>410</sup> „Richtlinien zur Vermeidung von Zusammenstößen der Wehrverbände“, in: FP 05.03.1927.

tönte mehrmals der Ruf: ‚Schlagt den Hund tot!‘ Sodann wurde der am Boden liegende Reichsbannermann zirka 50 Meter weit über den Boden geschleift und zuletzt auf den Bock eines der Hakenkreuzautos geworfen.“<sup>411</sup>

Nach den blutigen Jahren 1919 bis 1923 hatte sich die politische Landschaft Ende der 1920er Jahre aber zumindest soweit beruhigt, dass keine weiteren Todesopfer zu beklagen waren. Trotzdem blieb Gewalt in der durch die Kampfverbände militarisierten politischen „Kultur“ an der Tagesordnung.<sup>412</sup>

### **Die Phase der Radikalisierung 1930 bis 1932**

Bevor die „kumulative Radikalisierung“<sup>413</sup> ab dem Jahr 1930 thematisiert wird, soll eine kurze Vorbemerkung das Verhältnis von KPD und NSDAP zur Polizei, der dritten Konfliktpartei zwischen den Fronten, gemacht werden.

Angriffe der SA und der SS richteten sich selten direkt gegen Einrichtungen der Polizei oder des Staates. Wenn es zu Kämpfen zwischen Polizei und SA kam, dann meist nur infolge von Polizeieinsätzen gegen die Gewalt, welche die SA gegen die Arbeiterbewegung ausübte.

Anders verhielt es sich mit der KPD, deren individueller Terror sich auch gegen einzelne Polizeibeamte richtete. Das bekannteste Beispiel für die Ermordung von Polizeibeamten ereignete sich am 9. August 1931 in Berlin, als Erich Mielke, Aktivist des KPD-Nachrichtendienstes „Apparat Militärpolitik“, zwei Beamte erschoss.<sup>414</sup>

Alle bekannten amtlichen Gewaltstatistiken weisen einen dramatischen Anstieg der politisch motivierten Gewalttaten im Jahr 1930 auf, der sowohl von der KPD als auch von der NSDAP ausgelöst wurde. Dirk Blasius nennt den durch das Anwachsen der Gewalt entstandenen Zustand bereits einen „schwelenden Bürgerkrieg“.<sup>415</sup>

In Preußen explodierte die Zahl der bei politischen Versammlungen registrierten Gewalttätigkeiten von 579 im Jahr 1929 auf 2.494 Vorfälle 1930, was einer Steigerung um 330,7 Prozent entspricht.<sup>416</sup> Dabei gingen dreiviertel der erfassten Versammlungsstörungen auf das Konto der KPD und nur

---

<sup>411</sup> „Überfall der Hakenkreuzler auf das Reichsbanner“, in: FP 21.05.1928.

<sup>412</sup> Schumann, Politische Gewalt, S. 245/246.

<sup>413</sup> Andreas Wirsching: Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg? Politischer Extremismus in Deutschland und Frankreich 1918-1933/39, Berlin und Paris im Vergleich, München 1999, S. 593.

<sup>414</sup> Winkler, Katastrophe, S. 391/392.

<sup>415</sup> Blasius, Weimars Ende, S. 22-32.

<sup>416</sup> Reichardt, Kampfbünde, S. 63.



knapp 21 Prozent auf das der NSDAP, wobei zu berücksichtigen ist, dass die Taktik, eine Versammlung des Gegners möglichst propagandistisch umzunutzen oder zu sprengen, für die KPD von großer Bedeutung war, während die NSDAP stärker auf den Straßenkampf setzte.<sup>417</sup>

Da der Streik mit der dramatisch angewachsenen Arbeitslosigkeit als Kampfmittel deutlich an Wert verloren hatte, setzte die KPD, anknüpfend an die Erfahrungen von 1923, zunehmend auf die Auslösung sogenannter Erwerbslosenproteste. Im Dezember 1930 rief die KPD ihre Anhänger zu Protesten auch an den Weihnachtsfeiertagen auf: „Zieht zu Zehntausenden [...] in die Wohnviertel des satten und feisten Bürgerpacks und lasst eure Hungerschreie viel tausendfach ertönen.“<sup>418</sup>

In Wuppertal herrschte ein dramatischer Finanznotstand, der am 30. Dezember 1930 zur Einsetzung eines Reichskommissars führte, der die Finanzlage wieder in Ordnung bringen sollte. Der städtische Etat wurde um 40 Prozent gekürzt und unter anderem eine Ratenzahlung der Gehälter der städtischen Beamten eingeführt.<sup>419</sup>

In den folgenden Jahren setzten sich die Hungerunruhen und Barrikadenkämpfe mit der Polizei fort und nahmen durch die wachsende Armut in der von der Massenarbeitslosigkeit betroffenen Bevölkerung an Heftigkeit zu.

Neben diesen sozialen Protesten gehörte der Kampf gegen die vordringenden Nationalsozialisten zu den Schwerpunkten der KPD-Gewaltstrategie. Die Wuppertaler KPD-Zeitung „Freiheit“ veröffentlichte bereits seit Ende 1931 Steckbriefe von SA-Angehörigen. Die so der militanten Parteibasis bekannt gemachten Personen wurden häufig Opfer von Überfällen der Aktivisten des KJVD, des RFB oder des KgdF.<sup>420</sup>

Die Gewalt der Nationalsozialisten richtete sich wie schon in den späten 1920er Jahren häufig gegen Angehörige des Reichsbanners, was allen in der Forschung geäußerten Thesen von einer primär reaktiven, defensiven SA-

---

<sup>417</sup> Ebd., S. 65/66.

<sup>418</sup> Fritz Schulte, MdR, in der „Freiheit“ vom 18.12.1930, zitiert nach Stracke, Zuversicht, S. 47.

<sup>419</sup> Stadtarchiv Wuppertal (Hg.): 75 Jahre Wuppertal, Rückblick auf die Entstehung, Chronologie der Ereignisse 1929-2004, Wuppertal 2004, S. 16.

<sup>420</sup> Stracke, Zuversicht, S. 49.

Gewalt auf vorangegangene kommunistische Gewalttaten die Grundlage entzieht.<sup>421</sup>

Sturmlokale und SA-Heime gewannen in der Gewaltstrategie der SA zunehmend Bedeutung. Anstelle der nur temporären Besetzung durch Propagandamärsche, Kundgebungen und Überfälle trat zunehmend auch der Versuch, befestigte Stützpunkte im feindlichen Gebiet zu etablieren. Die Sicherung eines Sturmlokals als vorgeschobenen Posten machte es den SA-Trupps möglich, von dort aus das jeweilige Viertel zu durchstreifen, Kontrolle auszuüben und Angst und Schrecken zu verbreiten. Diese Sturmlokale waren häufig Orte schwerer gewaltsamer Auseinandersetzungen, was die Polizei immer wieder zur Schließung solcher Wirtschaften veranlasste. Das größte SA-Heim in Wuppertal bestand von 1931 bis Mitte 1932 in einem leer stehenden Fabrikgebäude in der Unterbarmer Kniestraße, an der Grenze zu einem stark sozialdemokratisch geprägten Arbeiterquartier und in unmittelbarer Nähe des Wuppertaler Gewerkschaftshauses und der Parteizentrale der KPD. Schon unmittelbar nach dem Bezug des Gebäudes berichtete der Düsseldorfer Regierungspräsident über die von dort ausgehenden Gewalttätigkeiten.

Ähnlich war die Praxis in anderen Wuppertaler Stadtteilen. Von den Sturmlokalen aus, die sich meist in (klein-)bürgerlichen Quartieren in der Nähe der proletarischen Viertel befanden, wurden gezielt politisch Andersdenkende angegriffen und Vorstöße in die angrenzenden Arbeiterviertel unternommen. Provokante Märsche der uniformierten Verbände durch „rote“ Straßen und Viertel sollten das Signal setzen, dass das entsprechende Gebiet zumindest zeitweilig erobert und die politischen Gegner aus dem öffentlichen Raum vertrieben waren.<sup>422</sup> Dabei wurden die Institutionen und Treffpunkte des sozialistischen Milieus zu besonderen Angriffszielen der SA.

Dieses systematische Vorgehen mit dem Ziel, die Vorherrschaft der SA auf der Straße durchzusetzen, zeigte auch in der „roten Hochburg“ Wuppertal Wirkung. Selbst ein Arbeiterviertel wie der Barmer Sedansberg war durch nächtlichen SA-Terror und Fehlen einer örtlichen Polizeiwache zu einer „für

---

<sup>421</sup> Zur These von der „legitimen Reaktion“ vgl. Christian Striefler: Kampf um die Macht, Kommunisten und Nationalsozialisten am Ende der Weimarer Republik, Berlin 1993, S. 291-385.

<sup>422</sup> „Schwerer Landfriedensbruch – Nazisturm auf den Grünewalderberg“, in: FP 03.10.1932.

Republikaner gefährlichen Zone“ geworden.<sup>423</sup> Am Ende der Entwicklung stand der Anspruch auf die Herrschaft im ganzen Wohnviertel.<sup>424</sup> Spätestens im Laufe des Jahres 1932 begann die SA in Wuppertal, ganze Stadtviertel wie Vohwinkel oder die Elberfelder Südstadt als ihr Hoheitsgebiet anzusehen.<sup>425</sup>

Dabei galt Wuppertal in der NS-Bewegung als Hochburg der „Kommune“, wie die Arbeiterbewegung im Nazijargon genannt wurde. Dass sie ausgerechnet in Wuppertal derartige Erfolge hatten, erschien den Nazis wie eine Art Wunder. Ein großer Anteil daran wurde Willi Veller und seinen Schlägertrupps zugeschrieben. Darauf gründete sich der Mythos des Straßenkämpfers Veller, der ihm als dem „Eroberer“ Wuppertals ein hohes Ansehen in der Partei einbrachte.

In den kleinstädtischen Regionen des Bergischen Landes wendete die SA andere Taktiken an. In Radevormwald hatte der örtliche SA-Sturm eine wesentlich geringere Schlagkraft als der Kampfbund gegen den Faschismus, der in der Kleinstadt eine Hochburg hatte und zur führenden Organisation des kommunistisch dominierten sozialistischen Milieus des Ortes aufgestiegen war. Der SA-Sturm 23/171 umfasste etwa 70 Mann und hatte besonders 1931 zahlreiche Niederlagen gegen den Kampfbund hinnehmen müssen. Im Februar 1933 erhielt der Sturm für einen Tag Verstärkung aus Hückeswagen, Hagen und Halver und konnte so über 300 SA-Männer aufbieten, die stundenlang in Radevormwald wüteten, ohne dass sich Polizeikräfte auf der Straße sehen ließen. Dabei griff die SA jeden Passanten an, unabhängig davon, ob es sich um einen Kommunisten handelte oder nicht.<sup>426</sup> Diese Vorgehensweise gehörte seit 1928 zum taktischen Repertoire der SA. Durch das Zusammenziehen einer großen Anzahl SA-Männer in einem kleinen, überschaubaren Raum, was einer militärischen Besetzung nahe kam, und durch die ungehinderte Gewaltausübung sollte der politische Gegner nachhaltig eingeschüchtert und von der Stärke der SA beeindruckt

---

<sup>423</sup> „Nazi-Gesinde an der Arbeit“, in: FP 21.04.1932.

<sup>424</sup> Siehe dazu Schmiechen-Ackermann, NS und Arbeitermilieus, S. 374-382; Reichardt, Kampfbünde, S. 125-130.

<sup>425</sup> „Überfälle auf das Reichsbanner“, in: FP 11.08.1931.

<sup>426</sup> Berg, Radevormwald, S. 53-56.

werden. Zusätzlich steigerte eine solche Besetzung das Selbstvertrauen der SA vor Ort.<sup>427</sup>

Auch der aus den frühen 1920er Jahren bekannte Einsatz von Schusswaffen nahm wieder zu, wie zum Beispiel am 6. März 1932, als auf den Umkleideraum eines Sportplatzes, in dem sich die Feldhandballmannschaft des Reichsbanners umzog, geschossen wurde.<sup>428</sup> Am 14. Juli 1932 wurden aus der Wuppertaler SA-Zentrale auf vorbeigehende, an der Uniform erkennbare Gegner Schüsse abgegeben.<sup>429</sup>

Am Tag des ersten Wahlgangs der Reichspräsidentenwahl, am 13. März 1932, erschossen Remscheider SA-Angehörige in Hückeswagen nach stundenlangen gewaltsamen Auseinandersetzungen drei Kommunisten.<sup>430</sup>

Mit den Ermittlungen zum „Blutsonntag von Hückeswagen“ beauftragte die Landeskriminalpolizeistelle Wuppertal den Wuppertaler Kriminal-Assistenten Johannes Pauli. Pauli, ein Mitglied der Zentrums-Partei und des Schrader-Verbandes, führte die Ermittlungen resolut und konsequent.<sup>431</sup> Im Mai 1932 erhob die Staatsanwaltschaft Anklage vor dem Wuppertaler Landgericht. Der Vorsitzende der Ortsgruppe der KPD in Hückeswagen, Willi Haines, war als Nebenkläger zugelassen worden. Die KPD nutzte das Verfahren, um die politische Lage in Wuppertal systematisch eskalieren zu lassen. An jedem Verhandlungstag rief die Partei zu Demonstrationen vor dem Gerichtsgebäude gegen die „Klassenjustiz“ auf. Zusätzlich eskalierten zur gleichen Zeit die Hungerproteste. Am 26. Mai 1932 sollte im Wuppertaler Landgericht das Urteil gegen die Täter verkündet werden.

Eine neue Notverordnung, die erneut Kürzungen der Unterstützungssätze für Wohlfahrtsempfänger zur Folge hatte, heizte die Stimmung am Vortag bis zum Siedepunkt auf. Das Rathaus in Wuppertal-Barmen musste mit Polizeigewalt von Demonstranten geräumt werden. Zum gleichen Zeitpunkt nutzte die KPD aus, dass die Bereitschaftspolizei bei diesem Einsatz gebunden war und initiierte einen Sturm auf das Wohlfahrtsamt in Wuppertal-Heckinghausen. Das Urteil gegen die Angeklagten SA-Männer lautete auf

---

<sup>427</sup> Reichardt, Kampfbünde, S. 103/104.

<sup>428</sup> „So sehen sie aus“, FP 12.03.1932.

<sup>429</sup> „Schüsse aus einer Nazi-Kaserne“, in: FP vom 15.07.1932.

<sup>430</sup> Rote Hilfe Deutschland (Hg.): Die Nazi-Morde in Hückeswagen, Berlin o. J. [1932].

<sup>431</sup> Ermittlungsakte, HStAD, Gerichte, Rep. 5/1200.

fünf Jahre Zuchthaus wegen Totschlags, ein Urteilsspruch, der nicht zur Beruhigung der Situation beitrug.

Die Polizei versuchte die Situation in Heckinghausen unter Aufbietung aller zur Verfügung stehenden Mittel wieder in den Griff zu bekommen. Brennpunkt der Kämpfe zwischen Polizei und KPD waren die Straßenkreuzungen Werlé-, Rüben-, Acker- und Ziegelstraße in Heckinghausen. Mithilfe eines gepanzerten Polizeifahrzeugs versuchte die Schupo, Haus für Haus zu erobern. Es kam zu heftigen Schusswechseln mit militanten Kommunisten, bei denen aufseiten der Polizei auch automatische Waffen eingesetzt wurden, während die Strategie der KPD darauf abzielte, die Polizeikräfte durch ständige Aktionen wie sogenannte „Blitzdemonstrationen“ in anderen Stadtteilen aufzusplittern.<sup>432</sup> Die „Schlacht um Heckinghausen“ kostete ein Menschenleben und verschärfte die Angst des protestantischen Bürgertums vor einer bolschewistischen Revolution.<sup>433</sup>

### **Die Eskalation im Juli 1932**

Die Auseinandersetzungen eskalierten besonders während der Reichstagswahlkämpfe zur „Blut-Wahl“<sup>434</sup> im Juni und Juli 1932 zu bürgerkriegsähnlichen Zusammenstößen. Allein vom 16. Juni an, dem Tag der Aufhebung des SA-Verbotes, starben bis zum Tag der Reichstagswahl am 31. Juli in Preußen nach den unvollständigen Zahlen des Innenministeriums 105 Personen durch politische Gewalt. Damit fielen in diesen Zeitraum zwei Drittel der 155 in der amtlichen Statistik erfassten Todesfälle des Gesamtjahres.<sup>435</sup> Die Aufhebung des Verbots war für die SA das Signal, die Gewalt auf der Straße auf einen neuen Höhepunkt zu befördern. In allen bergischen Städten kam es zu „Zusammenstößen, Überfällen, Schießereien und Stechereien.“<sup>436</sup> Das provozierte entsprechende Gegenreaktionen der Kampforganisationen der

---

<sup>432</sup> Kleine Gruppen veranstalteten unangemeldete dezentrale Demonstrationen und wechselten umgehend den Standort, wenn die Polizei erschien. Peter Leßmann: Die preußische Schutzpolizei in der Weimarer Republik, Streifendienst und Straßenkampf, Düsseldorf 1989, S. 291.

<sup>433</sup> Zur „Schlacht um Heckinghausen“ vgl. besonders den autobiografischen Roman des damaligen Organisationsleiters der KPD, Werner Eggerath: Die Stadt im Tal, Erzählung, Berlin (Ost) 1952, S. 106-149; Stracke, Zuversicht, S. 50-52.

<sup>434</sup> Blasius, Weimars Ende, S. 79.

<sup>435</sup> Schumann, Gewalt, S. 320/321.

<sup>436</sup> „Das ist die ‚Ordnung‘ des neuen Systems“, in: FP 20.06.1932.

KPD, die an der Basis weiterhin auch individuellen Terror gegen einzelne Nationalsozialisten befürworteten.<sup>437</sup>

Der Bundesvorstand des Reichsbanners veröffentlichte 1933 in seinem letzten Rechenschaftsbericht eine Liste mit den Namen von 64 Männern, die von 1924 bis Anfang Februar 1933 im Reichsbanner-Dienst zu Tode kamen. Neben 13 Unglücksfällen werden 51 Mordtaten aufgezählt. Die Täter waren in 39 Fällen Nationalsozialisten, in sechs Fällen Angehörige des Stahlhelms, in drei Fällen Mitglieder anderer rechtsradikaler Gruppen und in drei Fällen aus dem Jahr 1928 Kommunisten. Von den 39 NS-Morden fanden 28 im Jahr 1932 statt, davon allein 16 im Monat Juli.<sup>438</sup>

Der Juliwahlkampf 1932, der vierte Wahlkampf innerhalb von fünf Monaten, zeigte deutlich das Janusgesicht Wuppertals als Hochburg sowohl der Arbeiterbewegung als auch des Nationalsozialismus. Die zwischenzeitlich verbotene SA war wieder zugelassen worden und konnte so rechtzeitig zum Wahlkampf ihr volles Propaganda- und Terrorpotenzial entfalten. Erstmals sollte aufseiten der KPD der „rote Massenselbstschutz“ in Aktion treten.

KPD und NSDAP versuchten in der heißen Wahlkampfphase, durch Großkundgebungen im Elberfelder Stadion am Zoo ihre Anhänger zu mobilisieren und den Wählern ihre wachsende Macht zu demonstrieren.

Am 12. Juli kam der KPD-Vorsitzende Ernst Thälmann nach Wuppertal und konnte einen Achtungserfolg verbuchen. Die Zahl der Kundgebungsteilnehmer lag zwischen 30.000 (polizeiliche Schätzung) und 70.000 (KPSchätzung).

Nur einen Tag später sollte Goebbels im Stadion sprechen. Diese Kundgebung wurde tatsächlich zu dem oft beschriebenen Debakel für die Wuppertaler NSDAP<sup>439</sup> und zur Geburtsstunde des Mythos von der „roten Festung“ Wuppertal, in der die Nationalsozialisten am „starken Freiheitssinn und anti-

---

<sup>437</sup> Stracke, Zuversicht, S. 49/50.

<sup>438</sup> „Unsere Toten“, in: Bundesvorstand des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold: Bericht zur Bundesgeneralversammlung vom 16. bis 19. Februar 1933 in Berlin, Magdeburg 1933, S. 2.

<sup>439</sup> Vgl. Karl Schabrod: Widerstand an Rhein und Ruhr, Düsseldorf 1969, S. 20, der die Deutungslinie für die Widerstandsforschung aus dem VVN-Umfeld vorgab; Spicher, In der Zelle, S. 23; Die Gegenüberstellung der gelungenen Thälmann- und der gescheiterten Goebbels- ohne Berücksichtigung der Hitler-Veranstaltung findet sich auch bei Winkler, Katastrophe, S. 642/643.

faschistischen Widerstandswillen seiner Bevölkerung<sup>440</sup> gescheitert sein sollen.

Goebbels Fahrzeug wurde mit Steinwürfen empfangen, seine Anhänger trafen an den Hauptkreuzungen der Talachse auf Blockaden von Gegen-demonstranten und waren gezwungen, auf die Höhen auszuweichen. Die Polizei war von der Wucht der Gegenwehr überrascht und überfordert. So kam es, dass sich nur etwa 10.000-15.000 Zuhörer auf den spärlich besetzten Stadionrängen einfanden - eine klare symbolische Niederlage der Veranstalter, die aber nur wenige Tage Bestand haben sollte.<sup>441</sup>

Eine Woche vor der Wahl kam Adolf Hitler ins Stadion am Zoo, und dieser Tag verlief gänzlich anders.<sup>442</sup> Die Polizei, nach dem wenige Tage zurückliegenden „Preußen-Schlag“ deutlich nach rechts gerückt, war vorbereitet und hatte an den kritischen Punkten der Anmarschwege schwer bewaffnete Posten aufgestellt. Zudem wurden die anrückenden Hitler-Anhänger durch starke, bewaffnete Polizeikräfte begleitet und geschützt.<sup>443</sup> 60.000 bis 70.000 Zuhörer<sup>444</sup> überstiegen deutlich die Kapazität des Stadions: „Dicht gedrängt saßen und standen die Menschen auf den Besucherplätzen, ein Teil der Bahn, die darüber liegenden Wiesen und die angrenzenden Berghänge waren ebenfalls dicht besetzt. Im Innenraum hatten die SS- und SA-Formationen mit ihren Fahnen Aufstellung genommen.“<sup>445</sup>

Die Hitler-Kundgebung war ein Erfolg, die Stärke der militanten Angehörigen des sozialistischen Milieus hatte nicht ausgereicht, um sich gegen SA und Polizei durchzusetzen. Daran konnten auch verschiedene Verzweiflungstaten nichts ändern. Auf dem Weg zum Stadion wurden in der Königsstraße vorbeifahrende Lastwagen der SA mit Steinen, Eisenstücken, Beilen sowie mit Flaschen und Glühbirnen, die mit Salzsäure gefüllt waren, beworfen.<sup>446</sup>

---

<sup>440</sup> Ibach, Kemna, S. 5.

<sup>441</sup> „Nazi-Pleite im Stadion“, in: FP 14.07.1932.

<sup>442</sup> Zur Rede Hitlers siehe Klaus A. Lankheit (Hg.): Von der Reichspräsidentenwahl bis zur Machtergreifung, Teil 1: April 1932 bis September 1932, München 1996, S. 265-267.

<sup>443</sup> „Hitler in Wuppertal“, in: BMZ 25.07.1932.

<sup>444</sup> Mit Ausnahme der NS-Parteizeitung, die 120.000 Teilnehmer angab, bewegten sich die Schätzungen der Redakteure aller übrigen Tageszeitungen um die Marke von 65.000.

<sup>445</sup> „Adolf Hitler in Wuppertal“, in: GA 25.07.1932.

<sup>446</sup> Bericht K I Stapo-Außenstelle Wuppertal vom 23.07.1935, HStAD, RW 58, 41338, Bl. 06; Vgl. auch Winkler, Katastrophe, S. 640.

Die genaue Anzahl der Todesopfer dieses Wahlkampfes ist nicht mehr rekonstruierbar, lag aber deutlich unter den Zahlen der Jahre 1920 und 1923. Im Juni 1932 kam beispielsweise der Vohwinkler Kommunist Claus ums Leben.<sup>447</sup> Die Wuppertaler Nationalsozialisten zählten 1934 sechs sogenannte „Blutzeugen“ der „Kampfzeit“ aus ihren Reihen, von denen zwei bei Unfällen und vier bei politischen Auseinandersetzungen starben, davon zwei ebenfalls im Juni 1932. SA-Scharführer Hans Hilbert wurde in der Nacht vom 18. auf den 19. Juni 1932 in Heckinghausen von Tätern aus dem Umfeld der KPD erschossen. Das Mitglied der „Hitler-Jugend“ Herbert Howahrde starb am 24. Juni 1932 im Alter von 17 Jahren an den Folgen schwerer Verletzungen, die er sich angeblich bei Auseinandersetzungen in Elberfeld am 18. Juni 1932 zugezogen hatte.<sup>448</sup>

Im Januar 1933 versuchte die SA mehrfach, gegen den Widerstand von Anwohnern und KPD einen Propagandamarsch durch die seit Monaten umkämpften Straßenzüge in Heckinghausen durchzusetzen. Dabei kam es in mindestens zwei Fällen zu schweren Schießereien. Am 13. Januar 1933 traf der Demonstrationzug in Stärke von etwa 150 SA-Männern an den Straßenkreuzungen Werlé-, Ziegel- und Rübenstraße auf etwa 400 Gegenemonstranten. Der Polizeibericht, der die Schuld an der Auseinandersetzung der „kommunistischen Hetze“ gab, schilderte den Zusammenstoß wie folgt:

„Es entwickelte sich eine Schlägerei, bei der von den Beteiligten auch etwa 15 Schüsse abgefeuert wurden. Das verstärkte Überfallkommando der Polizei konnte mithilfe der Polizeiknüppel der Schlägerei ein Ende machen. Auch in Gegenwart der Polizeibeamten fielen noch einige Schüsse aus der Menge. Erst als die Beamten 7 Schreckschüsse abfeuerten, flüchteten die Kommunisten, worauf die Nationalsozialisten ihren Aufzug fortsetzen konnten.

---

<sup>447</sup> Vgl. den Bericht über die Beerdigung, an der auch zahlreiche Sozialdemokraten und Reichsbanner-Männer teilnahmen in: FP 01.07.1932.

<sup>448</sup> „Unseren Toten zum Gedächtnis“, in: RLZ 25.02.1934. Der SA-Mann Julius Hollmann starb am 22. Dezember 1930 an den Folgen schwerer Verletzungen, die er sich bei Kämpfen im Reichstagswahlkampf zugezogen hatte. SA-Mann und NSDAP-Mitglied Ernst Bich wurde am 9. Dezember 1932 von der Polizei erschossen. Nach Hans Hilbert wurde später sein ehemaliger Sturm „Hans Hilbert“ 1/171 benannt. „Gabst du schon dein Dankopfer“, in: RLZ 11.05.1936. Vgl. zum Tod Howahrdes Stracke, Zuversicht, S. 92.



Ein 17jähriges Mädchen wurde mit einer Schussverletzung am Hinterkopf in ein Krankenhaus geschafft.<sup>449</sup>

Am 18. Januar 1933 eskalierte die Situation zu einem lang anhaltenden Feuergefecht, nachdem der etwa 250 Mann umfassende SA-Zug in der Rügenstraße von Anwohner aus den Fenstern mit Flaschen und Steinen beworfen worden war.<sup>450</sup>

## **VII. Der Terror der NS-Machtdurchsetzung in der Region**

Der ungezügelter Terror der SA war in den ersten Monaten des Jahres 1933 ein konstitutives Element der Machtdurchsetzung der Nationalsozialisten. Der spezifische Verlauf der Terrorphasen koppelte sich im Bergischen Land mit der Einrichtung des Konzentrationslagers Kemna im Juli 1933 von der Entwicklung in Preußen ab. Während Ministerpräsident Hermann Göring den Ausnahmezustand zu beenden suchte, ging von der Kemna gleichzeitig eine neue Terrorwelle aus, die den Regierungsbezirk Düsseldorf erfasste und erst mit der Entmachtung der regionalen SA-Führung im Dezember 1933 abebbte.

### **1. Phase: 30. Januar 1933 bis zum Reichstagsbrand**

Der 30. Januar 1933 wurde zum Auftakt eines „Bürgerkriegs in Permanenz“.<sup>451</sup> Der Terror, den die Nationalsozialisten und besonders die SA ausübten, um politische Gegner auszuschalten und dadurch die durch Hitlers Kanzlerschaft gewonnene Macht zu stabilisieren, war in der Region des Bergischen Landes besonders grausam und systematisch.

Die nach dem Regierungsantritt des Kabinetts Hitler/Papen zur Verfügung stehenden staatlichen Gewaltmittel wurden von Anfang an von der NSDAP konsequent zur Schwächung ihrer politischen Gegner genutzt. Dadurch nahm die Schutz- und Rechtlosigkeit der Verfolgten im Unterschied zur politischen Gewalt in der Endphase der Weimarer Republik deutlich zu, denn die zugunsten der SA veränderten Rahmenbedingungen sorgten für eine neue Quantität und Intensität der politischen Gewalt. An den Wochenenden

---

<sup>449</sup> „Die Schießerei in Heckinghausen“, in: TA 16.01.1933.

<sup>450</sup> Im Polizeibericht ist von annähernd 50 Schüssen die Rede. „Pressestelle des Polizeipräsidenten“, in: GA 19.01.1933; „Wieder schwere politische Zusammenstöße in Heckinghausen“, in: TA 20.01.1933.

<sup>451</sup> Blasius, Weimars Ende, S. 178.

kam es regelmäßig zu heftigen Zusammenstößen mit Verletzten und Toten, sogenannte „Blut-Sonntage“ häuften sich.<sup>452</sup>

Die kommunistischen Parteizeitungen „Bergische Arbeiterstimme“ und „Freiheit“ wurden dauerhaft verboten, nachdem sie Aufrufe zum Generalstreik gedruckt hatten. Außerdem wurde der KPD und allen ihren „Hilfs- und Nebenorganisationen“ untersagt, unter freiem Himmel zu demonstrieren oder sich zu versammeln.<sup>453</sup> Dass diese Verbote den kommunistischen Wahlkampf massiv behinderten, liegt auf der Hand.

Hermann Göring, seit dem 30. Januar 1933 kommissarischer Innenminister Preußens, beauftragte SS-Gruppenführer Kurt Daluege als „Kommissar zur besonderen Verwendung“ mit der „Säuberung“ der preußischen Polizei. Am 15. Februar ordnete Göring an, die Überwachung der NSDAP und ihrer Verbände durch die Polizei einzustellen.<sup>454</sup> Außerdem wies er die Polizeibehörden an, mit den „nationalen Verbänden“ bestes Einvernehmen herzustellen und gegenüber „staatsfeindlichen Organisationen“ rücksichtslos von der Schusswaffe Gebrauch zu machen.<sup>455</sup> Dieser „Schießerlass“ hatte auch im Bergischen Land blutige Folgen, wie der Feuerüberfall der SA auf die Kundgebung der Eisernen Front in Wuppertal-Barmen am 19. Februar 1933 mit zehn Schwer- und zwölf Leichtverletzten zeigt.<sup>456</sup> In der Folge dieses „Barmer Blutsonntags“ verbot die politische Polizei alle Veranstaltungen der Organisationen der Eisernen Front unter freiem Himmel und griff damit erneut massiv in den laufenden Wahlkampf ein.<sup>457</sup>

Die von Dirk Schumann für Sachsen aufgestellte These hat auch für das Bergische Land Geltung: Die Gewalt der SA hatte in diesen Wochen kompensatorischen Charakter und sollte die jahrelange Diskrepanz zwischen Anspruch und Wirklichkeit im Kampf um die „roten Viertel“ beseitigen.<sup>458</sup>

Kennzeichnend für die erste Phase des NS-Terrors war aber auch, dass die KPD zum Teil noch in der Lage war, Gewaltaktionen aus der Zeit des latenten Bürgerkriegs fortzuführen. So verübten Aktivisten am 23. Februar

---

<sup>452</sup> „Wild-West in Sonnborn“, in: FP 09.02.1933.

<sup>453</sup> „Verbot kommunistischer Aufzüge“, in: TA 03.02.1933.

<sup>454</sup> Schuster, SA in Berlin, S. 226.

<sup>455</sup> Broszat, Staat Hitlers, S. 92/93; Winkler, Katastrophe, S. 877/878; Frei, Führerstaat, S. 48/49.

<sup>456</sup> „Opfer faschistischer Mordkugeln“, in: FP 20.02.1933.

<sup>457</sup> „Verboten! Verboten! Verboten!“, in: FP 24.02.1933.

<sup>458</sup> Schuhmann, Politische Gewalt, S. 332/333.

1933 einen Tränengasanschlag auf eine NSDAP-Kundgebung in der Stadthalle Wuppertal-Elberfeld. In Flugblättern wurde zum bewaffneten Widerstand aufgerufen,<sup>459</sup> was punktuell befolgt wurde und in einzelnen Quartieren zu regelrechten Gefechten führte.

Am 19. Februar 1933 kämpften auf dem Barmer Rott militante Mitglieder des KgdF gegen SA-Männer,<sup>460</sup> ein Woche später kam es anlässlich eines Propagandamarsches der SA durch die Elberfelder Nordstadt zu einem schweren Feuerkampf zwischen SA und Polizeikräften sowie Kommunisten, bei dem drei Menschen zu Tode kamen.<sup>461</sup> Zwei von ihnen, darunter ein Sozialdemokrat, starben durch Polizeikugeln.<sup>462</sup>

Anfang Februar 1933 kam es auch in Alt-Remscheid und Lennep zu Feuergefechten zwischen Kommunisten auf der einen und Polizei und Nationalsozialisten auf der anderen Seite.<sup>463</sup>

Die Kampfbereitschaft blieb jedoch aufgrund fehlender überregionaler Koordination und ausbleibender Kampfaufrufe seitens der sozialdemokratischen Führung wirkungslos.

## **2. Phase: nach dem Reichstagsbrand bis zum Ende der „Nationalen Erhebung“**

Nach dem Brand des Reichstags am 28. Februar 1933 wurden per Notverordnung die Grundrechte der Weimarer Verfassung außer Kraft gesetzt. Wie im ganzen Reich begann auch im Bergischen Land die systematische Verfolgung der Angehörigen des sozialistischen Milieus. Im Regierungsbezirk Düsseldorf wurden im März 1933 2.283 Personen verhaftet, das waren mit Abstand die höchsten aus Preußen gemeldeten Zahlen.<sup>464</sup> In Wuppertal erfasste diese erste Verhaftungswelle 350 bis 400 politische Gegner, zumeist Kommunisten,<sup>465</sup> aber auch erste sozialdemokratische Funktionäre.<sup>466</sup> Haftorte dieser Phase waren die regulären Haftstätten der Polizei und der Justiz

---

<sup>459</sup> Vgl. die Flugblattzitate bei Stracke, Zuversicht, S. 54/55.

<sup>460</sup> „Hinterlistiger Feuerüberfall auf SA-Männer“, in: VP 26.09.1934.

<sup>461</sup> „Nationalsozialistischer Propagandazug, Kundgebungen vor beiden Rathäusern“, in: GA 27.02.1933.

<sup>462</sup> „Wieder ein blutiger Sonntag“, in: FP 27.02.1933.

<sup>463</sup> Motte, Hochstimmung und Furcht, S. 20.

<sup>464</sup> Drobisch, System, S. 37.

<sup>465</sup> Nelles, Widerstand, S. 36. Das entspricht einem Anteil von 15-18 % an den Verhafteten bei 10 % Anteil an der Bevölkerung des Regierungsbezirks. Vgl. auch „Gegen den kommunistischen Terror“, in: TA 02.03.1933.

<sup>466</sup> „Beigeordneter Eberle in Schutzhaft“, in: WZ 18.03.1933.

sowie zahlreiche Unterkünfte und Lokale der NS-Kampfverbände. Mit der sozialdemokratischen „Freien Presse“ wurde die letzte verbliebene Zeitung der Arbeiterbewegung im Bergischen Land verboten.

Die Gewalt der Nationalsozialisten richtete sich auch gegen die symbolischen Identitätskerne der Arbeiterbewegung. Denkmäler und Erinnerungszeichen, und hier besonders die in hohem Maß emotional besetzten Märzgefallenen-Denkmäler, wurden geschändet und zerstört.<sup>467</sup> Die Symbole der politischen und der wirtschaftlichen Kraft der Arbeiterparteien, die Gewerkschaftshäuser und Genossenschaftszentralen, wurden besetzt und, als besondere Demütigung, von den Nationalsozialisten umbenannt und vereinnahmt.<sup>468</sup>

In der bürgerlichen Presse wurde bereits offen mit der Einlieferung in Konzentrationslager gedroht: „Freie Unterkunft und Verpflegung auf längere Zeit in einem Konzentrationslager winkt demjenigen, der noch nicht begriffen hat, dass in einer Zeit größter nationaler Not die Einheit des Volkes höchstes sittliches Gebot ist.“<sup>469</sup>

Neben den Massenverhaftungen politischer Gegner des Nationalsozialismus setzten einige Mitglieder von SA und SS das Mittel der Schutzhaft auch ein, um persönliche und ökonomische Interessen durchzusetzen. So ließ der SA-Sturmführer Hermann Nölle einen Mann verhaften, für dessen Frau er sich interessierte.<sup>470</sup> Der jüdische Zahnarzt Dr. Alfred Meyer musste sterben, weil er Konkurrent eines Zahnarztes aus den Reihen der NSDAP war.<sup>471</sup>

Die letzten Hemmungen fielen, die SA begann, politische Gegner zum Teil auf offener Straße zu ermorden. Angefangen mit dem Elberfelder Kommunisten Friedrich Born am 1. März fanden bis zum Sommer 1933 mindestens 18 Wuppertaler einen gewaltsamen Tod:

---

<sup>467</sup> Rhefus, Spurensicherung, S. 347/348.

<sup>468</sup> Vgl. z.B. zum Wuppertaler Gewerkschaftshaus Okroy, Volksgemeinschaft, S. 112/113.

<sup>469</sup> „Alles aus eigener Kraft – Leben und Treiben in den neuen SA.-Unterkünften“, in: GA 08.05.1933.

<sup>470</sup> Aussage Emil Lohre vom 03.11.1934, HStAD, Gerichte, Rep. 29/219, Bl. 354-357.

<sup>471</sup> Ermittlungsverfahren in der Mordsache Zahnarzt Dr. Alfred Meyer, HStAD, Gerichte, Rep. 372/461.

Tabelle 6: Todesopfer der zweiten Terrorphase in Wuppertal

Vorname	Name	Todesdatum	Organisation	Alter
Friedrich	Born	01.03.1933	KPD	33
Oswald	Laufer	07.03.1933	SPD/Reichsbanner	27
Karl	Altenloh	09.03.1933	unbekannt	30
Paul	Reuber	18.03.1933	KPD	34
Friedrich	Dähler	20.03.1933	KJVD	28
August	Klein	02.04.1933	KPD	61
Friedrich	Stracke	07.05.1933	unbekannt	57
Alexander	Ascheuer	09.05.1933	SPD/Reichsbanner	49
Alfred	Meyer	16.05.1933	ohne	35
Werner	Dreyer	16.06.1933	SPD/Reichsbanner	26
Erwin	Kraehkamp	25.06.1933	KJVD	unbekannt
Hans	Goersmeier	26.06.1933	KPD	28
Wolfram	Custin	26.06.1933	SPD/Reichsbanner	19
Friedrich	Strunk	29.06.1933	unbekannt	32
Andreas	Milfried	29.06.1933	KPD	36
Julius	Henning	05.07.1933	unbekannt	35
Max	Kramer	25.07.1933	KPD	32
Friedrich	Merseburg	28.07.1933	KPD	31

Die meisten Morde verübten Angehörige des SA-Sturms 2/173 Elberfeld-Mitte.<sup>472</sup> Dieser Sturm, dessen Sturmlokal in der Luisenstraße am Rande der Elberfelder Nordstadt lag, war bereits in den Vorjahren durch eine besonders brutale Vorgehensweise aufgefallen. Sturmführer war der 1903 in Elberfeld geborene arbeitslose Marmorschleifer August Puppe, den ein enges Vertrauensverhältnis mit Willi Veller verband.<sup>473</sup>

Der 38 Jahre alte ehemalige Polizeibeamte Gustav Waselowski überlebte am 19. Juli 1933 durch Zufall einen solchen Mordanschlag. Seine Erinnerungen zeigen die Skrupellosigkeit, mit der die SA während der zweiten Terrorphase vorging. Waselowski wurde in seiner Wohnung überfallen, verprügelt und dann in einen kleinen, braunen Opel gezerrt, der offenbar als „Mordwagen“ der SA bekannt war. Unterwegs unternahm er einen Fluchtversuch, wurde von den Verfolgern aber auf einem Hof gestellt, der mit hohen Mauern umgeben war:

„Die SA-Leute [...] eröffneten sofort auf mich ein starkes Feuer. [...] Ich erhielt zuerst einen Bauchschuss größeren Kalibers. [...] Ich brach zusammen. Im Fallen traf mich noch eine Kugel kleineren Kalibers in die Schulter. Die Kugel

<sup>472</sup> Übersicht über die SA der NSDAP im Regierungsbezirk Düsseldorf, HStAD, Reg. Düss. Nr. 30654, Bl. 101.

<sup>473</sup> Vernehmung Puppes vom 14.11.1931, HStAD, Gerichte, Rep. 29/97, Bl. 9.

durchschlug die Lunge und blieb in der linken Seite zwischen den Rippen sitzen. [...] Während ich auf dem Gesicht lag, hörte ich Schritte und kurz darauf einen dumpfen Knall. Man hat aus allernächster Nähe einen Kopfschuss abgegeben. Der Schuss ist in den Hinterkopf reingegangen und über dem linken Auge wieder herausgedrungen. [...] Man ließ mich liegen, da man im Glauben war, ich sei tot.<sup>474</sup>

### **3. Phase: von der Einrichtung des Lagers Kemna bis zur Entmachtung der Führung der SA-Untergruppe**

Einen Tag, nachdem aus Düsseldorf und Wuppertal die ersten Vorauskommandos das Lager Kemna bezogen hatten, verkündete Hitler in einer Rede vor den Reichsstatthaltern der NSDAP in der Reichskanzlei den Übergang von der Phase der Revolution zu einer Phase der Evolution.<sup>475</sup> Damit bezog er erstmals deutlich Stellung gegen die SA und ihren Stabschef Ernst Röhm, der zuvor mit „dröhnender Rhetorik“ die Fortsetzung der „deutschen Revolution“ gefordert hatte.<sup>476</sup> Hermann Göring reagierte auf die „Erklärung der Beendigung der Revolution durch den Führer“ mit einem Erlass, der die Straffreiheitsregelung für rechtswidrige Taten, die von Nationalsozialisten in Preußen begangen wurden, auf den Stichtag 15. Juli 1933 begrenzte.<sup>477</sup> Auch die Anordnung, die Hilfspolizei bis Ende September 1933 aufzulösen, setzte ein Signal für die Rückkehr der preußischen Verhältnisse zu einer Art von Normalität.<sup>478</sup>

Dieser Kurswechsel im Reich und in Preußen blieb im Bergischen Land, abgesehen von der Auflösung der Hilfspolizei, ohne Konsequenzen. Mit der Einrichtung des Lagers Kemna und der zeitgleichen Übernahme aller wichtigen Führungspositionen im Polizeipräsidialbezirk Wuppertal durch die SA begann stattdessen eine neue Terrorwelle, die erst mit der Entmachtung der regionalen SA-Führung im Dezember 1933 endete. Ihr Verlauf wird ausführlich in Kapitel VIII beschrieben.

---

<sup>474</sup> Schreiben an die Kriminalpolizei vom 20.08.1948, StadtAW, AfW, 12516, Bl. 8/9.

<sup>475</sup> „Die Revolution ist kein permanenter Zustand, sie darf sich nicht zu einem Dauerzustand ausbilden. Man muss den freigewordenen Strom der Revolution in das sichere Bett der Evolution hinüberleiten.“ Zitiert nach Ian Kershaw: Hitler 1889-1936, Stuttgart 1998, S. 632.

<sup>476</sup> Longerich, SA, S. 179-182.

<sup>477</sup> Erlass vom 22.07.1933, vgl. Gruchmann, Justiz, S. 330/331.

<sup>478</sup> Erlass vom 02.08.1933, vgl. ebd.

#### **4. Phase: staatlicher Terror durch Gestapo und Justiz**

Mit der Auflösung des frühen Konzentrationslagers Kemna war auch die Beteiligung der SA an der Gegnerbekämpfung weitgehend beendet. In den folgenden Monaten übernahmen Justiz und Gestapo die Hauptrollen in der Verfolgung von NS-Gegnern.

In einer ersten Welle von Hochverratsverfahren 1934 wendeten die Gerichte das politische Strafrecht gegen die Angehörigen der Arbeiterparteien rigoros an. Der justiziable Vorwurf lautete „Vorbereitung zum Hochverrat“ gemäß §§ 85 und 86 des Reichsstrafgesetzbuches. Die Gerichte setzten dabei als feststehende Tatsache voraus, dass die KPD einen gewaltsamen Umsturz der bestehenden Staatsform anstrebte. Alle Tätigkeiten, die halfen, den organisatorischen Zusammenhang der KPD zu wahren oder neu zu bilden oder für die KPD in der Bevölkerung zu werben, wurden als Vorbereitung dieses bewaffneten Aufstands gewertet und entsprechend geahndet.<sup>479</sup>

Besonders nachdem das „Gesetz zur Änderung von Vorschriften des Strafrechts und des Strafverfahrens“<sup>480</sup> am 24. April 1934 in Kraft getreten war, verschärfte sich die Urteilspraxis der Gerichte noch einmal. Mit der neuen Gesetzesgrundlage konnten die Richter jede politische Betätigung, die nicht den Zielen der NSDAP diene, als staatsfeindliche Vorbereitung zum Hochverrat aburteilen.<sup>481</sup>

Zwischen Justiz und Gestapo, den zentralen Trägern des staatlichen Terrors der 4. Phase, kam es vereinzelt zu Differenzen und Konfrontationen, welche die Gegnerverfolgung aber nicht behinderten. Die Justiz fühlte sich vor allem durch die Möglichkeit der Gestapo, auch nach Freisprüchen sofortige Schutzhaft in einem Konzentrationslager anordnen zu können, in ihren Kompetenzen beschnitten.<sup>482</sup>

---

<sup>479</sup> Anklageschrift gegen Karl Ibach vom 06.05.1936, StAM, GStAH, 7483, Bl. 59-61.

<sup>480</sup> Reichsgesetzblatt I, S. 341, in Auszügen abgedruckt in: Ingo von Münch (Hg.): Gesetze des NS-Staates, Dokumente eines Unrechtssystems, Paderborn 1994, S. 98-100.

<sup>481</sup> Niermann, Strafjustiz, S. 172/173.

<sup>482</sup> Ebd., S. 130/131.

## Verfolgungsinstitutionen

Die Verfolgungen der Phasen eins bis drei wurden in der Region weitgehend von zwei Institutionen organisiert: von der Polizei und dem SA-Nachrichtendienst.

Die Polizei war von den Säuberungsaktionen der NSDAP besonders stark betroffen. Sowohl auf der Führungsebene als auch im mittleren und einfachen Dienst der Kriminalpolizei und der Schutzpolizei verdrängten Parteigänger der NSDAP politisch als unzuverlässig geltende Beamte. Bereits im Februar 1933 erfassten die Umbesetzungen die politische Abteilung der Kripo (Abt. I) und ihren Außendienst, die Abt. I A. Der bisherige Leiter der Abteilung, Kriminalkommissar Schiwy, wurde zur Kriminalinspektion versetzt, und sein Kollege, Kriminalkommissar Krebs, musste zum Einbruchsdezernat wechseln.<sup>483</sup> Die Nachfolge Schiwys als Leiter der politischen Abteilung trat zunächst Kriminalkommissar Bläsing an.

Auf Grundlage des § 4 des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ vom 7. April 1933 konnten Beamte aufgrund ihrer bisherigen politischen Betätigung aus dem Dienst entlassen werden.<sup>484</sup> Eine „Kommission zur Säuberung der Polizei“, gebildet aus Polizeioffizieren, die bereits vor 1933 Mitglieder der NSDAP geworden waren, unterzog alle Beamten einem Verhör, die im Verdacht standen, Anhänger der Republik zu sein. Das Innenministerium entschied dann nach Aktenlage über die Entlassung.<sup>485</sup>

Etwas schwieriger war es für die NSDAP, das Amt des Polizeipräsidenten in Wuppertal in ihrem Sinne besetzen zu können. Dr. Georg Suermond, der die Stelle seit der Verstaatlichung der Polizeiverwaltung 1922 innehatte, bat im April 1933, ein halbes Jahr vor Erreichen der Altersgrenze, um seine vorzeitige Versetzung in den Ruhestand. Ihm folgte vertretungsweise Dr. Erich Kessler, der, wie Suermond, ein parteipolitisch ungebundener Verwaltungsfachmann war.<sup>486</sup>

---

<sup>483</sup> „Weiterer Personalumbau“ in: FP 20. 02.1933.

<sup>484</sup> von Münch, Gesetze, S. 26-28.

<sup>485</sup> Ulrich Klein: SA-Terror und Bevölkerung in Wuppertal 1933/34, in: Detlev Peuckert und Jürgen Reulecke: Die Reihen fast geschlossen, Beiträge zur Geschichte des Alltags unterm Nationalsozialismus, Wuppertal 1981, S. 45-61, hier: S. 47.

<sup>486</sup> Funksspruch des Innenministeriums vom 12.04.1933, HStAD, BR-PE, 653; Romeyk, Verwaltungsbeamte, S. 305.



Kessler entpuppte sich als couragierter Beamter, der nicht bereit war, sich dem Machtanspruch der SA zu beugen und sich redlich bemühte, die Reste des Rechtsstaats zu verteidigen. So zögerte er nicht, unmittelbar nach seinem Dienstantritt ein Ermittlungsverfahren gegen SA-Leute einzuleiten, die den ehemaligen Leiter der Kapelle des Rotfrontkämpferbundes, August Klein, erschossen haben sollten.<sup>487</sup> Das Gestapa in Berlin rügte, dass Kessler in diesem Zusammenhang keine polizeilichen Maßnahmen gegen den Arbeitermusikverein, dem Klein 1933 angehörte, getroffen hatte, der doch „mutmaßlich eine Deckorganisation des RFB“ sei.<sup>488</sup>

Im Juni 1933 entließ Kessler gegen den Willen der SA zwei Wuppertaler Kommunisten aus der Schutzhaft. Veller ließ die beiden daraufhin durch seine Stabswache kidnappen und nach Düsseldorf verschleppen. Der Konflikt spitzte sich zu: Kessler schickte eine Polizeibereitschaft in die Unterkunft der SA-Standarte 171, wo er die beteiligten SA-Leute vermutete, um diese verhaften zu lassen.<sup>489</sup>

Veller beschrieb später das Verhältnis von SA und Polizei in diesen Wochen als von einem „scharfen Gegensatz“ geprägt und „unerträglich“.<sup>490</sup> Die massiv vorgetragenen Beschwerden in Görings Innenministerium hatten schließlich Erfolg. Kessler wurde am 7. Juli von der Vertretung des Polizeipräsidenten entbunden und nach Königsberg versetzt. Neuer Polizeipräsident in Wuppertal wurde zunächst ebenfalls vertretungsweise der frisch zum SA-Brigadeführer beförderte Willi Veller.<sup>491</sup>

Ein interner Qualifikationsbericht der SA von Anfang 1933 zeigt, dass Veller von seinen Vorgesetzten durchaus realistisch eingeschätzt wurde. Dort heißt es über die geistige und charakterliche Veranlagung Vellers: „Höhere Bildung, trotzdem primitiv. [...] Draufgänger, mangelnde Selbstdisziplin, bei Alkohol hemmungslos. [...] Frontsoldat in bewusster, primitiver Übertreibung. [...] Fazit: Bedarf strenger Dienstaufsicht, geeignet zu einer örtlich be-

---

<sup>487</sup> Bericht Kesslers an den RP Düsseldorf vom 02.05.1933, BA, R 58, 3760, Bl. 57.

<sup>488</sup> Schreiben Gestapa an RP Düsseldorf vom 19.05.1933, ebd., Bl. 58.

<sup>489</sup> Wiedergutmachungsakte Willy Zimmermann, StadtAW, Nr. 12422 und Gestapo-Akte Wilhelm Zimmermann, HStAD, RW 58, Nr. 70955.

<sup>490</sup> Schreiben Vellers an Adolf Hitler vom 29.08.1934, BA, BDC, PK, o. Bl.

<sup>491</sup> Funkspruch Mdl an RP Düsseldorf vom 07.07.1933, HStAD, BR-PE, 655, Bl. 1.

grenzten Aktion.“<sup>492</sup> Die „örtlich begrenzte Aktion“ war die Übertragung der Polizeigewalt für den räumlich größten Präsidialbezirk im Regierungsbezirk. Bei seiner Amtseinführung am 10. Juli 1933 hielt Veller bei Anwesenheit des Düsseldorfer Regierungspräsidenten Carl Christian Schmid eine programmatische Rede:

„Wenn ich heute das schwere und verantwortungsvolle Amt des Polizeipräsidenten übernehme, so werde ich immer noch handeln wie in den Jahren des Kampfes, nämlich ausschließlich als SA-Führer. Meine SA-Kameraden wissen, wie schwer dieser Kampf in Wuppertal gewesen ist. [...] Der Staat wird geführt von Adolf Hitler, und ich, der Polizeipräsident, mache es mir zu meiner besonderen Aufgabe, dass der Geist des Führers sich in der Wuppertaler Polizeibeamtenschaft widerspiegelt. Solange ich in Wuppertal Polizeipräsident bin, wird hier auch nicht der Hauch einer marxistischen Auflehnung spürbar werden. Wer sich dem Staat nicht anzupassen weiß, wird mit Brachialgewalt niedergeschlagen werden. [...] Ich kann leichten Herzens mein Amt übernehmen, weil ich weiß, dass ich in das Amt eingesetzt bin, gestärkt durch das Vertrauen des Führers Adolf Hitler. Die Richtschnur meines Handelns wird nur die Verantwortung gegenüber dem Führer und meinem eigenen nationalsozialistischen Gewissen sein.“<sup>493</sup>

Veller bewegte sich damit im Rahmen der offiziellen Vorgaben der NS-Führung. So heißt es in einer Verfügung Röhms zur Hilfspolizei vom Mai 1933: „Die Hilfspolizisten bleiben in erster Linie SA- und SS-Männer. Sie sind ebenso wie Polizeipräsidenten in erster Linie SA-Führer, in zweiter Linie Organe der Staatsverwaltung.“<sup>494</sup>

Die Politische Polizei, wie später auch die Gestapo, verfügte im Präsidialbezirk Wuppertal über vier Dienststellen:

Dienststelle Elberfeld Abt. 1. Ad. 1, später Stapo K1 Wuppertal

Dienststelle Barmen Abt. 1. Ad. 2, später Stapo K2 Wuppertal

Dienststelle Remscheid Abt. 1. Ad. 3, später Stapo K3 Wuppertal

Dienststelle Solingen Abt. 1. Ad. 4, später Stapo K4 Wuppertal

---

<sup>492</sup> Qualifikationsbericht der SA-Gruppe Niederrhein vom 20.01.1933, BA, Zwischenarchiv Dahlwitz-Hoppegarten, ZA 1/5647.

<sup>493</sup> „Polizeipräsident Veller in sein Amt eingeführt“, in: GA 11.07.1933.

<sup>494</sup> Zitiert nach Gruchmann, Justiz, S. 21.

Die Umwandlung der Politischen Polizei zur Geheimen Staatspolizei war mit ihrer Herauslösung aus den Verwaltungsstrukturen der übrigen Polizeibehörden im März 1934 vorläufig abgeschlossen. Für den Präsidiabezirk war die Außenstelle Wuppertal der Stapostelle Düsseldorf zuständig. Auch die Gestapo wendete brutale Gewalt zur Erpressung von Aussagen und Geständnissen an, verfeinerte und systematisierte die Foltermethoden aber. Sogenannte „verschärfte Vernehmungen“ wurden von der Gestapo-Spitze in Erlassen genau definiert. In der Verhörpraxis gingen die Ermittler über das offiziell angewiesene Maß aber noch deutlich hinaus. Die Schilderung einer Foldersituation aus dem Jahr 1936 durch ein Gestapo-Opfer zeigt, dass die Gewalt den Exzessen in der Kemna um nichts nachstand:

„Jetzt wurde mir ein Stuhl um den Hals gehängt, Sitz nach vorne und die Beine zwischen die hinteren Stuhlbeine geklemmt. Meine Hände waren wieder auf dem Rücken gefesselt. In dieser Stellung wurde ich auf die Erde geworfen und zwei links und rechts stehende Beamte schlugen mit Gummiknüppeln auf mich ein. [...] Als ich dann wieder nicht die verlangten Aussagen machte, musste ich mich im Beichtstuhl, so wurde es von den Beamten genannt, auf eine Bank setzen und vor den Tisch, sodass ich eine Stellung einnahm, in der ich mich nicht bewegen konnte. Schüttler fragte mich dann wieder und schlug mit einem dicken Tau auf mein Gesäß, welches über die Bank hinweg ein Stück freilag. Ich hatte den Eindruck, dass die Bank für diesen Zweck hergestellt worden war.“<sup>495</sup>

In Wuppertal bestanden 1933 vier nationalsozialistische Nachrichtendienste in vier verschiedenen Organisationen: der Partei, der SA, der NS-Betriebszellenorganisation und der SS. Die Dienste konkurrierten um Einfluss und arbeiteten oft auch gegeneinander.<sup>496</sup> Nachdem die Kontrolle über die Polizei nahezu vollständig an die SA übergegangen war, wurde deren Nachrichtendienst zur zentralen Institution des Terrors der dritten Phase. Bis zur Machtübernahme der NSDAP lag die Funktion des SA-ND zum einen in der Gegnerbeobachtung, zum anderen in der Überwachung der eigenen SA-Mitgliedschaft. Hans Pfeiffer, 30 Jahre alter SA-Sturmbannführer, baute den Nachrichtendienst zunächst in Wuppertal und seit 1931 auch in der

---

<sup>495</sup> Aussage Max Barella vom 30.04.1947, HStAD, Gerichte, Rep. 5/1288, Bl. 20.

<sup>496</sup> Aussage des NSBO-ND. Mitarbeiters Walter Koch vom 31.01.1934, HStAD, Ger. Rep. 29/165, Bl. 20-22.

Untergruppe auf. Der Dienst trug in Anlehnung an die Organisationsstruktur der Polizei die Bezeichnung „Abteilung A“. Über die personelle Stärke dieser Abteilung lassen sich keine Aussagen treffen. Wichtigstes Projekt Pfeiffers war eine Gegnerkartei, die 1933 die Datengrundlage der Verhaftungsaktionen der Phasen zwei und drei bildete. Pfeiffer beschrieb seine Datensammlung selbst wie folgt:

„Bereits seit Anfang 1931 hatte ich mich mit dem Aufbau einer genauen Kartei der politischen Gegner der NSDAP beschäftigt, und sämtliche führende Leute der KPD & SPD waren in derselben vermerkt. Als ich Ende 1931 den ND für den Untergruppenbereich Düsseldorf übernahm (Gaugebiet), wurden auch die führenden Leute unserer politischen Gegner des gesamten Gaugebiets Düsseldorf z. T. mit Bild eingetragen. Ebenfalls waren die Leute vermerkt, die sich an irgendwelchen Überfällen beteiligt hatten. Dadurch kam es, dass unser ND der Untergruppe Dü. unter meiner Leitung bei der Machtübernahme genauestens über alles unterrichtet war.“<sup>497</sup>

Der operative Einsatz wurde von den Nachrichtendiensten der Standarten getragen, die ihre Berichte an den als Nachrichtensammelstelle fungierenden ND der Untergruppe weitergaben.

Die Abteilung A der Standarte 173 leitete seit 1932 der wegen Hehlerei vorbestrafte Sturmführer Alfred Schumann, ein Bruder des Standartenführers Wilhelm Schumann.<sup>498</sup> Er arbeitete keineswegs im Verborgenen, sondern suchte durchaus die Öffentlichkeit, um die eigene „Arbeit“ darzustellen. So fand im September 1933 in der auf dem Gelände der Kaserne an der Aue gelegenen Turnhalle eine Ausstellung der „marxistischen Beute der Ermittlungsabteilung A“ statt, in der sich die Wuppertaler über „die gefährliche Zersetzungsarbeit des bolschewistischen Untermenschentums“ informieren sollten. Gezeigt wurden Waffen, Schriften und Material sowie Fahnen und Symbole, die angeblich bei der SPD, KPD und deren Kampf- und Umfeldorganisationen beschlagnahmt worden waren.<sup>499</sup>

---

<sup>497</sup> Rechtfertigungsschreiben an Adolf Hitler vom 15.08.1934, HStAD, Gerichte, Rep. 29/320, S.14.

<sup>498</sup> Vernehmung Alfred Schumanns vom 22.03.1948, HStAD, Gerichte, Rep. 191/128, Bl. 28a.

<sup>499</sup> „Von heute ab 14 Tage Ausstellung im Kriminalmuseum der Standarte 173“, in: GA 09.09.1933.

Der Nachrichtendienst der Standarte 171 unterstand seit Ende 1932 Sturmführer Heinrich Benner, dem von jedem Sturm der Standarte ein Verbindungsmann zugeordnet war. Nach eigenen Angaben führte Benner Anfang 1933 drei „Vertrauensleute“.<sup>500</sup>

Die Bedeutung der Gegnerkartei des SA-ND war erheblich, und das galt besonders für die Verfolgung der vor 1933 von der Politischen Polizei nicht beobachteten sozialdemokratischen Organisationen. Pfeiffer behauptete sogar, dass es vonseiten der Bezirksregierung eine Anweisung gegeben habe, vor der Entlassung von Schutzhäftlingen eine Regelanfrage beim ND der Untergruppe durchzuführen:

„Von Herrn Regierungspräsident Schmid ist ein Befehl an sämtliche Polizeipräsidien und Landräte im Regierungsbezirk Düsseldorf gegangen, dass man vor einer Haftentlassung von Schutzhaftgefangenen erst bei dem ND der Untergruppe Düsseldorf anfragen solle, da dort eine umfangreiche Kartei vorliege und dort eine Freilassung beurteilt werden könne.“<sup>501</sup>

Diese Behauptung lässt sich bisher nicht durch Parallelquellen verifizieren.

Pfeiffer wurde von Veller wenige Tage nach dessen Dienstantritt als Polizeipräsident zum ehrenamtlichen Leiter der Politischen Polizei in Wuppertal ernannt. Kriminalkommissar Bläsing wurde zur Staatspolizeistelle nach Düsseldorf versetzt. Pfeiffer institutionalisierte eine enge Kooperation seines SA-ND mit der Politischen Polizei, indem er SA-ND-Mitglieder offiziell zunächst als ehrenamtliche Hilfskräfte den vier Dienststellen zuwies. Ziel der SA-Führung war es, den eigenen ND zu einem integralen Bestandteil der Exekutive in der Region zu machen.

Um dieses Ziel zu erreichen, verlegte der ND seine Büros aus den SA-Unterkünften in die Polizeidienststellen. Im November 1933 wurden diese SA-Hilfskräfte als besoldete Mitarbeiter in den Polizeidienst übernommen.<sup>502</sup> Zu diesen Angehörigen des SA-ND, die in der Gestapo Karriere machten, gehörten Obertruppführer Arthur Peters und der Apotheker und Scharführer Karl Freude.

---

<sup>500</sup> Vernehmung vom 23.12.1947, HStAD, Gerichte, Rep. 240/50, Bl. 6-7.

<sup>501</sup> Rechtfertigungsschreiben an Adolf Hitler vom 15.08.1934, HStAD, Gerichte, Rep. 29/320, S. 17.

<sup>502</sup> Urteil gegen Arthur Peters und Helmut Schmidt vom 28.05.1951, HStAD, Gerichte, Rep. 240/87.

Durch Folterungen oder „Vertrauensleute“ gewonnene Erkenntnisse der SA bildeten die Grundlage zahlreicher Ermittlungsverfahren. Die Politische Polizei wurde so mehr und mehr zu einem subalternen, ausführenden Organ der SA. In Elberfeld ging die Unterordnung der Polizeibeamten so weit, dass sie Protokolle von Vernehmungen, die Angehörige des ND alleine durchgeführt hatten, ohne Überprüfung beglaubigten. Nachdem Pfeiffer die Leitung der Politischen Polizei übernommen hatte, intensivierte er im ganzen Präsidiabereich die polizeilichen Maßnahmen gegen die Arbeiterbewegung. Neben neuen Verhaftungsaktionen, einer Post- und Besuchssperre für alle Schutzhäftlinge und der Schließung kommunistischer Verkehrslokale veranlasste er die massenhafte Beschlagnahmung von Fahrrädern, um die Mobilität des Widerstands besonders in den ländlichen Regionen zu schwächen.<sup>503</sup>

Auch die SS war, wenn auch in geringerem Umfang, mit ihrem Nachrichtendienst in dieser Phase an der Gegnerverfolgung beteiligt. Hans Pfeiffers Pendant auf SD-Seite war seit 1932 Paul Blobel<sup>504</sup>, der als Bezirksleiter zunächst für das bergische Städtedreieck, später als Leiter des Unterabschnitts Düsseldorf ebenfalls für das Gaugebiet Düsseldorf verantwortlich war.

Die Abteilung A des Sturmbanns II/20 verfügte im September 1933 zumindest bei der Politischen Polizei im Polizeipräsidium Wuppertal-Elberfeld über ein eigenes Büro, von dem aus sie ihre „Vertrauensleute“ im Umfeld der illegalen KPD führte und zum Teil auch als Lockspitzel einsetzte.<sup>505</sup>

### **Erste Wirkungen des Terrors**

Die Wirtschaftsbetriebe der Arbeiterbewegung litten bereits 1932 unter Verleumdungskampagnen und Vandalismus, was die Wirkungen der Wirtschaftskrise verstärkte. So musste die Konsumgenossenschaft „Vorwärts-Befreiung“ erhebliche Umsatzeinbußen hinnehmen, gleichzeitig drohte ihr wegen eines spürbaren Abflusses von Spargeldern aus der genossen-

---

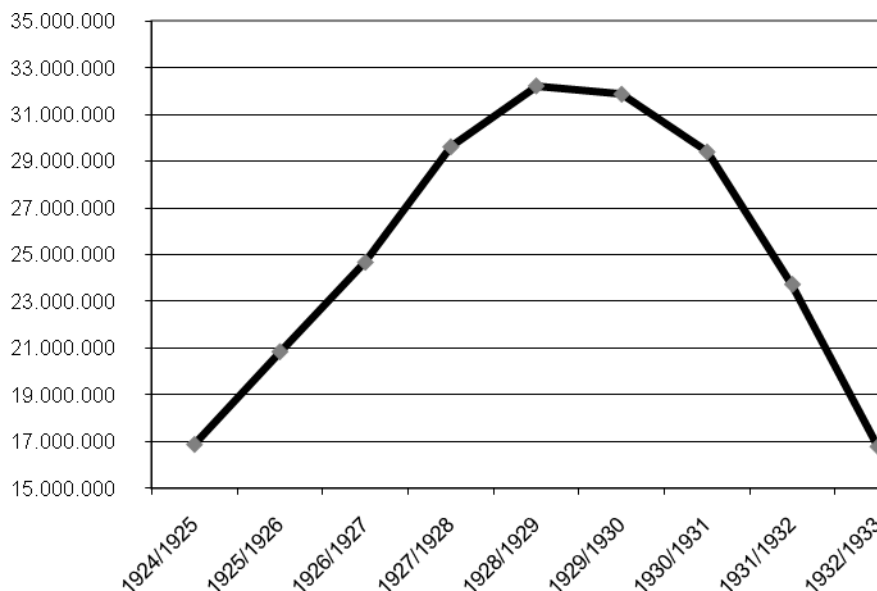
<sup>503</sup> Bericht des RP Düsseldorf an Gestapa Berlin vom 19.07.1933, BA, R 58, 3760, 65-67.

<sup>504</sup> Blobel, geboren am 13.08.1894 in Potsdam, hingerichtet am 07.06.1951 in Landsberg, war während des Zweiten Weltkriegs Befehlshaber des Sonderkommandos 4a und „Supervisor“ der „Enterdungskommandos“, die die Massengräber des Jahres 1941 beseitigen sollten. Michael Okroy: Paul Blobel, Architekt aus Solingen und seine "Sonderaufgabe im Osten", Regionale Bezüge zu einem Täter im Holocaust, in: Romerike Berge, Zeitschrift für das Bergische Land 46 (1996), Heft 3, S. 20-26.

<sup>505</sup> Schreiben vom 23.09.1933, StAM, GStAH, 14079, Bl. 215.

schaftseigenen „Bank der Arbeiter, Angestellten und Beamten“ ein Liquiditätsengpass.

Abb. 16: Umsatz der Konsumgenossenschaft „Vorwärts-Befreiung“ 1924/25 bis 1932/33<sup>506</sup>



Bereits im Lauf des Jahres 1932 war die Parteipresse durch massenhafte Abonnementkündigungen und durch den Rückgang der verkauften Auflage um ein Drittel unter erheblichen wirtschaftlichen Druck geraten. Als Konsequenz aus den Einnahmeverlusten blieb für Molkenbuhr & Co. nur der Weg, Entlassungen vorzunehmen, die Gehälter der verbliebenen Mitarbeiter um ein Drittel zu kürzen und repräsentative Ladenlokale zu kündigen. Johannes Schlag, langjähriger „Expedient“ der „Freien Presse“, erinnerte sich an die Wirkung der Drohungen der Nationalsozialisten:

„Nicht nur die Inserate und Drucksachen für unsere Zeitung gingen stark zurück, sondern auch die Abonnenten der Zeitung wie der Zeitschriften verkümmerten sich zum großen Teil: Polizeibeamte, Bahn- und Postbeamte, Rathausbeamte, Angestellte und städtische Arbeiter, sie bangten alle um ihre Zukunft und brachten Abbestellungen mit Dutzenden von Namen auf einer Liste.“<sup>507</sup>

<sup>506</sup> Zahlen nach den Geschäftsberichten der Genossenschaft.

<sup>507</sup> Bericht vom 25.07.1952, StadtAW, AfW, 77013, Bl. 19.

Auch die Mitgliederzahlen der SPD brachen durch die fluchtartigen Austritte der „Novembersozialisten“<sup>508</sup> des Jahres 1918 massiv ein.

Einen Hinweis auf die sich ausbreitende Resignation gibt auch die von der Vertreterversammlung der SPD in Wuppertal verabschiedete Resolution der SAJ-Gruppe Oberbarmen, in der „ganz scharf das unaktive und laue Verhalten der Parteigenossenschaft nach der Wahl“ im Juli 1932 kritisiert wurde.<sup>509</sup>

In den Quartieren des sozialistischen Milieus verbreitete sich ein Gefühl der Wehrlosigkeit, das sich nicht mit dem erlernten Stolz auf die Kraft der deutschen Arbeiterbewegung in Einklang bringen ließ und das Weltbild vieler Milieugehöriger nachhaltig erschütterte.

Nachdem jahrelang entsprechende Drohungen geäußert worden waren, gingen die neuen Machthaber 1933 daran, die wirtschaftlichen Existenzbedingungen ihrer Gegner zu zerstören. Der Staatsapparat, die öffentlichen Betriebe und die Krankenkassen wurden systematisch von republiktreuen Beamten, Angestellten und Arbeitern „gesäubert“; bis zum August 1933 wurden allein von der Polizei 2.400 Personen überprüft. In den Industriebetrieben kam es auf Druck der NSBO zu Entlassungen von politisch aktiven Arbeitern. Federführend waren dabei nicht staatliche Organe, sondern die Nachrichtendienste der NS-Organisationen.

Die Märzahlen 1933 waren die letzten Wahlen, die relativ frei waren, wobei die beschriebenen Einschränkungen in der Wahlkampfführung und der Einfluss der von der Gewalt ausgehenden Einschüchterung nicht unterbewertet werden dürfen. Die Ergebnisse zeigen beim Blick auf die absoluten Zahlen auf Ebene der Wahllokale, dass das sozialistische Milieu in den von ihm dominierten Quartieren stabil geblieben war.

Als Beispiel sei der Wuppertaler Wahlbezirk 78 (Ziegelstraße) herausgegriffen, der den im Sommer 1932 umkämpften Kern Heckinghausens umfasste. Im Vergleich mit der Juliwahl 1932 verloren die Kommunisten 11 Prozent, die SPD nur 2 Prozent ihrer Wähler. In Anbetracht des massiven Terrors der SA ist dieser Verlust marginal. Neben den Parteien der

---

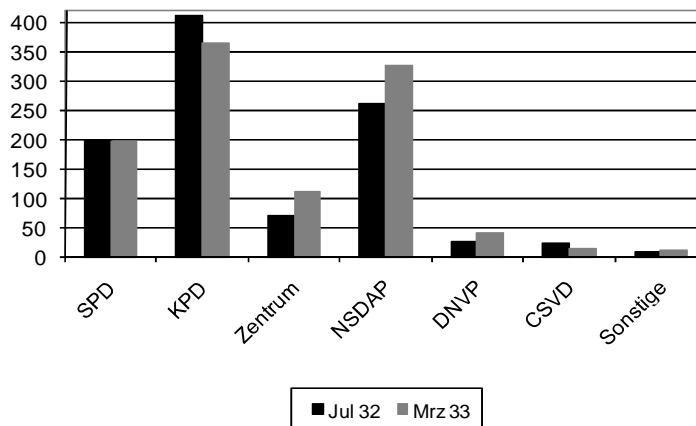
<sup>508</sup> Mallmann, Kommunisten, S. 99.

<sup>509</sup> „Die Marschroute der Eisernen Front“, in: FP 19.09.1932.



Regierungskoalition gelang es auch dem Zentrum, zusätzliche Stimmen aus dem Bereich der Nichtwähler zu gewinnen.

Abb. 17: Ergebnisvergleich RTW 1932 I und 1933 im Wahllokal 78



Nach geringer waren die Verluste der Arbeiterparteien im Elberfelder Wahllokal 182, das in unmittelbarer Nähe zu den Farbenfabriken vorm. Friedrich Bayer & Co. an der Vogelsauerstraße lag. Während die SPD im Vergleich mit den Juliwahlen 5,2 Prozent ihrer Wähler einbüßte, waren es bei der KPD nur 1,4 Prozent, sodass beide Parteien zusammen über 72 Prozent der Stimmen erzielen konnten.<sup>510</sup>

Die Sozialdemokraten hatten nach dem Regierungsantritt Hitlers die Strategie vertreten, dass ihm das Volk mit dem Stimmzettel die Antwort geben sollte.<sup>511</sup> Der insgesamt enttäuschende Wahlausgang entlarvte dies als vollständige Illusion und die daraus folgende Frustration beschleunigte den Zerfall der Organisationen des sozialistischen Milieus bis hin zu den Parteien.

Auch die Ergebnisse der Betriebsratswahlen bis Ende März 1933 zeigen bei den Wahlen der Arbeitervertreter einen teilweise erheblichen Einbruch der NSBO in die Wählerschaft der ADGB-Gewerkschaften. Bei den Wahlen der Angestelltenräte dominieren die Nationalsozialisten deutlich. Diese Ergebnisse überraschen, wenn man bedenkt, dass die NSBO vor 1933 in der Region kaum wahrnehmbar war. Besonders Angestellte aber auch Arbeiter

<sup>510</sup> Die SPD fiel von 347 auf 329 Stimmen, die KPD von 665 auf 656.

<sup>511</sup> „Mitglieder der Eisernen Front“, in: FP 10.02.1933.

mit einer schwachen gewerkschaftlichen Bindung waren bereits nach wenigen Wochen scharenweise ins Lager der neuen Machthaber gewechselt. Eine feste Abwehrfront war, anders als es aus dem Umfeld der VVN häufig dargestellt wird,<sup>512</sup> auch in Großbetrieben mit langer Arbeiterbewegungstradition nicht mehr vorhanden.

In 35 Elberfelder Textilbetrieben erzielte die NSBO insgesamt 35 von 216 Mandaten, was etwa 16 Prozent entspricht.<sup>513</sup> Im größten Wuppertaler Betrieb, der Kupfer-Kunstseidenfirma J.P. Bemberg, erzielte die NSBO knapp 35 Prozent der Stimmen und gewann vier der elf Sitze des Arbeiterrats. Von den sechs Mitgliedern des Angestelltenrats stellte die NSBO fünf. Dieser Erfolg in dem mit Damenstrümpfen aus „Bemberg-Seide“ bekannt gewordenen Unternehmen ist besonders hoch zu bewerten, war der Betrieb doch ursprünglich eine Hochburg der Reichsbanner-Schufo. Der Betriebsratsvorsitzende Friedrich Porbeck und der Betriebsrat Paul Müller hatten im Unternehmen gemeinsam eine etwa 150 Mann starke Reichsbanner-Alarmeinheit aufgebaut und sogar bewaffnet. Die Waffen beschafften sie in Belgien mit Hilfe von Geldern, die sie aus dem Bemberg-Sozialfonds abzweigten.<sup>514</sup> Auch die KPD verfügte über eine gefestigte RGO-Gruppe, die aber ebenfalls den Wahlerfolg der NSBO nicht verhindern konnte.

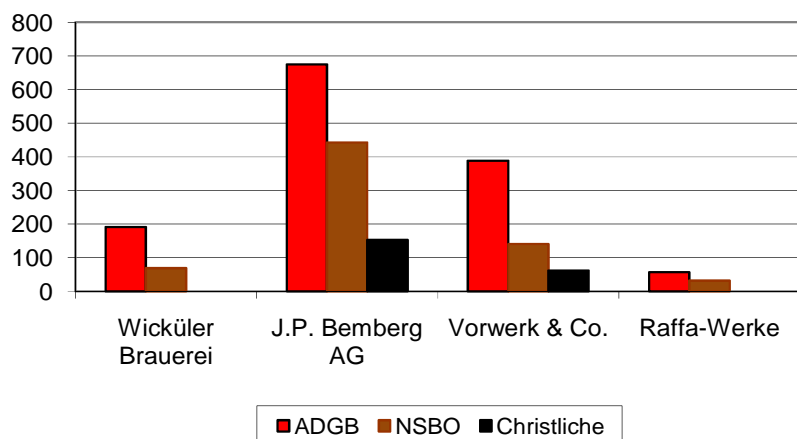
---

<sup>512</sup> Beispielhaft Schabrod, Widerstand, S. 60.

<sup>513</sup> Zahlen nach „Deutscher Informationsdienst“ vom 20.04.1933, Bibliothek der FES: Der sozialdemokratische Pressedienst 1928-1933, <http://library.fes.de/cgi-bin/populo/spdpdalt.pl> (2006).

<sup>514</sup> Mintert, Reichsbanner, S. 99/100.

Abb. 18: Ergebnisse von Betriebsratswahlen in Wuppertal-Barmen im März 1933<sup>515</sup>



## VIII Das frühe Konzentrationslager Kemna

„Erschüttert, aufgewühlt bis in sein Innerstes, hilflos zunächst steht der Mensch vor diesem Ergebnis der Beweisaufnahme.“<sup>516</sup>

Ausgehend vom Entstehungsprozess des frühen Konzentrationslagers Kemna wird im Folgenden die Geschichte des Lagers, seiner Strukturen und Funktionen, seiner Wirkungen und Nachwirkungen beleuchtet und in die aktuelle Forschung zu frühen KZ eingebettet. Dabei wird deutlich, dass sich der Konflikt zwischen Sozialismus und Protestantismus, verkörpert in der volksmissionarischen Tätigkeit der Lagerseelsorger, auch im KZ Kemna fortsetzte.

### Entstehung des Lagers in Wuppertal

Die zehntausendfache Inhaftierung politischer Gegner der NSDAP führte nach dem Reichstagsbrand insbesondere in Preußen innerhalb weniger Tage zu einer massiven Überlastung der Haftstätten. Das preußische Innenministerium unter der Leitung des Reichskommissars Hermann Göring begann deshalb bereits im März 1933, Standorte für Konzentrationslager zu suchen. Die Planungen sahen die Vollstreckung der Schutzhaft in einem Netz staatlicher, d. h. vom Innenministerium anerkannter und kontrollierter, Konzentrations- und Durchgangslager vor. Ludwig Grauert, Staatssekretär und Leiter der Zentralabteilung des Ministeriums, Rudolf Diels, Leiter des im

<sup>515</sup> Zahlen nach „Die Betriebsratswahlen“, in: TA 28.03.1933.

<sup>516</sup> Urteilsbegründung des Kemna-Prozesses vom 15.05.1948, HStAD, Gerichte, Rep. 29/293, S. 273.

April 1933 neugegründeten Geheimen Staatspolizeiamts, und Kurt Daluege, SS-Gruppenführer und Leiter der Polizeiabteilung des Ministeriums, setzten dabei besonders auf einen zentralen Lagerkomplex, der in den Moorebenen rund um Papenburg im Emsland gebaut werden sollte. Federführend bei den Planungen war die Politische Gruppe der Polizeiabteilung unter der Leitung des Ministerialrats Franz Janich.<sup>517</sup>

Da der Aufbau der Haftkapazitäten im Emsland viel Zeit benötigte, stimmte das Ministerium des Inneren der Gründung dezentraler Lager für Schutzhäftlinge durch regionale staatliche Stellen, aber auch durch Partei- bzw. SA- und SS-Formationen zu. Diese sollten als kurzfristige Übergangslösungen die regulären Gefängnisse entlasten.

In der Rheinprovinz waren die Haftenrichtungen der Justiz schon vor Einlieferung der ersten Schutzhäftlinge deutlich überbelegt. Ende März 1933 häuften sich beispielsweise im Bezirk des Strafvollzugsamts Düsseldorf die Beschwerden der Strafanstaltsdirektoren über die zu hohe Zahl an Gefangenen. Einzelzellen waren mit bis zu sechs Personen belegt, und auch die Aufenthalts- und Schulungsräume sowie die Beträume beider christlicher Konfessionen wurden zu Unterkünften für Schutzhäftlinge umfunktioniert.<sup>518</sup>

Um zusätzliche Kapazitäten freizumachen, schlossen mehrere Gefängnisse ihre Abteilungen für weibliche Gefangene und überführten die Insassen in das Zuchthaus in Düsseldorf-Derendorf, das dadurch zum zentralen Haftort für Frauen wurde.

Aufgrund der Überbelegung und des hohen Anteils politischer Gefangener wuchs die Sorge vor Unruhen. Die Anstaltsleitungen versetzten die Aufseher in ständige Alarmbereitschaft, und der nächtliche Wachdienst wurde deutlich verstärkt. Zusätzlich genehmigte das Strafvollzugsamt die Einstellung von Hilfsaufsehern für die Schutzhaftabteilungen, die meist aus den Reihen der SA rekrutiert wurden.<sup>519</sup>

Um die Gefängnisse nachhaltig zu entlasten, machten die Strafvollzugsämter Düsseldorf, Hamm und Köln dem für sie zuständigen Höheren Polizeiführer

---

<sup>517</sup> Tuchel, Konzentrationslager, S. 60-78.

<sup>518</sup> Reisebericht des Präsidenten des Strafvollzugsamts Düsseldorf vom 12.04.1933, HStAD, Gerichte, Rep. 18/34, Bl. 106/107.

<sup>519</sup> Dem Landgerichtsgefängnis Wuppertal wurde z. B. die Genehmigung zur Beschäftigung von zehn Hilfskräften im Aufsichtsdienst erteilt. Schreiben an den Strafanstaltsdirektor vom 10.05.1933, HStAD, Gerichte, Rep. 338/5, o. Bl.

West den gemeinsamen Initiativvorschlag, einen zentralen Schutzhaftort in der alten Benediktiner-Abtei in Essen-Werden einzurichten. Nach der Aufhebung des dortigen Klosters 1803 hatte der Staat Preußen in dem Gebäudekomplex ein Zuchthaus eingerichtet, das wegen des schlechten baulichen Zustands nach der Eingemeindung Werdens in Essen 1929 geschlossen worden war. Einer Wiedereröffnung als Schutzhaftstätte sollte dies jedoch nicht im Wege stehen:

„Im Staatsinteresse müssen staatsfeindliche Kommunisten sicher verwahrt werden. An die Anstalt dürfen daher [...] keineswegs die Anforderungen gestellt werden, wie sie heute an neuzeitliche Strafanstalten gestellt werden. Man denke nur einmal an die Beschaffenheit so mancher Gefangenenlager im Feindesland während des Weltkriegs.“<sup>520</sup>

Die Planungen für dieses Lager wurden eilig vorangetrieben. Alle Strafanstalten erfassten auf Listen Schutzhaftgefangene mit handwerklicher Ausbildung getrennt nach Berufen und schlugen Aufsichtsbeamte zur Abkommandierung für den Grundstock der Wachmannschaft vor.<sup>521</sup> Ein Vorauskommando handwerklich vorgebildeter Schutzhäftlinge sollte die Abtei für die Einrichtung als Konzentrationslager vorbereiten. Ende Juni 1933 stoppte das preußische Innenministerium die kurz bevorstehende Einrichtung und gab das Vorhaben auf.<sup>522</sup>

Die zwischen März und Mai 1933 in der Region des Bergischen Landes eingerichteten Schutzhaftstätten lassen sich wie folgt kategorisieren:

1. Bestehende Hafteinrichtungen der Justiz, die ab März 1933 teilweise zu Schutzhafteinrichtungen umfunktioniert wurden:
  - Zuchthaus Remscheid-Lüttringhausen mit einer regulären Kapazität von 553 Gefangenen
  - Landgerichtsgefängnis Wuppertal (Bendahl) mit einer regulären Kapazität von 414 Gefangenen

---

<sup>520</sup> Schreiben des Direktors des Strafvollzugsamts Düsseldorf, Lemkes, an den Höheren Polizeiführer West in Recklinghausen vom 7.04.1933, HStAD, Gerichte, Rep. 18/34, Bl. 69-73, hier: Bl. 70.

<sup>521</sup> Ebd. Bl. 166-192.

<sup>522</sup> „Der ursprüngliche Plan zur Einrichtung eines Konzentrationslagers für politische Häftlinge in der ehemaligen Abtei Werden an der Ruhr ist aufgegeben worden.“ Schreiben preußisches Innenministerium an preußisches Justizministerium vom 27.06.1933, ebd. Bl. 215.

- Amtsgerichtsgefängnis Wuppertal (Kapazität unbekannt)
- Amtsgerichtsgefängnis Remscheid mit einer regulären Kapazität von 32 Gefangenen
- Amtsgerichtsgefängnis Solingen mit einer regulären Kapazität von 19 Gefangenen

Im Zuchthaus Lüttringhausen war ein Flügel für bis zu 150 Schutzhaftgefangene von Strafgefangenen geräumt worden. Der Strafanstaltsdirektor hatte erhebliche Befürchtungen, dass es zu Unruhen kommen könnte und forderte vom Remscheider Polizeiamt bewaffnete Posten für die nächtliche Außensicherung an.<sup>523</sup> Die besondere Gefahrensensibilität mag darin begründet gewesen sein, dass im März 1920 aus Lüttringhausen 64 politische Gefangene gewaltsam befreit worden waren.<sup>524</sup>

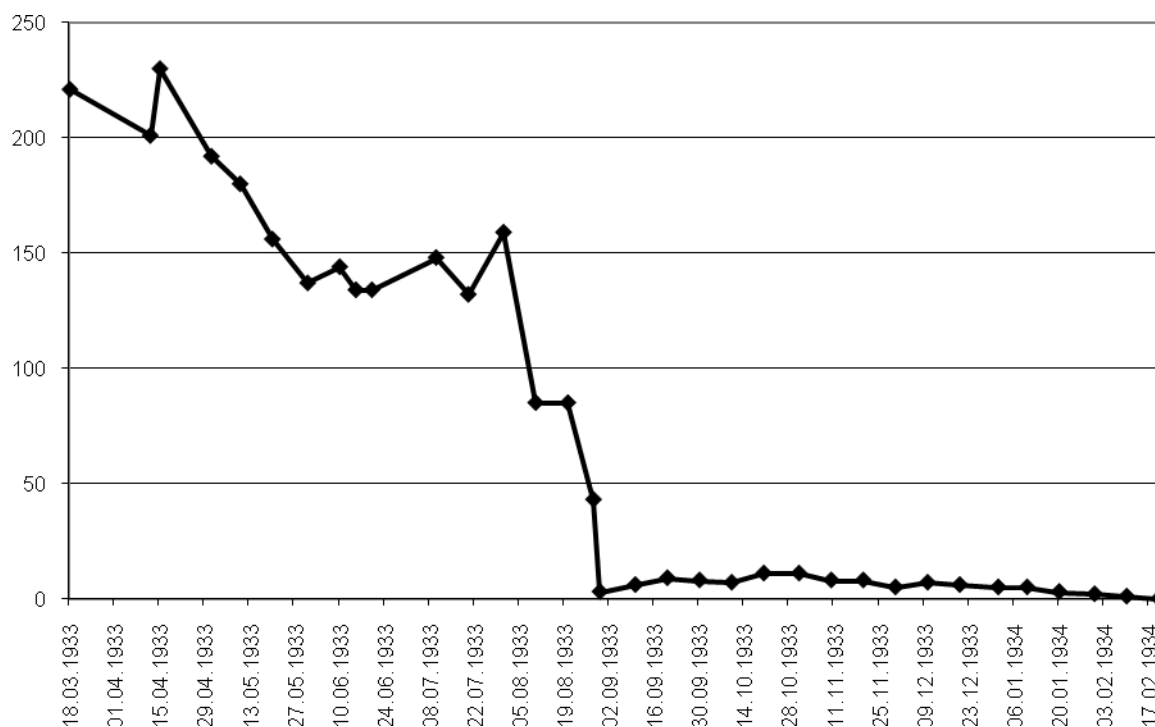
Das Gerichtsgefängnis in Wuppertal war bereits vor Einlieferung der ersten Schutzhäftlinge leicht überbelegt. Im März und April 1933 stieg die Zahl der Insassen auf knapp 700 an, davon etwa ein Drittel Schutzhäftlinge. Aus den regelmäßigen Meldungen an das Strafvollzugsamt lässt sich der für den Bezirk des Strafvollzugsamts Düsseldorf exemplarische Verlauf der Schutzhaftzahlen rekonstruieren.

---

<sup>523</sup> Bericht an den Präsidenten des Strafvollzugsamts vom 3.03.1933, HStAD, Gerichte, Rep. 1118/34, Bl. 10.

<sup>524</sup> Erhard Lucas: Märzrevolution 1920 Band 1, Vom Generalstreik gegen den Militärputsch zum bewaffneten Aufstand, Frankfurt am Main 1973, S. 284.

Abb. 19: Schutzhaftgefangene im Gefängnis des Landgerichts Wuppertal 1933/34<sup>525</sup>



Die Amtsgerichtsgefängnisse nahmen ebenfalls über ihre Kapazitätsgrenzen hinaus bis zu 50 Schutzhäftlinge auf.

2. Bestehende Hafteinrichtungen der Polizei, die ab März 1933 teilweise zu Schutzhafteinrichtungen umfunktioniert wurden:

- Polizeigefängnis Wuppertal-Elberfeld (Von-der-Heydt-Gasse)
- Polizeigefängnis Wuppertal-Barmen (Bachstraße)
- Polizeigefängnis Remscheid (Uhlandstraße)
- Polizeigefängnis Solingen
- Polizeigefängnis Radevormwald (Spritzenhaus)
- Polizeigefängnis Wermelskirchen („Weißes Haus“)

Die Polizeigefängnisse fielen quantitativ nicht ins Gewicht. Da sie aber in direkter Nachbarschaft zu den Kommissariaten der Politischen Polizei lagen, fungierten sie häufig als kurzzeitige Haftstätte für Personen, die dort vernommen wurden. Sie dienten auch als zentrale Umschlagstationen für neue Verhaftete, die auf die größeren Haftstätten verteilt werden sollten.

<sup>525</sup> Zahlen nach HStAD, Gerichte, Rep. 321/413.

### 3. Neu eingerichtete Haftorte der NS-Verbände:

- Unterkunft der SA-Untergruppe Düsseldorf (Schloss Jägerhof)
- Kaserne der SA-Standarte 171 Wuppertal-Barmen (Konsum Münzstraße)
- Kaserne der SA-Standarte 173 Wuppertal-Elberfeld (Mädchenschule Aue)
- Unterkunft der SA-Standarte 258 Mettmann-Land (Wagnersche Villa „Koburg“)
- Kaserne der SA-Feldjäger Wuppertal (Waisenhaus Arrenberger Straße)
- Keller der Lokale und Unterkünfte der SA- und SS-Stürme

Die Kommunen stellten den NS-Kampfverbänden leer stehende städtische Räume und Gebäude für „Unterbringungs-, Unterrichts- usw. Zwecke“ unentgeltlich zur Verfügung.<sup>526</sup>

In Düsseldorf konnte die SA-Untergruppe in das repräsentative Schloss Jägerhof<sup>527</sup> in der Jacobistraße einziehen. Vellers Stabswache und der ND der Untergruppe nutzten die Keller des Schlosses als Folterkammer und Schutzhaftstätte. Angehörige der Stabswache ermordeten im Keller des Schlosses den jüdischen Zahnarzt Alfred Meyer und versenkten die Leiche anschließend in der Bever-Talsperre.<sup>528</sup> Außerdem kam es zu regelrechten Entführungen von politischen Gegnern nach Düsseldorf, die aus verschiedenen Gründen in Wuppertal mit dem Schutz der Polizei rechnen konnten.<sup>529</sup>

Die Elberfelder Standarte 173 zog in die ehemalige Mädchenschule an der Aue und die Barmer Standarte 171 in die ehemaligen Zentrale der Konsumgenossenschaft „Vorwärts“ in der Münzstraße. In beiden Fällen bezog dort auch der Nachrichtendienst der SA seine Büros und nutzte die Keller als

---

<sup>526</sup> Beschluss des Beschlusausschusses, der die Beschlussrechte der Stadtverordnetenversammlung Wuppertal wahrnimmt, 16.05.1933, StadtAW, DV 610, Bl. 562.

<sup>527</sup> Das im 18. Jahrhundert errichtete Schloss stand seit dem Ende der Ruhrbesetzung leer. Von 1934 bis 1937 war es Amtssitz des Bischofs und des Konsistoriums der evangelischen Kirche im Rheinland und von 1937 bis 1945 Sitz der Gauleitung der NSDAP. Vgl. van Norden, Kirchenkampf, S. 16 und DGB Kreis Düsseldorf (Hg.): Verfolgung und Widerstand in Düsseldorf 1933 bis 1945, Ein Stadtführer, Düsseldorf 1989, S. 112-114.

<sup>528</sup> Vgl. S. 113.

<sup>529</sup> Vgl. die Ermittlungsergebnisse des Verfahrens gegen Helmut Hoyer, HStAD, Gerichte, Rep. 372/462, Bl. 3.



Hafträume. In der Kaserne der SA-Feldjäger an der Arrenberger Straße in Wuppertal wurden vor allem Handwerker in Schutzhaft festgehalten, die als Zwangsarbeitskräfte für den Auf- und Ausbau eingesetzt werden sollten. Die Unterkunft der Standarte 258 in der Wagnerschen Villa „Koburg“ oberhalb des Neandertals in Mettmann wurde seit April 1933 zur zentralen Schutzhaftstätte des Kreises Mettmann. Weitere Haftstätten in unbekannter Zahl befanden sich in den Kellern der verschiedenen SA- und SS-Lokale und – Unterkünfte in den Stadtteilen außerhalb der Zentren.

Da alle diese Haftstätten in Wohngebieten lagen und die Folterungen Unruhe unter den Anwohnerinnen und Anwohnern und auch den Polizeibehörden hervorriefen, suchte die SA einen neuen zentralen Haftort in den Wuppertaler Außenbezirken. Sie wurde bei einer leer stehenden ehemaligen Putzwollfabrik<sup>530</sup> an der Beyenburger Straße fündig. Der Eigentümer, Wilhelm Sönnecken, der in Wuppertal-Rittershausen ein Stahlhammerwerk betrieb, ließ sich nach eigenen Angaben durch das Versprechen, dass die Bezirksregierung ihm das Gelände später abkaufen werde, dazu überreden, einer zunächst mietfreien Nutzung durch die SA zuzustimmen.<sup>531</sup>

Die dem Wupperlauf folgende Beyenburger Straße verbindet den Barmer Stadtteil Oberbarmen mit dem 1929 eingemeindeten Beyenburg und endet an der Grenze zum westfälischen Schwelm. Mit dem Umzug von Teilen der Stoffdruckerei Schlieper & Baum AG begann 1851 die Ansiedlung größerer Industriebetriebe an dieser Straße. Das Wupperwasser war damals an der Elberfelder Kluse durch Industrieabwässer bereits so verunreinigt, dass es für Bleichzwecke unbrauchbar war. Bleiche und Färberei zogen nach Laaken, um das vor der Stadt noch saubere Wupperwasser nutzen zu können.<sup>532</sup> Nach Schlieper und Baum war die 1827 gegründete Papierfabrik Erfurt & Sohn KG, die seit 1864 Raufasertapeten herstellt, der größte Betrieb. Außerdem existierten zwei größere Steinbrüche, von denen einer nur etwa 250 Meter vom Lagergelände entfernt war.

---

<sup>530</sup> Der letzte gewerbliche Nutzer des Geländes war die Wuppertaler Gummifadenfabrik Hülsenbusch und Schliemann GmbH. Vgl. StadtAW, Adressbuch der Stadt Barmen 1927.

<sup>531</sup> Schreiben Sönneckens an die Bezirksregierung, HStAD, BR 1021 II, Bl. 37.

<sup>532</sup> Oberbürgermeister der Stadt Elberfeld (Hg.): Festschrift zur Tausendjahrfeier des Bergischen Landes, Elberfeld 1925, S. 73.

Zur Anbindung der Industriebetriebe verläuft zwischen Beyenburger Straße und Wupper die 1890 eröffnete eingleisige „Wuppertal-Bahn“, die Wuppertal mit Radevormwald verbindet. 1933/34 verkehrte auf dieser Linie neben Güterverkehr auch stündlich ein Personenzug. Nächstgelegener Haltepunkt war Barmen-Oehde, knapp zwei Streckenkilometer in Richtung Wuppertal-Barmen. Das Lagergelände selbst war nicht an die Bahnlinie angeschlossen, sodass eine direkte Nutzung des Schienenverkehrs für die SA nicht möglich war.<sup>533</sup>

Größere ankommende und abgehende Häftlingstransporte wickelte die SA mit Unterstützung der Schutzpolizei über den gut vier Kilometer entfernten Bahnhof Oberbarmen ab, der an das Fernnetz angeschlossen war. Den Weg zum und vom Lager mussten die Häftlinge in den meisten Fällen zu Fuß absolvieren und passierten dabei unter anderem auch die Fabrikationsanlagen der Bemberg AG, einem der größten Arbeitgeber der Stadt.

Das Gelände der leer stehenden ehemaligen Putzwollfabrik war umgeben von bewaldeten Höhen, die mit Spazierwegen zu dem beliebten Ausflugsziel Beyenburg durchzogen waren. Die größten Siedlungen in der Umgebung des späteren Lagers, Blombacherbach, Eschensiepen und Laaken, befanden sich auf dem gegenüberliegenden südlichen Wupperufer. Sie wurden fast ausschließlich von Arbeitern und Angestellten der Firma Schlieper & Baum bewohnt. Einem sozialreformerischen Ansatz folgend, hatte das Unternehmen in dem zuvor landwirtschaftlich genutzten Gebiet durch den Bau zahlreicher Werkswohnungen siedlungsbildend gewirkt.<sup>534</sup> Neben Mietshäusern mit bis zu zehn Wohneinheiten sowie Vier- und Zweifamilienhäusern für die Arbeiter stellte Schlieper & Baum villenartige Ein- und Zweifamilienhäuser für Ingenieure, Werkmeister und den Färbereileiter zur Verfügung.

Das Zentrum der Siedlung Eschensiepen wurde von der Kirche der durch zugewanderte Arbeiter gewachsenen katholischen Gemeinde und der im Jahr 1900 fertiggestellten Kirche der zum Kirchenkreis Barmen gehörenden

---

<sup>533</sup> Erst der Nachkriegsmieter, der Bleibearbeitungsbetrieb August Schnackenberg & Co., ließ 1954 einen Privatanschluss bauen. Vgl. StadtAW, Adressbuch der Stadt Wuppertal 1956.

<sup>534</sup> Klaus Goebel: „Ein Stück Wuppertaler Industriegeschichte ging zu Ende“, in: GA 16.08.1962. Vgl. zur Bedeutung des Werkswohnungsbaus im 19. Jahrhundert: Ritter /Tenfelde, Arbeiter im Kaiserreich, S. 610-613.

evangelischen Gemeinde Laaken-Blombacherbach bestimmt.<sup>535</sup> In Laaken befand sich seit 1869 zudem die Volksschule der Gemeinde, die 1947 1.400 Mitglieder zählte.<sup>536</sup> Im Jahr 1925 war zusätzlich ein Kindergarten im Gemeindehaus eingerichtet worden. Das Lagergelände selbst gehörte zum Bereich der evangelischen Gemeinde Langerfeld, der sich von Laaken durch die Wupper abgrenzte.

Die Beyenburger Straße war ein kleiner Teil des Wuppertaler Stimmbezirks 102, der die Oehde umfasste. Die Siedlungen Laaken und Eschensiepen dominierten den Stimmbezirk 261, dessen Wahllokal die Schule in Eschensiepen war. Die Analyse der Wahlergebnisse der Reichstagswahl vom März 1933 auf Ebene dieser Wahllokale zeigt in beiden Stimmbezirken unterdurchschnittliche Anteile der Parteien des sozialistischen Milieus. Das Quartier wurde auch erst Ende 1929 an das Verteilungsstellennetz der Konsumgenossenschaft „Vorwärts-Befreiung“ angeschlossen.<sup>537</sup> Weil die Voraussetzung für die Einrichtung neuer Verteilungsstellen eine Mindestzahl von Mitgliedern war, die eine kostendeckende Umsatzprognose zuließ, ist dieser späte Zeitpunkt ein Indikator für die relative Schwäche der sozialistischen Arbeiterbewegung in Laaken.<sup>538</sup> Der Grund für die Schwäche von SPD und KPD im Stimmbezirk 261 ist der hohe Anteil zugewanderter katholischer Arbeiter, die überwiegend das Zentrum wählten. Im Stimmbezirk 102 erzielte die NSDAP Ergebnisse, die 11 Prozent über dem Wuppertaler Durchschnitt lagen. Mit der Kampffront Schwarz-Weiß-Rot und dem Christlich-Sozialen-Volksdienst erzielten zwei weitere Parteien des protestantischen Wählerlagers überdurchschnittliche Ergebnisse.

Das Lager Kemna wurde also in einem Gebiet errichtet, in dem die Parteien, deren Mitglieder den Hauptanteil der Gefangenen stellten, nur geringen Rückhalt in der Bevölkerung besaßen.

---

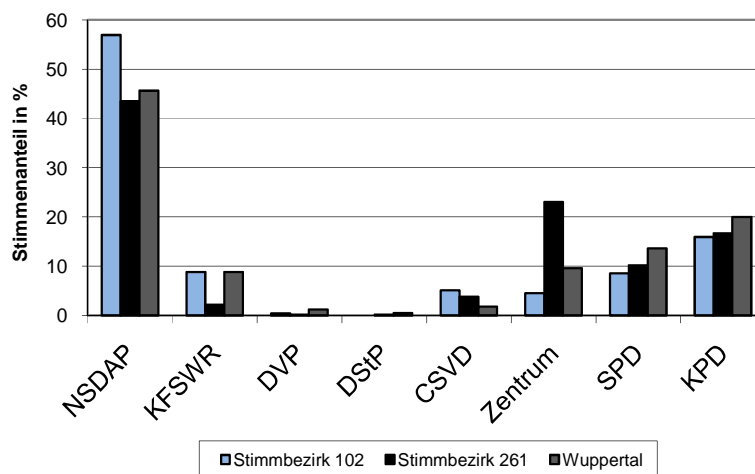
<sup>535</sup> Jürgen Rottmann: Die Gründung der evangelischen Kirchengemeinden Dahlerau, Beyenburg und Laaken-Blombacherbach, in: Geschichte im Wuppertal 6 (1997), S. 19-26, hier S. 25.

<sup>536</sup> Hans Helmich: Nach dem Kirchenkampf, Die evangelischen Gemeinden Wuppertals von 1945 bis 1949, Bonn 2004, S. 11.

<sup>537</sup> Konsumgenossenschaft „Vorwärts-Befreiung“: Bericht über das 31. Geschäftsjahr 1929/30, Wuppertal 1930, S. 41.

<sup>538</sup> Konsumgenossenschaft „Vorwärts-Befreiung“: Bericht über das 32. Geschäftsjahr 1930/31, Hagen 1931, S. 14.

Abb. 20: Vergleich Stimmbezirke 102, 261 und Wuppertaler Durchschnitt (RT-Wahl 5. März 1933)<sup>539</sup>



Am 5. Juli 1933 verlegte die SA die ersten Häftlinge in das neue Lager an der Beyenburger Straße. Aus der Kaserne der Standarte 171 in der Münzstraße kam eine Gruppe von etwa fünf Häftlingen, begleitet von Barmer SA-Männern, die für die Wachmannschaft ausgewählt worden waren und unter der Führung des von der SA-Untergruppe ernannten ersten Lagerkommandanten, SA-Sturmführer Hugo Neuhoff, standen. Nach Erinnerungen eines dieser Häftlinge waren auf dem Gelände noch keinerlei Vorbereitungen getroffen worden. Bettgestelle wurden aus der Münzstraße mitgebracht, alles andere sollten die ersten Insassen selbst herstellen.<sup>540</sup>

Am Abend desselben Tages erreichten etwa zehn Häftlinge aus Schloss Jägerhof mit mehreren Autos das Lager und komplettierten das Vorauskommando.

Während umgehend mit Aufräumarbeiten auf dem Gelände begonnen wurde, versuchte Veller parallel eine Nutzungsgenehmigung als Konzentrationslager für Schutzhäftlinge zu bekommen. In einem Runderlass vom 16. Juni 1933 hatte Staatssekretär im Innenministerium Grauert seinen Genehmigungsvorbehalt noch einmal ausdrücklich bekräftigt: "Als Konzentrationslager sind dabei nur solche Lager anzusehen, die von mir ausdrücklich bestätigt worden sind".<sup>541</sup>

<sup>539</sup> Zahlen nach dem in der Tagespresse veröffentlichten vorläufigen amtlichen Endergebnis.

<sup>540</sup> Erinnerungsbericht Hermann Potthast vom 22.11.1949, StadtAW, AfW, 11941, Bl. 13.

<sup>541</sup> Tuchel, Konzentrationslager, S. 69.

Die Ausgangssituation Vellers war nicht ungünstig: Die Pläne für Essen-Werden waren vor wenigen Tagen aufgegeben worden, und je deutlicher sich das Sommerwetter bemerkbar machte, desto drängender verlangten die Gefängnisse nach Entlastung.

Der Rückendeckung seines SA-Vorgesetzten und Führers der SA-Gruppe Niederrhein, Heinrich Knickmann, konnte Veller sich sicher sein. Knickmann, der am 3. Juli 1933 zum Gruppenführer befördert worden war, unterstützte die Einrichtung eines Lagers in Wuppertal als zentraler Schutzhaftstätte der SA-Gruppe.<sup>542</sup>

Der oberste SS-Führer im Regierungsbezirk Düsseldorf, Gruppenführer Fritz Weitzel, hatte offenbar keine eigenen Ambitionen zur Einrichtung eines Schutzhaftlagers unter Führung der SS, sondern konzentrierte sich darauf, seine Machtposition in den Moorlagern zu etablieren.<sup>543</sup>

Veller fand aufgrund der Haftsituation in den Gefängnissen auch die Unterstützung der Regierung in Düsseldorf. Der erst wenige Wochen im Amt befindliche Regierungspräsident Carl Christian Schmid griff nach Rücksprache mit dem rheinischen Oberpräsidenten von Lüninck und dem Düsseldorfer Strafvollzugsamt die Gelegenheit dankbar auf, die Strafanstalten des Regierungsbezirks zu entlasten. Am 7. Juli 1933 besichtigte eine Regierungsdelegation unter der Leitung des Regierungs- und Baurats Heusgen das Gelände des neu einzurichtenden Lagers. Sturmbannführer Pfeiffer als Vertreter der SA-Untergruppe ersuchte die Bezirksregierung bei dieser Gelegenheit um die Lieferung von Baumaterialien, Betten, Spinden und um die Bezahlung der SA-Wachmannschaft.<sup>544</sup>

Regierungspräsident Schmid stellte daraufhin unter dem Datum des 6. Juli 1933 einen Genehmigungsantrag an das preußische Innenministerium. Die Notwendigkeit einer neuen Einrichtung zur Unterbringung politischer Gefangener begründete Schmid mit der starken Überbelegung der großen

---

<sup>542</sup> Knickmann, am 25.09.1894 in Horstermark/Ks. Recklinghausen geboren, am 05.08.1941 an der Ostfront gefallen, war bereits 1923 der SA beigetreten. Vgl. seine Personalakte, HStAD, BR-PE 635.

<sup>543</sup> Die SS-Gruppe West stellte die Wachmannschaften in den Moor-KZ. Weitzel, am 27.04.1904 in Frankfurt a. M. geboren, am 19.06.1940 bei einem Bombenangriff auf Düsseldorf getötet, wechselte 1925 von der SAJ zur SS (Mitgliedsnummer 409) und NSDAP. Vgl. seine Personalakte, HStAD, BR-PE 585.

<sup>544</sup> Reisebericht Heusgens (Vorname unbekannt) vom 14.07.1933, HStAD, BR 1021, 466 I, Bl. 14.

Strafanstalten seines Regierungsbezirks, von der er sich durch gemeinsame Ortsbesichtigungen mit dem Oberpräsidenten der Rheinprovinz und dem Präsidenten des Düsseldorfer Strafvollzugsamts überzeugt habe. Das Gelände in Wuppertal hielt er für geeignet, 200-300 Gefangene aufzunehmen. Unter Verweis auf einen Funkspruch vom 11. Juli 1933 ersuchte Carl Christian Schmid das Innenministerium um Übernahme eines Tagessolds von 3,- Reichsmark pro SA-Wachmann, dem für Hilfspolizisten üblichen Satz. Er bat abschließend „um vorläufige, grundsätzliche Genehmigung, das Fabrikgrundstück für gedachten Zweck einrichten und benutzen zu dürfen. Es sind schon 15 Gefangene vorläufig dort untergebracht.“<sup>545</sup> Das Schreiben scheint auf den Tag nach dem Einrücken des Vorauskommandos rückdatiert worden zu sein. Es wurde offensichtlich nach dem Funkspruch vom 11. und wahrscheinlich auch nach dem Reisebericht Heusgens vom 14. Juli 1933 verfasst.

Inzwischen waren die Bauarbeiten im Emsland bereits so weit fortgeschritten, dass der preußische Justizminister die bevorstehende Vollendung von „Konzentrationslagern für 3000 Häftlinge“ vermerken konnte.<sup>546</sup> Die politische Gruppe der Polizeiabteilung reagierte deshalb zunächst telefonisch äußerst zurückhaltend auf das neue Lager in Wuppertal. Am 24. Juli 1933 erging der Erlass, das Lager nur als vorübergehende Einrichtung herzurichten:

„Unter Bestätigung der bereits vor einigen Tagen erfolgten fernmündlichen Mitteilung weise ich nochmals darauf hin, dass die dauernde Einrichtung eines Konzentrationslagers bzw. Durchgangslagers in Wuppertal nicht in Frage kommt, da die politischen Schutzhäftlinge aus den westlichen Bezirken schon in den nächsten Wochen in die im Bau befindlichen Moorlager im Regierungsbezirk Osnabrück überführt werden sollen; die Herrichtung des Lagers in Wuppertal ist daher nur als eine vorübergehende Einrichtung zu betrachten. Ausgaben für bauliche Veränderungen, Inventarienausstattung u. a. m. dürfen daher der Staatskasse nicht entstehen“<sup>547</sup>

---

<sup>545</sup> Abschrift des Schreibens an den Innenminister, HStAD, Gerichte, Rep. 29, 305, Bl. 459,2.

<sup>546</sup> Schreiben vom 06.07.1933, zitiert nach Drobisch/Wieland, System, S. 66.

<sup>547</sup> Abschrift des Schreibens von Ministerialdirigent Fischer an Schmid vom 24.07.1933, HStAD, Gerichte, Rep. 29/305, Bl. 459.

Außerdem genehmigte das Ministerium die Aufstellung eines 30köpfigen Wachkommandos. Unter dem Einfluss des SS-Gruppenführers Daluege erging an alle Lager die Anweisung, die Wachmannschaften nur aus SS-Angehörigen zusammenzustellen.<sup>548</sup> Die regionale SA-Führung in Wuppertal ignorierte diese Weisung und kommandierte ausschließlich erwerbslose Mitglieder der SA-Standarten 171, 173 und 258 zur Wachmannschaft.

Die Ortsbezeichnungen für das neue Lager waren zunächst uneinheitlich. Wuppertal-Beyenburg, Wuppertal-Barmen und Wuppertal-Kemna wurden anfangs nebeneinander, teilweise auch miteinander kombiniert verwendet, bevor sich der Name Kemna, der sich von einem in seiner Tradition bis ins 15. Jahrhundert zurückgehenden Bauernhof zwischen Barmen und Beyenburg herleiten lässt,<sup>549</sup> durchsetzte.

Auf den Auf- und Ausbau des Lagers durch die ersten Häftlinge hatte die nur eingeschränkte Genehmigung als „vorübergehende Einrichtung“ keine Auswirkungen.

In den Gefängnissen blieb die Situation zunächst weiter kritisch. Der Direktor des Wuppertaler Gerichtsgefängnisses ging so weit, die Verantwortung für eine sichere und einwandfreie Unterbringung der Schutzhäftlinge abzulehnen und ersuchte noch einmal dringend die Verschiebung von Schutzhäftlingen in die Moorkaserne.<sup>550</sup> Am 1. August 1933 brachte der dritte große Transport aus dem Regierungsbezirk Düsseldorf in die Moorkaserne eine erste Entspannung der Lage.<sup>551</sup> In den letzten Tagen des August 1933 konnten dann sämtliche verbliebenen Schutzhäftlinge in die Kemna überführt werden.

---

<sup>548</sup> „Der frühere Plan, die Lagerbewachung durch SA-Leute zu stellen, ist auf ausdrücklichen Wunsch des Ministerialdirektors Daluege fallen gelassen worden, da grundsätzlich die Bewachung in sämtlichen Konzentrationslagern künftig durch SS-Wachmannschaften erfolgen soll.“ Aussage des Vertreters des Innenministeriums vom 23.06.1933 in Bezug auf das Lager Hammerstein, zitiert nach: Tuchel, Konzentrationslager, S. 73.

<sup>549</sup> Wolfgang Stock: Wuppertaler Straßennamen – ihre Herkunft und Bedeutung. Essen 2002, S. 217; 242.

<sup>550</sup> Schreiben an den Präsidenten des Strafvollzugsamts vom 5.07.1933, HStAD, Gerichte, Rep. 18/34, Bl. 252/253.

<sup>551</sup> Die 315 Personen kamen aus den Haftorten Wuppertal (57), Düsseldorf (78), Hamborn (83), Lüttringhausen (10), Remscheid (13) und Anrath (74). Vgl. Erlass des Regierungspräsidenten vom 24.07.1933, HStAD, Gerichte, Rep. 18/34, Bl. 256.

## Lagerorganisation

### *Gelände und Gebäude*

Das Lager bestand aus dem dreistöckigen ehemaligen Hauptgebäude der Putzwollfabrik mit der Adresse Beyenburger Straße 146, zwei in Richtung Wupperufer daran anschließender Fabrikhallen, dem ehemaligen Kesselhaus sowie weiteren kleineren Nebengebäuden und Holzschuppen. Teil des Lagers war auch ein zuvor leer stehendes Wohnhaus mit der Hausnummer 142 und eine zwischen diesem Haus und der Fabrik liegende große Freifläche. Wegen der Nähe zur Wupper und der damit verbundenen Grundwasserprobleme waren die Gebäude nicht unterkellert.

Insgesamt umfasste das Lagergelände gut 8.700 m<sup>2</sup> und wurde zunächst durch einen Stacheldrahtverhau, später durch einen etwa drei Meter hohen Maschendrahtzaun mit Stacheldrahtaufsatz gesichert. Einen Anbau des Hauptgebäudes bewohnten der ehemalige Heizer des Kesselhauses, Karl Schneider, und der Kohlenhändler August Schminke.<sup>552</sup>

Nach den ersten Wochen des Auf- und Umbaus etablierte sich folgende Raumaufteilung:<sup>553</sup>

Im Erdgeschoss des Hauptgebäudes befanden sich die Wachstube und die Schreibstube, in der alle neu eingelieferten Gefangenen registriert wurden, sowie die Lagerküche.

Die erste Etage umfasste die Unterkunft des Kommandanten und den Saal III, der bis Anfang September 1933 als Unterkunft der Wachmannschaft diente. Dieser Raum war bis zu diesem Zeitpunkt Ort der meisten verübten Misshandlungen.

In der zweiten Etage befanden sich die Häftlingsunterkünfte Saal IV und Saal V. Die Scheiben der Fabrikfenster waren bis auf die Oberlichter mit Teerfarbe überstrichen, um den Ein- und Ausblick zu erschweren. In Verbindung mit den dicht gedrängt stehenden dreistöckigen Häftlingsbetten führte das dazu, dass es in den Häftlingsschlafsälen nie richtig hell wurde. Im Dachgeschoss richtete die SA die Kleiderkammer, die Häftlingsschreibstube und einen weiteren Häftlingssaal für Schutzhäftlinge aus den Reihen der SA, SS und NSDAP ein.

---

<sup>552</sup> Adressbuch der Stadt Wuppertal 1930.

<sup>553</sup> Grundrisse des Lagers , HStAD, Ger. Rep. 29/291, Bl. 756a.



Einen kleinen Verschlag unter der Treppe, die in die oberen Stockwerke führte, und einen vom Erdgeschoss in die zweite Etage reichenden Lastenaufzug missbrauchte die SA als Zellen zur Haftverschärfung.

Die beiden ebenerdigen Fabrikhallen, ursprünglich von der Bezirksregierung als Tagesräume vorgesehen, waren die Häftlingssäle I und II. Von Saal I gelangte man in die Nebengebäude des Kesselhauses, in den ehemaligen Kokslagerraum, der als „Bunker“ bezeichnet wurde, und in einen weiteren Raum, der als Lazarett bzw. Sanitätsraum genutzt wurde. Im Kesselhaus selbst befand sich die nicht betriebsbereite Heizungsanlage und eine Feldschmiede. Von Saal II war ein Verschlag für das siebzehnköpfige ständige Kartoffelschälkommando abgetrennt, in dem auch die Essensausgabe erfolgte. Außerdem befand sich in Saal II der Zugang zu den Aborten.

Mit dem größtem bekannten Transport in die Kemna, der am 28. September 1933 auf Anweisung Heinrich Knickmanns etwa 200 Schutzhäftlinge aus Duisburg und Umgebung überstellte, ergab sich die Notwendigkeit zur Schaffung eines weiteren Schlafsaals für die neuen Gefangenen. Die SA räumte Saal III und verlegte die Unterkunft der Wachmannschaft in das leer stehende Wohnhaus, wo auch eine zweite Wachstube eingerichtet wurde. Der Sanitätsraum wurde ebenfalls geräumt und war in den folgenden Monaten Hauptfolterkammer der Kemna. Einige Zeit später wurde durch eine nachträglich eingefügte Mauer von Saal III ein neuer Sanitätsraum abgetrennt.<sup>554</sup>

Die Gebäude wurden durch einen direkt rechts an das Hauptgebäude anschließenden, von den Häftlingen in Zwangsarbeit errichteten Neubau erweitert, der Unterkunftsräume für die Wachmannschaft, Einzelzellen und einen schallisolierten Verhörraum enthalten sollte. Der Neubau wurde soweit fertiggestellt, dass ab Dezember 1933 erste Räume durch die SA genutzt werden konnten.<sup>555</sup>

#### *Verwaltung und Finanzierung*

Drei Wuppertaler SA-Führer waren die entscheidenden Verantwortlichen des Konzentrationslagers Kemna.

---

<sup>554</sup> Aussage Hugo Jungs, HStAD, Ger. Rep. 29/218, Bl. 135/136.

<sup>555</sup> Vgl. S. 183/184.

Willi Veller, kommissarischer Polizeipräsident und Brigadeführer, war Dienst- und Disziplinarvorgesetzter der Wachmannschaft. Seine Behörde stellte die Schutzhaftbefehle für die Gefangenen aus, koordinierte die Ermittlungen der Politischen Polizei und entschied über die Entlassung aus der Schutzhaft. An die Gefangenen wurde meist nach einigen Tagen im Lager gegen Unterschrift ein polizeilicher Schutzhaftbefehl ausgehändigt. Veller besuchte das Lager etwa ein Mal im Monat, meist um anlässlich von Entlassungsaktionen eine warnende Rede vor den Freizulassenden zu halten. Bei seinem Erscheinen musste die ganze Lagerbelegschaft auf dem Hof antreten. Er hatte aber auch großes Interesse am Fortgang der Ermittlungen gegen politische Gegner der NSDAP und bestimmte ihm bekannte Schutzhäftlinge zur Folter oder suchte sie für besonders demütigende Arbeiten aus.

Ständiger Vertreter des Polizeipräsidenten in der Kemna war der kommissarische Leiter der Politischen Polizei Sturmbannführer Hans Pfeiffer, der nach übereinstimmenden Berichten mehrerer Zeugen beinahe täglich das Lager aufsuchte und zentraler Ansprechpartner der Wachmannschaft und des Kommandanten war. Pfeiffer, der häufig bei Vernehmungen anwesend war und diese kommandierte, beteiligte sich gelegentlich eigenhändig an Misshandlungen.

Der Kommandant der Wachmannschaft war für die Sicherheit, die Aufrechterhaltung der Disziplin der Gefangenen sowie die betriebswirtschaftliche Führung des Lagers verantwortlich. Die SA-Spitze hatte gezielt nach einem geeigneten kaufmännisch Vorgebildeten für diesen Posten gesucht.

Nach einer chaotischen Anfangsphase führte der zuständige Oberscharführer Bruno Wolff ein Häftlingseingangsbuch, in dem jeder neue Häftling in der Reihenfolge seines Zugangs verzeichnet wurde. Zusätzlich legte er mit der fachlichen Unterstützung eines Gerichtsreferendars eine Häftlings-Kartothek an.<sup>556</sup>

Die Finanzierung des Lagers erfolgte in erster Linie durch staatliche Gelder. Die Angehörigen der Wachmannschaft erhielten den Tagessold für Hilfspolizisten in Höhe von 3,- Reichsmark (RM), obwohl sie offiziell nicht als Hilfspolizisten geführt wurden.

---

<sup>556</sup> Einspruch Wolffs vom 21.08.1934 gegen die Einstweilige Verfügung von Rudolf Heß, Stellvertreter des Führers, HStAD, Gerichte, Rep. 29/320, Bl. 30-43, hier: Bl. 30.

Der Lagerkommandant wurde direkt von der SA-Gruppe Niederrhein bezahlt und erhielt aus einem Fonds monatlich etwa 330,- RM. Aus der gleichen Quelle erhielten die Mannschaften mehrfach Zulagen zu ihrem Sold.

Dem Lager stand pro Häftling und Tag eine sogenannte Haftkostenerstattung in Höhe von 1,50 RM zu, die sich wie folgt zusammensetzte: Frühstück 0,20 RM, Mittagessen 0,50 RM, Abendessen 0,40 RM und zusätzlich für die Unterbringung (Sitzkosten) 0,40 RM.<sup>557</sup> Auf Grundlage des Häftlingseingangsbuchs erstellten die Gefangenen der Häftlingsschreibstube Verpflegungslisten, auf denen nach Herkunftsorten getrennt die Haftkostenerstattung errechnet wurde. Die angefallenen Hafttage rechnete das Lager monatlich mit den zuständigen Polizeikassen der Heimatorte der Häftlinge ab.<sup>558</sup>

Von dieser Haftkostenerstattung verwendete die SA nur einen Bruchteil sachgemäß. Ein ehemaliger Häftling sagte aus, dass der lagereigene LKW jeden Montag lebendes Vieh, das von den Großhändlern des Schlachthofs in Wuppertal-Elberfeld „gespendet“ wurde, abholte. Beinahe täglich wurden landwirtschaftliche Produkte bei Bauern aus dem Kreis Mettmann kostenfrei eingesammelt. Zusätzlich spendeten Firmen, die sich die SA gewogen machen wollten, für die Lagerküche.<sup>559</sup> Da die Lebensmittelversorgung des Lagers somit zu großen Teilen aus Spenden bestritten werden konnte, fielen nur minimale Ausgaben an, denen, wie beschrieben, Einnahmen von 1,10 RM pro Tag und Kopf gegenüber standen. Brot ließ sich die Lagerleitung zum Teil aus der Produktion der Konsumgenossenschaft Vorwärts-Befreiung liefern, ohne dass die Rechnungen bezahlt wurden. Aber auch Bäcker, die der NSDAP angehörten, belieferten das Lager mit schlechter Ware zu überhöhten Preisen.

#### Frühes oder „wildes“ KZ? Versuch einer Begriffsfindung

Bis heute besteht im wissenschaftlichen Diskurs über die ersten Lager des Dritten Reiches keine Einigkeit über die zu verwendende Terminologie. Alle frühen Lager in Preußen, die im Erlass vom 14. Oktober 1933 nicht als „staatliche Konzentrationslager“ genannt wurden, sind bis in die jüngste Zeit

---

<sup>557</sup> Ministerialblatt für die preußische innere Verwaltung vom 12.04.1933, HStAD, Gerichte, Rep. 321/334, Bl. 888.

<sup>558</sup> Aussage Karl Ibach, StadtAW, AfW, 12422, Bl. 106.

<sup>559</sup> Aussage Ludwig Glaser, HStAD, Gerichte, Rep. 29/218, Bl. 30-34.

häufig unter dem Terminus „wilde Lager“ subsumiert worden, der auf die apologetischen Lebenserinnerungen des ersten Gestapo-Chefs Rudolf Diels zurückgeht:<sup>560</sup>

„Die Missetaten der SA spielten sich mehr oder weniger in der Öffentlichkeit ab. Ihre Konzentrationslager waren wilde Gründungen ohne Haushaltsplan und ohne Verwaltungsstellen. [...] Für die Entstehung der Konzentrationslager gibt es keinen Befehl und keine Weisung; sie wurden nicht gegründet, sie waren eines Tages da. Die SA-Führer errichteten 'ihre' Lager, weil sie der Polizei ihre Gefangenen nicht anvertrauen wollten oder weil die Gefängnisse überfüllt waren. Von vielen dieser wilden Lager drang niemals eine Kunde nach Berlin. Ich habe noch Jahre nach meinem Weggang aus Berlin durch Erzählungen von der Existenz solcher Lager gehört, von denen ich 1933 nichts vernommen hatte. Über ausländische Zeitungen hörten wir zuerst von einem Lager in Kemna im Ruhrgebiet.“<sup>561</sup>

Diels wurde damit begriffsbildend für die Lager in der Phase der NS-Machtdurchsetzung. So schrieb zum Beispiel Martin Broszat 1969 von der „Vielzahl der wilden Schutzhaftlager der SA und SS“.<sup>562</sup> Trotz einer zunehmend kritischen Rezeption findet sich der gleiche Terminus durch Anführungszeichen entschärft auch noch in aktuellen Publikationen, wie zuletzt bei Wolfgang Benz und bei Eric A. Johnson.<sup>563</sup> Der Begriff der „wilden Lager“ suggeriert, dass auf die Phase des unkontrollierten Terrors der NS-Verbände in privaten Haftstätten eine geordnete Vollstreckung der „Schutzhaft“ in staatlichen Lagern gefolgt sei. Er verschleiert, dass die frühen Lager in die staatlichen Strukturen eingebunden waren und, wie bereits gezeigt, unter Beteiligung regionaler und überregionaler Polizei- und Verwaltungsdienststellen errichtet und betrieben wurden.

Allein die administrative Maßnahme der Aushändigung eines ordentlichen polizeilichen Schutzhaftbefehls an die Kemna-Häftlinge zeigt deutlich, dass

---

<sup>560</sup> Zur Beurteilung des Quellenwerts von Diels' Memoiren siehe die kritische Einschätzung bei Christoph Graf: Politische Polizei zwischen Demokratie und Diktatur, Die Entwicklung der Preußischen Politischen Polizei vom Staatsschutzorgan der Weimarer Republik zum Geheimen Staatspolizeiamt des Dritten Reiches, Berlin 1983, S. 283/284.

<sup>561</sup> Rudolf Diels: Lucifer ante portas. Es spricht der erste Chef der Gestapo. Stuttgart 1950, S. 206/207; 257.

<sup>562</sup> Martin Broszat: Der Staat Hitlers. München 1969, S. 260.

<sup>563</sup> Wolfgang Benz: Geschichte des Dritten Reiches, München 2000, S. 115; Eric A. Johnson: Der nationalsozialistische Terror, Gestapo, Juden und gewöhnliche Deutsche, Berlin 2001, S. 186.

das Lager nicht mit „wilden“ Haftstätten zu vergleichen ist. Die Zahlung der Haftkostenerstattung für Schutzhaftgefangene in allen Haftstätten, also auch in den „nichtstaatlichen“ Lagern, ist mit einer faktischen staatlichen Anerkennung gleichzusetzen.<sup>564</sup>

Zudem sah die Bezirksregierung ihre Aufgabe auch in der Aufsicht über die Kemna und schickte mehrfach Kontrollkommissionen in das Lager, die zum Teil prominent besetzt waren. Regierungspräsident Carl Christian Schmid, Gauleiter Karl-Friedrich Florian und der SS-Gruppenführer und Düsseldorfer Polizeipräsident Fritz Weitzel besichtigten das Lager persönlich. Obwohl sie die Häftlinge über die Zustände im Lager befragt, konnten sie keine Gründe für Beanstandungen entdecken. Die letzte Kontrolle fand am 30. November 1933 mit dem Schwerpunkt der Untersuchung der hygienischen Verhältnisse statt. Der Kommissionsvorsitzende war ein Vertreter der politischen Abteilung der Regierung, wahrscheinlich Regierungsrat Rohne, der zuständige Medizinaldezernent und Oberregierungsrat Dr. med. Tilmann Mathar und der Landrat Dr. von Busse fanden ebenfalls keinen Grund zu Beanstandungen.<sup>565</sup> Auch eine aus höheren Beamten bestehende Delegation des preußischen Innenministeriums hat die Kemna besichtigt.<sup>566</sup>

Treffender als die Begriffe „wilde“ und „staatliche“ Lager erscheint der Terminus „frühe Konzentrationslager“, mit dem alle Schutzhaftlager der Frühphase des „Dritten Reiches“ bezeichnet werden können.<sup>567</sup>

Karin Orth hat dagegen vorgeschlagen, für die Frühphase auf die Bezeichnung „Konzentrationslager“ zu verzichten und, um die Unterschiede zum späteren SS-KZ-System auch begrifflich deutlich zu machen, von „frühen Lagern“ zu sprechen. Sie verweist dabei besonders auf die fehlende institutionelle Einheitlichkeit, die der Begriff „Konzentrationslager“ konnotiert.<sup>568</sup>

---

<sup>564</sup> Erlass des preußischen Innenministeriums vom 20.05.1933, vgl. Graf, Politische Polizei, S. 264.

<sup>565</sup> Aussage Mathars vom 16.03.1948, HStAD, Gerichte, Rep. 29/291, Bl. 946. Vgl. auch ebd., Rep. 29/219, Bl. 375.

<sup>566</sup> Urteil Kemna-Prozess, HStAD, Gerichte, Rep. 29/293, S. 57.

<sup>567</sup> Johannes Tuchel: Organisationsgeschichte der „frühen“ Konzentrationslager, in: Wolfgang Benz und Barbara Distel (Hg.): Instrumentarium der Macht. Frühe Konzentrationslager 1933-1937. Berlin 2003, S. 9-26, hier S. 13.

<sup>568</sup> Orth, System, S. 26.

Carina Baganz setzt sich dagegen, um die Lager der Frühphase nicht zu verharmlosen, für die Bezeichnung „frühe Konzentrationslager“ ein und begründet ihren Standpunkt mit den offensichtlichen Parallelen zwischen frühen und späteren Lagern und dem Selbstempfinden der Gefangenen.<sup>569</sup> Dem ist entgegen gehalten worden, dass die begriffliche Gleichsetzung von Lagern wie zum Beispiel dem frühen KZ Oranienburg und dem KZ-Stammlager Sachsenhausen die Gefahr einer Verharmlosung der alle Vorstellungen sprengenden Verbrechen in den Lagern der IKL beinhaltet.

Ein Verzicht auf den Begriff „Konzentrationslager“ erscheint aber zumindest in den Fällen fragwürdig, wo er, wie im Beispiel Wuppertal, ein zeitgenössischer Quellenbegriff ist. Im behördlichen Schriftverkehr wurde nach der Etablierung des Lagers einheitlich der Begriff „Konzentrationslager“ verwendet. Nur das preußische Innenministerium betonte durch Bezeichnungen wie „Lager zur Unterbringung politischer Schutzhäftlinge“, „Häftlingslager“ und „provisorisches Schutzhaftlager“ entsprechend der eigenen Planung auch begrifflich den provisorischen Charakter und den Gegensatz zu den „staatlichen Konzentrationslagern“.<sup>570</sup> Mit dem Scheitern der Pläne für ein preußisches Konzentrationslagersystem Anfang 1934 gab es keinen Grund mehr, die Bezeichnung „Konzentrationslager“ in Bezug auf das Wuppertaler Lager zu vermeiden.

Das Ermittlungsverfahren der Zentralstaatsanwaltschaft und das Verfahren vor dem Obersten Parteigericht der NSDAP wurde 1934-1936 wegen des Vorwurfs „schwerster Misshandlungen im Konzentrationslager“ geführt. Die regionale Presse verwendete einheitlich die umgangssprachliche Bezeichnung „Konzentrationslager Kemna“. Die Bergisch-Märkische Zeitung schrieb in ihrem Bericht über die Auflösung des Lagers: „Das Ende des Konzentrationslagers Kemna ist gekommen. Die Konzentrierung wird konzentriert in ganz Preußen, und zwar, wie gemeldet wird, in die Gegend von Papenburg.“<sup>571</sup>

Der offizielle Briefkopf und der bis zur Auflösung verwendete Absenderstempel trug die Bezeichnung „Konzentrations-Lager Wuppertal-Barmen“.

---

<sup>569</sup> Baganz, *Erziehung zur Volksgemeinschaft*, S. 60-62.

<sup>570</sup> Bezeichnungen aus dem Schriftwechsel mit dem Düsseldorfer RP zwischen Juli 1933 und Februar 1934, HStAD, Gerichte, Rep. 29/308, Bl. 459.

<sup>571</sup> BMZ 11.01.1934.

Seit November 1933 setzte sich „Konzentrationslager Kemna“ zunehmend auch im amtlichen Schriftverkehr durch und hielt sich über den „Kemna-Prozess“ 1948 gegen die Wachmannschaft des Lagers bis zur Enthüllung des Mahnmals am 50. Jahrestag der Einrichtung des Lagers.

In der vorliegenden Arbeit werden aus sprachlichen Gründen neben „Kemna“ und „Lager Kemna“ auch die Bezeichnungen „Konzentrationslager Kemna“, abgekürzt als „KZ Kemna“ und „frühes Konzentrationslager Kemna“ benutzt.

### **Die SA-Wachmannschaft**

#### *Die Mannschaften*

Der ständige Personalbestand der SA war mit etwa 35 Mann, gemessen an der hohen Zahl der Gefangenen, verhältnismäßig klein. Er wurde im Bedarfsfall durch kommandierte Verstärkungen, aber auch immer wieder durch einzelne Freiwillige ergänzt. Die Wachmannschaft setzte sich aus arbeitslosen Angehörigen der Standarten 171 (Barmen), 173 (Elberfeld) und 258 (Mettmann) zusammen. Aus anderen Standarten der Untergruppe Düsseldorf wurden Einzelpersonen abkommandiert. Die meisten Wachmänner meldeten sich freiwillig zum Dienst in der Kemna, häufig mit dem Ziel, einen Einstieg in eine Polizeiaufbahn zu finden. Die drei Reichsmark Sold waren oft das erste selbst verdiente Geld nach Jahren der Arbeitslosigkeit.

Die Wachmannschaft strukturierte sich wie folgt:

Dem Verwaltungsstab des Lagerkommandanten gehörten dessen Stellvertreter und einige SA-Männer an, die in der Schreibstube mit der Zuständigkeit für Kasse, Personal- und Wirtschaftsgeschäfte sowie Einkäufe tätig waren.

Im Innendienst arbeitete ein Koch mit Gehilfen und ein Hüter des lager-eigenen Kleinviehbestandes. Nach Auflösung der Schutzhaftabteilung des Gerichtsgefängnisses Wuppertal-Bendahl wechselten zum 31. August 1933 zusätzlich drei SA-Hilfsstrafanstaltsaufseher ins KZ Kemna und übernahmen dort verantwortlich die Aufsicht über die Häftlingsschlafsäle.<sup>572</sup>

Die drei Wachkommandos in Stärke von je einem Wachhabenden und acht Mannschaften waren für die Bewachung des Lagers verantwortlich und begleiteten die Häftlinge auch zu Arbeitseinsätzen außerhalb des Lagers. Nach

---

<sup>572</sup> Schreiben des Strafanstaltsdirektors vom 31.08.1933, HStAD, Gerichte, Rp. 321/413, Bl. 251.

Aussagen von Angehörigen der Wachmannschaft waren tagsüber drei Posten als Hof- und Torwache und nachts mehrere Doppelposten eingeteilt, die alle zwei Stunden abgelöst wurden.<sup>573</sup> Jedes Wachkommando hatte 24 Stunden Dienst, 24 Stunden Bereitschaftsdienst und 24 Stunden Freizeit.<sup>574</sup> Da die Wachmänner ausnahmslos im Lager wohnten, waren sie zumindest nachts im Alarmfall verfügbar. Auch beim Eintreffen größerer Transporte und während intensiver Vernehmungsphasen wurden alle Wachleute, die nicht gerade als Außenposten Dienst taten, eingesetzt.<sup>575</sup> Die Wachkommandos waren nach ihren Truppführern Ernst Maikranz, Ernst Cappel und Wilhelm Bläsing benannt.

Innerhalb der Lagerwachmannschaft, wie auch der ganzen SA, war Alkoholmissbrauch an der Tagesordnung. Zahlreiche Gefangene berichteten übereinstimmend, dass die SA-Männer bei den abendlichen Misshandlungen stark betrunken gewesen seien. Dabei war es gängige Praxis des Wachkommandos, das offiziell dienstfrei hatte, sich in Oberbarmen oder im Lokal „Waldeslust“ in Laaken zu betrinken, am späten Abend aufgeputzt in die Kemna zurückzukehren, um sich an Verhören zu beteiligen oder unkontrolliert eigene „Vernehmungen“ durchzuführen.

Auch im Führungskreis der SA um Veller, Pfeiffer und Hilgers gab es erhebliche Alkoholprobleme.<sup>576</sup> Mit Polizeigewalt und der Drohung, sie in die Kemna einzuliefern, zwangen sie Wirte, die ihr Lokal zur Polizeistunde bereits geschlossen hatten, wieder zu öffnen. Anschließend wurde regelmäßig die Zeche geprellt. Selbst in der Kemna soll ein Alkoholexzess unter Beteiligung einiger Frauen stattgefunden haben, während eine Etage tiefer die Schutzhäftlinge gefoltert wurden.<sup>577</sup> Was der Alkoholmissbrauch für die Dienstausbübung des Polizeipräsidenten bedeutete, macht folgendes Zitat deutlich: „Es ist auf dem Polizeipräsidium allgemein bekannt, dass Polizei-

---

<sup>573</sup> Vernehmung Wilhelm Bläsings vom 16.07.1947, HStAD, Gerichte, Rep. 29/288, Bl. 220/221.

<sup>574</sup> Entwurf Wachplan 1933/34, HStAD, Gerichte, Rep. 29/291, Bl. 1010.

<sup>575</sup> Urteil Kemna-Prozess, HStAD, Gerichte, Rep. 29/293, S. 61.

<sup>576</sup> HStAD, Gerichte, Rep. 29/165, Bl. 112.

<sup>577</sup> Aussage Heinrich Braun im Juli 1947, HStAD, Ger. Rep. 29, Bd. 287, Bl. 190; Anklageschrift Kemna-Prozess, HStAD, Gerichte, Rep. 29/291, Bl. 703. Einzelne Wachmänner brachten an dienstfreien Tagen ihre Frauen und Kinder mit ins Lager. Vgl. Urteil Kemna-Prozess, HStAD, Gerichte, Rep. 29/293, S. 98/99.



präsident Veller wiederholt zum Dienst nicht erschien, weil er seiner Sauferei wegen hierzu nicht in der Lage war.“<sup>578</sup>

#### *Handlungsspielräume*

Es gab für die Angehörigen der Wachmannschaft breite Handlungsspielräume im Grad der Beteiligung an Misshandlung und Folter, wie die gravierenden Unterschiede im Verhalten der Wachen Maikranz und Bläsing auf der einen, sowie der Wache Cappel auf der anderen Seite zeigen.

Der 23jährige Elektromechaniker Ernst Cappel, seit Ende 1931 SA- und NSDAP-Mitglied, suchte in der Kemna 1933 neue berufliche Perspektiven. Er lehnte die Folterung von Gefangenen als unzweckmäßig ab und gab bei späteren Vernehmungen an, über die Zustände in der Kemna schockiert gewesen zu sein. Bei der Zusammenstellung seines Wachkommandos suchte Cappel weitgehend zielsicher die am wenigsten brutalen SA-Männer heraus und stellte so ein Kommando zusammen, das mit ihm in der Ablehnung der übermäßigen Misshandlung von Schutzhäftlingen übereinstimmte. Die Dienstzeiten der Wache Cappel waren die ruhigsten Tage im Lager Kemna. Der Wachhabende ordnete offenbar nie selbst Misshandlungen an und versuchte auch Angehörige der Politischen Polizei, die auf der Folter bestanden, umzustimmen. Angeblich bei der ersten sich bietenden Gelegenheit meldete sich Cappel am 20. Oktober 1933 zu einer anderen Dienststelle, dem neu aufgestellten SA-Feldjägerkorps, das 1936 in neuen Hundertschaften der Schutzpolizei aufging.<sup>579</sup> Obertruppführer Martin Heibel, Cappels Nachfolger als Wachhabender, führte den zurückhaltenden Einsatz von Gewalt fort, sodass im Kemna-Verfahren 1948 kein einziger Angehöriger der Wache Cappel/Heibel wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit verurteilt wurde.<sup>580</sup>

Neben Cappel wechselten Ende Oktober 1933 vier weitere SA-Männer, darunter der stellvertretende Lagerkommandant Erich Altwicker, von der

---

<sup>578</sup> Zusatzbericht vom 10.12.1933, HStAD, Ger. Rep. 29, Bd. 166, Bl. 483.

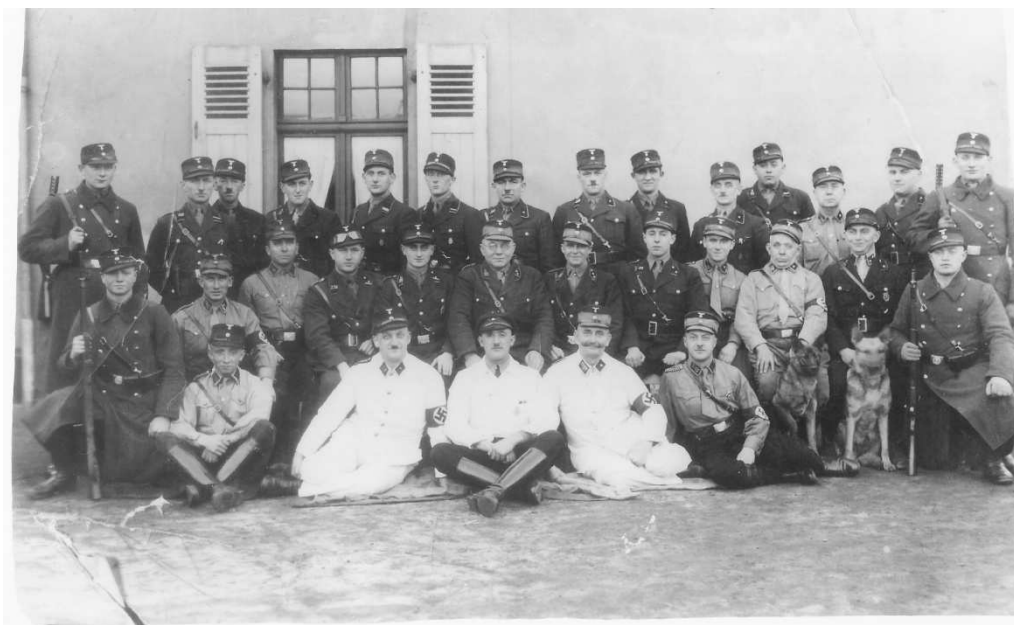
<sup>579</sup> Urteil Kemna-Prozess, HStAD, Gerichte, Rep. 29/293, S. 385-388. Vgl. auch Friedrich Wilhelm: Die Polizei im NS-Staat, Die Geschichte ihrer Organisation im Überblick, Paderborn 1999.

<sup>580</sup> Drei wurden freigesprochen, gegen fünf wurde das Verfahren schon während der Vorermittlungen eingestellt.

Kemna zur Wuppertaler SA-Feldjäger Bereitschaft 7/VI und schafften über diesen Umweg den Einstieg in Schutzpolizei.<sup>581</sup>

Offenbar gab es in den Reihen der Wachmänner Einzelne, die duldeten, dass Gefangene, die während ihres Arbeitseinsatzes Kontakte nach außen hatten, dringend benötigte Dinge wie Tabak oder Medikamente ins Lager schmuggelten.<sup>582</sup>

Abb. 21: Foto der Wachmannschaft<sup>583</sup>



Das Foto wurde Ende Oktober oder Anfang November 1933 auf der zur Wupper liegenden Rückseite des Wohnhauses Beyenburger Straße 142 aufgenommen.

Es fällt auf, dass die Anordnung der Fotografierten nach der Farbe der Uniform komponiert wurde. Links und rechts sind je zwei SA-Männer mit Mänteln bekleidet und mit Karabinern 98 bzw. Maschinenpistolen bewaffnet zu sehen. Dabei handelt es sich offensichtlich um Wachmänner, die vor oder nach der Aufnahme Dienst als Außenposten verrichten mussten. Im Vordergrund sitzt in der Mitte mit weißer Jacke die Ordonnanz des Kommandanten, ihm zur Seite der Koch mit seinem Gehilfen, beide ganz in Weiß gekleidet.

<sup>581</sup> Friedrich Grafe war 1945 Schupo-Hauptwachtmeister. Vernehmung am 17.07.1947, HStAD, Gerichte, Rep. 29/288, Bl. 222. Karl Danowski wurde 1935 Gendarm. Schutzschrift vom 19.04.1948, HStAD, Gerichte, Rep. 29/291, Bl. 996/997. Kurt Kleinbeck wurde 1935 Schutzpolizist.

<sup>582</sup> Aussage Paul Bengel vom 14.02.1946, HStAD, Gerichte, Rep. 29/287, Bl. 158.

<sup>583</sup> HStAD, Gerichte, Rep. 29/291, Bl. 1043.

Sieben SA-Männer im Brauhemd rahmen die fünf durch die zentrale Sitzposition herausgehobenen Personen ein.

Im Zentrum des Bildes in der Mitte der mittleren Reihe sitzt Truppführer Hermann Warnstedt. Der 58jährige Kaufmann war für die wirtschaftlichen Angelegenheiten des Lagers verantwortlich und eine Respektsperson für die übrigen SA-Männer. Links von ihm sitzt der einzige Wachkommandoführer, der auf dem Bild zu sehen ist, Truppführer Ernst Maikranz und neben Maikranz in der Uniform der Motor-SA Obertruppführer Karl Liebergall, der Fahrer des Kommandanten. Rechts von Warnstedt sitzt Sturmführer Franz Mai, der von der Krefelder SA in die Kemna abkommandiert wurde und der ranghöchste SA-Mann auf dem Bild ist. Neben Mai ist der stellvertretende Kommandant, der 23jährige Oberscharführer Bruno Wolff zu sehen.

#### *Sozialstruktur der Wachmannschaft*

Von der Kemna-Wachmannschaft sind 56 Personen zumindest namentlich bekannt. Die vorliegenden Daten erlauben eine Auswertung folgender Variabler: Alter und Generationenzugehörigkeit, Konfession, Zeitpunkt des SA-Beitritts und Parteimitgliedschaft.

Die Untersuchung der Altersstruktur der Wachmannschaft zeigt eine deutliche Abweichung zu den zu erwarteten Ergebnissen: die SA-Männer in der Kemna waren verhältnismäßig alt. Zum Stichtag 1. Oktober 1933 betrug das Durchschnittsalter 29,7 Jahre. Während der jüngste SA-Mann kurz vor seinem 19. Geburtstag stand, war der älteste bereits 60 Jahre alt.

Der generationelle Erfahrungshintergrund wird zwar überwiegend von der Kriegskinder- und Kriegsjugendgeneration geprägt, allerdings in weit geringerem Ausmaß als bei einer durchschnittlichen SA-Einheit.<sup>584</sup> Immerhin 22 Prozent der Angehörigen der Wachmannschaft kommen aufgrund ihres Geburtsjahrganges als ehemalige Frontkämpfer in Frage.

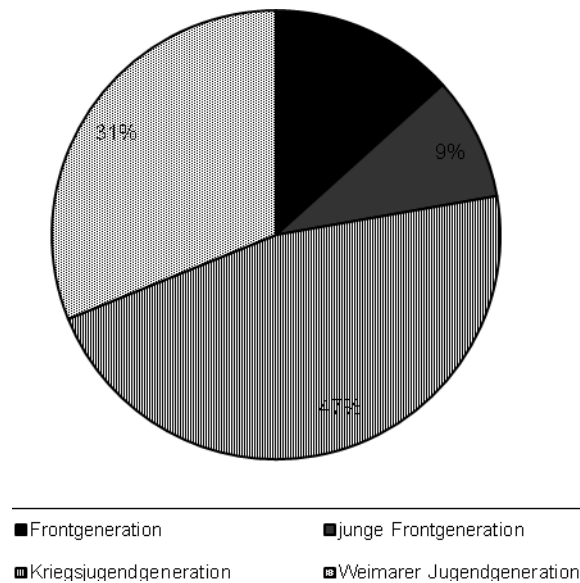
---

<sup>584</sup> Sven Reichardt schätzt den Anteil dieser Generation an der SA auf 90 %. Vgl. Reichardt, *Kampfbünde*, S. 349-351.

Tabelle 7: Altersstruktur der Wachmannschaft

Altersgruppe	Anzahl	in %
51-60 Jahre	3	6,4
41-50 Jahre	4	8,5
31-40 Jahre	7	14,9
21-30 Jahre	27	57,4
18-20 Jahre	6	12,8
Gesamt	47	100

Abb. 22: Generationelle Zusammensetzung der Wachmannschaft<sup>585</sup>



Die Konfession ist nur von den 26 Angeklagten des Kemna-Prozesses 1948 bekannt. 13 bezeichneten sich als konfessionslos oder gottgläubig, zwölf als evangelisch und einer als katholisch. Auch wenn man einkalkuliert, dass der Anteil der konfessionell gebundenen ehemaligen Wachmänner durch den eindeutigen Wechsel in der sozialen Erwünschtheit nach 1945 wieder angestiegen ist, belegen die Zahlen deutlich die Herkunft der übergroßen Mehrheit aus dem protestantischen Milieu.

Zwei Drittel der Angehörigen der Wachmannschaft sind der SA in ihren „Boom-Jahren“ 1931/32 beigetreten. Drei Wachmänner gehörten zur „Alten Garde“ der vor 1930 Beigetretenen, ebenso viele zu den sog. „März-

<sup>585</sup> „Frontgeneration“ vor 1890 geboren, „junge Frontgeneration“ Jahrgänge 1890-1899, „Kriegsjugendgeneration“ Jahrgänge 1900-1909, „Weimarer Jugendgeneration“ Jahrgänge 1910-1914.

gefallenen“, die erst nach der Machtübergabe an die NSDAP Mitglieder der SA wurden.<sup>586</sup>

Die formal als Pflicht verstandene obligatorische Parteimitgliedschaft wurde in der SA nie vollständig umgesetzt.<sup>587</sup> Der vergleichsweise hohe Anteil von 70 Prozent der SA-Männer in der Kemna-Wachmannschaft, die bereits Ende 1932 auch der NSDAP angehörten, scheint auf eine hohe Loyalität gegenüber der Partei hinzuweisen. Nur einer der sieben nach 1933 noch Parteiloosen holte den Beitritt nach der Aufhebung der reichsweiten Sperre 1937 nach, was vermutlich durch den unbefriedigenden weiteren Karriereverlauf begründet war.

Tabelle 8: Zeitpunkt des SA-Beitritts der Wachmänner

Jahr des SA-Beitritts	Anzahl	in %
1925	1	2,9
1927	1	2,9
1929	1	2,9
1930	5	14,7
1931	10	29,4
1932	13	38,2
1933	3	8,8
Gesamt	34	100

Tabelle 9: Zeitpunkt des NSDAP-Beitritts der Wachmänner

Jahr des NSDAP-Beitritts	Anzahl	in %
1923	1	2,9
1925	1	2,9
1927	1	2,9
1930	4	11,8
1931	10	29,4
1932	7	20,6
1933	3	8,8
1937	1	2,9
ohne NSDAP-Mitgliedschaft	6	17,6
Gesamt	34	100

<sup>586</sup> Vom 01.01. bis 03.02.1933 bestand eine Aufnahmesperre, so dass alle SA-Mitglieder mit dem Beitrittsjahr 1933 erst nach dem Regierungsantritt Hitlers beigetreten sein können. Vgl. Schuster, SA in Berlin, S. 70.

<sup>587</sup> Ebd.; Reichardt, Kampfbünde, S. 176.

## Die Kommandanten des Lagers

*SA-Sturm(bann)führer Hugo Neuhoff*

Neuhoff war Sturmführer des Sturms 14/171 in Heckinghausen, einer Hochburg der Kommunisten in Wuppertal, der im Mittelpunkt der politischen Kämpfe der Jahre 1930-1933 gestanden hatte. Auch der Sturm 14/171 verlegte seine Unterkunft 1933 in die Kaserne Münzstraße und beteiligte sich von dort aus an Razzien in der Umgebung sowie an der Folterung verhafteter politischer Gegner. Neuhoff war ein enger Vertrauter Willi Vellers, der ihn zum Kommandanten des Vorauskommandos ernannte, das die ersten Gefangenen von der Münzstraße in die Kemna überstellte. Nach Aussagen seines Nachfolgers war Neuhoff mit den administrativen Aufgaben der Lagerverwaltung überfordert und wurde deshalb nach kürzester Zeit wieder versetzt.<sup>588</sup>

Er übernahm wahrscheinlich schon am 6. Juli 1933 die Führung des aus 30 SA-Männern neu aufgestellten Wachdienstes der Konsumgenossenschaft „Vorwärts-Befreiung“, die seit Ende Juni 1933 unter der Zwangsverwaltung der SA stand.<sup>589</sup> Neuhoff war also allem Anschein nach nur wenige Stunden als Kommandant des Lagers im Amt. Die wenigen Häftlinge aus den Vorauskommandos Münzstraße und Schloss Jägerhof berichteten, dass in diesen ersten Stunden des Lagers Kemna keine Misshandlungen stattfanden. Diese in starkem Kontrast zu den späteren Erlebnissen stehenden Erinnerungen führten zu einem vergleichsweise positiven Bild Hugo Neuhoffs, das sich auch in Karl Ibachs Kemna-Buch findet.<sup>590</sup> Angesichts seiner Rolle als Sturmführer in Heckinghausen und seiner Beteiligung an Misshandlungen in der Münzstraße muss dieses Bild korrigiert werden.

Einem Zeitungsbericht zufolge wurde Neuhoff Mitte August 1933 zum Sturm-  
bannführer Groß-Remscheid befördert.<sup>591</sup> Neuhoff soll wegen Unterschlagungen von Eigentum der Remscheider Konsumgenossenschaft 1934

---

<sup>588</sup> Vernehmung Alfred Hilgers vom 24.11.1947, HStAD, Gerichte, Rep. 29, 290, Bl. 558.

<sup>589</sup> Aufstellung über Neueingestellte der Konsumgenossenschaft vom 6.07.1933, abgedruckt in: Projektgruppe 'Geschichte Bergischer Genossenschaften': Vorwärts Befreiung, Genossenschaftliche Selbsthilfe im Bergischen Land, Essen 1984, S. 214.

<sup>590</sup> „Rücksichtslos und brutal, auf offener Straße zu jeder Untat bereit, lehnte er es jedoch ab, sich an wehrlosen Gefangenen auszulassen.“ Ibach, Kemna, S. 17.

<sup>591</sup> Bergisch-Märkische Zeitung, 25.8.1933.

kurzzeitig in Haft gewesen sein.<sup>592</sup> Der nächste Hinweis auf sein weiteres Schicksal findet sich in den Akten der staatsanwaltlichen Ermittlungen 1947/48: nach Angaben aus seiner Familie ist Hugo Neuhoff am 3. August 1944 an der Ostfront als Soldat gefallen.<sup>593</sup>

*SA-(Ober-)Sturmbannführer Alfred Hilgers*

Als Nachfolger Neuhoffs setzte Willi Veller den bisherigen Führer des Sturm-  
banns II/173, Alfred Hilgers ein. Dieser hatte sich unter anderem mit der  
Leitung der Besetzung des Wuppertaler Gewerkschaftshauses am 2. Mai  
1933 einen Ruf als rücksichtsloser SA-Kämpfer erworben.<sup>594</sup> Außerdem er-  
füllte er die wegen der Verwaltungsaufgaben gestellten Qualifikationsan-  
forderungen: Alfred Hilgers, am 24. Mai 1905 in Elberfeld als Sohn eines  
Gärtners geboren, hatte die Handelsschule absolviert. Weil es ihm nach der  
Zeit als Volontär nicht gelang, im kaufmännischen Bereich dauerhaft beruflich  
Fuß zu fassen, verdiente er nach einer Phase der Arbeitslosigkeit seinen  
Lebensunterhalt als Möbelpacker bei einer Speditionsfirma.

1926 trat er der NSDAP (Mitgliedsnummer 32.640) und der SA bei und wurde  
kurze Zeit später als kaufmännischer Angestellter in der Buchhaltung der  
partei eigenen „Wuppertaler Zeitung“ eingestellt.

Hilgers machte in der Elberfelder SA Karriere. Er gehörte seit 1931 zum Stab  
der Untergruppe Düsseldorf, wo er für Personalfragen zuständig war. Neben  
dem Kommando über das KZ Kemna führte er 1933 auch die SA-Standarte  
258 in Mettmann. Diese Personengleichheit führte zu einer engen Ver-  
zahnung der SA in Mettmann und ihrer Unterkunft in der „Koburg“ mit dem  
Lager Kemna in Wuppertal.<sup>595</sup>

Vermutlich lag zwischen der Abkommandierung Neuhoffs und der Einsetzung  
Hilgers etwa eine Woche, in der das entstehende Lager keinen  
Kommandanten hatte, aber weitere Gefangene aufgenommen wurden.

---

<sup>592</sup> Bericht der Bezirksleitung Niederrhein der KPD vom 09.05.1934, BA Berlin, SAPMO, RY  
1, I 3/20/44, Bl. 141.

<sup>593</sup> Aussage des Bruders, Ernst Neuhoff, vom 17.01.1948, HStAD, Gerichte, Rep. 240, 50,  
Bl. 18.

<sup>594</sup> Bericht des Wuppertaler Sekretärs des Baugewerkbundes Franz Landowsky, StadtAW,  
AfW, 11684, Bl. 19-21.

<sup>595</sup> SPD Mettmann, 125 Jahre, S. 51.

Hilgers berichtete, dass bei seinem Eintreffen knapp 100 Häftlinge im Lager waren.<sup>596</sup>

Hilgers hatte bereits in Vernehmungen der Staatsanwaltschaft 1934 versucht, sich als überarbeiteten Pro-forma-Kommandanten darzustellen, der kaum vor Ort sein konnte und trotzdem immer, wenn ihm etwas über Misshandlungen von Häftlingen zu Ohren kam, entsprechende Verbote ausgesprochen habe.<sup>597</sup> Diese Darstellung entsprach nicht im Entferntesten der Wirklichkeit. Hilgers beteiligte sich stattdessen selbst an der Folterung von Gefangenen.<sup>598</sup>

In der Begründung des Urteils des Prozesses gegen die Wachmannschaft 1948 wird Hilgers wörtlich als der „Teufel in der Hölle Kemna“ bezeichnet.

Bereits während seiner Tätigkeit in der Kemna beteiligte sich Hilgers an Unterschlagungen von Eigentum der Häftlinge und des Lagers. Nach seiner Absetzung setzte er diese Praxis fort. Er quartierte sich in einem Elberfelder Hotel ein und hielt intensiven Kontakt zu seinen Vertrauten in der Wachmannschaft. Weiterhin wurden ihm Lebensmittel aus Lagerbeständen gebracht. Auch sein Auto ließ er in Abwesenheit des neuen Kommandanten nach wie vor in der Kemna warten und betanken.<sup>599</sup>

1934 übernahm Hilgers bei der NSV in Düsseldorf eine Stelle als Einkäufer und leitete bis 1945 das Ernährungshilfswerk des Gaus.<sup>600</sup>

#### *SA-Sturmbannführer Wolters*

Nach der Beurlaubung von Hilgers beauftragte die Führung der SA-Gruppe Niederrhein Sturmbannführer Wolters aus Essen mit der Auflösung und Abwicklung des Lagers Kemna. Er stieß als Mitglied des Stahlhelms bei der Zusammenlegung beider Verbände zur SA. Aufgrund der sehr dünnen Quellenbasis ist über Wolters nicht viel mehr bekannt.

Wolters starb während der Abwicklung des Lagers an einem Schlaganfall.<sup>601</sup> Das Todesdatum ist nicht genau festzumachen, es muss jedoch nach dem 1.

---

<sup>596</sup> Aussage vom 24.11.1947, HStAD, Gerichte, Rep. 29/290, Bl. 558.

<sup>597</sup> Ebd., Bl. 559.

<sup>598</sup> Das Landgericht Wuppertal sah die persönliche Beteiligung an seelischen und körperlichen Misshandlungen in 28 Fällen als erwiesen an. Urteil Kemna-Prozess, HStAD, Gerichte, Rep. 29/293, S. 290.

<sup>599</sup> Aussage Ludwig Glasers im August 1934, HStAD, Gerichte, Rep. 29/218, Bl. 34.

<sup>600</sup> Urteil Kemna-Prozess, HStAD, Gerichte, Rep. 29/293, S. 284.

<sup>601</sup> Notiz über Wolters Erkrankung vom 17.02.1934, HStAD, BR 1021 II, Bl. 43 und Schreiben Knickmanns an die Wuppertaler Staatsanwaltschaft vom 03.11.1934, HStAD, Ger. Rep. 29/308, Bl. 513.



März 1934 liegen, an dem Wolters in Vorbereitung des Defektenbeschlusses Verlustbescheinigungen für Waffen- und Ausrüstungsteile unterschrieb.<sup>602</sup> Bei der von ehemaligen Häftlingen nach dem Krieg verbreiteten Version, nach der Wolters aus Rache für sein Einschreiten gegen Korruption und Unterschlagungen durch Angehörige der Wachmannschaft ermordet worden sein soll, handelt es sich offenkundig um eine Legende.<sup>603</sup>

### **Terror und Repression – zur Funktion früher Konzentrationslager**

Die frühen Konzentrationslager erfüllten im Rahmen der Herrschafts-etablierung des Nationalsozialismus die Funktion, die politischen Gegner durch, wie Johannes Tuchel es nennt, eine Dualität von Terror und Repression auszuschalten.<sup>604</sup>

Dazu übten die neuen Machthaber in den Lagern direkten Terror gegen Personen aus, von denen sie annahmen, dass sie Kristallisationspunkte oppositionellen Verhaltens oder Widerstands bilden könnten. Sie wurden aus ihrem Lebensumfeld herausgerissen und uneingeschränkter Gewalt ausgeliefert, die sowohl zielgerichtet als auch willkürlich sein konnte.

#### *Gezielte Gewalt - Folter zur Erreichung polizeilicher Ermittlungsziele*

Aufseiten des politischen Widerstandes war die Zahl von Denunziationen vergleichsweise gering. Eric Johnson bezifferte auf Grundlage einer Stichprobe aus dem Bereich der Gestapo Krefeld den Anteil der Ermittlungen gegen politische Gegner des NS-Regimes, die durch Denunziationen ausgelöst wurden, für den Zeitraum von 1933 bis 1939 auf fünf Prozent.<sup>605</sup> Gisela Diwald-Kerkmann kam für Lippe, wo nur sechs Prozent der Denunziationen politische Gegnerschaft betrafen, zu ähnlichen Ergebnissen. Die Bereitschaft zu denunzieren wuchs erst allmählich: auf 1933 entfielen zwei Prozent der Fälle, auf 1934 drei Prozent. Den Höchststand erreichte die Zahl der freiwillig erstatteten Anzeigen aus der Bevölkerung in den Jahren 1935/36 und 1943/44.<sup>606</sup> Für die Stadt Düsseldorf und zwei angrenzende

---

<sup>602</sup> Defekten-Beschluss und Verlust-Bescheinigung, HStAD, BR 1021 II, Bl. 25 und 35.

<sup>603</sup> Ibach, Kemna, S. 81. Laut Ibach wurde Wolters im Januar 1934 durch das Fenster der Schreibstube erschossen. Gerhardt Werner hat diese Behauptung offenbar ungeprüft übernommen. Vgl. Gerhardt Werner: Aufmachen, Gestapo! Über den Widerstand in Wuppertal 1933-1945, Wuppertal 1974, S. 10.

<sup>604</sup> Tuchel, Konzentrationslager, S. 5-7.

<sup>605</sup> Johnson, Terror, S. 393/394.

<sup>606</sup> Gisela Diwald-Kerkmann: Politische Denunziation im NS-Regime oder die kleine Macht der Volksgenossen, Bonn 1995, S. 62/63; S. 91.

Landkreise hat zuletzt Jan Ruckebiel eine in den ersten Jahren ähnlich verlaufende Kurve mit Spitzen in den Jahren 1935 und 1939 festgestellt.<sup>607</sup>

Die politische Polizei stützte sich bei ihren Ermittlungen der Jahre 1933/34 in erster Linie auf Hinweise von eigenen „Vertrauensleuten“ oder Spitzeln der NS-Nachrichtendienste. Deren „vertrauliche Hinweise“ führten zur Aufnahme polizeilicher Ermittlungen und zur Festnahme erster Verdächtiger. Um über das begrenzte Wissen der Spitzel hinaus in die kohärenten, durch jahre-, oft jahrzehntelange Bindungen gefestigten Strukturen des sozialistischen Milieus eindringen zu können, war Aussageerpressung durch Folter von entscheidender Bedeutung. Erst durch die „verschärften Vernehmungen“ gelang es, die Widerstandsgruppen vollständig aufzudecken und anschließend festzunehmen. Das Lager Kemna war dabei in der Region die wichtigste „Folterkammer“ der Ermittler der Politischen Polizei und des SA-Nachrichtendienstes. Die im Vergleich zu Polizeirevieren und regulären Gefängnissen abgelegene Lage und die skrupellos-sadistische Wachmannschaft prädestinierten dieses Lager dazu, durch den Einsatz von Gewalt Aussagen und Geständnisse systematisch zu erpressen.

Paul Meisen erinnerte sich an einen typischen Dialog zwischen Polizei und Wachmannschaft bei der Einlieferung eines Häftlings. Der Kriminal-Assistent nannte den Namen des Schutzhäftlings und wies darauf hin, dass er einen Apparat zur Vervielfältigung von Flugblättern besessen habe, aber nicht mehr wisse, an wen er ihn weitergegeben hat. Kommandant Hilgers bezeichnete es als „Kleinigkeit“ ihn zum Sprechen zu bewegen und ordnete die Folter an.<sup>608</sup>

Bruno Wolff, SA-Oberscharführer und von Oktober 1933 bis zur Auflösung auch stellvertretender Lagerkommandant, sah 1934 gegenüber der Staatsanwaltschaft keinen Anlass, die Misshandlungen zu leugnen:

„Es ist richtig, dass viele Schutzhaftgefangene verprügelt worden sind. Die Prügeleien sind hauptsächlich bei den Vernehmungen erfolgt. [...] Wenn nun die Gefangenen nichts aussagen wollten, dann wurden sie verprügelt, und zwar mit der Faust und mit Gummiknüppeln, gelegentlich auch schon einmal

---

<sup>607</sup> Jan Ruckebiel: Soziale Kontrolle im NS-Regime: Protest, Denunziation und Verfolgung, Zur Praxis alltäglicher Unterdrückung im Wechselspiel von Bevölkerung und Gestapo, Diss. Universität Siegen, 2001, S. 116-118.

<sup>608</sup> Urteil Kemna-Prozess, HStAD, Gerichte, Rep. 29/293, S. 183.

mit einer Peitsche [...] Soweit es sich um Verprügelungen von Gefangenen im normalen Rahmen handelt, haben wir uns dazu für berechtigt gehalten, da die behördlichen Stellen, die zum Teil die Prügeleien selbst mit angesehen haben und teilweise mitgeprügelt haben, zum Teil von den Prügeleien wussten und unser Vorgehen gebilligt und geduldet haben. Wenn in dem einen oder anderen Falle die Misshandlungen den normalen Rahmen überschritten haben sollten, so war das lediglich die Folge des Verhaltens der Gefangenen selbst.“<sup>609</sup>

In einem Rechtfertigungsschreiben an Rudolf Heß nennt Wolff diese „behördlichen Stellen“ beim Namen:

„Vernehmungen, bei denen die Gefangenen Prügel bezogen, sind durch sämtliche benachbarten Polizeiverwaltungen wie z. B. Radevormwald, Hückeswagen und Burscheid, ferner durch Kriminalbeamte des Polizeipräsidenten in Wuppertal, der Polizeiamter Solingen und Remscheid und anderer, der SA-Brigade Köln, ferner von den ND-Stellen der SA-Standarten 53, 171, 173, 40 und noch einigen anderen SA-Dienststellen vorgenommen worden.“<sup>610</sup>

Der Ruf der Kemna hatte sich offenbar über die Grenzen des Regierungsbezirks hinaus verbreitet. Im südlich angrenzenden Regierungsbezirk Köln waren die Folterlager in Porz und Bergisch-Gladbach bereits wieder geschlossen worden.<sup>611</sup> Das noch bestehende frühe KZ in der Provinzialarbeitsanstalt Brauweiler eignete sich für Folterungen nicht, weil der Direktor der Arbeitsanstalt, der gleichzeitig auch das KZ leitete, offenbar mäßigend auf die Behandlung der Häftlinge einwirkte.<sup>612</sup> Das scheint der Grund gewesen zu sein, warum auch der Nachrichtendienst der Kölner SA-Untergruppe/Brigade 71 unter der Führung des Scharführers Alex Naumann Häftlinge für Verhöre in die Kemna brachte, ohne dass diese formal in das Lager aufgenommen wurden.

Im Mittelpunkt der polizeilichen Ermittlungsziele stand die Suche nach Waffenbeständen militanter Widerstandsgruppen und nach Waffen, die nach den Kämpfen gegen den Kappputsch versteckt worden waren. Weiterhin

---

<sup>609</sup> Aussage vom 25.08.1934, HStAD, Gerichte, Rep. 29/218, Bl. 1-8.

<sup>610</sup> Einspruch vom 21.08.1934 gegen die Einstweilige Verfügung von Rudolf Heß, Stellvertreter des Führers, HStAD, Gerichte, Rep. 29/320 Bl. 30.

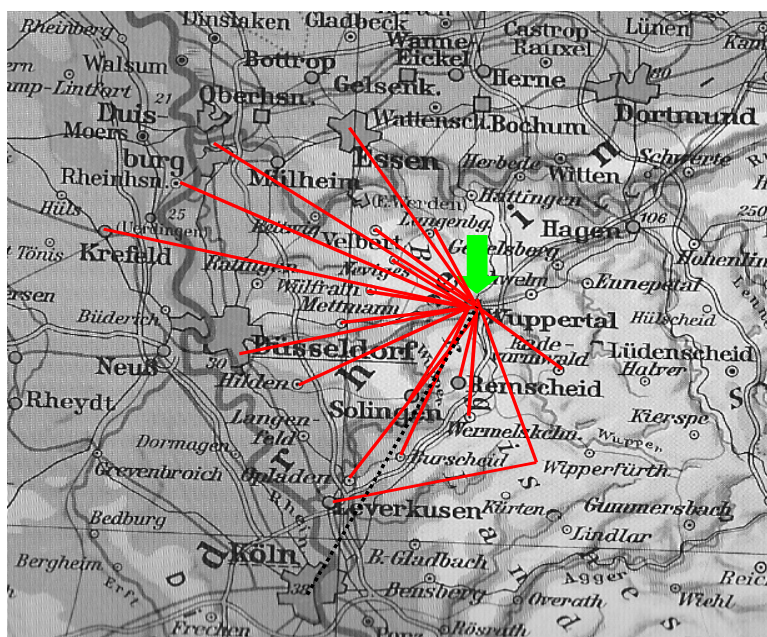
<sup>611</sup> Paul, Stellawerk; Gebhard Aders: Das SA-Lager am Hochkreuz in Köln-Porz, in: Schulte, Konzentrationslager, S. 25-31.

<sup>612</sup> Josef Wißkirchen: Brauweiler bei Köln, Frühes Konzentrationslager in der Provinzialarbeitsanstalt 1933-34, in: Schulte, Konzentrationslager, S. 65-85, hier S. 70.

stand die Verfolgung der Autoren kommunistischer und anderer oppositioneller Flugblätter sowie die Suche nach Sozialdemokraten in Verwaltung und Polizei im Zentrum der Verhöre.

Das spiegelt sich auch deutlich in den Ermittlungs- und Prozessakten der Hochverratsverfahren in der betroffenen Region aus den Jahren 1933/34, die maßgeblich auf Verhören im Lager Kemna basierten.<sup>613</sup>

Abb. 23: Einzugsgebiet des KZ Kemna



#### *Willkürliche Gewaltexzesse*

Die Insassen lebten ständig in der Gefahr, Opfer willkürlicher Misshandlungen zu werden. Dabei wurden teilweise auch alte Rechnungen aus den Auseinandersetzungen in der Endphase der Weimarer Republik beglichen. So misshandelte der aus Solingen stammende Wachmann Wilhelm Weber gezielt Solinger Kommunisten.<sup>614</sup> Viele Gefangene berichten dagegen auch, dass sie die Bekanntschaft zu einem Angehörigen der Wachmannschaft zumindest zeitweise vor der Gewalt schützte.<sup>615</sup>

Besonders gefährdet waren Häftlinge, die Feindbilder der SA verkörperten. Der brutale Antisemitismus der SA brach über jüdische Häftlinge, aber auch über solche herein, die nach Ansicht der SA einen jüdischen Namen

<sup>613</sup> Vgl. S. 297-309.

<sup>614</sup> Aussage Alfred Ohliger vom 23.05.1946, HStAD, Gerichte, Rep. 29/287, Bl. 41.

<sup>615</sup> Aussage Alfred Becker vom 22.05.1946, ebd., Bl. 58.

trugen.<sup>616</sup> Häftlinge, die in den Verdacht gerieten, Homosexuell zu sein, litten unter den homophoben Reflexen der SA.<sup>617</sup>

Es konnte ausreichen, wenn man aus einem bekannten Arbeiterviertel, wie dem von der SA „Klein-Moskau“ genannten Remscheid-Honsberg stammte, um brutal misshandelt zu werden.<sup>618</sup>

Im Kemna-Prozess gehörte es zu den Verteidigungsstrategien der Angeklagten, zu behaupten, die Misshandelten aus den Auseinandersetzungen der „Kampfzeit“ gekannt zu haben und nur verspätete Genugtuung gewollt zu haben.<sup>619</sup> Die Wachmannschaft folterte im Gegensatz dazu beispielsweise einen Gefangenen aus Duisburg, den sie zum ersten Mal sah, genau so grausam, wie einen jahrelangen Gegenspieler aus der Wuppertaler KPD. In der persönlichen Bekanntschaft zwischen Täter und Opfer einen konstitutiven Unterschied zu den späteren Lagern des KZ-System der SS zu sehen, erscheint deshalb zumindest fragwürdig. Dass die Trennung der Gewalt vom Individuum des Opfers in den frühen Lagern wie der Kemna bereits angelegt war, zeigt sich auch in einer deutlich erkennbaren Gewalt-Routine, die von den sog. „Begrüßungsprügeln“ nach der Einlieferung bis zum „Spießrutenlaufen“ abgehender Transporte reichte, ein Befund, der sich auch in anderen frühen KZ bestätigt.<sup>620</sup>

Die frühen Konzentrationslager wirkten indirekt als Repressionsmittel gegen den Teil der Bevölkerung, der dem neuen Regime ablehnend gegenüberstand. Um diese Funktion zu erfüllen, waren sie Teil des öffentlichen Raumes. Im Vergleich zu den abgeschotteten KZ der Inspektion der Konzentrationslager (IKL) kann man im Hinblick auf die frühen Lager von „gläsernen Konzentrationslagern“ sprechen.<sup>621</sup>

Gut 600 Meter vom Lager entfernt in Richtung Beyenburg, an der ehemaligen rheinisch-westfälischen Grenze, befindet sich der heute noch

---

<sup>616</sup> Ignatz Tippkötter aus Solingen wurde wegen seines jüdisch klingenden Vornamens zusammengeschlagen. Urteil Kemna-Prozess, HStAD, Gerichte, Rep. 29/293, S. 106.

<sup>617</sup> Bericht Wilhelm Weiler vom 09.04.1948, HStAD, Gerichte, Rep. 29/291, Bl. 1008.

<sup>618</sup> Urteil Kemna-Prozess, HStAD, Gerichte, Rep. 29/293, S. 144/145.

<sup>619</sup> Beispielhaft Kurt Kleinbeck in einer Vernehmung vom 02.09.1947: „Als nun verschiedene von den Leuten, die mich damals überfallen hatten, in das Lager eingeliefert wurden, packte mich der Zorn.“ HStAD, Gerichte, Rep. 29/287, Bl. 330.

<sup>620</sup> Drobisch/Wieland, System, S. 123-131.

<sup>621</sup> Bernward Dörner: Ein KZ in der Mitte der Stadt: Oranienburg, in: Benz/Distel, Terror ohne System, S. 123-138, hier S. 126.

existierende Gasthof ‚Haus Kemna‘, dessen damaliger Wirt die akustische Atmosphäre des Schreckens rund um das Lager beschrieb:

„Das Schreien vom Lager her drang in den Abendstunden und zur Nachtzeit sehr deutlich wahrnehmbar bis zu meinem Hause. Die Fenster habe ich sehr oft geschlossen, weil die in meinem Lokal anwesenden Gäste das Wimmern und Schreien der Häftlinge nicht anhören konnten.“<sup>622</sup>

Die Siedlung Laaken am anderen Wupperufer, die bis auf 200 Meter an das Lager heranreichte, befand sich damit ebenfalls in Hörweite.

Das Lager am Wupperlauf war umgeben von mit Spazierwegen durchzogenen bewaldeten Höhen, von denen aus das Lagergelände gut einsehbar war. Besonders an den Wochenenden nutzten Neugierige, Angehörige und Freunde der Insassen diese Beobachtungsmöglichkeit.

Rasch verbreiteten sich Gerüchte über das Lager und über die Misshandlungen der Gefangenen. Während es erwünscht war, dass die Bevölkerung die Institution „Konzentrationslager“ kannte und genug über die Lebensbedingungen in den Lagern bekannt wurde, um die Abschreckungsziele zu erreichen, war das Regime sehr daran interessiert, den Kreis der über die Folterungen Informierten zu begrenzen.

Als wichtigste, von Anfang an durchgeführte Maßnahme muss in diesem Zusammenhang der bei Entlassungen von Schutzhäftlingen obligatorische „Verpflichtungsschein“ gesehen werden. Der zu unterschreibende Text fokussierte auf die Verpflichtung des ehemaligen Schutzhäftlings, sich in Zukunft nicht mehr staatsfeindlich zu betätigen.<sup>623</sup> Damit war impliziert, dass die ehemaligen Häftlinge über alle Erlebnisse innerhalb des Lagers absolutes Stillschweigen zu bewahren hatten. Jede Äußerung, auch unter dem Mantel der Verschwiegenheit getätigt, die der Gestapo zur Kenntnis kamen, wurde als „Verbreitung von Greuelmärchen“ unnachsichtig verfolgt. Verstärkt wurde die Warnung vor einem Verstoß gegen das Schweigegebot durch massive Drohungen der Wachmannschaft.

Regelmäßig berichtete die Presse über die Einrichtung und den Betrieb der frühen Lager, wobei der angeblich erzieherische Charakter der Haft be-

---

<sup>622</sup> Aussage Ernst Neusers vom 26.08.1947, HStAD, Gerichte, Rep. 29/288, Bl. 331.

<sup>623</sup> Verpflichtungsschein Josef Tschey vom 16.10.1933, HStAD, RW 58, 7837, Bl. 09.

sonders betont wurde.<sup>624</sup> Im Fall des Lagers Kemna berichtete die regionale Presse ausführlich über die Einrichtung des Lagers, die Ankunft größerer Transporte, besondere Ereignisse, wie die KZ-Besichtigung durch den SA-Gruppenführer August Wilhelm Prinz von Preußen oder die Einlieferung von Prominenten und besonders die Auflösung.<sup>625</sup>

Dabei wurde zwischen den Zeilen - sozusagen augenzwinkernd - vorausgesetzt, dass Autor und Leser über die Folterungen im Lager Bescheid wussten. So fand es der Wuppertaler General-Anzeiger selbstverständlich, dass bei „dem Zweck einer derartigen Sicherheitsverwahrung und der Zusammensetzung des eingelieferten Menschenmaterials entsprechend in dem Hausreglement mit straffer Hand durchgegriffen werden“ musste.<sup>626</sup> Der Autor der National-Zeitung zitierte in der Überschrift seiner Reportage über die letzte Nacht des KZ Kemna hämisch den Text eines Liedes, das die Häftlinge beim Ausmarsch aus dem Lager singen mussten: „Abmarsch ins Emsland – Konzentrationslager Kemna aufgelöst - `Glücklich ist, wer vergisst...`“.<sup>627</sup> Die Bergisch-Märkische Zeitung stellte fest, dass die „Ausmerzung der Volksschädlinge“ fortschreite und „noch lange wird der Begriff „Kemna“ sich im Sprachschatz und in der Erinnerung unserer Tage erhalten.“<sup>628</sup> Offenbar waren in einem Fall auch italienische oder spanische Medienvertreter und Politiker im Lager.<sup>629</sup>

Auch ein mit Ermittlungen gegen die regionale SA-Führung beauftragter SD-Agent bezeichnete das Konzentrationslager Kemna als „das Schreckgespenst der Bevölkerung“.<sup>630</sup> Wie präsent der vom Lager verbreitete Schrecken blieb, zeigt der sprichwörtlich gewordene Satz: „Sieh dich vor, sonst kommst du in die Kemna!“<sup>631</sup>

---

<sup>624</sup> Dietfried Krause-Vilmar: Das Konzentrationslager Breitenau in der zeitgenössischen Presse, in: Dachauer Hefte 12 (1996), S. 215-229; Albert Knoll: Die Anfangsphase des KZ Dachau in der zeitgenössischen Presse, in: Dachauer Hefte 17 (2001), S. 21-41; Lawrence D. Stokes: Konzentrationslager im Spiegel der Provinzpresse, Eutin 1933/34, ebd., S. 60-77; Robert Gellately: Backing Hitler. Consent and coercion in Nazi Germany. Oxford u. a. 2001, S. 51-57.

<sup>625</sup> Vgl. die Zusammenstellung in Brychta /Eckardt, Kemna, S. 5-8.

<sup>626</sup> „Die Kemna wird aufgelöst“, in: GA 11.01.1934.

<sup>627</sup> „Abmarsch ins Emsland“, in: NZ 21.01.1934.

<sup>628</sup> „Das Ende der Kemna“, in: BMZ 11.01.1934.

<sup>629</sup> Urteil Kemna-Prozess, HStAD, Gerichte, Rep. 29/293, S. 57.

<sup>630</sup> Bericht Agent 31 991 vom 09.12.1933, HStAD, Gerichte, Rep. 29/135, Bl. 378.

<sup>631</sup> Ibach, Kemna, S. 15.

## **Existenzbedingungen und Häftlingsgesellschaft**

### *Einlieferung*

Der Ablauf bei der Einlieferung neuer Häftlinge war eine ritualisierte Gewaltbehandlung zur Einschüchterung der Häftlinge, der die SA große Bedeutung für die Sicherheit im Lager und für die Unterdrückung von Widerstands- und Fluchtgedanken zumaß. Den Häftlingen sollte innerhalb von Minuten brutal deutlich gemacht werden, dass sie den geschützten Bereich des Rechtsstaats verlassen hatten.

Nur selten wurden neu Verhaftete sofort in ein Konzentrationslager eingeliefert. In den meisten Fällen kamen sie zunächst in kleinere Hafteinrichtungen, besonders in Polizeigefängnisse, von wo Tage, manchmal Wochen später der Transport in die Kemna erfolgte. Transportmittel waren Polizeifahrzeuge, Gefängniswagen, Privat-PKWS von SA-Männern, Lastwagen, Busse und bei besonders großen Transporten auch die Eisenbahn.

Die Transporte aus anderen Hafteinrichtungen begleiteten in den allermeisten Fällen reguläre Polizeieinheiten, die sich den Gefangenen gegenüber weitgehend korrekt verhielten. Um so gravierender wurde der Kontrast beim Betreten des Lagergeländes der Kemna empfunden. Unter wüsten Beschimpfungen, Fußtritten und Schlägen mit Gewehrkolben und Schlagstöcken jagten Teile der Wachmannschaft Neuankömmlinge gruppenweise durch den Eingang in die Wachstube. Dort mussten sie sich mit dem Gesicht zur Wand aufstellen und wurden von einem für sie unsichtbaren Gegner nacheinander mit voller Wucht mit dem Gesicht gegen die Wand gestoßen. Diese ersten Eindrücke waren für die neuen Schutzhäftlinge besonders erschreckend und tauchen deshalb in sehr vielen Erinnerungsberichten und Aussagen auf.<sup>632</sup>

Einzeln wurden die neuen Häftlinge zur Registrierung in die Schreibstube gerufen. In vielen Fällen kam es dort zu einer ersten Prügelorgie der anwesenden SA-Männer, den sogenannten „Begrüßungsprügeln“, die den Gefangenen sehr schnell und brutal den Charakter des Lagers als Folterstätte deutlich machten. Die SA aus den Heimatorten der Häftlinge gab der Wachmannschaft durch Vermerke oder Kreuze auf den Einlieferungslisten Hinweise auf besonders zu misshandelnde Personen. In einigen Fällen gelang

---

<sup>632</sup> Beispielhaft Braß, Kemna-Bericht, S. 12-20; Weiler, Kemna (1949), S. 25/26.



es den in der Schreibstube arbeitenden Häftlingen, die Opfer vorab zu warnen.<sup>633</sup>

Nach der Aufnahme zwang die Wachmannschaft den größten Teil der Neuzugänge für einige Tage, manchmal sogar für Wochen, im „Bunker“ zu leben. Dabei handelte es sich um einen 16 Quadratmeter großen, auszementierten Raum mit einer kleinen fensterähnlichen Öffnung und einer doppelflügeligen Eisentür zum Saal I. In diesen Raum wurden tagelang bis zu 50 Personen in unerträglicher Luft und Hitze eingesperrt. „Die Ausdünstungen der Eingesperrten waren so stark, dass das Wasser unter der Tür herlief, wie wenn es mit einem Eimer gegossen wurde.“<sup>634</sup> Zunächst waren die Bunkerinsassen gezwungen ihre Notdurft innerhalb des Raumes in das auf dem Boden liegende Stroh zu verrichten.<sup>635</sup> Erst seit dem Herbst 1933 gestattete die Wachmannschaft diesen Häftlingen das Aufsuchen der Lagerlatrine. Zum Teil wurden die Insassen des Bunkers zu neuen Verhören gerufen und damit einhergehend neuen Misshandlungen.

Für den etwa 200 Mann umfassenden Transport aus Duisburg reichte die Kapazität des Bunkers nicht aus. Die Duisburger wurden deshalb für drei Tage im Saal III eingeschlossen. Sie durften den Saal nur verlassen, wenn sie zum Verhör gerufen wurden. Für die Verrichtung der Notdurft stellte die SA drei undichte Kübel in den Raum, deren Inhalt bald auslief und sich mit dem als Nachtlager dienenden, auf den Boden gestreuten Stroh vermischte.<sup>636</sup>

Die äußerliche „Gleichschaltung“ durch die Rasur des Haupthaars der Gefangenen leitete den Übergang in die regulären Häftlingssäle ein. Eine einheitliche Häftlingskleidung gab es erst im Lauf der Herbstmonate 1933, als die Kleiderkammer begann, Neuankömmlinge mit grauen Drallanzügen, die durch einen braunen Streifen auf dem Rücken markiert waren, einzukleiden. Alle Häftlinge wurden gezwungen, Holzschuhe in häufig völlig unpassenden

---

<sup>633</sup> Zeugenaussage Andreas Pflüger vom 17.10.1947, HStAD, Gerichte, Rep. 29/289, Bl. 464.

<sup>634</sup> Aussage Karl Niermann vom 29.08.1934, HStAD, Gerichte Rep. 29/218, Bl. 15.

<sup>635</sup> Erinnerung Paul Dächers, zitiert in: Wunder, Manuskript, S. 41.

<sup>636</sup> Weiler, Kemna, S. 35/36.

Größen zu tragen: „Es war eine große Qual in diesen Holzschuhen auch nur einige Schritte zu gehen.“<sup>637</sup>

Vor dem Bezug der neuen Schlafstelle mussten die Schutzhäftlinge zu einer formalen Eingangsuntersuchung durch den Lagersanitäter.

#### *Häftlingsalltag*

Die Bezirksregierung hatte dem Lager Kemna eine Kapazität von 200-300 Haftplätzen zugebilligt. Diese Zahl wurde bereits Anfang August 1933 deutlich überschritten. Zwischen August und November 1933 war die Kemna durchschnittlich mit 700-800 Häftlingen belegt und erreichte im Oktober mit etwa 1.100 Gefangenen die Höchstzahl.

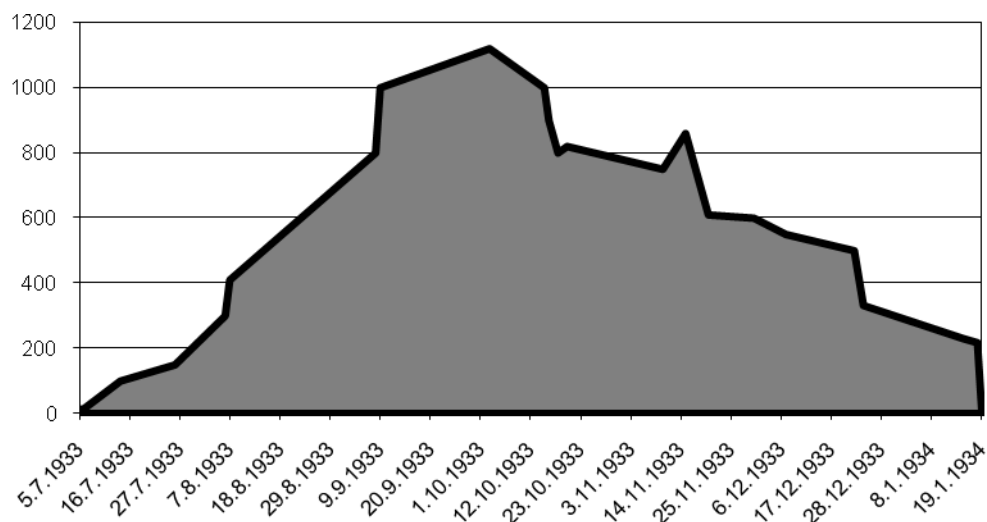
Die gravierende Überbelegung des Lagers bestimmte die Lebensumstände der Häftlinge. Bis in den November 1933 waren Teile der Gefangenen wegen fehlender Bettgestelle gezwungen, auf dem mit Stroh bedeckten Betonfußboden der Säle zu schlafen. Die Betten, die nach und nach in der lager-eigenen Tischlerei und Schlosserei produziert wurden, standen zu dritt übereinander. Jeder Häftling, der ein Bett ergattern konnte, verfügte zusätzlich über einen Strohsack und mit Glück auch über eine Decke. Spinde waren so gut wie nicht vorhanden. Die Gefangenen bewahrten ihre Habseligkeiten in einem Pappkarton meist am Fußende des Bettes auf. Regelmäßig fanden Durchsuchungen der Säle und der persönlichen Gegenstände der Häftlinge statt.<sup>638</sup>

---

<sup>637</sup> Erlebnisbericht Paul Urbaniak, StadtAW, AfW 76484, Bl. 12.

<sup>638</sup> Urteil Kemna-Prozess, HStAD, Gerichte, Rep. 29/293, S. 154.

Abb. 24: Zahl der Häftlinge im Lager Kemna



Während der Phase der größten Überbelegung gab es auch an den vorhandenen Tischen und Bänken nicht für jeden Gefangenen Platz, sodass viele sich auf den Boden oder die Betten setzen mussten, um zu essen.

Die hygienischen Verhältnisse waren besonders in den Monaten August und September 1933 katastrophal. Auf jede Toilette kam eine dreistellige Zahl von Benutzern. Erst der Bau einer Latrine sorgte für leichte Entspannung. Angrenzend an Saal II wurde in einem Verschlag über einer Sickergrube ein Brett mit dreizehn Öffnungen angebracht.

Das Lager Kemna verfügte über keinerlei Duschen. Als einzige Waschmöglichkeit standen die in Fabriken üblichen Eisenwaschbecken zur Verfügung. Morgens musste dort eine lange Wartezeit in Kauf genommen werden. Zusätzlich zwang die Wachmannschaft die Gefangenen, sich im Wupperlauf zu „waschen“. Diese Maßnahme schien zunächst aus der Not heraus sinnvoll, wenn sie auch mit zahlreichen Schikanen verknüpft wurde. So mussten auch Männer mit frischen Wunden „teilnehmen“. Die Wachmänner machten sich ein Vergnügen daraus, die Gefangenen zu einem möglichst langen Untertauchen zu zwingen. Teilweise schossen sie sogar mit Pistolen über die Wasseroberfläche, um das Auftauchen zu verhindern.<sup>639</sup> Mit zunehmender Kälte nahm das „Bad in der Wupper“ immer mehr den Charakter einer reinen Folterung an.

<sup>639</sup> Weiler, Kemna, S. 55.

Auch ihre Wäsche mussten die Gefangenen im kalten Wupperwasser waschen. Angesichts dieser Verhältnisse ist es wenig überraschend, dass sich unter den Gefangenen Ungeziefer weitgehend ungehindert ausbreiten konnte.

Der Ablauf eines normalen Tages im Lager Kemna sah wie folgt aus:

Morgens gab die Sirene um 7 Uhr das Zeichen zum Aufstehen. Zwei Stunden zuvor war bereits das Kartoffelschälkommando geweckt worden und hatte seine Arbeit aufgenommen. Das Frühstück bestand aus einem Becher dünnen Kornkaffee und einer Scheibe Brot. Brotaufstrich hatten die Häftlinge nur dann zu Verfügung, wenn sie ihn in Päckchen von Angehörigen ins Lager geschickt bekommen hatten.

Ein zweites Sirenenzeichen gab um 8 Uhr das Signal für den Beginn der Arbeit. Das Mittagessen der Häftlinge bestand aus einem dreiviertel Liter wässriger Kohlsuppe oder einigen Kartoffeln oder Nudeln. Viele Häftlinge berichteten von einem ekelhaften Geschmack und muffigem Geruch besonders bei den Suppen, was vermutlich auf die Verwendung verdorbener Lebensmittel bei der Zubereitung zurückzuführen ist. Fleisch oder Fisch wurde nur für das Essen der Wachmannschaft verwendet.<sup>640</sup>

Tagsüber konnten die Häftlinge sich außerhalb der Arbeitszeiten in allen Häftlingssälen frei bewegen. Um 16 Uhr bekamen die Gefangenen noch einmal eine Portion Kornkaffee und abends um 18.30 Uhr ein Abendessen, meist einen halben Liter Graupensuppe oder Grütze.

Gegen 19 Uhr leitete der Zählappell aller Gefangenen den Wachwechsel ein. Gegen 21 Uhr wurde dann „Schlafen“ befohlen und das Licht gelöscht.

#### *Folter*

Bei kleineren Vergehen bestrafte die Wachmannschaft Gefangene mit 25 Schlägen auf das Gesäß. Das dieses Strafmaß „kleines Verhör“ genannt wurde zeigt, dass sich die Folterungen verselbstständigten und von den Ermittlungszielen der Polizei und des Nachrichtendienstes abkoppelten.<sup>641</sup>

Wollten die SA-Männer tatsächlich Aussagen erpressen, zählte sie die Schläge nicht. Die Wachmannschaft des Lagers entwickelte eine hohe Kreativität in der Entwicklung neuer Foltermethoden auch unter Verwendung

---

<sup>640</sup> Urteil Kemna-Prozess, HStAD, Gerichte, Rep. 29/293, S. 40-43.

<sup>641</sup> Weiler, Kemna, S. 43.

der vorhandenen Überbleibsel der Putzwolffabrik. Die Vernehmungen nannte sie zynisch „Singunterricht“, „das hohe C singen“, die Folterräume „Singstube“ oder „Puppenstube“.<sup>642</sup>

Abends ab etwa 22 Uhr begann die sich bis tief in die Nacht erstreckende Phase der Gefangenenmisshandlungen. Die Gefangenen lagen in ihren Schlafsälen, hörten die SA kommen, durchlitten Minuten voller Angst, bis klar war, wen die Wachmannschaft zum Verhör abholte. Minuten später hörten die Gefangenen das Schreien der Gefolterten, eine Geräuschkulisse, die das Schlafen unmöglich machte. Die allabendliche Angst, willkürlich zum brutalen Verhör „geholt“ zu werden, war Teil des Systems der Einschüchterung der Opfer.

Die Folter begann meist damit, dass eine Gruppe von bis zu zehn SA-Männern mit unterschiedlichen Schlagwerkzeugen wie (Gummi-)Knüppeln, Ochsenziemern, Stahlruten, Stöcken, Koppelriemen, Kabelenden und Peitschen auf das Opfer einschlugen. Häufig wurde dabei eine eigens in der Lagertischlerei hergestellte „Prügelbank“ verwendet, über die sich das Opfer unbekleidet legen musste, während ihm der Mund mit verunreinigten Lumpen zugehalten wurde. Am Kopf und an den Gliedmaßen hielten SA-Männer den Gefangenen fest, während andere mit aller Kraft bis zum Eintritt der Bewusstlosigkeit auf ihn einprügelten. Bewusstlose Opfer wurden dann mithilfe kalten Wassers wieder ins Bewusstsein zurückgeholt, und die Schlägerei begann von neuem.

Um die Qualen der Geschlagenen ins Unerträgliche zu steigern, streuten die SA-Männer Salz und Pfeffer in zuvor zugefügte frische Wunden.

„Ich musste mich dann vollständig ausziehen. Man hat mich wieder auf den Tisch gelegt und geschlagen. Damit mein Schreien nicht zu hören war, hat man mir ein dickes Tuch über den Kopf und das Gesicht gewickelt. Ein SA-Mann [...] fragte, ob mit Salz und Pfeffer; daraufhin wurde „Ja“ gesagt. Ich wurde dann mit einer Schere ins Gesäß gestochen und mir wurde in die Wunde im Wasser aufgelöstes Salz und Pfeffer eingeträufelt.“<sup>643</sup>

---

<sup>642</sup> Urteil Kemna-Prozess, HStAD, Gerichte, Rep. 29/293, S. 291.

<sup>643</sup> Aussage Erich Schreiber vom 11.01.1947, HStAD, Gerichte, Rep. 240/139, Bl. 16.

Eine singuläre Foltermethode des Lagers, die sich in die Erinnerung aller Lagerinsassen eingebrannt hat, waren die „Kemna-Häppchen“ oder das „Kemna-Frühstück“. Dabei wurden die Opfer gezwungen, bis zu vier ungewaschene Salzheringe zu essen, die zusätzlich mit Stauferfett, Petroleum, Rübenkraut und Salz oder Kot beschmiert waren.

An den erzwungenen Verzehr der Heringe schloss sich meist eine Durstfolter an. Häftlinge wurden mit Gewalt in viel zu kleine Fabrik-Kleiderspinde, die „Kemna-Särge“ gepresst: „Dieser war so klein, dass ich nur in einer ganz gekrümmten Stellung Platz hatte. Bei dieser Gelegenheit hat mich Schmitz so lange getreten, bis dass ich vollständig im Spind war.“<sup>644</sup> Um die Qual noch weiter zu steigern bliesen die Folterer Zigarettenrauch durch das Lüftungsloch des Spindes oder stellten auf einem Schemel im Blickfeld des vor Durst halb Wahnsinnigen ein Glas Wasser auf.

Einige Wachleute entwickelten „Vorlieben“ und „Spezialitäten“. Es gab mehrere, die gezielt mit der Faust „blaue Augen“ schlugen, oder sich rühmten, jeden Häftling mit einem Schlag niederstrecken zu können. Andere hatten sich auf die Misshandlung der Geschlechtsteile spezialisiert. Die gezielten brutalen Schläge und Tritte gegen Penis und Hoden verursachten bei einzelnen Opfern Langzeitschäden bis hin zum dauerhaften Verlust der Zeugungsfähigkeit.<sup>645</sup> Mit brennenden Zigaretten wurden schmerzhaft Wunden zugefügt. Ein Opfer berichtete, dass ihm eine brennende Zigarette in ein Nasenloch gesteckt wurde und dort minutenlang weiterglühte.

Zum Standardrepertoire gehörten auch verschiedene Varianten seelischer Folter und Demütigungen. Häftlinge wurden gezwungen ihr eigenes Blut, ihre Exkremate oder Erbrochenes aufzulecken. Häufig verlangte die Wachmannschaft von den Gefolterten Lieder zu singen, wahlweise Lieder der Arbeiterbewegung wie die Internationale, SA-Lieder oder Volks- und Stimmungslieder.<sup>646</sup> Auch zu Selbstbeschimpfungen und verbalem Verleugnen der eigenen politischen Überzeugung wurden die Opfer angehalten. Teil der seelischen Folterungen waren auch die alltäglichen Todesdrohungen. Unmissverständliche Aufforderungen zur Flucht oder Befehle, über die

---

<sup>644</sup> Schreiben Ernst Schiffmanns an die GStAH vom 09.11.1934, StAM, GStAH, 1639, Bl. 205r.

<sup>645</sup> Aussage eines 1933 34 Jahre alten Mannes, StadtAW, AfW, 12303, Bl. 5.

<sup>646</sup> Urteil Kemna-Prozess, HStAD, Gerichte, Rep. 29/293, S. 35.

Postenkette hinauszugehen, sollten die Gefangenen in Todesangst versetzen. Im Rahmen der Vernehmungen führte die SA zudem zahlreiche Scheinerschießungen im nahegelegenen Steinbruch durch, bei denen die Opfer mit verbundenen Augen vor ein Erschießungskommando geführt wurden. Dort wurde die Hinrichtung akustisch inszeniert: Das Kommando „Fertig“, das Knacken der Gewehrschlösser beim Durchladen, „Legt an“, „Feuer“. Es fiel kein Schuss – stattdessen brach die SA in schallendes Gelächter aus und brachte das Opfer ins Lager zurück.<sup>647</sup>

Die Folterwirkungen sind sehr eindrucksvoll von dem selbst von der Gestapo gefolterten Jean Améry beschrieben worden. Bereits mit dem ersten Schlag, der den Gefolterten treffe, breche das „Weltvertrauen“ zusammen, das Vertrauen in das Gegenüber, dass der eigene „psychische und damit auch metaphysische Bestand“ respektiert werde. Dieser Effekt verstärkte sich noch dadurch, dass die von frühester Kindheit erlernte Helferwartung keine Erfüllung finde.<sup>648</sup>

Eingelegte Pausen gaben dem Gefolterten Zeit, sich der eigenen Situation, der Angst und der völligen Hilflosigkeit bewusst zu werden. Durch anschließende Isolation des Opfers wurde die Wirkung der Folter auf die Persönlichkeit verstärkt. In der Kemna missbrauchte die Wachmannschaft zu diesem Zweck einen kleinen im Erdgeschoss gelegenen Verschlag unter der Treppe als Dunkelzelle. Der winzige Raum war an seiner höchsten Stelle 1,50 Meter hoch, sodass ein erwachsener Mensch nicht aufrecht stehen, durch die Schräge noch nicht einmal richtig sitzen konnte. In diesen Verschlag zwang die SA Gefangene, die besonders hart bestraft oder die aufgrund einer „Sondervernehmung“ genannten intensiven Folter von den übrigen Gefangenen separiert werden sollten.<sup>649</sup> Obwohl diese Häftlinge oft Tage, in Einzelfällen bis zu sechs Wochen im Verschlag ausharren mussten, durften sie offiziell nicht an der Lagerverpflegung partizipieren. Sie lebten von dem, was ihnen Mitgefangene zustecken konnten.<sup>650</sup> Auch medizinische Hilfe durfte den meist schwer Verletzten nicht gebracht werden. Den ganzen Tag

---

<sup>647</sup> Urteil Kemna-Prozess, HStAD, Gerichte, Rep. 29/293, S. 108.

<sup>648</sup> Jean Améry: Jenseits von Schuld und Sühne, Bewältigungsversuche eines Überwältigten, Stuttgart 1977, S. 55-57.

<sup>649</sup> Einspruch Wolffs vom 21.08.1934 gegen die Einstweilige Verfügung von Rudolf Heß, Stellvertreter des Führers, HStAD, Ger. Rep. 29/320, Bl. 35.

<sup>650</sup> Aussage Theodor Deis vom 17.09.1934, HStAD, Gerichte, Rep. 29/219, Bl. 191.

über muss in dem Verschlag durch das Klappern der Holzschuhe auf der Treppe ein unerträglicher Lärm geherrscht haben.

Der vom Erdgeschoss bis in die zweite Etage reichende Lastenaufzug der ehemaligen Fabrik wurde ebenfalls zur Absonderung einzelner Gefangener von ihren Leidensgenossen benutzt. In den Aufzugskasten, in dem man weder aufrecht stehen noch ausgestreckt liegen konnte, zwängte die Wachmannschaft bis zu sieben Häftlinge gleichzeitig. Im Erdgeschoss lag der Aufzugschacht als einziger Teil des nicht unterkellerten Gebäudes unterhalb der Erdoberfläche und war wegen der Nähe zur Wupper ständig mit Grundwasser gefüllt. Die SA warf Gefangene in dieses Loch, in das zusätzlich eimerweise Kot aus der Latrine geschüttet worden war. Durch Herunterlassen des Aufzugs waren die Gefangenen gezwungen, in der dreckigen Brühe unterzutauchen. Dieser Vorgang wurde durch mehrfaches Hinaufziehen und wieder Herunterlassen bis zur völligen Erschöpfung des Opfers wiederholt.<sup>651</sup> Das Geräusch des fahrenden Aufzugs gehörte zur akustischen Terrorkulisse und ist den Insassen des Lagers in traumatischer Erinnerung geblieben. Die Tochter eines Häftlings berichtete über die nächtlichen Alpträume des Vaters: „Wir hörten dabei vielfach die Worte – im Schlaf gesprochen – wie: ‚Hörste, hörste, da haben sie wieder einen‘, oder ‚der Aufzug geht wieder‘, oder ‚sei still, sei still‘.“<sup>652</sup>

Die Mitgefangenen wurden tagsüber häufig durch das aus Aufzug und Verschlag dringende Stöhnen der Misshandelten auf die Insassen aufmerksam. Auch wenn sich die Gefolterten zunächst als standhaft erwiesen, ließen die Ermittler nicht locker. Der 39 Jahre alte Dreher Karl Erhardt durchlitt acht Nächte hintereinander die Folterungen der Wachmannschaft und wurde an jedem Morgen ins Polizeigefängnis in der Bachstraße gefahren und dort zur KPD befragt. Nach der achten Nacht war er körperlich und seelisch am Ende und erklärte dem vernehmenden Beamten: „Schreiben sie was sie wollen, ich werde alles unterschreiben.“<sup>653</sup>

Beispielhaft für das Martyrium eines Kemna-Häftlings, der von seiner Einlieferung bis zur Unterschrift unter die erwartete Aussage pausenlos miss-

---

<sup>651</sup> Erlebnisbericht Paul Urbaniak, StadtAW, AfW, 76484, Bl. 12; Erlebnisbericht Willy Zimmermann, ebd., 12422, Bl. 10.

<sup>652</sup> Schilderung Marianne Hecht-Wiebers, zitiert bei Wunder, Manuskript, S. 92.

<sup>653</sup> Aussage von 1946, HStAD, Gerichte, Rep. 29/287, Bl. 167.



handelt wurde, sind die Erlebnisse des letzten legalen Ortsgruppenleiters der KPD in Hückeswagen, Willi Haines:

„Als ich dann meine Personalien angab, sagte jemand: ‚Aha, Haines, der einzige zugelassene Nebenkläger vom Hückeswagener Prozess. Hat auch einen Meineid geschworen.‘ [...] Auf diese Bemerkung hin sagte ich: ‚Ich weiß nicht, wie ihr das nennt, wenn einer einen Eid leistet.‘ Im gleichen Augenblick erhielt ich von dem Obertruppführer Warnstedt [...] mit voller Wucht mit der Faust einen Schlag ins Gesicht. Das war das Zeichen dafür, dass man von allen Seiten über mich herfiel. [...] Man [...] schlug mich mit allen möglichen harten Gegenständen, wie Gummiknüppeln, Stahlruten usw. Hierbei erhielt ich auch einen Schlag auf den Kopf, von dem ich heute noch eine kleine Einbuchtung auf dem Kopf habe. [...] Infolge dieser Schläge sackte ich zusammen und fiel auf den Boden. Jetzt wurde ich getreten und hörte Rufe wie: ‚Stehst du auf, du Schwein.‘ [...] Ich habe mich dann mit aller Kraft wieder hochgerissen. Jetzt wurde ich erneut mit harten Gegenständen verprügelt. [...] ich konnte nichts mehr sehen, weil mein ganzes Gesicht geschwollen, das linke Auge ganz zu und das rechte Auge fast ganz zugeschlagen war. Aus der Wachstube wurde ich regelrecht herausgeworfen. Als ich in den Flur kam, wurde ich erneut verprügelt. Als ich daraufhin in die Knie sackte, rief ich, sie sollten mir eine Kugel durch den Kopf schießen. Daraufhin sagte einer von den Wachmannschaften: ‚Das könnte dir so passen, du Schwein.‘ Ich wurde hochgerissen und vorwärts gestoßen in den Verschlag unter der Treppe. [...] Im nächsten Augenblick ging die Türe zu meinem Verschlag auf. Es wurde mit Stablampen hereingeleuchtet. Im Schein dieser Stablampen erkannte ich Warnstedt, der mich nun aufforderte, einen Appetithappen zu essen. [...] Warnstedt gab mir nun einen Hering, der ungewaschen aus der Tonne genommen war. [...] Der Kopf war noch an dem Fisch, außerdem konnte ich am Knirschen der Zähne feststellen, dass dickes Salz auf dem Hering war. Während ich den Hering essen sollte, erhielt ich aus dem Dunkeln heraus mit Gummiknüppeln [...] Schläge über den Körper und zwar ganz wahllos – auch über den Kopf kamen mehrere Schläge. Das Essen des Herings machte mir außerordentliche Beschwerden, da mein ganzes Gesicht dick geschwollen war. Ich konnte kaum kauen. Auch wurde es mir beim essen schlecht und hatte ich das Gefühl, dass ich brechen

musste. Das merkten auch die Wachmannschaften und daraufhin sagten sie zu mir: ‚Wenn du Schwein kotzt, musst du es wieder auf-fressen.‘ Daraufhin habe ich das, was mir hochkam, wieder herunter-geschluckt.“<sup>654</sup>

Am nächsten Morgen setzten sich die Misshandlungen fort. Nach Abschluss der Vernehmung wurde Haines in den Krankensaal verlegt. „Haines habe ich lange in Behandlung gehabt. Ich habe ihn zeitweise gepflegt wie einen Säugling. Er hat lange auf dem Strohsack sitzen müssen, weil er wegen einer Wunde im Rücken nicht liegen konnte. Das Weiße in seinen Augen war wochenlang rot“<sup>655</sup> erinnerte sich der Häftlingssanitäter.

Spätestens im November 1933 war auch das „Waschen“ in der eiskalten Wupper Folter. Die Insassen wurden nur mit einer Unterhose bekleidet saal-weise zur Wupper geführt und mussten sich unter vorgehaltener Waffe in dem eiskalten Fluss, an dem sich bereits dicke Eistränder gebildet hatten, untertauchen und waschen.<sup>656</sup> In der Folge traten zahlreiche Hals-entzündungen auf. Häftlingssanitäter Jung zählte in einer Woche 150 Fälle, darunter Lungenentzündungen und Tuberkuloseerkrankungen.

Während die sichtbaren Verletzungen irgendwann verheilten, blieben die psychischen Wirkungen, die Schädigungen der Persönlichkeitsstruktur, lebenslang erhalten. „Wer der Folter erlag, kann nicht mehr heimisch werden in der Welt“, fasste Jean Améry zusammen.<sup>657</sup> Viele Angehörige berichten, dass die ehemaligen Häftlinge über Jahre, oft Jahrzehnte Nacht für Nacht die Foldersituationen in ihren Albträumen wiedererleben und das Lager Kemna Zeit ihres Lebens nicht verlassen konnten.

„Die Erinnerung an das, was ich in der Kemna erlebt habe, ist noch sehr stark, besonders, wenn ich daran denke, wie man fast jeden Abend die Schmerzens-schreie von den Gefangenen hörte. Diese Erinnerung werde ich wohl mein ganzes Leben nicht mehr loswerden.“<sup>658</sup>

---

<sup>654</sup> Aussage Willi Haines vom 08.09.1934, HStAD, Gerichte, Rep. 29/218, Bl. 98.

<sup>655</sup> Aussage Hugo Jung, HStAD, Gerichte, Rep. 29/218, Bl. 147.

<sup>656</sup> Aussage Karl Niermann vom 29.08.1934, HStAD, Gerichte, Rep. 29/218, Bl. 18.

<sup>657</sup> Améry, Jenseits, S. 73.

<sup>658</sup> Aussage Willi Haines vom 08.09.1934, HStAD, Gerichte, Rep. 29/218, Bl. 110.

„Außer den körperlichen Verletzungen sind meine Nerven vollständig zerrüttet. Ich schrecke noch heute jedes Mal zusammen, wenn mein Name gerufen wird. Und ich werde auch im Leben diese Vorgänge nie wieder vergessen.“<sup>659</sup>

#### *Medizinische Versorgung*

In den ersten Wochen des Lagers Kemna rief die Lagerleitung bei auftretenden akuten Erkrankungen den der SA und der NSDAP angehörenden und in Wuppertal-Oberbarmen praktizierenden Arzt Dr. Hans Widder zu Hilfe. Vom 24. August bis Mitte November 1933 war der Leiter der NSDAP-Ortsgruppe Wuppertal-Beyenburg, Kreisamtsleiter der NSV und SA-Sturmbannarzt Dr. Josef Wehrens als Lagerarzt in der Kemna tätig. Nach eigenen Angaben arbeitete er, wie auch sein Vorgänger und sein Nachfolger, unentgeltlich. Wehrens, der in der Folge das städtische Dezernat für Wohlfahrtspflege übernahm,<sup>660</sup> war Lagerarzt in der für die Gefangenen schlimmsten Lagerphase, will von den Folterungen aber nie etwas bemerkt haben. Nach Wehrens Ausscheiden übernahm bis zur Auflösung der Polizeimedizinalrat Dr. Paul Jonghaus die medizinische Betreuung des Lagers. In akuten Einzelfällen wurden Gefangene auch von einem Augenarzt und dem Zahnarzt Dr. Paul Dahm, SS-Obersturmführer, behandelt.

Als Lagersanitäter war der 23 Jahre alte Wilhelm Bergfeld aus dem Beyenburger SA-Sturm 15/171 in das Lager kommandiert worden. Bergfeld, erst im März 1933 in die SA eingetreten, bekleidete als Sturmmann den niedrigsten Rang innerhalb der Wachmannschaft. Er untersuchte neu eingelieferte Häftlinge, war zuständig für die Bereitstellung der durch die Ärzte verschriebenen Medikamente und für die Erste Hilfe bei Verletzungen.

Er führte im Sanitätsraum verschiedene Akten, darunter das vom 8. September 1933 bis zur Auflösung benutzte „Krankenbuch für Konzentrationslager Kemna“, das Aufschluss über die gesundheitlichen Folgen der Lebensbedingungen der Häftlinge gibt. Neben vielen Krankheitsbezeichnungen, welche die Folgen der Misshandlungen euphemistisch umschreiben, finden sich mit Beginn der kalten Jahreszeit eine ständig zunehmende Anzahl von Entzündungen der Lungen, Ohren, Mandeln und

---

<sup>659</sup> Aussage Theodor Deis vom 17.09.1934, HStAD, Gerichte, Rep. 29/219, Bl. 193.

<sup>660</sup> Wehrens wurde 1933 staatlicher Kommissar der AOK Wuppertal und 1934 Beigeordneter der Stadt mit der Zuständigkeit für das Wohlfahrtswesen und die Sozialversicherung. StadtAW, Verwaltungsberichte der Stadt Wuppertal 1934 und 1935.

Bronchien. Auch Magen-Darm-Erkrankungen waren weit verbreitet. Sechs Suizid-Versuche verzeichnete Bergfeld zwischen dem 8. September und dem 17. November 1933 im Krankenbuch. Unter der laufenden Nummer 100 findet sich folgender Eintrag: „Karl Winter versuchte am 18.11.33 morgens 9.45 Uhr einen Selbstmord, indem er sich folgende Verletzungen beibrachte: Durchtrennung der I. Unterarmschlagader und der Sehne, ferner die linke Halsvene.“<sup>661</sup> Im gesamten Zeitraum der Existenz des Lagers hat es nach Schätzungen der Sanitäter etwa 25 Suizidversuche gegeben.

Trotz der brutalen Misshandlungen starb kein Häftling innerhalb des Lagers. Entscheidend verantwortlich dafür waren die Häftlings-sanitäter Hugo Jung und Otto Ferlemann, die, wesentlich besser qualifiziert als Bergfeld, als dessen Gehilfen vielen Mitgefangenen das Leben retten konnten. Hugo Jung, seit 1923 in der KPD und für diese Partei Stadtverordneter in Solingen, kam am 21. Juli 1933 mit einem Transport aus dem Solinger Polizeigefängnis in die Kemna und wurde kurz darauf wegen seiner Vorkenntnisse zum Assistenten des SA-Sanitäters bestimmt. Jung hatte als Sanitätsunteroffizier an der Front und in der Kriegsgefangenschaft gelernt zu improvisieren und Wunden mit begrenzten Mitteln zu versorgen. Nach Jungs Entlassung am 18. November 1933 führte der Remscheider Otto Ferlemann, bis 1933 Kolonnenführer des ASB, die Arbeit fort.

Der im zweiten Obergeschoss des Fabrikhauptgebäudes gelegene Saal V war der Krankensaal, in den auch die gefolterten Häftlinge nach Ende der Tortur verlegt wurden. Der Saalälteste Karl Niermann, ein ehemaliger Polizeibeamter, berichtete, dass bis zu 125 Gefangene gleichzeitig dort untergebracht waren.<sup>662</sup> Einer Vereinbarung zwischen dem KZ-Kommandanten und dem Gefängnisdirektor des Gerichtsgefängnisses in Wuppertal-Elberfeld folgend, wurden schwerer erkrankte Kemna-Häftlinge auch im dortigen Gefängnislazarett medizinisch versorgt.<sup>663</sup>

Lebensbedrohlich Kranke oder Verletzte, insgesamt etwa 20 Personen, lieferte die Wachmannschaft zumeist nach mehrfachen Hinweisen des Häft-

---

<sup>661</sup> Krankenbuch KZ Kemna, HStAD, Gerichte Rep. 29/303. Winter war einer der Missethäter aus Radevormwald.

<sup>662</sup> Aussage vom 29.08.1934, HStAD, Gerichte, Rep. 29/218, Bl. 13-20, hier: Bl. 13/14.

<sup>663</sup> Schreiben des Strafanstaltsdirektors an Stapo Düsseldorf vom 12.03.1934, HStAD, Gerichte, Rep. 338/5.

lings-sanitäters in die Städtischen Krankenanstalten Barmen ein. Sie wurden von Bergfeld mit dem Gefängniswagen transportiert und auf Anordnung der Polizei auf der Station Innere Männer 5 untergebracht, zum Teil in den dort vorhandenen vergitterten Zellen, welche sonst der Unterbringung von Geisteskranken dienten. Dort wurden sie dann von SS-Ärzten und ausgesuchtem Pflegepersonal behandelt.<sup>664</sup> Nach leidlicher Wiederherstellung brachte sie ein Gefängniswagen ins Lager zurück. Wiesen die Gefangenen zu eindeutige Misshandlungsspuren auf, erlaubte die SA die Verlegung ins Krankenhaus erst, nachdem diese weitgehend abgeheilt waren.<sup>665</sup>

#### *Todesopfer*

Wie bereits ausgeführt ist kein Häftling innerhalb des Lagers gestorben. Die Kemna gehörte zu den frühen Konzentrationslagern, in denen die Ermordung der Gefangenen in den meisten Fällen ein letztes Tabu blieb.<sup>666</sup>

Drei Häftlinge sind nach dem Ende ihrer Haft in der Kemna noch 1934 nachweislich an den Folgen der Misshandlungen verstorben:

Der gelernte Schlosser Otto Böhne, 1933 35 Jahre alt, war als Organisationsleiter der KPD Wuppertal und Stadtverordneter direkt nach dem Reichstagsbrand in Schutzhaft genommen worden. Im Juni 1933 setzte ihn die Polizei wieder auf freien Fuß. Weil Alfred Hilgers Böhne für den Feuerüberfall auf einen SA-Zug durch das Arbeiterviertel Elberfelder Nordstadt am 26. Februar 1933 verantwortlich machte,<sup>667</sup> sorgte er persönlich für Böhnes erneute Verhaftung und Einweisung in die Kemna. Dort arbeiteten Teile der Wachmannschaft gezielt auf seinen Tod hin, wobei sich auch Polizeipräsident Veller an den Misshandlungen beteiligte. Dem Häftlingssanitäter wurde trotz erheblicher Folterverletzungen ausdrücklich jede Hilfeleistung untersagt.<sup>668</sup> In den letzten Tagen der Kemna ist Otto Böhne endgültig zugrunde gerichtet worden. Die Wachmannschaft ließ ihn die letzten 48 Stunden im Lager Kemna keine Minute mehr zur Ruhe kommen, sodass er bereits in sehr schlechtem Zustand den Transport der letzten Kemna-Häftlinge ins Moor an-

---

<sup>664</sup> Auskunft des damaligen Chefarztes Prof. Dr. Geßler, StadtAW, AfW, 76484, Bl. 46.

<sup>665</sup> Aussage Hugo Jung, HStAD, Gerichte, Rep. 29/218, Bl. 132.

<sup>666</sup> So auch das KZ Oberer Kuhberg bei Ulm. Christoph Kopke: Konzentrationslager und 'Schutzhaft' in der frühen NS-Zeit, Das KZ Oberer Kuhberg in Ulm, Ein Überblick, in: Jah/Kopke u.a., Nationalsozialistische Lager, S. 17-32, hier: S. 32.

<sup>667</sup> „NS-Propagandazug“, in: GA 27.02.1933. Vgl. auch S. 111.

<sup>668</sup> Urteil Kemna-Prozess, HStAD, Gerichte, Rep. 29/293, S. 81-83.

trat, auf dem er wieder besonders schikaniert wurde.<sup>669</sup> Von dieser Tortur hat er sich nicht mehr erholt. Im Lager Börgermoor kam er sofort ins Häftlingsrevier und wenig später ins Papenburger Krankenhaus. Dort starb er am 25. Februar 1934, angeblich an Rippenfellentzündung.<sup>670</sup>

Ende August 1933 wurde der 39 Jahre alte Schumacher Karl Erlemann aus Radevormwald-Obernhof verhaftet. Erlemanns Vater, Karl Erlemann senior, Jahrgang 1860, gehörte zu den Veteranen der Radevormwalder Arbeiterbewegung. Seine Brüder, Hugo und Ewald, waren in der KPD aktiv und beide auch in der Kemna inhaftiert.

Karl Erlemann jr. war dagegen nur im Arbeiter-Sportverein organisiert. Vermutlich geriet er wegen seiner Brüder auf die Verhaftungslisten der Radevormwalder Polizei. Bei ersten brutalen Verhören gab Erlemann den Besitz eines Karabiners 98 zu, den er nach der Demobilisierung 1918 behalten hatte. Die Polizei vermutete in ihm einen besonders gerissenen, im Geheimen operierenden Kommunisten, der mit Sicherheit von weiteren Waffenlagern Kenntnis haben müsste. Deshalb ließ er ihn in die Kemna schaffen, wo Erlemann auf unglaublich brutale Art und Weise gefoltert wurde. Sein Bruder Hugo konnte ihn nach dem „Verhör“ kurz sprechen:

„Als ich meinen Bruder in der Kemna wiedersah, oder vielmehr zum ersten Mal wieder hörte, es war dunkel, habe ich seine Stimme nicht wiedererkannt. Ich fragte ihn, weshalb er so eigenartig spreche. Er sagte mir, er sei furchtbar geschlagen worden. [...] Mein Bruder zeigte mir dann sein Gesäß, das vollkommen zerschlagen und blutig war und seinen Urin, der mit Blut vermischt war. Er erzählte dann, dass wohl 10 Mann wild auf ihm herumgeprügelt hätten und zwar in Gegenwart von Schild und Maus. [...] Er hatte ein eigenartiges, mir ganz fremdes Benehmen, stierte vor sich hin und gab auf Fragen Antworten, die vollkommen unsinnig waren.“<sup>671</sup>

Im Zuge der preußischen Weihnachtsamnestie wurde Erlemann am 23. oder 24. Dezember 1933 nach Hause entlassen. Bereits an Weihnachten zeigten sich erheblich psychische Auswirkungen der Folterungen. Erlemann flüchtete sich in einen religiösen Trancezustand, las dauernd im Gesangbuch und war

---

<sup>669</sup> Vgl. Aussage Heinrich Herbertz', HStAD, Ger. Rep. 29/218, Bl. 167.

<sup>670</sup> Aktennotiz der Abt. I A d. des Polizeipräsidenten in Wuppertal über die telefonische Todesmeldung der Kriminalabteilung des Konzentrationslagers in Papenburg vom 26.02.1934, GStAH, 14080, Bl. 17.

<sup>671</sup> Aussage vom 16.6.1947, HStAD, Gerichte, Rep. 240/139, Bl. 48.

kaum noch ansprechbar. An Silvester 1933 begann er unvermittelt, seinen siebenjährigen Sohn über eine Maschinenpistole zu vernehmen, und zwar in dem Ton der Vernehmungen, die er in der Kemna erlebt hatte. Der Hausarzt ordnete daraufhin die Einlieferung in die sog. Heil- und Pflegeanstalt Galkhausen bei Langenfeld an.

Sein dortiges Krankenblatt ist erhalten und zeigt deutlich, welche psychischen Auswirkungen Folter im Extremfall haben konnte.

„Krankheitsverlauf-Vorgeschichte:

Geschlechtsleben: Seit 1926 glückliche Ehe, 1 Kind geistig gesund.

Psychische Einflüsse: Im Konzentrationslager 4 Monate. [...]

Krankheitsverlauf:

1.1.1934: Schlaflosigkeit, Sinnestäuschungen religiösen Inhalts. Verweigert Wasser, weil Gift darin. Starke motorische Unruhe, gibt völlig unrichtige Antworten. Nahrungsverweigerung [...]

2.1.1934: Patient wehrt sich sehr, musste, nachdem er im Verwaltungsgebäude eine Scheibe eingeschlagen hatte, von 4 Pflegern zur Abteilung gebracht werden. Widersetzte sich, kratzte, schlug, bekam eine Spritze [...]. In der Nacht seit 1 Uhr schlaflos. Glaubte sich vom Satan verfolgt, redete zerfahrenes Zeug religiösen Inhalts.

3.1.1934: Musste vormittags in Packung, nachmittags im Dauerbad gehalten werden. Schimpfte, brüllte, schrie, Verständigung nicht möglich.

5.1.1934: Noch Tag und Nacht unruhig, musste entweder im Bade gehalten oder locker eingeschlagen oder vom Pfleger festgehalten werden. Schlägt mit den Händen um sich, als Abwehrkampf gegen Verfolger, schreit dabei: Teufel, töten, verfolgen u.s.w. Bekam einen Herzschwächeanfall, der sich bald wiederholte. [...]

7.1.1934: Psychisch noch verwirrt und unruhig. Bekommt Anfälle von Herzschwäche, verfärbt sich blass-weiß, sieht verfallen aus. Puls klein und weich. Nach einiger Zeit erholt sich das Herz wieder, aber die Anfälle treten häufiger auf. Zustand bedenklich.

9.1.1934: Zustand hat sich weiter verschlechtert. Herzschwäche besteht [...]. Angehörige sind verständigt. Heute Nachmittag 2 ½ Uhr Exitus letalis

Klinische Diagnose: Verwirrheitszustand mit starker Unruhe. Haftreaktion. Todesursache Herzlähmung.<sup>672</sup>

---

<sup>672</sup> HStAD, Gerichte, Rep. 29/218, Bl. 157.

Ein 1934 im Rahmen der staatsanwaltlichen Ermittlungen erstelltes Gutachten stellte ausdrücklich fest, dass die Erkrankung wahrscheinlich durch Schläge auf den Kopf hervorgerufen worden ist.<sup>673</sup>

Der 59 Jahre alte Burscheider Kuno Haas war von Ende August bis zum 28. November 1933 im Lager Kemna. Während seiner Haft im Lager ist er unter Beteiligung Burscheider SA-Männer brutal gefoltert worden. Nach der Vernehmung hatte er durch die massiven Schläge auf den Kopf dicke rote Schwellungen. Haas starb am 11. Mai 1934 in der Provinzial Heil- und Pflegeanstalt in Bonn, nach Mitteilung der Anstalt an einem Gehirngeschwulst. Ein ursächlicher Zusammenhang konnte medizinisch nicht nachgewiesen werden. Es ist aber wahrscheinlich, dass die Misshandlungen den Verlauf einer vorhandenen Erkrankung beschleunigt haben.<sup>674</sup>

Ein viertes Todesopfer ist der dreizehnjährige Hermann Goebel aus Remscheid, der am Rande einer Waffensuchaktion im August 1933 von einem der Wachkommandoführer erschossen wurde.<sup>675</sup>

#### *Arbeit*

Die wirtschaftliche Ausbeutung der Häftlinge war bereits im Mai 1933 in einem Erlass des Reichsinnenministeriums angeordnet worden, um die Unterhaltskosten der Konzentrationslager für die Staatskasse zu „verbilligen“.<sup>676</sup>

Die SA war in Wuppertal zu keinem Zeitpunkt in der Lage, ausreichende Arbeitsmöglichkeiten zur Verfügung zu stellen, sodass nur die wenigsten Häftlinge in der Kemna festen Arbeitsplätzen zugewiesen werden konnten. Weil die Einteilung zu einem Arbeitskommando die Wahrscheinlichkeit, Opfer von willkürlichen Misshandlungen zu werden, reduzierte, war sie entsprechend begehrt. Die meisten Insassen wurden während ihrer Gefangenschaft aber zu keinem der Kommandos eingeteilt und stattdessen mit Strafoxerzieren und „Sport“ „beschäftigt“ und „bewegt“, sowie zu Tätigkeiten gezwungen, die Wolfgang Sofsky als Terrorarbeit charakterisiert hat. Konstituierendes Merkmal von Arbeit als Terror ist die körperliche Über-

---

<sup>673</sup> Gutachten Oberarzt Dr. Settels vom 11.9.1934, zitiert im Urteil des Kemna-Prozesses vom , HStAD, Gerichte, Rep. 29/293, S. 249.

<sup>674</sup> Bericht StA Winkler über die Vorgänge im Konzentrationslager Kemna vom 29.12.1934, HStAD, Gerichte, Rep. 29/221, Bl. 102-175, hier: Bl. 161.

<sup>675</sup> Vgl. S. 208/209.

<sup>676</sup> Erlass vom 20.05.1933, vgl. Graf, Politische Polizei, S. 264.



belastung des Opfers, verbunden mit gewollter Untertechnisierung sowie einer End- und Sinnlosigkeit der erzwungenen Tätigkeit.<sup>677</sup> Dazu zählte in der Kemna insbesondere das sinnlose Herumtragen von Steinen, die zunächst aus dem Wupperbett geholt und aufgeschichtet werden mussten, um sie anschließend wieder zurückzubringen. Täglich mussten beschäftigungslose Häftlinge auch „Sport“ genanntes Strafexerzieren über sich ergehen lassen. Dieser Mangel an „sinnvoller“ Arbeit in der Kemna stand im Gegensatz zu den Planungen des Innenministeriums, die Schutzhäftlinge z. B. in der Moorkultivierung zur Arbeit für die „Volksgemeinschaft“ zu zwingen und erschwerte es den regionalen Machthabern, das Lager trotz des wachsenden Schließungsdrucks aus Berlin zu erhalten.<sup>678</sup>

Wie für alle frühen Lager waren Handwerker auch für das Lager Kemna von größter Bedeutung, weil Umbauarbeiten und die Herstellung der meisten Einrichtungsgegenstände in Eigenleistung durchgeführt werden mussten. Die staatlichen Stellen beteiligten sich an der Ausstattung der provisorischen Lager nur durch die Bereitstellung von Baumaterial. Kommandos, die für die Ausstattung und den Ausbau des Lagers arbeiteten, waren insbesondere die Schreinerei, die Betten, Tische und Bänke für den Lagerbedarf produzierte, die Schneiderei und die Schlosserwerkstatt mit Schmiede, die im ehemaligen Kesselhaus untergebracht war und unter anderem Fenstergitter herstellte.

In der auf dem Gelände befindlichen Autowerkstatt, die über einen Montage-schacht und eine Tanksäule verfügte, wurden Häftlinge gezwungen, Fahrzeuge von SA-Mitgliedern zu betanken, zu warten und zu reparieren.

Zum täglichen Lagerbetrieb gehörte die Arbeit als Küchenhilfe, Kartoffel-schäler, Viehhüter, Revier- und Wäschereiniger, Elektriker, in der Kleider-kammer und, bis zum Anschluss des Lagers an die Wasserleitung, als Wasserträger. Für die Reinigung der Aborte wurden häufig Gefangene aus der regionalen Politprominenz eingeteilt.

Aus gebrauchtem Material sollte eine Zentralheizung mit Anschluss an den alten Dampfkessel der Fabrik gebaut werden, die aber nie funktionsfähig wurde.

---

<sup>677</sup> Vgl. Wolfgang Sofsky, Die Ordnung des Terrors, Das Konzentrationslager, Frankfurt 1999, S. 214-221.

<sup>678</sup> Lüerßen, Moorsoldaten, S. 37.

Größtes Projekt zum Ausbau des Lagers war die Errichtung eines neuen zweistöckigen Anbaus an das Hauptgebäude. Beginnend mit den Ausschachtungen im September 1933 sorgten die Arbeiten an diesem Neubau über einige Monate hinweg dafür, dass handwerklich ausgebildete Häftlinge in ihren Gewerken relativ eigenverantwortlich tätig werden konnten. Allerdings bestand ein ständiger Mangel an Werkzeug und Baumaterial, sodass es nur schleppend voranging und nur ein Bruchteil der Lagerbelegschaft mitarbeiten konnte. Die Arbeiten leitete der Maurerpolier, Bauunternehmer und SA-Mann Ewald Schäfer, der besonders von Polizeipräsident Veller unter Zeitdruck gesetzt wurde.<sup>679</sup> Bis Anfang November war der Rohbau fertiggestellt, und es konnten die Fenster installiert, der Innenausbau begonnen sowie das Gebäude verputzt werden, wobei einsetzender Frost die Arbeiten weiter verzögerte.<sup>680</sup> Um das Trocknen des Mauerwerks zu beschleunigen, stellte die SA in den Räumen Koksöfen auf und zwang die mit Malerarbeiten beschäftigten Häftlinge, in dem giftigen Qualm weiterzuarbeiten.<sup>681</sup> Anfang Dezember 1933 waren die Bauarbeiten so weit fortgeschritten, dass erste Räume nutzbar wurden. Zwei der Wachkommandos bezogen im Neubau Quartier, wo außerdem ein Speisesaal für die SA eingerichtet wurde.<sup>682</sup>

Das größte Arbeitskommando außerhalb des Lagers war im nahegelegenen Steinbruch eingesetzt. Die „Steinbruchkolonne“ rückte jeden Morgen zum Steinbruch aus und musste dort ohne technische Hilfsmittel Schottersteine abbauen. Die Einteilung zu dieser körperlich sehr anstrengenden Arbeit wurde von der SA als Bestrafungs- und Disziplinierungsinstrument eingesetzt. Offenbar wurden jüdische Häftlinge grundsätzlich diesem Kommando zugeteilt.<sup>683</sup>

Weitere Außenkommandos arbeiteten in Laaken und Beyenburg bei der Rodung von Bauplätzen und im Wegebau, wobei der im Steinbruch abgebaute Schotter verwendet wurde. Außerdem plante ein Kommando

---

<sup>679</sup> Aussage Willi Wiersbowsky, HStAD, Gerichte, Rep. 29/287, Bl. 172.

<sup>680</sup> Braß, Kemna-Bericht, S. 34.

<sup>681</sup> Ebd., S. 40.

<sup>682</sup> Ebd., S. 45/46.

<sup>683</sup> Aussage Paul Bengel vom 14.02.1946, HStAD, Gerichte, Rep. 29/287, Bl. 158.

einen neuen Sportplatz für den Sportverein Laaken.<sup>684</sup> Der Weg zur Arbeitsstelle, der zu Fuß zurückgelegt werden musste, nahm bis zu 1 ½ Stunden in Anspruch.<sup>685</sup>

Aus Handwerkern bestehende Außenkommandos arbeiteten in der Wagnerschen Villa in Mettmann, der Unterkunft der Standarte 258, und in der Kaserne der SA-Feldjäger am Wuppertaler Arrenberg.<sup>686</sup> Ein Hinweis liegt dafür vor, dass Kemna-Häftlinge tagsüber auch an Privatfirmen „ausgeliehen“ wurden.<sup>687</sup>

#### *Funktionshäftlinge und Häftlingshierarchie*

Auch in einem frühen Lager wie der Kemna gab es bereits Funktionshäftlinge mit gewissen Privilegien. Zu dieser Gruppe gehörten alle Häftlinge, die zu den verschiedensten Schreibstubenarbeiten eingesetzt wurden, außerdem der jeweilige Häftlingssanitäter und Häftlinge, die als Fahrer und Beifahrer des Lager-Lieferwagens das Lagergelände beinahe täglich für mehrere Stunden verlassen konnten.

Darüber hinaus gab es einen Lagerältesten und für jeden Häftlingssaal einen Saal- oder Stubenältesten. Einzelne Aussagen weisen darauf hin, dass es innerhalb der Säle eine weitere Abstufung zu Blöcken bzw. Tischgemeinschaften mit Block-/Tischältesten gegeben hat.<sup>688</sup> Offenbar ernannte die SA diese Funktionshäftlinge und suchte sie nach der zu erwartenden Kooperationsbereitschaft aus. So gehörte ein großer Teil von ihnen zu den Häftlingsgruppen NS-Organisationen und ehemalige Polizeibeamte.

Lagerältester war nach eigenen Angaben der ehemalige sozialdemokratische Landtagsabgeordnete Wilhelm Enz senior. Seine Hauptaufgabe scheint dabei die Leitung der Kammer gewesen zu sein, in der die Zivilkleidung und der Tascheninhalt der Gefangenen für die Zeit ihrer Haft verwahrt wurde.<sup>689</sup>

Saalälteste waren zum Beispiel der ehemalige Polizeiobermeister Karl Niermann aus Wuppertal („Krankensaal“), der Zimmermeister Hermann von der Burg aus Solingen („Handwerkersaal“) und der Bergmann Richard Winter

---

<sup>684</sup> Vernehmung Ernst Cappels vom 22.09.1947, HStAD, Ger. Rep. 29/288, Bl. 378r.

<sup>685</sup> Erlebnisbericht Paul Urbaniak, StadtAW, AfW, 76484, Bl. 12.

<sup>686</sup> Erlebnisbericht Heinz Wagner, StadtAW, AfW, 12303, Bl. 6.

<sup>687</sup> Wilhelm Momburg gibt an, im weit entfernten Stadtteil W.-Sonnborn für eine Firma tätig gewesen zu sein. StadtAW, AfW, 76411, Bl. 70

<sup>688</sup> Bericht Hans Dallmann, zitiert in: Ibach, Kemna, S. 54/55.

<sup>689</sup> Eidliche Zeugenaussage Wilhelm Enz, StadtAW, AfW, 11309, Bl. 38. Vgl. auch das Biogramm S. 273.

aus Duisburg (Saal der Duisburger). Die Saalältesten waren für die Einhaltung der Lagerordnung in ihrem Saal verantwortlich. Sogenannte Block- oder Tischälteste lassen sich namentlich nicht festmachen.

Die Stellung der Ältesten zwischen Wachmannschaft und Mithäftlingen führte zu einer ständigen Gratwanderung zwischen der Hilfe für die Insassen und der Zusammenarbeit mit der SA. Meldungen der Funktionshäftlinge an die SA über Verstöße von Gefangenen gegen die Lagerordnung hatten Prügelstrafen zur Konsequenz.<sup>690</sup> Die SA verfügte zusätzlich auch zur Kontrolle der Funktionshäftlinge in den Häftlingssälen über Spitzel, die unauffällig unter den anderen Häftlingen lebten und ihre Beobachtungen an die Wachmannschaft weitertrugen.<sup>691</sup> Abgesehen vom tatsächlichen Erkenntnisgewinn sorgte allein die ständige Angst der Gefangenen vor diesen SA-Zuträgern für Vorsicht und Misstrauen gegenüber Mithäftlingen, die nicht aus den politischen Strukturen der Vorjahre bekannt waren.<sup>692</sup>

Die Position innerhalb der Häftlingshierarchie spiegelte sich auch in der Unterbringung wider. Die Häftlingssäle IV und V waren die begehrtesten Unterkünfte, weil sie bereits im Sommer 1933 mit Betten, Tischen und Bänken versehen waren und etwas abseits der Folterstätten lagen. Dagegen war in den Fabrikhallen und hier besonders in Saal I die Gefahr groß, die Aufmerksamkeit eines SA-Mannes zu erregen, was zu sofortigen willkürlichen Misshandlungen führen konnte. Betten gab es hier bis in den Oktober 1933 keine – die Insassen mussten auf der mit ein wenig Stroh bedeckten Erde schlafen. Ganz unten in der Häftlingsgesellschaft standen die Insassen von Bunker, Verschlag und Aufzug, die aktueller Folter unterzogen waren und außerhalb des Lageralltags mit Verpflegung, Waschmöglichkeiten, Abort und der Sanitätsversorgung standen.

Besonderen Demütigungen waren die von der SA „Bonzen“ genannten prominenteren Häftlinge ausgesetzt, die als Trophäen der nationalen Revolution ein Ventil für die pseudorevolutionären Reflexe der SA darstellten.

---

<sup>690</sup> Weiler, Kemna, S. 43.

<sup>691</sup> Als Beispiel für eine Denunziation innerhalb des Lagers vgl. Urteil Kemna-Prozess, HStAD, Gerichte, Rep. 29/293, S. 148.

<sup>692</sup> „[...] er [Willy Spicher] flüsterte mir zu, ich solle vorsichtig sein, denn es kribbelte und wimmelte im Lager vor Spitzel.“ Kemna-Bericht Adolf Mann, HStAD, Gerichte, Rep. 29/315, Bl. 85.

Zu ihnen gehörten in der Kemna neben den regionalen Partei- und Gewerkschaftsfunktionären auch zwei überregional bekannte Politiker:

Der Zentrums-Mann Heinrich Hirtsiefer, ehemaliger stellvertretender preußischer Ministerpräsident und Wohlfahrtsminister, war vom 26. September bis 12. Oktober 1933 in der Kemna. Als korpulenter Mann gab der Siebenundfünfzigjährige der SA Anlass zu ausgedehntem Hohn und Spott. Er wurde mehrfach zu Dauerläufen und zum Schwimmen in der Wupper gezwungen. Als gelernter Schlosser arbeitete er in der Lager-schlosserei und musste dort bis zur Erschöpfung die Luftpumpe der Feldschmiede treten.<sup>693</sup> Hirtsiefer wurde häufig ins Gesicht geschlagen und ins Gesäß getreten.

Georg Petersdorff, der als langjähriger hauptamtlicher Sekretär der Reichsbanner-Gaue Düsseldorf und Köln die Personifizierung des rheinischen Reichsbanners war, gehörte zu den ersten Häftlingen aus Schloss Jägerhof.<sup>694</sup> Er musste als Weltkriegsveteran vor der Wachmannschaft exerzieren, wurde mehrfach brutal zusammengeschlagen und durch sinnlose Arbeit gequält.<sup>695</sup>

Auch der ehemalige Direktor des Wuppertaler Arbeitsamts, Wilhelm Böckenkrüger, wurde von der Wachmannschaft den „Bonzen“ zugerechnet. Er wurde seinen Mitgefangenen mit den Worten vorgestellt: „Ihr wisst, was ihr zu tun habt.“<sup>696</sup>

#### *Kontakte nach Außen*

Mit der Schutzhaft verband sich ein Gefühl des Ausgeliefertseins, der totalen Unsicherheit über die eigene Zukunft und die Dauer der Haft. In der gleichen Unsicherheit, die durch eine weitgehende Kontaktsperre noch verstärkt wurde, lebten die Angehörigen. Briefe zu empfangen war bis auf ein oder zwei Ausnahmen nicht erlaubt, und von den Gefangenen verfasste Postkarten wurden nur in Ausnahmefällen weitergeleitet. Ein Mitglied des Ab-

---

<sup>693</sup> Erlebnisbericht Paul Urbaniaks, StadtAW, AfW 76484, Bl. 11/12.

<sup>694</sup> Aussage Georg Petersdorff vom 17.04.1953, HStAD, Gerichte, Rep. 372/462, o. Bl.

<sup>695</sup> Siehe dazu Mintert, Reichsbanner, S. 59-61. Vgl. auch Volker Franke: Georg Petersdorff (1881-1969), in: Frank Morgner und Andreas Kussmann (Hg.): Die Kraft einer großen Idee, 125 Jahre Sozialdemokratie in Düsseldorf, Düsseldorf 1988, S. 119; Vorstand der SPD (Hg.): Der Freiheit verpflichtet, Gedenkbuch der deutschen Sozialdemokratie im 20. Jahrhundert, Marburg 2000, S. 250.

<sup>696</sup> Aussage Hugo Jung, HStAD, Gerichte, Rep. 29/218, Bl. 132-152.

wicklungskommandos fand im Januar 1934 Hunderte geschriebener Postkarten, die nicht abgeschickt worden waren.<sup>697</sup>

Besuchserlaubnisse gab es im Gegensatz zu anderen frühen Konzentrationslagern nicht,<sup>698</sup> sodass als einzige Möglichkeit ein flüchtiger Sichtkontakt der Gefangenen mit in der Lagerumgebung spazieren gehenden Angehörigen blieb. Jedes weitere Signal oder gar Winken führte zu sofortigen Prügeln durch die SA-Wachen, die sich auch nicht scheuten, auf Spaziergänger zu schießen. Besonders Sonntags sammelten sich Angehörige der Gefangenen auf den umliegenden Höhen.<sup>699</sup>

Dienstags und Freitags konnten Angehörige Pakete mit Wäsche und Lebensmitteln für die Gefangenen abgeben. Dabei durften sie bis zum Schlagbaum am Lagereingang kommen und den dort stehenden Posten die Pakete übergeben. Viele nutzten diese Gelegenheit, um nach ihren Angehörigen Ausschau zu halten und gingen, durch den herrschenden Andrang geschützt, einige Male die Beyenburger Straße auf und ab. Nach intensiver Kontrolle des Inhalts gab die SA die Pakete Mittwochs und Samstags aus. In den ersten Monaten kam es dabei regelmäßig zu Unterschlagungen durch die Wachmannschaft. Offenbar wurden daraus später Konsequenzen gezogen. Friedrich Braß berichtete vom November 1933, dass die Öffnung und Kontrolle der Pakete im Beisein des Empfängers stattfand.<sup>700</sup>

Ein Zeit lang gelang es Frauen von Häftlingen aus der „Steinbruchkolonne“, diesen - offenbar mit Duldung der begleitenden Wache - auf dem Weg zum Arbeitsplatz Lebensmittel zuzustecken.<sup>701</sup>

Aus dem vorbeifahrenden Personenzug warfen Angehörige gelegentlich Päckchen über den Lagerzaun, deren Annahme durch die Häftlinge schwer bestraft wurde.<sup>702</sup>

### *Selbstbehauptung*

Getragen von den meisten Funktionshäftlingen, organisierten die Gefangenen intern eine gerechtere Verteilung der Lebensmittel. Kranke ver-

---

<sup>697</sup> Aussage Ludwig Glasers, HStAD, Ger. Rep. 29/219, Bl. 343.

<sup>698</sup> In Sachsen konnte alle zwei Wochen der Besuch eines Angehörigen beantragt werden. Baganz, Erziehung zur Volksgemeinschaft, S. 171/172.

<sup>699</sup> Schilderung Marianne Hecht-Wiebers, zitiert bei Wunder, Manuskript, S. 92.

<sup>700</sup> Braß, Kemna-Bericht, S. 41.

<sup>701</sup> Aussage Hans Guhl, StadtAW, AfW, 12331, Bl. 30.

<sup>702</sup> Urteil Kemna-Prozess, HStAD, Gerichte, Rep. 29/293, S. 227.

zichteten beispielsweise auf ihre Sonderrationen zugunsten besonders Misshandelter oder Gefangener, die im Verschlag und Aufzug eingesperrt waren und von dem leben mussten, was ihnen Mithäftlinge heimlich zusteckten.<sup>703</sup>

Durch die große Überbelegung aller Säle war es der SA unmöglich, einen vollständigen Überblick zu wahren. Häufig rasierte die Wachmannschaft deshalb Häftlingen, die zur Misshandlung vorgemerkt waren, Schneisen ins Kopfhair, um diese durch die auffällige Kennzeichnung wiedererkennen zu können. Solche besonders gefährdeten Gefangenen versuchten, sich mithilfe der Saalältesten unauffällig aus dem direkten Blickfeld der SA zu entfernen und in den sichereren Schlafsälen der oberen Stockwerke des Hauptgebäudes zu verstecken.

Es gab einen Versuch, zivilen Ungehorsam in Form eines Hungerstreiks zu organisieren. Der 37 Jahre alte Kommunist Emil Witte rief seine Mitgefangenen dazu auf, das Lageressen solange zu verweigern, bis die nächtlichen Misshandlungen eingestellt würden.<sup>704</sup> Der Plan wurde offenbar umgehend an die SA verraten und zu einer geplanten gewaltsamen Häftlingsmeuterei aufgebauscht.<sup>705</sup> Der als Anstifter ausgemachte Emil Witte, ein unfallbeschädigter Invalide, musste auf Hilgers Anordnung über vier Wochen im Verschlag unter der Treppe vegetieren.<sup>706</sup> Alle noch nicht ausgegebenen Pakete, die Angehörige für die Gefangenen abgegeben hatten, wurden im Hof aufgestapelt und verbrannt.<sup>707</sup>

Die einzige bekannt gewordene Flucht aus der Kemna gelang im September 1933 dem Velberter Kommunisten August Schäfer während einer Einkaufsfahrt mit dem Lagerlieferwagen zu einer Holzschuhfabrik in Velbert. Die Reaktion der SA war massiv – Stunden später wurden seine Mutter und seine Frau als Geiseln genommen, die nach zwei Tagen das Versteck ihres Mannes verriet. Er wurde in die Kemna zurückgebracht, sofort fürchterlich misshandelt und in den Aufzug gesperrt.<sup>708</sup> Dabei brach ihm Paul Schmidt

---

<sup>703</sup> Aussage Walter Käsbachs, HStAD, Gerichte, Rep. 29/219, Bl 209.

<sup>704</sup> Urteil Kemna-Prozess, HStAD, Gerichte, Rep. 29/293, S. 137.

<sup>705</sup> Schreiben Bruno Wolffs an Rudolf Heß vom 31.08.1934, HStAD, Gerichte, Rep. 29/320, Bl. 30-43, hier: Bl. 35.

<sup>706</sup> Einspruch Wolffs vom 21.08.1934 gegen die Einstweilige Verfügung von Rudolf Heß, Stellvertreter des Führers, HStAD, Ger. Rep. 29/320, Bl. 30-32; Urteil des Kemna Prozesses, HStAD, Ger. Rep. 29/293, S. 137-139.

<sup>707</sup> Urteil Kemna-Prozess, HStAD, Gerichte, Rep. 29/293, S., S. 136.

<sup>708</sup> Ebd., S. 77-81.

einen Arm, der Splitterbruch heilte aufgrund fehlender medizinischer Versorgung schief zusammen.<sup>709</sup> Lagerkommandant Hilgers ließ alle Schutzhäftlinge und die komplette Wachmannschaft antreten und warnte in einer Rede in scharfer Form vor Fluchtversuchen, wobei er unmissverständlich auf die Folgen für Schäfer und seine Familie hinwies und drohte, bei weiteren Fluchtversuchen Väter und Großväter der Geflüchteten bis zur Wiedergreifung in die Kemna zu bringen.<sup>710</sup>

Diese Drohungen gegen die Familien der Schutzhaftgefangenen scheinen das entscheidende Element gewesen zu sein, das weitere Fluchten aus der Kemna, die theoretisch sicher möglich gewesen wären, verhindert hat.

Versuche der Wachmannschaft, einzelne Gefangene zu Komplizen der eigenen Gewalttaten zu machen, scheiterten. Hilgers persönlich stellte den Gefangenen einen „Bubi“ genannten Neuankömmling aus Remscheid vor, der Frauen von Kemna-Häftlingen aufgesucht und sich als Polizeipräsident ausgegeben haben sollte. Dabei sollte er die Frauen sexuell genötigt haben. Peter Leyendecker, Lehrer an einer Freien Schule in Remscheid, dessen Frau von den Erpressungsversuchen betroffen war, verhinderte mit den Worten „Genossen, es steht uns nicht an, Lynchjustiz zu üben“, dass sich aufgebrachte Remscheider Häftlinge auf den vorgeblichen Polizeipräsidenten stürzten.<sup>711</sup>

Ähnlich wie im Abwehrkampf gegen die SA in den besonders gefährdeten Stadt-Quartieren bewirkte auch die gemeinsam durchlittene Bedrohung in der Kemna ein Zusammenrücken der Mitglieder der verschiedenen Parteien des sozialistischen Milieus. Im Gegensatz zu anderen frühen KZ gab es in der Kemna keine Erfolge bei den Versuchen der SA, Kommunisten und Sozialdemokraten gegeneinander aufzuhetzen.<sup>712</sup> Viele nutzten die Zeit im Lager zu intensiven und offenen Gesprächen und Diskussionen über die Geschichte der Arbeiterbewegung und die Ursachen der Niederlage gegen die Nationalsozialisten. Es entstanden Vertrauensverhältnisse, die sich auch nach der

---

<sup>709</sup> Aussage Johannes Pauli vom 04.09.1934, HStAD, Gerichte, Rep. 29/218, Bl. 5557-73.

<sup>710</sup> Aussage August Schäfers, HStAD, Gerichte Rep. 29/219, Bl. 380 ff sowie Aussage Ludwig Glasers, Augenzeuge der Flucht, ebd. Bl. 340 ff.

<sup>711</sup> Bericht des Ohrenzeugen Adolf Mann, HStAD, Gerichte, Rep. 29/315, Bl. 86.

<sup>712</sup> Gegenbeispiele: Gerhart Seger: Oranienburg, Erster authentischer Bericht eines aus dem Konzentrationslager Geflüchteten, Karlsbad 1934; Wolfgang Langhoff: Die Moorsoldaten, Mit einem Vorwort von Willi Dickhut, Essen 1995, S. 234-243.



Haft unter den Bedingungen des Widerstands gegen die NS-Diktatur als belastbar erwiesen.

Man könnte zugespitzt formulieren, dass durch den ausgelösten Solidarisierungseffekt die gemeinsame Schutzhaft für Teile des Milieukerns zu einem milieuerhaltenden Faktor wurde. Der Prozess der Milieuverfestigung durch äußeren Druck, der bereits während des Sozialistengesetzes zu beobachten war, wurde auch bei ihnen wirksam und mündete in widerständiges Verhalten nach der Schutzhaft. Auch die seit dem Ersten Weltkrieg aufgerissenen Gräben zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten wirkten aus der Perspektive der Kemna längst nicht mehr so tief und unüberwindlich. Insofern decken sich die Ergebnisse dieser Arbeit mit der Aussage Karl Schabrods, dass durch die Kemna der Widerstandswille nicht gebrochen wurde.<sup>713</sup>

#### *Umerziehungsmaßnahmen*

Neben den Bemühungen der Lagerseelsorger kam es vereinzelt auch vonseiten der SA zu Versuchen, die Häftlinge im nationalsozialistischen Sinne zu beeinflussen. Besonders im Umfeld der „Reichstagswahl“ und des „Volksentscheids“ vom 12. November 1933 mussten die Insassen des Lagers NS-Propaganda über sich ergehen lassen.

Am 10. November ließ die SA die gesamte Lagerbelegschaft im leerräumten Saal I antreten. An den Wänden standen auf Tischen mit Karabinern bewaffnete Posten. Die Schutzhäftlinge mussten die Radioübertragung der Rede Adolf Hitlers<sup>714</sup> an „seine deutschen Arbeiter“ aus dem Dynamo-Werk der Siemens-Schuckert-Werke in Berlin anhören. Beim anschließenden Gesang des Horst-Wessel-Liedes wurden die Gefangenen durch Gummiknüppelschläge gegen die Ellenbogen gezwungen, sich dem „Hitler-Gruß“ der SA anzuschließen.<sup>715</sup>

Auf Anweisung des preußischen Innenministeriums sollten Schutzhäftlinge an den Abstimmungen in eigenen überwachten Stimmbezirken teilnehmen.<sup>716</sup>

---

<sup>713</sup> Schabrod, Widerstand, S. 72/73.

<sup>714</sup> Vgl. „Wie Wuppertal die Rede des Führers hörte“, in: GA 10.11.1933; „Die Feierstunde des Werktätigen Deutschlands“, in: WZ 11.11.1933; Victor Klemperer: Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten, Tagebücher 1933 - 1941, Berlin 1995, S. 67/68.

<sup>715</sup> Braß, Kemna-Bericht, S. 35; Weiler, Kemna, S. 43/44.

<sup>716</sup> Bendig, Brandenburg, S. 107.

In der Kemna war am Wahlsonntag die Wachstube zu einem Wahllokal mit Wahlzelle umgebaut worden. Lagerkommandant Hilgers soll die Gefangenen mit den Worten „Wer mit Nein stimmt, wird etwas erleben wie nie!“ vorher bedroht haben.<sup>717</sup> Die wahlberechtigten Schutzhäftlinge wurden nach alphabetischer Reihenfolge einzeln zur Stimmabgabe gerufen, wobei der Wahlvorstand bis auf eine Ausnahme aus SA-Männern in Uniform bestand.<sup>718</sup> Der Aufruf Einzelner nach dem Alphabet legt die Vermutung nahe, dass die Wachmannschaft das Abstimmungsverhalten der Häftlinge tatsächlich kontrollierte oder zumindest diesen Eindruck erwecken wollte, um die Stimmabgabe entsprechend zu beeinflussen. In anderen frühen Konzentrationslagern lagen die Anteile der Ja-Stimmen, soweit bekannt und abhängig von den lokalen Umständen, zwischen 99 Prozent (Lichtenburg) und 2 Prozent (Börgermoor).<sup>719</sup> Das Abstimmungsergebnis im Lager Kemna wurde den Gefangenen nicht mitgeteilt und ist nicht überliefert. Allerdings wurde die folgende Freilassung von 250 Gefangenen mit dem für die NSDAP positiven Ausgang begründet.<sup>720</sup>

Auch bei der Entlassung der Weihnachtsamnestierten am 23. Dezember 1933 griff der vertretungsweise als Polizeipräsident fungierende Regierungsrat Alexander Orgler die Novemberabstimmung noch einmal auf und führte aus,

„dass sich die Volksgemeinschaft so überwältigend zu Adolf Hitler bekannt habe, dass der Versuch gerechtfertigt sei, auch politisch verführten Volksgenossen die Freiheit wiederzugeben. Es sei die Pflicht der Entlassenen, sich dieses Gnadenbeweises durch restlose Einordnung in den nationalsozialistischen Staat würdig zu erzeigen. Zur Bekräftigung dieses Gelöbnisses stimmten die Entlassenen in ein Sieg-Heil auf Führer und Vaterland ein.“<sup>721</sup>

---

<sup>717</sup> „In Kemna“, Artikel aus einer vermutlich in Frankreich erschienen Exilzeitung aus dem Jahr 1934, abgefangen bei der Postkontrolle des K IV der Gestapo Wuppertal in Solingen. Abgedruckt in: Brychta/Eckardt, Kemna, S. 9/10.

<sup>718</sup> Braß, Kemna-Bericht, S. 35/36

<sup>719</sup> Brandenburg 97 %, Oranienburg 79 %, Heuberg 68 %, Glückstadt 63 %, Sachsenburg 27 %. Vgl. Drobisch, System, S. 118/119; Möller, Glückstadt, S. 104-106.

<sup>720</sup> „250 Schutzhaftgefangene aus der Schutzhaft entlassen“, in: GA 24.11.1933.

<sup>721</sup> „Weihnachtsfreude in Kemna“, in: BLZ 28.12.1933.

## **„Dissident, so etwas gibt es nicht mehr!“ – Volksmission im Konzentrationslager**

Die Barmer Theologische Erklärung verabschiedet von der Bekenntnissynode in der Gemarker Kirche im Jahr 1934 war nach 1945 der Bezugspunkt für das Selbstverständnis der Evangelischen Kirche weit über das Rheinland hinaus.

Neben der Glorifizierung der Bekennenden Kirche stand die Interpretation des Nationalsozialismus als eine Folge der Abkehr von Gott im Mittelpunkt der Erinnerungskultur.

Johannes Rau problematisierte im Jahr 2005, dass sich mit dem Namen des Wuppertaler Stadtteils Barmen nicht nur die Barmer Erklärung sondern auch ein frühes Konzentrationslager verbindet:

„Der Ort, an dem man sich 1934 versammelte, liegt Luftlinie etwa drei Kilometer vom Konzentrationslager Kemna, zwischen Beyenburg und Oberbarmen. Die in Barmen Versammelten haben dazu keine Worte gefunden. Weil es sich zunächst nur um politische Gefangene, Arbeiter, Kommunisten und politische Dissidenten handelte?“<sup>722</sup>

Zu den innerkirchlich erfolgreichsten Forderungen der DC gehörte der Ruf nach einer entschlossenen Evangelisation im Zeichen des „positiven Christentums“<sup>723</sup> der NSDAP. Ihr volksmissionarischer, von der Volksnomostheologie gespeister, antisozialistischer Impetus war nicht weit von den Vorstellungen der Inneren Mission entfernt.<sup>724</sup>

Anknüpfend an die Tätigkeit der Inneren Mission sahen die evangelischen Christen auch im Bergischen Land in der Volksmission ihre wichtigste Aufgabe. In einer überfüllten Versammlung der DC im Saal des Evangelischen Vereinshaus in Wuppertal-Elberfeld brachte im Mai 1933 ein Redner die

---

<sup>722</sup> Johannes Rau: Will euch die Welt furchtsam machen, dann denkt daran und antwortet ihr: Eure Herren gehen, unser Herr aber kommt, Dokumentation der Dankesrede zur Verleihung des Karl-Barth-Preises der Union Evangelischer Kirchen vom 6. September 2005, in: Zeitzeichen, Evangelische Kommentare zu Religion und Gesellschaft 6 (2005), Heft 11, S. 52-57.

<sup>723</sup> Vgl. Punkt 24 des 25 Punkte Programms der NSDAP vom 24.02.1920.

<sup>724</sup> Jochen-Christoph Kaiser: Distanz zum Unrecht, Zum Spannungsverhältnis zwischen individuellen Bindungen und Bindungen an Teilmilieus für das Widerstehen, Das Beispiel der protestantischen Diakonie, in: Rolf-Ulrich Kunze: Distanz zum Unrecht, 1933-1945, Methoden und Probleme der deutschen Widerstandsforschung, Konstanz 2006, S. 55-73, hier: S. 64. Zum Rheinland vgl. Günther van Norden: Die Innere Mission im Rheinland 1933-1945, in: Reinhard Witschke (Hg.): Diakonie bewegt, 150 Jahre Innere Mission und Diakonie im Rheinland, Köln 1999, S. 97-128.

Stoßrichtung auf den Punkt: „Ziel der Bewegung ist einzig und allein, die 15 Millionen Menschen, die Adolf Hitler dem Marxismus, der Gottlosigkeit entrissen habe, nunmehr auch zurückzuerobern für das Christentum. [...] Die DC wollen der Kirche das Volk und dem Volke die Kirche wiedergeben.“<sup>725</sup>

Ähnlich argumentierten die Synodalen des Kirchenkreises Lennep im Juni 1933, die forderten „[...] mit den Lebenskräften des biblischen Evangeliums den Kampf wider die Gottentfremdung und Gottlosigkeit, wider Marxismus und Bolschewismus zu führen“.<sup>726</sup>

#### *Lagerseelsorge als Volksmission*

Reichsweit gab es seitens der Kirche keine Berührungsängste mit den neu entstehenden Lagern für Schutzhäftlinge. Der Deutsche Evangelische Kirchenausschuss als höchstes gemeinsames Gremium von 28 Landeskirchen beschloss bereits am 20. Juni 1933, die Gefangenenseelsorge auch auf Konzentrationslager auszudehnen und empfahl den obersten Kirchenbehörden, eine geregelte Lagerseelsorge durch die zuständigen Ortsgeistlichen einzurichten.<sup>727</sup> Dabei sollten zunächst nur internierte Angehörige der evangelischen Kirche in ihrer schwierigen seelischen Lage seelsorgerlich betreut werden.<sup>728</sup>

Im September 1933 erhielt das zuständige Konsistorium der preußischen Rheinprovinz in Koblenz von der Existenz eines Lagers in Wuppertal Kenntnis. Per Verfügung wurde daraufhin der Superintendent des Kirchenkreises Barmen, Hermann Berkenkamp, angewiesen, für eine Seelsorge an den evangelischen Insassen zu sorgen.<sup>729</sup>

Das Lager Kemna lag an der Schnittstelle der drei evangelischen Gemeinden Beyenburg, Laaken-Blombacherbach und Langerfeld im Kirchenkreis Barmen. Es gehörte zum Bezirk der Gemeinde Langerfeld, die erst 1930 von der Synode Schwelm nach Barmen gewechselt war. Irrtümlich ging Berkenkamp dagegen davon aus, dass sich das Lager auf Beyenburger Ge-

---

<sup>725</sup> „Das Wollen der DC“, in: BMZ 25.05.1933.

<sup>726</sup> Protokoll der Verhandlungen vom 14.06.1933, zitiert nach Lauff, Notkirche Lennep, S. 41.

<sup>727</sup> Schreiben an die Obersten Kirchenbehörden vom 20.06.1933, Archiv der evangelischen Kirche im Rheinland (AEKR), 1 OB 002, Nr. 1068, o. Bl.

<sup>728</sup> Erlass I/346/33 des Evangelischen Oberkirchenrats, Berlin, an die Generalsuperintendenten vom 21.07.1933, ebd.

<sup>729</sup> Verfügung I/3441 vom 13.09.1933, ebd.

biet befand.<sup>730</sup> Er beauftragte deshalb den Pfarrer der Gemeinde Beyenburg, Hans Trummel, mit der Seelsorge.

Der 1884 in Elberfeld geborene Hans Trummel studierte in Greifswald, Berlin, Marburg und Bonn. Er war nach einer ersten Pfarrstelle in Waldbrühl 1916 nach Vohwinkel gewechselt und seit 1924 in der Gemeinde Beyenburg tätig. Trummel gehörte der Glaubensgemeinschaft der Deutschen Christen an und bemühte sich offenbar in deren Auftrag um die Position als Lagerseelsorger. Pfarrer Trummel begann seine Tätigkeit am 16. September 1933 mit einer Ortsbesichtigung und einem intensiven Vorgespräch mit dem Lagerkommandanten Alfred Hilgers. Hilgers zeigte sich nach Trummels Angaben sehr entgegenkommend und förderte den Einstieg des Pfarrers nach Kräften. Für die Gottesdienste sollte einer der Gefangenen schlafsäle freigeräumt werden. Zusätzlich wollte der Seelsorger wöchentlich „vertrauliche Aussprachen“ anbieten, die, angeblich mangels anderer geeigneter Räumlichkeiten, ausgerechnet im Büro des Lagerkommandanten stattfinden sollten.

Trummels ersten Gottesdienst im Lager besuchten am Sonntag, den 17. September 1933 nach seinen Angaben 183 Freiwillige. Den Vorschlag der SA, den Gottesdienst verpflichtend zu machen, will er abgelehnt haben.<sup>731</sup> Psalm 36,10 *„Denn bei dir ist die Quelle des Lebens, und in deinem Licht sehen wir das Licht“* war das Bibelwort zum dem Trummel predigte.

Getreu der Verpflichtungserklärung<sup>732</sup>, die jeder Beitrittswillige vor Aufnahme in die DC unterschreiben musste, sah Trummel seine Aufgabe im Unterschied zum Auftrag des Oberkirchenrats nicht nur in der Betreuung der 15 Prozent Protestanten unter den Gefangenen, sondern auch in der Rückgewinnung der Dissidenten, die aus der evangelischen Kirche ausgetreten waren.

Bei der Mission unter „den der Kirche entfremdeten Volksgenossen“ erfuhr Trummel die Unterstützung des Barmer Stadtmissionars Schmidt, der bereits

---

<sup>730</sup> Eine mögliche Erklärung des Irrtums ist, dass die Gemeinde Beyenburg erst 1932 vom Kirchenkreis Lennep in den Kirchenkreis Barmen wechselte. Vgl. Lauff, Notkirche in Lennep, S. 1.

<sup>731</sup> Bericht des Barmer Superintendenten an das Konsistorium, Koblenz, vom 20.09.1933, ebd.

<sup>732</sup> „Ich bin arischer Abstammung, bejahe das Dritte Reich und bin zu freudiger Mitarbeit in Kirche und Volksmission bereit.“, zitiert nach Steiner, Gemarkte, S. 282.

über einige Erfahrung im Umgang mit Angehörigen des sozialistischen Milieus verfügte. Schmidt bezeichnete 1934 gegenüber der Staatsanwaltschaft die Erlebnisse in der Kemna als die fürchterlichsten seines Lebens und behauptete, er habe sich von der Aufgabe entbinden lassen, weil er die Zustände nicht mehr ausgehalten habe. Schmidt war vom Beginn der seelsorgerlichen Betreuung Mitte September bis mindestens Anfang Dezember 1933 in der Kemna tätig.

Trummel suchte die Kirchenöffentlichkeit, um für die „nicht leichte, aber segensreiche Tätigkeit als Lagerseelsorger“<sup>733</sup> an „den der Kirche entfremdeten Volksgenossen“<sup>734</sup> zu werben. Die Glaubensgemeinschaft der Deutschen Christen unterstützte ihn auch finanziell, indem sie Kollekten der von ihr dominierten Wuppertaler Pfarrbezirke zur Verfügung stellte. Kirchenblätter berichteten über Vorträge Trummels, in denen er seine Tätigkeit im Lager beschrieb und alte Gesangbücher, gut erhaltene Neue Testamente und finanzielle Zuwendungen erbat und erhielt.

In einem 1934 in der Zeitschrift der Evangelischen Gesellschaft für Deutschland „Licht und Leben“ erschienenen Aufsatz beschreibt Trummel aus seiner Sicht den volksmissionarischen Ansatz seiner Tätigkeit und erste Erfolge:

„Die Bitten um Wiederaufnahme in die Kirche mehren sich. Dass von der Rückkehr zur Kirche keine äußeren Vorteile zu erwarten sind, ist bekannt und wird nicht verschwiegen. ‚Warum sind Sie aus der Kirche ausgetreten?‘ - meist ist es unter dem Einfluss des Geistes der Zeit, der Verhetzung und dergl. geschehen; man ist in die Gottlosigkeit ‚hineingeschlittert‘. [...] Weithin herrschend gewesene Anschauungen sind erschüttert und zerbrochen. Darf man diese Erlebnisse im Lager als kennzeichnend für die ganze Lage nehmen, so ist eine Gelegenheit zur Arbeit an den Entfremdeten und Glaubenslosen gekommen, die Erfüllung fordert. [...] Die zum Rücktritt Willigen werden in einem Unterrichtskursus gesammelt. Die Teilnahme daran bedeutet schon ein Bekenntnis, wie auch jeder Gang zum Pastor; der Spott fehlt nicht; Hemmungen müssen überwunden werden. Binnen drei Wochen sind es 22, die Wiederaufnahme oder auch Neuaufnahme in die evangelische Kirche be-

---

<sup>733</sup> Zitat Barmer Sonntagsblatt, 22.10.1933.

<sup>734</sup> Zitat Evangelisch-Lutherisches Gemeindeblatt Elberfeld, Nr. 41/1933.

gehen. [...] Hätten wir nur einen geeigneten Raum. Herr Obersturmbannführer, bauen sie mir schnell eine Kapelle!“<sup>735</sup>

Pastor Trummel sah in der extremen Ausnahmesituation, in der sich die Lagerinsassen befanden, eine günstige Gelegenheit zur Mission. Dass es sich bei der Mehrzahl um Folter-Opfer handelte, problematisierte er in diesem Artikel nicht. Gegenüber der gegen die SA ermittelnden Staatsanwaltschaft gestand er 1934 ein, dass die Gefangenen durch die Misshandlungen verschüchtert, ängstlich und ihm gegenüber zurückhaltend gewesen seien.<sup>736</sup>

Wenn dissidente Schutzhäftlinge einen förmlichen Antrag auf Wiederaufnahme in die Kirche stellten, zog Trummel offenbar die Pfarrer der Heimatgemeinden hinzu. Gemeinsam prüften die Geistlichen innerhalb des Lagers die Ernsthaftigkeit des Anliegens und den Erfolg der religiösen Unterweisungen. Im Fall des Hückeswagener Kommunisten Willi Haines<sup>737</sup> lässt sich eine solche Wiederaufnahme anhand der Quellen nachvollziehen. Im Protokoll der Sitzung des Presbyteriums der Evangelischen Gemeinde Hückeswagen ist unter dem Datum des 19. Oktober 1933 vermerkt, dass Haines „z. Zt. im Konzentrationslager Beyenburg“ vom Pfarrer der Gemeinde, Emil Hasenburg, und „Lagerpfarrer Trummel“ geprüft werden soll.<sup>738</sup> In seinem Pfarrkalender notierte Pfarrer Hasenburg zwölf Tage nach der Presbyteriumssitzung einen seelsorgerlichen Besuch im KZ Kemna.<sup>739</sup> In der nächsten Sitzung nahm das Presbyterium Haines wieder in die Kirche auf.<sup>740</sup> Auch der Pastor der Gemeinde lutherisch Radevormwald, Hermann Becker, machte seelsorgerliche Besuche in der Kemna.<sup>741</sup>

Während Trummel und auch sein späterer Nachfolger immer die absolute Freiwilligkeit des Gottesdienstbesuchs hervorhoben, zeigen die Erinnerungen betroffener Häftlinge, dass die SA zumindest Druck ausübte. In mehreren

---

<sup>735</sup> Hans Trummel: Im Konzentrationslager, in: Licht und Leben 1934, S. 36/37.

<sup>736</sup> Meckl, Kemna, S. 173/174.

<sup>737</sup> Zu Willi Haines vgl. S. 174/174; 304-306.

<sup>738</sup> 2. Sitzung des Presbyteriums vom 19.10.1933, Archiv der Evangelischen Gemeinde Hückeswagen, A1-1.12.

<sup>739</sup> Christoph Melchior: "Kommt zu Jesus Christus!", Die Predigten von Emil Hasenburg, Pfarrer in Hückeswagen 1928-1949, als Spiegel der Zeitgeschichte, Diss. Kirchliche Hochschule Wuppertal, 2004, S. 148.

<sup>740</sup> 3. Sitzung des Presbyteriums vom 14.12.1933, Archiv der Evangelischen Gemeinde Hückeswagen, A1-1.12.

<sup>741</sup> Motte, Furcht und Hochstimmung, S. 40.

Fällen wurde auch die gesamte Lagerbelegschaft zum Gottesdienst kommandiert. Der Häftling Willi Weiler, der einen Scharführer bei einer solchen Gelegenheit darauf hinwies, dass er Dissident sei, erhielt von diesem unter dem Hinweis, so etwas gäbe es nicht mehr, einen Tritt in den Unterleib.

Dem Lagerseelsorger blieb die unmenschliche Behandlung der Gefangenen natürlich nicht verborgen. Auch Hilferufe erreichten ihn. Häftlinge aus Duisburg schickten eine Delegation in Trummels Sprechstunde, die ihn bat, darauf hinzuwirken, dass die Folterungen aufhörten. Trummel antwortete, er habe keinen Einfluss darauf und könne in dieser Hinsicht nichts für die Häftlinge tun.<sup>742</sup>

Nach Berichten eines Ohrenzeugen hat er in einem Gespräch mit dem Kommandanten trotzdem versucht, zumindest ein Ende der willkürlichen Misshandlungen ohne Vernehmungsauftrag der Politischen Polizei zu erreichen, wenn auch ohne Erfolg.<sup>743</sup>

Zum 31. Oktober 1933 schied Trummel aus der Lagerseelsorge aus. Seine Motive lassen sich nicht mehr eindeutig klären. Vielleicht haben die fortgesetzten Misshandlungen der Gefangenen durch die Wachmannschaft und der Misserfolg des Versuchs, auf die SA einzuwirken, dabei eine Rolle gespielt. Möglich ist aber auch, dass der Wechsel der Seelsorge zum Pfarrer der Gemeinde in dessen Bereich das Lager lag, eine rein administrative Maßnahme ohne Zutun Trummels gewesen ist.

Gefangenenseelsorge war in den frühen Konzentrationslagern kein Einzelfall. Seelsorger arbeiteten im Sinne der Deutschen Christen unter anderem in den Lagern Hainewalde, Hammerstein, Kislau, Lichtenburg, Sachsenburg und Sonnenburg.<sup>744</sup> Die Lager Lichtenburg in der preußischen Provinz Sachsen und Hohnstein in Sachsen verfügten mit der ehemaligen Schlosskirche und der Burgkapelle über lagereigene Kirchen, in denen regelmäßig Gottesdienste abgehalten wurden.<sup>745</sup> Der Verein für Innere Mission der

---

<sup>742</sup> Weiler, Kemna, S. 43.

<sup>743</sup> Urteil Kemna-Prozess, HStAD, Gerichte, Rep. 29/293, S. 30.

<sup>744</sup> Drobisch, System, S. 118.

<sup>745</sup> Stefanie Endlich: Die Lichtenburg 1933-1939, Haftort politischer Prominenz und Frauen-KZ, in: Benz / Distel: Herrschaft und Gewalt, S. 11-64, hier: S. 51; Baganz, Erziehung zur Volksgemeinschaft, S. 208.



schleswig-holsteinischen Landeskirche trat in Holstein sogar als Träger eines kleinen Konzentrationslagers mit einer Kapazität von 80 Gefangenen auf.<sup>746</sup>

Anders scheint das Verhältnis zur katholischen Kirche gewesen zu sein, wie das Beispiel des frühen KZ Dachau zeigt, wo der mit der Seelsorge betraute Geistliche der Gemeinde unter Schikanen der SS-Wachmannschaft zu leiden hatte. So wurde immer, wenn er das Lager betrat, über Lautsprecher das Lied „Du schwarzer Zigeuner“ gespielt. Den Gottesdienst musste er unter freiem Himmel auf dem Appellplatz abhalten, während nur wenige Meter weiter Folteropfer vor Schmerzen schrien.<sup>747</sup>

Dagegen bestand zwischen der SA und dem neuen Seelsorger der Kemna bestes Einvernehmen. Am 1. November 1933 übernahm Pfarrer Martin Otto Friedrich Paul Altenpohl aus der Gemeinde Wuppertal-Langerfeld die Lagerseelsorge.

Altenpohl hatte nach seiner Ausbildung in Tübingen, Halle, Greifswald und Utrecht bereits als Hilfsprediger in Langerfeld gewirkt. Im Jahr 1920 wurde er gleichzeitig mit der Vereinigung der reformierten und der lutherischen Gemeinde in die Pfarrstelle für den Westbezirk rings um die Kreuzkirche eingeführt.<sup>748</sup>

Das Pfarrerkollegium der Gemeinde Langerfeld führte den Kampf gegen die Dissidenten bereits während der Weimarer Republik sehr intensiv. So war es kein Zufall, dass der Langerfelder Pfarrer Johannes Hölzel in den entscheidenden Jahren 1930 bis 1933 die Stadtmission leitete. Nachdem die Zahl der Kirchenaustritte in Langerfeld 1931 um 40 Prozent gegenüber dem Vorjahr angestiegen war, verstärkte die Gemeinde ihre Anstrengungen erneut. Kommunisten und Nationalsozialisten wurden zu Evangelisationsvorträgen ins Langerfelder Stadthaus eingeladen. Außerdem richtete die Stadtmission in Langerfeld ein Lager des Freiwilligen Arbeitsdienstes und eine Freie Hochschule gegen den Kulturbolschewismus ein.<sup>749</sup>

---

<sup>746</sup> Harald Jenner: In Trägerschaft der Inneren Mission: Das Konzentrationslager Kuhlen, in: Benz / Distel, Herrschaft und Gewalt, S. 111-127.

<sup>747</sup> Stanislav Zámecnik: Das frühe Konzentrationslager Dachau, in: Benz / Distel: Terror ohne System, S. 13-39, hier: S. 28.

<sup>748</sup> „In der Alten Kirche Langerfeld“, in: Barmer Zeitung 17.02.1920.

<sup>749</sup> Kirchengemeinde Langerfeld: 1830 – 1955, 125 Jahre evangelische Gemeinde Langerfeld, Wuppertal 1955, S. 4/5.

Vier der fünf Langerfelder Pfarrer schlossen sich den Deutschen Christen an. Sie standen einem mehrheitlich BK-orientierten Presbyterium gegenüber, was zu einer jahrelangen tiefen Spaltung der Gemeinde führte.<sup>750</sup> Auch Altenpohl war Mitglied der DC und tat sich bereits in der Weimarer Republik als erklärter Gegner der Demokratie und der sozialistischen Arbeiterbewegung hervor.

Er setzte die volksmissionarische Arbeit mit neuem, großem Eifer fort, wie mehrere ausführliche Berichte von ihm an das Konsistorium zeigen. Altenpohl konzentrierte den Großteil seiner Arbeitskraft auf die Lagerseelsorge, was ihm von der Kirchenleitung durch die Einstellung eines Hilfspredigers, der ihn weitgehend in der Gemeindegarbeit vertrat, ermöglicht wurde.

Altenpohl hielt jeden Sonntag um 15 Uhr einen Gottesdienst ab, an dem nach seinen Angaben 10-15 % der Lagerinsassen freiwillig teilnahmen.

Dreimal in der Woche, dienstags, donnerstags und freitags, wurde nachmittags eine Einzelsprechstunde angeboten. Für eine dieser Sprechstunden stand Altenpohl selbst zur Verfügung, ansonsten ließ er sich durch Stadtmissionar Schmidt vertreten.

Die Sprechstunden hatten großen Zulauf, boten sie doch den Häftlingen die einzige Erfolg versprechende Möglichkeit, trotz der Postsperre Nachrichten mit den Angehörigen auszutauschen. Hilgers gestattete den Seelsorgern die Korrespondenz mit den Heimatpfarrern der Gefangenen, was unter den gegebenen Umständen einem Monopol der Nachrichtenvermittlung gleichkam. Altenpohl bezeichnete die sich aus den Sprechstunden ergebende Korrespondenz als umfangreich, sah in dieser Dienstleistung aber den Schlüssel zum Aufbau eines Vertrauensverhältnisses zwischen ihm und den Schutzhäftlingen.

Altenpohls missionarische Arbeit zeigte erste Erfolge: 43 Dissidenten bekehrten Wiederaufnahme in die evangelische Kirche, sechs ehemalige Katholiken die Neuaufnahme. Altenpohl fasste die potenziellen Konvertiten in einer Gruppe zusammen und erteilte ihnen wöchentlich, wie er es aus-

---

<sup>750</sup> Monika Drinhaus: Der Kirchenkampf in den evangelischen Gemeinden Langerfeld und Gemark 1933-39, Examensarbeit PH Wuppertal 1971.

drückte, „eine Art gehobenen Konfirmandenunterricht“ mit anschließender Aussprache im größeren Kreis.

Um neue Häftlinge anzusprechen und den Kreis der Gottesdienstbesucher zu erweitern, betrieben Altenpohl und Schmidt eine intensive Schriftenmission. Nach anfänglichem Zögern gestattete die Lagerleitung den Seelsorgern zu diesem Zweck den ungehinderten Zugang zu allen Schlafsälen der Häftlinge. Der Westdeutsche Jünglingsbund stellte wöchentlich 100 Exemplare seiner Schrift zur Erweckung und Förderung christlichen Lebens „Aufwärts“ zur Verfügung. Außerdem kamen wöchentlich etwa 200 Exemplare der Schriften „Für Alle“ oder „Offene Worte für unsere Zeit“ zur Verteilung.<sup>751</sup>

Großen Wert legte Altenpohl auf die, wie er es nannte, „nachgehende Fürsorge“. Zu diesem Zweck informierte er bereits seit November 1933 die evangelischen Gemeinden von zur Entlassung vorgesehenen Häftlingen, ohne Rücksicht auf deren Konfession zu nehmen. Dies setzte eine enge Kooperation mit der Lagerverwaltung und Einblick in die Lagerkartei voraus.

Altenpohl hatte offenbar mehr Einfluss auf die Lagerleitung als sein Vorgänger. Das deutet zumindest der Fall eines 19jährigen Mitglieds des CVJM an, der im Rahmen einer Aktion gegen „Miesmacher und Gerüchteverbreiter“ verhaftet worden war. Nachdem sich der junge Christ beim Lagerseelsorger meldete, wurde er innerhalb weniger Tage freigelassen.<sup>752</sup>

In der Kemna waren auch zahlreiche Mitglieder und Funktionäre der Freidenkerorganisationen und der Freien Schulgesellschaften inhaftiert, welche die Missionstätigkeit nicht unwidersprochen hinnahmen. Was Trummel in „Licht und Leben“ vorsichtig als „Spott der Mitgefangenen“ beschrieb, nannte Altenpohl „Terror gegnerischer Elemente gegen Evangelische“ und machte Kommandant Hilgers entsprechend Meldung.<sup>753</sup> Über Konsequenzen dieser Meldung ist nichts bekannt.

Höhepunkt der Arbeit Altenpohls im Konzentrationslager war die Weihnachtsfeier 1933. Die Feier war für alle 332 nach der Weihnachtsamnestie noch im

---

<sup>751</sup> Bericht Altenpohls an das Konsistorium durch den Superintendenten, Barmen, vom 6.12.1933, AEKR, 1 OB 002, Nr. 1068, o. Bl.

<sup>752</sup> Braß, Kemna-Bericht, S. 26.

<sup>753</sup> Bericht an das Evangelische Konsistorium vom 2.01.1934, , AEKR, 1 OB 002, Nr. 1068, o. Bl.

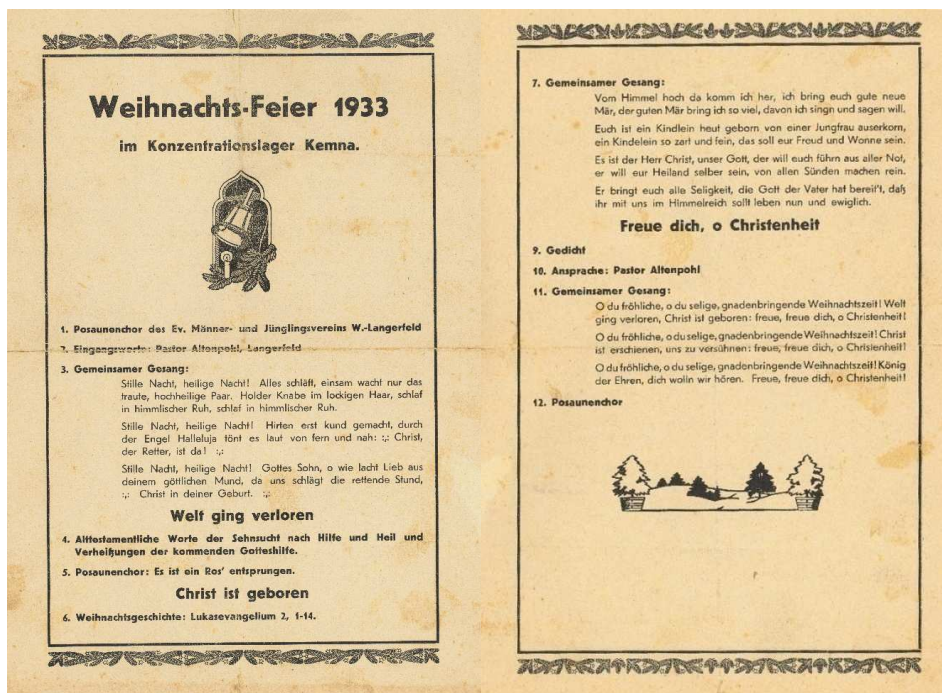
Lager verbliebenen Häftlinge verpflichtend. Über den Verlauf dieser vom Lagerkommandanten und ausdrücklich auch vom Polizeipräsidenten genehmigten Feier liegen ausführliche Erinnerungsberichte von Häftlingsseite, aber auch der Tätigkeitsbericht des Pfarrers vor. Altenpohl zeigte sich in seinem 1934 verfassten Bericht überzeugt, dass die Feier den Häftlingen unvergessen sein werde. Friedrich Braß benutzte ganz ähnliche Worte, als er wenige Monate später seine Eindrücke von der Feier in seinem Kemna-Bericht niederschrieb.

„Unser Seelsorger, Pastor Altenpohl, Gott lohn`s ihm, denn ich kann`s nicht, hatte es sich nicht nehmen lassen, uns im Einvernehmen mit der Lagerleitung eine Weihnachtsfeier zu veranstalten, die ich Zeit meines Lebens nicht vergessen werde, denn es war so ziemlich der größte Hohn, der sich denken lässt! Ich weiß zwar nicht, inwieweit meine moralische Verderbtheit schuld daran ist, dass soviel eindringlich gezeigtes Wohlwollen so wenig Eindruck auf mich macht - ich glaube aber bestimmt, ein erheblicher Teil der Anwesenden fühlte ebenso wie ich und das waren bestimmt nicht die Schlechtesten! Zwei ansehnliche Tannenbäume wurden mit Kerzen geschmückt und erhöht aufgestellt. An der einen Stirnwand des Saales hatte man Platz für Musikanten gelassen, die uns die Feststimmung vermitteln sollten. Zwischen den beiden Lichterbäumen war ein Rednerpult aufgestellt. Am Weihnachtsabend wurden wir dann ‚dienstlich‘ eingeladen, uns in den Festsaal zu begeben. Die Tische waren dicht mit Gaben belegt, für jeden Mann hatte man sowohl eine leibliche als auch eine geistige Gabe hingelegt. Einen Weihnachtsstollen, ein Paket Rauchtabak, teilweise eine Tonpfeife, dann auch ein kleines Buch, meist moralisierenden Inhalts im Geiste der Sonntagsschule - u. auch ein gedrucktes Festprogramm! Als leidenschaftlicher Nichtraucher wusste ich die brennbare Gabe nicht zu schätzen, also machte ich mich noch vor Beginn der feierlichen Handlung daran, mein Büchlein zu verschlingen. Das war nicht leicht, angesichts der überaus engen Volksgemeinschaft, die uns auf unseren Bänken vereinigte. [...] Es atmete den gleichen Geist, wie die Festrede unseres Herrn Pastor Altenpohl, welche unsere Feier verschönte, und dessen Wesen mich stets dazu bringt, auf der Bank der Spötter zu sitzen. - Kurz vor Beginn der Feier traf auch die Musik ein, angeblich der Posaunenchor des Langerfelder Männer- und Jünglingsvereins. (Mir stieg zwar sogleich der Gedanke an eine zivilisierte SA Kapelle auf.) - Ein Weihnachtsengel in Gestalt eines SA Mannes mit Karabiner bezog vor einem der Lichterbäume Posten u. die Sache konnte

vor sich gehen. Einige altherwürdige Weihnachtslieder wurden mit Gefühl gespielt. - Ich sah sogar Tränen fließen u. das bei einigen staatsgefährlichen Bösewichtern. Dann sprach Herr Pastor A. die Einleitungsworte. In der Folge wechselten dann gemeinsame Gesänge mit Ansprachen teils biblischen, teils allgemeinen Inhalts ab. Ich glaube, die Weihnachtspredigten in sämtlichen evangelischen Kirchen Deutschlands werden in diesem Jahr auch keinen anderen Inhalt gehabt haben, denn es ist schließlich Lebensberuf der geistlichen Herren, die christlichen Heilsbotschaften mit den wirklichen Tagesereignissen so gut es geht in Einklang zu bringen.<sup>754</sup>

Die Geschenke stammten aus Beständen der NSV und Spenden der Heimatgemeinden, die Altenpohl zuvor durch Anzeigen in Gemeindeblättern und Bittbriefen an die Heimatpfarrer eingeworben hatte.<sup>755</sup> Der 50köpfige Posaunenchor des Langerfelder CVJM begleitete die Feier musikalisch. Mit Karabiner 98 bewaffnete SA-Posten im Festsaal bewachten die Gemeinde.

Abb. 25: Festprogramm der Weihnachtsfeier 1933 im KZ Kemna<sup>756</sup>



Das gedruckte Programm gibt Auskunft über die gesungenen Lieder, die von „Stille Nacht“ über „Es ist ein Ros' entsprungen“ bis hin zu „Oh du fröhliche“ reichten. Auffallend ist der spöttische Unterton, mit dem Braß die Be-

<sup>754</sup> Braß, Kemna-Bericht, S. 47-49.

<sup>755</sup> Pastor Altenpohl: Weihnachten im Konzentrationslager, in: Evangelisch-lutherisches Gemeindeblatt vom 17.12.1933, abgedruckt in: Brychta/Eckardt, Kemna, S. 20.

<sup>756</sup> StadtAW, Fotosammlung.

mühungen des Seelsorgers kommentiert. Altenpohl sah dagegen in der Weihnachtsfeier im Konzentrationslager einen „Strahl der ewigen Liebe des Heilands in einer für sich abgeschlossenen Welt menschlicher Sünde und Not“, wobei er die menschliche Sünde eindeutig auf Seiten der Gefangenen verortete. In seiner Festansprache griff Altenpohl auf eine Geschichte über eine Gnadenaktion an nach Sibirien Verbannten aus dem zaristischen Russland zurück, die er offensichtlich auf die Weihnachtsamnestie 1933 bezog.:

„Als den Gefangenen die Gnadenbotschaft übermittelt wurde, habe sie anfangs nur ungläubige Gesichter gefunden, als sie aber dann bestätigt wurde, sei ein wahrer Freudentaumel entstanden. Nur eine kleine Gruppe habe finster abseits gestanden. Als man diese darauf frug, ob ihnen der Gedanke an die Freilassung keine Freude bereite, hätten sie geantwortet: ‚Nein, wir wollen auch weiterhin hassen!‘“<sup>757</sup>

Zusätzlich zu der Feier bekamen zumindest die Angehörigen der Gemeinde lutherisch Radevormwald auf Beschluss des dortigen Presbyterium einen Weihnachtsgruß in die Kemna geschickt.<sup>758</sup>

Zum zehnten und gleichzeitig letzten Mal hielt Altenpohl am Sonntag, dem 7. Januar 1934 einen Gottesdienst in der Kemna ab. Erneut war allen verbliebenen Insassen die Teilnahme von der SA befohlen worden. Im Anschluss an seine Predigt teilte Altenpohl den Gefangenen mit, dass das Lager aufgelöst, ein Teil von ihnen entlassen und die anderen in ein Moor-KZ verlegt werden würden. Damit war er der erste, der die bei den Häftlingen umlaufenden Gerüchte bestätigte.

Altenpohl verfasste nach einer Bitte des Polizeipräsidenten in Wuppertal Ende 1933 eine programmatische Schrift zur Seelsorge in Konzentrationslagern, die deutlichen Einblick in seine Motivationslage und seine politische Einstellung bietet.<sup>759</sup> Altenpohl ließ seinen Artikelentwurf mit einer leidenschaftlichen Rechtfertigung der Notwendigkeit von Konzentrationslagern beginnen. Er nutzte zur Beschreibung des deutschen Volkes die Metapher eines durch das Gift des Kommunismus tödlich erkrankten Patienten, der nur

---

<sup>757</sup> Braß, Kemna-Bericht, S. 49/50.

<sup>758</sup> Motte, Hochstimmung und Furcht, Fußnote 165.

<sup>759</sup> Vgl. zum Folgenden Martin Altenpohl, Die Seelsorge im Konzentrationslager, undatierte Anlage zum Bericht an das Konsistorium vom 02.01.1934, AEKR, 1 OB 002, Nr. 1068, o. Bl.

durch eine radikale Entfernung des Krankheitserregers aus dem Volkskörper geheilt werden könne.

„ [...] der entschlossene Kampf gegen die dunklen Mächte der Zerstörung unseres Volkslebens, wie sie im Kommunismus ihre Organisierung und Verkörperung erhalten haben. Der Kommunismus bedrohte nicht nur die nationale Sicherheit und soziale, wirtschaftliche und kulturelle Entwicklung, er war auch der entschlossenste Feind des christlichen Glaubens und der christlichen Kirche. [...] Der Kommunismus als der Todfeind der deutsch-christlichen Kultur und Bildung muss mit Stumpf und Stiel ausgerottet werden. So lange der einzelne Kommunist in bewusster Ablehnung verharrt und an seinen verbrecherischen Plänen gewaltsamer oder intellektueller Bekämpfung des nationalen Staates festhält, wird der Staat solche Gesinnungsverbrecher um des Wohles der Volksgenossen und des Staates willen aus der Volksgemeinschaft ausschließen müssen.“

Wichtigstes Ziel der Schutzhaft war für Altenpohl die Umerziehung der Gefangenen zu „brauchbaren Volksgenossen“ und die anschließende Wiedereingliederung in die „Volksgemeinschaft“, an der sowohl Staat als auch Kirche ein virulentes Interesse haben müssten. Ähnlich wie Trummel sah er in der Ausnahmesituation des Lagers eine günstige Gelegenheit für die Kirche, „sich insonderheit ihrer irre geleiteten Glieder anzunehmen, sie aus den Banden des Irrtums zu lösen und für den christlichen Glauben zurückzugewinnen.“ Dabei betonte er, dass die Volksmission an Schutzhäftlingen mit dem Ziel einer Gesinnungsänderung in tiefster Seele den sichersten Schutz vor einem Rückfall in den Kommunismus bieten könnte. Altenpohl empfahl dringend, eine geregelte Seelsorge in allen Konzentrationslagern einzurichten.

Beide Kemna-Lagerseelsorger, sowohl Trummel als auch Altenpohl, gehörten Ende November 1933 zu den Unterzeichnern eines Protestschreibens von DC-Pfarrern des Untergaus Wuppertal an Reichsbischof Müller. Darin protestierten die Wuppertaler Mitglieder der Glaubensgemeinschaft gegen die auf der Sportpalastkundgebung vom 13. November 1933 in Berlin verabschiedete radikale EntschlieÙung, in der eine „völkisch-nationalsozialistische Kirche“ gefordert wurde. Wenige Tage später traten die meisten Unterzeichner, darunter auch Trummel, aus der Glaubensgemein-

schaft aus.<sup>760</sup> Beyenburg blieb deshalb als einzige Gemeinde des Kirchenkreises im Kirchenkampf neutral. In Langerfeld dauerten die Auseinandersetzungen mit wechselnden Mehrheiten bis in die Kriegszeit an.<sup>761</sup> Altenpohl blieb bis zu seinem Tod nach einem Luftangriff 1945 Langerfelder Gemeindepfarrer, Trummel bis zu seiner Emeritierung 1951 in Beyenburg.<sup>762</sup> Beide Pfarrer waren keine radikalen Außenseiter, sondern standen mitten in der protestantischen Gemeinschaft des Kirchenkreises Barmen.

Auch führende Gegner der DC, wie der spätere Präses der BK im Rheinland, Paul Humburg, begrüßten 1933 mit großer Freude die Ausschaltung der „Feinde des Evangeliums“.<sup>763</sup> Gefangen im Dilemma zwischen politischem Ja und kirchlichem Nein zum NS-Regime<sup>764</sup> blieben angesichts des Lagers Kemna auch Bekenntnispfarrer den alten antisozialistischen Feindbildern verhaftet. Erst viele Jahre später wuchs das Bewusstsein für die „verborgene Schuld“ des Wegsehens:

„In Barmen hatten wir vor den Toren der Stadt das Konzentrationslager in der Kemna vor Augen, mit all den Scheußlichkeiten, die dort geschahen. Wir mussten deshalb auch wissen, was in Dachau und Oranienburg, in Flossenbürg und Theresienstadt und all den anderen Orten des Grauens vor sich ging.“<sup>765</sup>

Über katholische Seelsorge in der Kemna liegen außer einem Hinweis Altenpohls, dass ein katholischer Geistlicher ebenfalls im Lager tätig war, keine Quellenfunde vor. Nicht unerwähnt bleiben soll, dass der katholische Pfarrer Franz Brors aus der bergischen Kleinstadt Radevormwald im Januar 1934 an seinen Erzbischof, Kardinal Karl Joseph Schulte in Köln, einen Brief

---

<sup>760</sup> Van Norden, Kirchenkampf im Rheinland, S.90.

<sup>761</sup> Hans Helmich: Der Kirchenkampf in Elberfeld und Barmen, Die evangelische Kirche von 1933 bis 1945, in: Goebel, Zeit des Nationalsozialismus, S. 93-116, hier: S. 103/104.

<sup>762</sup> Im Jahr 1945 kämpfte Trummel gegen den Führungsanspruch der BK und musste vom Kreissynodalvorstand zur Anerkennung der neuen BK-dominierten Kirchenleitung gezwungen werden. Vgl. Helmich, Nach dem Kirchenkampf, S. 103/104.

<sup>763</sup> Vgl. die Zitate aus dem „Barmer Sonntagsblatt“ in: Hans Helmich: Das KZ Kemna und die christlichen Gemeinden Wuppertals, in: MEKGR (1980), S. 279-283, hier: S. 281/282. Zu Humburg siehe Günther van Norden: 'Das ist Knospenfrevell', Paul Humburgs Weg von der Hitler-Verehrung zum Regime-Kritiker, in: Ders. und Klaus Schmidt (Hg.): Sie schwammen gegen den Strom, Widersetzlichkeit und Verfolgung rheinischer Protestanten im 'Dritten Reich', Köln 2006, S. 192-195.

<sup>764</sup> Günther van Norden: Der deutsche Protestantismus im Jahr der nationalen Machtergreifung, Gütersloh 1979, S. 11.

<sup>765</sup> Johannes Schlingensiepen: Widerstand und verborgene Schuld, Erinnerungen an den Kampf der Bekennenden Kirche in Barmen, Wuppertal 1976, S. 122.



schrieb, in dem er mit deutlichen Worten gegen die Misshandlung unschuldiger Angehöriger seiner Gemeinde protestierte.<sup>766</sup> Es ist der Einzige in den Quellen zu findende Protest eines Geistlichen gegen das frühe Konzentrationslager.

Die „Seelsorger am Konzentrationslager“ standen in der Tradition der anti-sozialistischen Stoßrichtung der Stadtmission seit 1920. Ihre kirchenpolitische Position zwischen dem gemäßigten Flügel der DC und den „Neutralen“ spiegelte die Mehrheitsmeinung in den Kirchenkreisen Barmen und Elberfeld wider.

Die Gelegenheit des ungehinderten Zugangs zum harten Kern der Dissidenten im Lager Kemna wurde trotz Bedenken ergriffen. Die Folterungen und Misshandlungen wurden von den Lagerseelsorgern zwar abgelehnt, sie nutzten aber die psychische und physische Ausnahmesituation der Gefangenen zu Missionszwecken aus.

So wurde die Lagerseelsorge in frühen Konzentrationslagern wie der Kemna zum radikalisierten Höhepunkt der Auseinandersetzungen des deutschen Protestantismus mit seinen „verlorenen Söhnen“ aus der Arbeiterbewegung.

### **Schlaglichter aus der Lagergeschichte**

*Montag, 7. August 1933: Lüttringhauser „Meuterer“*

Auch die Gefangenen im Schutzhaffflügel des Zuchthauses Remscheid-Lüttringhausen wurden bei Vernehmungen durch die politische Polizei misshandelt. Die kommunistischen Häftlinge nutzten den täglichen Hofgang zu Absprachen und hatten bereits für einige Tage einen Hungerstreik organisiert.<sup>767</sup> Anfang August 1933 waren in einem Gang die Schreie eines Gefolterten zu hören. Andere Gefangene reagierten darauf, in dem sie begannen, Lärm zu verursachen. Sie schrieten, schlugen mit ihren Essnäpfen gegen die Zellentüren, zerschlugen das Zellenmobiliar und animierten andere Gefangene, sich an dem Protest zu beteiligen.

Der Zuchthausdirektor, der durch die politischen Gefangenen ohnehin die Sicherheit in seiner Anstalt gefährdet sah, bezeichnete den Vorgang als

---

<sup>766</sup> Schreiben vom 02.01.1934, abgedruckt in: Motte, Hochstimmung und Furcht, S. 39.

<sup>767</sup> Spicher, In der Zelle, S. 28/29.

„Meuterei“ und schob alle Schutzhäftlinge, etwa 50 Personen, mit einem Transport in die Kemna ab.<sup>768</sup>

Der Transport war der Wachmannschaft entsprechend angekündigt worden, was dazu führte, dass die „Meuterer“ bei der Einlieferung noch deutlich stärker, als bei den „Begrüßungsprügeln“ üblich, misshandelt wurden. Der als Anführer ausgemachte Willy Spicher wurde von Hilgers mehrfach verwarnt, dass er im Falle einer ähnlichen „Meuterei“ umgehend Schießbefehl geben würde.<sup>769</sup>

*Freitag/Samstag, 25./26. August 1933: „Aktion Mühlenteich“*

Im Rahmen des Ermittlungsverfahrens in einer „Waffensache“ erhielt die Politische Polizei Hinweise darauf, dass Waffen in den Becken der Kläranlage am Mühlenteich in Remscheid versenkt worden sein sollen.<sup>770</sup> Die von den Ermittlern angeordnete Suche nutzte die SA zu einer gezielten Erniedrigung ehemaliger Widersacher aus Politik und Polizei. Veller und Pfeiffer suchten persönlich Häftlinge aus der Führung der regionalen SPD und KPD sowie ehemalige Polizeibeamte aus, die nach Remscheid gebracht wurden und dort im Morast der abgelassenen Klärbecken nach den Waffen suchen mussten. Der stinkende Schlamm sollte vollständig aus den Becken geschaufelt werden, was zwei volle Tage in Anspruch nahm. „Im Laufe des Tages erschien dann auch Veller mit seinem Gefolge, um uns zu besichtigen. Ich wurde dann von Leuten seines Gefolges, die mich offenbar kannten, noch besonders schikaniert.“<sup>771</sup> Vor Ort wurden die Gefangenen trotz der großen Hitze nicht gepflegt und abends gezwungen, sich unbekleidet in einem für den zweiten Tag vorgesehenen, noch nicht abgelassenen Becken zu „waschen“. Arnold Schulz wäre dabei fast ertrunken:

„Durch den plötzlichen Temperaturwechsel und die totale Erschöpfung flimmerte es mir vor den Augen, meine Arme greifen ins Leere, und ich versinke im Wasser. [...] Der Genosse Otto Böhner [Böhne] aus Wuppertal hatte den Vorgang bemerkt, kurz entschlossen war er untergetaucht und schleppte

---

<sup>768</sup> Einspruch Wolffs vom 21.08.1934 gegen die Einstweilige Verfügung von Rudolf Heß, Stellvertreter des Führers, HStAD, Ger. Rep. 29/320, Bl. 37.

<sup>769</sup> Urteil Kemna-Prozess, HStAD, Gerichte, Rep. 29/293, S. 163/164.

<sup>770</sup> Verfahren O.J. 990-33. Vgl. S. 300-303.

<sup>771</sup> Aussage Oskar Hoffmann vom 12.11.1933, HStAD, Gerichte, Rep. 29/308, Bl. 418.

meinen leblosen Körper ans Ufer, trotz der brüllenden SA-Leute, die da riefen:  
„Lasst doch das Schwein versaufen!“<sup>772</sup>

Bereits am ersten Tag der Suche war auf Schaulustige, die sich auf einem Hang in der Nähe des Mühlenteiches sammelten, mit Pistolen geschossen worden. Am zweiten Tag hatten sich wieder zwei Gruppen Schaulustiger angesammelt. Veller und andere SA-Männer schossen mit Pistolen des Kalibers 6,35 mm auf die Menschen, ohne dass bei einer Entfernung von 200 Metern große Gefahr davon ausging. Wilhelm Bläsing verfügte über eine Armeepistole 08 mit langem Lauf und verlängertem Schaft. Bläsing strich diese Waffe an einem Baum an, zielte sorgfältig über Kimme und Korn, schoss und traf den 13 Jahre alten Hermann Göbel tödlich. Das Geschoss traf den Jungen in den Bauch und trat an der Schulter nach Durchschlagung des Körpers wieder aus. Die polizeilichen Ermittlungen 1933 verliefen im Sande. Der Vater des Kindes erhielt für den Tod seines einzigen Sohnes aus der Kasse der Reichskanzlei eine „Entschädigung“ von 1.500,- RM.<sup>773</sup>

*Samstag, 16. September 1933: „Auwi“ in der Kemna*

Die Stadt Wuppertal verlieh am 26. August 1933 dem SA-Oberführer August Wilhelm, Prinz von Preußen, das Ehrenbürgerrecht.<sup>774</sup> Zuvor waren nur Adolf Hitler und Paul von Hindenburg mit dieser Auszeichnung geehrt worden.<sup>775</sup>

August Wilhelm<sup>776</sup>, der vierte Sohn Wilhelms II., war 1927 dem Stahlhelm und 1930 der NSDAP beigetreten. Er war für die Partei zum einen als Türöffner in konservativ-monarchistischen Kreisen von großer Bedeutung, zum anderen wirkte er, seit er 1931 auch der SA angehörte, als Symbol der „Volksgemeinschaft“ unter SA-Kameraden.

---

<sup>772</sup> Schulz, Schutzhäftling 409, S. 12.

<sup>773</sup> Urteil Kemna-Prozess, HStAD, Gerichte, Rep. 29/293, S. 267-272.

<sup>774</sup> Beschluss des Beschlussausschusses, der die Beschlussrechte der Stadtverordnetenversammlung wahrnimmt, StadtAW, DV 610, Bl. 838. An der Sitzung nahm vertretungsweise auch Kemna-Kommandant Alfred Hilgers teil.

<sup>775</sup> Beschluss der Stadtverordnetenversammlung vom 04.04.1933, DV 757, Bl. 38-65. Neben er NSDAP stimmten der Verleihung auch die KFSWR, das Zentrum und der CSVD zu.

<sup>776</sup> Lothar Machtan: Der Kaisersohn bei Hitler, Hamburg 2006.

Abb. 26: Prinz August Wilhelm, Veller, Hilgers (von links nach rechts) im Hotel zur Post<sup>777</sup>



Am 16. September 1933 kam „Auwi“ nach Wuppertal, nahm die Ehrung entgegen, trug sich ins Goldene Buch der Stadt ein und traf sich mit „Alten Kämpfern“ der SA im Elberfelder Hotel zur Post. Bei diesem Treffen entstand offenbar spontan die Idee, dem Ober-

führer das Lager Kemna zu zeigen. Die telefonische Ankündigung des Besuchs löste im Lager hektische Betriebsamkeit aus:

„Die Truppführer liefen geschäftig hin und her. Es wurde versucht, dem Lager einen aufgeräumten und gesäuberten Anstrich zu verleihen. Auwi machte einen kurzen, oberflächlichen Durchgang. Die Belegschaften der Säle mussten antreten, die Stubenältesten kommandierten „Achtung“ und machten Meldung. Auwi steckte seinen langen Hals mal vorsichtig durch den Türrahmen, hob den Arm zum Hitlergruß und zog sich schnell wieder zurück.“<sup>778</sup>

Nach einem Bericht der Wuppertaler Zeitung besichtigte Prinz August Wilhelm das Lager, führte längere Gespräche mit einzelnen Insassen und bekam von den Häftlingen einen Blumenstrauß überreicht.<sup>779</sup>

#### *Unbekannter Sonntag im Herbst 1933: Kinder im Lager*

An einem nicht mehr mit einem konkreten Datum zu verbindenden Sonntag hörte Willi Weiler auf dem Hof des KZ Kemna Kinderstimmen. Durch ein kleines, in die Teerfarbe gekratztes Loch, konnte er erkennen, dass eine Gruppe zwischen 8 und 14 Jahre alter Kinder in kurzen Hosen auf dem Hof in Zweierreihen angetreten stand und offensichtlich froh.<sup>780</sup>

Lagerkommandant Hilgers bestätigte im Kemna-Prozess 1948, dass der Landrat des Rhein-Wupper-Kreises als Vergeltung für die angebliche Ermordung eines Hitler-Jungen, etwa 30, nach Weiler etwa 50, Pfadfinder festnehmen und in die Kemna einliefern ließ. Offenbar war Kriminal-Assistent Eugen Pedrotti an der Einlieferung beteiligt. Der Wachhabende des Lagers

<sup>777</sup> „Als Gast im Hotel zur Post“, in: BMZ 17.09.1933.

<sup>778</sup> Ibach, Kemna, S. 76/77.

<sup>779</sup> „In der Kemna“, in: WZ 18.09.1933.

<sup>780</sup> Weiler, Kemna, S. 46.

telefonierte Kommandant Hilgers herbei und ließ die Kinder bis zu dessen Eintreffen angetreten in der Kälte stehen. Nach Hilgers Aussage veranlasste er umgehend, dass die Kinder in das Gebäude geholt und für sie Kaffee gekocht wurde. Er sei mit den Kindern die ganze Nacht aufgeblieben und habe mit ihnen Lieder gesungen. Nach etwa 15 Stunden seien sie nach Hause gebracht worden.<sup>781</sup>

Nach Weilers Informationen soll das HJ-Mitglied bei einem internen Streit von anderen Hitler-Jungen erstochen worden sein.<sup>782</sup>

*Sonntag, 1. Oktober 1933: Erntedank*

Am 1. Oktober 1933 feierte Deutschland das Erntedankfest zum ersten Mal unter den Vorzeichen der „Blut und Boden“-Ideologie.

In Wuppertal veranstaltete die NSDAP einen großen Erntefestzug, der von Oberbarmen bis ins Stadion am Zoo führte. Als Ehrengast war Erich Koch, inzwischen Oberpräsident der Provinz Ostpreußen, eingeladen.<sup>783</sup> Wenige Stunden nach Ende des Festzugs kam es in einer Elberfelder SA-Kneipe zum Streit zwischen dem berüchtigten Obersturmführer August Puppe vom „Mordsturm“ 2/173 und einem einfachen SA-Mann aus dem Cronenberger Sturm 14/173. Beide zogen Pistolen und erschossen sich gegenseitig.<sup>784</sup>

Alfred Hilgers kam aus der Stadt zurück ins Lager Kemna mit der Meldung, dass Puppe von Kommunisten erschossen worden sei. Mit der Lagersirene wurde daraufhin Alarm ausgelöst, die Wachmannschaft stürmte wutentbrannt in Häftlingssaal I und schlug wahllos mit Knüppeln auf die Gefangenen ein.<sup>785</sup> Saal I wurde Ziel der SA, weil die Häftlinge dort zuvor die „Loreley“ von Heinrich Heine sangen und einer der SA-Männer darin ein „Judenlied“ erkannte.<sup>786</sup>

Puppe erhielt ein Ehrenbegräbnis auf dem Wuppertaler Friedhof Bredtchen. Neben der regionalen SA-Führung gab ihm auch der Wuppertaler Ehrenbürger Prinz August Wilhelm das letzte Geleit. Der die Beerdigung leitende DC-Pfarrer Theodor Reinhold von der Gemeinde lutherisch Elberfeld kam in

---

<sup>781</sup> Urteil Kemna-Prozess, HStAD, Gerichte, Rep. 29/293, S. 54.

<sup>782</sup> Weiler Kemna, S. 46.

<sup>783</sup> „Wuppertal feiert den Erntedank“, in: WZ 03.10.1933.

<sup>784</sup> Gerüchten zufolge soll Puppe wegen des zwei Wochen zurückliegenden Tods seiner Frau den Tod gesucht haben. Offiziell handelte es sich um einen Unglücksfall. Vgl. die Todesanzeigen in: WZ 03.10.1933.

<sup>785</sup> Aussage Hugo Jung, HStAD, Gerichte, Rep. 29/218, Bl. 132-152.

<sup>786</sup> Weiler, Kemna, S. 41.

seiner Predigt am Grab Puppes zu der Erkenntnis, dass es das Erhebende im neuen Deutschland sei, dass das Gebot der Liebe in reinster Weise verwirklicht werde.<sup>787</sup>

*Samstag, 4. November 1933: Kartoffelschäler-Affäre*

Das „Kartoffelschäler-Kommando“ bestand aus 17 Häftlingen, die in Saal II lebten, wo in einer Ecke ein Holzverschlag abgetrennt war. In diesem Verschlag musste das Kommando, das bereits einige Stunden vor dem allgemeinen Wecken aufstand, täglich acht bis zehn Stunden Kartoffeln für die Lagerküche schälen und klein schneiden. Besonders in den Herbst- und Wintermonaten war die Arbeit in gebückter Haltung mit ständig nassen Händen in dem zugigen Verschlag eine Tortur.

Auf Anordnung Hermann Warnstedts sollte das Kommando, um das Schweinefutter aufzuwerten, die Kartoffeln großzügig schälen und kleine Kartoffeln ungeschält zum Futter werfen. Bei einer Kontrolle fielen Bruno Wolff die dicken Kartoffelschalen auf. Er ließ das Kommando in seinem Büro antreten und machte den Häftlingen den Vorwurf, bewusst das „Aufbauwerk Adolf Hitlers“ sabotiert zu haben.<sup>788</sup> Alle Kartoffelschäler wurden über die Prügelbank geworfen und brutal misshandelt, wobei sich Warnstedt selbst intensiv an den Misshandlungen beteiligte. Anschließend wurde das Kommando abgelöst. Fritz Braß berichtete über die Ansprache an die Belegschaft von Saal III:

„Es sind beim Kartoffelschälen Schweinereien vorgekommen. Die Kerls, die das bisher machten, haben eine Menge guter Kartoffeln einfach in den Abfall, d.h. unter die Schalen geworfen. Wir haben sie sofort abgelöst. Sie liegen unter der Treppe u. haben einen warmen Arsch! Jetzt wollen wir unter Euch eine neue Gruppe aussuchen, die hoffentlich ehrlicher ist. Wenn nicht, dann werdet ihr was erleben!“<sup>789</sup>

Der Vorfall zeigt deutlich die Gratwanderung der Häftlinge, die versuchen mussten, sich möglichst unauffällig durch die sich oft diametral wider-

---

<sup>787</sup> „Der SA.-Kameraden letzte Fahrt“, in: WZ 06.10.1933. Zu Reinhold vgl. Helmich, Nach dem Kirchenkampf, S. 86/87.

<sup>788</sup> Aussage Rudolf Steinhaus 1947, HStAD, Gerichte, Rep. 29/316, Bl. 561.

<sup>789</sup> Braß, Kemna-Bericht, S. 43.

sprechenden Anweisungen der häufig betrunkenen Angehörigen der Wachmannschaft hindurch zu lavieren.

*Sonntag, 31. Dezember 1933: Silvesterzwischenfall*

Es bestand sowohl bei den ehemaligen Gefangenen als auch bei der Staatsanwaltschaft 1947/48 die Tendenz, den letzten, bereits 1934 verstorbenen Kemna-Kommandanten Wolters als positives Gegenbeispiel zu Hilgers zu idealisieren. Mehrere Vorfälle unter Wolters Kommando zeigen aber deutlich, dass mit seinem Dienstantritt Brutalität und Folter keineswegs beendet waren. Neben dem „Schöpfkommando“ und den Umständen des Börgermoor-Transports ist in diesem Zusammenhang besonders ein Zwischenfall an Silvester 1933 zu nennen. Wolters hatte bei seinem Dienstantritt die Gefangenen in einer Ansprache dazu ermuntert, sich mit Beschwerden an ihn zu wenden. Fritz Vollmer, der an Silvester von einem Scharführer aus der Wachmannschaft grundlos verprügelt worden war, erinnerte sich dieser Ansprache und machte beim Kommandanten entsprechende Meldung.

Wolters bestrafte nicht den Scharführer, sondern alle Häftlinge. Am 2. Januar 1934 musste die gesamte Lagerbelegschaft als Kollektivstrafe für die Beschwerde auf dem Hof strafexerzieren. Dabei wurde besonders der 62 Jahre alte Beschwerdeführer „geschliffen“.<sup>790</sup>

### **Auflösung des Lagers**

Mit dem Erlass vom 14. Oktober 1933 machte das preußische Innenministerium mit den Plänen zur Zentralisierung der Schutzhaftvollstreckung Ernst und ordnete an, dass nur noch „staatliche Konzentrationslager“ Schutzhäftlinge aufnehmen dürften. Neben den Moorlagern im Emsland waren dies die Lager Sonnenburg, Lichtenburg und Brandenburg, sowie für eine Übergangszeit auch die Schutzhaftabteilungen in Brauweiler und Moringen.

„Sonstige Einrichtungen zur Unterbringung politischer Häftlinge werden von mir als staatliche Konzentrationslager nicht anerkannt, soweit sie noch bestehen, werden sie in Kürze, jedenfalls noch vor Ende dieses Jahres, auf-

---

<sup>790</sup> Braß, Kemna-Bericht, S. 52-54.

gelöst. Eine Neuzuführung von Schutzhäftlingen in solche Einrichtungen ist daher verboten.<sup>791</sup>

Damit begann ein Tauziehen um den Fortbestand der Kemna zwischen der SA-Brigade 72 und der Bezirksregierung auf der einen, sowie dem preußischen Innenministerium auf der anderen Seite. Staatssekretär Ludwig Grauert und die politische Abteilung des Ministeriums ließen sich auch nicht durch ein persönliches Vorsprechen Vellers in Berlin von der Notwendigkeit überzeugen, das Lager beizubehalten. Mit Schreiben vom 10. November 1933 kündigte Grauert Regierungspräsident Carl Christian Schmid seine Absicht an, „das Lager noch im Laufe des Monats November ganz aufzulösen und die Häftlinge in staatliche Konzentrationslager verbringen zu lassen.“<sup>792</sup>

Für Veller und Schmid blieb nach diesem eindeutigen Erlass nur noch der Weg, hinhaltenden Widerstand zu leisten. Veller argumentierte mit der abschreckenden Wirkung des Lagers auf die Bevölkerung des Rhein-Ruhr-Gebiets und der Unterstützung durch die übrigen Polizeipräsidenten:

„Gerade aber gegenüber der kommunistischen Gefahr bildet das Vorhandensein eines Konzentrationslagers in unmittelbarer Nähe des dicht besiedelten Industriegebietes ein besonders vorbeugendes Mittel, das es ermöglicht, alle Personen, bei denen mit einer aktiven Betätigung für den Kommunismus auch nur zu rechnen ist, unverzüglich in ein Konzentrationslager zu bringen. Ich darf darauf verweisen, daß auch die übrigen Polizeipräsidenten des Regierungsbezirks sich einstimmig für die Aufrechterhaltung des Konzentrationslagers Wuppertal-Barmen ausgesprochen haben.“<sup>793</sup>

Regierungspräsident Schmid machte sich diesen Standpunkt zu Eigen und bat den verantwortlichen Ministerialdirigenten Fischer in einem Funkspruch dringend, das Lager mindestens bis zum Ende des ersten Quartals 1934 bestehen zu lassen. Zusätzlich übersandte er den nach der letzten Lagerinspektion entstandenen Bericht des Medizinalrats, der dem Lager einwandfreie Sanitäreinrichtungen bescheinigte, um damit „Gerüchte über unsachgemäße Behandlung der Gefangenen“ zu entkräften.<sup>794</sup>

---

<sup>791</sup> Zitiert nach Reimund Schnabel: Macht ohne Moral, Eine Dokumentation über die SS, Frankfurt am Main 1958, S. 110/111.

<sup>792</sup> HStAD, Gerichte, Rep. 29/305, Bl. 459.

<sup>793</sup> Schreiben an RP Schmid vom 27.11.1933, HStAD, Gerichte, Rep. 29/219, Bl. 292-295.

<sup>794</sup> Funkspruch Schmid an Fischer vom 30.11.1933, HStAD, Gerichte, Rep. 29/305, Bl. 459.



Schmid wechselte erst die Fronten, als klar wurde, dass Veller entmachtet werden würde. Erst am 13. Dezember 1933 übersandte er Kopien des Erlasses vom 10. November an alle Polizeipräsidenten und die zuständige Abteilung der Bezirksregierung und ordnete an, „das Weitere zu veranlassen“.<sup>795</sup> Der Sturz Vellers und der regionalen SA-Führung wurde weniger durch den Terror innerhalb und außerhalb der Kemna ausgelöst, als vielmehr durch zahlreiche kriminelle Delikte und Unterschlagungen auch zum Schaden der Parteiorganisation, die für die vorgesetzten Dienststellen Konsequenzen unabdingbar machten.

Die Vorwürfe gegen Veller reichten von gewohnheitsmäßiger Zechprellerei und dauernden Unterschlagungen von Parteigeldern zur Finanzierung des eigenen aufwändigen Lebensstils bis hin zu erheblichem Missbrauch der ihm verliehenen Amtsgewalt des Polizeipräsidenten. So ließ sich Veller offenbar für die Aufhebung von Schutzhaftbefehlen bezahlen<sup>796</sup> und erpresste regelrechte Schutzgeldzahlungen von jüdischen Kaufleuten. Offensichtlich war die Parole von der Fortführung der nationalen Revolution nur ein Vorwand für die individuelle Bereicherung der SA-Führung.<sup>797</sup>

Auch in den Berichten der Bezirksleitung Niederrhein der KPD ist durchgängig von einer „Korruptionsaffäre Veller u. Gen.“ die Rede, die seinen Sturz ausgelöst habe. Der Korruptionsfall sei in Wuppertal und darüber hinaus im ganzen rheinischen Gebiet Tagesgespräch.<sup>798</sup>

Bereits im Oktober 1933 hatte Veller versucht die Verbreitung der kursierenden Gerüchte „über führende Persönlichkeiten der NSDAP und der SA“ durch eine öffentliche Warnung mit der Einlieferung in das KZ Kemna zu unterdrücken.<sup>799</sup> Um dem Nachdruck zu verleihen, ließ er in den Tagen nach Veröffentlichung der Drohung verhaftete „Miesmacher“ mit vollständigem Namen und Adresse in der Presse an den Pranger stellen.<sup>800</sup> Die Gerüchte

---

<sup>795</sup> Schreiben an die Abt. I C 1, HStAD, Gerichte, Rep. 29/305, Bl. 459.

<sup>796</sup> Peter Hülsmann wurde beispielsweise aus der Kemna entlassen, nachdem seine Frau die SA bestochen hatte. Vgl. StadtAW, AfW, 77804.

<sup>797</sup> Vgl. die Vorwürfe in der Aussage Walter Kochs vom 31.01.1934, HStAD, Gerichte, Rep. 29/165, Bl. 20-22a; Klein, SA-Terror, S. 49.

<sup>798</sup> Bericht vom 09.05.1934, BA Berlin, SAPMO, RY 1, I 3/20/44, Bl. 140/141.

<sup>799</sup> „Der Polizeipräsident warnt“, in: WZ 24.10.1933; „Öffentliche Warnung“, in: GA 24.10.1933.

<sup>800</sup> Berichte über die Verhafteten in: GA 26., 27., 28. und 30.10.1933.

über Unterschlagungen und sonstige strafbare Handlungen der regionalen SA-Führung verstummen durch die Drohungen nicht.<sup>801</sup>

Anfang Oktober 1933 hatte sich Vellers persönliche finanzielle Situation zugespitzt. Das Dachpappengeschäft, das nach dem Tod seines Vater 1928 übernommen hatte, war ruiniert. Im Laufe des Jahres 1931 hatte er aufgehört, seine Lieferanten zu bezahlen und ließ Schulden in Höhe von 3.400 Mark auflaufen. Seine Gläubiger erwirkten einen rechtskräftigen Zwangsvollstreckungstitel zur Pfändung des Dienstehinkommens des Polizeipräsidenten, das immerhin bei knapp 800 Mark lag.<sup>802</sup> Der Beschluss wurde von der Bezirksregierung zuständigkeitshalber an den Polizeipräsidenten in Wuppertal weitergeleitet, was Veller nutzte, um ihn zu unterschlagen. Diese Unterschlagung des Gehaltspfändungsbeschlusses war in der Augen seiner Kritiker der schwerste Vorwurf. Erst Ende Dezember 1933 sperrte Regierungspräsident Schmid Vellers Dienstbezüge, um den Beschluss zu vollstrecken.<sup>803</sup>

Vellers direkter SA-Vorgesetzter, Gruppenführer Heinrich Knickmann, erteilte Anfang Dezember 1933, unter dem Eindruck der zahlreichen Vorwürfe und der nicht verstummenden Gerüchte in Wuppertal, den Auftrag, belastendes Material zusammenzustellen. Auch Gauleiter Friedrich Karl Florian stimmte der Entmachtung Vellers zu.<sup>804</sup> Die fertige Urkunde mit der endgültigen Ernennung zum Polizeipräsidenten wurde bereits zurückgehalten, wenn auch die dazugehörige Mitteilung den Weg in die Presse fand.<sup>805</sup> In Wuppertal bestanden zu diesem Zeitpunkt Strukturen von vier nationalsozialistischen Nachrichtendiensten, der Parteiorganisation, der SA, der NS-Betriebszellenorganisation und der SS. Diese um Einfluss konkurrierenden Dienste arbeiteten oft auch gegeneinander. Besonders zwischen den Nach-

---

<sup>801</sup> Schreiben Oberstaatsanwalt in Wuppertal an preußischen Justizminister vom 11.01.1934, HStAD, BR-PE 655, Bl. 29-35, hier: Bl. 32.

<sup>802</sup> Pfändungsbeschluss des Amtsgerichts Wuppertal-Barmen vom 02.10.1933, HStAD, Gerichte, Rep. 29/167, Bl. 64.

<sup>803</sup> Bericht des Landrats Trapolski an den Regierungspräsidenten vom 06.01.1934, HStAD, Gerichte, Rep. 29/165, Bl. 1-7.

<sup>804</sup> Vernehmung Helmut Hoters 1953, HStAD, Gerichte, Rep. 372/461, Bl.22.

<sup>805</sup> „Der bisherige stellvertretende Polizeipräsident Willi Veller ist jetzt vom Minister des Inneren zum Polizeipräsidenten in Wuppertal ernannt worden.“ Zitat aus: „Zum Polizeipräsidenten ernannt“, in: GA 13.12.1933.

richtendiensten von SA und NSBO kam es immer wieder zu Konflikten, die bis zu gegenseitigen Festnahmen führten.<sup>806</sup>

Da der SA-ND fest in der Hand der Veller-Vertrauten war, stützten sich die Beauftragten Knickmanns auf die Wuppertaler Mitglieder des Sicherheitsdienstes des Reichsführers SS. Am 1. Dezember 1933 erfolgte die Ablösung von Alfred Hilgers durch Wolters. Veller behielt seine Gewohnheiten trotzdem bei und lieferte so dem SD-Agenten mit der Dienstnummer 31.991 mit einer Alkohologgie vom Abend des 8. bis in die Vormittagsstunden des 9. Dezembers in der Nachtbar „Fidelio“ die nötigen Beweise. Der SD-Agent, der neben der Nachtbar auch das KZ Kemna aufsuchte und mit verschiedenen innerparteilichen Gegnern Vellers sprach, berichtete von einem Willkür-Regiment der SA-Führung, das jeden anständig denkenden Menschen abstoßen müsse. Er empfahl die Abstellung der Missstände durch Ablösung der Brigadeführung und ihrer Anhänger, bei der aber mit härtestem Widerstand zu rechnen sei.<sup>807</sup> Bei dem Agenten handelt es sich wahrscheinlich um den Unterbezirksleiter des SD, den 30 Jahre alten Kaufmann Günther Muthmann aus Wuppertal-Vohwinkel.<sup>808</sup>

Diese Empfehlung wurde am 15. Dezember 1933 mit der Beurlaubung Vellers aus gesundheitlichen Gründen umgesetzt. Auch die Angehörigen seiner Clique wurden aus ihren Ämtern und Funktionen entfernt. Knickmann kam selbst nach Wuppertal, da Widerstand der Anhänger Vellers gegen dessen Absetzung befürchtet wurde.<sup>809</sup>

Nach einer zweimonatigen internen Untersuchung der SA, während der sich Veller in Duisburg zur Verfügung seines Gruppenführers aufhalten musste, wurde er durch den SA-Ehrenhof um zwei Dienstränge zum Standartenführer degradiert und zum Stab der Obergruppe IV nach Dresden versetzt. Von einer härteren Bestrafung wurde „in Anbetracht der großen Verdienste, die sich Veller in schwerster Zeit und auf schwerstem Boden erworben hat“ abgesehen.<sup>810</sup>

---

<sup>806</sup> Aussage Walter Koch vom 31.01.1934, HStAD, Gerichte, Rep. 29/165, Bl. 20-22.

<sup>807</sup> Bericht des Agenten vom 09.12.1933, HStAD, Gerichte, Rep. 29/135, Bl. 378-387.

<sup>808</sup> Aussage Muthmann vom 14.02.1934, HStAD, Gerichte, Rep. 29/165, Bl. 60; 67a.

<sup>809</sup> „Gruppenführer Knickmann besucht die Wuppertaler SA“, in: WZ 18.12.1933.

<sup>810</sup> Schreiben Ernst Röhms an Veller vom 22.02.1934, BA, BDC, PK, o. Bl.

Neuer k. Polizeipräsident in Wuppertal wurde Regierungsrat Alexander Orgler, der bereits Ende November 1933 nach Wuppertal versetzt worden war.<sup>811</sup>

Zum neuen Führer der SA-Brigade bestimmte Stabschef Röhm im Januar 1934 Standartenführer Fritz Habenicht, der zuvor die nordelbische Standarte 213 kommandiert hatte.<sup>812</sup> Habenicht folgte, auf Drängen von SA-Obergruppenführer Victor Lutze,<sup>813</sup> Veller im März 1934 auch im Amt des Polizeipräsidenten in Wuppertal.<sup>814</sup>

Die Führung der SA-Gruppe Niederrhein sah sich durch die weiterhin umlaufenden Gerüchte über Korruption als Ursache der Personalveränderungen in der Wuppertaler SA gezwungen, Drohungen ganz im Stile Willi Vellers in der Presse zu veröffentlichen:

„Aus internen SA-dienstlichen und disziplinären Gründen ist die Veränderung in der Besetzung verschiedener SA-Führerstellen in Wuppertal notwendig geworden. Die hiermit im Zusammenhang geführte Untersuchung hat aber nicht ergeben, dass irgendwelche Unterschlagungen oder ähnliche ehrenrührige Handlungen von den in Betracht kommenden SA-Führern begangen worden sind. Ich werde in der Folge jeden unnachsichtig zur Rechenschaft ziehen, der weiterhin derartige Gerüchte verbreitet, die geeignet sind, das Ansehen der SA und ihrer Führer zu schädigen.“<sup>815</sup>

Offenbar besserten sich die Lebensbedingungen der verbliebenen Häftlinge nach dem Kommandantenwechsel von Hilgers zu Wolters schlagartig, die Verpflegung wurde besser, die Misshandlungen seltener.<sup>816</sup> Wolters übergab einzelnen Gefangenen persönlich Briefe von Angehörigen, die zum Teil

---

<sup>811</sup> „Nach Wuppertal versetzt“, in: GA 24.11.1933.

<sup>812</sup> „Neuer Führer der Brigade 72“, in: VP 13.01.1934.

<sup>813</sup> Lutze verlangte, dass Habenicht zur Durchführung seiner „Säuberungsaufgaben“ in der SA-Brigade 72 mit polizeilicher Autorität ausgestattet werden müsse. Habenicht setzte sich deshalb gegen den zweiten Kandidaten, Wilhelm Gelberg, SA-Standartenführer und Polizeipräsident im zur Auflösung vorgesehenen Präsidiabezirk Krefeld-Uerdingen, durch. Schreiben des Regierungspräsidenten an den preußischen Innenminister vom 07.03.1934, HStAD, BR-PE 655, Bl. 52-57, hier: Bl. 54-56.

<sup>814</sup> „Alles für Führer und Volk“, in: VP 24.03.1934. Siehe auch Habenichts Personalakte, HStAD, BR-PE 200.

<sup>815</sup> „Warnung des Sonderbeauftragten des Obersten SA-Führers“, in: RGA 12.01.1934 und BMZ 12.01.1934.

<sup>816</sup> Aussage Karl Niermanns vom 29.08.1934, HStAD, Ger. Rep. 29/218, Bl. 19.

bereits längere Zeit zurückgehalten worden waren und auch die Häftlinge selbst erhielten häufiger eine Schreiberlaubnis.<sup>817</sup>

Teile der Wachmannschaft standen dem neuen Kommandanten ablehnend gegenüber und begannen gemeinsam mit Hilgers, Lebensmittel aus den Beständen des Lagers zu unterschlagen. Mindestens zwei Wachleute, darunter der stellvertretende Kommandant Wolff, brachten zusätzlich Dienstwaffen in ihren Privatbesitz. Nach Aussagen seines Fahrers brachte Schmidt Ende Dezember ein leichtes Maschinengewehr mit ins Lager.

Um weitere Unterschlagungen zu unterbinden, erließ Wolters eine Anweisung, nach der die Saalältesten für das Inventar ihrer Säle verantwortlich und eine Entfernung einzelner Teil nur mit ihrer Genehmigung möglich waren.

Die Häftlinge erhielten am Sonntag, dem 7. Januar 1934 durch den Lagerseelsorger Gewissheit über die bevorstehende Auflösung des Lagers und auch darüber, dass ein Teil von ihnen nicht entlassen, sondern ins Emsland verlegt werden würde.<sup>818</sup>

Der neue Polizeipräsident in Wuppertal ließ am 10. Januar 1934 noch einmal das Lager besichtigen und die Bücher einer abschließenden Prüfung unterziehen. Dabei wurde ein Überschuss von 3.000,- RM festgestellt und der Lagerverwaltung einwandfreie Buchführung attestiert. Aus dem Überschuss erhielt die Wachmannschaft ihren Sold für die Zeit bis Ende Februar 1934 bezahlt.<sup>819</sup>

Angesichts des unmittelbar bevorstehenden Endes des Lagers Kemna steigerten sich die Schikanen und Misshandlungen durch die Wachmannschaft wieder deutlich, ohne das Wolters eingriff. Den Opfern besonders in Erinnerung geblieben ist das sogenannte „Schöpfkommando“ vom 17. bis 19. Januar 1934. Ausgesuchte Häftlinge mussten in den Arrestzellen im Kellergeschoss des Neubaus eindringendes Grundwasser mit Hilfe von Konservendosen abschöpfen. Die Häftlinge standen dabei unzureichend bekleidet ständig in etwa 75 cm hohem eiskaltem Wasser. Nach Dienstantritt der Wache Maikranz am Abend des 18. Januar verschärfte sich die Situation

---

<sup>817</sup> Braß, Kemna-Bericht, S. 46.

<sup>818</sup> Ebd., S. 56.

<sup>819</sup> Bericht vom 10.01.1934, HStAD, BR 1021 II, Bl. 47.

der rund 20 Angehörigen des „Schöpfkommandos“. Sie mussten die Nacht über weiter arbeiten, während die SA-Männer Einzelne aus der Gruppe gezielt und systematisch misshandelten, offenbar mit dem Ziel, diese zu töten. Die letzten rund 200 Häftlinge verließen die Kemna am Morgen des 19. Januar 1934 in Richtung Bahnhof Wuppertal-Oberbarmen.<sup>820</sup> Vor dem Fußmarsch nach Oberbarmen mussten die Gefangenen durch eine von der Wachmannschaft einschließlich Wolters gebildete Gasse „Spießruten laufen“. Einen Tag später wurde die Wachmannschaft aufgelöst und der Kommandant Wolters blieb mit einem kleinen Abwicklungskommando, bestehend aus mehreren ehemaligen Schutzhäftlingen und Wachmännern, zu denen er Vertrauen hatte, im Lager zurück. Die Abwicklung verzögerte sich durch eine Erkrankung von Wolters, der vor der endgültigen Liquidation infolge eines Schlaganfalls verstarb.

Der Eigentümer des Geländes, Wilhelm Sönnecken, versuchte mehrfach, bei der Bezirksregierung schriftlich den ihm von der SA versprochenen Kauf anzunehmen. Die SA-Brigade erhob dagegen Forderungen nach einem finanziellen Ausgleich für die wertsteigernden Maßnahmen, Neubau, Einbebnung des Platzes und Befestigung der Uferböschung. Beide Forderungen verliefen im Sand.

Der Regierungspräsident beauftragte den ehemaligen Stellvertreter Wolters, Bruno Wolff, mit der Suche nach Stellen im öffentlichen oder im Partei-Dienst für die ehemaligen Wachmänner. Er erhielt zu diesem Zweck ein Empfehlungsschreiben mit dem Satz: „Reichsminister Heß legt Wert darauf, die betreffenden SA-Männer und Führer baldmöglichst unterzubringen.“<sup>821</sup>

Der ehemalige Kommandant bekam eine Stelle bei der NSV in Düsseldorf als Einkäufer und leitete dann bis Kriegsende das Ernährungshilfswerk des NSV-Gaus Düsseldorf. Einige Wachleute erhielten befristete Stellen als Hilfsaufseher in verschiedenen Haftanstalten. Andere fanden Anstellung bei der Post, der Bahn, dem Zoll, dem Finanzamt und der Stadt. So kam es, dass noch während der NS-Herrschaft Täter und Opfer der Kemna wieder auf-

---

<sup>820</sup> Schreiben PP Wuppertal an Stapo Düsseldorf vom 23.01.1934, HStAD, Gerichte, Rep. 29/293, Bl. 1498.

<sup>821</sup> Schreiben des Regierungspräsidenten vom 15.03.1934, Anlage zum Einspruch vom 21.08.1934 gegen die Einstweilige Verfügung von Rudolf Heß, Stellvertreter des Führers, HStAD, Gerichte, Rep. 29/320 Bl. 42.

einandertrafen. Emil Löhde erkannte beispielsweise im Ableser der Stadtwerke ein Mitglied der Wachmannschaft wieder, das nach einem entsprechenden Hinweis fluchtartig Löhdes Wohnung verließ.<sup>822</sup>

Wolff selbst und Scharführer Eduard Schulz wurden als Kriminal-Assistenten bei der Stapo in Düsseldorf eingestellt. Wolff machte dort im „Referat zur Bekämpfung des Kommunismus-Marxismus“ Karriere und ging 1937 als Kriminal-Kommissar ins Gestapa nach Berlin. Während des Krieges war Wolff als SS-Hauptsturmführer in der Gegnerbekämpfung des SD in Prag und Den Haag tätig.<sup>823</sup>

#### Die SA 1934-1945

Die SA-Brigade 72 erlitt mit der Entmachtung ihrer Führung bereits deutlich vor dem 20. Juni 1934 einen erheblichen Bedeutungsverlust. Ende Mai 1934 trennte sich die Standarte 171 auch räumlich von der Vergangenheit und zog von der Münzstraße in einen repräsentativen Bankbau direkt an den zentralen Barmer Verkehrsplatz Alter Markt.<sup>824</sup>

Am 23. Juni 1934 kam es zu einem Zwischenfall, den Ulrich Klein „die letzte Schlacht der Wuppertaler SA“ genannt hat und der durch die zeitliche Nähe zu der Ermordung Ernst Röhms und den konstruierten Putschvorbereitungen zusätzliche Brisanz erhielt.<sup>825</sup> Im Anschluss an eine Feier von SA-Männern, die die Prüfung zur Aufnahme einer Beamtenlaufbahn bei der AOK bestanden hatten, kam es zu Ausschreitungen gegenüber Passanten und schließlich auch der Polizei, die unter Aufbietung aller Elberfelder Kräfte einige Rädelsführer verhaften konnte. Am Polizeigefängnis Von-der-Heydt-Gasse sammelten sich daraufhin etwa 100 SA-Männer, die nur mit vorgehaltener Waffe von einem Sturm auf das Gebäude abgehalten werden konnten. Erst die alarmierten SA-Feldjäger konnten die Situation lösen.<sup>826</sup> Der Vorfall wirft ein Schlaglicht auf die aufgestaute Unzufriedenheit vieler SA-Männer mit ihrem Leben im „Dritten Reich“.

Oberführer Habenicht versuchte, der deutlich spürbaren Unzufriedenheit der weiterhin arbeitslosen SA-Männer durch Maßnahmen zur Qualifizierung für

---

<sup>822</sup> Schilderung Marianne Hecht-Wiebers, zitiert bei Wunder, Manuskript, S. 93.

<sup>823</sup> Lebenslauf vom 10.06.1941, BA, Z-B, 4863, Bl. 23.

<sup>824</sup> „Der Ehrentag der Standarte 171“, in: VP 28.05.1934.

<sup>825</sup> Klein, Mekka oder Kloake, S. 147.

<sup>826</sup> Klein, SA-Terror, S. 56-58.

den Arbeitsmarkt zu begegnen. Gemeinsam mit der Handelskammer und dem Arbeitsamt richtete er Weiterbildungsmöglichkeiten für etwa 600 Teilnehmer ein, die in sieben Monate langen Kursen „Maschinenschreiben, Kurzschrift, Rechnen, Buchführung usw.“ erlernen konnten.<sup>827</sup> Im April 1935 richtete die SA-Gruppe Niederrhein zusätzlich in Wuppertal ihr 4. Hilfswerk-lager ein. Im reaktivierten Standort Münzstraße konnten bis zu 300 SA-Männer in sechs Monate langen Kursen in den wieder in Stand gesetzten Werkstätten der Konsumgenossenschaft umgeschult und weitergebildet werden.

Im Zuge der massiven Verkleinerung der SA wurde auch die Organisationsstruktur im Bergischen Land angepasst, die Wuppertaler SA wurde wieder in einer Standarte mit der Nummer 171 zusammengefasst, während die Remscheider SA die neue Standarte 173 bildete.<sup>828</sup> Die Zusammenlegung in Wuppertal war mit erheblichen organisatorischen und psychologischen Schwierigkeiten verbunden.<sup>829</sup>

Die vor- und nachmilitärische Ausbildung zunächst der eigenen Mitglieder, aber auch der Jugendlichen aus der „Hitler-Jugend“, trat nach der Einführung der allgemeinen Wehrpflicht im März 1935 zunehmend in den Mittelpunkt des SA-Dienstes. Dabei orientierte sich auch die SA an den Anforderungen der unterschiedlichen Truppenteile der Wehrmacht. Der Nachrichtensturmbann bereitete auf den Dienst in der Nachrichtentruppe, der Marinesturmbann auf die Marine und der Fliegersturmbann auf die Luftwaffe vor. Die Reiterstandarten boten seit 1936 mit dem Erwerb eines „Reiterscheins“ exklusiv die Zugangsmöglichkeit zu den berittenen und bespannten Wehrmachtsteilen an.<sup>830</sup>

Während des Novemberpogroms 1938 aktivierte die NS-Führung das brutale Gewaltpotenzial der „gezähmten Parteiarmee“ erneut, um durch Terror den Auswanderungsdruck auf die jüdische Bevölkerung zu erhöhen.<sup>831</sup>

Die Remscheider SA-Standarte 173 erhielt die Befehle durch einen Anruf in ihrem Verkehrslokal an der Alleestraße, wo sich SA-Männer nach der Feier

---

<sup>827</sup> „Leistung entscheidet“, in: VP 08.07.1934.

<sup>828</sup> „Remscheid trägt die Standarte Romeryke Berge“, in: RLZ 12.03.1935.

<sup>829</sup> „Ehrenvolle Berufung“, in: RLZ 30.12.1936.

<sup>830</sup> „Die Aufgaben des NS-Reiterkorps“, in: RLZ 15.09.1936.

<sup>831</sup> Longerich, SA, S. 230-237.



zum 9. November 1923 in größerer Zahl aufhielten. Der Mob wütete die ganze Nacht in der Remscheider Innenstadt.<sup>832</sup>

Der Führer der Solinger Standarte 53, Heinrich Krahe,<sup>833</sup> war auf das ebenfalls per Telefon ausgelöste Pogrom bereits vorbereitet. Hochrangig besetzte SA-Trupps brannten die Synagoge an der Malteserstraße nieder und zerstörten nach einer Liste systematisch die Wohnungen und Geschäfte der Juden in allen Solinger Stadtteilen.<sup>834</sup>

Mehrere Solinger NS-Funktionäre brachen in der Nacht vom 9. auf den 10. November 1938 in die Wohnung des ehemaligen Kemna-Häftlings Max Leven ein. Leven war 1916 aus der jüdischen Gemeinde ausgetreten, schloss sich zunächst der USPD und später der KPD an. Bis zum Verbot der Zeitung arbeitete der gelernte Kaufmann als Kulturredakteur bei der „Bergischen Arbeiterstimme“ und lebte mit seiner Familie im Gebäude der Genossenschaftsdruckerei.

1933 wurde er verhaftet und in die Kemna verschleppt. Leven war gehbehindert, was die Wachmannschaft in der Kemna nicht hinderte, ihn zu misshandeln.<sup>835</sup> Offenbar litt er an einer Rückenmarkschwindsucht genannten Krankheit, die einer erheblichen Gehbehinderung verbunden ist.<sup>836</sup>

In der Pogromnacht zerschlugen die Eindringlinge zunächst das Mobiliar, drangen dann in das Schlafzimmer des inzwischen bettlägerigen Leven ein und erschossen ihn. Auch seine Frau Emmy und zwei ihrer drei Kinder überlebten das „Dritte Reich“ nicht.<sup>837</sup>

In den Reihen der SA-Männer der Wuppertaler Standarte 171, welche die Synagogen in Barmen und Elberfeld zerstörten, war auch mindestens ein

---

<sup>832</sup> Jochen Bilstein: Die Verfolgung von Jüdinnen und Juden in Remscheid, in: Mahlke, Remscheid in der Zeit des NS, S. 109-130, hier: S. 121-124.

<sup>833</sup> Krahe, geboren am 10.05.1893 in Boele, gestorben am 05.02.1963 in Essen, führte die Solinger SA von 1935 bis 1940. Vom November 1943 bis zum Einmarsch der US-Truppen war Krahe Polizeipräsident in Wuppertal. Lebenslauf des Oberführers Heinrich Krahe vom 08.02.1944, HStAD, BR-PE, 3847, o.Bl.; Romeyk, Verwaltungsbeamte, S. 585/586.

<sup>834</sup> Horst Sassin: Pogrom vom 9./10. November in Solingen, in: Manfred Krause: "daß ich die Stätte des Glückes vor meinem Tode verlassen müßte", Beiträge zur Geschichte jüdischen Lebens in Solingen, Solingen 2000, S. 243-261.

<sup>835</sup> Urteil Kemna-Prozess, HStAD, Gerichte, Rep. 29/293, S. 199.

<sup>836</sup> „Tabes dorsalis“, Krankenbuch KZ Kemna, lfd. Nr. 62 (06.11.1933), HStAD, Gerichte Rep. 29/303.

<sup>837</sup> Lutz Peters und Horst Sassin: Max und Emmy Leven, Schicksal einer Familie, in: Krause, Beiträge, S. 153-157.

ehemaliges Mitglied der Kemna-Wachmannschaft, das seit 1935 der Feuer-  
schutzpolizei angehörte.<sup>838</sup>

Während des Krieges wurde die SA endgültig zu einer Hilfstruppe der Wehr-  
macht.<sup>839</sup> Im Herbst 1944 wurde aus den noch nicht zum Kriegsdienst ein-  
gezogenen Angehörigen der SA und der SA-Reserve eine Alarmbereitschaft  
für Wachdienste und Objektschutz gebildet.<sup>840</sup>

### **Juristische Aufarbeitung**

#### *Das staatsanwaltschaftliche Ermittlungsverfahren 1934*

Die bereits im Juli 1933 als Sonderreferat im preußischen Justizministerium  
eingerrichtete Zentralstaatsanwaltschaft (ZStA) fungierte als Hauptinstrument  
der Justizbehörden zur Verfolgung strafbarer Handlungen der Angehörigen  
der NS-Kampfverbände in der Phase der Machtdurchsetzung. Neben  
Korruptionsfällen befasste sie sich hauptsächlich mit Gewalttaten gegen  
politische Gegner der NSDAP und ermittelte in diesem Rahmen auch wegen  
Misshandlungen und Tötungen in frühen Konzentrationslagern. Durch die  
direkte Unterstellung unter den Justizminister und den federführenden  
Staatssekretär Roland Freisler sowie das Recht, alle Strafverfahren an sich  
ziehen zu können, war die ZStA in der Lage, den Einfluss regionaler Partei-  
und SA-Führer weitgehend auszuschalten.<sup>841</sup>

Für Straftaten in allen westlichen Oberlandesgerichtsbezirken war seit  
November 1933 Staatsanwaltschaftsrat Günther Joel zuständig. Der  
politische Sachbearbeiter der Staatsanwaltschaft Wuppertal, Gustav Winkler,  
ermittelte im Auftrag der ZStA wegen Korruption gegen „Veller und Ge-  
nossen“. In einem Bericht an Joel vom 8. März 1934 wies er auf Gerüchte  
hin, dass im Konzentrationslager Kemna Schutzhäftlinge misshandelt worden  
seien. Joel griff diesen Hinweis erst nach der Entmachtung der SA im Zuge  
der Röhm-Affäre auf und erteilte telefonisch den Auftrag, die Ermittlungen  
zunächst vertraulich auch auf Straftaten im Lager Kemna auszudehnen.

Die ersten vorgelegten Ermittlungsergebnisse, die durch „vertrauliches Um-  
hören“ zustande kamen, spiegeln deutlich wider, was über das Lager Kemna

---

<sup>838</sup> Auszug aus der Personalakte des Meisters der Feuerschutzpolizei Kurt Saddai, HStAD, Gerichte, Rep. 29/322, Bl. 26.

<sup>839</sup> Longerich, SA, S. 237/238.

<sup>840</sup> Auszug aus der Personalakte des Stadtassistenten Hermann Hülsen, HStAD, Gerichte, Rep. 29/322, Bl. 7.

<sup>841</sup> Gruchmann, Justiz, S. 345-347.

an Gerüchten im Umlauf war und nach Winklers Angaben in erheblichem Umfang in der Region verbreitet wurde. Dabei stand die Aussageerpressung durch Misshandlungen im Mittelpunkt der Schilderungen, die konkrete Kenntnisse des Innenlebens des Lagers verrieten, wie zum Beispiel das erzwungene Waschen in der eiskalten Wupper, die Verabreichung verschmutzter, ungewässerter Salzheringe und das Einsperren in Aufzug und Verschlag als besonders grausame Strafmaßnahmen.<sup>842</sup>

Parallel zu diesen ersten Maßnahmen der Staatsanwaltschaft suchte eine Gruppe innerparteilicher Gegner Vellers, allesamt „Alte Kämpfer“, Unterstützung in Berlin. Sie trafen sich mit Joel und warnten ihn vor dem großen Einfluss der "Veller-Clique" auf die Gauleitung und, über den ehemaligen stellvertretenden Kemna-Kommandanten Wolff, auch auf die Stapostelle Düsseldorf. Zusätzlich sprachen sie beim Berliner Verbindungsstab des „Stellvertreters des Führers“, Rudolf Heß, vor und baten um Hilfe.<sup>843</sup>

Heß beauftragte daraufhin den Reichsinspekteur der NSDAP, Freiherr Wilhelm von Holzschuher, mit der Untersuchung der Verhältnisse in Wuppertal. Holzschuher traf sich mit Winkler, der ihm seine Ermittlungsergebnisse offen legte, und forderte anschließend eine rückhaltlose Aufklärung der Vorgänge.<sup>844</sup> Am 18. August 1934 erließ Heß eine Einstweilige Verfügung, durch die Veller, Pfeiffer, Hilgers, Wolff und drei weitere Wuppertaler SA-Führer wegen „Misshandlungen schwerster Art an Schutzhäftlingen im Lager Kemna“ aus der NSDAP ausgeschlossen wurden.<sup>845</sup>

Gegen Heß' Verfügung legten die Betroffenen fristgerecht Einspruch ein. Veller wandte sich „in größter seelischer und leiblicher Not“ mit einer 14seitigen Verteidigungsschrift an Adolf Hitler, in der er auch ausführlich seine innerparteilichen Gegenspieler charakterisiert.

Winkler trieb die Ermittlungen weiter voran und vernahm als „Sondersachbearbeiter der Zentralstaatsanwaltschaft“ über 200 ehemalige Häftlinge und Wachmänner der Kemna. Dabei kalkulierte er bei der Auswahl der Zeugen bereits ein, dass die politische Einstellung der Vernommenen großen Einfluss

---

<sup>842</sup> Schreiben des Oberstaatsanwalts in Wuppertal an die Zentralstaatsanwaltschaft (ZStA) Berlin vom 9.07.1934, BA Berlin, R3001/5032, Bl. 7-9.

<sup>843</sup> Gruchmann, Justiz, S. 355.

<sup>844</sup> Schreiben Winklers an die ZStA Berlin vom 15.08.1934, BA Berlin, R22/5032, Bl. 14-16.

<sup>845</sup> Einstweilige Verfügung des Stellvertreters des Führers vom 18.08.1934, HStAD, Gerichte Rep. 29/298.

auf die ihnen in einem möglichen Prozess zugebilligte Glaubwürdigkeit haben würde. Winkler konzentrierte sich auf ehemalige Schutzhäftlinge aus den Reihen der SA und NSDAP sowie sozialdemokratische Funktionäre und Polizeibeamte. Aber auch Kommunisten, die selbst schwerste Misshandlungen erlitten hatten und sich teilweise in Untersuchungs- oder Strafhäft befanden, vernahm Winkler.<sup>846</sup>

*Das Verfahren vor dem Obersten Parteigericht der NSDAP*

Gauleiter Friedrich Karl Florian und der ebenfalls aus Wuppertal stammende Gaurechtsstellenleiter Hermann Schroer versuchten mit allen ihnen zur Verfügung stehenden Mitteln, Druck auf Gustav Winkler auszuüben und der Wuppertaler Staatsanwaltschaft das Ermittlungsverfahren zu entziehen. Winkler musste sich als Parteimitglied vor dem Düsseldorfer Gaugericht verantworten und Mitte Dezember auf Anweisung Roland Freislers der Gauleitung seine vollständigen Ermittlungsakten überlassen.<sup>847</sup> Auf Grundlage dieser Akten leitete die Partei umgehend ein Verfahren vor dem Obersten Parteigericht in München ein, das sich ohnehin mit den Widersprüchen gegen die Parteiausschlüsse befassen musste.

Die Hauptverhandlung fand am 19. und 20. Februar 1935 in München statt. Neben den Beschuldigten waren zahlreiche Entlastungszeugen, darunter Regierungspräsident Carl Christian Schmid, Polizeipräsident in Düsseldorf, Weitzel, Lagerärzte, Angehörige der Wachmannschaft und Polizeiwachmeister Schild aus Radevormwald geladen. Außerdem hatte das Parteigericht Gutachten zu den Todesfällen Karl Erlemann und Otto Böhne erstellen lassen. Als einziger ehemaliger Häftling kam ein Parteigenosse zu Wort. Hilgers gab für ihn positive Ehrenerklärungen weiterer ehemaliger Häftlinge zu den Akten.

Die II. Kammer des OPG unter dem vorsitzenden Richter Wilhelm Grimm hob daraufhin die Einstweilige Verfügung auf und verhängte statt der Parteiausschlüsse nur Verwarnungen. Als Ergebnis der Beweisaufnahme wurde ausdrücklich festgehalten, dass die Ermittlungen der Staatsanwaltschaft nicht als Grundlage einer gerechten Beurteilung herangezogen werden konnten. Die von Winkler vernommenen Zeugen bezeichnete das OPG als „unver-

---

<sup>846</sup> HStAD, Gerichte, Rep. 29/218-221.

<sup>847</sup> Gruchmann, Justiz, S. 357/358.

söhnliche Feinde des neuen Staates“ und sprach ihren Aussagen jede Glaubwürdigkeit ab. Den Angeschuldigten wurde unter Berücksichtigung ihrer Verdienste für die „Bewegung“ nachgesehen, dass in der Kemna in Einzelfällen – die Kammer verwies ausdrücklich auf die Radevormwalder Häftlinge – über das zur Brechung von Widerstand notwendige Maß hinausgegangen worden sei.<sup>848</sup> Diese Begründung des Beschlusses kam einer Sabotage des staatsanwaltlichen Ermittlungsverfahrens gleich.<sup>849</sup>

Winkler wurde in den folgenden Monaten nicht nur weiter unter Druck gesetzt, sondern in zunehmendem Maße auch körperlich bedroht. Ende August 1935 erfolgte mit seinem Einverständnis die Versetzung von Wuppertal nach Kassel.

Die Staatsanwaltschaft Wuppertal führte das Ermittlungsverfahren mit drei abschließenden Zeugenvernehmungen zu Ende und legte am 18. Januar 1936 dem Reichsjustizminister den Abschlussbericht und die Ermittlungsakten vor.<sup>850</sup> Der Bericht zeigt deutlich den Einfluss der Begründung des OPG-Beschlusses. So äußerte die Staatsanwaltschaft nun erhebliche Bedenken in Bezug auf die Erfolgsaussichten eines Strafverfahrens. Die Aussagebereitschaft der wenigen unbeteiligten Zeugen wurde als nur gering eingeschätzt und den Angaben der kommunistischen Kemna-Opfer wurde nur geringe Beweiskraft zugemessen angesichts der widersprechenden Einlassungen der beteiligten SA-Führer.

Neben Problemen der Beweisführung führte der Bericht politische Gründe gegen die Eröffnung der Hauptverhandlung an. Unter Hinweis auf die Massenverhaftungen 1935 und die erneute Aufdeckung kommunistischer Widerstandsstrukturen Anfang 1936 „würde die Hervorholung dieser allgemein in Vergessenheit geratenen Vorkommnisse der Revolutionszeit eine überaus unerwünschte, erneute schwere Beunruhigung der innerpolitischen Verhältnisse des Bezirks zur Folge haben“.<sup>851</sup> Auch auf außenpolitische Folgen durch Berichte in der „deutschfeindlichen Auslandspresse“ wurde hingewiesen.

---

<sup>848</sup> Beschluss des OPG vom 01.04.1935, BA Berlin, NS 36.

<sup>849</sup> Gruchmann, Justiz, S. 359.

<sup>850</sup> BA Berlin, R22/5032, Bl. 102-110a.

<sup>851</sup> Ebd., Bl. 109.

Der Bericht schließt mit dem Vorschlag, „dem Führer und Reichskanzler die Niederschlagung des gesamten Verfahrens anzuempfehlen“.<sup>852</sup>

Die Zentralstaatsanwaltschaft erstellte daraufhin den Entwurf eines Niederschlagungserlasses und fasste in einem Schreiben an Hitler die Wuppertaler Ermittlungsergebnisse noch einmal zusammen, ohne die Probleme der Beweisführung oder mögliche innen- und außenpolitische Folgen eines Hauptverfahrens zu erwähnen.<sup>853</sup> Lothar Gruchmann interpretierte diesen Vorgang wohl zurecht als Versuch, Hitler zu einer erneuten Überprüfung des Falls zu veranlassen.<sup>854</sup>

Mit der Unterzeichnung des Niederschlagungserlasses R.P. 1069/36 am 20. Februar 1936 beendete Hitler vorläufig die juristische Aufarbeitung des Lagers Kemna. Die Ermittlungsakten der Staatsanwaltschaft wurden als „politisch wertvoll“ eingestuft und beim Wuppertaler Landgericht eingelagert.

#### *Die Neuaufnahme des Verfahrens nach 1945*

Den Anstoß zu den ersten kriminalpolizeilichen Ermittlungen in Sachen „Kemna“ nach Kriegsende gaben zwei vormalige Polizeibeamte unter den Häftlingen. Am 23. Mai 1945 wandte sich der vormalige Polizeiwachtmeister Herbert Claus in einem Schreiben an die „Kripo zur besonderen Verwendung“<sup>855</sup> und erhob schwere Anschuldigungen gegen den ehemaligen Wachmann Hermann Warnstedt.<sup>856</sup> Der als Kriminal-Assistent reaktivierte ehemalige Kemna-Häftling Johannes Pauli bestätigte die Vorwürfe aus eigenem Erleben und setzte die Fahndung in Gang. Am 12. Juli 1945 wurde Warnstedt in Wuppertal gefasst und im Wuppertaler Polizeipräsidium inhaftiert. Zwei Tage später setzte er seinem Leben durch Öffnen der Pulsadern ein Ende. Die Kripo stellte daraufhin die begonnenen Zeugenbefragungen ehemaliger Häftlinge zunächst wieder ein.<sup>857</sup>

---

<sup>852</sup> Ebd., Bl. 110a.

<sup>853</sup> Entwurf vom 10.02.1936, a.a.O., Bl. 111-115.

<sup>854</sup> Gruchmann, Justiz, S. 362.

<sup>855</sup> Die Kripo z.b.V. war im April 1945 in den ehemaligen Gestapo-Diensträumen am Kleinen Werth in W.-Barmen eingerichtet worden. Vgl. Denkschrift des Leiters der Kripo Wuppertal vom 10.07.1946, abgedruckt als Dokument 8 in: Ulf Klebert: Die Entwicklung Wuppertals vom Frühjahr 1945 bis zum Sommer 1948, Magisterarbeit Universität Wuppertal, 1997, o. S.

<sup>856</sup> HStAD, Gerichte, Rep. 29/287, Bl. 01.

<sup>857</sup> Vermerk Kripo z.b.V. - 204 - vom 30.7.1945, ebd., Bl. 07.

Ehemalige Kemna-Insassen aus Solingen wandten sich unabhängig davon an die Ermittlungsoffiziere der britischen Militärregierung und sorgten so für die Festnahme des Wachmanns Wilhelm Weber aus Solingen.<sup>858</sup>

Am 27. Mai 1946 verhaftete schließlich die deutsche Polizei den ehemaligen Lagerkommandanten Alfred Hilgers in Düsseldorf, der nach Verhören und Gegenüberstellungen in die Abteilung für Kriegs- und Menschlichkeitsverbrecher des Internierungslagers Recklinghausen überstellt wurde.<sup>859</sup>

Unmittelbar nach ihrer Gründung im November 1946 begann auch die Wuppertaler Ortsgruppe der Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes (VVN), sich um eine Wiederaufnahme des Kemna-Verfahrens und die juristische Aufarbeitung weiterer NS-Verbrechen zu bemühen. Sie kooperierte dabei mit Winkler, der, inzwischen als Hilfsarbeiter in einer Wuppertaler Herdfabrik beschäftigt, großes Interesse an seiner Wiedereinsetzung als Staatsanwalt hatte. Zahlreiche ehemalige Kemna-Häftlinge wandten sich schriftlich an Staatsanwaltschaft und Justizbehörden und boten sich als Zeugen in einem Verfahren gegen die Wachmannschaft an. Häufig fügten sie den Briefen bereits ausführliche Erinnerungsberichte bei.

Juristische Grundlage der 1947 begonnenen Ermittlungen war Artikel II, 1c des Alliierten Kontrollratsgesetzes Nummer 10 (KRG 10) vom 20. Dezember 1945, in dem der neue Straftatbestand „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ geschaffen worden war.<sup>860</sup> Mit der Verordnung Nr. 47 vom 30. August 1946 genehmigte die britische Militärregierung grundsätzlich die Jurisdiktion solcher Verbrechen durch deutsche Gerichte, wenn diese von Deutschen gegen Deutsche verübt wurden, und verzichtete auf die zuvor notwendige Zustimmung im Einzelfall.<sup>861</sup>

Der wieder in sein Amt eingesetzte Staatsanwalt Winkler begann auf Grundlage seiner alten Ermittlungsakten mit ergänzenden Zeugenvernehmungen in

---

<sup>858</sup> War criminal arrest report vom 30.8.1945, ebd. Bl. 25.

<sup>859</sup> War criminal arrest report vom 05.06.1946, ebd. Bl. 53.

<sup>860</sup> "Atrocities and offenses, including but not limited to murder, extermination, enslavement, deportation, imprisonment, torture, rape, or other inhumane acts committed against any civilian population, or persecutions on political, racial or religious grounds whether or not in violation of the domestic laws of the country where perpetrated." Vgl. Amtsblatt des Kontrollrats in Deutschland vom 20.12.1945.

<sup>861</sup> Heinz Boberach: Die Verfolgung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit durch deutsche Gerichte in Nordrhein-Westfalen 1946 bis 1949, in: Geschichte im Westen 12 (1997), S. 7-23, hier: S. 7/8.

allen Städten des Kemna-Einzugsbereichs. Weitere Opfernamen konnten nach einer Art Schneeballprinzip ermittelt werden, denn im Rahmen jeder Zeugenvernehmung gehörte die Frage nach Personen, die ebenfalls verfahrensrelevante Aussagen machen könnten, zum Standardrepertoire.

Parallel lief die Fahndung nach den beschuldigten Wachmännern, von denen 32 festgenommen werden konnten. Zwölf waren inzwischen verstorben, die meisten davon während des Krieges gefallen. Während einige in sowjetischen Kriegsgefangenenlagern lokalisiert werden konnten, ließ sich der Verbleib von sechs Beschuldigten im Zuge der Fahndung nicht ermitteln, darunter Bruno Wolff, der aus einem alliierten Internierungslager geflüchtet war und nicht wieder gefasst werden konnte. Bei ersten Vernehmungen der Beschuldigten fällt auf, dass sie in den meisten Fällen die Misshandlungen im Lager nicht bestreiten, aber ihre individuelle Beteiligung leugneten. Dabei erhoben sie häufig schwere Beschuldigungen gegen ihre ehemaligen SA-Kameraden.

Hauptschwierigkeit für die ehemaligen Insassen und die Vernehmungsbeamten war, dass durch die lange Zeitspanne von 1934 bis 1947 viele Erinnerungen an die Lagerzeit verloren gegangen und insbesondere die Namen der Täter häufig nicht mehr präsent waren. Winkler behalf sich deshalb mit einem Foto der Wachmannschaft aus dem November 1933.<sup>862</sup> Er nummerierte die abgebildeten SA-Männer von 1 bis 31 und ließ die Zeugen, wenn sie sich nicht mehr zuverlässig an die Namen erinnern konnten, ihre Peiniger anhand der Nummern identifizieren. Von Wachmännern, die auf dem Foto fehlten, lagen zum Teil aktuelle Polizeifotos vor.<sup>863</sup> Im Gegensatz zu den Ermittlungen 1934 griff die Staatsanwaltschaft auch häufig auf das Mittel der Gegenüberstellung von Tätern und Opfern zurück.

#### *Das Radevormwalder Verfahren 1947*

Das erste Verfahren, das sich mit den Misshandlungen in der Kemna befasste, richtete sich gegen zwei Polizeibeamte und einen ehemaligen SS-Hilfspolizisten aus Radevormwald. Bereits in seinen Berichten aus den Jahren 1934/35 hatte Winkler die besonders brutalen Misshandlungen der Schutzhäftlinge aus Radevormwald hervorgehoben.

---

<sup>862</sup> Vgl. Abb. 21.

<sup>863</sup> Fotoumschläge, HStAD, Gerichte, Rep. 29/291, Bl. 1043.



Nach einer Strafanzeige durch Vertreter der Radevormwalder Kemna-Häftlinge begannen an Silvester 1946 systematische Befragungen der Zeugen. Es sollte aber Monate dauern, bis Haftbefehle gegen die Hauptbeschuldigten erlassen wurden.<sup>864</sup>

Die Anklageschrift vom 1. Juli 1947 stützte Winkler neben KRG 10, Art. II, Ziffer 1c und 3 auch auf zahlreiche Straftatbestände des Reichsstrafgesetzbuchs, wie gefährliche Körperverletzung, Körperverletzung mit Todesfolge und Aussageerpressung.<sup>865</sup> Er gehörte offenbar zu den Juristen, die der rückwirkend eingeführten Strafvorschrift des KRG 10 mit Unbehagen gegenüberstanden und deshalb zusätzlich auf das StGB zurückgriffen.

Den drei Angeklagten, Wilhelm Schild, Wilhelm Maus und dem ehemaligen SS-Hilfspolizisten Gustav Meier, wurden 22 Fälle von Misshandlungen vorgeworfen, darunter der Fall Karl Erlemanns, bei dem die Staatsanwaltschaft einen direkten Zusammenhang zwischen Misshandlungen und Tod zu beweisen beabsichtigte. Neben 39 Zeugen waren zwei medizinische Sachverständige geladen. Gegenstand des Verfahrens waren sowohl die Akten der Generalstaatsanwaltschaft Hamm wegen „Besitz und Verwahrung von Waffen zu hochverräterischen Zwecken in Radevormwald und Umgebung“ aus den Jahren 1933/34 als auch Winklers Ermittlungsakten der Jahre 1934/35.

Nach fünf Sitzungstagen sprach die 4. Strafkammer des Landgerichts Wuppertal unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Hugo Heineberg am 14. August 1947 die Angeklagten der Verbrechen gegen die Menschlichkeit gemäß KRG 10 schuldig. Bedenken gegen die Anwendbarkeit des KRG sah die Kammer ausdrücklich als nicht gegeben an. Schild erhielt eine lebenslängliche Zuchthausstrafe, Maus zehn Jahre Zuchthaus und Meier fünfzehn Monate Gefängnis. Ausdrücklich stellte das Gericht fest, dass durch die Beweisaufnahme der ursächliche Zusammenhang zwischen dem Tod Erlemanns und den Misshandlungen in der Kemna bewiesen werden konnte.

---

<sup>864</sup> Haftbefehl gegen Wilhelm Maus vom 27.5.1947 und gegen Wilhelm Schild vom 04.6.1947, HStAD, Gerichte, Rep. 240/139, Bl. 39 und 43.

<sup>865</sup> §§ 223, 223a, 226, 340, 343, 73, 74 und 47 StGB. Vgl. Anklageschrift, ebd. Bl. 66-72.

Es sah keine mildernden Umstände für Schild und verhängte nur mit Rücksicht auf dessen Frau und seine drei Kinder nicht die Todesstrafe.<sup>866</sup>

#### *Der Kemna-Prozess 1948*

Am 7. Januar 1948 erhob die Staatsanwaltschaft Anklage gegen 26 ehemalige Angehörige der Kemna-Wachmannschaft.<sup>867</sup> Dabei bezog sie sich erneut sowohl auf den Tatbestand „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ des KRG 10 als auch auf die einschlägigen Paragrafen des Reichsstrafgesetzbuches, darunter § 211 Mord.<sup>868</sup>

Es war das erste größere Verfahren gegen Angehörige der Wachmannschaft eines Konzentrationslagers vor einem deutschen Gericht.<sup>869</sup> Die Rechtslage erlaubte der deutschen Justiz zu diesem Zeitpunkt ohnehin nur Verfahren zu frühen Konzentrationslagern, weil nur dort ausschließlich deutsche Staatsangehörige inhaftiert waren.

Die 5. Strafkammer des Landgerichts Wuppertal stand wie schon beim Radevormwalder Verfahren unter dem Vorsitz des Landgerichtsdirektors Dr. Hugo Heineberg. Der Prozessaufakt am 28. Februar 1948 fand großes Interesse der regionalen und überregionalen Presse, die das Verfahren über seine gesamte Dauer mit ausführlicher Berichterstattung begleitete.<sup>870</sup> Auch der Zuschauerandrang war überdurchschnittlich groß.

Die Beweisaufnahme zog sich über 39 Verhandlungstage hin. 228 Zeugen und zwei medizinische Sachverständige sagten zu 227 Fällen von Misshandlungen aus, bei denen in den Vorermittlungen mindestens ein Täter namentlich festgestellt werden konnte. Die Staatsanwaltschaft versuchte in jedem Einzelfall, durch die Zeugenaussagen die beteiligten Angeklagten eindeutig zu identifizieren.

Die Herkunft der Opfer spiegelte mit den eindeutigen Schwerpunkten Wuppertal und Remscheid, gefolgt mit deutlichem Abstand von Solingen, Radevormwald und Duisburg in etwa die Zusammensetzung der Häftlingsgesellschaft wider:

---

<sup>866</sup> Urteilsschrift, ebd., Bl. 139-163.

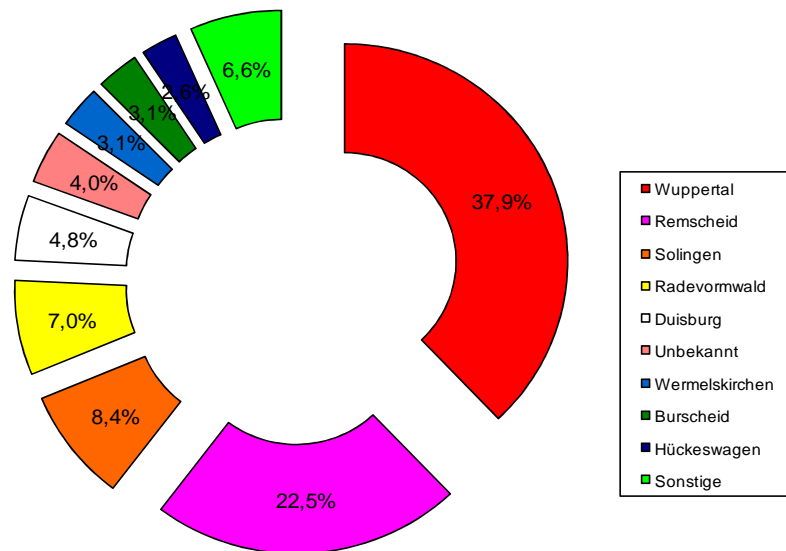
<sup>867</sup> Anklageschrift, HStAD, Gerichte, Rep. 29/291, Bl. 680-756.

<sup>868</sup> Weiterhin auf die §§ 223, 223a, 226, 340, 47, 48, 73, 74 StGB, ebd., Bl. 683.

<sup>869</sup> Bereits 1947 hatte das Landgericht Köln vier SA-Männer wegen Misshandlungen im Lager Hochkreuz in (Köln-)Porz zu Haftstrafen verurteilt. Vgl. Boberach, Verfolgung von Verbrechen, S. 14.

<sup>870</sup> Jürgen Zarusky: Die juristische Aufarbeitung der KZ-Verbrechen, in: Benz / Distel, Organisation des Terrors, S. 345-362, hier: S. 352/353.

Abb. 27: Prozentuale Verteilung der Herkunftsorte der Opfer



Die Verteidigungsstrategie der Anwälte der Angeklagten stützte sich auf Befehlsnotstand, Rache für in der „Kampfzeit“ erlittene Gewalt und den Einfluss des exzessiven Alkoholmissbrauchs. Dabei vermieden es die Angeklagten auffällig, andere Angeklagte zu belasten und beschuldigten meist Verstorbene als Haupttäter. Diese Versuche, die Verantwortung auf nicht mehr greifbare Mittäter abzuschieben, ließ die Anklagebehörde durch die Vorhaltung der Vernehmungsprotokolle des Jahres 1947, in der sich die ehemaligen Wachmänner gegenseitig schwer belastet hatten, ins Leere laufen. Ein Befehlsnotstand ließ sich deshalb nicht belegen, weil es einzelnen Angehörigen der Wachmannschaft möglich gewesen war, sich ohne Konsequenzen von den Misshandlungen fernzuhalten.

Aufgrund der erdrückenden Beweislast legten einige Angeklagte noch nach mehreren Wochen Verhandlungsdauer Teilgeständnisse ab, um eine mildere Bestrafung zu erreichen.

In seinem sich über zwei Tage erstreckenden Plädoyer beantragte Gustav Winkler schließlich für fünf Angeklagte die Todesstrafe. In zwei Fällen plädierte er auf lebenslanges Zuchthaus, siebenmal auf bis zu zehn Jahre Zuchthaus und achtmal auf Gefängnisstrafen. Fünf Angeklagte sollten freigesprochen werden.

Mit Urteil vom 15. Mai 1948 sprach die 5. Strafkammer 18 der Angeklagten der Verbrechen gegen die Menschlichkeit nach KRG 10 schuldig. Aufgrund des völkerrechtlichen Ursprungs des KRG sah das Gericht eine Überlagerung der von der Anklage herangezogenen Straftatbestände des StGB, die deshalb nicht zur Anwendung kamen.

Die Todesstrafe wurde nur über den ehemaligen Kommandanten Hilgers verhängt, bei den übrigen Angeklagten blieb die 5. Strafkammer bis auf eine Ausnahme unter dem beantragten Strafmaß. Vier Wachmänner, darunter die Kommandoführer Bläsing und Maikranz, wurden zu lebenslangem Zuchthaus verurteilt. Darüber hinaus erhielten sieben weitere SA-Männer Zuchthausstrafen von bis zu 15 Jahren. Sechs Mal verhängte das Gericht Gefängnisstrafen zwischen 30 und zwölf Monaten. Acht Angeklagte, denen nach Ansicht der Kammer eine Beteiligung an der Misshandlung von Häftlingen nicht nachgewiesen werden konnte, sprach sie frei. Eine Verurteilung aufgrund der bloßen Zugehörigkeit zur Wachmannschaft lehnte das Gericht ab und formulierte als Mindestvoraussetzung eines Schuldspruchs die zustimmende Teilnahme an Folterungen, die bei den Freigesprochenen nicht erkannt werden konnte.<sup>871</sup>

In der gesellschaftlichen Atmosphäre, die sich seit der Gründung der Bundesrepublik mit „Gnadenfieber“ beschreiben lässt,<sup>872</sup> musste keiner der Verurteilten seine volle Strafe absitzen. Bereits Ende 1949 konnten die ersten vier Wachmänner das Gefängnis verlassen. Das Todesurteil gegen Hilgers wurde nicht vollstreckt und in eine lebenslange Zuchthausstrafe umgewandelt. Am 21. Dezember 1956 kam er nach einer Begnadigung als letzter der Verurteilten wieder in Freiheit.<sup>873</sup>

#### *Die Entschädigung der Opfer*

Nach der Befreiung des Bergischen Landes im April 1945 begannen die sich konstituierenden Antifaschistischen Ausschüsse mit provisorischen Maßnahmen zur Unterstützung der durch das NS-Regime Verfolgten, darunter auch die ehemaligen Kemna-Häftlinge. Die Erste Hilfe bestand meist aus zusätzlichen Lebensmittel-, Kleidungs- und Brennstoffzuweisungen. Auch

---

<sup>871</sup> Urteil Kemna-Prozess, HStAD, Gerichte, Rep. 29/293.

<sup>872</sup> Zarysky, Juristische Aufarbeitung, S. 353.

<sup>873</sup> Vollstreckungshefte, HStAD, Gerichte, Rep. 29/299 und 301.

sollten Wohnungen und Arbeitsplätze vorrangig für ehemalige Verfolgte zur Verfügung stehen.

Die britische Besatzungsmacht legte mit ihrer Zonenpolitischen Anweisung HQ/2900 am 4. Dezember 1945 die administrative Grundlage für die weitere Entschädigungspraxis, die neben der Linderung materieller Not auch ausdrücklich zum Ziel hatte, „demjenigen, der als Gegner des Nationalsozialismus gelitten hat, angemessene Anerkennung“ zu zollen.<sup>874</sup> In den Stadt- und Landkreisen der Besatzungszone sollten Kreissonderhilfsausschüsse unter Beteiligung der Verfolgten gebildet werden, die über die Anerkennung als politisch, rassistisch oder religiös Verfolgter entscheiden sollten.<sup>875</sup>

Die Sonderhilfsausschüsse der einzelnen Kreise stellten auf Antrag Sonderausweise für Verfolgte des Nazi-Regimes aus, die zum Empfang zusätzlicher Fürsorgemaßnahmen berechtigten.<sup>876</sup> In Wuppertal tagte der Sonderhilfsausschuss bis November 1947 37 Mal und erkannte 1.964 Personen als Verfolgte an.<sup>877</sup>

Nach der Gründung des Landes Nordrhein-Westfalen folgten im Oktober 1947 erste Durchführungsrichtlinien des Sozialministeriums.<sup>878</sup> Zuvor war bereits die gesetzliche Grundlage für Hinterbliebene geschaffen worden, eine Rente bei verfolgungsbedingten Todesfällen zu erhalten.<sup>879</sup> Mit dem NRW-Haftentschädigungsgesetz<sup>880</sup> stand den Verfolgten seit Februar 1949 für jeden vollen Monat Haft ein Entschädigungsbetrag von 150,- DM zu.

Aus den Kreissonderhilfsausschüssen waren Kreisanerkennungsausschüsse geworden. In Wuppertal wurde der 1933 durch die SA verfolgte und dadurch schwerbehinderte Sozialdemokrat und ehemalige Reichsbanner-Schuloffizier Friedrich Schmidt Vorsitzender des Anerkennungsausschusses.<sup>881</sup> Als größtes Problem der ehemaligen Kemna-Häftlinge bei der Beantragung von

---

<sup>874</sup> Zitiert nach Volmer, Beginn, S. 129.

<sup>875</sup> Volmer, Wiedergutmachung, S. 346.

<sup>876</sup> Als Beispiel Sonderausweis Wilhelm Stracke, StadtAW, AfW, 76478, Bl. 21.

<sup>877</sup> StadtAW, Verwaltungsbericht 1938-1946

<sup>878</sup> Richtlinien für die Anerkennung und Betreuung der politisch, rassistisch und religiös Verfolgten des Sozialministers des Landes NRW (III D).

<sup>879</sup> Gesetz über die Gewährung von Unfall- und Hinterbliebenenrenten an die Opfer der Naziunterdrückung vom 05.03.1947.

<sup>880</sup> Gesetz über die Entschädigung für Freiheitsentziehung aus politischen, rassistischen und religiösen Gründen vom 11.02.1949.

<sup>881</sup> Schmidt war auch besoldetes Mitglied des Entnazifizierungsausschusses. Vgl. sein eigenes Entschädigungsverfahren StadtAW, AfW, 12123, Bl. 26. Zu seiner Verfolgung vgl. Ibach, Kemna, S. 11-14.

Haftentschädigung erwies sich die Tatsache, dass entweder eine Gesamthaftdauer von mehr als sechs Monaten oder infolge der Haft erlittene gesundheitliche Schäden nachgewiesen werden mussten. Da die Kemna-Haft häufig nur einige Wochen oder Monate gedauert hatte und die Umstände und der Ort der Haft keine Berücksichtigung fand, wurden viele als nur geringfügig Verfolgte eingestuft und blieben zunächst ohne Wiedergutmachungsleistungen.

Erst mit den bundesrechtlichen Gesetzgebungsmaßnahmen zur Entschädigung seit 1953<sup>882</sup> gab es zusätzlich die Möglichkeit, Wiedergutmachung für Schäden am beruflichen und wirtschaftlichen Fortkommen zu erhalten. Im Rahmen dieses Antragsverfahrens gelang es vielen Kemna-Häftlingen mit einer Haftdauer von unter sechs Monaten, zumindest für die Folgen der Entlassungen aus politischen Gründen entschädigt zu werden.

Das nun zuständige städtische Amt für Wiedergutmachung leitete mit Stadtinspektor Otto Schwebinghaus bis 1971 ebenfalls ein ehemaliger Verfolgter.<sup>883</sup>

### **Vergleich mit anderen frühen Konzentrationslagern in Preußen**

Um das Lager Kemna in den Kontext der anderen frühen Konzentrationslager in Preußen einzuordnen, soll im Folgenden ein kurzer Überblick über vergleichbare Lager auf Grundlage einer Sekundäranalyse der vorliegenden Literatur gegeben werden.

#### Vergleichbare Lager unter Kontrolle der SA

Oranienburg<sup>884</sup>, das erste Konzentrationslager im Land Preußen, wurde von der SA-Standarte 208 am 21. März 1933 eingerichtet. Die Standarte 208 umfasste die SA im Kreis Niederbarnim und war in den Vorjahren häufig als Verstärkung in den Straßenkämpfen Berlins eingesetzt. Am Abend des „Tages von Potsdam“ brachte die SA nach einem Fackelzug durch Oranienburg die ersten 40 Schutzhäftlinge in die seit 1927 leer stehende ehemalige Kindl-

---

<sup>882</sup> Bundesergänzungsgesetz zur Entschädigung für Opfer der nationalsozialistischen Verfolgung vom 18.09.1953 und Nachfolgegesetz vom 10.08.1955, 29.06.1956 sowie Bundesentschädigungsgesetz-Schlussgesetz vom 14.09.1965.

<sup>883</sup> Kommunist aus Wuppertal-Ronsdorf, acht Jahre im KZ Buchenwald, 1951 Wechsel ins AfW, 1969 als Stadtoberinspektor pensioniert, arbeitete die letzten Fälle aber trotzdem bis 1971 auf. StadtAW, AfW, 12201; ebd., NDS 221, lfd. Nr. 34.

<sup>884</sup> Zu Oranienburg siehe Günther Morsch (Hg.): Konzentrationslager Oranienburg, Berlin 1994; Bernward Dörner: Das KZ in der Mitte der Stadt: Oranienburg, in: Benz /Distel, Terror ohne System, S. 123-138. Vgl. auch Seger, Oranienburg.

Brauerei, die ähnlich wie im Fall Kemna mietfrei zur Verfügung gestellt wurde. Die Gefangenenunterkünfte im ehemaligen Kühlkeller waren menschenunwürdig.

Oranienburg weist zahlreiche Gemeinsamkeiten mit dem Lager Kemna auf. Es blieb bis zur Auflösung ein SA-Lager, das mit Genehmigung des Regierungspräsidenten betrieben wurde. Auch die maximal im Lager untergebrachte Anzahl von Gefangenen entspricht mit 1.200 Personen in etwa der Zahl in Wuppertal.

In der NSDAP-Hochburg Breslau richtete der zum Polizeipräsidenten ernannte SA-Obergruppenführer Edmund Heines ein Konzentrationslager in der Lagerhalle einer Düngemittelfabrik im Stadtteil Dürrgoy<sup>885</sup> ein. Heines, seit 1931 Führer der schlesischen SA, gehörte zum engeren Führungskreis um Ernst Röhm und wurde deshalb im Zuge der Säuberungen des 30. Juni 1934 erschossen.

Das frühe Konzentrationslager im 1931 wegen der unzureichenden Sanitäranlagen geschlossenen Zuchthaus Sonnenburg<sup>886</sup> bei Küstrin wurde als Außenstelle des Polizeipräsidiiums in Berlin geführt. Das Zuchthaus war für eine Belegung mit etwa 600 Gefangenen ausgerichtet. Mit über 1.200 Schutzhaftgefangenen erreichte die Sonnenburg ähnliche Belegungszahlen wie das Lager Kemna. Die Wachmannschaft bestand zunächst aus Angehörigen der Berliner SA-Stürme 1 „Horst Wessel“ (Mitte) und 33 „Hans Maikowski“ (Charlottenburg, bekannt als „Mordsturm“), sowie Beamten der Polizeibereitschaft z. B. V. Wecke, bevor Angehörige der SA aus Frankfurt/Oder das Lager übernahmen. Ende August 1933 lösten Einheiten der SS-Standarte 27 die SA-Wachmannschaft ab.<sup>887</sup>

Das Lager Sonnenburg fand Aufnahme in die Liste der sog. „staatlichen Konzentrationslager“, obwohl es einen ähnlichen Unterstellungsstatus wie die Kemna hatte. Das zeigt noch einmal deutlich, dass die Zusammen-

---

<sup>885</sup> Zu Dürrgoy siehe Andrea Rudorff: 'Privatlager' des Polizeipräsidenten mit prominenten Häftlingen, Das Konzentrationslager Breslau-Dürrgoy, in: Benz / Distel, Instrumentarium der Macht, S. 147-170. Vgl. auch Paul Löbe: Der Weg war lang, Lebenserinnerungen, Berlin 1954, S. 222-230.

<sup>886</sup> Zu Sonnenburg siehe Kasper Nürnberg: Außenstelle des Berliner Polizeipräsidiiums: Das 'staatliche Konzentrationslager' Sonnenburg bei Küstrin, in: Benz / Distel, Herrschaft und Gewalt, S. 83-100. Vgl. auch Hans Ullmann: Das Konzentrationslager Sonnenburg, Eingeleitet und kommentiert von Kaspar Nürnberg, in: Dachauer Hefte (1997), S. 76-91.

<sup>887</sup> Drobisch, System, S. 55.

stellung dieser vom preußischen Innenministerium anerkannten Lager willkürlich war und keine Grundlage für eine historische Typologisierung der ersten NS-Lager sein kann.

Vergleichbare Lager im Fokus der Zentralstaatsanwaltschaft

Die Ermittlungen der ZStA in Sachen Kemna waren kein Einzelfall. Die Behörde ermittelte in zwei weiteren frühen Konzentrationslagern in Preußen wegen des Verdachts der Misshandlung von Schutzhäftlingen.

In der an der Oder gelegenen, 1928 stillgelegten Vulkan-Werft im Stettiner Stadtteil Bredow<sup>888</sup> richtete der kurz zuvor zum k. Polizeipräsidenten ernannte SS-Oberführer Fritz Karl Engel am 20. Oktober 1933 ein frühes Konzentrationslager ein. Das war der späteste Zeitpunkt der Einrichtung eines solchen Lagers im ganzen Reich. Lagerkommandant war mit dem promovierten Juristen SS-Sturmführer Joachim Hoffmann der Außendienstleiter der regionalen Stapostelle. Auch die Wachmannschaft rekrutierte sich aus den Reihen der SS. Das Lager Bredow war im Vergleich zur Kemna mit bis zu 40 Häftlingen sehr klein. Vergleichbar war die unglaubliche Brutalität, mit der die SS ritualisierte Gewalt gegen die Häftlinge anwendete. Einzelne misshandelte Häftlinge verfügten über gute Kontakte zu Personen mit Einfluss auf einzelne NS-Führer. So wandte sich der ehemalige Generalfeldmarschall August von Mackensen in einem Brief an Göring. Mit Unterstützung Görings und der Gestapo gelang es der ZStA in Stettin, gegen Hoffmann und sechs SS-Wachen Anklage zu erheben. Die zweite Große Strafkammer des LG Stettins verurteilte alle Angeklagten, weil sie „aus reinem Sadismus heraus in unmenschlicher Weise ihre Opfer bis zum Äußersten gequält“ hatten und das auch noch, nachdem die staatliche Notwendigkeit der Sicherung von Volk und Staat entfallen war.<sup>889</sup>

Während Engel von Himmler und Daluege geschützt wurde, wurden die drei Hauptangeklagten des Prozesses im Zuge der Röhm-Affäre erschossen. Das Stettiner Verfahren beweist, dass die massiven Misshandlungen, erst recht nach der offiziellen Beendigung der „nationalen Revolution“, auch nach den Maßstäben der NS-Justiz strafbar waren, diese ein Verfahren aber nur dann

---

<sup>888</sup> Zu Bredow siehe Andrea Rudorff: Misshandlung und Erpressung mit System, Das Konzentrationslager "Vulkanwerft" in Stettin-Bredow, in: Benz /Distel, Instrumentarium der Macht, S. 35-69.

<sup>889</sup> Gruchmann, Justiz, S. 348-353.



durchführen konnte, wenn die entsprechende Autorisierung durch höchste Stellen vorlag.

Das Doppellager Esterwegen im Emsland<sup>890</sup> war mit einer Kapazität von 2.000 Gefangenen eines der größten frühen Konzentrationslager und wurde am 14. Oktober 1933 als „staatliches Konzentrationslager“ anerkannt. Die Wachmannschaft bestand aus abkommandierten Angehörigen der SS-Gruppe West des Düsseldorfer Polizeipräsidenten Fritz Weitzel. Im Laufe des Herbstes 1933 häuften sich ungeklärte Todesfälle, was erste Ermittlungen der Oberstaatsanwaltschaft Osnabrück auslöste. Während der laufenden Ermittlungen ließ Göring die SS von der Polizei mit Gewalt als Wachtruppe absetzen und aus dem Lager entfernen. Die SS-Männer tauchten sofort unter, was zur Einstellung des Ermittlungsverfahrens führte. Der neue Kommandant Heinrich Rennert, zunächst SA-Hauptsturmführer, später SS-Sturmbannführer, rückte im September 1934 wegen Gefangenenmisshandlungen ins Blickfeld der ZStA. Mit Görings Rückendeckung klagte die StA Osnabrück Rennert im November 1934 an. Er wurde zwar zu 15 Monaten Gefängnis verurteilt, saß aber nur 13 Wochen in Untersuchungshaft und setzte seine Karriere im April 1935 als Kommandant des KZ Lichtenburg fort. Ähnlich wie in der Kemna wurden weitere Ermittlungsverfahren durch Führererlass niedergeschlagen.<sup>891</sup>

### **Rezeption**

Karl Ibach 1947-1990

Karl Ibach war nach 1945 der wichtigste Vertreter der ehemaligen Häftlinge und ständiger Mahner, die Erinnerung an das Leid im Konzentrationslager Kemna zu bewahren. Ibach, der sich selbst irrtümlich als jüngsten Kemna-Häftling bezeichnete, war gerade 32 Jahre alt, als er Ende 1947 nach seiner Rückkehr aus sowjetischer Kriegsgefangenschaft zum ersten hauptamtlichen Sekretär des VVN-Kreises Wuppertal gewählt wurde. In elf Stadtteilgruppen betreute er rund 1.500 Mitglieder.<sup>892</sup>

---

<sup>890</sup> Zu Esterwegen siehe Luerßen, Moorsoldaten; Ders.: 'Moorsoldaten' in Esterwegen, Börgermoor, Neusustrum: Die frühen Konzentrationslager im Emsland 1933 bis 1936, in: Benz/Distel, Herrschaft und Gewalt, S. 157-210. Vgl. auch Karl August Wittfogel: Staatliches Konzentrationslager VII, Eine "Erziehungsanstalt" im Dritten Reich, Bremen 1991.

<sup>891</sup> Gruchmann, Justiz, S. 362-366.

<sup>892</sup> VVN Wuppertal (Hg.): 50 Jahre VVN in Wuppertal, Wuppertal 1997.

Besonders wirkungsvoll in der Kemna-Rezeption wurde das von Ibach zusammengestellte Kemna-Buch.<sup>893</sup> Dieses Buch beruht nur zu einem Teil auf den eigenen Erinnerungen Ibachs, der Zeit seines Lebens nie sein eigenes Schicksal während der Kemna-Haft thematisierte. Es ist ein Sammelband, in dem neben allgemeinen Passagen aus der Feder Ibachs Berichte von acht weiteren Autoren aus Wuppertal eingeflossen sind.<sup>894</sup> Außerdem wird ausführlich aus den Anklage- und Urteilsschriften und der Presseberichterstattung der Prozesse der Jahre 1947/48 zitiert. Das Buch, das auch durch das Geleitwort des sozialdemokratischen Oberbürgermeisters Robert Daum einen überparteilichen Charakter besaß, war nicht mit der Parteileitung der KPD abgesprochen. Anfang 1950 distanzierte sich die KPD von dem Buch und verbot allen Parteigliederungen den weiteren Vertrieb, weil es vor der Veröffentlichung nicht zur Begutachtung vorgelegt worden war.<sup>895</sup>

Diese Auseinandersetzung scheint bei Ibach den angelegten endgültigen Bruch mit der KPD ausgelöst zu haben. Bereits die Erfahrungen während seiner dreijährigen Kriegsgefangenschaft in der Sowjetunion bewirkten ein schnelles Ende der ehrfürchtigen Scheu, die ihn beim Betreten des „heiligen Bodens des Vaterlandes aller Werktätigen“ noch befallen hatte.<sup>896</sup> In der Rückschau bezeichnete er das kommunistische System, das er als Zwangsarbeiter im Bergbau kennen gelernt hatte, als unmenschlich, weil „der Mensch als Wesen, als Mensch wenig oder gar nicht gilt, sondern es gibt nur den Plan, die Planerfüllung, die Partei, das Programm, die Generallinie.“<sup>897</sup>

Er erklärte im Oktober 1949 seinen Austritt aus der KPD, blieb aber weiter Kreissekretär der VVN und versuchte, den Gedanken einer Schicksalsgemeinschaft der ehemaligen Verfolgten über die Parteigrenzen hinweg aufrechtzuerhalten. Dem stand allerdings bereits seit Mai 1948 ein Beschluss des SPD-Vorstandes über die Unvereinbarkeit der Mitgliedschaft in der VVN

---

<sup>893</sup> Vgl. S. 17/18.

<sup>894</sup> Im einzelnen die Tochter Otto Böhnes, Gertrud Kapp (nicht namentlich genannt) S. 9-11, Friedrich Schmidt S. 11-14, Willi Spicher S. 30-33, Adolf Mann S. 33-44, Fritz Braß S. 47-52, Hans Dallmann S. 53-60, Erich Werner S. 84-87 und Emil Ginkel S. 108.

<sup>895</sup> Steinbach, Ibach, S. 51.

<sup>896</sup> Karl Ibach: Vom KZ-Häftling zum Kriegsgefangenen, Das tragische Schicksal deutscher Widerstandskämpfer in Russland, ohne Quellenangabe abgedruckt in: Steinbach, Ibach, S. 129-132.

<sup>897</sup> Interview vom 23.07.1980, StadtAW, NDS 221, lfd. Nr. 33, , S. 39.

mit der in der SPD entgegen.<sup>898</sup> Hinzu kamen der wachsende direkte Einfluss der KPD und der indirekte Einfluss der SED auf die VVN.

Ibach verließ 1950 resigniert auch die Vereinigung und gehörte zu den Gründungsmitgliedern des auf dem Boden des Grundgesetzes stehenden „Bundes der Verfolgten des Nazi-Regimes“ (BVN). Er wurde erster Geschäftsführer des 4.000 bis 5.000 Mitglieder starken Landesverbandes NRW und trat wenige Wochen später der SPD bei. 1954 schlossen sich verschiedene Verfolgtenorganisationen zum Zentralverband demokratischer Widerstandskämpfer zusammen. Dessen Mitglieder wählten Ibach 1957 zum stellvertretenden Vorsitzenden und 1969 zum Vorsitzenden, der er bis zu seinem Tod 1990 blieb.

Ibach war die maßgebliche Deutungsautorität in allen das ehemalige Konzentrationslager betreffenden Fragen. Nur in den seltensten Fällen berichtete der gefragte Zeitzeuge aber authentisch das selbst Erlebte.<sup>899</sup> Das mag darin begründet gewesen sein, dass er selbst in der Kemna nicht misshandelt und bereits im Oktober 1933 im Rahmen der ersten größeren Entlassungsaktion wieder freigelassen wurde. Die Wachmannschaft scheint in ihm wegen seines Alters einen verführten Jugendlichen gesehen zu haben. Ibach gehörte während seiner 74 Tage umfassenden Haftzeit zu den Funktionshäftlingen in der Lagerverwaltung und erstellte die nach Heimatorten getrennten Verpflegungslisten.<sup>900</sup> Trotz dieser untypischen Haftumstände wurde Ibach durch seine sprachliche Eloquenz und seinen politischen Einfluss zum Sprachrohr der ehemaligen Kemna-Häftlinge.

### Gedenken

Das erste Gedenkzeichen für die Opfer des frühen Konzentrationslagers Kemna wurde erst 1964 in Frankfurt am Main errichtet. Auf dem Sockel des Paulskirchen-Mahnmals für KZ Opfer steht unter den 53 aufgeführten Konzentrations- und Vernichtungslagern auch der Name „Kemna“.<sup>901</sup>

---

<sup>898</sup> „VVN eine kommunistische Hilfsorganisation“, Beschluss des Parteivorstands der SPD vom 06.05.1948, abgedruckt in: Vorstand der SPD (Hg.): Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1948/1949, Bonn 1950, S. 130.

<sup>899</sup> In Interviews zum Lager sprach er immer von „man“, nie von „ich“. Vgl. z. B. Susanne Obermeyer und Hans-Werner Robke: Karl Ibach, Kemna, VHS-Video, Laufzeit 20 Minuten, Medienzentrum Wuppertal 1985.

<sup>900</sup> Interview vom 23.07.1980, StadtAW, NDS 221, lfd. Nr. 33, , S. 20/21.

<sup>901</sup> Ulrike Puvogel und Martin Stankowski: Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus, Eine Dokumentation, Bonn 1995, S. 290/291.

Erst 1973 ergänzte die Stadt Wuppertal ihr 1958 errichtetes zentrales NS-Mahnmal im Deweerthschen Garten durch eine Tafel am Sockel mit der Aufschrift „KZ Kemna 5. Juli 1933 – 19. Jan. 1934“.<sup>902</sup>

Auf Initiative des 1979 gegründeten Arbeitskreises zur Erforschung der NS-Zeit in Wuppertal begann eine intensive Diskussion über ein Gedenkzeichen am ehemaligen Lagergelände. Der Plan, eine Tafel am Hauptgebäude anzubringen, musste aufgegeben werden, weil der damalige Eigentümer seine Zustimmung verweigerte.

1981 lenkten mehrere Publikationen neue Aufmerksamkeit auf die Kemna. Das Kemna-Buch Karl Ibachs wurde unter dem leicht veränderten Titel „Kemna – Wuppertaler Konzentrationslager 1933-1934“ und mit einem Vorwort des damaligen NRW-Ministerpräsidenten Johannes Rau versehen, nachgedruckt. Außerdem erschien der Lebensbericht Willi Spichers und ein wissenschaftlicher Aufsatz von Ulrich Klein zum SA-Terror 1933 in Wuppertal, die sich beide auch mit der Kemna befassten.<sup>903</sup>

Noch im gleichen Jahr beschloss der Stadtrat die Errichtung eines „würdigen Mahnmals“ und schrieb einen Jugendwettbewerb zu dessen Gestaltung aus. Aus 26 eingegangenen Entwürfen wählte die Jury Ende 1982 den Vorschlag eines Kunsturses des Wuppertaler Gymnasiums „Am Kothen“ aus. Die Finanzierung erfolgte ausschließlich durch eingeworbene Spenden in Höhe von 42.000 D-Mark.

Am 3. Juli 1983 konnte das „Mahnmal KZ Kemna“ vor über 3.000 Teilnehmern durch Ministerpräsident Johannes Rau eingeweiht werden.<sup>904</sup> Es ist seitdem in der Obhut des Jugendrings, der Arbeitsgemeinschaft Wuppertaler Jugendverbände. Seit 1984 organisiert dort in jedem Jahr ein anderer Mitgliedsverband zeitnah zum 5. Juli eine Gedenkfeier für die Opfer der NS-Gewaltherrschaft. Außerdem gehört das Mahnmal zu den offiziellen städtischen Veranstaltungsorten am Volkstrauertag.<sup>905</sup>

---

<sup>902</sup> „Heute vor 40 Jahren: Privat-KZ der SA“, in: Neue Ruhr- neue Rheinzeitung 05.07.1973.

<sup>903</sup> Vgl. Willi Spicher, wie Fußnote x und Klein, SA-Terror, S. 45-61.

<sup>904</sup> „KZ-Mahnmal Kemna eingeweiht“, in: Westdeutsche Zeitung 04.07.1983.

<sup>905</sup> Jugendring Wuppertal (Hg.): 10 Jahre Mahnmal KZ Kemna, Wuppertal 1993.

Abb. 28: Foto des Mahnmals KZ Kemna



Die halbrund gemauerte Wand ist ein Symbol für die Fabrik, in der sich das Lager befand. Das Bronzerelief zeigt Bahngleise, die das frühe KZ als Ausgangspunkt einer Odyssee durch viele Haftstätten kennzeichnen. Mauer und Hügel stehen für das Lager Kemna, die herausgestreckte Hand für die Opfer.<sup>906</sup> Der Text auf den Tafeln an den Mauerstirnseiten lautet:

„KZ Kemna. Auf dem gegenüberliegenden Fabrikgelände bestand von Juli 1933 bis Januar 1934 das Konzentrationslager Kemna. Hier wurden über 4 000 Gegner des Nationalsozialismus gequält und gefoltert. Dieses Mahnmal wurde im Rahmen eines Jugendwettbewerbs von Schülern des Gymnasiums Am Kothen entworfen und von Wuppertaler Bürgern und Jugendlichen durch Spende und Mitarbeit errichtet. Wuppertal 1983“

Mehrfach war das Mahnmal Zielscheibe von rechtsradikalem Vandalismus. So sägten 1999 Unbekannte einen Finger der Bronzehand ab, und allein im ersten Halbjahr des Jahres 2000 wurde das Mahnmal viermal mit Nazi-Parolen beschmiert. Bundesweites Aufsehen erregte im Juli 2000 ein Überfall auf die Teilnehmer einer privaten Gedenkveranstaltung. Vierzehn Neonazis unter der Führung eines Schwelmer NPD-Ratsherrn stürmten mit Schlagstöcken bewaffnet aus dem Wald in die Menschengruppe. Der an-

<sup>906</sup> Puvogel/Stankowski, Gedenkstätten, S. 636.

schließende neue „Kemna-Prozess“ gegen die Täter fand ein breites Presseecho.<sup>907</sup>

Nachdem Karl Ibach 1990 im Alter von 75 Jahren gestorben war, ehrte die Stadt Wuppertal ihn noch im selben Jahr mit der Benennung des von der Beyenburger Straße zum Mahnmal führenden Aufgangs in „Karl-Ibach-Weg“. Außerdem erinnern in Wuppertal weitere drei Straßennamen an ehemalige Häftlinge des Lagers: „Friedrich-Senger-Platz“ (1986), „Otto-Böhne-Platz“ (1988) und „Oskar-Hoffmann-Treppe“ (1999). Initiativen der VVN und des Jugendrings für weitere Straßenbenennungen insbesondere nach ehemaligen kommunistischen Häftlingen scheiterten in den zuständigen Bezirksvertretungen.

Otto Böhne ist in einem gemischten Ehrengräberfeld auf dem Kommunalfriedhof Wuppertal-Ronsdorf beigesetzt. In der Gräberanlage, der vonseiten der Stadt keinerlei erklärende Informationstafeln beigegeben wurden, sind sowohl Widerstandskämpfer, darunter mit August Obermeier ein weiterer ehemaliger Kemna-Häftling, als auch Wehrmachtsdeserteure beerdigt.<sup>908</sup>

In Solingen benannte der Stadtrat 1979 eine Straße nach dem ehemaligen Kemna-Häftling „Max-Leven-Gasse“. 1991 wurde zusätzlich ein neuer Grabstein auf dem Jüdischen Friedhof gesetzt, der, wie auch das Straßenschild, auf Levens Ermordung 1938 hinweist und die Kemna-Haft nicht erwähnt.<sup>909</sup>

In Radevormwald beschloss der Rat im November 2000 auf Initiative des DGB-Ortskartells, am Bürgerhaus, 1933 Standort der Polizeiwache, Gedenktafeln für die Opfer des NS-Regimes anzubringen. Der Text „Über 200 NS-Gegner wurden an diesem Ort verhaftet oder misshandelt“ gab keinen Hinweis auf das Konzentrationslager Kemna. Im Jahr 2005 wurde eine zweite ergänzende Tafel angebracht, die „im Gedenken an alle, die 1933 im KZ Kemna gelitten“ haben, stellvertretend die 16 Radevormwalder Bürger nennt, deren Misshandlung im Lager Gegenstand des Kemna-Prozesses 1948 war.<sup>910</sup>

---

<sup>907</sup> „Im Gerichtssaal fallen die Masken“, in: SZ 24.11.2000; „In der Macht der strengen Scheitel“, in: SZ 18.12.2000; „Hinter der Verteidigungslinie herrscht Atemnot“, in: SZ 11.01.2001.

<sup>908</sup> Vgl. Uwe Eckardt (Hg.): Deserteure in Wuppertal, Dokumentation zu den Erschießungen 1944/45, Wuppertal 1992.

<sup>909</sup> Peters/Sassin, Max und Emmy Leven, S. 156.

<sup>910</sup> Vgl. Dürhager u.a., Begleitheft.

Seit 1967 ist eine Stichstraße in der Gropiusstadt in Berlin-Neukölln nach dem ehemaligen Kemna-Häftling Heinrich Hirtsiefer benannt.

Das ehemalige Lagergelände selbst beherbergt heute die Deutschlandniederlassung der D.A. Stuart Company, einer weltweit operierenden US-Firma zur Herstellung von Schmierstoffen mit weiteren Produktionsstätten in Kanada, den USA, Großbritannien, Brasilien, Argentinien, Indien, Malaysia und China.<sup>911</sup> Das Hauptgebäude der alten Fabrik, wie auch der von den Häftlingen errichtete Anbau sind erhalten, wenn auch im Inneren baulich stark verändert. Das vormals zum Lager gehörende Wohnhaus wird ebenfalls gewerblich genutzt und befindet sich noch nahezu im Originalzustand. Die während der Lagerzeit Saal I und II genannten Fabrikhallen, wie auch das Kesselhaus sind durch Neubauten ersetzt worden. Das Gelände steht bis heute nicht unter Denkmalschutz, sodass gegen einen Abriss in der Zukunft keine Handhabe bestehen würde. Eine eigene Gedenkstätte zur Erinnerung an das KZ Kemna besteht nicht. Die 1994 errichtete Begegnungsstätte Alte Synagoge Wuppertal, deren Satzungszweck die Erinnerung an das Schicksal der jüdischen Bevölkerung insbesondere in der Zeit des Nationalsozialismus ist, bemüht sich, in Erweiterung des eigentlichen Auftrags diesen Mangel auszugleichen.

## **IX. Auswertung der Datensammlung „Kemna-Häftlinge“**

Im Folgenden wird der Frage nach der Größe und Zusammensetzung der Häftlingsgesellschaft im Konzentrationslager Kemna nachgegangen.

Die vorliegenden Daten charakterisieren den durchschnittlichen Kemna-Häftling als einen etwa 35 Jahre alten, verheirateten, konfessionslosen Facharbeiter, der Mitglied der KPD war.

Ausgehend von den Auswertungsergebnissen wird das Verhalten der Angehörigen des sozialistischen Milieus nach der Terrorphase anhand der Skala von Verrat, Anpassung und Resistenz beschrieben. Dabei lässt sich die einschüchternde Wirkung des KZ Kemna besonders auf die Mehrheit der ersten Reihe der SPD-Funktionäre, aber auch auf große Teile der Randbereiche und der Basis des sozialistischen Milieus nachweisen.

---

<sup>911</sup> <http://www.dastuart.com> (17.07.2006).

Die Wirkung des Terrors war disparat, wie die Beteiligung zahlreicher ehemaliger Kemna-Häftlinge am Widerstand zeigt. Ausgewählte Biogramme ehemaliger Kemna-Häftlinge illustrieren abschließend exemplarisch und generationell differenziert das Verhalten der von der Kemna Betroffenen bis in die Nachkriegszeit.

### **Gesamtzahl der Kemna-Häftlinge**

Da die originären Häftlingsstatistiken des Lagers als vernichtet gelten müssen und auch keine vollständigen Haftkostenabrechnungen auffindbar sind, lässt sich die Gesamtzahl der durch das Lager gegangenen Häftlinge nur schätzen. In der Literatur wird ungeprüft eine Zahl von über 4.000 Kemna-Häftlingen verwendet, die zum ersten Mal im Zusammenhang mit dem Verfahren vor dem OPG der NSDAP 1935 genannt wurde. Der SA-Lagersanitäter Wilhelm Bergfeld stellte in seiner Zeugenaussage der Zahl von 125-130 Krankenbehandlungen sowie 25 Suizidversuchen, die er im Krankenbuch verzeichnete, eine Gesamthäftlingszahl von „ungefähr 4.000 Personen“ gegenüber. Dabei ist die Absicht deutlich erkennbar, durch die hohe Gesamtzahl die verzeichneten Vorfälle zu marginalisieren.<sup>912</sup>

In den staatsanwaltlichen Ermittlungen 1934 und 1947/48 gehörte die Aufklärung der Häftlingsgesamtzahl nicht zu den Ermittlungszielen. Die Ermittlungsbeamten fragten stattdessen nach der Zahl der gleichzeitig Inhaftierten, um so auf die Lebensbedingungen im Lager rückschließen zu können. In der Anklageschrift des Kemna-Prozesses wird die Gesamtzahl auf „etwa 4.500 Schutzhaftgefangene“ geschätzt, ohne dass sich in den Akten Belege für diese Zahl finden ließen.<sup>913</sup> In seiner Urteilsbegründung nannte die 5. Strafkammer eine Gesamtzahl von 4.000 bis 5.000, ebenfalls ohne dass in der Hauptverhandlung dazu neue Erkenntnisse gewonnen worden wären.<sup>914</sup>

---

<sup>912</sup> „Durch das Lager seien ungefähr 4000 Personen gegangen. In seinem Revierbuch habe er ungefähr 125-130 Krankenbehandlungen ernsterer Natur verzeichnet. [...] Außerdem habe er ungefähr 25 Fälle von Selbstmordversuchen behandelt.“ Beschluss des OPG vom 01.04.1935, BA Berlin, NS 36, S. 8.

<sup>913</sup> „Ganz allgemein ist vorweg zu sagen, dass etwa 4500 Schutzhaftgefangene durch das Lager Kemna gegangen sind und das eine sehr große Anzahl dieser Schutzhaftgefangenen mehr oder weniger erheblichen Misshandlungen ausgesetzt worden ist.“ Anklageschrift vom 07.01.1948, HStAD, Gerichte, Rep. 29/291, Bl. 688r.

<sup>914</sup> „In der kurzen Zeit des Bestehens – ca. 6 Monate – belief sich die Gesamtzahl der in die Kemna eingebrachten Schutzhäftlinge auf 4000 – 5000 Mann.“ Urteil Kemna-Prozess vom 15.05.1948, HStAD, Gerichte, Rep. 29/293, S. 25.



Im Folgenden wird die Zahl von 4.000 bis 5.000 Häftlingen einer Wahrscheinlichkeitsprüfung unterzogen.

Innerhalb der Existenz des Lagers lässt sich eine Kernzeit festmachen, in der die meisten Neuankömmlinge aufgenommen wurden und die sich durch zwei gesicherte Bestandsmeldungen begrenzen lässt. Am 26. Juli 1933 nannte Kommandant Alfred Hilgers in einem Schreiben an die Bezirksregierung eine Zahl von bisher 150 in das Lager eingelieferter Häftlinge.<sup>915</sup> Am 27. November 1933 bezifferte Polizeipräsident Willi Veller ebenfalls in einem Brief an die Bezirksregierung die noch im Lager befindlichen Häftlinge auf 540.<sup>916</sup> Im Dezember 1933 lag bereits die Auflösungsverfügung des Innenministeriums vor, und die Ablösung der SA-Brigadeführung wurde umgesetzt. Statt größerer Transporte wurden in die Kemna in diesem Monat lediglich Einzelpersonen eingeliefert, und dies ausschließlich von SA-Einheiten, nicht mehr von der Polizei. Die Zahl der vor dem 26. Juli und nach dem 27. November 1933 aufgenommenen Häftlinge ist mit etwa 200 eher großzügig geschätzt.

In der so begrenzten, 123 Tage umfassenden Kernzeit des KZ Kemna hätten jeden Tag mindestens 30 Neuaufnahmen stattfinden müssen, um die Zahl von 4.000 Häftlingen auch nur annähernd zu erreichen.

Die sechs Häftlingssäle der Kemna konnten, wenn man äußerst beengte Verhältnisse in Kauf nahm, mit jeweils 150 bis 200 Gefangenen belegt werden. Rechnet man die Kapazität von „Bunker“, Aufzug und Treppenver Schlag hinzu, erscheint es plausibel, dass die Höchstzahl Anfang Oktober 1933 die Marke von 1.100 Personen leicht überschritten hat.

Um Platz für die täglich 30 neuen Gefangenen zu machen, hätte in jeder Woche die Belegschaft eines der Häftlingssäle komplett ausgetauscht, also auch eine entsprechende Anzahl Gefangener freigelassen oder in andere Haftstätten verlegt werden müssen. Für eine derartig hohe Fluktuation gibt es in den Quellen keinerlei Anzeichen. Der größte bekannte Einzeltransport aus Duisburg umfasste knapp 200 Häftlinge. Er blieb der einzige Transport dieser Größenordnung und wird in allen Berichten als besonderes Ereignis der Lagergeschichte hervorgehoben. Größere Entlassungsaktionen lassen sich

---

<sup>915</sup> HStAD, BR 1021 I, Bl. 5.

<sup>916</sup> HStAD, Gerichte, Rep. 29/219, Bl. 292-295.

auf etwa 1.000 Häftlinge summieren. Selbst wenn man berücksichtigt, dass es einen größeren Anteil von Häftlingen gab, die nach Verhör und Folter das Lager sofort wieder verlassen haben, ohne formal aufgenommen worden zu sein, scheint eine Zahl im Bereich von 4.000 Häftlingen also deutlich zu hoch gegriffen zu sein. Realistischer ist eine Gesamtzahl der durch das Lager Kemna gegangenen Häftlinge im Bereich von höchstens 2.500 bis 3.000.

### **Analyse der Häftlingsgesellschaft**

Voraussetzung für die Aufnahme in die Datensammlung der Kemna-Häftlinge war, dass die Person selbst glaubhaft aussagte, in der Kemna gewesen zu sein, in den zeitgenössischen Quellen als Kemna-Häftling benannt oder später von mindestens zwei Mitgefangenen als solcher bezeichnet worden zu sein. Nicht berücksichtigt wurden die häufig anzutreffenden Fälle, in denen ungenau erinnerte Namen von Mithäftlingen vage angegeben wurden. Insgesamt sind 646 namentlich bekannte ehemalige Kemna-Häftlinge in der Datensammlung erfasst. Geht man von der bisher kolportierten Zahl von 4.000 Häftlingen aus, entspricht das einem Anteil von 16,15 Prozent. Legt man die reduzierte Schätzung von 2.500 bis 3.000 zugrunde, steigt der Anteil auf 21,53 bis 25,84 Prozent der Kemna-Häftlinge. Berücksichtigt man die geschilderten Quellenprobleme, so erscheint dieser Wert, auch im Vergleich mit anderen Arbeiten zu frühen Konzentrationslagern, als ein gutes Ergebnis.<sup>917</sup>

Dass etwa jeder vierte Kemna-Häftling erfasst wurde, wird auch dadurch belegt, dass von den bekanntermaßen 194 Gefangenen des Duisburger Transports mit 54 etwa ein Viertel namentlich erfasst ist.

---

<sup>917</sup> Dirk Luerßen erreichte bei seinem Projekt zu den Insassen der frühen Konzentrationslager im Emsland einen Wert von 13,0 bis 16,3 %. Vgl. Luerßen, Moorsoldaten, S. 466. Von den Insassen des hessischen frühen KZ Osthofen sind 40 % namentlich bekannt. Dabei ist aber zu berücksichtigen, dass sich in Osthofen das NS-Dokumentationszentrum des Landes Rheinland-Pfalz seit 15 Jahren mit der Erforschung des Lagers befasst. Vgl. Meyer/Roth, Osthofen, S. 202; 218.

Tabelle 10: Anzahl der vorhandenen Informationen zu den Häftlingen

Kriterium	Anzahl	in % von der Gesamtzahl
Geburtsdatum	501	77,55
Herkunftsort	642	99,38
Parteizugehörigkeit	396	61,30
Konfessionszugehörigkeit	176	27,24
Beruf	525	81,27
Schicksal vor der Kemna-Haft	226	34,98
Schicksal nach der Kemna-Haft	339	52,48
Familienstand	312	48,30

#### *Geburtsjahrgänge /Generationsen*

Der jüngste Häftling im Konzentrationslager Kemna war zum Zeitpunkt seiner Einlieferung erst 17 Jahre alt. Es handelt sich um den Maurerlehrling Willi Schubäus aus Wuppertal-Ronsdorf, der als Mitglied einer Jugendgruppe des KgdF in das Blickfeld der Politischen Polizei geriet. Insgesamt sind neun Häftlinge namentlich bekannt, die während ihrer Haft jünger als 21 Jahre waren.

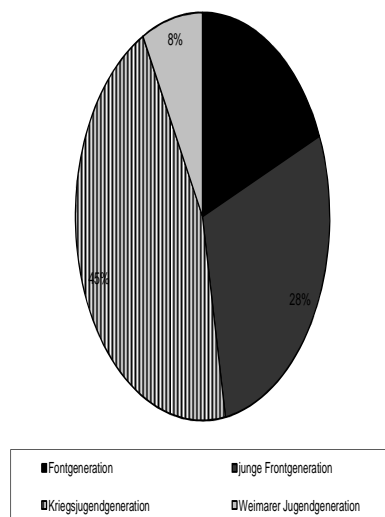
Die ältesten Häftlinge, August Grass aus Wuppertal-Elberfeld und Julius Wetzel aus Remscheid, waren bereits 66 Jahre alt und körperlich den Anforderungen, die das Leben im Lager stellte, nicht mehr gewachsen. Insgesamt sind sechs Personen erfasst, die zum Zeitpunkt ihrer Kemna-Haft 60 Jahre oder älter waren.

Im Durchschnitt waren die Kemna-Häftlinge mit knapp 35 Jahren etwa fünf Jahre älter als die Angehörigen der Wachmannschaft, was sich deutlich in der generationellen Zusammensetzung widerspiegelt (n = 501). Um die Vergleichbarkeit mit der Wachmannschaft zu gewährleisten, werden auch die Geburtsjahrgänge der Häftlinge zunächst unter den Vorzeichen des Schlüsselereignisses Erster Weltkrieg ausgewertet.

Der Jahrgang 1901 war der letzte, der zumindest teilweise noch 1918 eingezogen und an die Front geschickt wurde., er trennt damit die junge Frontkämpfer- von der Kriegsjugendgeneration. Mit 48 Prozent gehörte fast jeder zweite Kemna-Häftling zu diesem Personenkreis der potenziellen Frontkämpfer, dagegen aber nur jeder fünfte Wachmann. Während der Anteil der Kriegsjugendgeneration bei beiden Gruppen annähernd gleich ist, zeigt sich,

dass der Anteil der Weimarer Jugendgeneration bei der Wachmannschaft 3,9 Mal höher als bei den Häftlingen ist.

Abb. 29: Generationelle Zusammensetzung der Kemna-Häftlinge I<sup>918</sup>



Bernd Braun ordnet die Geburtsjahrgänge von 1861 bis 1884 der „Generation Ebert“ zu, aus deren Reihen sich die Führungsschicht der SPD in der Weimarer Republik rekrutierte.<sup>919</sup> Um den Begriff auch für die KPD-Mitglieder unter den Kemna-Häftlingen nutzbar zu machen, wird im Folgenden von der Generation „Ebert/Liebknecht“<sup>920</sup> gesprochen. Die Angehörigen dieser Generation gehörten mehrheitlich zu den Alterskohorten, welche sich während des Sozialistengesetzes oder kurz danach der Sozialdemokratie angeschlossen hatten. Diese wurden von der Aufbruchstimmung der Jahre nach 1889 geprägt und waren fest im Organisationsgeflecht des sozialistischen Milieus verwurzelt. Bei den Kemna-Häftlingen aus dieser Generation war der Anteil der Sozialdemokraten überdurchschnittlich hoch.<sup>921</sup> Für die Generation „Schumacher“ der Jahrgänge 1885 bis 1899 war nach Meik Woyke der Erste Weltkrieg die Generationen prägende Zäsur.<sup>922</sup> Ver-

<sup>918</sup> Frontgeneration“ vor 1890 geboren, „junge Frontgeneration“ Jahrgänge 1890-1899, „Kriegsjugendgeneration“ Jahrgänge 1900-1909, „Weimarer Jugendgeneration“ Jahrgänge 1910-1914.

<sup>919</sup> Bernd Braun: Die 'Generation Ebert', in: Ders./Schönhoven, Generationen, S. 69-86.

<sup>920</sup> Karl Liebkecht \*1871, 1900 SPD, 1916 Spartakus, 1918 KPD. Helmut Trotnow: Karl Liebkecht, Eine politische Biographie, Köln 1980.

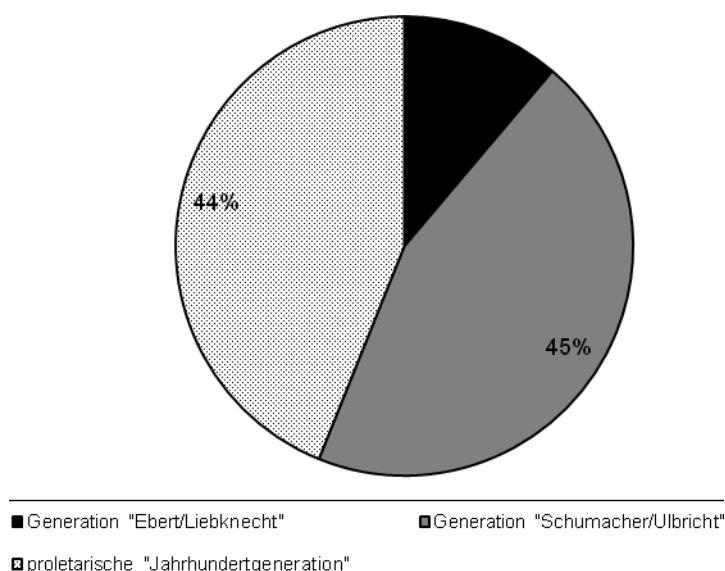
<sup>921</sup> Verhältnis SPD- zu KPD-Mitgliedern 1 zu 2, Durchschnitt 1 zu 8,4.

<sup>922</sup> Meik Woyke: Die 'Generation Schumacher', in: Schönhoven/Braun: Generationen, S. 87-105.

sperrte Aufstiegskanäle in den Organisationen des Milieus während der Weimarer Republik wurden zur Ursache generationeller Spannungen. Auch wenn diese Kombination sicher gewöhnungsbedürftig ist, wird diese Generation wegen der Einbindung der kommunistischen Teile des Milieus als Generation „Schumacher/Ulbricht“<sup>923</sup> bezeichnet. Diese durch Verfolgung und Widerstand im Nationalsozialismus traumatisierte Generation machte erst nach 1945 Karriere in den Parteien.

Der von Klaus Michael Mallmann geprägte Begriff der proletarischen Jahrhundertgeneration bezeichnet die Jahrgänge 1900 bis 1914, deren gemeinsame Sozialisations- erfahrung das Aufwachsen in der vaterlosen Gesellschaft der Nachkriegszeit und das kollektive Trauma der Überflüssigkeit auf dem zusammenbrechenden Arbeitsmarkt der Weimarer Republik war.<sup>924</sup> Für diese Generation war die Sozialisation in der Welt des sozialistischen Milieus bereits durch die Spaltung gekennzeichnet. In heftigen Konflikten mit einer als vergeist empfundenen SPD orientierte sich die Mehrheit dieser Generation zur KPD, was sich auch in einem überdurchschnittlichen Anteil dieser Generation an den KPD-Mitgliedern in der Kemna bestätigt.<sup>925</sup>

Abb. 30: Generationelle Zusammensetzung der Kemna-Häftlinge II



<sup>923</sup> Walter Ulbricht \*1893, 1908 Arbeiterjugend, 1912 SPD, 1917 USPD, 1919 KPD. Vgl. Mario Frank: Walter Ulbricht, Eine deutsche Biographie, Berlin 2001.

<sup>924</sup> Mallmann, Kommunisten, S. 113/114.

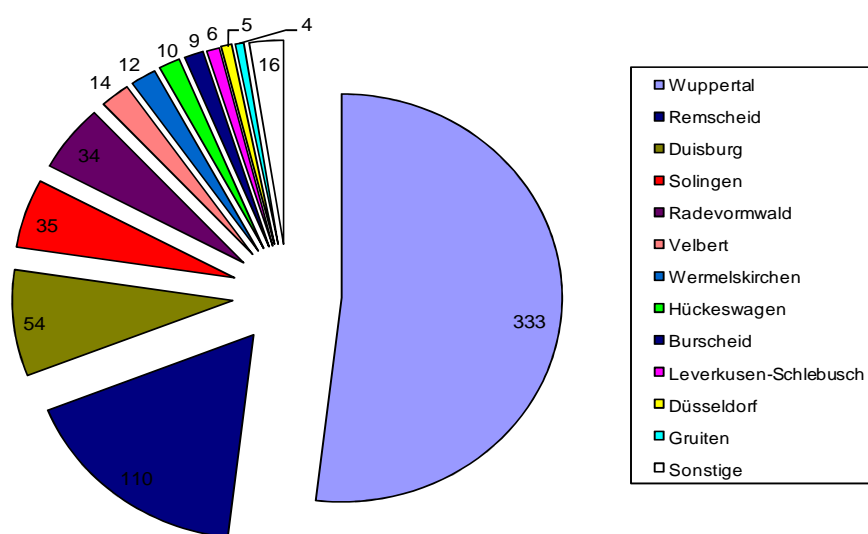
<sup>925</sup> Zu den Konflikten in der SPD siehe Tenfelde, Generationelle Erfahrungen, S. 19-25; 45-49; Siegfried Weichlein: Milieu und Mobilität: Generationelle Gegensätze in der gespaltenen Arbeiterbewegung der Weimarer Republik, in: Klaus Schönhoven und Bernd Braun: Generationen in der Arbeiterbewegung, München 2005, S. 165-192.

### Herkunftsorte

Erwartungsgemäß stammten 85,4 Prozent der erfassten Kemna-Häftlinge aus dem „kleinen Bergischen Land“ (n = 642). Mit 52 Prozent stellten die Wuppertaler die mit Abstand größte Gruppe, gefolgt von Remscheid mit 17 Prozent. Solingen liegt mit 5,5 Prozent nur knapp vor Radevormwald mit 5,3 Prozent. Dieser geringe Abstand überrascht und ist zum einen durch den besonders hohen Verfolgungsdruck in Radevormwald, zum anderen durch die Nutzung anderer Haftstätten für Solinger Schutzhäftlinge begründet.<sup>926</sup>

Der größte Anteil von Häftlingen aus Orten außerhalb des Bergischen Landes stammte ebenfalls erwartungsgemäß mit 8,4 Prozent aus Duisburg. Aus den Stadt- und Landkreisen des Regierungsbezirks Düsseldorf kamen insgesamt 99,4 Prozent der Kemna-Häftlinge. Dabei ist aber zu beachten, dass Häftlinge aus anderen Regierungsbezirken in den ausgewerteten Quellenbeständen kaum Spuren hinterlassen haben dürften.

Abb. 31: Verteilung der Herkunftsorte in absoluten Zahlen



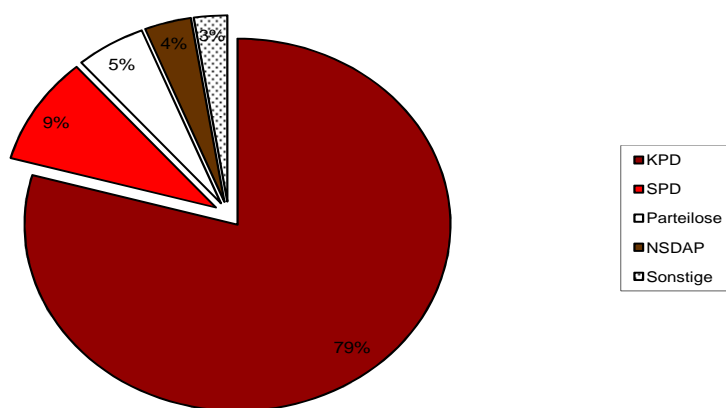
<sup>926</sup> Solinger Schutzhäftlinge gehörten zu den Ersten, die in die neuen Moorklager im Emsland eingeliefert wurden. Lüerßen, Moorsoldaten, S. 40. Vgl. auch die zahlreichen Kurzbiographien zu Häftlingen aus Solingen, ebd., S. 228-464.

### Parteimitgliedschaften

Von 61 Prozent der namentlich erfassten Häftlinge ist die Parteimitgliedschaft bekannt (n = 396).

Die mit weitem Abstand größte Gruppe bildeten Funktionäre und Mitglieder der KPD. 79 Prozent der Kemna-Häftlinge waren Kommunisten, eine Zahl, die sich mit allen vorliegenden Ergebnissen und Schätzungen zu Konzentrationslagern des Jahres 1933 deckt.<sup>927</sup> Weitere 9 Prozent der Kemna-Häftlinge waren Sozialdemokraten, sodass mit den Mitgliedern der Splitterparteien insgesamt 90,5 Prozent der Häftlinge Parteien des sozialistischen Milieus angehörten. Zur Auswertung dieser Daten ist kritisch anzumerken, dass der Anteil der Parteilosen mit 5 Prozent vermutlich zu niedrig sein dürfte, weil es wahrscheinlich ist, dass in den entsprechenden Quellen bei Personen, die keiner Partei angehörten, auch keine Angabe gemacht wurde. In der Statistik sind nur die Parteilosen erfasst, die explizit als solche bezeichnet wurden.

Abb. 32: prozentuale Verteilung Parteizugehörigkeit



Bezieht man Personen in die Rechnung mit ein, von denen keine Angaben zu einer Parteimitgliedschaft vorliegen, stattdessen aber zu einer Mitgliedschaft in einer Milieuorganisation, die klar einer der beiden Parteien zuzu-

<sup>927</sup> Vgl. z. B. die Zahlen zu den sächsischen Lagern in Baganz, *Erziehung zur Volksgemeinschaft*, S. 119/120.

ordnen ist, <sup>928</sup> verschieben sich die Anteile von SPD und KPD leicht zugunsten der Sozialdemokraten: Das Verhältnis sinkt von 1 zu 8,5 auf ein Verhältnis von 1 zu 6,9. Auf jeden Kemna-Häftling, der sozialdemokratischen Organisationen angehörte, kamen sieben Häftlinge aus dem kommunistischen Organisationsspektrum.

Mit 30 von 37 stammten überdurchschnittlich viele SPD-Mitglieder aus Wuppertal. Es scheint in den übrigen Teilen des Kemna-Einzugsgebiets, von Einzelfällen abgesehen, nicht die Notwendigkeit gesehen worden zu sein, auch Sozialdemokraten für längere Zeit in Schutzhaft zu nehmen und in ein Konzentrationslager einzuweisen. Wie in Remscheid wurde die örtliche SPD-Spitze meist nach einigen Tagen Schutzhaft in Polizeigefängnissen mit Meldeauflagen wieder auf freien Fuß gesetzt.<sup>929</sup> Die gemeinsame Haftzeit in der Kemna konnte sich deshalb nur in Wuppertal auf den parteiübergreifenden Milieuzusammenhang auswirken.

Die 4 % Schutzhäftlinge aus NS-Organisationen kamen aufgrund unterschiedlicher Disziplinarvergehen in Schutzhaft oder wurden nach verlorenen Machtkämpfen von den innerparteilichen Gegnern aus dem Weg geräumt. In den meisten Fällen genossen sie im Lager einige Privilegien: sie konnten sich innerhalb des Lagers frei bewegen, durften ihr Kopfhaar ungeschoren tragen, wurden gemeinsam mit der Wachmannschaft gepflegt und waren von Arbeiten freigestellt. Auch hatten sie keine Misshandlungen zu erdulden. Schwere Misshandlungen waren dagegen Angehörige des im Juli 1933 aufgelösten SA-Polizeisturms ausgesetzt.<sup>930</sup> Nach Aussagen ehemaliger Häftlinge waren in der Kemna auch Anhänger des sog. Strasser-Flügels der NSDAP inhaftiert.<sup>931</sup>

Mehrere Polizeibeamte, die in Schutzhaft waren, weil sie entweder dem republikanischen Schrader-Verband angehörten oder zu nachdrücklich gegen Veller und andere SA-Verbrecher ermittelt hatten, sind, obwohl parteilos, eher dem bürgerlichen Lager zuzurechnen.

---

<sup>928</sup> KPD-Umfeld: KgdF 19, Rotsport 5, RFB 3, Rote Hilfe 3, RGO 3, Sonstige 4.

SPD-Umfeld: Freie Gewerkschaften 5, Arbeitersport 4, Reichsbanner 3, Sonstige 2.

<sup>929</sup> SPD Remscheid, Geschichte, S. 19.

<sup>930</sup> Klein, SA-Terror, S. 47.

<sup>931</sup> Weiler, Kemna, S. 50.



Auch weitgehend unpolitische Schutzhäftlinge waren im Lager. Es herrschte in Wuppertal und Umgebung eine Atmosphäre, in der schon ein geringer Anlass ausreichte, um einen Menschen auf unbestimmte Zeit im Konzentrationslager verschwinden zu lassen. Die Wachmannschaft selbst hat in der direkten Umgebung des KZ willkürlich Passanten verhaftet.<sup>932</sup>

Sogenannte 'kriminelle' Häftlinge waren in der Kemna die große Ausnahme.<sup>933</sup> Auch der Erlass des preußischen Innenministeriums vom 13. November 1933, der die Einbeziehung von vorgeblichen „Berufsverbrechern“ in das Schutzhaftsystem anordnete, änderte daran nichts.<sup>934</sup> Die gezielt gestreuten Gerüchte über „Kriminelle“ in der Kemna dienten der Diskreditierung und Demütigung der politischen Gefangenen, die so mit Kriminellen gleichgesetzt werden sollten.<sup>935</sup>

#### *Konfessionen*

Die Konfessionszugehörigkeit ist nur von etwa 27 Prozent der Häftlinge bekannt (n = 176).

Der Anteil der Dissidenten unter allen Häftlingen betrug etwa 75 Prozent. Legt man nur die Mitglieder der KPD zugrunde, liegt der Anteil mit gut 82 Prozent noch deutlich darüber. Leider war es anhand der ausgewerteten Quellen nicht durchgängig möglich zu erheben, welchen Konfessionen die Dissidenten vor ihrem Austritt angehört haben. Die Herkunft aus überwiegend protestantisch dominierten Gebieten lässt aber auf einen hohen Anteil ehemals evangelischer Dissidenten schließen. Jüdische Dissidenten, die aus politischen Gründen – nicht wegen ihrer jüdischen Abstammung – inhaftiert waren, sind in dieser Statistik mit ihren ehemals christlichen Genossen unter den Dissidenten subsumiert. Sie hatten in der Kemna unter besonders brutaler Misshandlung und primitiven antisemitischen Übergriffen zu leiden.

Bei den wenigen jüdischen Schutzhäftlingen, die nicht aus der jüdischen Gemeinde ausgetreten waren, war Antisemitismus der einzige Grund der

---

<sup>932</sup> Aussage Ludwig Glasers, HStAD, Ger. Rep. 29/219, Bl. 343 f..

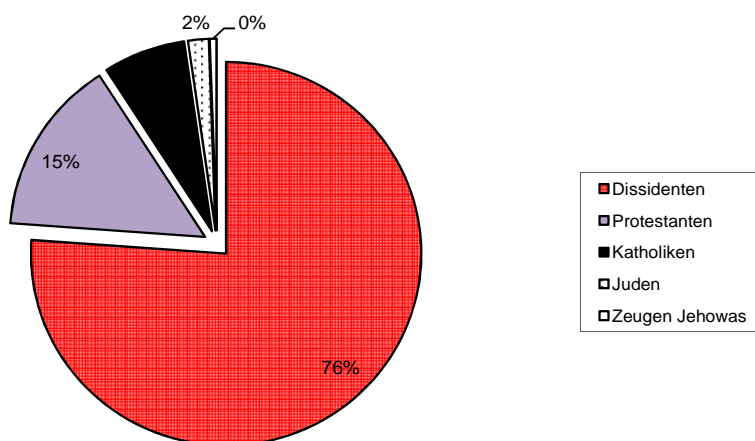
<sup>933</sup> In der BLZ finden sich im Oktober und November 1933 einzelne Hinweise auf solche Häftlinge, so z.B. auf einen „Schwarzarbeiter“ und zwei des Diebstahls Angeklagte. Vgl. Motte, Hochstimmung und Furcht, S. 32/33.

<sup>934</sup> Graf, Politische Polizei, S. 266.

<sup>935</sup> Ibach, Kemna, S. 27.

Inhaftierung. Zum Beispiel wurde der jüdische Schuhhändler Martin Dosmar von SA-Sturmführer Hermann Birkenstock verhaftet, weil er im Schaufenster seines Geschäfts Werbung für den Schuhhersteller Birkenstock machte. In der Kemna fand man bei Dosmar einen Zettel mit Bibelsprüchen in stenografischer Schrift. Die SA vermutete eine „jüdische Geheimschrift“ und schlug Dosmar daraufhin bewusstlos.<sup>936</sup>

Abb. 33: prozentuale Verteilung Konfessionszugehörigkeit



### *Berufe*

Gut 72 Prozent der Kemna-Häftlinge waren ungelernete Arbeiter oder Facharbeiter (n = 525). 12,4 Prozent stammten aus klassischen fabrikkernen Gewerken, darunter waren 1,5 Prozent Meister.

Der Anteil von Polizisten und hauptamtlichen Funktionären sowie Abgeordneten der Arbeiterparteien unter den Häftlingen betrug fünf Prozent. Diese Gruppe war Hauptziel der kompensatorischen Gewaltübergriffe der SA-Wachmannschaft.

Der hohe Anteil der Facharbeiter auch unter den kommunistischen Häftlingen lässt den Schluss zu, dass es sich dabei zu großen Teilen um „Facharbeiterkommunisten“ gehandelt hat. Auch die traditionsreichen bergischen Gewerke wie Feilenhauer, Färber und Weber, die in der regionalen Arbeiterbewegung seit den 1860er Jahren eine große Bedeutung hatten, waren unter den Häftlingen vertreten.

<sup>936</sup> Vermerk Staatsanwalt Winkler vom 12.11.1934, HStAD, Gerichte, Rep. 29/308, Bl. 428; Erinnerungsbericht Adolf Mann, HStAD, Gerichte, Rep. 29/215, Bl. 89.

Tabelle 11: Berufsgruppen in absoluten Zahlen und in %

Facharbeiter / Arbeiterhandwerker	253	48,19
ungelernte Arbeiter	127	24,19
Handwerker	65	12,38
Gastwirte / Händler / Kaufleute	19	3,62
Polizisten	15	2,86
Angestellte	14	2,67
Funktionäre	12	2,29
sonstige Beamte	7	1,33
Künstler	6	1,14
Invaliden	3	0,57
Landwirte	2	0,38
Akademische Freiberufler	2	0,38
Summe	525	100,00

*Vor und nach der Kemna-Haft*

Wichtigste Umschlagplätze für Schutzhäftlinge waren offensichtlich die Polizeigefängnisse, aus denen 58 % der Kemna-Häftlinge eingeliefert wurden (n = 226). Nur 12 % kamen direkt aus einer Haftstätte der SA – ein weiterer Hinweis auf die feste Einbindung des Lagers in die Strukturen von Polizei und Justiz.

Nach der Entlassung aus der Kemna lässt sich so etwas wie eine Drittel-Struktur erkennen: Ein Drittel wurde in die Moorlager verlegt, ein Drittel in Untersuchungshaft überführt und ein Drittel freigelassen (n = 339).

Abb. 34: Haftorte vor der Einlieferung in die Kemna

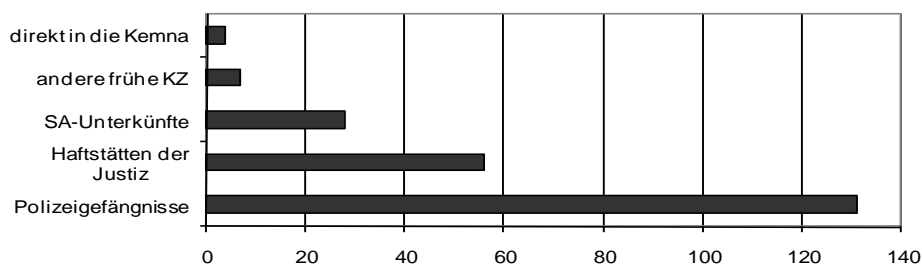
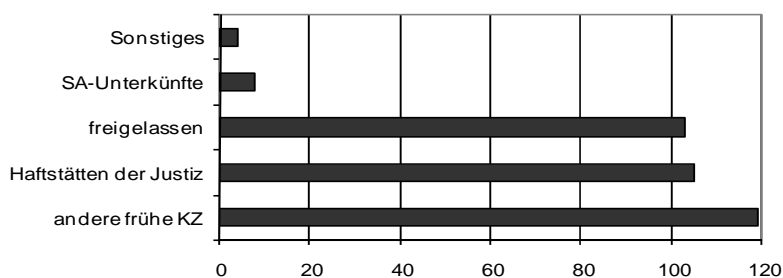


Abb. 35: Verbleib nach der Haft im KZ Kemna



Bis 1945 wurden gegen ehemalige Kemna-Häftlinge mindestens 182 Haftstrafen, darunter 50 Zuchthausstrafen (27,5 %) verhängt. Das bedeutet, dass statistisch zwei von sieben ehemaligen Häftlingen von der NS-Justiz verurteilt worden sind.

Von 42 ehemaligen Kemna-Häftlingen ist bekannt, dass sie das „Dritte Reich“ nicht überlebten. Zwölf starben an den Folgen der erlittenen Misshandlungen und Entbehrungen während der Lagerhaft, neun wurden in anderen Konzentrationslagern ermordet. Viele ehemalige Schutzhäftlinge und wegen VzH Vorbestrafte erhielten Anfang der 1940er Jahre auf Antrag ihre sogenannte „Wehrwürdigkeit“ zurück. Mindestens neun ehemalige Kemna-Häftlinge fielen in der Folge zwischen 1941 und 1945 als Soldaten der Wehrmacht. Sechs ehemalige Kemna-Häftlinge starben in Untersuchungshaft durch Gestapo-Folter oder Suizid. Weitere Todesursachen waren: ermordet durch die NS-Verbände (drei), gefallen als Soldat des Strafbataillons 999 (zwei), gefallen als Interbrigadist, hingerichtet, gefallen beim Einsatz in einem Bombenräumkommando (je einer).

## Verhaltenstypen

Im folgenden soll zunächst auf Grundlage der Daten charakteristisches Verhalten für das Leben der Milieuangehörigen im Maßnahmestaat unterhalb der Schwelle zum aktiven Widerstand herausgearbeitet und an konkreten Individuen belegt werden.

### Verrat

Verräter und Überläufer, definiert als Personen mit einer Bereitschaft zur aktiven Mitarbeit in den Verfolgungsbehörden, finden sich eher im kommunistischen Teil des Milieus. Nicht ganz zu Unrecht bezeichnet Wilhelm Mensing die aus den eigenen Reihen stammenden V-Leute der Gestapo als ein Strukturproblem der KPD.<sup>937</sup>

Der wichtigste V-Mann der Gestapo-Außenstelle Wuppertal war in den Jahren 1934/35 der ehemalige Kemna-Häftling Walter Torner. Das ehemalige KPD- und RFB-Mitglied war um den Jahreswechsel 1932/33 zu Schulungen in Moskau gewesen. Im Juli 1933 kam er als Schutzhäftling in die Kemna und wurde mit dem Transport am 9. September 1933 in das Moor-KZ Neusustrum verlegt. Nach seiner Entlassung aus den Moorigen Anfang Februar 1934 stellte er sich nach Gestapo-Angaben der Außenstelle Wuppertal freiwillig als „Vertrauensperson“ zur Verfügung. Ob er bereits während der Schutzhaft in den Konzentrationslagern für die Polizei arbeitete, lässt sich nicht mehr feststellen. Von den Beamten der Gestapo wurden Torners Dienste hoch geschätzt:

„[...] hat bis zum heutigen Tage der Stapo-Außenstelle Wuppertal in selbstloser und aufopfernder Weise wertvolle Dienste bei der Bekämpfung der illegalen KPD geleistet. [...] Durch die intensive V.Arbeit des Torner war es möglich, die erneut in Wuppertal im Jahre 1934/35 aufgebaute illegale KPD restlos zu zerschlagen.“<sup>938</sup>

Auch ein bereits während der Weimarer Republik in der KPD aktiver „Vertrauensmann“ der Polizei wurde von der SA in Wuppertal-Cronenberg in die Kemna eingeliefert und bei nächtelangen Folterungen von der Wachmannschaft lebensgefährlich verletzt. Möglicherweise verwechselte ihn die SA mit

---

<sup>937</sup> Wilhelm Mensing: Gestapo V-Leute kommunistischer Herkunft - auch ein Strukturproblem der KPD? in: Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen 34 (2005), S. 77-106.

<sup>938</sup> Schreiben der Außenstelle an die Stapo-Düsseldorf vom 26.02.1937, HStAD, RW 58, 71490, Bl. 7.

einem anderen Kommunisten.<sup>939</sup> Ironischerweise war zum gleichen Zeitpunkt mindestens eine Person in der Kemna, die aufgrund „vertraulicher Hinweise“ des Spitzels hin verhaftet worden war.<sup>940</sup>

Im sozialdemokratischen Bereich findet sich Verrat im Bereich der klassischen „Parteibuchbeamten“ und „Novembersozialisten“, die vom Terror der Machtdurchsetzung nicht betroffen waren. Diesem Personenkreis sind zwei führende Beamte der Gestapo-Außenstelle Wuppertal zuzuordnen, die bis etwa Anfang 1932 SPD-Mitglieder waren.

Josef Hufenstuhl (1880-1945) gehörte schon während der Weimarer Republik als Kriminalkommissar zur politischen Abteilung der Kripo. Er wurde 1933 Leiter der Exekutivabteilung und war von 1940 bis 1945 Außenstellenleiter der Gestapo in Wuppertal. Hufenstuhls politische Vergangenheit als SPD-Mitglied behinderte seine Gestapo-Karriere nicht, war aber einem Teil der von ihm Verfolgten bekannt. Versuche, ihn um schützende Einflussnahme zu bitten, schlugen fehl:

„Ich ging in die Höhle des Löwen zum Leiter der Gestapo Jupp Hufenstuhl, der mir von seiner früheren Mitgliedschaft in der SPD sehr gut bekannt war. [...] Hufenstuhl antwortete ohne ein einziges anderes Wort oder Gegenfrage: „Halt dich draus, kommste auch nicht drin.“<sup>941</sup>

Anders als bei einigen Aufsichtsbeamten in den Polizei- und Gerichtsgefängnissen erreichte der Appell an die gemeinsame politische Vergangenheit bei Hufenstuhl nichts. Er verfolgte jeden gnadenlos, der sich nicht ähnlich bedingungslos wie er selbst dem NS-Regime zur Verfügung stellte. Hufenstuhl organisierte die Deportation der Juden des Präsidiabzirks und ordnete in den letzten Kriegstagen das Massaker an Häftlingen in der Solinger Wenzelnbergschlucht an. Nach der Niederlage des nationalsozialistischen Deutschlands entzog er sich seiner Verantwortung durch Suizid.<sup>942</sup>

---

<sup>939</sup> Urteil Kemna-Prozess, HStAD, Gerichte, Rep. 29/293, S. 90-92.

<sup>940</sup> Wiedergutmachungsverfahren Adolf Mesenholl, StadtAW, AfW, Nr. 11801.

<sup>941</sup> Erinnerungsbericht Albert Sobietzky, Stadtarchiv Wuppertal, AfW, Nr. 76445, o. Bl.

<sup>942</sup> Okroy, Polizeipräsidium Wuppertal, S. 107-110; Ders., Volksgemeinschaft, S. 74; 110; 118.

Kriminal-Assistent Eugen Pedrotti<sup>943</sup> gehörte zu den „Novembersozialisten“, die sich aus Karrieregründen der größten Regierungspartei Preußens anschlossen.<sup>944</sup> Anfang 1920 absolvierte er die Düsseldorfer Polizeischule und war seit 1921 in der Kriminalstelle Barmen tätig. Im Jahr 1933 wurde er durch Hans Pfeiffer zur politischen Abteilung kommandiert und dort einer der wichtigsten Ermittler mit der Zuständigkeit für alle Verfahren mit Beschuldigten aus Barmen und für alle Verfahren wegen illegalen Waffenbesitzes. Gemeinsam mit seinem ebenfalls bei der Politischen Polizei tätigen jüngeren Bruder Franz war Pedrotti unter den Gefangenen der Kemna für seine kalte Brutalität und rücksichtslose Anwendung der Folter bekannt. Die Pedrotti-Brüder pendelten täglich zwischen ihrer Dienststelle in Barmen und dem Konzentrationslager hin und her.<sup>945</sup> Sie beschränkten sich nicht darauf, der Wachmannschaft Anweisungen zu geben, sondern folterten selbst intensiv mit. Dabei stand besonders Eugen Pedrotti den Wachmännern in ihrem perversen Erfindungsreichtum neuer Quälereien in nichts nach.<sup>946</sup>

Während Eugen Pedrotti an der Verfolgung der politischen Arbeiterbewegung aktiv mitwirkte, verweigerte er sich den seit 1938 eskalierenden antijüdischen Maßnahmen. Er warnte nach den Pogromen eine Anzahl Wuppertaler Juden vor ihrer bevorstehenden Einlieferung in ein Konzentrationslager. Als er Teil des Transportkommandos der verhafteten Juden werden sollte, meldete er sich krank. In den folgenden Wochen nutzte er seinen Handlungsspielraum für die Genehmigung zahlreicher Entlassungsgesuche. Als Pedrotti sich wegen „Judenbegünstigung“ bei seinen Vorgesetzten der Gestapoleitstelle Düsseldorf verantworten sollte, flüchtete er nach Amsterdam, wo er sich bei einem aus Wuppertal emigrierten Juden versteckt hielt.

Nach seiner Rückkehr nach Deutschland im Juni 1939 arbeitete er nach einer kurzzeitigen Untersuchungshaft und einer bis Februar 1940 dauernden Dienstsuspendierung bis 1945 im Innendienst der Gestapo in Watenstedt-

---

<sup>943</sup> Sigrid Lekebusch: Eugen Pedrotti - ein Saulus-Paulus oder das Janusgesicht eines Gestapomannes, in: Romerike Berge, Zeitschrift für das Bergische Land 45 (1995), Heft 3, S. 15-21.

<sup>944</sup> Aussage des ehemaligen Hauptkassierers der SPD in Barmen, StadtAW, AfW, 77013, Bl. 20.

<sup>945</sup> Aussage Heinrich Benner vom 23.12.1947, HStAD, Gerichte, Rep. 240/50, Bl. 6/7.

<sup>946</sup> „[...] dann band ihm Pedrotti eine Schnur um den Geschlechtsteil und die übrigen zogen an der Schnur. Er wurde dann noch ein drittes Mal verprügelt [...]“, Urteil Kemna-Prozess, HStAD, Gerichte, Rep. 29/293, S. 172.

Salzgitter.<sup>947</sup> 1947 verurteilte das Wuppertaler Landgericht Pedrotti wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit zu 12 Jahren Zuchthaus.<sup>948</sup>

### Anpassung

Nach den in der Kemna erlebten Gewaltexzessen war es für die große Mehrheit der Milieuangehörigen am wichtigsten, das eigene und das Überleben der Familie zu sichern und deshalb in der Zukunft Konflikte mit dem NS-Regime zu vermeiden. Nach ihrer Entlassung aus der Schutzhaft versuchten die meisten Kemna-Häftlinge deshalb, ein unauffälliges Leben zu führen und den NS-Behörden nicht negativ aufzufallen. Dazu reichte es meist aus, gelegentlich dem Regime die Loyalität zu bekunden und sich in einer der als relativ unverfänglich geltenden Massenorganisationen wie der DAF oder der NSV zu organisieren. Auch der Marine-Sturm der Wuppertaler SA schien zu einem Sammelbecken opportunistischer Angehöriger des sozialistischen Milieus geworden zu sein.<sup>949</sup> Die Beteiligung an Spendensammlungen, das gelegentliche Entrichten des „Deutschen Grußes“ und die Anmeldung der eigenen Kinder bei HJ und BDM ließ sich aus dieser Position eines „widerwilligen Mitmachens“ kaum vermeiden.<sup>950</sup>

Ein von der SAJ zur DAF-Jugend Gewechselter bringt diese Position weitgehender äußerlicher Anpassung rückblickend auf den Punkt: „Ich habe auf dem Standpunkt gestanden, wir haben das jetzt, jetzt muss man versuchen mitzuschwimmen, das beste daraus zu machen.“<sup>951</sup>

Der für die Region zuständige Grenzsekretär der Sopade, Gustav Ferl, schrieb im August 1934 illusionslos: „Das Volk ist nun einmal gegenwärtig nicht ganz normal. Das unsere Leute von der allgemeinen Psychose zum Teil mit ergriffen sind, dürfte sicher sein.“<sup>952</sup> Personen aus der Milieubasis, die sich dem Regime offensichtlich anpassten und so keine Bedrohung mehr darstellten, verschwanden aus dem Blickwinkel der Verfolgungsbehörden. Die „Betreuung“ übernahmen stattdessen die nachrangigen Institutionen der Parteiorganisation aus Zelle und Block, deren Überwachungstätigkeit nur im

<sup>947</sup> Lekebusch, Pedrotti, S. 17-19.

<sup>948</sup> Urteil der 4. Strafkammer vom 06.12.1947, HStAD, Gerichte, Rep. 240/56.

<sup>949</sup> „[...] im Marinesturm, da sind alle Kommunisten, sagte man.“ Interview mit Otto Schwebinghaus am 06.09.1980, StadtAW, NDS 221, lfd. Nr. 34, S. 9.

<sup>950</sup> Michael Schneider: Unterm Hakenkreuz, Arbeiter und Arbeiterbewegung 1933 bis 1939, Bonn 1999, S. 785/786; 1086.

<sup>951</sup> Interview mit Willi Bardolatzi am 04.08.1980, StadtAW, NDS 221, lfd. Nr. 33, S. 15.

<sup>952</sup> 2. Bericht Gustav Ferl vom 17.08.1934, AdsD, SOPADE, Mappe 37.



Fall eines Verstoßes gegen die Regeln der Diktatur Spuren in den Quellen hinterlassen hat.<sup>953</sup>

Dagegen unterlagen bekannte ehemalige Funktionäre als „führende Männer aus der Systemzeit“<sup>954</sup> auch bei angepasster, unauffälliger Lebensweise ständiger Kontrolle der Gestapo. Der Verfolgungsdruck konnte selbst bei Angehörigen der Milieukerne bis zur Selbstverleugnung führen.

Der 1883 geborene gelernte Maler Emil Quitzau<sup>955</sup> gehörte als Schriftleiter der „Freien Presse“, als langjähriger Partei- und Reichsbannvorsitzender und als Stadtverordneter zum engeren Kernmilieu der örtlichen SPD. Durch die Erfahrungen aus neun Monaten Schutzhaft in der Kemna und den Moorlagern Börgermoor und Neusustrum und durch einen Suizidversuch innerlich gebrochen, kapitulierte er vor dem Regime. In einem Brief vom Januar 1935 setzte er sich mit seinem Abstimmungsverhalten bei der „Volksabstimmung“ vom August 1934 auseinander:

„Mein Ja galt offen und ehrlich der Führung Adolf Hitlers, obgleich ich 30 Jahre der S.P.D. angehörte. [...] Jetzt, wo mir das Ehrenkreuz für Frontkämpfer verliehen worden ist [...], quält mich die vorhin erwähnte Frage noch mehr, denn ich kann im Grunde meines Herzens nichts tun oder unterstützen, was die Bewegung, die Schöpfer und Träger dieses Staates, den ich bejahe, belastet, mögen auch Einzelne belastet sein. [...] Deshalb wäre die schönste Beigabe zu meinem Ehrenkreuz Verzeihen und Vergessen auch in Sachen Kemna. Mit deutschem Gruß“<sup>956</sup>

Als Vertreter eines Verlags baute Quitzau sich eine neue Existenz auf, deren Fortbestand von seiner Mitgliedschaft in der Reichsschrifttumskammer hing.<sup>957</sup> Um diese nicht zu gefährden, engagierte er sich als „Zellenwalter“ im Reichsluftschutzbund und bemühte sich nach Kräften, sein Vorleben in der „Systemzeit“ vergessen zu lassen.<sup>958</sup> Quitzau zog nach den Bombenangriffen auf Wuppertal 1943 in den Kreis Gummersbach. Obwohl er offenbar niemandem Schaden zugefügt hat, war er nach 1945 in seiner Partei und bei

---

<sup>953</sup> Vgl. dazu Reibel, Fundament der Diktatur, S. 49-56; 307-327.

<sup>954</sup> Ein so bezeichnetes Verzeichnis der Stapo(leit)stelle Düsseldorf wurde noch 1940 bei Personenüberprüfungen herangezogen. HStAD, RW 58, 10725, Bl. 26.

<sup>955</sup> Mintert, Reichsbanner, S. 23-26.

<sup>956</sup> HStAD, Gerichte, Rep. 29, 221.

<sup>957</sup> Schreiben des Präsidenten der Reichsschrifttumskammer an Gestapo Düsseldorf vom 22.06.1939, HStAD, RW 58, 13692, Bl. 5.

<sup>958</sup> Bericht der NSDAP-Kreisleitung vom 29.09.1939, HStAD, RW 58, 13692, Bl. 9/10.

seinem ehemaligen Arbeitgeber, dem Verlag Molkenbuhr & Co., eine persona non grata, sein Fall ein Tabuthema.<sup>959</sup>

Das sogenannte „Ehrenkreuz für Frontkämpfer“ wurde im Juli 1934 durch den Reichspräsidenten gestiftet. Ehrungsberechtigt waren alle ehemaligen Frontkämpfer des Weltkriegs, allerdings wurde die Auszeichnung nur auf Antrag verliehen, setzte also aktive Schritte des Auszuzeichnenden voraus. Die NS-Justiz interpretierte die nicht erfolgte Beantragung des Kreuzes durch ehemalige Frontkämpfer als Hinweis auf eine weiter bestehende „volkschädliche Gesinnung“.<sup>960</sup>

#### Passive Milieubewahrung – Distanz zum Unrecht

Der Verhaltenstypus, der Distanz zum Unrechtsregime wahrte, ohne die Grenze zu widerständigen Handlungen zu überschreiten, lässt sich trotz aller Schwächen des Begriffs am ehesten mit „Resistenz“ beschreiben.

Für den Zusammenhalt des Milieus waren besonders informelle Verbindungen von Mitgliedern der Milieukerne, die sich auf jahrelange, oft jahrzehntelange Beziehungen in Familie, Betrieb, Nachbarschaft oder Milieugruppen stützen konnten, bedeutsam. Kleine, nach außen abgeschirmte Gruppen trafen sich regelmäßig in Privatwohnungen, Gartensiedlungen oder Gaststätten mit dem primären Ziel, den Kontakt untereinander aufrechtzuerhalten und mit Gleichgesinnten in einem als Bedrohung empfundenen Staat ohne Angst Meinungen austauschen zu können. Soweit ohne größeres Risiko greifbar, wurden auch „illegale“ Schriften gelesen und ausländische Radiosender abgehört, ohne dass nach außen gerichtete Widerstandsarbeit verrichtet worden wäre. Auf der Grundlage eines über Generationen hinweg eingeübten, familienzentrierten Zusammenhalts des erweiterten Milieukerns fanden sich bis 1935 erstaunlich vielfältige Nischen.

Die Sozialdemokratie als staatstragende Partei der Weimarer Republik war in ihrer Breite nicht auf die Arbeit in der Illegalität vorbereitet. Aus Mangel an neueren Konzepten hielt sich die SPD nach dem Betätigungsverbot instinktiv an die Erfahrungen aus der Zeit des Sozialistengesetzes. Nach der Überwindung des ersten Schocks versuchte man, die gewohnte Lebens- und Freizeitgestaltung und die bekannten Kommunikationsräume aufrechtzu-

---

<sup>959</sup> Interview mit Kurt Matthes vom 04.11.2003.

<sup>960</sup> Urteil des Verfahrens 6 O.Js. 250-36 vom 06.03.1937, StAM, GStAH, 9594, S. 102.

erhalten. Sozialistische Vereine und Gruppen bemühten sich, geschlossen in ihren bürgerlichen Pendants unterzuschlüpfen oder sich in neugegründeten, scheinbar unpolitischen Vereinen zu sammeln, was trotz der „Gleichschaltung“ aller Vereine teilweise zunächst auch gelang. Dieses im Vergleich mit den Kommunisten defensive Vorgehen hatte eine relative Unangreifbarkeit durch den NS-Verfolgungsapparat zur Folge.

Die Turner des Barmer Arbeitersportvereins VfL schlossen sich dem bürgerlichen Turn- und Spielverein Goldberg in Barmen an und erweiterten ihren Kreis um Mitglieder der Arbeiterjugend, was ihnen ermöglichte, das Gemeinschaftsleben mit Sport, Sonntagswanderungen und Ferienfahrten bis etwa 1938 nahezu unverändert fortzusetzen. Das Einzige, was sich nach außen hin veränderte, war die Ablösung der Wimpel der SAJ an den Zelten durch solche der Deutschen Turnerschaft.<sup>961</sup> Die Barmer Reichsbannerkapelle schloss sich dem bürgerlichen Quartettverein „Glocke“<sup>962</sup> an und konnte so in unveränderter Besetzung bis 1935 Konzerte innerhalb des Milieus veranstalten. Unter anderem beteiligte sich die Kapelle an demonstrationsähnlichen Empfängen der im Frühjahr 1934 aus den Moorlagern zurückgekehrten Schutzhäftlinge.<sup>963</sup>

Offenbar gelang es, ebenfalls im Frühjahr 1934, die Strukturen der Fachschaft „Artistik und Kleinkunstabenden“ der DAF zu nutzen, um bei wöchentlichen Kleinkunstabenden mehrere Hundert ehemalige Sozialdemokraten zu versammeln und so das Zusammengehörigkeitsgefühl wach zu halten.<sup>964</sup> Die Veranstaltungen wurden Ende März 1934 verboten und der Fachschaftsvorsitzende seines Amtes enthoben.<sup>965</sup>

So anfällig sich die illegale KPD gegenüber Spitzeln zeigte, so schwer war es für die Gestapo, in die sozialdemokratischen Gruppen unterhalb der Schwelle des aktiven Widerstands einzudringen. In den Akten der Ver-

---

<sup>961</sup> Interviews mit Kurt Matthes vom 04.11.2003 und 02.03.2004, sowie StadtAW, NDS 151 (SAJ).

<sup>962</sup> Quartett Verein Glocke, Vorsitzender Ewald Brüninghold, Falkenstraße 45, vgl. StadtAW, Adressbuch Wuppertal-Barmen 1934.

<sup>963</sup> Bescheinigung des SPD-Bezirks Niederrhein vom 23.9.1949, StadtAW, AfW, 11657, Bl. 37, sowie Bericht der Bezirksleitung Niederrhein der KPD vom 22.4.1934, BA Berlin, SAPMO, RY1, I3/20/44.

<sup>964</sup> Bericht der Bezirksleitung Niederrhein der KPD vom 16.04.1934, BA Berlin, SAPMO, RY1, I3/18/19.

<sup>965</sup> Bericht der Bezirksleitung Niederrhein der KPD vom 22.4.1934, BA Berlin, SAPMO, RY1, I3/20/44.

folgungsbehörden finden sich daher nur geringe Spuren dieser Aktivitäten, sodass Erinnerungsberichte der Beteiligten oft als einzige Quelle zur Verfügung stehen. Darin gibt es Hinweise auf über das Wuppertaler Stadtgebiet verteilte „Inseln“ mit Schwerpunkten in den ehemaligen Hochburgen der SPD.

In Wuppertal-Cronenberg traf sich zum Beispiel regelmäßig eine Gruppe ehemaliger Redakteure der regionalen USPD-Zeitung „Volksstimme“, die sich selbst Ketzerklub nannte und zu der auch der spätere Oberbürgermeister Hermann Herberts gehörte. Treffpunkt war eine Wohnung in der „Höhle des Löwen“, in dem Haus, in dem auch ein Funktionär der NSDAP wohnte.<sup>966</sup>

Gerhard Paul beschreibt für das Saarland, dass die Kleingruppen isoliert nebeneinander bestanden, ohne zueinander Kontakt aufzubauen.<sup>967</sup> Ob in Wuppertal dagegen möglicherweise lose Verbindungen existierten, wie es in einem Erinnerungsbericht deutlich wird, muss mangels paralleler Quellen offen bleiben. Paul Kann, der regimekritische Gedichte verfasste, will diese in verschiedenen Kleingruppen vorgetragen haben: „In der ganzen Zeit habe ich einen Gedichtband von über 350 Gedichten geschrieben und in über 600 Geheimsitzungen und Zusammenkünften unsere Kameraden und Kameradinnen immer von neuem aufgemuntert.“<sup>968</sup>

Durch die auf den geschilderten Wegen aufrechterhaltenen Kontakte gelang es dem Einzelnen leichter, ein oppositionelles Bewusstsein aufrecht zu erhalten und, trotz der auch innerhalb des weiteren Milieukerns spürbaren Werbeerfolge des Regimes, an den eigenen moralischen Normen festzuhalten. Das von Anfang an weitverbreitete Gefühl des „Nicht-Dazugehörens“, das durch die weiter bestehenden Möglichkeiten der Kommunikation gefestigt wurde, tradierte sozialdemokratische Werte. Den Versuch, sich über das NS-Regime hinweg für die Zeit danach bereitzuhalten, könnte man als „Stand-by-Sozialdemokratie“ bezeichnen. Das retrospektive Selbstbild dieser Gruppe ist treffend mit dem von Beatrix Herlemann als Titel für ihre Studie

---

<sup>966</sup> Kurt Schnöring: Oskar Hoffmann (1877-1953), in: Wuppertaler Biographien 14 (1984), S. 31-39, hier: S. 36; Jetzt auch Gustav Heinz Engelhardt: Cronenberger Persönlichkeiten der Sozialdemokratie, in: Geschichte im Wuppertal 15 (2006), S. 69-80, hier: S. 76.

<sup>967</sup> Gerhard Paul und Klaus-Michael Mallmann: Milieus und Widerstand, Eine Verhaltensgeschichte der Gesellschaft im Nationalsozialismus, Bonn 1995, S. 244.

<sup>968</sup> Politischer Lebenslauf von Paul Kann, StadtAW, AfW, 11539.

über den Bezirk Magdeburg-Anhalt auswählten Zitat charakterisiert: „Wir sind geblieben, was wir immer waren, Sozialdemokraten.“<sup>969</sup>

Von aktiven Kommunisten erwartete die Parteiführung mehr als passives Überwintern. Wer sich nicht für den Aufbau neuer Parteistrukturen zur Verfügung stellen wollte, wurde aus den Mitgliederlisten gestrichen. Jenseits der Parteilinie fanden aber auch zahlreiche ehemalige KPD-Anhänger Milieunischen, die halfen, das eigene Weltbild durch die NS-Zeit zu tradieren.

Der KPD gelang es 1933 nach der Überwindung eines anfänglichen Schockzustands zügig, die Parteistrukturen in der Illegalität wieder aufzubauen. Dabei versuchte die Parteileitung den Spagat zwischen einer Massenpartei und einer Untergrundpartei bolschewistischer Kader, der misslang und „Tausende von erfahrenen, opferwilligen Kommunisten in die Zuchthäuser, Konzentrationslager und Hinrichtungsstätten“ brachte.<sup>970</sup> Da das NS-Regime die bloße Zahlung eines Parteibeitrags an die KPD bereits als Hochverrat ahndete, verläuft auch an der Frage der Einbindung in die illegale Parteiorganisation die Grenze zwischen Resistenz und Widerstand.

Die Wahrung der Distanz zum Unrecht zeigte sich auch im Umfeld der illegalen KPD-Gruppen in vielen kleinen Gesten des Alltags. So wurde zum Beispiel in der Nachbarschaft Geld gesammelt, damit angeklagte Freunde sich einen Anwalt leisten konnten. Außerdem gab es Versuche, die Folgen widerständigen Verhaltens für die Familienangehörigen aufzufangen, sei es durch kostenlose Hilfeleistung, Sachspenden oder einfach nur aufmunternden Zuspruch. Der Sohn eines Radevormwalder Kemna-Häftlings berichtet von regelmäßigen Lebensmittel- und Kleiderspenden sowie kostenlosen Friseurbesuchen, die für die Familie überlebenswichtig waren, da das NS-Regime den Haupternährer ins Konzentrationslager verschleppt hatte.<sup>971</sup> Die Gewissheit, dass den Angehörigen geholfen werden würde, konnte die Entscheidung zum Widerstand erleichtern.

Viele Menschen aus beiden parteipolitischen Lagern der Arbeiterbewegung verließen unter dem Eindruck der Gewalt bereits in den ersten Monaten des

---

<sup>969</sup> Beatrix Herlemann, 'Wir sind geblieben, was wir immer waren, Sozialdemokraten'. Das Widerstandsverhalten der SPD im Parteibezirk Magdeburg-Anhalt gegen den Nationalsozialismus 1930-1945, Halle (Saale) 2001.

<sup>970</sup> Peukert, KPD im Widerstand, S. 192.

<sup>971</sup> Interview mit Dieter H. am 19.09.2005.

NS-Regimes Wuppertal und gingen ins Exil. Ziele waren dabei das noch unter Völkerbundverwaltung stehende Saarland, aber auch die Nachbarländer Deutschlands wie zum Beispiel Belgien, die Niederlande und Frankreich. Zwar bewahrten sich Exilanten in den meisten Fällen ihre Wertehaltungen und bewegten sich auch in den Gastländern in den sozialistischen Milieus, sie verloren aber die Bindung an das eigene Milieu, fanden es nach Kriegsende verändert und fragmentiert vor und suchten oft vergeblich Anknüpfungspunkte an die Zeit vor dem NS-Regime.

#### Widerstand

*„[...] und doch haben wir die Faust emporgereckt!“<sup>972</sup>*

Getragen von dem beschriebenen oppositionellen Bewusstsein in den lokalen Milieukernen, fanden sich bereits 1933/34 immer wieder Personen, welche die entstandenen Lücken schlossen und im Widerstand mitarbeiteten. Dabei waren die Grenzen zwischen Anpassung, Milieubewahrung und Widerstand in beide Richtungen fließend. Die beiden großen Arbeiterparteien verfolgten dabei gänzlich unterschiedliche Strategien.

#### KPD

In Verbindung mit auswärtigen „Instrukteuren“ der Parteileitung konnte der Unterbezirk Wuppertal bereits während der Existenz des Lagers Kemna im Herbst 1933 reorganisiert werden. „Die Wuppertaler Organisation klappt wieder gut“, heißt es dazu in einem Bericht der illegalen Bezirksleitung Niederrhein aus dem November 1933. Auch in Solingen und Remscheid bildeten sich breite neue Strukturen. Im Juli 1934 gehörten Wuppertal und Solingen zu den aktivsten Unterbezirken am Niederrhein, während Remscheid nach zahlreichen Verhaftungen im Neuaufbau begriffen war.<sup>973</sup>

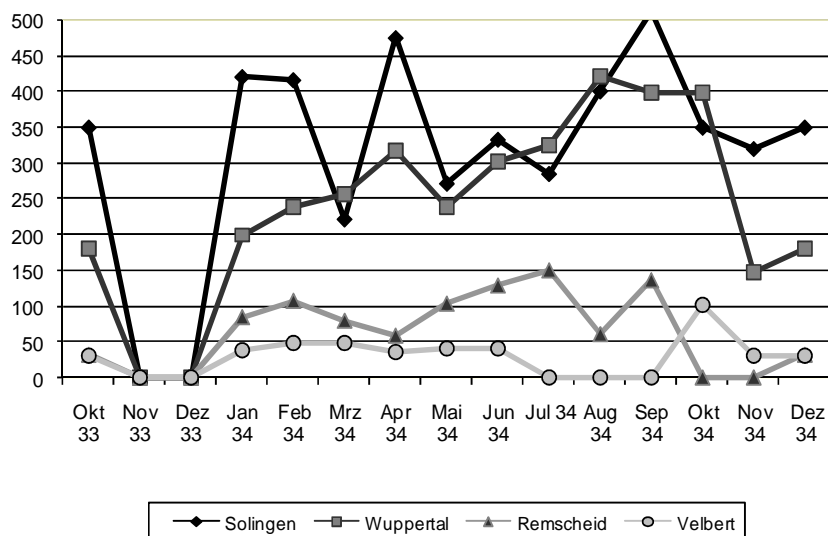
Die Anzahl der Beiträge zahlenden KPD-Mitglieder stieg in Remscheid im Juli 1934 auf 151 und in Wuppertal bis August 1934 auf 423 Personen an. In Solingen wurden im September 1934 Beiträge von 512 Mitgliedern kassiert. Der Unterbezirk Velbert erreichte im Oktober 1934 mit 103 zahlenden Mitgliedern den Höchststand.

---

<sup>972</sup> Aus dem Gedicht „Und doch!“, das Karl Ibach 1941 im Zuchthaus Waldheim verfasste. Zitiert nach: Steinbach, Ibach, S. 88/89.

<sup>973</sup> Lagebericht Bezirk Niederrhein vom 06.07.1934, BA Berlin, SAPMO, RY1, I3/20/44, Bl. 191.

Abb. 36: Mitgliederzahlen der KPD-Unterbezirke im Bergischen Land in der Illegalität 1933/34<sup>974</sup>



Die Grafik zeigt die erheblichen Schwankungen und Fluktuationen sowie die Einbrüche durch Verhaftungswellen des Verfolgungsapparats. Deutlich wird auch die herausragende Stellung der Unterbezirke Solingen und Wuppertal, die den Anspruch, eine Massenbasis zu organisieren, in Ansätzen erfüllen konnten.

Neben der Aufrechterhaltung der eigenen Organisation versuchte die KPD durch nach außen gerichtete Agitation immer wieder zu beweisen, dass der NS-Terror die deutschen Kommunisten nicht mundtot machen konnte und die KPD im Untergrund weiterlebte. Ein dezentral organisierter Technikapparat stellte die Versorgung mit illegaler Literatur und Presseerzeugnissen sicher. In Flugblättern und Zeitungen wurden aktuelle Ereignisse, wie die „Volksabstimmungen“ vom November 1933 und August 1934 oder der so genannte „Röhm-Putsch“ im Juli 1934, als Anknüpfungspunkte für Aufrufe zum Kampf gegen die Hitler-Regierung genutzt. Die Schriften wurden an Interessierte verkauft und dann von Hand zu Hand weitergegeben.

Die Druckerei von Georg Haberer in Solingen-Ohligs war in der zweiten Jahreshälfte 1934 eine der wichtigsten Druckstätten kommunistischer

<sup>974</sup> Zahlen nach Peukert, KPD im Widerstand.

Presseerzeugnisse im ganzen Reich, die bis nach Berlin, Saarbrücken und Frankfurt am Main lieferte.<sup>975</sup>

Wichtige Träger des Widerstands waren auch die jungen militanten Aktivisten, die aus den Reihen der SAJ zu den Kommunisten gewechselt waren. Familiär fest im sozialistischen Milieu verwurzelt, arbeiteten sie maßgeblich innerhalb der kommunistischen Widerstandsorganisationen mit, so auch im „Apparat Militärpolitik“, der nach der NS-Machtdurchsetzung im Bergischen Land ein entscheidender Faktor für den Aufbau der vergleichsweise breiten Widerstandsstrukturen wurde.<sup>976</sup>

Der bereits in der Weimarer Republik gegründete illegale Geheimdienst der KPD verfügte über konspirative Erfahrungen und war so am besten auf die Illegalität vorbereitet. Seine Nachrichtenverbindungen blieben 1933 weitgehend intakt und waren die einzige Möglichkeit zur parteiinternen Kommunikation im Reich.<sup>977</sup>

Die hoch motivierten Kader des etwa 20köpfigen Wuppertaler AM-Apparates stammten neben der KPD aus der Naturfreundebewegung, dem Internationalen Sozialistischen Orden und der SAJ und repräsentierten die intellektuelle Elite des sozialistischen Milieus.<sup>978</sup> Darunter waren mit Otto Kettig und Ewald Funke auch zwei Absolventen der Moskauer M-Schule, die ausgewählte Kader unter anderem in Waffen- und Nachrichtentechnik, Sprengwesen und Aufstandstaktik ausbildete.<sup>979</sup>

### *SPD*

Die bisherige Forschung zum sozialdemokratischen Widerstand hat als Hauptträger kleine Gruppen aktivistischer Mitglieder der Sozialistischen Arbeiterjugend ausgemacht.<sup>980</sup> Da diese Generation aus der SPD in Wuppertal zu großen Teilen bereits 1931 ausgetreten war, gingen sozialdemo-

---

<sup>975</sup> Grafik des Verteilungsnetzes in: Stadtarchiv Solingen (Hg.): Nationalsozialistische Herrschaft in Solingen, Dokumentation, o. O. [Solingen] 1978, S. 49.

<sup>976</sup> Zum AM-Apparat siehe Bernd Kaufmann u.a., Der Nachrichtendienst der KPD 1919-1937, Berlin 1993.

<sup>977</sup> Ebd., S. 281/282.

<sup>978</sup> Stracke, Zuversicht, S. 73-75.

<sup>979</sup> Kaufmann u.a., Nachrichtendienst der KPD, S. 190-193.

<sup>980</sup> Siehe z.B. Anton Grossmann, Milieubedingungen von Verfolgung und Widerstand. Am Beispiel ausgewählter Ortsvereine der SPD, in: Martin Broszat & Hartmut Mehringer (Hg.), Bayern in der NS-Zeit V. Die Parteien KPD, SPD, BVP in Verfolgung und Widerstand, München 1983, S. 438: „Wo das aktivistische und unbedenkliche Element der sozialistischen Arbeiterbewegung fehlte, gab es kaum illegalen Widerstand“.



kratische Widerstandsaktivitäten dort in erster Linie von der Frontkämpfergeneration aus, der „Generation Schumacher“ der vor 1901 Geborenen.

In der Anfangsphase wurden Dilettantismus in der konspirativen Arbeit und naive Unterschätzung des Verfolgungsapparates zu Stolpersteinen. Elberfelder Sozialdemokraten versuchten über den 1911 geborenen Kunstmaler Emil Finke, dessen Mutter in Utrecht lebte, im November 1933 Kontakt zur niederländischen Sozialdemokratie herzustellen und Informationsmaterial nach Deutschland zu schmuggeln. Mit diesem Material sollten als Skatrunden getarnte Kleingruppen versorgt werden.<sup>981</sup> Offenbar war Finkes Mutter Anhängerin der NS-Bewegung von Anton Adrian Mussert und verriet ihren Sohn, der nach seiner Rückkehr nach Wuppertal gemeinsam mit vier seiner Genossen, die geholfen hatten, die Reise zu finanzieren, verhaftet wurde.<sup>982</sup> Folge war das einzige Hochverratsverfahren mit dem Vorwurf „Wiederaufbau der SPD in Wuppertal“.

Sozialdemokratische Widerstandsaktivitäten waren von einer defensiven Vorgehensweise geprägt, was es dem NS-Verfolgungsapparat erschwerte, in die Gruppen einzudringen. Hauptumschlagsplatz „illegalen“ sozialdemokratischen Materials, das meist nur an persönlich bekannte und vertraute Personen weitergegeben wurde, war die Großbäckerei „Germania“ in Duisburg-Hamborn. Der sozialdemokratische Besitzer August Kordass baute seinen Betrieb durch die Einstellung vertrauenswürdiger Parteifreunde als „Brotfahrer“ zu dem Zentrum sozialdemokratischen Widerstands am Niederrhein aus. Die Fahrer der Lieferwagen versorgten den Niederrhein und das Ruhrgebiet mit Schriften der Sopade und sammelten gleichzeitig Informationen über die betriebliche und soziale Wirklichkeit in Nazi-Deutschland.<sup>983</sup> Diese Informationen wurden nach Prag zur Zentrale der Sopade weitergeleitet und waren eine Grundlage der „Berichte aus Deutschland“. Das Bergische Land war an dieses Verteilernetz angeschlossen.<sup>984</sup>

Zentrale Anlaufstelle für Materiallieferungen aus Duisburg war der ehemalige Bildungssekretär der Arbeiterjugend des Bezirks Niederrhein, Ernst Gnoß,

---

<sup>981</sup> Anklageschrift vom 02.07.1934, StAM, GStA Hamm, 223, Bl. 73-79.

<sup>982</sup> Heinz Engelhardt (Hg.): Hans Sobietzky: Mein Leben als Sozialdemokrat, Grafenau 2004, S. 41-43.

<sup>983</sup> Schneider, Unterm Hakenkreuz, S. 884-886.

<sup>984</sup> Bericht G. Ferls vom 17.8.1934, AdsD, SOPADE, Mappe 37.

der nach seiner Entlassung im März 1933 mit seiner Familie nach Solingen gezogen war.<sup>985</sup> Er verteilte das Material im Rahmen seiner Tätigkeit als Handelsvertreter an die von ihm betreuten Lesezirkel in Wuppertal, Solingen, Remscheid und Düsseldorf.<sup>986</sup> Gnoß wurde am 6. August 1935 verhaftet und im Düsseldorfer Polizeigefängnis gefoltert. Es gelang ihm trotz der Misshandlungen einige seiner Aktivitäten vor der Gestapo zu verbergen.<sup>987</sup> So blieb unter anderem die Verbindung nach Wuppertal unentdeckt. Gnoß wurde vom Volksgerichtshof zu vier Jahren Zuchthaus verurteilt, die er bis zum 31. Mai 1939 verbüßte. Er kehrte nach Solingen zurück und arbeitete als Schriftsetzer in einer Druckerei.<sup>988</sup>

Auch nach der Zerschlagung des Verteilungsnetzes rund um die Bäckerei „Germania“ meldete die Stapo noch mehrfach Funde der „Sozialistischen Aktion“ auf Wuppertaler Stadtgebiet, ohne die Herkunft ermitteln zu können.<sup>989</sup>

#### *Parteiübergreifender Widerstand*

Es ist bemerkenswert, dass sich trotz des beschriebenen Terrors in den Jahren 1934/35 ein vergleichsweise breiter Widerstand organisieren konnte. Träger des Widerstands waren in erster Linie Kommunisten, die es jedoch verstanden, zahlreiche Parteilose und Sozialdemokraten offenbar gleichberechtigt einzubinden. Eine Weiterführung der alten Abgrenzungspolitik der RGO scheint in der Wuppertaler KPD nicht durchsetzbar gewesen zu sein. Deutlich vor der in der August-Resolution des ZK der KPD von 1934 beschlossenen Aufgabe der RGO arbeiteten ehemalige KPD- und SPD-Mitglieder auf der Ebene der Betriebe fruchtbar zusammen.<sup>990</sup>

So bildeten sich in Wuppertal und Umgebung besonders in Betrieben der Traditionsindustrien des Metall- und des Textilsektors bis 1935 61 Gewerkschaftsgruppen, die in ihrer Zusammensetzung das ganze Spektrum des

---

<sup>985</sup> Zu Gnoß, \* 22.07.1900 in (Mühlheim-) Styrum, † 12.03.1949 in Davos, vgl. Wolfram Köhler: Ernst Gnoß - Widerstand und Wiederaufbau, in: Der Präsident des Landtags NRW (Hg.): Ernst Gnoß - Widerstand und Wiederaufbau, Der erste Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 1999, S. 9-54; SPD-Vorstand, Gedenkbuch, S. 114/115.

<sup>986</sup> Marßolek, Arbeiterbewegung, S. 52/53; Bernd-A. Rusinek: Verfolgung und Widerstand in der Diktatur 1933-1945, in: Morgner / Kussmann, Die Kraft einer großen Idee, S. 133-145, hier: S. 140/141.

<sup>987</sup> Köhler, Gnoß, S. 27/28; 31.

<sup>988</sup> Ebd., S. 33/34.

<sup>989</sup> Stapo-Tagesberichte, HStAD, Reg. Düss., 30655b, Bl. 73/74; 91; 152; 163.

<sup>990</sup> Peukert, KPD im Widerstand, S. 218-222.

sozialistischen Milieus abdeckten. Auch im Wuppertaler IG Farben-Werk, den Elberfelder Elektrizitätswerken und den Wuppertaler Bahnen bestanden Gewerkschaftsgruppen. Die mehrere hundert Personen umfassenden Gruppen griffen direkt in fabrikinterne Auseinandersetzungen ein, stellten eigene Zeitungen her, warben für eine differenzierte Stimmabgabe bei Vertrauensrätewahlen und lösten in mindestens zwei Betrieben, darunter die Bemberg AG, Kurzstreiks aus.<sup>991</sup>

Die Betriebsgruppen hatten eine Größe von 15 bis 25 Personen, die in Abteilungsgruppen von drei bis vier Personen unterteilt waren. Die Abteilungen hielten durch einen Vertrauensmann Verbindung zur Leitung der Betriebsgruppen. Diese Leitungen waren parteiübergreifend zusammengesetzt und umfassten im Idealfall Sozialdemokraten, freie Gewerkschafter, christliche Gewerkschafter und Kommunisten.

In Velbert wurde der Deutsche Metallarbeiterverband unter der Führung des alten sozialdemokratischen DMV-Sekretärs und des RGO-Bevollmächtigten wieder gegründet. Hier gelang es, nach diesem Muster in 14 Metallbetrieben Gewerkschaftsgruppen mit paritätischen Leitungen aufzubauen, die sich auch auf die Nachbarorte Neviges-Tönisheide, Langenberg und Wülfrath erstreckten. In die Gewerkschaftsgruppen waren auch führende Funktionäre der Sozialdemokratie eingebunden, darunter der ehemalige Stadtverordnete Alois Diefenbach.

In Wuppertal-Elberfeld wurden auf Grundlage der Berichte aus den Betriebsgruppen hektografierte Zeitungen produziert. „Der deutsche Textilarbeiter“ für den Wuppertaler Raum erschien monatlich in einer Auflage von 300 Exemplaren. Von der Zeitschrift „Der deutsche Metallarbeiter“ wurden monatlich etwa 500 Exemplare produziert, von denen 100 Stück speziell auf die Situation in Velbert und die übrigen 400 auf den ganzen Niederrhein zugeschnitten waren.<sup>992</sup>

Detlev Peukert nannte die bergischen Gewerkschaftsgruppen die weitaus größte Einheitsfrontbewegung im Rhein/Ruhrgebiet und die einzige stabile

---

<sup>991</sup> Buschak, Gewerkschaften im Widerstand, S. 228. Vgl. auch Cläre Quast: Wie die Partei in Wuppertal den antifaschistischen Kampf organisierte, in: Heinz Voßke (Hg.): Im Kampf bewährt, Erinnerungen deutscher Genossen an den antifaschistischen Widerstand von 1933 bis 1945, Berlin (Ost) 1987, S. 33-57, hier: S. 49.

<sup>992</sup> Aussage Paul Claasen vom 10.09.1935, StAM, GStAH, 7850, o.BI.

Aktionseinheit von KPD und SPD.<sup>993</sup> Peukert ist uneingeschränkt zuzustimmen, wenn er es „ein beeindruckendes Beispiel moralischer Entschiedenheit und Kraft“ nennt, dass sich zu Beginn des dritten Jahres der NS-Diktatur allein in Wuppertal Hunderte von Menschen fanden, um die Gewerkschaften wieder aufzubauen.<sup>994</sup>

Offenbar gab es bei der Produktion und Verteilung der Flugblätter Kontakte über Parteigrenzen hinweg. Es wurde verteilt, was gerade vorhanden war, unabhängig davon, von welcher Partei das Material produziert worden war. Karl Ibach berichtete, dass neben selbst hektografierten Schriften auch Flugblätter aus dem Ausland verteilt wurden und zwar „[...] zum Teil von sozialdemokratischer Seite aus Prag [...] und von kommunistischer Seite kamen die Flugblätter hauptsächlich aus Holland.“<sup>995</sup> Eine Sozialdemokratin, die sich bis 1943 an der Verteilung von Flugblättern beteiligte, antwortete auf die Frage nach Flugblättern kommunistischer Provenienz: „[...] es wurde gar nicht gefragt, man arbeitete einfach im Widerstand zusammen.“<sup>996</sup> Auch die KPD-Instrukteure berichteten, dass „SPD-Arbeiter [...] unser Material sehr gern [nehmen] und vertreiben“.<sup>997</sup>

In Solingen behinderten Nachwirkungen der Auseinandersetzungen innerhalb der KPD die Verhandlungen zu einer Einheitsfront. Viel Energie wurde vonseiten der Unterbezirksleitung der KPD darauf verwandt, die in der KPO organisierten „Trotzkisten“ von den übrigen Parteien zu isolieren.<sup>998</sup>

Zusätzlich bestand das psychologische Hemmnis, dass die Sozialdemokraten aufgrund der Mehrheitsverhältnisse während der Weimarer Republik nicht als gleichwertige Partner akzeptiert wurden. In einem Bericht der Bezirksleitung wurden 1934 Solinger Aktivisten mit dem Satz zitiert „Bei uns gab es überhaupt keine SPD“.<sup>999</sup>

---

<sup>993</sup> Peukert, KPD im Widerstand, S. 236-240.

<sup>994</sup> Ebd., S. 239/240.

<sup>995</sup> Interview mit Karl Ibach vom 23.07.1980, StadtAW, NDS 221, lfd. Nr. 33, S. 33.

<sup>996</sup> Interview mit Ilda Bermann vom 5.08.1980, Ebd., S. 7.

<sup>997</sup> Bericht der Bezirksleitung Niederrhein vom 25.01.1934, BA Berlin, SAPMO, RY1, I3/20/44, Bl. 111.

<sup>998</sup> Bericht der Bezirksleitung Niederrhein vom 25.01.1934, BA Berlin, SAPMO, RY1, I3/20/44, Bl. 111.

<sup>999</sup> Bericht der Bezirksleitung Niederrhein vom 07.08.1934, BA Berlin, SAPMO, RY1, I3/20/44, Bl. 205.

### *Zur Rolle ehemaliger Kemna-Häftlinge im Widerstand*

Der in der Kemna ausgeübte Terror hatte offenbar nicht die erhoffte einschüchternde Wirkung. Ehemalige Kemna-Häftlinge beteiligten sich in den Jahren 1934/35 an allen Orten des Einzugsgebiets trotz der hohen Strafen, die „rückfälligen“ Schutzhäftlingen drohten, an zentraler Stelle am Wiederaufbau der Widerstandsstrukturen.

Grundsätzlich geboten es die Regeln der Konspiration, große Vorsicht gegenüber Haftentlassenen zu üben und diese intensiv zu prüfen, bevor sie in die politische Arbeit reintegriert wurden. Der Apparat Militärpolitik empfahl, vor einer neuen Kontaktaufnahme eine Karenzzeit von drei bis vier Monaten einzuhalten.<sup>1000</sup>

Diese Frist scheint bei den meisten ehemaligen Kemna-Häftlingen, die wieder für die illegale Arbeit gewonnen werden konnten, nicht eingehalten worden zu sein. So war es für die Gestapo und die NS-Geheimdienste relativ leicht, Spitzel wie Torner in der KPD-Organisation zu platzieren. Andererseits gewann der Widerstand motivierte Mitkämpfer, die sich über Monate mit dem Gedanken, endlich wieder aktiv gegen das NS-Regime vorgehen zu können, vor der Verzweiflung bewahrt hatten.

Nur besonders exponierte Einzelpersonen, die sicher waren, dass sie von der Gestapo intensiv beobachtet werden würden, vereinbarten mit den lokalen Parteileitungen, sich aus Sicherheitsgründen nicht an der illegalen Arbeit zu beteiligen.<sup>1001</sup>

Hans Dallmann, letzter Vorsitzender der KPD-Ortsgruppe Unterbarmen, war von der Kemna ins Gefängnis Bendahl in Untersuchungshaft verlegt worden. Weil gegen ihn nur wegen der Zugehörigkeit zum RFB im Jahr 1932 ermittelt wurde, fiel er unter die Bestimmungen des Amnestiegesetzes vom Dezember 1932, was Ende Juli 1934 zur Einstellung des Verfahrens und seiner Freilassung führte. Dallmann ließ sich umgehend wieder in die politische Arbeit der KPD einbinden. Die Unterbarmer KPD wurde zu diesem Zeitpunkt von dem ehemaligen Kemna-Häftling und AM-Mitarbeiter Karl Ibach dominiert, der auch Dallmann anwarb.<sup>1002</sup>

---

<sup>1000</sup> Kaufmann u.a., Nachrichtendienst der KPD, S. 347.

<sup>1001</sup> Spicher, In der Zelle, S. 32.

<sup>1002</sup> Urteil des Verfahrens 6 O.Js. 250-36 vom 06.03.1937, StAM, GStAH, 9594, S. 36-38.

Exemplarisch für Wuppertaler Sozialdemokraten unter den Kemna-Häftlingen, die im Widerstand bewusst mit Kommunisten zusammenarbeiteten, sind Fritz Senger und Adolf Mann, die ebenfalls über Ibach den Weg in die illegale Arbeit fanden.

Mit Ludwig Vorberg und Fritz Rüdtenklau waren im innersten Kreis der Untergrundarbeit in Wuppertal zwei ehemalige Kemna-Häftlinge tätig. Rüdtenklau, der vom 18. Juli bis 2. November 1933 in der Kemna inhaftiert war, schloss sich, nach seiner Entlassung aus der Untersuchungshaft im August 1934, wieder der illegalen KPD an und war für die Betreuung zweier Betriebsgruppen in Elberfeld zuständig. Im Januar 1935, als Wuppertal in zwei Unterbezirke aufgeteilt wurde, wurde Rüdtenklau zum Unterbezirksleiter der KPD in Elberfeld ernannt.<sup>1003</sup> Nach Beginn der Massenverhaftungen in Wuppertal gelang es ihm, in die Niederlande zu entkommen, wo er gemeinsam mit Cläre Muth die Gründung des „Centraal Comité Wuppertal Process“ vorbereitete. Rüdtenklau reiste illegal nach Wuppertal, um Informanten über die Massenverhaftungen und die anstehenden Prozesse anzuwerben. Dabei nutzte er die Umgebung des ehemaligen KZ Kemna als Treffpunkt.<sup>1004</sup> Außerdem bat er seinen Bruder, Hans Rüdtenklau, ein Foto des ehemaligen KZ Kemna anzufertigen. Das Foto gelangte über Amsterdam nach Paris und soll in einer „kommunistischen illustrierten Zeitung“ veröffentlicht worden sein.<sup>1005</sup>

Auch das erfolgreichste Agitationsprojekt des Wuppertal-Komitees im Rahmen der Gewerkschaftsprozesse, die Fälschung des Wuppertaler „General-Anzeigers“ vom 26. Februar 1936, wurde von Rüdtenklau mitinitiiert.<sup>1006</sup> Nachdem das Komitee 1937 seine Arbeit eingestellt hatte, ging Rüdtenklau ohne Genehmigung der KPD nach Belgien, wo er als „Abtrünniger“ aus der Partei ausgeschlossen wurde. Nach dem Einmarsch der Wehrmacht wurde er verhaftet, in Frankreich interniert und nach der

---

<sup>1003</sup> Urteil des 2. Senat des VGH vom 29.09.1941, StadtAW, AfW, 12018, Bl. 12-38, hier: Bl. 17-19.

<sup>1004</sup> Ebd., Bl. 24/25.

<sup>1005</sup> Ebd., Bl. 31; Vernehmungsprotokolle in der Personenakte Hermann Rodewig, HStAD, RW 58, Nr. 33374, Bl. 45; 60.

<sup>1006</sup> Tânia Ünlüdağ: "Frau Muth ist zweifelsohne als einer der größten Staatsfeinde der heutigen Regierung anzusehen", Cläre Quast, verw. Muth, geb. Riedesel, in: Forschungsgruppe Wuppertaler Widerstand (Hg.): "Se krieje us nit kaputt", Gesichter des Wuppertaler Widerstands, 1994, S. 13-38, hier: S. 34/35.

französischen Kapitulation nach Deutschland abgeschoben. Der Volksgerichtshof verurteilte ihn zu 15 Jahren Zuchthaus, weil er sich an der „überaus gefährlichen Greuelhetze“ des Wuppertal-Komitees beteiligt habe.<sup>1007</sup> Rüdtenklaus starb am 4. Januar 1945 im Alter von 40 Jahren in der Haft im Zuchthaus Brandenburg.<sup>1008</sup>

Artur Rau und Hans Katzenberger, beide ehemalige Kemna-Häftlinge aus der Remscheider KPD-Hochburg Honsberg, beteiligten sich 1934/35 am Wiederaufbau des Remscheider KPD-Unterbezirks. Katzenberger wurde im Verfahren 6 O.Js. 36-35 zu fünf, Rau zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt. Beide wurden 1944 gezwungen, in den Strafeinheiten 999 und Dirlwanger für das NS-Regime zu kämpfen. Während Katzenberger zur Roten Armee überlief, geriet Rau in US-Gefangenschaft.<sup>1009</sup>

Katzenberger war als „Lüttringhauser Meuterer“ in die Kemna eingeliefert und entsprechend brutal empfangen worden. Im Jahr 1947 sagte er als Zeuge im Ermittlungsverfahren gegen die Wachmannschaft aus, starb aber noch vor Prozessöffnung an Lungentuberkulose.<sup>1010</sup> Auch die zusätzliche Verurteilung zu einer Haftstrafe in der ersten Prozesswelle 1934 hatte auf Katzenberger nicht abschreckend gewirkt.

Der Bergmann Oskar Militzke aus Duisburg-Hamborn war Mitglied der KPD und des Arbeiter-Wassersportvereins Hamborn. Bei einem Überfall der SA auf das Bootshaus in Alsum wurde Militzke im Februar 1933 schwer verletzt. Als Mitglied der illegalen KPD wurde er im September verhaftet und für neun Wochen im KZ Kemna inhaftiert. Nach seiner Rückkehr nach Obermarxloh schloss er sich zwar dem Reichs-Luftschutzbund an, suchte aber auch umgehend wieder Anschluss bei der KPD. Er kassierte bis ins Jahr 1935 die Beiträge einer Fünfergruppe, die er auch mit Zeitungen aus dem Ausland versorgte; eingenommene Gelder leitete er an seinen Kontaktmann weiter. Am 14. Dezember 1935 verurteilte das OLG Hamm Militzke zu 45 Monaten Zuchthaus.<sup>1011</sup>

---

<sup>1007</sup> Urteil des 2. Senat des VGH vom 29.09.1941, StadtAW, AfW, 12018, Bl. 37.

<sup>1008</sup> Abschrift der Sterbeurkunde Standesamt Brandenburg/Havel Nr. 35/1945, StadtAW, AfW, 12018, Bl. 39.

<sup>1009</sup> Ilse Faeskorn: Es erblüht eine weiße Rose, Widerstand und Verfolgung der Gruppe 'Hans Salz', in: Mahlke, Remscheid in der Zeit des NS, S. 131-148, hier: S. 140; 143.

<sup>1010</sup> Aussage vom 16.10.1947, HStAD, Gerichte, Rep. 29/289, Bl. 451.

<sup>1011</sup> Politischer Lebenslauf, HStAD, RW 58, 46046.

## Biogramme

Die folgenden ausführlicheren Biogramme zeigen exemplarische Lebensgeschichten von Angehörigen des sozialistischen Milieus im Bergischen Land zwischen Anpassung, Resistenz und Widerstand. Alle hier Genannten waren Häftlinge der Kemna. Die Auswahl erfolgte mit dem Ziel, die Generationen, Regionen und Parteien zu repräsentieren.

Oskar Hoffmann (1877 – 1953)

Das Verhalten des am 4. Juli 1877 geborenen gelernten Buchdruckers Oskar Hoffmann ist in vielerlei Hinsicht repräsentativ für das Verhalten der im Kaiserreich sozialisierten „Generation Ebert“.<sup>1012</sup>

Im Jahr 1905 kam er als Redakteur zur „Freien Presse“ nach Elberfeld und übernahm dort für einige Jahre die undankbare Aufgabe eines „Sitzredakteurs“, der gegen die Redaktion verhängte Haftstrafen aufgrund regierungskritischer Artikel stellvertretend absaß. Hoffmann war einer der beiden Schriftführer des Sozialdemokratischen Vereins Elberfeld-Barmen<sup>1013</sup> und Vorsitzender des Aufsichtsrats der Konsumgenossenschaft „Befreiung“<sup>1014</sup>. An den Parteitagen 1911 in Jena und 1912 in Chemnitz nahm er als Delegierter teil.

Hoffmann, der bereits 1909 noch unter den Bedingungen des preußischen Dreiklassenwahlrechts in den Elberfelder Stadtrat gewählt worden war, gehörte dem linken Flügel der SPD an.<sup>1015</sup>

Im Jahr 1916 wurde er wegen seiner Beteiligung an der Verbreitung von Flugblättern, die gegen die Verurteilung Karl Liebknechts wegen dessen Protestaktion vom 1. Mai 1916 gerichtet waren, verhaftet. 1917 verurteilte ihn das Reichsgericht in Leipzig zu drei Monaten Gefängnis, die durch die Untersuchungshaft bereits als verbüßt galten. Sein Verteidiger in diesem Verfahren war der SPD-Vorsitzende und Sprecher der kriegskritischen Minderheit in der Reichstagsfraktion, Hugo Haase.<sup>1016</sup>

Hoffmanns Familie ist ein gutes Beispiel für die familiären Brücken über die parteipolitischen Gräben innerhalb des Milieus. Während Oskar Hoffmann

---

<sup>1012</sup> Braun, Generation Ebert, S. 69-86.

<sup>1013</sup> „Die Generalversammlung des Sozialdemokratischen Vereins“, in: FP 23.07.1908.

<sup>1014</sup> „Die Konsum- und Produktionsgenossenschaft ‚Befreiung‘, in: FP 11.04.1914.

<sup>1015</sup> Rhefus, Spurensicherung, S. 227/228.

<sup>1016</sup> Winfried Herbers, Jagd auf Flugblätter. Die Polizei und der Richtungskampf in der SPD 1916/17 im Wuppertal, in: Geschichte im Wuppertal 8 (1999), S. 97-105.



1922 nach fünf Jahren Zugehörigkeit zur USPD sich wieder der SPD anschloss und auch in die Redaktion der „Freien Presse“ zurückkehrte, wurden seine beiden Söhne in der kommunistischen Jugend aktiv.

Hoffmann war Mitglied des Unterbezirksvorstands der Vereinigten SPD<sup>1017</sup> und wurde vom Bezirk Niederrhein zu den Parteitagen in Berlin 1924 und in Leipzig 1931 delegiert. Er blieb ein wichtiger Wortführer des linken Parteiflügels, schloss sich aber auch dem Reichsbanner an.<sup>1018</sup>

Am 10. August 1933 verhafteten SA und Polizei Hoffmann auf ausdrückliche Anweisung des Polizeipräsidenten Veller.<sup>1019</sup> Genau einen Monat verbrachte er im KZ Kemna, wo er als „Prominenter“ besonderen Schikanen ausgesetzt war.

Hoffmann geriet in den Folgejahren noch mehrfach in den Blickwinkel der Gestapo. 1935 zeigte ihn ein „Gewährsmann“ des SD an, weil er in einer Grabrede den Satz „Er ist als Sozialist gestorben“ verwendet haben soll.<sup>1020</sup>

Beerdigungen bekannter Personen des sozialistischen Milieus wurden wie schon zur Zeit des Sozialistengesetzes oft zu stummen Demonstrationen mit zahlreichen Teilnehmern umfunktioniert - ein wichtiger Indikator für die weiter bestehende Solidargemeinschaft.<sup>1021</sup>

Hoffmann, der wie viele ehemalige Sozialdemokraten seinen täglichen Lebensmittelbedarf in den früheren Konsum-Verteilstellen deckte, fiel dort während des Krieges mehrfach durch sogenannte „Flüsterpropaganda“ auf, allerdings ohne dass ernstere Konsequenzen eingetreten wären.<sup>1022</sup>

Die Gestapo schätzte ihn wie folgt ein:

„Bei Hoffmann handelt es sich um einen überzeugungstreuen Sozialdemokraten, der zu den Intellektuellen gehört und der schwerlich von seiner politischen Gesinnung und Einstellung ablassen wird. Es konnte festgestellt werden, dass er heute noch ausschließlich Verkehr mit ehemaligen Sozialdemokraten und Kommunisten unterhält. Trotz wochenlanger Beobachtung

---

<sup>1017</sup> „Erste Unterbezirkskonferenz der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Barmen-Elberfeld-Lennep-Remscheid-Mettmann“, in: FP 24.10.1922.

<sup>1018</sup> „Elberfeld, 8. Zug“, in: FP 08.05.1930.

<sup>1019</sup> Aussage Oskar Hoffmann aus dem November 1934, HStAD, Gerichte, Rep. 2229/308, Bl. 415.

<sup>1020</sup> Schreiben des SD-Oberabschnitts West vom 1.08.1935, HStAD, RW 58, 10725, Bl. 9.

<sup>1021</sup> Schneider, Unterm Hakenkreuz, S. 946.

<sup>1022</sup> Zu Konsumgenossenschaften als Nische vgl. Schmiechen-Ackermann, Arbeitermilieus, S. 567-581.

konnte eine staatsfeindliche Betätigung hier nicht festgestellt werden. Trotzdem ist ihm aber auch heute noch eine staatsgegenerische Einstellung und bei sich bietender Gelegenheit auch Betätigung zuzutrauen.“<sup>1023</sup>

Nach der Zerstörung seiner Wohnung 1943 wurde er nach Mecklenburg evakuiert, was ihn vor der Eskalation des Terrors der Gestapo 1944/45 schützte.

In Mecklenburg schloss Hoffmann sich 1946 der SED an, was nach seiner Rückkehr nach Wuppertal die beantragte Wiederaufnahme in die SPD verhinderte.<sup>1024</sup> Im Jahr 1948 trat er daraufhin der KPD bei und vertrat diese im nordrhein-westfälischen Landtag, bevor er 1953 in Wuppertal starb.<sup>1025</sup>

Wilhelm Enz (1878 – 1966)

Wilhelm Enz<sup>1026</sup>, geboren am 11. März 1878 in Schwäbisch-Gmünd, gehörte zur gleichen Generation wie Oskar Hoffmann und verkörpert den Typus des hauptamtlichen Arbeiterfunktionärs in den sozialrechtlichen Verwaltungsgremien.<sup>1027</sup> Sein Biogramm ist wegen seiner Funktion als Lagerältester in der Kemna aufgenommen worden.

Enz lernte bei seinem Vater das Drechslerhandwerk und wanderte als Geselle durch die Schweiz und Österreich. Nach einem Unfall, der 1899 zur Berufsunfähigkeit führte, arbeitete Enz zunächst bis 1903 für die Berufsgenossenschaft der Holzarbeiter, bevor er als Assistent in die Verwaltung der Gemeinsamen Ortskrankenkasse in Cannstatt wechselte. Im gleichen Jahr wurde sein Sohn Karl Wilhelm geboren, 1910 die Tochter Johanna.

Zu diesem Zeitpunkt lebte die Familie bereits in Barmen, wo Enz eine Stelle bei der AOK angetreten hatte. Enz war führender Funktionär der Arbeiterjugend am Niederrhein, die ihn 1911 zum Vorsitzenden des Zentral-Jugendausschusses wählte.<sup>1028</sup>

Im Ersten Weltkrieg positionierte sich Enz eindeutig im Lager der Befürworter der Kriegskredite, was ihm erhebliche Kritik bei den gerade in der Arbeiterjugend zahlreichen Vertretern des linken Parteiflügels einbrachte. In

---

<sup>1023</sup> Bericht der Stapo-Außenstelle Wuppertal vom 15.5.1940, HStAD, RW 58, 10725, Bl. 25.

<sup>1024</sup> Rhefus, Spurensicherung, S. 228.

<sup>1025</sup> Sterbeurkunde vom 03.02.1953, StadtAW, AfW, 11465, Bl. 69.

<sup>1026</sup> Vgl. Sozialdemokraten in Wuppertal, S. 84/85; Rhefus, Spurensicherung, S. 254-256; Schröder, BIOSOP-Online.

<sup>1027</sup> Mittag, Typus des Arbeiterfunktionärs, S. 132/133.

<sup>1028</sup> HStAD, Reg. Düss. 16005, Bl. 47/48.

internen Schreiben wurde er als „Agitator im Sinne des Jungdeutschlandbundes“ diffamiert und ihm der „schärfste Kampf“ angesagt.<sup>1029</sup> Später wurde Enz zum Kriegsdienst eingezogen und kämpfte unter anderem bei den schweren Gefechten am Chemin des Dammes, wie aus einem Brief Friedrich Eberts hervorgeht, mit dem Enz seit Eberts Aufstellung als Reichstagskandidat im Wuppertal eine Freundschaft verband.<sup>1030</sup>

Enz gehörte zu den führenden Personen in der Wuppertaler MSPD und wurde von seiner Partei 1918 als Soldatenvertreter in den Arbeiter- und Soldatenrat gewählt. Er wurde als Delegierter sowohl zum 2. Rätekongress in Berlin als auch zum Weimarer MSPD-Parteitag entsandt.

Im März 1919 zog er für die Mehrheitssozialisten in den Barmer Stadtrat ein, dem er bis zur Städtevereinigung 1929 angehörte, einige Jahre auch als SPD-Fraktionsvorsitzender. Nach dem Kapp-Putsch 1920 war Enz Vertreter der SPD-Barmen im Aktionsausschuss der sozialistischen Parteien.

Enz gehörte weiterhin zum rechten Parteiflügel und hatte offenbar einen „guten Draht“ zu bürgerlichen Kommunalpolitikern.<sup>1031</sup> Auch im Reichsbanner war er ein Verfechter des Bündnisses aller republikanischer Parteien.

Zusätzlich baute seine Familie ein weiteres finanzielles Standbein auf und übernahm das Ausflugslokal „Haus Marpetal“, das seine Frau gemeinsam mit dem Sohn, der gelernter Koch war, bewirtschaftete.

In der SPD-Fraktion des preußischen Landtags löste er nach der Wahl 1928 den aus Altersgründen ausgeschiedenen Karl Haberland ab, konnte sein Mandat 1932 aber nicht verteidigen.<sup>1032</sup> 1930 kandidierte Enz erfolglos im Reichstagswahlkreis 25 (Düsseldorf Ost).

In einer Versammlung des Vohwinkler Reichsbanners fand Enz am 18. Januar 1933 markige Worte, die „dankbare Aufnahme fanden“: „Wir schwören unserer heiligen Sache Kampfstreue und setzten den Kampf fort, bis wir den Endsieg errungen haben.“<sup>1033</sup>

---

<sup>1029</sup> Schreiben Jakob Kochs an Käthe Dunker vom 27.04.1916, HStAD, Reg. Düss. 16005, Bl. 372.

<sup>1030</sup> Abschrift des Briefes vom 29.06.1917, HStAD, RW 58, 20052, Bl. 21.

<sup>1031</sup> Rhefus, Spurensicherung, S. 255.

<sup>1032</sup> Wilhelm Heinz Schröder: Sozialdemokratische Parlamentarier in den deutschen Reichs- und Landtagen 1867-1933, Biographien - Chronik - Wahldokumentation, Ein Handbuch, Düsseldorf 1995, 050380.

<sup>1033</sup> „Aus dem Reichsbanner“, in: FP 20.01.1933.

Auf Grundlage des § 4 des „Gesetzes zur Wiederherstellung des Berufsbeamtentums“ wurde Enz, der zuletzt Oberinspektor war, aus der AOK entlassen. Sein Lokal wurde geplündert und geschlossen.

Seine Rolle als Lagerältester des KZ Kemna ist in den staatsanwaltlichen Ermittlungen nie in den Blickpunkt gerückt. Auch in den Aussagen der Mitgefangenen wird wohl die Funktion genannt, aber nie mit einer konkreten Person verbunden. Dass Enz nicht als Zeuge im Kemna-Prozess ausgesagt hat, lässt vermuten, dass die Staatsanwaltschaft von seiner Funktion nichts wusste. Es wäre sonst kaum zu erklären, warum jemand mit einem derart umfassenden Einblick nicht gehört worden ist. Enz selbst hat sich 1952 im Rahmen einer eidlichen Zeugenaussage in einem Wiedergutmachungsverfahren zum ersten Mal zu seiner Tätigkeit in der Kemna geäußert:

„Ich war seinerzeit schon längere Zeit ebenfalls im Lager Kemna inhaftiert und war dort schon einige Zeit Lagerältester. Als solcher hatte ich auch die Neuankommlinge in Empfang zu nehmen. Bei einer solchen Gelegenheit fiel mir der Antragsteller durch seinen äußerst schlechten körperlichen Zustand auf. [...] Ich weiß auch noch, dass der Antragsteller, als im Dezember 1933 und Anfang Januar 1934 das Lager Kemna aufgelöst wurde, zum Lager Börgermoor verlegt wurde. Dieser Vorgang ist mir deshalb erinnerlich, weil ich als Lagerältester den Inhaftierten, die nunmehr verlegt wurden, die ihnen abgenommenen Sachen aushändigen musste. [...] Ich selbst bin nicht nach Börgermoor verlegt worden, sondern wurde bei Auflösung des Lagers Kemna entlassen.“<sup>1034</sup>

1935 verhaftete die Düsseldorfer Gestapo Enz, weil er gemeinsam mit einem ehemaligen Genossen im Verdacht stand, Kisten mit Aktenmaterial der SPD und der Gewerkschaften in Sicherheit bringen zu wollen.<sup>1035</sup> Der Verdacht bestätigte sich nicht, so dass er trotz der zunächst „für längere Zeit“ geplanten Überführung in ein KZ nach der Unterzeichnung eines Verpflichtungsscheins aus dem Düsseldorfer Polizeigefängnis wieder auf freien Fuß gesetzt wurde.<sup>1036</sup>

---

<sup>1034</sup> StadtAW, AfW, 11309, Bl. 38.

<sup>1035</sup> Bericht Stapo K.3 an K.2 vom 09.10.1935, HStAD, RW 58, 20052, Bl. 11.

<sup>1036</sup> Verpflichtungserklärung vom 31.10.1935, ebd., Bl. 18.

Um der „Aktion Gitter“ zu entkommen, flüchtete Enz im August 1944 in seine schwäbische Heimat und hielt sich bis April 1945 illegal in der Umgebung von Stuttgart auf.

Nach der Befreiung kehrte er nach Wuppertal zurück und gelangte umgehend wieder in Führungspositionen: 1945 war er Leiter des Entnazifizierungsausschusses und Vertreter der SPD im Beirat der Stadt Wuppertal<sup>1037</sup>, von Juli 1945 bis Mai 1946 zunächst k. Leiter der AOK Wuppertal, ab Juni 1946 bis zum Beginn seines Ruhestands im September 1952 Direktor der AOK Wuppertal. Von 1945 bis 1948 war er noch einmal Stadtverordneter und Fraktionsvorsitzender der SPD.

Wilhelm Enz starb am 29. September 1966 im Alter von 88 Jahren in Wuppertal.

Friedrich Senger (1886 – 1936)

Friedrich Senger<sup>1038</sup>, am 3. August 1886 in Bocholt geboren, steht stellvertretend für die Sozialdemokraten der Frontgeneration, bzw. der Generation „Schumacher“, die durch das in der gemeinsamen Kemna-Haft gewachsene Vertrauen mit Kommunisten im Widerstand zusammenarbeiteten.

Senger kam 1912 ins Wuppertal, wo er bei der Barmer Berg- und Straßenbahn eine Stelle als Fahrer fand. Nach Ende des Ersten Weltkriegs, in dem er schwer verwundet wurde, schloss sich Senger der SPD und den Freien Gewerkschaften an. Er erwarb sich unter seinen Kollegen hohes Ansehen, was zur Wahl in den Betriebsrat führte. Als freigestellter Betriebsratsvorsitzender<sup>1039</sup> engagierte sich Senger auch in der Kommunalpolitik und zog 1931 als Nachrücker in den Wuppertaler Stadtrat ein.

Die Protokolle seiner Reden weisen ihn als eindeutigen Verfechter einer republikanischen und damit antinationalsozialistischen, aber auch anti-kommunistischen Haltung aus. In einer Debatte im Februar 1931 über die anstehenden Tarifverhandlungen bei der Bergbahn äußerte er an die KPD-Fraktion gerichtet unter anderem:

---

<sup>1037</sup> Enz ersetzte im Juli 1945 den auf Anweisung der Militärregierung ausgeschiedenen Franz Landowsky. Protokoll der 3. Sitzung des Beirats vom 25.07.1945, StadtAW, S IV 90. Vgl. auch S. 330.

<sup>1038</sup> Vgl. Ernst Andreas Ziegler: Fritz Senger (1886-1936), in: Wuppertaler Biographien 14 (1984), S. 75-78; Mintert, Reichsbanner, S. 123/124.

<sup>1039</sup> Bericht über das Geschäftsjahr 1931 Barmer Bergbahn AG, Barmer Straßenbahn und Barmen-Schwelm-Milsper Straßenbahn, StadtAW, DV, 695 h, Bl. 353.

„Wir wissen, was eure Agitation für die Arbeiterschaft wert ist. Damit ist für den Arbeiter gar nichts anzufangen. In der RGO übt nur weiter euren Verrat an der Arbeiterschaft! (Erneuter Lärm b. d. Komm.) Ihr könnt noch zehnmal so laut schreien. Eure Methoden lehnen wir ab, das gibt es bei uns nicht.“<sup>1040</sup>

Im März 1933 konnte Senger sein Mandat als Neunter der SPD-Liste verteidigen. Inzwischen war die Macht im Reich an die NSDAP übergeben worden. Senger, der, die Bedrohung durch die SA vor Augen, dem Reichsbanner beigetreten war, erhielt kurz darauf von seinem Arbeitgeber nach 20 Dienstjahren die Kündigung. Wie viele andere wirtschaftlich vor dem Ruin stehende Sozialdemokraten versuchte er, sich als Vertreter über Wasser zu halten. Senger zog mit einem tragbaren Einkaufsladen durch die Haushalte und bot zum Beispiel Seifenpulver an. Da fiel es nicht auf, wenn er gleichzeitig Flugblätter unter den Familien seiner ehemaligen Kollegen verteilte.

Am 10. August 1933 verhaftet, wahrscheinlich nach einem Hinweis der NSBO, verschleppte ihn die SA nach einer Nacht im Polizeigefängnis ins KZ Kemna. Einige Tage später folgte ihm sein Freund, Kollege und Genosse Adolf Mann. Im Lager lernte er Karl Ibach kennen, der sich ihm als Führer der Gruppe des Kommunistischen Jugendverbandes in Unterbarmen vorstellte und mit dem er lange über die Lage der Arbeiterklasse sprach.

Nachdem NSBO-Mitglieder aus der Belegschaft der Barmer Bergbahn sich Senger in der Kemna vorführen ließen, ihn beschimpft und bespuckt hatten, wurde er noch am selben Abend von der Wachmannschaft gefoltert.<sup>1041</sup> Nach der Folterung war Senger im Verschlag unter der Treppe eingesperrt. Er wurde dort gezwungen, einen der mit Stauferfett und Salz bestrichenen Heringe zu essen. Als „Bonze“ war er während der Kemna-Haft ständigen Schikanen ausgesetzt. So musste er gemeinsam mit anderen Sozialdemokraten, darunter auch Oskar Hoffmann, häufig die Aborte mit Wupperwasser reinigen, bis zu 100 Eimer Wasser waren dafür erforderlich.<sup>1042</sup> Im Kemna-Prozess wurde auch über einen von der SA geplanten Mord an Senger spekuliert, der nur durch das zufällige Eintreffen eines Kriminal-Assistenten der Politischen Polizei verhindert worden sein soll.<sup>1043</sup>

---

<sup>1040</sup> Stenographischer Bericht der Sitzung vom 03.02.1931, StadtAW, DV 753, Bl. 70.

<sup>1041</sup> Erinnerungsbericht Adolf Mann, HStAD, Gerichte, Rep. 29/315, Bl. 88/89.

<sup>1042</sup> Aussage Oskar Hoffmann von 1934, HStAD, Gerichte, Rep. 29/308, Bl. 415.

<sup>1043</sup> Urteil Kemna-Prozess, HStAD, Gerichte, Rep. 29/293, S. 84.

Am 17. Oktober 1933 wurde Senger mit einem Transport von Kemna-Häftlingen in das Moor-KZ Neusustrum verlegt. Dort prügelte die SS-Wachmannschaft mit Drahtseilen auf die Neuankömmlinge ein und hetzte bissige Hunde auf sie.<sup>1044</sup> Bis zum 3. März 1934 musste Senger die Misshandlungen und die schwere Entwässerungsarbeit im Moor, verbunden mit einer völlig unzureichenden Ernährung, über sich ergehen lassen, bevor er aus dem Moor-KZ Börgermoor, in das er zwischenzeitlich verlegt worden war, nach Wuppertal entlassen wurde. Die Kapelle des längst verbotenen Barmer Reichsbanners empfing ihn unter neuem Namen mit einem Ständchen.

Ende 1934 nahm Ibach Kontakt zu Mann und Senger auf. Das durch die gemeinsame Haft in der Kemna entstandene Vertrauensverhältnis war Grundlage für die folgende Zusammenarbeit der beiden Sozialdemokraten mit dem Kommunisten. Als Vertrauensleute für die Barmer Berg- und Straßenbahn sprachen sie mit ehemaligen Arbeitskollegen und gaben die erhaltenen Informationen an Ibach weiter, von wo sie zur KP-Auslandsleitung gelangten. Senger, der von Ibach mehrmals Druckschriften der KPD erhielt, wird sich darüber im Klaren gewesen sein, dass er mit der illegalen KPD zusammenarbeitete. Er wird aber wohl nicht gewusst haben, dass Ibach Mitglied des AM-Apparates war und als solches von Otto Kettig ausdrücklich beauftragt worden war, Sozialdemokraten anzuwerben.<sup>1045</sup>

Im Zuge der Ermittlungen gegen die illegalen KPD- und Gewerkschaftsgruppen wurde die SA im Juni 1936 auch auf Senger und Mann aufmerksam. Senger war durch die Zeit in den Konzentrationslagern krankheitsanfällig geworden und musste mehrfach im Krankenhaus behandelt werden. Der erste Verhaftungsversuch der Gestapo scheiterte im Juli 1936 während einer stationären Behandlung am Veto des behandelnden Arztes. Stattdessen nahm die Gestapo am 15. Juli 1936 Sengers Frau Sophie fest.<sup>1046</sup>

Am 30. Juli 1936 verhaftete die Gestapo dann auch Fritz Senger und folterte ihn im Keller des Polizeigefängnisses in der Von-der-Heydt-Gasse vier Nächte hintereinander. Es war für ihn eine starke seelische Belastung, dass

---

<sup>1044</sup> Erinnerungsbericht Fritz Schulte, StadtAW, AfW, 12180, Bl. 11.

<sup>1045</sup> Urteil des OLG Hamm vom 18.09.1936, StAM, GStAH, 7484, Bl. 146.

<sup>1046</sup> Aussage Sophie Senger vom 13.05.1947, HStAD, Gerichte, Rep. 29/287, Bl. 206.

sich auch seine Frau in der Gewalt seiner Folterer befand..<sup>1047</sup> Am Morgen seines 50. Geburtstags, dem 3. August 1934, nahm sich Friedrich Senger in einer Zelle des Elberfelder Polizeigefängnisses das Leben.

Seiner Frau Sophie, die noch am selben Tag auf freien Fuß gesetzt wurde, eröffnete der Gestapo-Beamte Eugen Pedrotti, ihr Mann habe sich „entleibt“. Dabei sah sie auf dem Schreibtisch Pedrottis ein Vernehmungsprotokoll liegen, das von ihrem Mann unterschrieben war. Sophie Senger fiel sofort die untypisch große und zittrige Unterschrift auf, die sie als Hinweis auf zuvor verübte Folterungen interpretierte.<sup>1048</sup>

Auch Adolf Mann unternahm im Polizeigefängnis einen Suizidversuch, wurde dabei von einer Putzfrau gestört und überlebte. Er wurde im anschließenden Verfahren zu einer dreijährigen Zuchthausstrafe verurteilt.<sup>1049</sup>

#### Fritz Braß (1889 – 1944)

Fritz Braß steht stellvertretend für Personen, die im sozialistischen Milieu sozialisiert wurden und versuchten, während des Nationalsozialismus ihre dort erworbenen Werte zu bewahren, ohne dass sie in Organisationszusammenhänge des Widerstands integriert waren.

Der am 19. Juni 1889 geborene Fritz Braß war langjähriger Sozialdemokrat und lebte im traditionsreichsten Arbeiterquartier Elberfelds, in der Nordstadt. Er war engagierter Hörer der Volkshochschule und stand in der Tradition der Bildungseuphorie der Arbeiterbewegung.<sup>1050</sup> Die Anstrengungen der Dozenten, um eine „aufklärerische“ Allgemeinbildung<sup>1051</sup> fielen bei Braß' auf fruchtbaren Boden, wie sich besonders an der hohen Sprachkompetenz seines Kemna-Berichts zeigt. Er war Malermeister, hatte sich einen eigenen kleinen Betrieb aufgebaut, und lebte als Junggeselle mit seiner Schwester Klara in einem gemeinsamen Haushalt.

Im Oktober 1933 entschloss er sich, ein Zeichen gegen die vollständige Unterdrückung der Meinungsfreiheit zu setzen und vervielfältigte ein selbst geschriebenes Gedicht, dass jeden Reichskanzler seit Hermann Müller-

---

<sup>1047</sup> Sengers Sohn sieht in der Sorge um die als Geisel genommene Mutter den Grund für den gebrochenen Lebenswillen. Gespräch am 06.08.2006.

<sup>1048</sup> Aussage Sophie Senger vom 13.05.1947, a.a.O.

<sup>1049</sup> Gestapo-Akte Adolf Mann, HStAD, RW 58, 26454 sowie Erinnerungsbericht Adolf Mann, HStAD, Gerichte Rep. 29, 315, Bl. 88.

<sup>1050</sup> Klaus Tenfelde: "Wissen ist Macht", in: Etienne François und Hagen Schulze: Deutsche Erinnerungsorte, Eine Auswahl, München 2005, S. 229-243.

<sup>1051</sup> Boch/Krause, Lesebuch, S. 183.



Franken mit einem Zweizeiler charakterisierte und mit dem Satz endete: „Aber jetzt der Kanzler Hitler ist ein Sklavendienst-Vermittler.“<sup>1052</sup> Einzelne Exemplare klebte er an verschiedene Häuserwände, wurde dabei beobachtet und von zwei SA-Männern verhaftet. Über das Polizeigefängnis Von-der-Heydt-Gasse kam er ins KZ Kemna, wo er für elf Wochen inhaftiert wurde. Daran schloss sich eine sechswöchige Gefängnishaft an, die offenbar wegen der angeklebten Zettel verhängt worden war.

Im August 1934 verfasste er mit dem Ziel, das Erlebte nicht zu vergessen, einen Bericht über die Zeit im Lager, in dem er seine Entlassung mit den Worten kommentierte: „Froh bin ich derselben nicht geworden, mag der Teufel in der Stickluft der heutigen Verhältnisse leben!“<sup>1053</sup>

Seine Teilnahme an organisierten Widerstandsgruppen ist nicht zu belegen, seine Distanz zum Nationalsozialismus blieb jedoch ungebrochen. Während einer Innungsversammlung der Kreishandwerkerschaft 1936 verweigerte Braß am Ende der Veranstaltung die „Hitlerehrung“ durch den Hitlergruß und äußerte gegenüber einem Obermeister, der ihn zur Rede stellte, er wolle mit dem Dritten Reich nichts zu tun haben. Neben der Einleitung eines Verfahrens vor dem Ehrengericht informierte die Innungsleitung die Gestapo, die Braß in Schutzhaft nahm und in das KZ Lichtenburg verschleppte.<sup>1054</sup> Im Juli 1937 gehörte er zum zweiten Transport in das im Aufbau befindliche KZ Buchenwald. Hier durchlitt er die schwere Aufbauzeit des Lagers, bevor er am 20. April 1938 von dort mit der Auflage entlassen wurde, sich täglich bei der Polizei zu melden.<sup>1055</sup>

Braß konnte sein durch seine Abwesenheit ruiniertes Geschäft nicht weiterführen, sondern musste in den folgenden Jahren wieder als Geselle arbeiten.

---

<sup>1052</sup> Der vollständige Text lautet: „Einstens war Marxiste Müller uns ein rechter Beutelfüller. Als dann Brüning kam herbei, ändert sich schon mancherlei. Kam alsdann der Herr von Papen, tät er uns die Wohlfahrt knapen. Als dann kam der Herr von Schleicher, konnt uns auch nicht machen reicher. Aber jetzt der Kanzler Hitler ist ein Sklavendienst-Vermittler.“ Abschrift des Flugblatts, Archiv der BAS, Sammlung Fritz Braß.

<sup>1053</sup> Braß, Kemna-Bericht.

<sup>1054</sup> Ermittlungsverfahren gegen den ehemaligen Innungsobmeister und Ortshandwerkermeister Friedrich Kuhnhen und Genossen 1946/47, HStAD, Gerichte, Rep. 5/1254, Bl. 04-16.

<sup>1055</sup> Buchenwald-Häftlingsnummer 456. Aufzeichnungen der Schwester Klara Braß, StadtAW, AfW, 77132. Zur Frühphase des KZ Buchenwald vgl. David A. Hackett (Hg.): Der Buchenwald-Report, Bericht über das Konzentrationslager Buchenwald bei Weimar, München 1996, S. 58-60. Vgl. auch die Anmeldung bei der polizeilichen Meldebehörde vom 21.04.1939, Archiv der BAS, Sammlung Fritz Braß.

Dem zunehmenden Leistungsdruck während des Krieges begegnete Braß durch regelmäßiges Fernbleiben von der Arbeit an einem Tag in der Woche. Von seinem Meister zur Rede gestellt, begründete er sein Handeln politisch mit dem Ziel, dass er nie seine Hand reichen werde, um den Krieg zu verlängern. „Wenn es nicht anders geht, gehe ich auch noch mal ins KZ“ soll er bei dieser Gelegenheit gesagt haben.<sup>1056</sup>

Als sogenannten Rückfälligen ließ ihn daraufhin die Wuppertaler Gestapo, mit einem entsprechenden Vermerk versehen, in das KZ Mauthausen einliefern. Mauthausen war der Stufe III zugeordnet, als Konzentrationslager für, wie es in einem Erlass des Chefs der Sipo heißt, „kaum noch erziehbare Schutzhäftlinge“.<sup>1057</sup> Nach etwa vier Monaten in diesem Lager ist Braß gestorben, angeblich an allgemeiner Sepsis.<sup>1058</sup>

Unabhängig davon, ob man „Arbeitsbummelei“ als Widerstand werten möchte oder nicht, gilt hier die Feststellung Klaus Tenfeldes, dass durch die Radikalisierung des NS-Regimes während des Kriegs Resistenz und Widerstand - zumal in der Frage des Risikos - sehr nah beieinanderlagen.<sup>1059</sup>

Paul Hedfeld (1899 – 1963)

Paul Hedfeld<sup>1060</sup> wurde am 17. Dezember 1899 in Radevormwald geboren. Sein Vater war Mitglied der SPD und des Metallarbeiterverbands und sorgte für eine frühe politische Prägung seiner elf Kinder.

Paul trat nach der Beendigung der Volksschule einem Arbeitersportverein bei. Er lernte den traditionsreichen Beruf eines Feilenhauers und schloss sich nach Abschluss der Lehre dem DMV an. In den 1920er Jahren verlor er dreimal als Betriebsrat seinen Arbeitsplatz durch „Maßregelungen“ seiner Arbeitgeber. Nach der dritten Entlassung 1928 fand Hedfeld keine neue Arbeitsstelle mehr und blieb bis zu seiner Verhaftung 1933 arbeitslos. Im Jahr 1930 schloss sich Hedfeld der Radevormwalder KPD-Ortsgruppe an und

---

<sup>1056</sup> Zeugenaussage Peter Steinbach vom 04.07.1946, HStAD, Gerichte, Rep. 5/1254, o.BI.

<sup>1057</sup> Karin Orth, Das System der nationalsozialistischen Konzentrationslager, Hamburg 1999, S. 189.

<sup>1058</sup> Schreiben der Kommandantur des Konzentrationslagers Mauthausen vom 27.11.1944, Archiv der BAS, Sammlung Fritz Braß.

<sup>1059</sup> Klaus Tenfelde, Soziale Grundlagen, S. 809.

<sup>1060</sup> Hans Dürhager, Dietrich Hoffmann und Wolfgang Motte: Begleitheft zu den Gedenktafeln am Bürgerhaus in Radevormwald, o. O. [Radevormwald] o. J. [2005], S. 23/24.

wurde wenig später ihr erster Vorsitzender. Sein Bruder Hermann war zweiter Vorsitzender der KPD-Ortsgruppe und Vorsitzender des Volkschors.<sup>1061</sup>

Nach dem Brand des Reichstags tauchte Hedfeld unter und lebte über Monate versteckt, obwohl er noch bei den Kommunalwahlen im März 1933 auf dem Stimmzettel zu finden war. Die politische Polizei nahm nach erfolgloser Fahndung am 27. Juli 1933 Hedfelds Frau, Erna Hedfeld, als Geisel in Haft. Paul Hedfeld stellte sich daraufhin umgehend, wurde ins Gefängnis Bendahl und nach etwa 3 ½ Wochen in die Kemna eingeliefert.<sup>1062</sup>

Drei Nächte hintereinander rief der Wachhabende Hedfeld zum Verhör heraus. Um die Folterungen zu beenden, legte er nach der dritten Nacht ein weitgehend erfundenes Geständnis ab und wurde daraufhin in den Krankensaal verlegt. Der dortige Saalälteste berichtete über die Folgen der brutalen Misshandlungen Hedfelds und dessen Leidensgenossen Karl Markus:

„Als sie eingeliefert wurden, war bei beiden der hintere Körperteil vom Rücken bis zu den Oberschenkeln eine eiternde Wunde. Sie waren nicht in der Lage, sich selbst mit eigenen Kräften von einer Seite auf die andere zu legen. Wenn sie einmal sich umlegen wollten, mussten wir immer mit mehreren Gefangenen den Leuten behilflich sein. Hedfeld und Markus hatten Wunden, in die man Fäuste hineinlegen konnte, das habe ich selbst gesehen.“<sup>1063</sup>

Der SA-Sanitäter vermerkte im Krankenbuch am 27. November 1933 euphemistisch einen „Bluterguss auf dem Gesäß“.<sup>1064</sup> Im Zuge der Weihnachtsamnestie wurde Hedfeld am 22. Dezember 1933 „ungeheilt“ entlassen und schaffte es nur unter Aufbietung aller Kräfte, sich aus dem Blickfeld der Torwache zu entfernen, bevor er zusammenbrach.<sup>1065</sup>

Im Radevormwalder Prozess gehörte Hedfeld zu den aus Mangel an Beweisen Freigesprochenen. Er beteiligte sich in den folgenden Jahren offenbar nicht an der Untergrundarbeit des Widerstands, wurde aber als ehemaliger Funktionär am 21. Juli 1944 im Rahmen der Aktion „Gewitter“ erneut

---

<sup>1061</sup> Personalbogen, HStAD, RW 58, 29343, Bl. 01/02.

<sup>1062</sup> Erinnerungsbericht Paul Hedfeld vom 10.01.1947, HStAD, Gerichte, Rep. 240/139, Bl. 45/46.

<sup>1063</sup> Aussage Karl Niermann vom 29.8.1934, HStAD, Gerichte, Rep. 29/218, Bl. 16.

<sup>1064</sup> Krankenbuch KZ Kemna, lfd. Nr. 121 (27.11.1933), HStAD, Gerichte Rep. 29/303.

<sup>1065</sup> Dürhager u.a., Begleitheft, S. 23.

verhaftet und bis September 1944 im Gerichtsgefängnis Opladen inhaftiert.<sup>1066</sup>

Hedfeld war nach Kriegsende maßgeblich am Aufbau der Gewerkschaften in Radevormwald beteiligt. Im März 1946 wurde er hauptamtlicher Sekretär der Zahlstelle Radevormwald. Nach der Gründung der IG Metall im Juni 1947 wählten ihn die Mitglieder des Rhein-Wupper-Kreises zum ersten Bevollmächtigten und Geschäftsführer. Als Vorsitzender der KPD in Radevormwald gehörte er bis zum Parteiverbot 1956 dem Stadtrat an.<sup>1067</sup> Paul Hedfeld starb am 16. Oktober 1963.

#### Theo Deis (1899 – 1969)

Theo Deis, geboren am 6. Dezember 1899 in Hilden, repräsentiert das kommunistisch dominierte sozialistische Milieu in Solingen-Wald.

Deis war der örtliche Führer des KgdF, wurde bereits in der Nacht des Reichstagsbrands verhaftet und im Solinger Polizeigefängnis inhaftiert. Am Samstag, dem 23. September 1933 wurde er mit einer Gruppe anderer Solinger in die Kemna verlegt. Pfeiffer ordnete namens des SA-Nachrichtendienst intensive Folterungen an, die aber wohl in erster Linie ein Rachebedürfnis befriedigen sollten. Ein Beleg dafür ist die Aussage eines der Folterer, sie würden es langsam machen, „sie wollten lange etwas davon haben.“<sup>1068</sup> Nach den Misshandlungen sperrte die Wachmannschaft Deis in den Verschlag unter der Treppe. Sechs Nächte lang folterte die Wachmannschaft Deis unter der Leitung von Kriminal-Assistent Pedrotti, um die Standorte der angeblichen Waffenverstecke des Kampfbunds zu erfahren. Tagsüber musste er sich im Verschlag aufhalten und bekam während dieser Zeit weder medizinische Hilfe noch Verpflegung.

Dass Deis keinerlei Aussagen machte, stachelte die Folterer zu immer grausameren Methoden an. Mit einer Schere wurden ihm tiefe Wunden am Gesäß zugefügt, seine Kleidung war auf dem Körper in Fetzen geschlagen und mit den Wunden verbacken, seine Zähne ausgeschlagen, der Kopf blutverkrustet und beinahe unkenntlich. Bei einer dieser Vernehmungen musste sich Deis mit geöffnetem Mund an die Wand stellen. Die Wachmänner gingen

---

<sup>1066</sup> Lebenslauf vom 02.11.1960, Sammlung Hans Dürhager.

<sup>1067</sup> Ebd.

<sup>1068</sup> Aussage Theodor Deis vom 17.09.1934, HStAD, Gerichte, Rep. 29/219, Bl. 189.

dann nacheinander an ihm vorbei und verbrannten ihm mit glimmenden Zigaretten die Mundhöhle und gezielt auch die Höhlungen der ausgeschlagenen Zähne.<sup>1069</sup> Nach dieser Marter versuchte Deis, sich im Verschlag zu erhängen. Im Oktober 1933 gehörte er zu den Häftlingen, die in die Moorlager verlegt wurden.<sup>1070</sup>

Er gelangte nach seiner Entlassung aus der Schutzhaft über die Niederlande, Belgien und Frankreich nach Spanien, wo er sich als Freiwilliger der XI. Internationalen Brigade anschloss und bis 1939 am Bürgerkrieg teilnahm. Deis war Kompaniechef und stieg schließlich in den Stab der XI. Brigade auf.<sup>1071</sup> Über seine Motivation schrieb er an seine Frau: „Bevor sie mich noch einmal foltern, werde ich, und wenn es mich das Leben kosten sollte, bis zum Letzten kämpfen.“

Nach der Niederlage der republikanischen Streitkräfte floh Deis nach Südfrankreich, wo er zunächst interniert wurde. Nach einem Zwischenaufenthalt in Belgien kehrte er nach Frankreich zurück, wo er nach dem deutschen Einmarsch erneut in ein Internierungslager musste. Im August 1940 gelang ihm mithilfe der Franzosen die Flucht. Deis schloss sich dem französischen Widerstand an und kämpfte im unbesetzten Süden in der Nähe von Toulouse unter dem Namen Jean Louis Weber gegen die deutschen Besatzer. Im Jahr 1945 kehrte Deis als kranker Mann nach Solingen zurück. Offenbar hatten die Misshandlungen sein Rückenmark derart geschädigt, dass die Richter des Kemna-Prozesses ihn als „körperliche und geistige Ruine“ bezeichneten.<sup>1072</sup> Zwei Jahre nach dem Verbot der KPD siedelte er in die DDR über, wo er vermutlich 1969 verstarb.<sup>1073</sup>

---

<sup>1069</sup> Urteil Kemna-Prozess, HStAD, Gerichte, Rep. 29/293, S. 104/105.

<sup>1070</sup> Aussage Theodor Deis vom 17.09.1934, HStAD, Gerichte, Rep. 29/219, Bl. 191-193.

<sup>1071</sup> Sbosny/Schabond, Widerstand, S. 87-89.

<sup>1072</sup> Urteil Kemna-Prozess, HStAD, Gerichte, Rep. 29/293, S. 106.

<sup>1073</sup> Armin Schulte: Theodor Deis, Solinger Schicksale 1933 bis 1945, <http://www.solingen.de/stadtarchiv> (21.04.2005).

### Emil Limberg (1908 – 1937)

Emil Limberg wurde am 18. August 1908 in Brüssel geboren, repräsentiert also die Angehörigen der „proletarischen Jahrhundertgeneration“. Der gelernte Bandwirker fand in seinem Lehrberuf keine Arbeit und arbeitete deshalb als Hilfsarbeiter am Neubau der Wicküler-Brauerei. Nach Fertigstellung 1932 war er arbeitslos. Limberg gehörte der KPD-Ortsgruppe Wuppertal-Unterbarmen an, die sein Schwager Hans Dallmann leitete.<sup>1074</sup>

Offenbar versuchte er 1933 im Auftrag Dallmanns, in Belgien und den Niederlanden Kontakt zur KP-Auslandsleitung aufzunehmen. Kurze Zeit später tauchte sein Name auf einer kommunistischen Spitzelliste aus Brüssel auf, wo er als „Spitzel und Betrüger“ bezeichnet wurde.<sup>1075</sup> Offenbar konnte er die belgischen Genossen nicht von seiner Zuverlässigkeit überzeugen. . Stattdessen glaubten sie in ihm einen Spitzel enttarnt zu haben – seine Mission war gescheitert. Bei seiner Rückkehr nach Wuppertal musste er feststellen, dass viele seiner Unterbarmer Genossen, darunter Dallmann, inzwischen verhaftet und ins KZ Kemna verschleppt worden waren.

Am 15. September 1933 brachte Limberg seinem Schwager ein Paket mit frischer Wäsche und Lebensmitteln, das er am Lagertor der Kemna dem Wache stehenden SA-Mann übergab. Er hatte schon den Rückweg nach Oberbarmen angetreten, als ihn ein vorbeifahrender Fabrikant aus Unterbarmen als Kommunisten erkannte und die Lagerwache aufforderte, ihn zu verhaften. Mit vorgehaltener Waffe zwang der Posten Limberg zur Umkehr und lieferte ihn in die Kemna ein. Er verlor bei den folgenden Misshandlungen mehrere Zähne.

Limberg gehörte im Januar 1934 zu den letzten Kemna-Häftlingen und wurde bei der Auflösung des Lagers ins Moor-KZ Börgermoor verschleppt, von wo er nach wenigen Wochen am 6. Februar 1934 nach Hause entlassen wurde.<sup>1076</sup>

Die KPD-Zelle in Unterbarmen war weiterhin illegal tätig und wurde erst Mitte 1936 von der Gestapo zerschlagen. Am 15. Juli 1936 verhaftete die Gestapo auch Emil Limberg, brachte ihn zunächst in das Polizeigefängnis in der Von-

---

<sup>1074</sup> Eidesstattliche Versicherung Hans Dallmann vom 08.10.1956, StadtAW, AfW, 246372, o. Bl.

<sup>1075</sup> Gestapo-Personenakte, HStAD, RW 58, 62770, Bl. 01.

<sup>1076</sup> Eidesstattliche Versicherung Karl Ibach vom 09.10.1956, StadtAW, AfW, 246372, o. Bl.

der-Heydt-Gasse und später als Untersuchungshäftling ins Gefängnis Bendahl. Am 18. Februar 1937 traf er auf dem Gefängnisflur seinen Schwager Hans Dallmann und konnte ihm kurz berichten, dass er täglich verhört werde und die Gestapo alle Mittel anwendete, um ihn zum Sprechen zu bringen. Am nächsten Morgen wurde Emil Limberg tot in seiner Zelle gefunden, seine Folterer gaben Selbstmord durch Erhängen an. Niemand hatte ein Interesse daran, die Hintergründe des Todes aufzuklären. In der Urteilschrift des Oberlandesgerichts Hamm findet sich nur der lapidare Satz: „Der Angeklagte Emil Limberg ist gestorben“.<sup>1077</sup> Er wurde 28 Jahre alt.

Ludwig Vorberg (\*1911)

Ludwig Vorberg verkörpert den Typus des bolschewistischen Kaders aus der „proletarischen Jahrhundertgeneration“, der ohne Rücksicht auf die eigene Person die Handlungsanweisungen der Parteiführung umsetzte.<sup>1078</sup>

Vorberg, 1911 in Elberfeld geboren und gelernter Dreher, gehörte seit 1931 zur KPD. Er war Funktionär des Kampfbundes gegen den Faschismus in der Elberfelder Südstadt und entscheidend an den Verhandlungen über das Abwehribündnis mit dem Reichsbanner beteiligt.

Seine große Leidenschaft war die Artistik, die er auch zu seinem Broterwerb zu machen versuchte.

Wegen einer Auseinandersetzung mit SA-Männern in der Südstadt am 14. Januar 1933, bei der Vorberg eine Tür eingetreten und seine Waffe gezogen hatte, wurde er zu sieben Wochen Haft verurteilt.<sup>1079</sup> Im Anschluss an diese Haft wurde er am 27. Oktober 1933 am Tor des Gefängnisses Bendahl in Schutzhaft genommen und mit dem gleichen Transport wie Fritz Braß in die Kemna gebracht.<sup>1080</sup>

Zu Vorbergs Instruktionsgebiet gehörte der Unterbezirk Velbert, in dem es ihm gelang, in 14 Metallbetrieben Partei- und Gewerkschaftsgruppen aufzubauen. Ludwig Vorberg war eine der zentralen Figuren des massenhaften Widerstands im Bergischen Land. Außerdem stellte er Texte der zentralen Agitationsschriften aus den eingelaufenen Berichten zusammen, verfasste

---

<sup>1077</sup> Urteil des Verfahrens 6 O.Js. 250-36 vom 06.03.1937, StAM, GStAH, 9594, S. 31.

<sup>1078</sup> Peukert, KPD im Widerstand, S. 57-59.

<sup>1079</sup> Abschrift einer Aussage Vorbergs aus dem Jahr 1933, StadtAW, AfW, 12294, Bl. 80.

<sup>1080</sup> Braß, Kemna-Bericht, S. 12; 27.

auf die lokale betriebliche Situation zugeschnittene Leitartikel und beschaffte das Druckpapier.<sup>1081</sup>

1935 wurde er in der Nähe der holländischen Grenze verhaftet, nach Wuppertal überführt und dort mit allen erdenklichen Mitteln gefoltert.

Bei seiner Befreiung 1945 durch alliierte Truppen im westfälischen Zuchthaus Werl wog er noch 57 Kilo. Vorberg war durch die Folterungen in der Kemna und bei der Gestapo auch äußerlich für sein Leben gezeichnet:

„Schläge mit dem Gummiknüppel und mit Kabeln hinterließen am rechten Hinterkopf eine ca. 6 cm lange Narbe. Weitere Narben nach Misshandlungen finden sich über dem linken Auge, ca. 2 cm lang, und eine Pfennigstück-große Narbe am linken Ellenbogen. Mit Ausnahme der hinteren Backenzähne im Unterkiefer und der Vorderzähne im Oberkiefer wurden Herrn Vorberg sämtliche Zähne ausgeschlagen. Schläge mit dem Gummiknüppel auf den Rücken riefen Verletzungen an den Nieren hervor, es zeigte sich Blut im Urin.“<sup>1082</sup>

## **X Das sozialistische Milieu nach der dritten Terrorphase**

Nach der Auflösung der Kemna wurde die Justiz zum wichtigsten Faktor der Machtstabilisierung. Zwei große Prozesswellen sollten die Kerne des sozialistischen Milieus auf Jahre hinaus aktionsunfähig machen. Die „Volksabstimmung“ zwischen den beiden juristischen Repressionsphasen gibt Einblick in den Grad der Durchdringung der Gesellschaft durch die Nationalsozialisten, auch in dem durch zunehmende Erosion geschwächten sozialistischen Milieu. Erst während des Zweiten Weltkriegs nahm das Beziehungsnetz des Milieus irreparablen Schaden.

### **Die erste Prozesswelle**

Im Laufe des Jahres 1934 erhob die Staatsanwaltschaft nach und nach in den Verfahren Anklage, deren Ermittlungsergebnisse mithilfe der Folterungen in der Kemna zustande gekommen waren. Auf alle zugrunde liegenden Ermittlungsverfahren lässt sich das Vierphasenmodell der Zerschlagung politischer Widerstandsgruppen von Gisela Diewald-Kerkmann anwenden:<sup>1083</sup>

---

<sup>1081</sup> Aussage Paul Claasen vom 10.09.1935, StAM, GStAH, 7850, o.BI.

<sup>1082</sup> Attest Dr. med. Doris Maase vom 08.12.1948, StadtAW, AfW, 12294, Bl. 38.

<sup>1083</sup> Diewald-Kerkmann, Denunziation, S. 92.



- a) Hinweise von „Vertrauensleuten“
- b) Festnahme einzelner Personen
- c) „Verschärfte Vernehmungen“
- d) Massenverhaftungen

Die meisten Verfahren wurden von den Strafsenaten des Oberlandesgerichtes Hamm vor Ort im Schwurgerichtssaal des Wuppertaler Landgerichts verhandelt. Durch die Verhandlung in der Heimatregion der Angeklagten sollte die Abschreckungswirkung auf ihr Umfeld erhöht werden.<sup>1084</sup>

Die Verteidigung der Angeklagten versuchte in mehreren Verfahren die Glaubwürdigkeit der Erkenntnisse des polizeilichen Vorverfahrens durch Hinweise auf die illegalen Vernehmungsmethoden zu erschüttern. Wie die Strafkammern mit diesen Vorwürfen umgingen, wird im Folgenden exemplarisch anhand der wichtigsten Verfahren näher beleuchtet. Betrachtet man alle größeren Prozesse, die mit dem Lager Kemna in Zusammenhang stehen, so fällt die relativ niedrige Quote von Schuldsprüchen auf, die im Durchschnitt bei gut 70 Prozent der Angeklagten lag.

Tab. 1: Verfahren vor dem OLG Hamm mit mehr als 20 Angeklagten

Aktenzeichen	Angeklagte	Freisprüche / Einstellungen <sup>1085</sup>	Geldstrafe	Gefängnis	Zuchthaus	Schuldspruchquote in %
O. J. 252 – 34	60	31	0	29	0	48,33
O. J. 655 – 33	27	10	0	17	0	62,96
O. J. 818 - 33	22	8	0	14	0	63,64
O. J. 940 - 33	47	16	0	31	0	65,96
O. J. 1036 – 33	31	6	0	18	7	80,65
O. J. 1001 – 33	24	4	0	20	0	83,33
O. J. 744 – 33	25	4	0	21	0	84,00
O. J. 990 – 33	92	13	1	73	5	84,78
<b>Summe</b>	<b>328</b>	<b>92</b>	<b>1</b>	<b>223</b>	<b>12</b>	<b>71,65</b>

<sup>1084</sup> Lagebericht der Stapostelle Düsseldorf vom November 1935, zitiert bei Niermann, Strafjustiz, S. 213.

<sup>1085</sup> Berücksichtigt wurden hier nur Verfahrenseinstellungen nach Anklageerhebung durch die Staatsanwaltschaft, nicht solche aus den Vorverfahren.

O. J. 744 – 33 (Wuppertal)

Dieses im August 1933 aufgenommene Ermittlungsverfahren zeigt beispielhaft die enge Verzahnung von SA-Nachrichtendienst und politischer Polizei während des zweiten Halbjahres 1933.

Ausgangspunkt waren Erkenntnisse der Abteilung A der Standarte 173 über Reorganisationsbemühungen der KPD in Wuppertal-Elberfeld. Erste Verdächtige wurden verhaftet und in der SA-Unterkunft an der Aue brutal gefoltert. Die Vernehmungen wurden von Truppführern des ND geleitet, welche die Protokolle anschließend durch einen Kriminal-Assistenten beglaubigen ließen. Am 27. August 1933 erfolgte mithilfe der durch Folter erlangten Informationen der Zugriff, bei dem 37 angebliche Funktionäre verhaftet und in die Kemna gebracht wurden. ND-Leiter Sturmführer Alfred Schumann war über diesen Erfolg seiner Einheit so begeistert, dass er den eröffnenden Aktenvermerk<sup>1086</sup> nahezu wortgleich als Presseerklärung herausgab. So wurde die regionale Öffentlichkeit nicht nur darüber informiert, dass eine wieder „lebhaftere Tätigkeit der Kommunisten festgestellt worden war“, und zwar im Einzelnen, dass „Flugblätter verteilt und Geldsammlungen für die verbotene Rote Hilfe durchgeführt [...] auch Mitgliederbeiträge [...] einkassiert“ worden waren, sondern auch darüber, dass alle Verhafteten „ins Konzentrationslager in der Kemna“ gebracht worden waren.<sup>1087</sup>

Im September 1933 kamen die federführenden Ermittler, SA-Obertruppführer Arthur Peters für den ND und Kriminal-Assistent Hans Ruhtz für die Polizei, mehrfach in die Kemna, um die Beschuldigten „eingehend“ zu vernehmen.<sup>1088</sup> Diese Folterungen waren Ursache des spektakulärsten Suizidversuchs im Lager Kemna. Die Brüder Fritz und Eugen Reis gehörten zu den Beschuldigten. Der 24jährige Eugen musste die Vernehmung seines sechs Jahre älteren Bruders mit anhören und wusste, dass er der Nächste sein würde. Ein Augenzeuge beobachtete: „[...] er [ist] aus Angst auf die oberste Etage des Gebäudes gelaufen und vom Dach auf den Hof heruntergesprungen und zwar etwa 12 m tief. Ich habe ihn selbst mit zerschmetterten

---

<sup>1086</sup> Vermerk vom 29.07.1933, StAM, GStAH, 14453, Bl. 1.

<sup>1087</sup> „37 Kommunisten verhaftet“, in: BMZ 30.07.1933.

<sup>1088</sup> Vernehmungsprotokolle mit dem Vermerk „der Beschuldigte befindet sich im Konzentrationslager“, StAM, GStAH, 14454, Bl. 1-71.

Gliedern auf dem Hof liegen sehen.“<sup>1089</sup> Eugen Reis wurde mit einer Becken- und beidseitigen Fußfraktur sowie inneren Verletzungen ins Krankenhaus gebracht.<sup>1090</sup> Nach elf Tagen wurde Reis, versehen mit provisorischen Schuhen und angepassten Einlagen, wieder entlassen. „Mit diesen Einlagen konnte Patient leidlich gehen. Zurückverlegt ins K.Z.“<sup>1091</sup>

Am 23. August 1934 sprach der III. Strafsenat des OLG Hamm unter der Leitung des Landgerichtspräsidenten Ernst Hermsen das Urteil über die 25 Angeklagten. Vier Freisprüche (16 Prozent) standen 21 Gefängnisstrafen zwischen 13 und 21 Monaten Dauer gegenüber.<sup>1092</sup> Die Misshandlungen in der Kemna spielten im Verfahren keine Rolle.

*O. J. 990 – 33 (Wuppertal)*

Am 21. April 1934 wurde das Urteil im größten dieser Verfahren gegen 92 Angeklagte aus den Wuppertaler Stadtteilen Barmen, Elberfeld und Ronsdorf sowie gegen Verbindungsleute aus Düsseldorf gesprochen. Ausgehend von Hinweisen eines „Vertrauensmannes“ der Barmer Politischen Polizei auf die Produktion und Verteilung von Flugblättern, war es den ermittelnden Kriminal-Assistenten Kaspar Dahmann und Fritz Breer unter massivem Einsatz von Folter gelungen, die Unterbezirksleitung der KPD zu enttarnen.<sup>1093</sup> Breer war bereits seit 1920 im politischen Dezernat der Kripo tätig und seitdem für Ermittlungen in allen die KPD betreffenden Angelegenheiten zuständig.<sup>1094</sup>

Alle in diesem Verfahren beschuldigten Männer waren Schutzhäftlinge in der Kemna gewesen und im Zuge der Ermittlungen von der Wachmannschaft auf Anordnung der Polizei gefoltert worden.<sup>1095</sup> Die Hauptermittlungsphase dauerte von Mitte Oktober bis Anfang November 1933. Die federführende Polizei-Dienststelle Barmen wendete dabei häufig die Taktik an, den Ort der

---

<sup>1089</sup> Aussage Karl Niermann vom 29.08.1934, HStAD, Gerichte, Rep. 29/218, Bl. 13-20, hier: Bl. 20.

<sup>1090</sup> Vermerk Kriminal-Assistent Ruhtz vom 18.09.1933, StAM, GStAH, 14455, Bl. 28r; Krankenbuch KZ Kemna, lfd. Nr. 4 (18.09.1933), HStAD, Gerichte Rep. 29/303.

<sup>1091</sup> Krankenblatt Städtische Krankenanstalten Wuppertal-Barmen, HStAD, Gerichte, Rep. 29/219, Bl. 249.

<sup>1092</sup> Urteil, StAM, GStAH, 14458, Bl. 125/126.

<sup>1093</sup> Vermerk vom 06.10.1933, StAM, GStAH, 15774, Bl. 1; Vermerk vom 25.10.1933, ebd., Bl. 11154.

<sup>1094</sup> Urteil der 5.. Strafkammer des LG Wuppertal vom 24.02.1948, HStAD, Gerichte, Rep. 191/69, Bl. 71-75.

<sup>1095</sup> Bekantgabe der Haftbefehle „verhandelt im Konzentrationslager Kemna/Beyenburg“, StAM, GStAH, 15775, Bl. 265-340.

Folter vom Ort der protokollierten Vernehmung zu trennen. Nach den nächtlichen Misshandlungen in der Kemna ließ sie die Beschuldigten morgens früh ins Barmer Polizeigefängnis überführen und nahm die Vernehmungen in den eigenen Diensträumen am Kleinen Werth vor. Einer der Gefolterten, der 25jährige Bandwirker Fritz vom Bauer, versuchte sich vor seiner Vernehmung im Polizeigefängnis das Leben zu nehmen.<sup>1096</sup>

Mitte November 1933 waren die Ermittlungen mit der Ausstellung der ersten 79 Haftbefehle weitgehend abgeschlossen. Weil im Gerichtsgefängnis Bendahl jedoch nach wie vor großer Haftraummangel herrschte, wurden die Untersuchungshäftlinge erst zwischen dem 14. und dem 23. Dezember 1933 vom KZ Kemna dorthin überführt.<sup>1097</sup>

Am 16. April 1934 war der erste Verhandlungstag vor dem I. Strafsenat unter Senatspräsident Carl Cullmann im Schwurgerichtssaal des Wuppertaler Landgerichts. Die regionale NSDAP-Parteizeitung „Volks-Parole“ veröffentlichte am nächsten Tag einen ausführlichen Bericht, der in erstaunlicher Offenheit einen Eindruck von der Atmosphäre der Hochverratsverfahren des Jahres 1934 vermittelt:

„Schon wenn man sich dem Landgerichtsgebäude nähert, erkennt man, dass in diesem Hause wichtige und außergewöhnliche Dinge vor sich gehen sollen. An der hinteren Ecke des Gebäudes, dort, wo der Ausgang zum Schwurgerichtssaal ist, stauen sich riesige Menschenmengen.

Einen eigenartigen Anblick bietet der Schwurgerichtssaal, dessen unterer Raum diesmal für das Publikum geschlossen ist, nur der obere Rang ist freigegeben. Inmitten des Saales stehen sieben Reihen Bänke und Stühle, alle für die Angeklagten bestimmt. Auf den Presseplätzen, den früheren Geschworenenbänken nehmen sieben Verteidiger Platz, die beim Oberlandesgericht Hamm zugelassen sind.

Es ist peinlich genaue Vorarbeit, auch in den rein äußerlichen Dingen, für diesen Prozess geleistet worden, das merkt man, als die Namen der Angeklagten verlesen, und diese einzeln aus dem in den unteren Räumen des Hauses gelegenen Aufenthaltsräumen für Häftlinge hereingeführt werden. Jeder hat genau seinen Platz, in etwa einer Viertelstunde sind die 92 An-

---

<sup>1096</sup> Meldung Polizei-Hauptwachtmeister Hagemeier, 15. Pol.Rev., vom 25.10.1933, StAM, GStAH, 15774, Bl. 157. Vgl. auch Krankenbuch KZ Kemna, lfd. Nr. 61 (04.11.1933), HStAD, Gerichte Rep. 29/303.

<sup>1097</sup> Einlieferungsanzeigen, StAM, GStAH, 15775, Bl. 348-356.

geklagten untergebracht. Auf den sonst für die Zeugen bestimmten Bänken hat schon vor Beginn des Einlasses ein starkes Polizeiaufgebot unter Führung eines Offiziers Platz genommen. Als die Zuhörer eingelassen werden, beginnt zwischen den Angeklagten und dem oberen Rang ein lebhaftes Grüßen und Winken, das selbstverständlich von energischen Justizwachtmeistern schnell unterbunden wird. Ein Teil der Angeklagten und der Zuhörer – unverkennbar fast ausschließlich Angehörige der Angeklagten – scheint sich des Ernsts der Situation noch nicht recht bewusst zu sein.

Bis auf acht sind alle Angeklagten in Untersuchungshaft, sechs Frauen befinden sich unter ihnen, durchweg Frauen von Männern, die gleichfalls angeklagt sind. [...] Kurz nach 10 Uhr betritt das Gericht, vier Richter und der Staatsanwalt, den Saal. [...] Dann wird der einzige Zeuge, ein Beamter der Politischen Polizei, aufgerufen. [...] Unmittelbar danach beginnt die Vernehmung der Angeklagten nach ihren Personalien. [...] Um 11 Uhr ist die Vernehmung der Angeklagten, soweit sie ihre Personalien betrifft, beendet.“<sup>1098</sup>

Bevor die Vernehmung zur Sache begann, schloss der Senat der bei Hochverratsverfahren üblichen Praxis entsprechend, die Öffentlichkeit aus. Der Senatspräsident musste das „Abschiedsgrüßen von der Tribüne sehr energisch unterbinden“.

Während der fünf Verhandlungstage widerrief ein Teil der Angeklagten die gegenüber der Polizei abgelegten Geständnisse. Dabei wiesen sie selbst oder ihre Verteidiger auf den extremen Druck hin, dem sie in der Kemna ausgesetzt waren und der sie zu wahrheitswidrigen Aussagen getrieben habe. Die Schilderungen der Angeklagten waren für das Gericht offenbar überzeugend, zumal der als Zeuge geladene Kriminal-Assistent Dahlmann zu diesem Punkt unter Hinweis auf eine nicht vorliegende Genehmigung die Aussage verweigerte. „Den polizeilichen Protokollen in diesem Verfahren, das sei ganz allgemein bemerkt, mag daher nur verminderte Beweiskraft zugebilligt sein, zumal eine einwandfreie Aufklärung über die Art der Vernehmung und Behandlung der Angeklagten bei ihrer polizeilichen Vernehmung nicht möglich war,“ stellte die Strafkammer in ihrer Urteilsbegründung fest.<sup>1099</sup>

---

<sup>1098</sup> „Beginn des großen Hochverratsprozesses“, in: VP 17.04.1934. Vgl. auch „92 Hochverräter“, in: VP 14.04.1934.

<sup>1099</sup> Urteil vom 21.04.1934, StAM, GStAH, 15778, Bl. 177-231, hier: Bl. 226v.

Trotz dieser deutlich geäußerten Bedenken gegenüber den polizeilichen Ermittlungen sprachen die Richter nur 13 der 92 Angeklagten frei (15 Prozent). Zur Urteilsverkündung war die Öffentlichkeit zugelassen, wurde aber für die Begründung der verkündeten Urteile wegen einer drohenden Gefährdung der Staatssicherheit wieder ausgeschlossen.<sup>1100</sup>

Bei der Berechnung des Strafmaßes berücksichtigte das Gericht zugunsten der Angeklagten als strafmildernd „die Zeit, die sie im Konzentrationslager Kemna durchgemacht haben, wo einige Angeklagte besonders misshandelt worden sein wollen.“<sup>1101</sup> Neben einer Geldstrafe verhängte die Kammer 73 Gefängnisstrafen, die sich in einem Rahmen von zwei bis 24 Monaten bewegten. Fünf Personen wurden zu Zuchthausstrafen zwischen 18 und 27 Monaten verurteilt. Die Urteile summierten sich auf 102 Jahre und sieben Monate Haft.<sup>1102</sup> „In der überwiegenden Mehrheit sind die Genossen vor Gericht außerordentlich geschickt und tapfer aufgetreten“, resümierte die KPD-Bezirksleitung im Rückblick auf das Verfahren.<sup>1103</sup>

*O. J. 1001 – 33 (Velbert)*

Eine Woche nach der Eröffnung des Lagers Kemna begannen Ermittlungen wegen des Verdachts auf einen Wiederaufbau der KPD im Unterbezirk Velbert. Die Politische Polizei konnte die Verdachtsmomente zunächst nicht erhärten, was Mitglieder des Velberter SA-Sturms 25 dazu veranlasste, auf eigene Faust ihnen verdächtig erscheinende Personen zu verhaften und in die Kemna einzuliefern.<sup>1104</sup> Erst Mitte September 1933 begann Eugen Pedrotti mit einer systematischen Vernehmung dieser Schutzhäftlinge. Er ließ sich die Beschuldigten innerhalb des Lagers vorführen und ordnete Folter durch die Wachmannschaft an.

Die Vernehmungsprotokolle dieses Verfahrens zeigen zum Teil eine gravierende Schwäche der Ermittlung mithilfe der Kemna auf. Die Unterbringung der Beschuldigten im Lager machte es unmöglich, diese voneinander zu separieren. Selbst wenn eine Unterbringung in verschiedenen Sälen angeordnet war, konnten sich die Gefangenen tagsüber außerhalb der

---

<sup>1100</sup> Protokoll der Hauptverhandlung, StAM, GStAH, 15777, Bl. 158-165.

<sup>1101</sup> Urteil vom 21.04.1934, StAM, GStAH, 15778, Bl. 177-231, hier: Bl. 230r.

<sup>1102</sup> Schabrod, Widerstand S. 44.

<sup>1103</sup> Bericht der Bezirksleitung Niederrhein vom 06.07.1934, BA Berlin, SAPMO, RY1, I3/20/44, Bl. 191-194, hier: S. 192.

<sup>1104</sup> Vermerk vom 16.08.1933, StAM, GStAH, 15914, Bl. 9r.

Arbeitszeiten frei treffen und theoretisch auch Verteidigungsstrategien entwickeln und absprechen. Solche Absprachen scheint ein Teil der Velberter getroffen zu haben. Zumindest machten drei von ihnen vollständig identische Angaben.<sup>1105</sup>

Am 2. Mai 1934 sprach der zweite Strafsenat des OLG Hamm von den 24 Angeklagten 20 für schuldig und verurteilte sie zu Gefängnisstrafen zwischen 12 und 22 Monaten.<sup>1106</sup>

*O. J. 1036 – 33 (Remscheid/Hückeswagen)*

Hückeswagen geriet im August 1933 ins Blickfeld der Ermittler der Politischen Polizei. Hans Pfeiffer hatte Hinweise auf angeblich versteckte Waffenbestände aus den Kämpfen des Kapp-Putsches 1920 erhalten, die auch nach Hückeswagen führten. Da die Politische Polizei in Wuppertal-Barmen mit der zentralen Bearbeitung aller Waffenangelegenheiten im Präsidialbezirk beauftragt war, nahm Kriminal-Assistent Eugen Pedrotti die Ermittlungen auf.

„In Hückeswagen angekommen, wurde mir mitgeteilt, dass die Kommunistenführer Haines und Reich, welche sich in Schutzhaft befinden, Angaben über Waffen und Munitionslager machen können“, notierte er in seinem ersten Aktenvermerk.<sup>1107</sup>

Der 30 Jahre alte Fräser Willi Haines war als letzter Ortsgruppenleiter der KPD in Hückeswagen bereits im Mai 1933 verhaftet und in das Konzentrationslager Börgermoor, das zu dem Lagerkomplex in den Moorgebieten des Emslands gehörte, verschleppt worden. Auf Anweisung Pedrottis wurde er von Mitgliedern des Hückeswagener SA-Sturms 27 aus Börgermoor zurückgeholt und in die Kemna verlegt.<sup>1108</sup>

Am 19. August 1933 konnte Pedrotti ausführliche Vernehmungsprotokolle mit den Aussagen Haines und des 26-jährigen Schlossers Robert Reich abheften, die viele Personen belasteten und nach der Meinung der Polizei „zur Aufdeckung der ganzen Angelegenheit führten“.<sup>1109</sup> Das Martyrium, das die Widerstandskraft der beiden zusammenbrechen ließ, ist mit Haines' Worten

---

<sup>1105</sup> Vernehmungen Walter Oligmüller, Hugo Buschmann und Caspar Schneider vom 03.10.1933, ebd., Bl. 28-33.

<sup>1106</sup> Urteil, StAM, GStAH, 15915.

<sup>1107</sup> Aktenvermerk vom 19.08.1933, StAM, GStAH,, 16137, Bl. 1.

<sup>1108</sup> Aussage Willi Haines vom 08.09.1934, HStAD, Gerichte, Rep. 29/218, Bl. 97-99.

<sup>1109</sup> Vernehmungen vom 19.08.1933, StAM, GStAH, 16137, Bl. 2-4 und 6-8.

bereits zuvor beschrieben worden.<sup>1110</sup> Haines machte Aussagen, die viele seiner Hückeswagener und Remscheider Genossen belasteten. Dabei ging es tatsächlich um Waffen aus den Kämpfen des Kappputsches, die zur Reparatur von Hückeswagen nach Remscheid gebracht und anschließend versteckt worden waren.<sup>1111</sup> Haines war nach seiner Aussage so verzweifelt, dass er einen Selbstmordversuch unternahm. Einem Zwischenbericht Pedrottis zufolge wurden alle im Rahmen der Ermittlungen Festgenommen ins Lager Kemna gebracht.<sup>1112</sup> Dabei fanden die Vernehmungen auch in diesem Verfahren in der Bachstraße bzw. am Kleinen Werth und damit getrennt vom Ort der Folterungen statt.

Im Rahmen der Ermittlungen ordnete die Polizei am 26. August 1933 die Suchaktion im Remscheider Mühlenteich an, bei der zwei Maschinengewehre und ein zusätzlicher MG-Lauf gefunden worden sein sollen.<sup>1113</sup>

Weil das Wuppertaler Gerichtsgefängnis überfüllt war, mussten die Beschuldigten auch nach Verkündung der Haftbefehle zunächst in der Kemna bleiben.<sup>1114</sup>

Die Monate später erhobene Anklage stützte sich fast ausschließlich auf in der Kemna gemachte Aussagen. Einzelne Angeklagte versuchten, die illegalen und menschenverachtenden Umstände der Verhöre in der Kemna der Staatsanwaltschaft zur Kenntnis zu bringen. Der 22jährige Schlosser Ernst Schiffmann schilderte in einem sechs Seiten langen Brief ausführlich die erlittenen Folterungen und fasste zusammen: „Teile Ihnen mit, dass die Aussagen, welche ich während meiner Schutzhaft gemacht habe, vielfach unwahr sind. Dieselben sind mir unter schwersten Misshandlungen erpresst worden, sodass ich in einem unzurechnungsfähigen Zustande war.“<sup>1115</sup> Ähnlich äußerte sich ein weiterer Angeklagter über seinen Anwalt,<sup>1116</sup> was die Staatsanwaltschaft lediglich veranlasste, umgehend Erkundigungen über die politische Einstellung des Anwalts beim BNSDJ einzuholen.<sup>1117</sup>

---

<sup>1110</sup> Vgl. S. 174/175.

<sup>1111</sup> Siehe dazu die Erinnerungen Erich Thielers, in: Wunder, Manuskript, S. 52-61.

<sup>1112</sup> Zwischenbericht vom 18.10.1933, StAM, GStAH, 16137, Bl. 153.

<sup>1113</sup> Bericht vom 28.08.1933, ebd., Bl. 154.

<sup>1114</sup> Vermerk vom 03.11.1933, ebd., Bl. 210.

<sup>1115</sup> Schreiben Ernst Schiffmann an die GStA vom 09.11.1934, StAM, GStAH, 16139, Bl. 204-206.

<sup>1116</sup> Schreiben Paul Nusch an seinen Anwalt vom 20.07.1934, ebd., Bl..

<sup>1117</sup> „[...] zum neuen Staat durchaus positiv eingestellt [...]“, ebd. 139r.



Weder die Anklagevertreter noch der II. Strafsenat des OLG Hamm unter dem Vorsitz von Ernst Hermsen ließen sich durch die eindeutigen Hinweise auf Aussageerpressung beeindrucken. Insbesondere bei Hermsen überrascht das nicht, war er doch ein ausdrücklicher Befürworter der „verschärften Vernehmungen“ kommunistischer Verdächtiger.<sup>1118</sup> Am 14. Dezember 1934 wurden wegen „Waffenbesitz zu hochverräterischen Zwecken in Remscheid, Hückeswagen und anderen Orten“ 18 Angeklagte zu Gefängnis- und sieben zu Zuchthausstrafen verurteilt.<sup>1119</sup>

*O. J. 252 – 34 (Radevormwald)*

Zeitgleich mit der Einrichtung des Konzentrationslagers in Wuppertal wurde auf Anweisung des kommissarischen Landrats des Rhein-Wupper-Kreises, Fritz Mißmahl<sup>1120</sup>, überraschend und ohne die üblichen Formalitäten Wilhelm Schild als neuer Dienststellenleiter der Polizei nach Radevormwald versetzt. Der 1899 geborene Schild war von 1920 bis 1924 im Polizeidienst seiner Heimatstadt Haan tätig, scheiterte dann beim Versuch, sich mit einem kleinen Produktionsbetrieb selbstständig zu machen, und kehrte 1927 in Burg an der Wupper zur Polizei zurück. Seit 1931 führte ihn die örtliche NSDAP als „fördernden Volksgenossen“, und 1932 begann er verdeckt für Heinrich Himmlers Sicherheitsdienst der SS zu arbeiten. Gleichzeitig mit der Versetzung nach Radevormwald erfolgte die Beförderung Schilds vom Hauptwachtmeister zum Polizeimeister.<sup>1121</sup>

Wie im ganzen Reich waren im März 1933 auch in Radevormwald Verhaftungsaktionen gegen Funktionäre der Organisationen der Arbeiterbewegung durchgeführt worden. Bis Ende des Monats gab es in der Stadt mit etwa 13.500 Einwohnern rund 30 Festnahmen.<sup>1122</sup>

Bereits 1920 hatte die Sicherheitspolizei in Radevormwald mehrfach nach Waffenbeständen aus den Gefechten des Kappputsches gesucht.<sup>1123</sup> Nach

---

<sup>1118</sup> Niermann, Strafjustiz, S. 210.

<sup>1119</sup> Urteilsschrift, StAM, GStAH, 16139, Bl. 267-287.

<sup>1120</sup> Mißmahl (1897-1945) war Jurist, seit 1926 in der NSDAP und seit 1932 preußischer Landtagsabgeordneter. Er ersetzte im März 1933 den in den einstweiligen Ruhestand versetzten Sozialdemokraten Peter Trimborn als Landrat. Romeyk, Verwaltungsbeamte, S. 634; 784.

<sup>1121</sup> Urteilsbegründung LG Wuppertal vom 14.08.1947, HStAD, Gerichte, Rep. 240/139, Bl. 139-142.

<sup>1122</sup> BLZ 27.03.1933.

<sup>1123</sup> Motte, Hochstimmung und Furcht, S. 19.

seinem Dienstantritt ging Schild Hinweisen aus der Radevormwalder SA und SS auf diese Waffen und angebliche Munitions- und Waffenlager des Kampfbunds gegen den Faschismus nach und nahm die Suche unter Anwendung von Terror und Folter wieder auf.

Williger Helfer bei Schilds Kreuzzug war der aus Schlebusch stammende Hauptwachtmeister Wilhelm Maus, der Anfang August 1933 aus Wiesdorf nach Radevormwald versetzt worden war. Maus, seit 1920 Polizeibeamter, war Anfang 1933 vorübergehend seines Dienstes enthoben worden, weil er 1919 für ein Jahr Mitglied der USPD gewesen war. Er war deshalb besonders bemüht, als entschlossener Verfolger der politischen Linken in Erscheinung zu treten.<sup>1124</sup>

Angeblich sollten 22 Kampfbundgruppen in Radevormwald und Umgebung existieren, wie zum Beispiel in Hückeswagen-Herweg, von denen Schild drei relativ willkürlich als „Terrorgruppen“ einstuft. Rund 170 Radevormwalder wurden im Zuge der Aktion verhaftet, die meisten überaus brutal misshandelt. Immer wieder schrieb Schild in Zwischenberichten an seine Vorgesetzten ganz offen, dass er in den Vernehmungen schärfste Zwangsmaßnahmen angewendet habe. Dabei schreckte der „Nero von Radevormwald“, wie er genannt wurde, nicht vor der Geiselnahme der Ehefrauen flüchtiger Personen zurück.<sup>1125</sup>

Die Verhafteten wurden zunächst im Polizeigefängnis im Spritzenhaus der Feuerwehr inhaftiert und zu Verhören in den Keller der Polizeiwache im damaligen Rathaus gebracht, wo erste Folterungen stattfanden. Immer wieder gelang es Angehörigen, mit den im Spritzenhaus einsitzenden Männern Kontakt aufzunehmen. Am 16. November 1933 stellte Bürgermeister Walter Penner<sup>1126</sup> diese Versuche durch eine „Polizeiverordnung betr. Verbot des Verkehrs mit Gefangenen“ unter Strafe.<sup>1127</sup>

---

<sup>1124</sup> Urteilsbegründung LG Wuppertal vom 14.08.1947, HStAD, Gerichte, Rep. 240/139, Bl. 142.

<sup>1125</sup> Vgl. S. 189/190; 291.

<sup>1126</sup> Das NSDAP-Mitglied Penner war auf Anweisung der Düsseldorfer Gauleitung aus der Wuppertaler Stadtverwaltung nach Radevormwald versetzt worden. Er wurde am 16.5.1933 in sein Amt eingeführt. Vgl. Motte, Hochstimmung und Furcht, S. 16/17.

<sup>1127</sup> Strafverfügung gegen Karl Grass vom 24.04.1934, Privatbesitz der Familie Grass.

Nach weiteren Verhaftungen im Oktober und November 1933 wurde ein großer Teil mit Lastwagen ins KZ Kemna überstellt, um ungestört von Familienangehörigen und Anwohnern die blutigen Ermittlungen vorantreiben zu können. Die Folterungen der Radevormwalder Mitte November 1933 sind vielen ehemaligen Kemna-Häftlingen aus anderen Städten als die brutalsten Übergriffe während der Existenz des Lagers in Erinnerung geblieben. Wenn bekannt wurde, dass Schild in der Kemna war, soll ein Zittern durch das Lager gegangen sein.<sup>1128</sup> Einem der Radevormwalder Häftlinge schlugen die SA-Männer eine Lederhose auf dem Körper in Fetzen.

Die Torturen wiederholten sich täglich solange, bis Schild mit den erpressten, oft vollständig erfundenen Aussagen zufrieden war. Schild fasste seine Ermittlungsmethode zynisch wie folgt zusammen: „Die Antifa-Leute wurden sodann, wenn sie leugneten, mit dem Gummiknüppel im Konzentrationslager durch Schläge auf den Hintern dazu gebracht, die Verstecke der Waffen und Munition anzugeben.“<sup>1129</sup>

Alfred Dürhager, Artur Sieberg und Karl Winter, die wegen ihrer großflächigen entzündeten Wunden an Rücken und Gesäß hohes Fieber bekamen, lieferte die Wachmannschaft in einem lebensbedrohlichen Zustand ins Klinikum in Wuppertal-Barmen ein, wo sie bis in den März 1934 stationär behandelt werden mussten. Karl Winter war, nachdem sein Widerstand unter der Folter zusammenbrach und er mit weitgehend erfundenen Aussagen Mithäftlinge belastete, so verzweifelt, dass er einen Selbstmordversuch unternahm.<sup>1130</sup>

Siegfried H.<sup>1131</sup>, wie Dürhager und Sieberg als Mitglied der angeblichen Terrorgruppe Rädereichen besonders intensiv misshandelt, suchte nach seiner Entlassung aus der Kemna im Januar 1934 zweimal den Freitod und wurde daraufhin in die Heil- und Pflegeanstalt Galkhausen eingewiesen. Die Amtsärzte diagnostizierten Schizophrenie, ausgelöst durch die traumatischen Erlebnisse, und beantragten unter Berufung auf das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ die Sterilisierung des 34jährigen Familien-

---

<sup>1128</sup> Urteilsbegründung LG Wuppertal vom 14.08.1947, HStAD, Gerichte, Rep. 240/139, Bl. 146.

<sup>1129</sup> Rechtfertigungsschreiben Schilds vom 09.03.1934, HStAD, Gerichte, Rep. 24/139, Bl. 188.

<sup>1130</sup> Krankenblätter Dürhager, Grass, Sieberg und Winter, HStAD, Gerichte, Rep. 29/218, Bl. 184.

<sup>1131</sup> Name anonymisiert.

vaters.<sup>1132</sup> Auch der bereits geschilderte Tod Karl Erlemanns ist auf die Ermittlungen von Maus und Schild zurückzuführen. Die am schlimmsten misshandelten Radevormwalder wurden nach ihrer Entlassung aus der Schutzhaft in Polizeihaft gehalten, bis die äußeren Wunden weitgehend abgeheilt waren.

Die Polizei bilanzierte in ihrem Bericht über das Jahr 1933 die Zahl von 200 Schutzhäftlingen, von denen 98 in Konzentrationslager eingeliefert worden sein sollen. Im Laufe des Jahres sei eine „Unmenge“ Waffen der KPD und ihrer „Kampfgruppen“ ausfindig gemacht worden.<sup>1133</sup> Alle brauchbaren Waffen hatten zum Zeitpunkt der Veröffentlichung des Berichts das Polizeimagazin bereits wieder verlassen. Die 61 im Gemeindebezirk Radevormwald beschlagnahmten Schusswaffen wurden an SA- und SS-Angehörige verteilt, nachdem sich zuvor der Kreisleiter einige Pistolen für seine Sammlung gesichert hatte.<sup>1134</sup>

Wegen der hohen Arbeitsbelastung der Justizbehörden kam es erst im März 1935 zum Prozess im Schwurgerichtssaal des Wuppertaler Landgerichts. Einziger Zeuge innerhalb der nicht öffentlichen Verhandlung war Polizeimeister Schild.<sup>1135</sup> Viele der Angeklagten machten in der Hauptverhandlung Angaben, die von ihren Aussagen in den Vorermittlungen stark abwichen. Der III. Strafsenat des OLG Hamm unter Ernst Hermsen verurteilte von den ursprünglich 163 Beschuldigten 29 Angeklagte zu Haftstrafen - das sind knapp 18 Prozent.<sup>1136</sup> Dieser für NS-Verfahren extrem niedrige Prozentsatz zeigt, dass selbst die Nazi-Richter die Ermittlungsergebnisse Schilds sehr zurückhaltend bewerteten. Für die 29 wegen „Vorbereitung zum Hochverrat“ zu Haftstrafen von bis zu 21 Monaten Dauer verurteilten begann eine neue Leidenszeit

---

<sup>1132</sup> Krankenblatt sowie amtsärztliches Gutachten und Sterilisierungsantrag vom 13.8.1934, HStAD, Gerichte, Rep. 29/218, Bl. 157.

<sup>1133</sup> „Bericht der Stadtverwaltung über das Jahr 1933“, in: BLZ 21.03.1934.

<sup>1134</sup> Schreiben des k. Oberbürgermeisters als Ortspolizeibehörde an den Landrat in Opladen vom 13.03.1934, HStAD, Gerichte, Rep. 29/308, Bl. 461.

<sup>1135</sup> Protokoll der Hauptverhandlung vom 18. bis 22.3.1935, StAM, GStAH, 1962, Bl. 299-309.

<sup>1136</sup> Urteilsschrift vom 22.03.1935, ebd., Bl. 314-359.

### **„Volksabstimmung“ im August 1934**

Die Quellenlage macht es überaus problematisch, die Gruppe der Resistenten zu quantifizieren. Als ein möglicher quantitativer Indikator für Resistenz und Nonkonformität bieten sich die Ergebnisse der „Volksabstimmung“ am 19. August 1934 an. Wie Otmar Jung feststellte, liegt trotz der Einschränkung der Abstimmungsfreiheit durch Propaganda und Abstimmungsnotigung, Verstößen gegen das Abstimmungsgeheimnis und einzelner Fälschungen, ein zwar verderbtes, aber durchaus auswertbares Datenmaterial vor, das in der Widerstandsforschung bisher zu Unrecht wenig Beachtung gefunden hat.<sup>1137</sup>

Die Bevölkerung sollte über das am 1. August 1934 beschlossene „Gesetz über das Staatsoberhaupt des Deutschen Reichs“ entscheiden, das nach dem Tod Paul von Hindenburgs die Ämter Reichskanzler und Reichspräsident in der Person des „Führers und Reichskanzlers“ vereinigte. Die Frage lautete: „Stimmst Du, deutscher Mann und Du, deutsche Frau, der in diesem Gesetz getroffenen Regelung zu?“<sup>1138</sup> Wenige Wochen nach der mit staatsterroristischen Mitteln betriebenen Entmachtung der SA-Führung überzog die NSDAP die Bevölkerung in den Wochen vor der Abstimmung mit einer Propagandawelle, die den Aufwand vor den Abstimmungen im November 1933 noch übertraf.<sup>1139</sup>

Neben dem prozentualen Anteil der Nein-Stimmen an allen gültigen, abgegebenen Stimmen wird im Folgenden trotz einiger Vorbehalte auch die absolute Zustimmungquote, d. h. das Verhältnis der Ja-Stimmen zu allen Wahlberechtigten, in die Auswertung mit einbezogen.<sup>1140</sup> Die vorliegende Studie folgt darin der Argumentation Karl Dietrich Brachers, der unter den Verhältnissen des Augusts 1934 auch das Fernbleiben von der Abstimmung

---

<sup>1137</sup> Otmar Jung, Plebiszit und Diktatur. Die Volksabstimmungen der Nationalsozialisten, Tübingen 1995, S. 42-46.

<sup>1138</sup> Das Gesetz, der zugehörige Vollzugserlass und der Beschluss zur Volksabstimmung sind abgedruckt in: von Münch, Gesetze, S. 24-26. Vgl. Broszat, Staat Hitlers, S. 353; Schneider, Hakenkreuz, S. 709/710.

<sup>1139</sup> Jung, Plebiszit und Diktatur, S. 66/67.

<sup>1140</sup> Jung argumentiert, dass es sich bei den Personen, die nicht an dem Plebiszit teilnahmen, um einen politisch nicht erreichbaren Rest „von Kranken bis zu Eigenbrötlern“ gehandelt habe. Die ungültigen Stimmen seien von Personen abgegeben worden, die eine Ja/Nein-Entscheidung nicht fällen konnten oder wollten. Ebd., S. 47-49.

und das Abgeben eines ungültigen Stimmzettels als weitgehend oppositionelle Handlung wertete.<sup>1141</sup>

Im Deutschen Reich stimmten durchschnittlich 10,1 Prozent mit „Nein“, die Zustimmungquote lag bei 84 Prozent. Besonders aus Großstädten wurden hohe Quoten der Ablehnung für die Übertragung des Reichspräsidentenamts auf Hitler gemeldet: Aachen 28,3 Prozent, Lübeck 20,6 Prozent, Hamburg 20,4 Prozent, Bremen 19,9 Prozent, Köln 19,8 Prozent und Berlin 18,5 Prozent.<sup>1142</sup>

Auch in Wuppertal war der Anteil der Unzufriedenen überdurchschnittlich hoch: 16,1 Prozent stimmten mit „Nein“, die absolute Zustimmungquote lag bei 78,9 Prozent. Im stärker industriell geprägten Stadtteil Barmen waren die Zahlen für die NSDAP mit 19,3 Prozent „Nein“ und einer Zustimmungquote von 75,1 Prozent noch schlechter.<sup>1143</sup> In Remscheid und Solingen lag der Nein-Anteil insgesamt nur leicht über dem Reichsdurchschnitt. Außerdem war der Anstieg der Nein-Stimmen im Vergleich zu den Ergebnissen der „Volksabstimmung“ im November 1933 in beiden Städten leicht unterdurchschnittlich. Im Reichsdurchschnitt stieg der Anteil um 5,2 Prozentpunkte, in Solingen um 4,7, in Remscheid um 5,1. In Wuppertal stieg der Anteil der Nein-Stimmen dagegen um 8,6 Prozentpunkte.<sup>1144</sup>

Besonders auffällig sind 1934 die hohen Ablehnungsquoten in den bergischen Kleinstädten Wermelskirchen, Radevormwald und mit Abstrichen auch Hückeswagen, die nicht dem durch den stärkeren sozialen Druck verursachten, üblichen Stadt-Land-Gefälle entsprachen.

Zu den hier als Vergleichswerte genannten Zahlen aus Duisburg ist anzumerken, dass die Sopade über systematische Wahlfälschungen in dieser Stadt berichtete, die das für eine katholisch geprägte Industriestadt völlig untypische Resultat erklären könnten.<sup>1145</sup>

---

<sup>1141</sup> Karl Dietrich Bracher: Stufen der Machtergreifung, in: Ders., Wolfgang Sauer und Gerhard Schulz (Hg.): Die nationalsozialistische Machtergreifung, Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftssystems in Deutschland 1933/34, Opladen/Köln 1960, S. 29-368, hier: S. 358. Vgl. auch Peter Hubert: Uniformierter Reichstag, Die Geschichte der Pseudo-Volksvertretung 1933-1945, Düsseldorf 1992, S. 262.

<sup>1142</sup> Jung, Plebiszit und Diktatur, S. 68.

<sup>1143</sup> „Das ‚Ja‘ des deutschen Volkes“, in: GA 20.08.1934.

<sup>1144</sup> Jung, Plebiszit und Diktatur, S. 51; 69-71. Zahlen 1933 nach „Wahlkreis 22/23 Düsseldorf Ost/West“, in: WZ 14.11.1933.

<sup>1145</sup> „Nachtrag zur Volksabstimmung vom 19. August“, in: Deutschlandberichte der Sopade, 1. Jahrgang (1934), Frankfurt a. M. 1980, S. 383-393, hier: S. 386/387.

Abb. 37: Anteil der Nein-Stimmen an den gültigen, abgegebenen Stimmen der Volksabstimmung im August 1934 in %<sup>1146</sup>

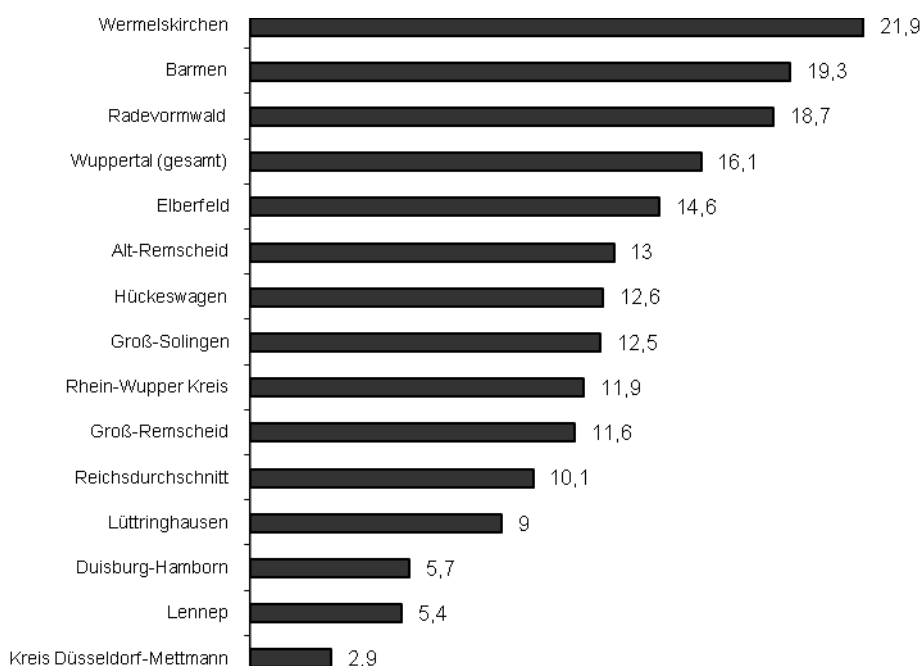
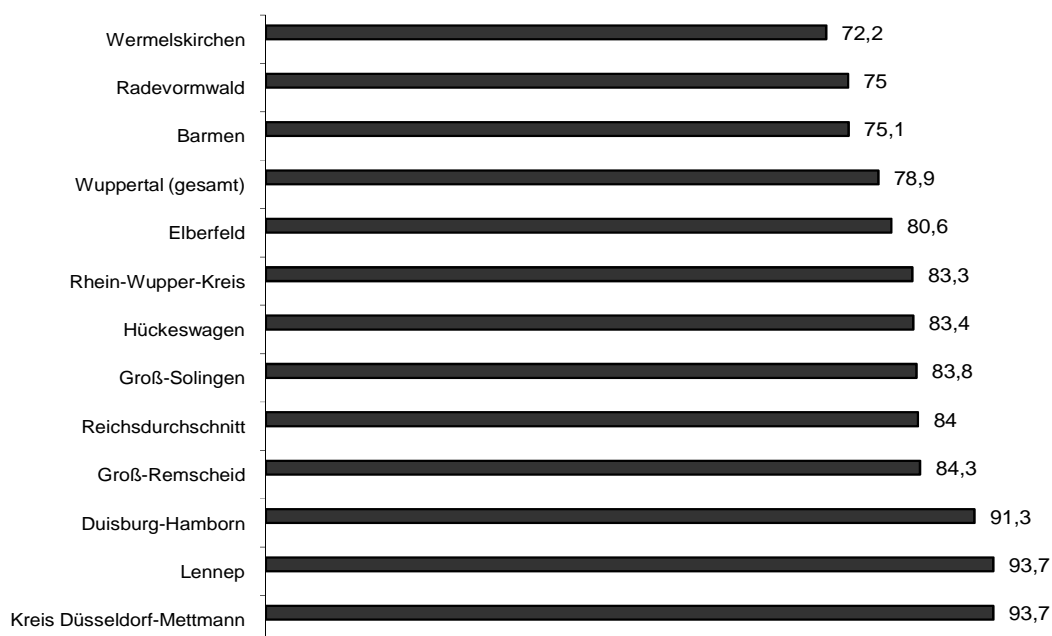


Abb. 38: Absolute Zustimmungquote der Volksabstimmung im August 1934 in %<sup>1147</sup>



<sup>1146</sup> „Wie der Gau Düsseldorf wählte“, in: VP 20.08.1934.

<sup>1147</sup> Ebd.

In Radevormwald erzielte die NSDAP seit 1930 weit überdurchschnittliche Ergebnisse (1930 +14 Prozentpunkte zum Reichsdurchschnitt, 1932 I +6,8, 1932 II +8,1, 1933 +3,5). Die Kommunisten dominierten neben dem sozialistischen Wählerlager auch die Milieugruppen und erzielten bei Kommunalwahlen regelmäßig bedeutend bessere Ergebnisse als bei den vorangegangenen überregionalen Wahlen, was zeigt, dass das Ansehen der örtlichen Parteifunktionäre groß gewesen sein muss.<sup>1148</sup>

Der hohe Verfolgungsdruck, den die Polizei mithilfe der Kemna in Radevormwald ausübte, traf auch Unbeteiligte und viele Personen, die nur in die Randbereiche des Milieus eingebunden waren. Die Misshandlungen der Radevormwalder Häftlinge in der Kemna waren allgemein bekannt. Das oftmals als ungerecht empfundene massive Vorgehen hatte in der Stadt auch in bürgerlichen Kreisen für Empörung gesorgt. Nach Erkenntnissen der Polizei kursierten Fotos der handtellergroßen, tief gehenden Gesäßnarben eines der am schlimmsten Misshandelten, die von dessen Arbeitgeber unter anderem in verschiedenen Gaststätten „zahlreichen Bürgern“ gezeigt wurden. An der Verbreitung der Fotos beteiligten sich auch „ältere Parteigenossen“, die unter anderem eine schriftliche Beschwerde an Robert Ley richteten.<sup>1149</sup>

Hinzu kam, dass die Geistlichen beider Konfessionen in einem distanzierten Verhältnis zur NSDAP standen, zumal unter den Misshandelten auch Angehörige ihrer Gemeinden gewesen waren. Der Pastor der evangelisch-lutherischen Gemeinde, Hermann Becker, sagte wenige Wochen nach der „Volksabstimmung“ über die Ursachen des Ergebnisses: „Die Stimmung unter der Bevölkerung von Radevormwald über die bekannt gewordenen Misshandlungen war furchtbar. Dass hierbei die NSDAP nicht gut wegkam, ist zu erklären.“<sup>1150</sup>

Ähnlich waren die Ergebnisse in Wermelskirchen und Hückeswagen begründet, sodass der vom Konzentrationslager Kemna ausgehende Terror in diesen Städten den Effekt hatte, dass Teile der Bevölkerung weit über die

---

<sup>1148</sup> Berg, Radevormwald, S. 13-19.

<sup>1149</sup> Bericht Wilhelm Schild vom 07.05.1934, HStAD, Gerichte, Rep. 240/139, Bl. 188.

<sup>1150</sup> Aussage Hermann Becker vom 4.9.1934, HStAD, Gerichte, Rep. 29/218, Bl. 50.



sozialistischen Kernmilieus hinaus, wegen Ablehnung der Methoden der Machtdurchsetzung eine oppositionelle Haltung einnahmen.

Der hohe Anteil der verweigerten Akklamation für das NS-Regime speiste sich aus mehreren Quellen, was besonders bei einer Analyse der Ergebnisse auf der Ebene der Wahllokale deutlich wird. Im Vergleich mit den Ergebnissen der Märzahlen 1933 lassen sich Hinweise auf Quartiere finden, die auch nach dem Terror der Machtdurchsetzungsphase noch relativ resistent waren.

In zwölf Barmer und sieben Elberfelder Wahllokalen war der Anteil der Nein-Stimmen größer als 30 Prozent.<sup>1151</sup>

Tabelle 12: Wahllokale in W.-Barmen mit mehr als 30 % „Nein“-Anteil im November 1934

WB	Straße	Quartier	Nein-Stimmen in %	SPD+KPD März 1933	Zentrum März 1933
35	Hochstraße 47	Loh	42,62	65,10	11,69
36	Bogenstraße 15	Loh	39,07	54,57	14,74
16	Rödigerstraße 66	Loh	36,09	49,73	13,98
39	Leimbacherstraße 4	Sedansberg	35,97	52,46	10,49
96	Meyerstraße 30 - 32	Heckinghausen	34,51	46,39	7,62
78	Ziegelstraße 6	Heckinghausen	34,17	52,63	10,41
87	Handelstraße 39	Wichlinghausen	32,53	41,07	6,21
59	Arnoldstraße 2	Bredde	32,28	43,47	9,36
70	Feldstraße 5	Bredde	32,24	42,95	7,26
05	Adolf-Hitler-Str. 321	Unterbarmen	31,34	51,08	6,67
60	Südstraße 36	Bredde	30,64	44,74	4,95
20	Alsenstraße 15	Rott	30,50	45,80	8,73

Tabelle 13: Wahllokale in W.-Elberfeld mit mehr als 30 % „Nein“-Anteil im November 1934

WB	Straße	Quartier	Nein-Stimmen in %	SPD+KPD März 1933	Zentrum März 1933
183	Nützenbergerstr. 242	Nützenberg	36,97	59,03	11,9
128	Opphoferstraße 47	Ostersbaum	36,7	56,83	9,91
141	Schleswigerstraße 12	Ostersbaum	32,16	41,16	6,92
155	Ludwigstraße 89	Höchsten	31,87	54,65	12,84

<sup>1151</sup> Analyse auf Grundlage der in der Tagespresse veröffentlichten vorläufigen amtlichen Endergebnisse.

124	Wörtherstraße 9	Ostersbaum	31,58	60,35	4,14
156	Höchsten 23	Höchsten	31,02	51,59	8,73
139	Carnapstraße 43	Höchsten	30,47	34,33	19,55

In beiden Stadtteilen überwiegen klassische Arbeiterquartiere, die bis 1933 KPD-Hochburgen waren, wie Loh, Heckinghausen oder Höchsten.

In der Hälfte der zehn Barmer Wahllokale mit den höchsten KPD-Anteilen im März 1933 lag der Nein-Stimmen-Anteil bei über 30 Prozent.<sup>1152</sup> Von den zehn Wahllokalen mit den besten SPD-Ergebnissen lagen die Nein-Stimmen in zwei Lokalen über 30 Prozent.<sup>1153</sup> Im Wahlbezirk 35, in dem mit 54 Prozent die niedrigste relative Zustimmungquote gemessen wurde, erreichten KPD und SPD im März 1933 mit 65,1 Prozent den zweithöchsten Wert aller Wuppertaler Wahllokale.

In Elberfeld finden sich unter den Wahllokalen mit über 30 Prozent Nein-Stimmen vier, die 1933 zu den zehn Hochburgen der KPD gehörten.<sup>1154</sup> Der Wahlbezirk 183 mit dem höchsten Nein-Stimmen-Anteil war 1933 der Bezirk mit dem besten SPD-Ergebnis in Elberfeld (28,06 Prozent, bei 30,97 Prozent für die KPD).

Auffällig ist auch, dass in Barmen vier, in Elberfeld drei der Wahlbezirke 1933 zweistellige Ergebnisse des Zentrums aufwiesen. Dabei gehörten die Wahlbezirke 36, 16 und besonders 139 zu den zehn Hochburgen des Zentrums und waren Schwerpunkte der katholischen Arbeiterbewegung. Hier bestätigt sich also der Befund, dass die NSDAP die schlechtesten Ergebnisse in Gebieten erzielte, die einen hohen Anteil Arbeiter und einen hohen Anteil Katholiken aufwiesen.<sup>1155</sup>

Zusammenfassend lässt sich festhalten, dass die Ergebnisse der „Volksabstimmung“ 1934, die ein massenhafter Protest mit dem Stimmzettel war, einen eindeutigen Beleg für die zu diesem Zeitpunkt vorhandene breite Basis des Widerstands liefern. Die Kerne beider klassischer Milieus, des sozialistischen wie auch des katholischen, überstanden die Phase der Machtdurchsetzung weitgehend intakt.

<sup>1152</sup> Wahlbezirke 35, 36, 96, 16, 78.

<sup>1153</sup> Wahlbezirke 78, 05.

<sup>1154</sup> Wahlbezirke 124, 128, 155, 156.

<sup>1155</sup> Jung, Plebiszit und Diktatur, S. 69.

## Die zweite Prozesswelle

*„1891 stand an derselben Stelle, an der ich heute stehe, August Bebel unter derselben Anklage. Auch damals wollte man die Arbeiterbewegung und den Klassenkampf vernichten. Das ist damals nicht gelungen und das wird auch heute nicht gelingen.“*<sup>1156</sup>

Der Versuch, Gewerkschaften wieder als Massenorganisationen aufzubauen, blieb den Verfolgungsbehörden nicht verborgen. Mit der Festnahme mehrerer wichtiger Funktionäre der Wuppertaler KPD am 17. Januar 1935, darunter der Hauptkassierer Willy Muth, war der Gestapo der entscheidende Einbruch in die neu aufgebauten Strukturen des Widerstands gelungen.<sup>1157</sup>

Die Ermittlungen wurden durch ein 40-köpfiges mobiles SD-Sonderkommando vorangetrieben, das unter dem Befehl eines SS-Führers stand, der als »Löwe vom Niederrhein« bezeichnet wurde. Die Ermittlungstaktik folgte einem Schneeballsystem, das auf der Kenntnis der Gruppenstruktur der KPD beruhte. „Der Gestapo war der Fünfergruppen-Aufbau bekannt, und so wurde jeder Genosse solange misshandelt, bis er die Namen von vier weiteren Genossen bekannt gab.“<sup>1158</sup> Unter Federführung des SD-Oberabschnitts West mit Sitz in Düsseldorf wurden so im Bergischen Land bis zum Juli 1937 in mehreren Wellen rund 1.900 Menschen verhaftet.

In einer Reihe von Massenprozessen verurteilte das Oberlandesgericht Hamm 614 von ihnen wegen Vorbereitung zum Hochverrat.<sup>1159</sup> Die Verfahren erregten als „Wuppertaler Gewerkschaftsprozesse“ in der internationalen Presse einiges Aufsehen. Mehrfach reisten Presse und Gewerkschaftsdelegationen u. a. aus Frankreich nach Wuppertal, um die Prozesse zu beobachten. Die Senate des OLG Hamm sahen sich gezwungen, von der

---

<sup>1156</sup> Aussage eines 62jährigen Angeklagten der Gewerkschaftsprozesse, zitiert in einem KPD-Bericht, BA Berlin, RY 1/I, 2/3/52, Bl. 36.

<sup>1157</sup> Ünlüdağ, Cläre Quast, S. 13-17. Dort noch der inzwischen veraltete Forschungsstand, das Berliner „Kommando z.b.V. Wecke“ sei mit den Verhaftungen im Bergischen beauftragt gewesen. Vgl. Nelles, Widerstand, S. 38.

<sup>1158</sup> Bericht der Bezirksleitung Niederrhein der KPD vom 03.12.1935, BA, SAPMO, RY 1, 3/20/44, Bl. 353. Vgl. auch KPD-Bulletin, BA Berlin, SAPMO, RY 1, 2/3/52, Bl. 34.

<sup>1159</sup> Beatrix Herlemann: Die Emigration als Kampfposten, Die Anleitung des Kommunistischen Widerstands aus Frankreich, Belgien und den Niederlanden, Königstein 1982, S. 149/150. Vgl. auch Verein zur Erforschung der sozialen Bewegungen im Wuppertal: "Vorbereitung zum Hochverrat", 70 Jahre Wuppertaler Gewerkschaftsprozesse, <http://www.gewerkschaftsprozesse.de> (2005).

Praxis abzuweichen, in der Heimatregion der „Täter“ zu verhandeln und verlegten die letzten Prozesse nach Hamm.<sup>1160</sup>

Sechzehn Personen starben im Zuge der Vorermittlungen durch Suizid oder durch die Folter der Gestapo, darunter auch drei ehemalige Kemna-Häftlinge.<sup>1161</sup> Wie bereits während der Verfahren des Jahres 1934 versuchten einzelne Angeklagte, durch Hinweise auf die Folterungen ihre während der Ermittlungen gemachten Aussagen zurückzuziehen.<sup>1162</sup>

Tabelle 14: „Gewerkschaftsprozesse“ des OLG Hamm mit mehr als 20 Angeklagten

Aktenzeichen	Angeklagte	Freisprüche & Einstellungen <sup>1163</sup>	Haftstrafen	Schuldspruchquote in %
6 O.Js. 20-35	39	6	33	84,62
6 O.Js. 36-35	57	7	50	87,72
6 O.Js. 303-35	99	0	99	100,00
6 O.Js. 339-35	80	3	77	96,25
6 O.Js. 346-35	78	5	73	93,59
6 O.Js. 433-35	102	7	95	93,14
6 O.Js. 550-35	24	3	21	87,50
6 O.Js. 555-35	38	5	33	86,84
6 O.Js. 65-36	72	31	41	56,94
6 O.Js. 250-36	73	6	67	91,78
<b>Summe</b>	<b>662</b>	<b>73</b>	<b>589</b>	<b>88,97</b>

Das Hochverratsverfahren O. Js. 250-36 wegen „Wiederaufbaus kommunistischer Zellen, Verbreitung kommunistischer Druckschriften und Unterstützung politischer Gefangener durch die Rote Hilfe in Wuppertal“ zeigt die signifikante Beteiligung ehemaliger Kemna-Häftlinge an der Untergrundarbeit. Mindestens 19 der 73 Angeklagten (26 Prozent) waren 1933/34 Schutzhäftlinge in der Kemna, acht von ihnen waren bereits 1934 im Verfahren O. J. 990–33 zu Haftstrafen verurteilt worden.

In Remscheid wurde am 22. Dezember 1934 mit Hans Salz die zentrale Figur durch Zufall beim Diebstahl von Hektografentinte festgenommen. Salz gab nach ersten Verhören im Polizeigefängnis in der Uhlandstraße zu,

<sup>1160</sup> Niermann, Strafjustiz, S. 214-217.

<sup>1161</sup> Emil Limberg, Fritz Senger und August Obermeier.

<sup>1162</sup> Urteil Prozess 6 O.Js. 339-35, StAM, GStAH, 6816.

<sup>1163</sup> Berücksichtigt wurden hier nur Verfahrenseinstellungen nach Anklageerhebung durch die Staatsanwaltschaft, nicht solche aus den Vorverfahren.

Instrukteur der KPD zu sein und als solcher Verbindungspersonen in Radevormwald, Wuppertal und Remscheid zu haben. Besonders nach dem Kontaktmann in Radevormwald wurde intensiv unter der Leitung des aus der Kemna berüchtigten Wilhelm Schild gefahndet.

„Mehrere verdächtige ehemalige Kommunisten wurden auf die Beschreibung hin geprüft. Alle Versuche, den Mann zu ermitteln, blieben bisher aber ohne Erfolg. Die Polizei in Radevormwald, Polizeimeister Schild ist gebeten, an Hand der Personalbeschreibung weitere eifrige Ermittlungen anzustellen.“<sup>1164</sup>

Das anschließende Verfahren 6 O.Js. 36-35 führte am 19. November 1935 zur Verurteilung von 52 der 59 Angeklagten zu Haftstrafen.

Als nach den ersten Verhaftungswellen die Verbindung nach Wuppertal abbriss, schickte Gustav Ferl einen Kurier in die Stadt, um etwas über die Massenverhaftungen zu erfahren. Der Kurier berichtete im Frühjahr 1936 von etwa 50 ehemaligen Sozialdemokraten unter den Verhafteten.<sup>1165</sup> In den Ermittlungs- und Prozessakten finden sich 65 Namen ehemaliger SPD-Mitglieder. Rechnet man ehemals parteilose Mitglieder der eng an die SPD angelehnten Milieuorganisationen hinzu, steigt die Zahl auf über einhundert.<sup>1166</sup>

### **Milieuerosion**

Die bereits 1932 einsetzende Erosion des sozialistischen Milieus setzte sich fort.

Die bergische Wirtschaft profitierte im Vergleich zu anderen Regionen des Reiches in den ersten Jahren der NS-Diktatur nur relativ wenig vom „Wirtschaftswunder“<sup>1167</sup> der Rüstungskonjunktur. In der in Wuppertal vorherrschenden Textilindustrie sorgte der Verlust der wichtigen Exportmärkte wie schon während des Ersten Weltkriegs für eine Verschärfung der Krise, die zunächst weitere Entlassungen und Arbeitszeitherabsetzungen zur Folge hatte. Das Reichsinnenministerium erklärte Wuppertal 1934 zum Notstands-

---

<sup>1164</sup> Vermerk Kriminal-Assistent Zimmermann vom 22.12.1934, StAM, GStAH, 5765.

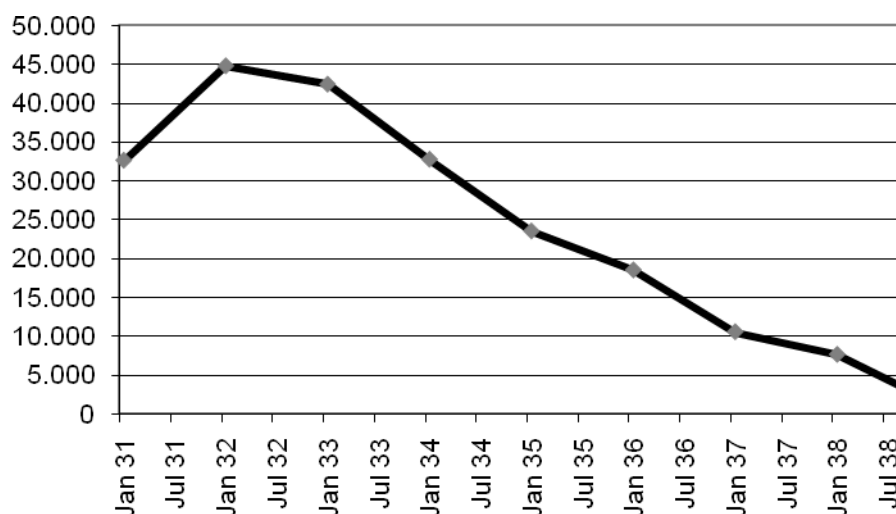
<sup>1165</sup> Bericht G. Ferl vom 26.05.1936, AdsD, SOPADE, Film 5.

<sup>1166</sup> StAM, GStA Hamm, 1. Instanz 1933-45.

<sup>1167</sup> Frei, Führerstaat, S. 98.

gebiet. Erst im Lauf des Jahres 1938 war die Arbeitslosigkeit weitgehend abgebaut.<sup>1168</sup>

Abb. 39: Gemeldete Erwerbslose in der Stadt Wuppertal 1931-1938



Die Solinger Schneidwarenindustrie profitierte zwar von Aufträgen der SA und der Wehrmacht, die Stadt blieb aber bis Ende 1936 ein Notstandsgebiet. Erst im April 1937 erreichten die Arbeitslosenzahlen in Solingen den Stand von Ende 1930.<sup>1169</sup>

Nach und nach bot sich dennoch für viele zum ersten Mal seit Jahren die Möglichkeit, den eigenen Lebensunterhalt durch Arbeit verdienen zu können. Die Verheißungen, in der „Volksgemeinschaft“ soziale Unterschiede aufzuheben, schienen durch den Schein des Aufschwungs Stück für Stück Wirklichkeit werden zu können.<sup>1170</sup> Die Verbesserung der individuellen wirtschaftlichen Situation erleichterte die Hinnahme des Regimes oder sogar die Ausöhnung mit ihm.

Bei Personen mit einer geringeren Bindung an das sozialistische Milieu zeigten die Integrationsangebote der NS-Organisationen DAF und NSV deutlich Wirkung. Auch der Arbeitsdienst mit der vordergründigen Aufhebung der Unterschiede zwischen Arm und Reich war für manchen attraktiv, erschien er

<sup>1168</sup> Verwaltungsbericht der Stadt Wuppertal für das Jahr 1936 sowie Monatsberichte des Statistischen Amtes der Stadt Wuppertal 1938.

<sup>1169</sup> Rosenthal, Solingen, S. 390; 422/423.

<sup>1170</sup> Aly, Hitlers Volksstaat, S. 49.

doch als erster Schritt zu einer klassenlosen Gesellschaft und als Ersatz für die verlorenen Organisationen der Arbeiterbewegung.<sup>1171</sup>

Ein weiterer Faktor, welcher die Resistenzkraft des Milieus schwächte, war erzwungene Mobilität, durch die nachbarschaftliche Beziehungen aufgelöst wurden. Die Einführung der Wehr- und Arbeitsdienstpflicht 1935 und die Einberufungen der Reservisten nach Kriegsbeginn 1939 rissen die jungen Männer aus dem Schutz ihrer gewohnten Milieuumgebung heraus und versetzten sie in eine als feindlich empfundene Umwelt. Ein ehemaliger SAJ'ler, zuvor Mitglied des erwähnten Goldberger TV, beschreibt die ersten Monate seines Wehrdienstes in Augsburg, die plötzliche Einsicht, niemandem trauen zu können, als einen regelrechten Schock.<sup>1172</sup>

Gezielt versuchten die Ortsgruppen der Partei, diese Verunsicherung zu verstärken, in dem sie in die Wohnblocks, die im NS-Jargon „Marxistenburgen“<sup>1173</sup> genannt wurden, zuverlässige NSDAP-Mitglieder einquartierten, um weiteres Misstrauen zu säen.<sup>1174</sup>

Das Netz der Beziehungen in den Quartiermilieus wurde so kontinuierlich grobmaschiger, die Basis zu freier Kommunikation auf Grundlage des persönlichen Vertrauens ging verloren. Zumindest außerhalb der klassischen Hochburgen gerieten die verbliebenen Milieufragmente in eine zunehmende Isolation innerhalb einer angepassten Gesellschaft.

Die hohen Zuchthausstrafen, die das OLG Hamm in der zweiten Prozesswelle auch für vergleichsweise harmlose „Vergehen“ verhängte, hatten zusätzlich eine deutlich abschreckende Wirkung auf die Basis des sozialistischen Milieus. Die Angst, selbst in den Repressionsapparat zu geraten, lähmte die noch vorhandenen Gruppen, die den Vernetzungsbemühungen der Leitungen zunehmend ablehnend gegenüberstanden. Personen, die sich neu in die Partei- und Gewerkschaftsarbeit einbinden ließen, waren für die Instrukteure nicht mehr zu finden, sodass zum ersten

---

<sup>1171</sup> Interview mit Helmut Albracht vom 17.04.2002. Zum Reichsarbeitsdienst als angeblicher „Wiege der Volksgemeinschaft“ vgl. Kiran Klaus Patel: Soldaten der Arbeit, Arbeitsdienste in Deutschland und den USA 1933-1945, Göttingen 2003, S. 142.

<sup>1172</sup> Interviews mit Kurt Matthes vom 04.11.2003 und 02.03.2004.

<sup>1173</sup> Schreiben der Ortsgruppe Unterbarmen der NSDAP aus dem August 1933, StadtAW, AfW, 76979, Bl. 14.

<sup>1174</sup> In die ehemals zur Konsumgenossenschaft „Vorwärts“ Barmen gehörenden Wohnhäuser in der Elsternstraße quartierte die Stadt in jedes Haus eine Familie ein, die zumindest mit der NSDAP sympathisierte.

Mal seit 1933 auf eine große Verhaftungswelle kein Neuaufbau der Organisation folgte. Auch Kontakte zu sozialdemokratischen Gruppen ließen sich nicht mehr herstellen, sodass die KPD von einer Einstellung der illegalen Arbeit ausging.<sup>1175</sup>

Erhebliche Auswirkungen auf die verbliebenen Reste des sozialistischen Milieus hatten die Zerstörungen durch die Bombenangriffe der Alliierten. In Wuppertal starben im Mai und Juni 1943 etwa 6.000 Einwohner, 80 Prozent der Wohnfläche wurden zerstört.<sup>1176</sup> Remscheid wurde im Juli und August 1943 Ziel eines Großangriffs.<sup>1177</sup> Im November 1944 traf es auch Solingen, dass nach zwei Großangriffen 1.200 bis 1.800 Opfer zu beklagen hatte.<sup>1178</sup> Besonders die Arbeiterviertel in den Stadtzentren waren weitgehend unbewohnbar und wurden durch Evakuierungsmaßnahmen entvölkert. Damit waren auch die verbliebenen Reste des auf familiären und nachbarschaftlichen Beziehungen beruhenden Netzes des Milieus häufig irreparabel zerstört.

### **Resistenz und Widerstand 1937-1945**

„Wir wollen Frieden. Stürzt Hitler“<sup>1179</sup>

Die zweite Prozesswelle und die zunehmende Milieuerosion entzogen dem Widerstand seine Massenbasis. Die einzige signifikante Widerstandsgruppe aus dem sozialistischen Milieu im Inland nach 1937 entstand 1942 unter der Führung des aus dem Exil zurückgekehrten KPD-Funktionärs Wilhelm Knöchel. Die Schwerpunkte der Knöchel-Organisation in Westdeutschland waren Wuppertal, Duisburg und Düsseldorf. Nach Beatrix Herlemann fanden die aus den Niederlanden eingereisten neuen Instrukteure für Westdeutschland in Wuppertal „versprengte Reste einer ehemals starken und besonders hart geprüften Parteianhängerschaft“ vor, in denen es genügend Ansprech-

---

<sup>1175</sup> Bericht der Bezirksleitung Niederrhein der KPD vom 27.12.1935, BA Berlin, SAPMO, RY 1, 3/20/44, Bl. 365/366.

<sup>1176</sup> Herbert Pogt (Hg.): Vor 50 Jahren, Bomben auf Wuppertal, Wuppertal 1993; Jörg Friedrich: Der Brand, Deutschland im Bombenkrieg 1940-1945, München 2002, S. 13-20.

<sup>1177</sup> Friedrich, Brand, S. 113.

<sup>1178</sup> Rosenthal, Solingen, S. 438/439; Friedrich, Brand, S. 159; 303.

<sup>1179</sup> Text eines in Wuppertal im Frühjahr 1942 verbreiteten Streuzettels der Knöchel-Organisation, zitiert nach Beatrix Herlemann: Auf verlorenem Posten, Kommunistischer Widerstand im Zweiten Weltkrieg, Die Knöchel-Organisation, Bonn 1986, S. 92.



partner gab, die trotz oder wegen ihrer Verfolgungserfahrungen zu einer Mitarbeit bereit waren.<sup>1180</sup>

Zu diesem Kreis zählte Hugo Ebbinghaus aus Wuppertal-Ronsdorf, ein ehemaliger Kemna-Häftling, der erster Ansprechpartner der Instrukteure Willi Seng, Alfred Kowalke und Alfons Kaps wurde.<sup>1181</sup> Ebbinghaus verschaffte insbesondere Seng zahlreiche Kontakte zu potenziellen Mitstreitern und half bei der Suche nach sicheren Unterkünften. Er hatte nach seiner Entlassung aus der Kemna Beziehungen zur illegalen Partei geknüpft und sich immer wieder mit Instrukteuren getroffen. Er lehnte es aber aufgrund seiner Erfahrungen ab, eine eigene Widerstandszelle aufzubauen und intensiv in die Verbreitung von Schriften einzusteigen.<sup>1182</sup>

Auf solche ablehnenden Äußerungen trafen Seng und der aus Wuppertal stammende Kaps noch häufig, es gelang ihnen aber unter anderem in Solingen, Wuppertal und Remscheid, ein neues Netz zu knüpfen, das auf persönlichem Vertrauen durch Jahrzehnte lange Bekanntschaft und auf familiären Bindungen auch über die Parteigrenzen hinweg aufgebaut war. Mit Paul Alker, dem Schwager von Alfons Kaps, war auch ein Wuppertaler Sozialdemokrat beteiligt. Ein weiterer Wuppertaler, Walter Böhne, war in der Kemna inhaftiert, wurde 1934 wegen „Verbreitung illegaler Schriften“ zu zwei Jahren Zuchthaus verurteilt und nach Verbüßung der Haft bis Weihnachten 1938 in den Konzentrationslagern Esterwegen und Sachsenhausen inhaftiert.<sup>1183</sup> Trotz der gesundheitlichen Schäden aus der KZ-Haft traf er sich gemeinsam mit zwei Freunden einige Male mit Kaps und las die Schriften der Knöchel-Organisation wie den „Friedenskämpfer“.<sup>1184</sup>

Ebbinghaus' Einschätzung, dass nach außen gerichtete Propagandatätigkeit der Gestapo zu viele Hinweise liefern würde, erwies sich als richtig. Im Januar 1943 wurden in Düsseldorf die ersten Angehörigen der Knöchel-Organisation verhaftet, weil der 15jährige Sohn einer der Kontaktpersonen von Kaps den Verfolgungsbehörden Hinweise gegeben hatte. Im Zuge der

---

<sup>1180</sup>Ebd., 91.

<sup>1181</sup> Herlemann, Knöchel-Organisation, S. 51-53; Heike Herrberg: "Man muss Zivilcourage haben", Waltraud Blass, in: Forschungsgruppe Wuppertaler Widerstand, Gesichter, S. 97-116, hier: S. 100/101.

<sup>1182</sup> Herlemann, Knöchel-Organisation, S. 92.

<sup>1183</sup> Antrag der Witwe an den Kreissonderhilfsausschuss vom 07.03.1946, StadtAW, AfW, 11070, Bl. 9.

<sup>1184</sup> Herlemann, Knöchel-Organisation, S. 91

Zerschlagung der Knöchel-Organisation wurden Anfang 1943 etwa 40 Wuppertaler verhaftet, von denen zwölf das Jahr 1945 nicht überlebten.<sup>1185</sup> Walter Böhne starb am 24. Mai 1944 in Untersuchungshaft im Polizei-präsidium Wuppertal, angeblich „Selbstmord durch Erhängen“.<sup>1186</sup> Paul Alker wurde am 15. August 1944 wegen seiner Beteiligung an der Verbreitung von Klebezetteln vom II. Senat des Volksgerichtshofs zum Tode verurteilt und am 5. Januar 1945 in Dortmund hingerichtet.<sup>1187</sup> Hugo Ebbinghaus, der zu acht Jahren Zuchthaus verurteilt worden war, starb im August 1945 an den Folgen der Haft.<sup>1188</sup> Der Solinger Kontaktmann Ernst Moll starb am 13. April 1944 im Gefängnis Bendahl, vermutlich in Zusammenhang mit den Folgen eines Bombenangriffs.<sup>1189</sup>

Zum Widerstand sind auch die freiwilligen Kämpfer in den Internationalen Brigaden im Spanischen Bürgerkrieg zu rechnen, deren Hauptmotiv die Aufnahme des bewaffneten Kampfs gegen den Faschismus war.<sup>1190</sup> Neben Theo Deis kämpften mindestens drei weitere Kemna-Häftlinge in den republikanischen Streitkräften: August Heill aus Wuppertal, Heinz Kiwitz aus Duisburg und Ernst Tückmantel aus Remscheid. Kiwitz ist im August oder September 1938 in der Schlacht am Ebro gefallen, Tückmantel starb 1941 im französischen Internierungslager Le Vernet.

Die Erfolge beim Aufbau der Knöchel-Organisation im Bergischen Land zeigen deutlich das weiterhin vorhandene resistente Potenzial, das auch Einzelpersonen ohne Kontakt zu illegalen Netzwerken zeigten. Einzelne Hinweise deuten darauf hin, dass trotz der NS-Rassenpolitik Kontakte zu jüdischen Freunden aufrechterhalten wurden. So besuchte eine ehemalige Gewerkschaftsangestellte ihren jüdischen Kollegen noch 1943 in einem

---

<sup>1185</sup> Drei Wuppertaler starben bereits in Untersuchungshaft, vier wurden hingerichtet, zwei starben im KZ und zwei wurden in der Wenzelnbergschlucht ermordet. Nelles, Widerstand, S. 40/41. Zu den Opfern in der Wenzelnbergschlucht vgl. Dirk Krüger: Die Morde in der Wenzelnbergschlucht vom 13. April 1943, Erich Lohmer und Hugo Breenkötter, in: Forschungsgruppe Wuppertaler Widerstand, Gesichter, S. 117-139; Dieter Nelles: Die Morde in der Wenzelnbergschlucht am 13. April 1945, <http://www.wuppertaler-widerstand.de/images/Wenzelnberg1.PDF> (2007).

<sup>1186</sup> Todesanzeige des Standesamts Wuppertal-Barmen vom 25.05.1944, StadtAW, AfW, 11070, Bl. 49.

<sup>1187</sup> Abschrift des Urteils vom 15.08.1944, StadtAW, AfW, 10942, Bl. 141.

<sup>1188</sup> Herrberg, Waltraud Blass, S. 111/112.

<sup>1189</sup> Herlemann, Knöchel-Organisation, S. 153.

<sup>1190</sup> Zur Motivation der Freiwilligen vgl. die sehr differenzierten Ausführungen bei Angela Berg: Die Internationalen Brigaden im Spanischen Bürgerkrieg 1936-1939, Essen 2005, S. 193-206.

jüdischen Krankenhaus in Düsseldorf<sup>1191</sup>; andere begleiteten jüdische Freunde am Morgen der Deportation bis zum Bahnhof, obwohl sie von Unbekannten dabei fotografiert wurden<sup>1192</sup>.

Die Volkszählung von 1939 erlaubt noch einmal einen quantifizierenden Blick auf die resistenten Milieukerne. In der Konfessionsstatistik wurde erstmalig zwischen „braunen“ und „roten“ Dissidenten unterschieden. Während der auf eine Verfügung des Reichsinnenministers Wilhelm Frick zurückgehende Begriff der „Gottgläubigkeit“ die neue „kirchenfreie deutsche Religiosität“ (Reinhard Heydrich) des Nationalsozialismus bezeichnete, wurden unter „Glaubenslose“ die alten freidenkerischen Dissidenten erfasst. Im Reichsdurchschnitt gaben so etwa 1,2 Millionen Menschen (1,5 Prozent) etwas von ihrer Gesinnung preis, was als tendenziell regimekritisch eingestuft werden konnte.<sup>1193</sup> In Wuppertal registrierten sich 2,4 Prozent als glaubenslos.

Während des Kriegs gab es Einzelne, die der festen Überzeugung waren, nichts tun zu dürfen, was ihn verlängern könnte - sei es an der Front oder in der Fabrik - und das teilweise mit an Selbstzerstörung grenzender Konsequenz. Der 23 Jahre alte Hausdiener Helmut Frère, bis 1933 Mitglied der Falken und des Jungbanners, verweigerte mit dieser Motivation eine Dienstverpflichtung in einem Rüstungsbetrieb. Er wurde daraufhin als „Arbeitsscheuer“ eingestuft, als Arbeitszwang-Reich-Häftling nach Dachau verschleppt und schließlich, 1942, im Rahmen der „Aktion 14f13“ auf Schloss Hartheim bei Linz vergast.<sup>1194</sup>

Die Bedrohung durch die Gestapo wurde nach dem 20. Juli 1944 auch für Angehörige des Milieukerns, die durch Anpassung das eigene Überleben zu sichern versuchten, noch einmal sehr konkret. Mit der am 17. August 1944 durch Gestapo-Chef Heinrich Müller ausgelösten Aktion „Gewitter“ ordnete das Reichssicherheitshauptamt die Verhaftung aller ehemals politisch aktiven Vertreter zunächst der SPD und KPD, später auch der bürgerlichen Parteien, an unabhängig davon, ob sie seit 1933 auffällig geworden waren, oder

---

<sup>1191</sup> Interview mit Hilde Gerhards vom 10.11.1980, StadtAW, NDS 22I, lfd. Nr. 33, S. 12.

<sup>1192</sup> Politischer Lebenslauf von Paul Kann, StadtAW, AfW, 11539.

<sup>1193</sup> Gailus, Nationalsozialistische Christen, S. 237/238.

<sup>1194</sup> Mintert, Reichsbanner, S. 124-126.

nicht.<sup>1195</sup> Datengrundlage der Verhaftungsaktion waren wahrscheinlich die „A-Kartei“ der im Kriegsfall festzunehmenden Personen und die Kartei „führende Männer der Systemzeit“. Da zu diesem Zeitpunkt erheblich mehr Sozialdemokraten als Kommunisten in Freiheit waren, lag deren Anteil an den Verhafteten höher.<sup>1196</sup> Allein in Wuppertal wurden 64 ehemalige sozialdemokratische Funktionäre verhaftet, andere flüchteten aus der Stadt oder tauchten unter.<sup>1197</sup> Der ehemalige Ronsdorfer KPD-Stadtverordnete und Kemna-Häftling Karl Bläcker starb im Alter von 65 Jahren am 2. März 1945 im KZ Dachau. Wegen ihres vergleichsweise hohen Alters war die Sterblichkeit der über 5.000 mit der „Gewitter“-Aktion in die Konzentrationslager eingelieferten überdurchschnittlich hoch.<sup>1198</sup>

Die Widerstandsaktivitäten aus dem sozialistischen Milieu lebten in der Schlussphase des Zweiten Weltkriegs mit der Zielrichtung noch einmal auf, den Krieg möglichst schnell zu beenden und Zerstörungen von Betrieben und Infrastruktureinrichtungen zu verhindern.

In Wuppertal war der 1890 geborene ehemalige Geschäftsführer der Schneider Produktiv-Genossenschaft „Solidarität“, Albert Sobietzky, im Juli 1944 im Rahmen der „Aktion Gewitter“ für eine Woche in Schutzhaft und entging der Einweisung in ein Konzentrationslager nur mit Glück. Er gründete Anfang 1945 eine Widerstandsgruppe, die unter dem Namen „Aktion Neues Deutschland“ auf Flugblättern Meldungen des über Langwelle ausgestrahlten US-Tarnsenders 1212 verbreitete und damit versuchte, die Kampfmoral von Wehrmacht und Volkssturm zu schwächen. Ein Flugblatt vom März 1945 zeigt den Versuch, Druck gegen die Ausführung von „Nero-Befehlen“ aufzubauen:

---

<sup>1195</sup> Gabriele Lotfi, KZ der Gestapo. Arbeitererziehungslager im Dritten Reich, Frankfurt a. M. 2003, S. 270-272; Ulrike Hett & Johannes Tuchel, Die Reaktionen des NS-Staates auf den Umsturzversuch vom 20. Juli 1944, in: Steinbach /Tuchel: Widerstand, S. 522-534, hier: S. 526-528; Stefanie Schüler-Springorum: Masseneinweisungen in Konzentrationslager: Aktion "Arbeitsscheu Reich", Novemberpogrom, Aktion "Gewitter", in: Benz / Distel: Organisation des Terrors, S. 156-164; Winfried Meyer: Aktion "Gewitter", Menschenopfer für Macht und Mythos der Gestapo, in: Dachauer Hefte 21 (2005), S. 3-20.

<sup>1196</sup> Vgl. die exemplarischen Zahlen des Gaus Weser-Ems und der Stadt Leipzig, Meyer, Aktion „Gewitter“, S. 14/15.

<sup>1197</sup> SPD Wuppertal, 1929-1979, S. 88-90. In Remscheid wurde der ehemalige Parteisekretär der SPD verhaftet. SPD Remscheid, Geschichte, S. 20.

<sup>1198</sup> Meyer, Aktion „Gewitter“, S. 19/20.

„Wer angesichts dieser Lage jetzt noch eine Brücke oder lebenswichtige Anlagen sprengt oder zerstört, - was bedeutet, dass die Bevölkerung außer dem Hungern in Unterständen, Höhlen und Kellern, ohne Wasser, Gas und Licht hausen muss, - ist ein Kriegsverbrecher und wird die ganze Truppe der daran Beteiligten nach ihrer Gefangennahme nicht mehr als Soldaten, sondern als Kriegsverbrecher abgeurteilt werden. Befehlsgemäßes Handeln wird dafür nicht mehr anerkannt.“<sup>1199</sup>

Der führende Kopf der genannten Widerstandsaktivitäten in der Brotfabrik „Germania“, Hermann Runge<sup>1200</sup>, war Ende 1936 zu neun Jahren Zuchthaus verurteilt worden, die er im Remscheider Zuchthaus Lüttringhausen verbüßte. Am 13. März 1945 flüchtete er von seinem Arbeitsplatz in dem Wuppertaler Betrieb Vorwerk & Co. mithilfe mehrerer Wuppertaler Sozialdemokraten, zu denen er über freie Arbeitskollegen Verbindungen knüpfen konnte.<sup>1201</sup> August Christmann, bis 1933 Parteisekretär im Unterbezirk Wuppertal, organisierte für Runge ein Versteck im Keller der Wohnung eines ehemaligen Distriktkassierers.<sup>1202</sup> „Abends wurde ich dann zu einem alten Genossen in Wichlinghausen gebracht. Der versteckte mich im Keller. In der Nacht kam ein Bombenangriff. Rund herum war alles zerstört. Nur das Haus, in dem ich war, stand.“<sup>1203</sup> Runges gelungene Flucht zeigt, dass auch im sozialdemokratischen Teil des Milieus zumindest Rudimente verlässlicher Strukturen erhalten geblieben waren.

Angesichts des sich deutlich abzeichnenden Endes des NS-Regimes fanden sich in Solingen und Wuppertal spontan gebildete Gruppen von einander vertrauenden Angehörigen des sozialistischen Milieus, um eine kampflose und möglichst intakte Übergabe ihrer Gemeinden an die alliierten Truppen zu er-

---

<sup>1199</sup> Abschrift eines Flugblatts der „Aktion Neues Deutschland“, Stadtarchiv Wuppertal, AfW, 76445, Bl. 26.

<sup>1200</sup> \* 28.10.1932, † 03.05.1975, Schlosser, war von 1931 bis 1933 SPD-Sekretär in Moers. Von 1949 bis 1957 war er Bundestagsabgeordneter und vertrat vier Jahre lang den Wahlkreis Solingen/Remscheid. Vgl. SPD Remscheid, Geschichte, S. 41; 43; 61; SPD-Vorstand, Gedenkbuch, S. 280/281.

<sup>1201</sup> Hermann Runge und Wilhelmine Runge, Die Moerser SPD im Kampf gegen die Nazis, in: Werkstatt Düsseldorf des Werkkreises Literatur der Arbeitswelt (Hg.), Der Rote Großvater erzählt. Berichte und Erzählungen von Veteranen der Arbeiterbewegung aus der Zeit von 1914 bis 1945, Frankfurt am Main 1974, S. 177-191, hier S. 189-191.

<sup>1202</sup> Interviews mit Kurt Matthes vom 4.11.2003 und 2.03.2004.

<sup>1203</sup> Runge/Runge: Die Moerser SPD, S. 190. Zum Angriff der R.A.F. vom 13.03.1945 mit 335 Maschinen, der 689 Todesopfer forderte vgl. Norbert Krüger: Die Zerstörung der Wuppertaler Verschiebehöfen, in: Zeitschrift des Bergischen Geschichtsvereins 85 (1970/72), S. 172-180, hier: S. 175-178.

reichen. Keine dieser Gruppen weist eine organisatorische Kontinuität zu den älteren Widerstandsgruppen aus der Zeit vor den Luftangriffen auf. Auch fehlte es an Möglichkeiten der Gruppen übergreifenden Kommunikation als Voraussetzung einer Netzbildung, sodass sich die Aktivitäten meist auf den eigenen Stadtteil beschränkten. In den Milieukernen waren aber offenbar weiterhin bestehende Bindungen vorhanden, die angesichts der bevorstehenden Befreiung aktiviert werden konnten.<sup>1204</sup>

In Solingen arbeiteten Vertreter des Bürgertums, Sozialdemokraten und Kommunisten in den letzten Kriegsmonaten in einer Gruppe zusammen, um zu verhindern, dass Solingen zum Kampfgebiet im als sinnlos empfundenen Widerstand der Wehrmacht wurde.

„Der Zusammenschluss zu einer einheitlichen Organisation [...] kam Anfang Oktober 1944 zustande. Bis zu diesem Termin standen die führenden Männer jahrelang teils auf eigene Faust, teils in kleinen Gruppen in geheimem Kampf, von dem einen Wunsche beseelt, den Nationalsozialismus zu Fall zu bringen. Schon vor dem Zusammenschluss fanden regelmäßige Besprechungen und Zusammenkünfte [...] statt. [...] Es war unser Wunsch, evtl. noch bestehende Geheimorganisationen unter einen Hut zu bringen, um unsere Schlagkraft zu steigern. [...] Wir beschlossen, dass sich jedes aktive Mitglied rücksichtslos mit seinem Leben einzusetzen und strengstes Stillschweigen über das Bestehen unserer Organisation zu halten habe, ferner, dass wir nach dem Einzug der alliierten Truppen unsere Arbeit als beendet ansehen und weder Vorteile, noch Postenjägerei bezwecken.“<sup>1205</sup>

Auch der Bezirksleiter der Solinger KPD aus dem Jahr 1934, Karl Schiffbauer, der nach seiner Haftentlassung eine neue Betriebsgruppe bei der Firma Henckels aufbauen konnte, schloss sich der „Gruppe A“ genannten Struktur an. Ein Kern von 52 Gruppenmitgliedern versuchte, in den Solinger Quartieren Stadtteilgruppen auf- und auszubauen, deren Mitglieder den Aufbau der Organisation nicht kannten.<sup>1206</sup>

Der Befehlshaber des im Ruhrkessel liegenden Verteidigungsabschnitts plante, den Widerstand befehlsgemäß fortzusetzen und gab neben den regulären Einheiten auch an Volkssturm und „Hitler-Jugend“ entsprechende

---

<sup>1204</sup> Zu diesem Schluss kam mit anderer Begrifflichkeit auch Peukert, KPD im Widerstand, S. 412.

<sup>1205</sup> Bericht über die Tätigkeit der „Gruppe A“, zitiert nach: Solinger Chronik 1945.

<sup>1206</sup> Marßolek, Arbeiterbewegung, S. 80.

Einsatzbefehle. Die Aktivisten, die sich im Heizungskeller einer Kirche trafen, wehrten sich dagegen, in dem sie unter anderem Flugblätter veröffentlichten.<sup>1207</sup> Aber auch auf einen bewaffneten Kampf mit NS-Verbänden bereiteten sich Teile der Gruppe unter der Führung Schiffbauers vor.<sup>1208</sup> Der Gruppe gelang es, innerhalb der Wehrmacht mithilfe fingierter Befehle einige Verwirrung zu stiften und verhinderte so indirekt die vorbereiteten Sprengungen, die unter anderem die Müngstener Eisenbahnbrücke getroffen hätten.

In den letzten Tagen des Krieges wagten auch in Wuppertal weitere zuvor inaktive Kleingruppen den Schritt zu aktiven Widerstandsaktionen. Offenbar kam es dabei ähnlich wie in Solingen zu Absprachen von Kommunisten und Sozialdemokraten.<sup>1209</sup> Mit Erfolg konnte durch Besetzungen die Sprengung von Brücken und Infrastruktureinrichtungen weitgehend verhindert werden. „Zu diesem Zweck stellten sie in den verschiedensten Betrieben Kommandos zusammen, die im Ernstfall die Sprengungen gewaltsam zu verhindern hatten.“<sup>1210</sup> Außerdem wurde in Flugblättern an die Bevölkerung, aber auch an Wehrmacht und Volkssturm für eine kampflose Übergabe der Stadt geworben.<sup>1211</sup> Aber auch im Volkssturm selbst waren die NS-Gegner aktiv:

„In Wuppertal-Elberfeld waren von den 20 Kompanien des Volkssturms 17 fest in unserer Hand, da die meisten Zug- und Gruppenführer entweder Antifaschisten waren oder doch durch unsere Vertrauensleute stark beeinflusst waren. Die Antifaschisten im Volkssturm hatten es sich zur Aufgabe gestellt, die Panzersperren offen zu halten und es nicht zu einer Verteidigung Wuppertals kommen zu lassen, was auch in den meisten Fällen gelang.“<sup>1212</sup>

In Remscheid bildeten bürgerliche Kräfte aus Sorge vor einer Zerstörung der Industrieanlagen infolge des „Nero-Befehls“ einen Widerstandsausschuss, an

---

<sup>1207</sup> Rosenthal, Solingen, S. 444/445.

<sup>1208</sup> Maßolek, Arbeiterbewegung, S. 81.

<sup>1209</sup> Schreiben des Aktionsausschusses der antifaschistischen Einheitsbewegung vom 24.05.1945, StadtAW, S IV, 873, Bl. 96.

<sup>1210</sup> Denkschrift des Aktionsausschusses der antifaschistischen Einheitsbewegung, abgedruckt in: Kurt Schnöring, Stunde Null in Wuppertal, Ende und Neubeginn 1945, Bottrop 1995, S. 115-122, hier: S. 118.

<sup>1211</sup> Bericht Adolf Keck vom November 1945, Stadtarchiv Wuppertal, AfW, 11549. Den Verdienst, die Sprengungen verhindert zu haben, reklamierten auch Angehörige der Bekennenden Kirche und der NS-Oberbürgermeister Heinz Gebauer für sich. Vgl. Schlingensiepen, Widerstand und verborgene Schuld, S. 113; Schnöring, Stunde Null, S. 13/14.

<sup>1212</sup> Denkschrift des Aktionsausschusses der antifaschistischen Einheitsbewegung, a.a.O.

dem sich seit Ende Januar/Anfang Februar 1945 zwei Sozialdemokraten und zwei Kommunisten beteiligten. Auch die Remscheider Gruppe war bemüht, Sprengungen zu verhindern, verfolgte dabei eher die Taktik eines Dialogs mit der Wehrmacht.<sup>1213</sup>

Nimmt man das Wiederaufflammen von widerständigem Verhalten zum Maßstab, scheint das sozialistische Milieu in Remscheid deutlich zersplitterter gewesen zu sein als in Wuppertal und Solingen.

### **Ausblick auf das Milieu nach 1945**

Aus den Widerstandsgruppen der letzten Kriegsphase entstanden nach dem Zusammenbruch des NS-Regimes dezentrale, überparteiliche Antifaschistische Ausschüsse, die in der kurzen Phase ihrer Existenz erfolglos Ansätze zu einer Überwindung der parteipolitischen Spaltung der Arbeiterbewegung auf Grundlage der Erfahrungen während der Diktatur erprobten.<sup>1214</sup>

Am 18. April 1945, nur zwei Tage nach dem Einmarsch der Amerikaner, konstituierte sich in Ohligs ein Aktionsausschuss der Antifaschistischen Volksfront Solingen, dem vier Kommunisten, zwei Sozialdemokraten und zwei parteilose Gewerkschafter unter dem Vorsitz von Paul Kaiser (SPD) und Willi Dickhut (KPD) angehörten.<sup>1215</sup> Mit Ignatz Tippkötter war aufseiten der Kommunisten auch ein ehemaliger Kemna-Häftling beteiligt.<sup>1216</sup> Tippkötter war für die Betriebsarbeit des nach der Aufnahme zweier bürgerlicher Politiker in „Aktionsausschuss“ umbenannten Gremiums zuständig. Er initiierte trotz der ablehnenden Haltung der amerikanischen Militärregierung die Wahl provisorischer Vertrauensräte, die zu Keimzellen einer neuen Gewerkschaftsorganisation werden sollten. Am 15. Mai 1945 ordnete die Besatzungsmacht zunächst die Auflösung der Betriebsausschüsse und am Folgetag der gesamten Antifa an. Zuvor war es zwischen Kommunisten und Sozialdemokraten in Personalfragen zu erheblichen Spannungen ge-

---

<sup>1213</sup> Maßsolek, Arbeiterbewegung, S. 94/95.

<sup>1214</sup> Lutz Niethammer, Ulrich Borsdorf und Peter Brandt (Hg.): Arbeiterinitiative 1945, Antifaschistische Ausschüsse und Reorganisation der Arbeiterbewegung in Deutschland, Wuppertal 1976, S. 107-109.

<sup>1215</sup> Maßsolek, Arbeiterbewegung, S. 83.

<sup>1216</sup> Tippkötter war in der Kemna wegen seines jüdisch klingenden Vornamens besonders brutal misshandelt worden. Vgl. Urteil Kemna-Prozess, HStAD, Gerichte, Rep. 29/293, S. 106.



kommen.<sup>1217</sup> Auch nach einer Neukonstituierung des Zentralausschusses im Juni 1945 kam es zu keiner konstruktiven Zusammenarbeit zwischen SPD und KPD.<sup>1218</sup>

Der antifaschistische Aktionsausschuss in Remscheid blieb ohne große Bedeutung und zeigt erneut die starke Fragmentierung der Milieustrukturen, die auch in der Endphase des Krieges offensichtlich geworden waren.<sup>1219</sup>

In Wuppertal konstituierte sich im April 1945 ein „Aktionsausschuss der antifaschistischen Einheitsbewegung“ unter dem Vorsitz des ehemaligen Kemna-Häftlings und Sozialdemokraten August Christmann, dem auf kommunistischer Seite mit Willy Spicher und Franz Gottschalk ebenfalls zwei ehemalige Kemna-Häftlinge gegenüber saßen.<sup>1220</sup> Auch in Wuppertal beendete die Militärregierung das Experiment schnell. Ein Beirat, in dem SPD und KPD nur vier der elf Mitglieder stellten, ersetzte im Juli 1945 den Aktionsausschuss.<sup>1221</sup> Zu den ersten Initiativen der Vertreter der Arbeiterparteien gehörte ein Antrag auf Wiederherstellung der Ehrengräber für die Märzgefallenen des Jahrs 1920.<sup>1222</sup>

Die Antifaschistischen Ausschüsse im Bergischen Land scheiterten zum einen an der Politik der Besatzungsmacht, die eigenständiges politisches Handeln der Deutschen ablehnte, zum anderen an den schnell wieder aufbrechenden parteipolitischen Konflikten, die ein geschlossenes Auftreten gegenüber der Militärregierung erschwerten.

Die verbliebenen resistenten Milieukerne konnten zu Kristallisationspunkten des erstaunlich schnellen Wiederaufbaus der Parteien werden. Auch wenn die Militärregierung Parteien noch gar nicht zulassen wollte, organisierten Sozialdemokraten und Kommunisten nach dem Zusammenbruch der NS-Herrschaft zügig dezentrale parteiähnliche Strukturen, die von den Besatzungsbehörden misstrauisch beobachtet wurden.

In Wuppertal wurde Franz Landowsky von der Militärregierung aus dem gerade konstituierten Beirat wieder entlassen, weil er „eine politische

---

<sup>1217</sup> Marßolek, Arbeiterbewegung, S. 87-89.

<sup>1218</sup> Die Beziehungen wurden durch die erneute Einsetzung Josef Brischs als OB, diesmal durch die Militärregierung, weiter verschlechtert. Marßolek, Arbeiterbewegung, S. 90-94.

<sup>1219</sup> Ebd., S. 94-100.

<sup>1220</sup> Schnöring, Stunde Null, S. 56/57.

<sup>1221</sup> Klebert, Wuppertal 1945 bis 1948, S. 71.

<sup>1222</sup> 6. Sitzung des Beirats am 05.09.1945, StadtAW, S IV 90.

Organisation aufgezogen habe, die er offiziell und inoffiziell SPD nannte“.<sup>1223</sup> Den Mitgliederzuwachs hinderten solche Maßnahmen nicht. Im Oktober 1945 waren es bereits rund 2.000 Mitglieder, und bis Ende 1947 erreichte die SPD in Wuppertal mit 5.564 wieder den Stand von 1931.<sup>1224</sup>

Die vorliegenden Informationen zur Altersstruktur zeigen, dass zu diesem Zeitpunkt 20 Prozent der Wuppertaler SPD-Mitglieder aus der „Generation Ebert“ und 50 bis 60 Prozent aus der „Generation Schumacher“ stammten, somit die Partei im Wesentlichen aus Personen gebildet wurde, die ihr auch schon vor 1933 angehörten.<sup>1225</sup> Nur etwa neun Prozent waren jünger als 30 Jahre und damit aus der „HJ-Generation“. Dieser vergleichsweise niedrige Anteil ist ein Hinweis auf die fragmentierende Wirkung, die das NS-Regime auf das sozialistisches Milieu ausübte: Die Zugehörigkeit zum Milieu konnte unter den Bedingungen des NS-Regimes nicht mehr weitervererbt werden.<sup>1226</sup> Gleichzeitig zeigt der hohe Anteil älterer Mitglieder und die damit verbundene personelle Kontinuität, dass die sozialdemokratischen Überzeugungen in den Milieukernen über die Zeit 1933 bis 1945 hinweg tradiert werden konnten.

In Remscheid begann der Wiederaufbau der SPD von unten in den Quartieren, wo unabhängig voneinander sozialdemokratische Gruppen entstanden - und das bereits vor dem eigentlichen Gründungstermin der SPD in Remscheid am 6. Oktober 1945.<sup>1227</sup> Ende 1947 hatte die SPD in Remscheid 1.144, mit den zum Unterbezirk gehörenden Gemeinden des Rhein-Wupperkreises 1.548 Mitglieder.

Die Solinger Sozialdemokratie formierte sich bereits unmittelbar nach dem Einmarsch der US-Truppen und knüpfte im Juni 1945 erste Verbindungen zu

---

<sup>1223</sup> Bericht über die 2. Sitzung des Beirats der Stadt Wuppertal vom 17.07.1945, StadtAW, DV 811a, Bl. 30/31. Marßolek nennt die Forderung nach der Entfernung eines NS-belasteten Betriebsdirektors als Ursache des Ausscheidens. Dieses war aber nur der willkommene Anlass, um die parteipolitischen Aktivitäten zu sanktionieren. Vgl. Marßolek, Arbeiterbewegung, S. 104.

<sup>1224</sup> Personen, die in das Nazi-Regime verstrickt waren, wurden nach Auskunft des die Kartei führenden Parteisekretärs regelmäßig ausgeschlossen, so dass der Anteil von „Wendehälsen“ eher gering einzuschätzen ist. Interview mit Kurt Matthes vom 4.11.2003. Zahlen, auch für Solingen und Remscheid, nach Marßolek, Arbeiterbewegung S. 172.

<sup>1225</sup> Zahlen aus den Jahresberichten der SPD Wuppertal 1947/48 bei Marßolek, Arbeiterbewegung, S. 173.

<sup>1226</sup> Kössler, Kommunisten in Westdeutschland, S. 62.

<sup>1227</sup> SPD Remscheid, Geschichte, S. 20-22.

anderem Ortsvereinen in Bergischen Land.<sup>1228</sup> Sie wuchs bis Ende 1947 auf 1.503, mit den zum Unterbezirk gehörenden Gemeinden des Rhein-Wupper-Kreises auf 2.713 Mitglieder.

Der erste niederrheinische Bezirksparteitag wählte am 1. Dezember 1945 in Düsseldorf den Solinger Ernst Gnoß zum Vorsitzenden und den Wuppertaler Alfred Dobbert zu dessen Stellvertreter. Erster Bezirkssekretär wurde Hermann Runge.

Auch die Kommunisten begannen mit großem Elan und einer Aufbruchsstimmung, die Till Kössler „Neuordnungseuphorie“ genannt hat, die Partei wieder aufzubauen.<sup>1229</sup> Die bereits in der Endphase des Krieges aktiven Kleingruppen waren Ausgangspunkte der ersten Organisationsansätze, die ebenfalls von unten begannen und sich am Vorbild der Partei vor 1933 orientierten.

Trotz der personellen Verluste durch Verfolgung und Krieg gelang es auch den Kommunisten in Solingen und Remscheid, ihre Hochburgen zu reaktivieren, was als ein klares Indiz für eine Kontinuität des Milieus zu interpretieren ist.<sup>1230</sup> Die Mitgliederentwicklung verlief noch stürmischer als bei den Sozialdemokraten, wobei ein hoher Anteil der 1946/47 neu eingetretenen Mitglieder vor 1933 nicht dem sozialistischen Milieu angehörte. Aber auch viele im Zuge der Stalinisierung der Weimarer KPD ausgeschlossene „Trotzkisten und KPO-Leute“ fanden den Weg zurück in die Partei.<sup>1231</sup>

Ehemalige Kemna-Häftlinge blieben in den Parteivorständen und bei der Besetzung von Ämtern und Posten deutlich in der Minderheit. Ein auf die gemeinsame Lagerzeit zurückgreifendes Vertrauensverhältnis zwischen KPD und SPD konnte so nicht zum Tragen kommen.

Die ungefährdete Vormachtstellung der KPD im linken Wählerlager des Bergischen Landes ging verloren. Das Ergebnis der Kommunalwahl am 13. Oktober 1946 brachte in Solingen ein Verhältnis von KPD- zu SPD-Wählern von 45 zu 55, in Remscheid 44 zu 56 und in Wuppertal 28 zu 72. In den Landtagswahlen im April 1947, die von den Hungerdemonstrationen des ver-

---

<sup>1228</sup> Die Initiative ging offenbar von Ernst Gnoß aus. Köhler, Gnoß, S. 37.

<sup>1229</sup> Kössler, Kommunisten in Westdeutschland, S. 40/41.

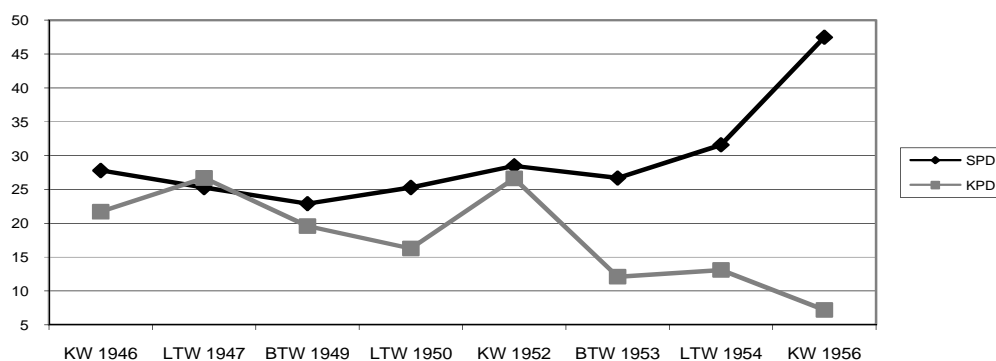
<sup>1230</sup> Stichprobenartiger Vergleich der Ergebnisse in ausgewählten Wahllokalen bei den Kommunalwahlen 1928 und 1946 auf Grundlage der in der Tagespresse veröffentlichten vorläufigen amtlichen Endergebnisse.

<sup>1231</sup> Kössler, Kommunisten in Westdeutschland, S. 73.

gangenen Winters geprägt waren, gelang der KPD im Bergischen Land bei sehr niedriger Wahlbeteiligung der einzige Wahlsieg nach 1945. In Solingen und Remscheid gewannen kommunistische Kandidaten knapp alle drei Wahlkreise, in Wuppertal verbesserte sich der Wähleranteil leicht auf 35 zu 65.<sup>1232</sup> Beide Städte blieben KP-Hochburgen, in denen Kommunisten bis zum Parteiverbot einflussreiche Positionen besetzen und die bundesweit implementierte Repressionspolitik nur zurückhaltend angewendet wurde.<sup>1233</sup> Auch in den Konsumgenossenschaften und einzelnen Gewerkschaften dominierten zunächst Kommunisten.<sup>1234</sup>

Während die KPD im Land NRW und im Bund bereits 1953/54 nur noch 2 bis 4 Prozent der Wähler erreichen konnte, gelang es der SPD in Remscheid und Solingen erst im Jahr des Parteiverbots, die KPD zu marginalisieren.

Abb. 40: Wahlergebnisse von SPD und KPD in Remscheid 1945 bis zum KPD-Verbot in Prozent<sup>1235</sup>



Nach der nationalsozialistischen Machtübernahme schienen sich zunächst die von vielen evangelischen Christen mit der NSDAP verbundenen Hoffnungen zu bestätigen. Die nationalsozialistischen Schulpolitiker beseitigten nach und nach die hart erkämpften Freien Schulen und damit das Symbol der Niederlage der evangelischen Gemeinden. Noch im Februar 1933 erging ein Erlass des zuständigen preußischen Ministers, keine Kinder mehr in die Sammelklassen aufzunehmen und die bestehenden auslaufen zu

<sup>1232</sup> Eigene Berechnungen nach den Zahlen bei Marßolek, Arbeiterbewegung, S. 176/177.

<sup>1233</sup> Kössler, Kommunisten in Westdeutschland, S. 294.

<sup>1234</sup> SPD Remscheid, Geschichte, S. 25; Kössler, Kommunisten in Westdeutschland, S. 312.

<sup>1235</sup> Zahlen nach SPD Remscheid, Geschichte, S. 53; 55; 60.

lassen.<sup>1236</sup> Am 5. Dezember 1933 beschloss die Wuppertaler Schuldeputation als ersten Schritt die Rückumwandlung von fünf Schulen in protestantische Bekenntnisschulen und die Schließung einer weiteren Freien Schule. Zum 1. April 1934 folgte der zweite Schritt mit drei weiteren Umwandlungen und der Schließung der Schulen in den ehemaligen Hochburgen der Arbeiterbewegung am Rott, in der Schützen- und in der Ziegelstraße. Mit der Umwandlung wurde der Religionsunterricht umgehend wieder Pflichtfach.<sup>1237</sup>

Das Bündnis zwischen der Kirche und den nationalsozialistischen Schulpolitikern war nur von kurzer Dauer. Der Einfluss der Kirchen auf den Unterricht in der Volksschule wurde zugunsten von Führerkult und NS-Ideologie kontinuierlich zurückgedrängt. Zum Schuljahr 1939/40 folgte der endgültige Bruch: Alle Konfessionsschulen wurden aufgehoben und in „Deutsche Volksschulen“ umgewandelt, in denen zwar noch konfessioneller Religionsunterricht erteilt, die Lehrplangestaltung aber voll in den Dienst des „Dritten Reichs“ gestellt wurde.<sup>1238</sup>

Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs interpretierte die Mehrheit der Evangelischen Kirche das NS-Regime als eine Folge des „Abfalls von Gott“, als eine Folge der Säkularisierung seit der Aufklärung und der Französischen Revolution. In den „gottfernen Mächten“ Liberalismus, Sozialismus, Demokratismus, Kommunismus und Nationalsozialismus seien die „satanischen Gewalten“ lebendig geworden. Die Kirchenmehrheit zog aus dieser Analyse den Schluss, dass nur durch eine konsequente Rechristianisierung die Schäden aus 200 Jahren Entkirchlichung geheilt werden könnten.<sup>1239</sup>

Selbstbewusst nahm die rheinische Kirche in diesem Sinn den Kampf um die Bekenntnisschule wieder auf.<sup>1240</sup> Für die christlich gebundene Schule, in der das christliche Bekenntnis alle Unterrichtsfächer erfassen sollte, kämpften die

---

<sup>1236</sup> Bajohr u.a., Freie Schulen, S. 91.

<sup>1237</sup> Klaus Goebel: Ein Volk, ein Reich, eine Schule, Die Volksschulen in Wuppertal zwischen 1933 und 1945, in: Ders.: Über allem die Partei, Schule, Kunst, Musik in Wuppertal 1933-1945, Oberhausen 1987, S. 9-48, hier: S. 15/16.

<sup>1238</sup> Ebd., S. 34/35; 37/38.

<sup>1239</sup> Günther van Norden: Einleitung, in: Ders. und Klaus Schmidt (Hg.): Sie schwammen gegen den Strom, Widersetzlichkeit und Verfolgung rheinischer Protestanten im 'Dritten Reich', Köln 2006, S. 13-21, hier: S. 14/15. Vgl. auch Clemens Vollnhals: Im Schatten der Stuttgarter Schulderklärung, Die Erblast des Nationalprotestantismus, in: Gailus /Lehmann, Nationalprotestantische Mentalitäten, S. 379-431.

<sup>1240</sup> Friedrich Blum: Die Schulpolitik der evangelischen Kirche im Rheinland von 1945 bis 1952, in: Bernd Hey und Günther van Norden: Kontinuität und Neubeginn, Die rheinische und westfälische Kirche in der Nachkriegszeit (1945-1949), Köln 1996, S. 233-252.

Kirchen und die CDU, auf der anderen Seite standen die KPD, die SPD und auch die FDP.

Die Militärregierung ordnete „unter Berücksichtigung früherer Traditionen und entsprechender Wünsche der Bevölkerung“ die Wiedereinrichtung konfessioneller Volksschulen an.<sup>1241</sup>

In Wuppertal stellten die Kirchen bereits im November 1945 formale Anträge auf Wiedereinrichtung konfessioneller Schulen.<sup>1242</sup> Die SPD wandte sich gegen eine „kalte Konfessionalisierung“ und sprach sich dagegen für eine Simultanschule aus.<sup>1243</sup> Ende März 1946 konnten die Eltern der schulpflichtigen Kinder über die erneute Einrichtung konfessioneller Volksschulen abstimmen. In Wuppertal stimmten etwa 43 Prozent der Eltern für Konfessionsschulen, darunter 27 Prozent für evangelische Volksschulen.<sup>1244</sup>

In Remscheid und Solingen lag der Anteil der Konfessionsschulen jeweils bei 25 Prozent. Diese Ergebnisse empfanden die protestantischen Gemeinden als schwere Niederlagen.<sup>1245</sup>

Während die Stadt Wuppertal das Abstimmungsergebnis umsetzte und neben 37 Simultanschulen 17 evangelische und zwölf katholische Bekenntnisschulen einrichtete, beschloss die Solinger Stadtverordnetenversammlung mit Mehrheit, die Elternabstimmung als „Ja“ oder „Nein“-Abstimmung zu interpretieren und lehnte die Einrichtung konfessioneller Schulen vollständig ab. Die britische Militärregierung wies schließlich den Stadtdirektor an, vier christliche Volksschulen zuzulassen.<sup>1246</sup>

---

<sup>1241</sup> Bajohr u.a., Freie Schulen, S. 94.

<sup>1242</sup> Beschluss des Schulausschusses vom 27.11.1945, StadtAW, D IV, 242, Bl. 6.

<sup>1243</sup> Anfrage des SPD Unterbezirks Wuppertal an die Stadtverwaltung vom 23.11.1945, StadtAW, DV, 909, Bl. 172/173.

<sup>1244</sup> Niederschrift der Sitzung des Schulausschusses vom 09.05.1946, ebd., Bl. 153.

<sup>1245</sup> Helmich, Nach dem Kirchenkampf, S. 190/191.

<sup>1246</sup> Solinger Chronik 1945-1949, 17.06. und 06.07.1946.

## **XI. Resümee**

Gewalt und Terror waren von Anfang an integrale Bestandteile des NS-Regimes. Der Terror der Machtdurchsetzungsphase manifestierte sich in frühen Konzentrationslagern, denen von den Nationalsozialisten große Bedeutung für die Unterdrückung des politischen Widerstands insbesondere aus den Reihen der sozialistischen Arbeiterbewegung zugemessen wurde.

Zur Beantwortung der zentralen Fragestellung nach den Auswirkungen der frühen Konzentrationslager auf das sozialistische Milieu wurde zunächst als Grundlage ein Überblick über den Untersuchungsraum gegeben.

Zur Annäherung an die spezifische Milieukonstellation des Bergischen Landes wurde dann die Genese des Milieus in den Mittelpunkt gerückt, wobei besonders das in der eigenen Tradition begründete Selbstbewusstsein des regionalen Milieus als „Avantgarde“ deutlich wurde. Die Untersuchung setzte Schwerpunkte auf die für die Milieuentwicklung entscheidenden Phasen und erhebt ausdrücklich nicht den Anspruch, die Geschichte der sozialistischen Arbeiterbewegung im Bergischen Land zu schreiben. Eine solche breiter und tiefer angelegte Untersuchung wäre wegen der großen Bedeutung der Region vom Frühsozialismus bis in die 1920er Jahre für die Zukunft sehr wünschenswert.

Ausgehend von der These der sozialistischen Arbeiterbewegung als einer Abspaltung im protestantischen Feld wurde im nächsten Schritt der Protestantismus im Bergischen Land historisch verortet und sein Verhältnis zum sozialistischen Milieu untersucht. Dabei konnte herausgearbeitet werden, dass die von einem nationalreligiösen Fundamentalismus geprägten protestantischen Gemeinden der Herausforderung durch die Sozialdemokratie weitgehend konzeptionslos und defensiv gegenübertraten. Nach dem Zusammenbruch des Bündnisses von Krone und Altar und dem dadurch weiter gesteigerten Bedrohungsgefühl der Gemeinden eskalierten die Spannungen in dem erbittert ausgefochtenen Schulkampf der Weimarer Republik.

Dem katholischen Milieu konnte nur wenig Aufmerksamkeit gewidmet werden. Dieser Mangel ist durch die konfessionelle Zusammensetzung der Untersuchungsregion und der mangelnden Relevanz für die zentrale Frage-

stellung vertretbar, da der katholische Bevölkerungsteil weder auf der Seite der Verfolger, noch auf der der Verfolgten signifikant in Erscheinung trat.

Das Janusgesicht Wuppertals als Hochburg der Arbeiterbewegung und des Rechtsextremismus zeigte sich in der Analyse des Aufstiegs der NSDAP und ihrer Kampfverbände.

Die dauerhafte Präsenz von Gewalt in der politischen Auseinandersetzung seit 1919, die daraus resultierende Furcht des Bürgertums vor einem Bürgerkrieg und die Eskalation in den letzten Monaten der Weimarer Republik leiteten über zur Phase der NS-Machtdurchsetzung.

Der regionale Terror kann in vier Phasen strukturiert werden, deren Untersuchung zeigte, dass das ambivalente Kräfteverhältnis zu einer Zuspitzung der Gewalt im frühen Konzentrationslager Kemna geführt hat. Anders als in anderen Regionen richtete sich diese Gewalt bis Ende 1933 mit voller Wucht, bis hin zum Mord, auch gegen die Sozialdemokratie.

Die Lagergeschichte des KZ Kemna konnte im Rahmen des Projekts ausführlich dargestellt werden. Die Kemna war fest in die staatlichen Strukturen eingebunden und sollte seine abschreckende Wirkung nicht nur auf die gefolterten Insassen, sondern auch auf die Bevölkerung des Rhein-Ruhr-Raumes entfalten.

Das Lager war ein Vorläufer zu denen des späteren KZ-Systems der IKL. Die Saal- und Tischältesten sind mit den späteren Blockältesten vergleichbar, und bereits in den frühen Lagern ist das ambivalente Verhältnis der „Funktionshäftlinge“ zwischen Wachmannschaft und Häftlingsgesellschaft angelegt. Landläufig wird die Meinung vertreten, dass in den frühen KZ überwiegend Rache am persönlich bekannten politischen Gegner geübt wurde. Überraschend konnte dagegen gezeigt werden, dass die Gewaltausübung in der Kemna sich in vielen Fällen bereits vom Individuum des Opfers abkoppelte und zu einer Routinehandlung wurde.

Der Konflikt zwischen sozialistischem Milieu und Protestantismus setzte sich auch in der Kemna fort. Die über Jahre gewachsene Nähe von Teilen der Evangelischen Kirche zur NSDAP und SA ermöglichte den Seelsorgern des Kirchenkreises Barmen ungehinderten Zugriff auf die Schutzhäftlinge, den sie zu volksmissionarischen Anstrengungen nutzten.



Weiteren Erkenntnisfortschritt verspricht eine komparatistische Studie über die Wirkung früher KZ in Regionen mit anderen Milieukonstitutionen. Zu denken wäre an Dachau, aber auch an das Württembergische Lager Heuberg oder an Oranienburg. Auch eine Gesamtschau der preußischen Lager steht noch aus.

Die Untersuchung des Milieus nach der Auflösung des Konzentrationslagers Kemna konnte zeigen, dass die Milieukerne weitgehend intakt geblieben waren. Insofern erfüllte das Lager seine Funktion nur zum Teil.

Die erstaunlich präzisen Kenntnisse und Gerüchte über die Gewalttaten in der Kemna schreckten große Teile des sozialistischen Milieus ab und waren ein zentraler Faktor für den Rückzug in eine „widerwillige Loyalität“ zum NS-Regime. Gleichzeitig sorgte der Verfolgungsdruck in den inneren Kernen des Milieus, ähnlich wie während des Sozialistengesetzes, zunächst für eine Verfestigung und Stärkung des Zusammenhalts, was sich auch an den Ergebnissen der „Volksabstimmung“ 1934 ablesen lässt. Die gemeinsam durchlittenen Verfolgungen ermöglichten auch eine teilweise Annäherung der parteipolitischen Lager des Milieus.

Die Überzeugung, auf der richtigen Seite zu stehen - sozusagen als Relikt aus den Tagen marxistischer Geschichtsgewissheit – gab den einzelnen Milieugehörigen die Kraft, den harten Weg des Widerstands zu gehen. Dies blieb jedoch immer eine individuelle Entscheidung, für die der Rückhalt des Milieus wichtige Ausgangsbasis, aber nicht hinreichende Bedingung war und die nur von wenigen getroffen wurde.

Die Basis und die Randbereiche des Milieus ließen sich, begünstigt durch den wirtschaftlichen Aufschwung, zunehmend in die NS-Gesellschaft einbinden. Die dadurch zunehmende Fragmentierung und Isolation der Milieukerne wurde durch die Zerschlagung des Widerstands 1935/36 und das zunehmende Zerbrechen der Nachbarschaftsbeziehungen durch erzwungene Mobilität verstärkt. Wehrdienst und Bombenkrieg reduzierten die Milieustrukturen auf wenige intakte Rudimente.

Diese bis 1945 resistenten Milieukerne bewahrten ihren Wertehorizont und verharrten in einer regelrechten „Stand-by-Haltung“, die nach der Befreiung den schnellen Wiederaufbau der Parteien möglich machte.

## Epilog: Anmerkungen zur Protestantisierung der Wuppertaler SPD

Wer an den Prozess der Protestantisierung der Wuppertaler Sozialdemokratie durch die ehemaligen Mitglieder der Gesamtdeutschen Volkspartei<sup>1247</sup> denkt, dem wird zuerst der Name Johannes Rau einfallen. Es stammten aber auch andere spätere Führungsfiguren der lokalen Partei aus den Reihen der „aktiven christlichen Männer und Frauen“<sup>1248</sup> der GVP, sodass man fast von einer „freundlichen Übernahme“ sprechen kann.

Auch Adolf Scheu trat im Juni 1957 im Gefolge Gustav Heinemanns von der GVP zur SPD über. Scheu stammte aus einem protestantischen Elternhaus in Württemberg. Mit 14 Jahren wurde er Mitglied des CVJM, mit 22 schloss er sich dem CSVD an und wurde für diese Partei 1932 Landesjugendwart der Jugendorganisation „Evangelische Jungfront“. 1941 kam er als Prokurist zur Flugzeugfabrik Espenlaub in Wuppertal.

Scheu, der 1952 der organisatorische Kopf bei der Gründung der Gesamtdeutschen Volkspartei war,<sup>1249</sup> überzeugte Johannes Rau von den Zielen der neuen Partei und warb ihn als Mitglied.<sup>1250</sup> Wie Erhard Eppler sich erinnert, wurde Rau in der GVP als „der junge Mann von Adolf Scheu“ wahrgenommen.<sup>1251</sup>

Während des Auflösungsprozesses der GVP in den Jahren 1956/57 gehörte Scheu zu den treibenden Kräften für ein Aufgehen der Partei in der SPD.<sup>1252</sup> Nach seinem Übertritt gelang es ihm, zügig in der neuen Partei Fuß zu fassen. In Scheus Wuppertaler Wohnung entstand der Entwurf des kirchenpolitischen Teils des Godesberger Programms, der 1959 durch den SPD-Parteitag unverändert beschlossen wurde.<sup>1253</sup> Mit der Kommunalwahl 1961 wurde er Stadtverordneter, baute seine Position über den Vorsitz im Schul-

---

<sup>1247</sup> Grundlegend: Josef Müller, Die Gesamtdeutsche Volkspartei, Entstehung und Politik unter dem Primat nationaler Wiedervereinigung 1950-1957, Düsseldorf 1990.

<sup>1248</sup> Heinemann am 18.06.1957, zitiert nach Müller, GVP, S. 393.

<sup>1249</sup> Müller, GVP, S. 241.

<sup>1250</sup> Rolf Kleine und Matthias Spruck: Johannes Rau, Eine Biographie, München/Düsseldorf 1999, S. 29-31.

<sup>1251</sup> Redebeitrag Epplers im Rahmen des wissenschaftlichen Symposiums „Versöhnen statt spalten“ des Instituts für soziale Bewegungen der RUB am 01.02.2007 in Bochum.

<sup>1252</sup> Müller, GVP, S. 387-391.

<sup>1253</sup> Kleine / Spruck, Rau, S. 41. „Der Sozialismus ist kein Religionsersatz. Die Sozialdemokratische Partei achtet die Kirchen und die Religionsgemeinschaften, ihren besonderen Auftrag und ihre Eigenständigkeit.“ Grundsatzprogramm der SPD vom 15.11.1959, in: Vorstand der SPD (Hg.): Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1958/59, Hannover/Bonn 1960, S. 373-386, hier: S. 382.

und Wirtschaftsförderungsausschuss bis zum stellvertretenden Fraktionsvorsitzenden aus.

Bei den Bundestagswahlen 1969 verteidigte die Wuppertaler SPD beide Direktmandate. Neben Kurt Matthes, der in der SAJ und dem SJV politisch sozialisiert worden war, wurde der ehemalige Funktionär der Evangelischen Jungfront, Adolf Scheu, gewählt.<sup>1254</sup> Ein aus dem sozialistischen Milieu der Weimarer Republik hervorgegangener Kandidat und, auf gleicher Augenhöhe, ein Kandidat, der dem protestantisch-konservativen Bürgertum entstammte, symbolisieren den Wandel in der Wuppertaler SPD. Scheu vertrat den Wahlkreis Wuppertal-West bis zu seinem Tod am 20. Dezember 1978.

Die SPD-Karriere des ehemaligen GVP-Kreisvorsitzenden in Wuppertal, Johannes Rau, verlief noch deutlich steiler: Sieben Monate nach seinem Eintritt in die SPD im Juni 1957 wurde er bereits in einer Kampfabstimmung zum Unterbezirkvorsitzenden der Jungsozialisten gewählt. Außerdem setzte er sich am 2. April 1958 auf der Nominierungskonferenz für die Direktkandidaten der kommenden Landtagswahl mit Fritz Sack gegen einen Konkurrenten durch, der noch im sozialistischen Milieu sozialisiert wurde. Sack war nach 1945 erster Geschäftsführer der Partei<sup>1255</sup> und 1958 Arbeitsdirektor der Wuppertaler Stadtwerke.<sup>1256</sup> Am Wahltag gelang es ausgerechnet dem Seiteneinsteiger Rau, als erstem SPD-Kandidaten in Wuppertal, seinen Wahlkreis direkt zu gewinnen.<sup>1257</sup>

Für zehn Monate war Rau auch Wuppertaler Oberbürgermeister, bevor ihn Ministerpräsident Heinz Kühn 1970 in sein Kabinett berief. Auf Rau folgte der langjährige Verwaltungsleiter der Kirchlichen Hochschule Wuppertal, Gottfried Gurland, der das Amt des Oberbürgermeisters für 14 Jahre ausüben sollte. Gurland gehörte bis 1957 der GVP in Bremen an.<sup>1258</sup>

Rau, seiner Sozialisation und seinem Lebensgefühl nach ein Bürgerlicher, sah sich ausdrücklich als ein Fürsprecher protestantischer Anliegen, ohne in die Gräben vergangener Kulturkämpfe zurückzukehren. Als Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion hatte er beispielsweise 1967 großen Anteil am Haupt-

---

<sup>1254</sup> SPD in Wuppertal, 1929-1979, S. 74.

<sup>1255</sup> Mit Fritz Sack, Kurt Matthes und Heinz Klunker hatte die SPD in Wuppertal in den ersten Nachkriegsjahren drei hauptamtliche Sekretäre. Interview mit Kurt Matthes vom 04.11.2003.

<sup>1256</sup> Kleine/Sprunk, Rau, S. 44/45.

<sup>1257</sup> SPD Wuppertal, 1929-1979, S. 70

<sup>1258</sup> Ebd., S. 74.

schulkompromiss, der die Entkonfessionalisierung dieser Schulform einleitete.<sup>1259</sup>

Geprägt von der „Barmer Erklärung“ und den Pfarrern der gegenüber dem Nationalsozialismus resistenten Gemeinde Barmen-Gemarke, gehörte auch die Erinnerung an das Unrecht der nationalsozialistischen Vergangenheit zu Raus Leitmotiven. Dabei war ihm das Fehlen der siebten These der „Barmer Erklärung“, der Stellungnahme zum Terror der Machtdurchsetzung und zum Antisemitismus, schmerzlich bewusst. Das frühe Konzentrationslager in seiner Heimatstadt war für Rau ein Symbol dieses Versagens.<sup>1260</sup> „Aus unserer Scham angesichts der Barbarei, aus unserer Zuwendung zu ihren Opfern erwächst damit eine bitter notwendige demokratische Moral und Verpflichtung“, so Rau 1980 über die zu ziehenden Konsequenzen.<sup>1261</sup>

Der Eintritt in die SPD wurde von den ehemaligen GVP-Mitgliedern als erster Schritt empfunden, um die in der Thron- und Altarpolitik begründete Entfremdung der Arbeiterbewegung von der protestantischen Kirche rückgängig zu machen.<sup>1262</sup> Man könnte zugespitzt sagen, dass mit Rau, Gurland und Scheu auch in Wuppertal eine Versöhnung der Sozialdemokratie mit ihren protestantischen Wurzeln, ein Brückenschlag zwischen zwei Menschen- und Weltbildern stattgefunden hat. Der „Durchmarsch“ der durch die Schule der frühen Verantwortung geprägten ehemaligen GVP-Mitglieder in den Partiegremien der SPD zeigt aber auch zwei Jahre vor Godesberg das endgültige Ende der Sozialdemokratie als Milieupartei an.

---

<sup>1259</sup> Heinz Kühn: Aufbau und Bewährung, Die Jahre 1945-1978, Hamburg 1981, S. 231-234.

<sup>1260</sup> Rau, Dankesrede zur Verleihung des Karl-Barth-Preises, wie Fußnote 751.

<sup>1261</sup> „Vorwort zum Nachdruck des Buches Kemna“, in: Ibach, Kemna (1980), S. VII.

<sup>1262</sup> Müller, GVP, S. 394/395.

## **XII. Quellenverzeichnis**

### **Archivalische Quellen**

#### **Bundesarchiv Berlin**

Bestand KPD (SAPMO, RY 1)  
Bestand SA (NS 23)  
Bestand Oberstes Parteigericht der NSDAP (NS 36)  
Bestand Parteikorrespondenz der NSDAP (BDC)  
Bestand Reichsjustizministerium (R 22)  
Bestand Reichssicherheitshauptamt (R 58)  
Sammlung Schumacher

#### **Archiv der sozialen Demokratie, Bonn**

Bestand Emigration SOPADE

#### **Landesarchiv NRW – Hauptstaatsarchiv Düsseldorf**

Bestand Generalstaatsanwaltschaft Düsseldorf (Gerichte Rep. 18, Rep. 321)  
Bestand Justizvollzug: Strafanstalten (Gerichte Rep. 147, Rep. 338)  
Bestand Personalakten (BR-PE)  
Bestand BR 1021  
Bestand Regierung Düsseldorf  
Bestand Sondergericht Düsseldorf (Gerichte Rep. 114)  
Bestand Staatsanwaltschaft Düsseldorf (Gerichte Rep. 372)  
Bestand Staatsanwaltschaft Elberfeld bzw. Wuppertal (Gerichte Rep. 5, Rep. 29, Rep. 191, Rep. 240)  
Bestand Stapo(leit)stelle Düsseldorf (RW 58)

#### **Landesarchiv NRW – Staatsarchiv Münster**

Bestand Generalstaatsanwaltschaft beim Oberlandesgericht Hamm 1. Instanz 1933-1945

#### **Archiv der Evangelischen Kirche im Rheinland, Düsseldorf**

Bestand 1 OB 002 (Evangelisches Konsistorium der Rheinprovinz)

#### **Stadtarchiv Düsseldorf**

Bestand Amt für Wiedergutmachung (XXXII)

#### **Stadtarchiv Remscheid**

Bestand Amt für Wiedergutmachung  
Verwaltungsberichte der Stadt Remscheid (Y REM 5.3)

#### **Stadtarchiv Solingen**

Bestand Amt für Wiedergutmachung

#### **Stadtarchiv Wuppertal**

Bestand Amt für Wiedergutmachung  
Bestand Stadtrats- und Ausschussprotokolle (DV)

Adressbücher  
Verwaltungsberichte der Stadt Wuppertal  
Sammlung Konsumgenossenschaft „Vorwärts-Befreiung“ (J 21)  
Depositum Helmut Hirsch (NDS 148)  
Depositum Sozialistische Arbeiter-Jugend Wuppertal (NDS 151)  
Depositum Günther van Norden (NDS 221)

### **Archiv der Begegnungsstätte Alte Synagoge Wuppertal**

Sammlung Fritz Braß

### **Archiv der Vereinigung der Verfolgten des Nazi-Regimes Wuppertal**

Ehrenliste der Toten des antifaschistischen Widerstands in Wuppertal

### **Archiv der Evangelischen Kirchengemeinde Hückeswagen**

Protokollbücher des Presbyteriums 1920-1940 (A1-1.12)

#### **Periodika**

Bergische Arbeiterstimme 1910  
Bergische Landeszeitung 1933  
Bergisch-Märkische Zeitung 1932/33  
Freie Presse 1898-1933 (SPD-Parteizeitung)  
General-Anzeiger für Elberfeld-Barmen/Wuppertal 1906-1962  
Konsumgenossenschaftliche Rundschau 1907  
Remscheider General-Anzeiger 1933-1935  
Rheinische Landeszeitung und Vorgänger 1932-1936  
Täglicher Anzeiger 1932/33  
Volkstribüne 1919-1922

#### **Zeitgenössische Schriften**

*ADGB Ortsausschuss Barmen-Elberfeld-Vohwinkel*: Jahrbuch 1924, Unter Berücksichtigung des Jahres 1923, Barmen 1924.

*Bundesvorstand des Reichsbanners Schwarz-Rot-Gold*: Bericht zur Bundesgeneralversammlung vom 16. bis 19. Februar 1933 in Berlin, Magdeburg 1933.

*Deutschland-Berichte der Sopade*: Erster Jahrgang 1934, Nachdruck Frankfurt a. M. 1980.

*Fleißner, Hermann*: Genossenschaften und Arbeiterbewegung, Dresden 1911.

*Gewerkschaftskommission Elberfeld*: Tätigkeits-Bericht über die Zeit vom 1. Januar 1907 bis 31. Dezember 1907, Elberfeld 1908.

*Goebbels, Joseph*: Vom Kaiserhof zur Reichskanzlei, München 1934.

*Gumbel, Emil Julius*: Verschwörer, Beiträge zur Geschichte und Soziologie der deutschen nationalistischen Geheimbünde seit 1918, Wien 1924.

- Hauptvorstand der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Lehrer und Lehrerinnen (Hg.):* Proletarischer Schulkampf, Referenten-Material für die Elternbeiratswahlen, Berlin o. J.
- Kirchengemeinde Langerfeld:* 100 Jahre Kirchengemeinde Langerfeld, Festschrift zum 100jährigen Jubiläum ihrer kirchlichen Selbstständigkeit am 27. und 28. September 1930, Wuppertal 1930.
- Koch, Wilhelm (Bearb.):* Geschichte des Ortsvereins Typographia Barmen, Verband der deutschen Buchdrucker, herausgegeben aus Anlass der Feier des 50 jähr. Bestehens, Barmen 1914.
- Konsum- und Produktivgenossenschaft "Befreiung":* Geschäftsbericht der Konsum- und Produktivgenossenschaft "Befreiung" über das 9. Geschäftsjahr 1906/07, Elberfeld 1907.
- Konsum- und Produktivgenossenschaft "Befreiung":* Geschäftsbericht der Konsum- und Produktivgenossenschaft "Befreiung" über das 10. Geschäftsjahr 1907/08, Elberfeld 1908.
- Konsum- und Produktivgenossenschaft "Befreiung":* Jahresbericht für das Geschäftsjahr 1908/09, mit einem Rückblick auf die zehnjährige Entwicklung der Genossenschaft von 1899 bis 1909, Elberfeld 1909.
- Konsum- und Produktivgenossenschaft "Befreiung":* Geschäftsbericht der Konsum- und Produktivgenossenschaft "Befreiung" über das 14. Geschäftsjahr 1911/12, Elberfeld 1912.
- Konsumgenossenschaft „Vorwärts“:* Bericht über das 19. Geschäftsjahr 1917/18, Barmen 1918.
- Konsumgenossenschaft "Vorwärts-Befreiung":* Bericht über das 26. Geschäftsjahr 1924/25, Hagen/Westfalen 1925.
- Konsumgenossenschaft "Vorwärts-Befreiung":* Bericht über das 28. Geschäftsjahr 1926/27, Hagen/Westfalen 1927.
- Konsumgenossenschaft "Vorwärts-Befreiung":* Bericht über das 29. Geschäftsjahr 1927/28, Elberfeld 1928.
- Konsumgenossenschaft "Vorwärts-Befreiung":* Bericht über das 30. Geschäftsjahr 1928/29, Hagen/Westfalen 1929.
- Konsumgenossenschaft "Vorwärts-Befreiung":* Bericht über das 31. Geschäftsjahr 1929/30, Wuppertal 1930.
- Konsumgenossenschaft "Vorwärts-Befreiung":* Bericht über das 32. Geschäftsjahr 1930/31, Hagen/Westfalen 1931.
- Konsumgenossenschaft Wuppertal:* Bericht über das 1. (48.) Geschäftsjahr 1947, Wuppertal 1948.
- Niederrheinisches Agitationskomitee (Hg.):* Sozialdemokratische Parteitage für die Rheinprovinz und den Niederrhein von 1889 - 1909 mit einem Anhang Statistisches von der Landtagswahl 1908, Elberfeld 1910.
- Rote Hilfe Deutschland (Hg.):* Die Nazi-Morde in Hückeswagen, Berlin o. J. [1932].
- Oberbürgermeister der Stadt Elberfeld (Hg.):* Festschrift zur Tausendjahrfeier des Bergischen Landes, Elberfeld 1925.

- Seger, Gerhart*: Oranienburg, Erster authentischer Bericht eines aus dem Konzentrationslager Geflüchteten, Karlsbad 1934.
- Sozialdemokratischer Verein Elberfeld-Barmen*: Jahres-Bericht für das Geschäftsjahr 1911/12, Elberfeld 1912.
- Sozialdemokratischer Verein Elberfeld-Barmen*: Jahres-Bericht für das Geschäftsjahr 1912/13, Elberfeld 1913.
- Verlagsanstalt proletarischer Freidenker*: Der revolutionäre Schulkampf, Politische und organisatorische Anweisungen für die Elternbeiräte der Liste "Proletarischer Schulkampf", sowie alle auf dem Schulgebiet arbeitenden Funktionäre, Berlin o. J. [1930].
- Volkschor Radevormwald (Hg.)*: Fest-Buch aus Anlass des 25jährigen Bestehens 1907 bis 1932, Radevormwald 1932.
- Vorstand der SPD (Hg.)*: Jahrbuch der deutschen Sozialdemokratie für das Jahr 1927, Berlin 1928.
- Vorstand der SPD (Hg.)*: Jahrbuch der Deutschen Sozialdemokratie für das Jahr 1930, Berlin 1931.

### **XIII. Literaturverzeichnis**

- Aders, Gebhard*: Das SA-Lager am Hochkreuz in Köln-Porz, in: Jan Erik Schulte (Hg.): Konzentrationslager im Rheinland und in Westfalen 1933-1945, Zentrale Steuerung und regionale Initiative, Paderborn 2005, S. 25-31.
- Albel, Ursula und Schott, Christian*: Verfolgt, Angeklagt, Verurteilt, Politischer Widerstand und oppositionelles Verhalten in Wuppertal 1933-1945, Dokumentation biographischer Daten, Verfahren, Anklagen, (= Verfolgung und Widerstand in Wuppertal, Bd. 5), Grafenau 2001.
- Allen, William Sheridan*: Die sozialdemokratische Untergrundbewegung: Zur Kontinuität der subkulturellen Werte, in: Jürgen Schmädke und Peter Steinbach (Hg.): Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler, München 1985, S. 849-866.
- Aly, Götz*: Hitlers Volksstaat, Raub, Rassenkrieg und nationaler Sozialismus, Frankfurt am Main 2005.
- Améry, Jean*: Jenseits von Schuld und Sühne, Bewältigungsversuche eines Überwältigten, Stuttgart 1977.
- Angermund, Ralph*: Korruption im Nationalsozialismus, Eine Skizze, in: Christian Jansen, Lutz Niethammer und Bernd Weisbrod (Hg.): Von der Aufgabe der Freiheit, Politische Verantwortung und bürgerliche Gesellschaft im 19. und 20. Jahrhundert, (= FS Hans Mommsen), Düsseldorf 2000, S. 371-383.
- Backhaus, Frieder*: Die Evangelische Gemeinde Remscheid in der Zeit des Nationalsozialismus, in: Michael Mahlke (Hg.): Remscheid in der Zeit des Nationalsozialismus, Remscheid 1995, S. 66-83.
- Baganz, Carina*: Erziehung zur "Volksgemeinschaft"? Die frühen Konzentrationslager in Sachsen 1933-34/37, (= Geschichte der Konzentrationslager 1933-1945, Bd. 6), Berlin 2005.



- Bajohr, Frank, Behrens-Cobet, Heidi und Schmidt, Ernst:* Freie Schulen, Eine vergessene Bildungsinitiative, Essen 1986.
- Bajohr, Frank:* Parvenüs und Profiteure, Korruption in der NS-Zeit, Frankfurt am Main 2001.
- Balistier, Thomas:* Gewalt und Ordnung, Kalkül und Faszination der SA, Münster 1989.
- Becker, Frank:* Protestantische Euphorien, 1870/71, 1914, 1933, in: Manfred Gailus und Hartmut Lehmann (Hg.): Nationalprotestantische Mentalitäten, Konturen, Entwicklungslinien und Umbrüche eines Weltbildes, Göttingen 2005, S. 19-44.
- Bendig, Volker:* 'Von allen Höllen vielleicht die grausamste', Das Konzentrationslager in Brandenburg an der Havel 1933-1934, in: Wolfgang Benz und Barbara Distel (Hg.): Instrumentarium der Macht, Frühe Konzentrationslager 1933-1937, Berlin 2003, S. 103-109.
- Bendig, Volker:* Unter Regie der SA, Das Konzentrationslager Börnicke und das Nebenlager Meissnershof im Osthavelland, in: Wolfgang Benz und Barbara Distel (Hg.): Instrumentarium der Macht, Frühe Konzentrationslager 1933-1937, Berlin 2003, S. 97-101.
- Benz, Wolfgang:* Geschichte des Dritten Reiches, München 2000.
- Benz, Wolfgang:* Mitglieder der Häftlingsgesellschaft auf Zeit, "Die Aktionsjuden" 1938/39, in: Dachauer Hefte 21 (2005), S. 179-196.
- Benz, Wolfgang und Distel, Barbara (Hg.):* Frühe Lager, Dachau, Emslandlager, (= Der Ort des Terrors, Geschichte der nationalsozialistischen Konzentrationslager, Bd. 2), München 2005.
- Berg, Gerhard:* Die politische und wirtschaftliche Situation in Radevormwald 1924-1934 unter besonderer Berücksichtigung der nationalsozialistischen Machtdurchsetzung, Examensarbeit Universität Wuppertal, 1987.
- Berg, Angela:* Die Internationalen Brigaden im Spanischen Bürgerkrieg 1936-1939, Essen 2005.
- Bergmann, Theodor:* "Gegen den Strom", Zur Geschichte der Kommunistischen-Partei-Opposition, Hamburg 1987.
- Bettecken, Wilhelm:* Zwischen Anpassung und Widerstand, Die katholische Kirche in Wuppertal von 1933 bis 1945, in: Klaus Goebel (Hg.): Wuppertal in der Zeit des Nationalsozialismus, Wuppertal 1984, S. 117-131.
- Beyer, Heinz:* Arbeit steht auf uns'rer Fahne und das Evangelium, Sozialer Protestantismus und bürgerlicher Antisozialismus im Wuppertal 1880-1914, Reinbek 1985.
- Bibliothek der FES:* Der sozialdemokratische Pressedienst 1928-1933, <http://library.fes.de/cgi-bin/populo/spdpdalt.pl> (2006).
- Bilstein, Jochen:* Die Verfolgung von Jüdinnen und Juden in Remscheid, in: Michael Mahlke (Hg.): Remscheid in der Zeit des Nationalsozialismus, 1995, S. 109-130.
- Blasius, Dirk:* Weimars Ende, Bürgerkrieg und Politik 1930-1933, Göttingen 2005.

- Bludau, Kuno*: Gestapo - geheim! Widerstand und Verfolgung in Duisburg 1933-1945, (= Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bd. 98), Bonn 1973.
- Blum, Friedrich*: Die Schulpolitik der evangelischen Kirche im Rheinland von 1945 bis 1952, in: Bernd Hey und Günther van Norden (Hg.): Kontinuität und Neubeginn, Die rheinische und westfälische Kirche in der Nachkriegszeit (1945-1949), Köln 1996, S. 233-252.
- Boberach, Heinz*: Die Verfolgung von Verbrechen gegen die Menschlichkeit durch deutsche Gerichte in Nordrhein-Westfalen 1946 bis 1949, in: Geschichte im Westen 12 (1997), S. 7-23.
- Boch, Rudolf und Krause, Manfred*: Historisches Lesebuch zur Geschichte der Arbeiterschaft im Bergischen Land, (= Schriftenreihe der Otto Brenner Stiftung, Bd. 33), Köln 1983.
- Boch, Rudolf*: Handwerker-Sozialisten gegen Fabrikgesellschaft, Lokale Fachvereine, Massengewerkschaft und industrielle Rationalisierung in Solingen 1870 bis 1914, (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 67), Göttingen 1985.
- Boll, Friedhelm*: Die deutsche Sozialdemokratie und ihre Medien, Wirtschaftliche Dynamik und rechtliche Formen, Bonn 2002.
- Borgstedt, Angela*: Der südbadische Ankenbuck: Arbeiterkolonie und Konzentrationslager, in: Wolfgang Benz und Barbara Distel (Hg.): Herrschaft und Gewalt, Frühe Konzentrationslager 1933-1939, Berlin 2002, S. 211-229.
- Bourdieu, Pierre*: Zur Soziologie der symbolischen Formen, Frankfurt am Main 1991.
- Bracher, Karl Dietrich*: Stufen der Machtergreifung, in: Karl Dietrich Bracher, Wolfgang Sauer und Gerhard Schulz (Hg.): Die nationalsozialistische Machtergreifung, Studien zur Errichtung des totalitären Herrschaftsystems in Deutschland 1933/34, Opladen/Köln 1960, S. 29-368.
- Bramann, Wilhelm*: Die Reichstagswahlen im Wahlkreis Solingen 1867-1890, (= Schriften zur rheinischen Geschichte, Bd. 1), Köln 1973.
- Braß, Friedrich*: Kemna-Bericht 1933/34, Nach einer handschriftlichen Fassung des Autors aus dem Jahr 1934, kommentiert und mit Anmerkungen versehen von David Magnus Mintert und mit einem Vorwort von Ulrike Schrader, Wuppertal 2008.
- Braun, Bernd und Eichler, Joachim (Hg.)*: Arbeiterführer Parlamentarier Parteiveteran, Die Tagebücher des Sozialdemokraten Hermann Molkenbuhr 1905 bis 1927, (= Schriftenreihe der Reichspräsident-Friedrich-Ebert-Gedenkstätte, Bd. 8), München 2000.
- Braun, Bernd*: Die 'Generation Ebert', in: Klaus Schönhoven und Bernd Braun (Hg.): Generationen in der Arbeiterbewegung, München 2005, S. 69-86.
- Breidenbach, Armin*: Widerstand und Verfolgung in Remscheid 1933-1945, Wuppertal 1983.

- Breidenbach, Armin*: Widerstand und Verfolgung in Remscheid 1933-1945, Remscheider Widerstandskämpferinnen und -kämpfer, Oppositionelle und Verfolgte, Berlin 1992.
- Breidenbach, Armin, Kramer, Bernd u.a.*: Widerstand und Kunst, Beiträge und Materialien zum Leben & Werk von Gustav Kramer 1911 - 1972, Berlin 2006.
- Breidenbach, Armin*: Verfolgung und Widerstand in Remscheid 1933-1945, Ein Beispiel: Gustav Kramer, in: Ders., Bernd Kramer u.a. (Hg.): Widerstand und Kunst, Beiträge und Materialien zum Leben & Werk von Gustav Kramer 1911 - 1972, Berlin 2006, S. 47-68
- Broszat, Martin*: Die nationalsozialistischen Konzentrationslager 1933 -1945, in: Hans Buchheim, Martin Broszat u.a. (Hg.): Anatomie des SS-Staates, Bd. 2, 1967, S. 11-133.
- Broszat, Martin, Fröhlich, Elke und Wiesemann, Falk (Hg.)*: Bayern in der NS-Zeit, 6 Bd., München, Wien 1977-1983.
- Broszat, Martin*: Resistenz und Widerstand, Eine Zwischenbilanz des Forschungsprojekts, in: Ders. u.a.: Bayern in der NS-Zeit, Bd. IV, München 1983, S. 691-709.
- Brychta, Elke und Eckardt, Uwe (Hg.)*: KZ Kemna 1933-1934, Eine Quelldokumentation, (= Informationen aus dem Stadtarchiv, Bd. 3), Wuppertal 1984.
- Buck, Kurt und Weißmann, Hannelore*: Auf der Suche nach den Moorsoldaten, Emslandlager 1933 - 1945 und die historischen Orte heute, Papenburg 2003.
- Buschak, Willy*: "Arbeit im kleinsten Zirkel", Gewerkschaften im Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Hamburg 1993.
- Damaschke, Sabine*: Zwischen Anpassung und Auflehnung, Die Lage der Wuppertaler Textilarbeiterschaft in der Mitte des 19. Jahrhunderts, Wuppertal 1992.
- Danckwortt, Barbara*: Die Kasernen General-Pape-Straße - ein frühes Konzentrationslager in Berlin, in: Akim Jah, Christoph Kopke u.a. (Hg.): Nationalsozialistische Lager, Neue Beiträge zur NS-Verfolgungs- und Vernichtungspolitik und zur Gedenkstättenpädagogik, Münster 2006, S. 62-78.
- Danker, Uwe, Oddey, Markus u.a.*: Am Anfang standen Arbeitergroßen, 140 Jahre Medienunternehmen der SPD, Bonn 2003.
- DGB Kreis Düsseldorf (Hg.)*: Verfolgung und Widerstand in Düsseldorf 1933 bis 1945, Ein Stadtführer, Düsseldorf 1989.
- Dickhut, Willi*: So war's damals, Tatsachenbericht eines Solinger Arbeiters 1926 - 1946, Stuttgart 1979.
- Diederichs, Urs Justus*: Die Remscheider Stadtverwaltung in der NS-Zeit, in: Michael Mahlke (Hg.): Remscheid in der Zeit des Nationalsozialismus, Remscheid 1995, S. 25-35.
- Diels, Rudolf*: Lucifer ante portas, Es spricht der erste Chef der Gestapo, Stuttgart 1950.

- Diercks, Herbert:* Fuhlsbüttel - das Konzentrationslager in der Verantwortung der Hamburger Justiz, in: Wolfgang Benz und Barbara Distel (Hg.): Terror ohne System, Die ersten Konzentrationslager im Nationalsozialismus, Berlin 2001, S. 261-308.
- Dietz, Walter:* Die Wuppertaler Garnnahrung, Geschichte der Industrie und des Handels von Elberfeld und Barmen von 1400 bis 1800, (= Bergische Forschungen, Bd. 4), Neustadt/Aisch 1957.
- Diewald-Kerkmann, Gisela:* Politische Denunziation im NS-Regime oder die kleine Macht der Volksgenossen, Bonn 1995.
- Dittmann, Wilhelm:* Erinnerungen, Bearbeitet und eingeleitet von Jürgen Rojahn, 3 Bd., Frankfurt a.M. 1995.
- Dollard, John, Doob, Leonhard W. u.a.:* Frustration und Aggression, Weinheim 1971.
- Dorf Müller, Joachim:* Mendelssohn Bartholdy, Mahler und Hindemith waren verboten, Beethoven, Mozart und Wagner erlaubt, Ein Beitrag zur Wuppertaler Musikszene 1933 bis 1945, in: Klaus Goebel (Hg.): Über allem die Partei, Schule, Kunst, Musik in Wuppertal 1933-1945, Oberhausen 1987, S. 85-104.
- Dörner, Bernward:* Das KZ in der Mitte der Stadt: Oranienburg, in: Wolfgang Benz und Barbara Distel (Hg.): Terror ohne System, Die ersten Konzentrationslager im Nationalsozialismus, Berlin 2001, S. 123-138.
- Döscher, Hans-Jürgen:* "Reichskristallnacht", Die Novemberpogrome 1938, München 2000.
- Dowe, Dieter:* Aktion und Organisation, Arbeiterbewegung, sozialistische und kommunistische Bewegung in der preußischen Rheinprovinz 1820 - 1852, (= Schriftenreihe des Forschungsinstituts der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bd. 78), Hannover 1970.
- Drinhaus, Monika:* Der Kirchenkampf in den evangelischen Kirchengemeinden Langerfeld und Gemarke 1933-1939, Examensarbeit Pädagogische Hochschule Wuppertal 1971.
- Drobisch, Klaus und Wieland, Günther:* System der NS-Konzentrationslager 1933-1939, Berlin 1993.
- Dürhager, Hans, Hoffmann, Dietrich und Motte, Wolfgang:* Begleitheft zu den Gedenktafeln am Bürgerhaus in Radevormwald, o. O. [Radevormwald] o. J. [2005].
- Düwell, Kurt:* Der Umbruch 1933/34 auf der Düsseldorfer Ebene der staatlichen Mittelinstanz, Voraussetzungen für die spätere nationalsozialistische Entmachtung des Regierungspräsidiums, in: Markus Dreist (Hg.): Die Düsseldorfer Bezirksregierung zwischen Demokratisierung, Nazifizierung und Entnazifizierung, Eine staatliche Mittelbehörde an der Schnittstelle zwischen Verwaltung und Politik, Essen 2003, S. 46-58.
- Eckardt, Uwe:* 'Der Bonzentraum ist ausgeträumt, im Rathaus wird nun aufgeräumt!', Zur Verwaltungsgeschichte 1933 bis 1937, in: Klaus Goebel (Hg.): Wuppertal in der Zeit des Nationalsozialismus, Wuppertal 1984, S. 27-42.

- Eckardt, Uwe*: Anmerkungen zur Geschichte Barmens und Elberfelds im Jahre 1923, Die lokale Presse als Quelle für die politische und Alltagsgeschichte, in: Heinrich de Buhr, Heinrich Küppers und Volkmar Wittmütz (Hg.): Die Bergischen "ein Volk von zugespitzter Reflexion", Region - Schule - Mentalität, 1992, S. 152-175.
- Eckhardt, Albrecht*: Das Konzentrationslager Vechta, in: Wolfgang Benz und Barbara Distel (Hg.): Terror ohne System, Die ersten Konzentrationslager im Nationalsozialismus, Berlin 2001, S. 211-221.
- Eggerath, Werner*: Die Stadt im Tal, Erzählung, Berlin (Ost) 1952.
- Ehret, Ramona*: Schutzhaft im Schloss Neu-Augustusburg, Das Gefangenen-sammellager in Weißenfels, in: Wolfgang Benz und Barbara Distel (Hg.): Instrumentarium der Macht, Frühe Konzentrationslager 1933-1937, Berlin 2003, S. 239-259.
- Elsas, Heinrich*: Geschichte der evangelischen Gemeinde Remscheid 1932-1956, herausgegeben von Frieder Backhaus, Köln 1999.
- Endlich, Stefanie*: Die Lichtenburg 1933-1939, Haftort politischer Prominenz und Frauen-KZ, in: Wolfgang Benz und Barbara Distel: Herrschaft und Gewalt, Frühe Konzentrationslager 1933-1939, Berlin 2002, S. 11-64.
- Engelhardt, Heinz (Hg.)*: Hans Sobietzky: Mein Leben als Sozialdemokrat, (= Verfolgung und Widerstand in Wuppertal, Bd. 9), Grafenau 2004.
- Engelhardt, Gustav Heinz*: Cronenberger Persönlichkeiten der Sozialdemokratie, in: Geschichte im Wuppertal 15 (2006), S. 69-80.
- Engels, Friedrich*: Briefe aus dem Wuppertal, in: Karl Marx und Friedrich Engels: Werke, Band I, Berlin (Ost) 1976, S. 413-432.
- Eppler, Erhard*: Komplettes Stückwerk, Erfahrungen aus fünfzig Jahren Politik, Frankfurt am Main 2001.
- Esser, Willi*: Geschichte und Chronik der Solinger Arbeiterbewegung der letzten 60 Jahre, Solingen 1978.
- Faeskorn, Ilse*: Es erblüht eine weiße Rose, Widerstand und Verfolgung der Gruppe 'Hans Salz', in: Michael Mahlke (Hg.): Remscheid in der Zeit des Nationalsozialismus, Remscheid 1995, S. 131-148.
- Falter, Jürgen, Lindenberger, Thomas und Schumann, Siegfried*: Wahlen und Abstimmungen in der Weimarer Republik, Materialien zum Wahlverhalten 1919-1933, München 1986.
- Falter, Jürgen*: Hitlers Wähler, München 1991.
- Finkeldey, Sonnard*: Die NSDAP in Wuppertal 1922-1933, Examensarbeit Universität Köln, Köln 1987.
- Fraenkel, Ernst*: Der Doppelstaat, Bearbeitete Neuauflage des 1941 unter dem Titel "The dual state" zuerst in Oxford erschienenen Buches, Hamburg 2001.
- Frank, Mario*: Walter Ulbricht, Eine deutsche Biographie, Berlin 2001.
- Franke, Volker*: Der Aufstieg der NSDAP in Düsseldorf, Die nationalsozialistische Basis in einer katholischen Großstadt, Essen 1987.

- Franke, Volker*: Georg Petersdorff (1881-1969), in: Frank Morgner und Andreas Kussmann (Hg.): Die Kraft einer großen Idee, 125 Jahre Sozialdemokratie in Düsseldorf, Düsseldorf 1988, S. 119.
- Frei, Norbert*: Der Führerstaat, Nationalsozialistische Herrschaft 1933 bis 1945, München 2001.
- Frei, Norbert*: Abschied von der Zeitgenossenschaft, Der Nationalsozialismus und seine Erforschung auf dem Weg in die Geschichte, in: Ders.: 1945 und wir, Das Dritte Reich im Bewusstsein der Deutschen, München 2005, S. 41-62.
- Frei, Norbert*: Epochenjahr 1933, Der 30. Januar entschwindet dem historischen Bewusstsein, in: Ders.: 1945 und wir, Das Dritte Reich im Bewusstsein der Deutschen, München 2005, S. 83-96.
- Freie Schwimmer Wuppertal (Hg.)*: 90 Jahre Freie Schwimmer Wuppertal, Wuppertal 1997.
- Frese, Matthias*: Malina, Heinrich (1887-1964), in: Siegfried Mielke (Hg.): Gewerkschafter in den Konzentrationslagern Oranienburg und Sachsenhausen, Biographisches Handbuch, Berlin 2002, S. 85-97.
- Fricke, Johannes*: Die Splitterparteien in Wuppertal von 1929 bis 1933 im Spiegel der Presse, Examensarbeit Gesamthochschule Wuppertal, 1976.
- Friedrich, Jörg*: Der Brand, Deutschland im Bombenkrieg 1940-1945, München 2002.
- Gailus, Manfred*: Protestantismus und Nationalsozialismus, Studien zur nationalsozialistischen Durchdringung des protestantischen Sozialmilieus in Berlin, (= Industrielle Welt, Bd. 61), Köln 2001.
- Gailus, Manfred*: "Nationalsozialistische Christen" und "christliche Nationalsozialisten", Anmerkungen zur Vielfalt synkretistischer Gläubigkeiten im "Dritten Reich", in: Manfred Gailus und Hartmut Lehmann (Hg.): Nationalprotestantische Mentalitäten, Konturen, Entwicklungslinien und Umbrüche eines Weltbildes, Göttingen 2005, S. 223-261.
- Garbe, Detlef*: Selbstbehauptung und Widerstand, in: Wolfgang Benz und Barbara Distel (Hg.): Die Organisation des Terrors, München 2005, S. 242-257.
- Gellately, Robert*: Backing Hitler, Consent and coercion in Nazi Germany, Oxford / New York 2001.
- Geppert, Stefan und Kolodziej, Axel*: Napoleon im Bergischen Land, Sonderausgabe zur Ausstellung, in: Romerike Berge, Zeitschrift für das Bergische Land 56 (2006), Heft 3, S. 1-64.
- Giesen, Klaus*: Der politische Protestantismus im Wuppertal (1917-1925), Magisterarbeit Universität Düsseldorf, 1988.
- Goebel, Klaus und Voigt, Günther (Hg.)*: Die kleine mühselige Welt des jungen Hermann Enters, Erinnerungen eines Amerika-Auswanderers an das frühindustrielle Wuppertal, Wuppertal 1970.
- Goebel, Klaus*: Ein Volk, ein Reich, eine Schule, Die Volksschulen in Wuppertal zwischen 1933 und 1945, in: Klaus Goebel (Hg.): Über allem die Partei, Schule, Kunst, Musik in Wuppertal 1933-1945, Oberhausen 1987.

- Graf, Christoph*: Politische Polizei zwischen Demokratie und Diktatur, Die Entwicklung der Preußischen Politischen Polizei vom Staatsschutzorgan der Weimarer Republik zum Geheimen Staatspolizeiamt des Dritten Reiches, Berlin 1983.
- Granzow, Sven, Müller-Sidibé, Bettina und Simml, Andrea*: Gottvertrauen und Führerglaube, in: Götz Aly (Hg.): Volkes Stimme, Skepsis und Führervertrauen im Nationalsozialismus, Frankfurt am Main 2006, S. 38-58.
- Grebing, Helga*: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Ein Überblick, München 1974.
- Grebing, Helga*: Arbeiterbewegung, Sozialer Protest und kollektive Interessenvertretung bis 1914, München 1987.
- Grebing, Helga*: "Neubau" statt "Wiederaufbau" der SPD - die Lehren aus der Weimarer Republik, in: Dieter Dowe (Hg.): Kurt Schumacher und der "Neubau" der deutschen Sozialdemokratie nach 1945, Bonn 1996, S. 73-91.
- Grebing, Helga*: Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung, Von der Revolution 1848 bis ins 21. Jahrhundert, Berlin 2007.
- Gruchmann, Lothar*: Justiz im Dritten Reich 1933-1940, Anpassung und Unterwerfung in der Ära Gürtner, München 1988.
- Grunert, Andreas, Poensgen, Aline u.a.*: Solinger Chronik 1945-1949, (= Solinger Archivhefte, Bd. 6), Solingen 1995.
- Hackett, David A. (Hg.)*: Der Buchenwald-Report, Bericht über das Konzentrationslager Buchenwald bei Weimar, München 1996.
- Hansen, Hans Peter*: Bespitzelt und verfolgt, Krefelder Lebensläufe aus den Akten der Gestapo, Krefeld 1994.
- Heimann, Siegfried*: Der Bund der religiösen Sozialisten Deutschlands, Selbstverständnis, organisatorische Entwicklung und praktische Politik, in: Ders. und Franz Walter: Religiöse Sozialisten und Freidenker in der Weimarer Republik, Bonn 1993, S. 13-262.
- Helmich, Hans*: Das KZ Kemna und die christlichen Gemeinden Wuppertals, in: MEKGR (1980), S. 279-283.
- Helmich, Hans*: Der Kirchenkampf in Elberfeld und Barmen, Die evangelische Kirche von 1933 bis 1945, in: Klaus Goebel (Hg.): Wuppertal in der Zeit des Nationalsozialismus, Wuppertal 1984, S. 93-116.
- Helmich, Hans*: Die Gemeinden Barmens im Kirchenkampf 1933 bis 1945, in: Günther van Norden (Hg.): Zwischen Bekenntnis und Anpassung, Aufsätze zum Kirchenkampf in rheinischen Gemeinden in Kirche und Gesellschaft, Köln 1985, (= Schriftenreihe des Vereins für rheinische Kirchengeschichte, Bd. 84), S. 234-297.
- Helmich, Hans*: Die Wuppertaler Gemeinden von 1918-1933, (= Schriftenreihe des Vereins für rheinische Kirchengeschichte, Bd. 106), Köln 1992.
- Helmich, Hans*: Die Gemeinde Wichlinghausen in Wuppertal 1744 -1994, Wuppertal 1994.

- Helmich, Hans*: Nach dem Kirchenkampf, Die evangelischen Gemeinden Wuppertals von 1945 bis 1949, (= Schriftenreihe des Vereins für rheinische Kirchengeschichte, Bd. 164), Bonn 2004.
- Hensle, Michael P.*: Die Verrechtlichung des Unrechts, Der legalistische Rahmen der nationalsozialistischen Verfolgung, in: Wolfgang Benz und Barbara Distel (Hg.): Die Organisation des Terrors, München 2005, S. 76-90.
- Herbers, Winfried*: Jagd auf Flugblätter, Die Polizei und der Richtungskampf in der SPD 1916/17 im Wuppertal, in: Geschichte im Wuppertal 8 (1999), S. 97-105.
- Herberts, Hermann*: Zur Geschichte der SPD in Wuppertal, Ein Beitrag zum Hundertjahr-Jubiläum, Wuppertal 1963.
- Herbst, Andreas*: Kommunistischer Widerstand, in: Peter Steinbach und Johannes Tuchel (Hg.): Widerstand gegen die Nationalsozialistische Diktatur 1933-1945, Bonn 2004, S. 33-56.
- Herlemann, Beatrix*: Die Emigration als Kampfposten, Die Anleitung des Kommunistischen Widerstands in Deutschland aus Frankreich, Belgien und den Niederlanden, Königstein 1982.
- Herlemann, Beatrix*: Auf verlorenem Posten, Kommunistischer Widerstand im Zweiten Weltkrieg, Die Knöchel-Organisation, Bonn 1986.
- Herlemann, Beatrix*: 'Wir sind geblieben, was wir immer waren, Sozialdemokraten', Das Widerstandsverhalten der SPD im Parteibezirk Magdeburg-Anhalt gegen den Nationalsozialismus 1930-1945, (= Studien zur Landesgeschichte, Bd. 6), Halle (Saale) 2001.
- Hermle, Siegfried*: Zum Aufstieg der Deutschen Christen, Das "Zauberwort" Volksmission im Jahre 1933, in: Zeitschrift für Kirchengeschichte 108 (1997), S. 309-341.
- Herrberg, Heike*: "Man muss Zivilcourage haben", Waltraud Blass, in: Forschungsgruppe Wuppertaler Widerstand (Hg.): "Se krieje us nit kaputt", Gesichter des Wuppertaler Widerstands, 1994, S. 97-116.
- Hesse, Hans*: Von der 'Erziehung' zur 'Ausmerzungen': Das Konzentrationslager Moringen 1933-1945, in: Wolfgang Benz und Barbara Distel (Hg.): Instrumentarium der Macht, Frühe Konzentrationslager 1933-1937, Berlin 2003, S. 111-146.
- Hett, Ulrike und Tuchel, Johannes*: Die Reaktionen des NS-Staates auf den Umsturzversuch vom 20. Juli 1944, in: Peter Steinbach und Johannes Tuchel (Hg.): Widerstand gegen die nationalsozialistische Diktatur, Berlin 2004, S. 522-534.
- Hölscher, Lucian*: Weltgericht oder Revolution, Protestantische und sozialistische Zukunftsvorstellungen im deutschen Kaiserreich, (= Industrielle Welt, Bd. 46), Stuttgart 1989.
- Hoth, Wolfgang*: Die Industrialisierung einer rheinischen Gewerbestadt - dargestellt am Beispiel Wuppertals, (= Schriften zur rheinisch-westfälischen Wirtschaftsgeschichte, Bd. 28), Köln 1975.



- Hubert, Peter*: Uniformierter Reichstag, Die Geschichte der Pseudo-Volksvertretung 1933-1945, (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 97), Düsseldorf 1992.
- Ibach, Karl*: Kemna: Wuppertaler Lager der SA, Wuppertal 1948.
- Ibach, Karl*: Der Widerstand gestern und heute, Düsseldorf 1958.
- Ibach, Karl*: Kemna, Wuppertaler Konzentrationslager 1933-1934, Nachdruck der 1948 herausgegebenen Ausgabe, Wuppertal 1981.
- IG Chemie Papier Keramik Wuppertal (Hg.)*: Damals - der Beginn im Tal, 100 Jahre Verwaltungsstelle Wuppertal, Velbert 1990.
- Jenner, Harald*: In Trägerschaft der Inneren Mission: Das Konzentrationslager Kuhlen, in: Wolfgang Benz und Barbara Distel (Hg.): Herrschaft und Gewalt, Frühe Konzentrationslager 1933-1939, Berlin 2002, S. 111-127.
- Johnson, Eric A.*: Der nationalsozialistische Terror, Gestapo, Juden und gewöhnliche Deutsche, Berlin 2000.
- Jugendring Wuppertal (Hg.)*: 10 Jahre Mahnmahl KZ Kemna, Wuppertal 1993.
- Jung, Ottmar*: Plebiszit und Diktatur, Die Volksabstimmungen der Nationalsozialisten, Tübingen 1995.
- Kaiser, Jochen-Christoph*: Sozialdemokratie und 'praktische' Religionskritik, Das Beispiel der Kirchengaustrittsbewegungen 1878-1914, in: Archiv für Sozialgeschichte 22 (1982), S. 263-298.
- Kaiser, Jochen-Christoph*: Sozialer Protestantismus im 20. Jahrhundert, Beiträge zur Geschichte der Inneren Mission 1914-1945, München 1989.
- Kaiser, Jochen-Christoph*: Distanz zum Unrecht, Zum Spannungsverhältnis zwischen individuellen Bindungen und Bindungen an Teilmilieus für das Widerstehen, Das Beispiel der protestantischen Diakonie, in: Rolf-Ulrich Kunze (Hg.): Distanz zum Unrecht, 1933-1945, Methoden und Probleme der deutschen Widerstandsforschung, Konstanz 2006, S. 55-73.
- Kaiser, Kerstin*: Rechte und rechtsradikale Organisationen im Wuppertal in den Anfängen der Weimarer Republik, Magisterarbeit Universität Wuppertal, 1999.
- Kaufmann, Bernd, Reisener, Eckard u.a.*: Der Nachrichtendienst der KPD 1919-1937, Berlin 1993.
- Keil, Wilhelm*: Erlebnisse eines Sozialdemokraten, Stuttgart 1947.
- Keisch, Henryk*: Struppzeug, Die kuriose, unheilvolle Bilderwelt des Günther Strupp, Berlin (Ost) 1970.
- Kenkmann, Alfons*: Polizei und Ordnung im Nationalsozialismus, in: Markus Dreist (Hg.): Die Düsseldorfer Bezirksregierung zwischen Demokratisierung, Nazifizierung und Entnazifizierung, Eine staatliche Mittelbehörde an der Schnittstelle zwischen Verwaltung und Politik, Essen 2003, S. 98-112.
- Kershaw, Ian*: Hitler 1889-1936, Stuttgart 1998.
- Kershaw, Ian*: Der NS-Staat, Geschichtsinterpretationen und Kontroversen im Überblick, Reinbek bei Hamburg 1999.

- Kienle, Markus*: Das Konzentrationslager Heuberg in Stetten am kalten Markt, in: Wolfgang Benz und Barbara Distel (Hg.): Terror ohne System, Die ersten Konzentrationslager im Nationalsozialismus, Berlin 2001, S. 41-63.
- Klan, Ulrich und Nelles, Dieter*: Es lebt noch eine Flamme, Rheinische Anarcho-syndikalisten/-innen in der Weimarer Republik und im Faschismus, Grafenau 1990.
- Klawe, Willy*: Wittmoor - das erste Konzentrationslager Hamburgs, in: Wolfgang Benz und Barbara Distel (Hg.): Terror ohne System, Die ersten Konzentrationslager im Nationalsozialismus, Berlin 2001, S. 251-259.
- Klebert, Ulf*: Die Entwicklung Wuppertals vom Frühjahr 1945 bis zum Sommer 1948, Magisterarbeit Universität Wuppertal, 1997.
- Klefisch, Peter (Bearb.)*: Die Kreisleiter der NSDAP in den Gauen Köln-Aachen, Düsseldorf und Essen, (= Veröffentlichungen der staatlichen Archive des Landes Nordrhein-Westfalen, Reihe C: Quellen und Forschungen, Bd. 45), Düsseldorf 2000.
- Klein, Ulrich*: SA-Terror und Bevölkerung in Wuppertal 1933/34, in: Detlev Peuckert und Jürgen Reulecke (Hg.): Die Reihen fast geschlossen, Beiträge zur Geschichte des Alltags unterm Nationalsozialismus, Wuppertal 1981, S. 45-61.
- Klein, Ulrich*: 'Mekka des deutschen Sozialismus' oder 'Kloake der Bewegung'? Der Aufstieg der NSDAP in Wuppertal 1920 bis 1934, in: Klaus Goebel (Hg.): Über allem die Partei, Schule, Kunst, Musik in Wuppertal 1933-1945, Oberhausen 1987, S. 105-149.
- Klein, Ulrich*: Eine Partei wie andere auch? Der Aufstieg der NSDAP im Wuppertal 1922-1930, in: Michael Okroy und Ulrike Schrader (Hg.): Der 30. Januar 1933 - Ein Datum und seine Folgen, Aktuelle Forschungen zum Nationalsozialismus in Wuppertal, Wuppertal 2004, S. 16-30.
- Kleine, Rolf und Spruck, Matthias*: Johannes Rau, Eine Biographie, München/Düsseldorf 1999.
- Klemperer, Victor*: Ich will Zeugnis ablegen bis zum letzten, Tagebücher 1933 - 1941, Berlin 1995.
- Klenke, Dietmar und Walter, Franz*: Der Deutsche Arbeiter-Sängerbund, in: Dietmar Klenke, Peter Lilje und Franz Walter: Arbeitersänger und Volksbühnen in der Weimarer Republik, Bonn 1992, S. 15-248.
- Kleßmann, Christoph*: Die doppelte Staatsgründung, Deutsche Geschichte 1945-1955, (= Studien zur Geschichte und Politik, Bd. 298), Bonn 1991.
- Klipstein, Christoph*: Der sogenannte Wuppertaler Gewerkschaftsprozess, Eine exemplarische Analyse nationalsozialistischer Terrorjustiz, Examensarbeit Pädagogische Hochschule Wuppertal, 1968.
- Knies, Hans-Ulrich*: Arbeiterbewegung und Revolution in Wuppertal, Entwicklung und Tätigkeit der Arbeiter- und Soldatenräte in Elberfeld und Barmen, in: Reinhard Rürup (Hg.): Arbeiter- und Soldatenräte im rheinisch-westfälischen Industriegebiet, Studien zur Geschichte der Revolution 1918/19, Wuppertal 1975, S. 83-153.

- Knoll, Albert*: Die Anfangsphase des KZ Dachau in der zeitgenössischen Presse, in: Dachauer Hefte 17 (2001), S. 21-41.
- Köhler, Wolfram*: Ernst Gnoß - Widerstand und Wiederaufbau, in: Der Präsident des Landtags NRW (Hg.): Ernst Gnoß - Widerstand und Wiederaufbau, Der erste Präsident des Landtags Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf 1999, S. 9-54.
- Köllmann, Wolfgang*: Sozialgeschichte der Stadt Barmen im 19. Jahrhundert, Tübingen 1960.
- Köllmann, Wolfgang (Hg.)*: Wuppertaler Färbergesellen-Innung und Färbergesellen-Streiks 1848 - 1857, Wiesbaden 1962.
- Konrad, Günter*: Die Hausbandwirkerei in Ronsdorf, Aufstieg und Niedergang eines Gewerbezweiges, in: Geschichte im Wuppertal 10 (2001), S. 66-82.
- Kopke, Christoph*: Konzentrationslager und 'Schutzhaft' in der frühen NS-Zeit: Das KZ Oberer Kuhberg in Ulm, Ein Überblick, in: Akim Jah, Christoph Kopke u.a. (Hg.): Nationalsozialistische Lager, Neue Beiträge zur NS-Verfolgungs- und Vernichtungspolitik und zur Gedenkstättenpädagogik, Münster 2006, S. 17-32.
- Körte, Mona*: Zeugnisliteratur, Autobiographische Berichte aus den Konzentrationslagern, in: Wolfgang Benz und Barbara Distel (Hg.): Die Organisation des Terrors, München 2005, S. 327-344.
- Kössler, Till*: Abschied von der Revolution, Kommunisten und Gesellschaft in Westdeutschland 1945-1968, (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 143), Düsseldorf 2005.
- Kratzenberg, Volker*: Arbeiter auf dem Weg zu Hitler? Die Nationalsozialistische Betriebszellen-Organisation, Ihre Entstehung, ihre Programmatik, ihr Scheitern 1927-1934, Frankfurt a. M. 1987.
- Krause, Manfred*: Die Gewerkschaftsbewegung und die sozialistische Arbeiterbewegung in Solingen 1914-1925, Examensarbeit Universität Bochum, 1981.
- Krause-Vilmar, Dietfrid*: Das Konzentrationslager Breitenau in der zeitgenössischen Presse, in: Dachauer Hefte 12 (1996), S. 215-229.
- Krause-Vilmar, Dietfrid*: Das Konzentrationslager im Arbeitshaus Breitenau 1933/1934, in: Wolfgang Benz und Barbara Distel (Hg.): Terror ohne System, Die ersten Konzentrationslager im Nationalsozialismus, Berlin 2001, S. 139-161.
- Krüger, Norbert*: Die Zerstörung der Wuppertaler Verschiebebahnhöfe, in: Zeitschrift des Bergischen Geschichtsvereins 85 (1970/72), S. 172-180.
- Krüger, Dirk*: Die Morde in der Wenzelnbergschlucht vom 13. April 1943, Erich Lohmer und Hugo Breenkötter, in: Forschungsgruppe Wuppertaler Widerstand (Hg.): "Se krieje us nit kaputt", Gesichter des Wuppertaler Widerstands, 1994, S. 117-139.
- Kühn, Heinz*: Aufbau und Bewährung, Die Jahre 1945-1978, Hamburg 1981.

- Kuller, Christiane*: Dimensionen nationalsozialistischer Verfolgung, in: Dies. und Hans Günther Hockerts (Hg.): Nach der Verfolgung, Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts in Deutschland? Göttingen 2003, S. 35-59.
- Kunze, Rolf-Ulrich*: Distanz zum Unrecht, Methodologische Überlegungen zu Problemen des sozial- und des biographiegeschichtlichen Ansatzes, in: ders. (Hg.): Distanz zum Unrecht, 1933-1945, Methoden und Probleme der deutschen Widerstandsforschung, Konstanz 2006, S. 15-30.
- Kupfer, Torsten*: Geheime Zirkel und Parteivereine, Die Organisation der deutschen Sozialdemokratie zwischen Sozialistengesetz und Jahrhundertwende, (= Veröffentlichungen des Instituts für soziale Bewegungen, Schriftenreihe B, Bd. 5), Essen 2003.
- Langhoff, Wolfgang*: Die Moorsoldaten, Mit einem Vorwort von Willi Dickhut, Essen 1995.
- Lankheit, Klaus A. (Hg.)*: Von der Reichspräsidentenwahl bis zur Macht-ergreifung, Teil 1: April 1932 bis September 1932, (= Hitler. Reden, Schriften, Anordnungen, Bd. V), München 1996.
- Lauff, Werner*: Die Notkirche in Lennep, Ein Beitrag zur Geschichte des Kirchenkampfes im Kirchenkreis Lennep, (= Schriftenreihe des Vereins für Rheinische Kirchengeschichte, Bd. 156), Köln 2002.
- Laute, Hansjörg*: Die Herren von Berg, Auf den Spuren der Geschichte des Bergischen Landes 1101 bis 1806, Solingen 1988.
- Lechner, Silvester*: Das Konzentrationslager Oberer Kuhberg in Ulm, in: Wolfgang Benz und Barbara Distel (Hg.): Terror ohne System, Die ersten Konzentrationslager im Nationalsozialismus, Berlin 2001, S. 79-103.
- Lekebusch, Sigrid*: Eugen Pedrotti - ein Saulus-Paulus oder das Janusgesicht eines Gestapomannes, in: Romerike Berge, Zeitschrift für das Bergische Land 45 (1995), Heft 3, S. 15-21.
- Lepsius, M. Rainer*: Parteiensystem und Sozialstruktur, Zum Problem der Demokratisierung der deutschen Gesellschaft, in: Gerhard A. Ritter (Hg.): Deutsche Parteien vor 1918, Köln 1973, S. 56-80.
- Leßmann, Peter*: Die preußische Schutzpolizei in der Weimarer Republik, Streifendienst und Straßenkampf, Düsseldorf 1989.
- Leßmann-Faust, Peter*: Die preußische Schutzpolizei in Rheinland und Westfalen vor der Diktatur, in: Alfons Kenkmann und Christoph Spieker (Hg.): Im Auftrag, Polizei, Verwaltung und Verantwortung, Essen 2001, S. 112-129.
- Liedhegener, Antonius*: Religion und Kirchen vor den Herausforderungen der Urbanisierung in Deutschland im 19. und frühen 20. Jahrhundert, in: Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen 26 (2001), S. 191-219.
- Lilje, Peter*: Der Verband der Deutschen Volksbühnenvereine, in: Dietmar Klenke, Peter Lilje und Franz Walter: Arbeitersänger und Volksbühnen in der Weimarer Republik, Bonn 1992, S. 249-335.

- Lilla, Joachim:* Die NSDAP-Ortsgruppen im Gau Düsseldorf, Eine Bestandsaufnahme von Anfang 1938, in: Düsseldorf Jahrbuch, Beiträge zur Geschichte des Niederrheins 70 (1999), S. 185-187.
- Lilla, Joachim:* Statisten in Uniform, Die Mitglieder des Reichstags 1933-1945, Ein biographisches Handbuch, 2004.
- Löbe, Paul:* Der Weg war lang, Lebenserinnerungen, Berlin 1954.
- Longerich, Peter:* Geschichte der SA, Überarbeitete Taschenbuchausgabe der 1989 unter dem Titel "Die braunen Bataillone" erschienenen Erstausgabe, München 2003.
- Lotfi, Gabriele:* KZ der Gestapo, Arbeitserziehungslager im Dritten Reich, Stuttgart, München 2000.
- Lucas, Erhard:* Märzrevolution 1920 Band 1, Vom Generalstreik gegen den Militärputsch zum bewaffneten Aufstand, Frankfurt am Main 1973.
- Lucas, Erhard:* Zwei Formen von Radikalismus in der deutschen Arbeiterbewegung, Frankfurt am Main 1976.
- Lück, Dieter:* Anmerkungen zur Quellenüberlieferung, in: Markus Dreist (Hg.): Die Düsseldorfer Bezirksregierung zwischen Demokratisierung, Nazifizierung und Entnazifizierung, Eine staatliche Mittelbehörde an der Schnittstelle zwischen Verwaltung und Politik, Essen 2003, S. 146-156.
- Lüerßen, Dirk:* "Wie sind die Moorsoldaten", Die Insassen der frühen Konzentrationslager im Emsland 1933 bis 1936, Biographische Untersuchungen zum Zusammenhang zwischen kategorialer Zuordnung der Verhafteten, deren jeweiligen Verhaltensformen im Lager und den Auswirkungen der Haft auf die weitere Lebensgeschichte, Diss. Universität Osnabrück, 2002.
- Lüerßen, Dirk:* 'Moorsoldaten' in Esterwegen, Börgermoor, Neusustrum: Die frühen Konzentrationslager im Emsland 1933 bis 1936, in: Wolfgang Benz und Barbara Distel (Hg.): Herrschaft und Gewalt, Frühe Konzentrationslager 1933-1939, Berlin 2002, S. 157-210.
- Machtan, Lothar:* Der Kaisersohn bei Hitler, Hamburg 2006.
- Mallmann, Klaus-Michael:* Die geschlagenen Sieger, Kommunistischer Widerstand an der Saar und im Exil 1933-1945, in: Klaus-Michael Mallmann und Gerhard Paul (Hg.): Milieus im Widerstand, Eine Verhaltensgeschichte der Gesellschaft im Nationalsozialismus, 1995, S. 334-548.
- Mallmann, Klaus-Michael:* Kommunisten in der Weimarer Republik, Sozialgeschichte einer revolutionären Bewegung, Darmstadt 1996.
- Mallmann, Klaus-Michael:* Gehorsame Parteisoldaten oder eigensinnige Akteure? Die Weimarer Kommunisten in der Kontroverse, Eine Erwiderung, in: ZfG 41 (1999), S. 99-116.
- Mallmann, Klaus-Michael:* Brüderlein & Co, Die Gestapo und der kommunistische Widerstand in der Kriegsendphase, in: Gerhard Paul und Klaus-Michael Mallmann (Hg.): Die Gestapo im Zweiten Weltkrieg, 'Heimatfront' und besetztes Europa, Darmstadt 2000, S. 270-287.

- Mann, Reinhard*: Protest und Kontrolle im Dritten Reich, Nationalsozialistische Herrschaft im Alltag einer rheinischen Großstadt, (= Studien zur Historischen Sozialwissenschaft, Bd. 6), Frankfurt a.M. / New York 1987.
- Marioth, Anne*: Wuppertalerinnen als „Hochverräterinnen“, Die Frauen im Prozess „Bruckner u.a.“ vor dem Oberlandesgericht Hamm 1937, Magisterarbeit Universität Bochum, 2003.
- Marßolek, Inge*: Arbeiterbewegung nach dem Krieg (1945-1948), Am Beispiel Remscheid, Solingen, Wuppertal, Frankfurt a.M. 1983.
- Matthäus, Jürgen*: Quellen, in: Wolfgang Benz und Barbara Distel (Hg.): Die Organisation des Terrors, München 2005, S. 363-376.
- Matzerath, Horst*: Bezirksregierung, Kommunen und Parteigliederungen im Nationalsozialismus, in: Markus Dreist (Hg.): Die Düsseldorfer Bezirksregierung zwischen Demokratisierung, Nazifizierung und Entnazifizierung, Eine staatliche Mittelbehörde an der Schnittstelle zwischen Verwaltung und Politik, Essen 2003, S. 86-97.
- Mayer, Irene*: Das Konzentrationslager am Wasserturm Prenzlauer Berg in Berlin, in: Wolfgang Benz und Barbara Distel (Hg.): Instrumentarium der Macht, Frühe Konzentrationslager 1933-1937, Berlin 2003, S. 71-88.
- Mayer, Irene*: Wie 'wild' war der Terror der SA? Eine Analyse der frühen Berliner Konzentrationslager und SA-Haftstätten im Jahr 1933, in: Akim Jah, Christoph Kopke u.a. (Hg.): Nationalsozialistische Lager, Neue Beiträge zur NS-Verfolgungs- und Vernichtungspolitik und zur Gedenkstättenpädagogik, Münster 2006, S. 52-61.
- Meckl, Markus*: 'Herr Obersturmbannführer, bauen Sie mir schnell eine Kapelle.', Das Konzentrationslager Kemna in Wuppertal, in: Wolfgang Benz und Barbara Distel (Hg.): Terror ohne System, Die ersten Konzentrationslager im Nationalsozialismus, Berlin 2001, S. 163-177.
- Mehringer, Hartmut*: Sozialdemokratischer und sozialistischer Widerstand, in: Peter Steinbach und Johannes Tuchel (Hg.): Widerstand gegen die Nationalsozialistische Diktatur 1933-1945, Bonn 2004, S. 56-78.
- Melchior, Christoph*: "Kommt zu Jesus Christus!", Die Predigten von Emil Hasenburg, Pfarrer in Hückeswagen 1928-1949, als Spiegel der Zeitgeschichte, Diss. Kirchliche Hochschule Wuppertal, 2004.
- Mensing, Wilhelm*: Gestapo V-Leute kommunistischer Herkunft - auch ein Strukturproblem der KPD? in: Mitteilungsblatt des Instituts für soziale Bewegungen 34 (2005), S. 77-106.
- Mersmann, Arno*: Remscheid, in: Klaus Novy, Arno Mersmann und Bodo Hombach (Hg.): Reformführer NRW, Soziale Bewegungen, Sozialreform und ihre Bauten, Köln 1991, S. 438-453.
- Meyer, Ulrich*: Die Spaltung der USPD im Jahre 1920 unter besonderer Berücksichtigung der USPD im Wuppertal, Staatsexamensarbeit Universität Münster, 1980.
- Meyer, Hans-Georg und Roth, Kerstin*: 'Wühler, Saboteure, Doktrinäre', Das Schutzhaftlager in der Turenne-Kaserne Neustadt an der Haardt, in: Wolfgang Benz und Barbara Distel (Hg.): Instrumentarium der Macht, Frühe Konzentrationslager 1933-1937, Berlin 2003, S. 221-238.

- Meyer, Hans-Georg und Roth, Kerstin*: Zentrale staatliche Einrichtung des Landes Hessen: Das Konzentrationslager Osthofen, in: Wolfgang Benz und Barbara Distel (Hg.): Instrumentarium der Macht, Frühe Konzentrationslager 1933-1937, Berlin 2003, S. 189-219.
- Meyer, Winfried*: Aktion "Gewitter", Menschenopfer für Macht und Mythos der Gestapo, in: Dachauer Hefte 21 (2005), S. 3-20.
- Meyer-Kahrweg, Ruth*: Denkmäler, Brunnen und Plastiken in Wuppertal, (= Beiträge zur Denkmal- und Stadtbildpflege des Wuppertals, Bd. 10), Wuppertal 1991.
- Mintert, David Magnus*: 'Sturmtrupp der Deutschen Republik', Das Reichsbanner Schwarz-Rot-Gold im Wuppertal, (= Verfolgung und Widerstand in Wuppertal, Bd. 6), Grafenau 2002.
- Mintert, David Magnus*: 'Nur dem Führer und meinem nationalsozialistischen Gewissen verantwortlich.', Willy Veller - Ein SA-Schläger im Amt des Wuppertaler Polizeipräsidenten, in: Michael Okroy und Ulrike Schrader (Hg.): Der 30. Januar 1933 - Ein Datum und seine Folgen, Aktuelle Forschungen zum Nationalsozialismus in Wuppertal, Wuppertal 2004, S. 46-59.
- Mintert, David Magnus*: 'Nacht für Nacht beschimpft, beschmutzt und geschlagen.', Das Wuppertaler SA-Konzentrationslager Kemna 1933/34, in: Jan Erik Schulte (Hg.): Konzentrationslager im Rheinland und in Westfalen 1933-1945, Zentrale Steuerung und regionale Initiative, Paderborn 2005, S. 33-48.
- Mintert, David Magnus*: 'Ich höre noch die Schreie der Geschlagenen', Kemna, Das frühe Konzentrationslager und die bergischen Kleinstädte Hückeswagen, Radevormwald und Wermelskirchen, Hückeswagen 2006.
- Mintert, David Magnus*: Das Lager Kemna in Wuppertal - ein frühes Konzentrationslager, in: Akim Jah, Christoph Kopke u.a. (Hg.): Nationalsozialistische Lager, Neue Beiträge zur NS-Verfolgungs- und Vernichtungspolitik und zur Gedenkstättenpädagogik, Münster 2006, S. 33-51.
- Mintert, David Magnus*: Distanz zum Unrecht durch Bindungen an das sozialistische Milieu und die Tradition der Sozialdemokratie am Beispiel Wuppertals, in: Rolf-Ulrich Kunze (Hg.): Distanz zum Unrecht, 1933-1945, Methoden und Probleme der deutschen Widerstandsforschung, Konstanz 2006, S. 127-158.
- Mittag, Jürgen*: Wilhelm Keil (1870-1968), Sozialdemokratischer Parlamentarier zwischen Kaiserreich und Bundesrepublik, Eine politische Biographie, Düsseldorf 2001.
- Mittag, Jürgen*: Zwischen Professionalisierung und Bürokratisierung: Der Typus des Arbeiterfunktionärs im Wilhelminischen Deutschland, in: Klaus Schönhoven und Bernd Braun (Hg.): Generationen in der Arbeiterbewegung, München 2005, S. 107-143.

- Möller, Reimer*: Schutzhaft in der Landesarbeitsanstalt: Das Konzentrationslager Glücksstadt, in: Wolfgang Benz und Barbara Distel (Hg.): Herrschaft und Gewalt, Frühe Konzentrationslager 1933-1939, Berlin 2002, S. 101-109.
- Möller, Reimer*: Benninghausen: Das Arbeitshaus als KZ, in: Wolfgang Benz und Barbara Distel (Hg.): Instrumentarium der Macht, Frühe Konzentrationslager 1933-1937, Berlin 2003, S. 89-95.
- Morsch, Günther (Hg.)*: Konzentrationslager Oranienburg, Berlin 1994.
- Motte, Wolfgang*: Hochstimmung und Furcht in Radevormwald zu Beginn der nationalsozialistischen Herrschaft in den Jahren 1933 und 1934, (=Schriftenreihe der Abt. Radevormwald des Bergischen Geschichtsvereins, Bd. 15), Radevormwald 2004.
- Müller, Josef*: Die Gesamtdeutsche Volkspartei, Entstehung und Politik unter dem Primat nationaler Wiedervereinigung 1950-1957, (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 92), Düsseldorf 1990.
- Nelles, Dieter*: Ein Lehrer des Widerstands, Hermann Steinacker, in: Forschungsgruppe Wuppertaler Widerstand (Hg.): "Se krieje us nit kaputt", Gesichter des Wuppertaler Widerstands, 1994, S. 65-70.
- Nelles, Dieter*: Widerstand und internationale Solidarität, Die Internationale Transportarbeiter-Föderation (ITF) im Kampf gegen den Nationalsozialismus, Essen 2001.
- Nelles, Dieter, Rübner, Hartmut und Sünker, Heinz*: Die 'Kinder des Widerstands', Lebensbedingungen und Sozialisation der Kinder von politisch und religiös Verfolgten des NS-Regimes, in: neue praxis, Zeitschrift für Sozialarbeit, Sozialpädagogik und Sozialpolitik 33 (2003), S. 341-357.
- Nelles, Dieter*: Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Wuppertal 1933 bis 1945, in: Michael Okroy und Ulrike Schrader (Hg.): Der 30. Januar 1933 - Ein Datum und seine Folgen, Aktuelle Forschungen zum Nationalsozialismus in Wuppertal, Wuppertal 2004, S. 32-45.
- Nelles, Dieter, Nolzen, Armin u.a.*: Verfolgte des Nationalsozialismus in Wuppertal 1933-1945, Politisch Verfolgte in Wuppertal, <http://www.ns-verfolgung.uni-wuppertal.de> (2005).
- Nelles, Dieter*: Die Morde in der Wenzelnbergschlucht am 13. April 1945, <http://www.wuppertaler-widerstand.de/images/Wenzelnberg1.PDF> (2007).
- Niermann, Hans-Eckard*: Die Durchsetzung politischer und politisierter Strafjustiz im Dritten Reich, Ihre Entwicklung aufgezeigt am Beispiel des OLG-Bezirks Hamm, (= Juristische Zeitgeschichte, Bd. 3), Düsseldorf 1995.
- Niethammer, Lutz, Borsdorf, Ulrich und Brandt, Peter (Hg.)*: Arbeiterinitiative 1945, Antifaschistische Ausschüsse und Reorganisation der Arbeiterbewegung in Deutschland, Wuppertal 1976.
- Nolzen, Armin*: Parteigerichtsbarkeit und Parteiausschüsse in der NSDAP 1921-1945, in: ZfG 48 (2000), S. 965-989.



- Novy, Klaus und Prinz, Michael:* Illustrierte Geschichte der Gemeinwirtschaft, Wirtschaftliche Selbsthilfe in der Arbeiterbewegung von den Anfängen bis 1945, Bonn 1985.
- Nürnberg, Kasper:* Außenstelle des Berliner Polizeipräsidiiums: Das 'staatliche Konzentrationslager' Sonnenburg bei Küstrin, in: Wolfgang Benz und Barbara Distel (Hg.): Herrschaft und Gewalt, Frühe Konzentrationslager 1933-1939, Berlin 2002, S. 83-100.
- Obermeyer, Susanne und Robke, Hans-Werner:* Karl Ibach, Kemna, VHS-Video, Laufzeit 20 Minuten, Medienzentrum Wuppertal 1985.
- Oberpriller, Martin:* Jungsozialisten, Parteijugend zwischen Anpassung und Opposition, Bonn 2004.
- Oberstadtdirektor der Stadt Wuppertal (Hg.):* Wuppertaler Statistik, Handbuch Zensusdaten 1871-1970, Wuppertal 1981.
- Offermann, Toni:* Die regionale Ausbreitung der frühen deutschen Arbeiterbewegung 1848/49-1860/64, in: GG 13 (1987), S. 419-447.
- Offermann, Toni:* Die erste deutsche Arbeiterpartei, Organisation, Verbreitung und Sozialstruktur von ADAV und LADAV 1863-1871, (= Beihefte des Archivs für Sozialgeschichte, Bd. 22), Bonn 2002.
- Offermann, Toni (Hg.):* Die erste deutsche Arbeiterpartei, Materialien zur Organisation, Verbreitung und Sozialstruktur von ADAV und LADAV 1863 - 1871, CD-ROM-Edition, (= Beihefte des Archivs für Sozialgeschichte, Bd. 22), Bonn 2002.
- Okroy, Michael:* Paul Blobel, Architekt aus Solingen und seine "Sonderaufgabe im Osten", Regionale Bezüge zu einem Täter im Holocaust, in: Romerike Berge, Zeitschrift für das Bergische Land 46 (1996), Heft 3, S. 20-26.
- Okroy, Michael:* Der „Gesunderhaltung des deutschen Volkskörpers“ verpflichtet, Das Polizeipräsidium Wuppertal als regionale Zentrale der nationalsozialistischen Verfolgungsbehörden 1939-1945, in: Geschichte im Wuppertal 9 (2000), S. 104-114.
- Okroy, Michael:* Volksgemeinschaft, Erbkartei und Arisierung, Ein Stadtführer zur NS-Zeit in Wuppertal, Wuppertal 2008.
- Okroy, Michael:* Terror in Bildern, Fotografische Zeugnisse nationalsozialistischen Unrechts in Wuppertal 1933-1943, in: Geschichte im Wuppertal 15 (2006), S. 95-112.
- Opitz, Günter:* Der Christlich-Soziale Volksdienst, Versuch einer protestantischen Partei in der Weimarer Republik, (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 37), Düsseldorf 1969.
- Orth, Karin:* Das System der nationalsozialistischen Konzentrationslager, Eine politische Organisationsgeschichte, Hamburg 1999.
- Osterroth, Franz und Schuster, Dieter:* Chronik der deutschen Sozialdemokratie, Daten - Fakten - Hintergründe, Band 1: Von den Anfängen bis 1945, Bonn 2005.

- Otto, Roland*: Rache an politischen Gegnern und Privatinteressen: Das Konzentrationslager Leschwitz bei Görlitz, in: Wolfgang Benz und Barbara Distel (Hg.): Herrschaft und Gewalt, Frühe Konzentrationslager 1933-1939, Berlin 2002, S. 237-244.
- Patel, Kiran Klaus*: Soldaten der Arbeit, Arbeitsdienste in Deutschland und den USA 1933-1945, (= Kritische Studien zur Geschichtswissenschaft, Bd. 157), Göttingen 2003.
- Pätzold, Kurt*: Häftlingsgesellschaft, in: Wolfgang Benz und Barbara Distel (Hg.): Die Organisation des Terrors, München 2005, S. 110-125.
- Paul, Gerhard und Mallmann, Klaus-Michael*: Milieus und Widerstand, Eine Verhaltensgeschichte der Gesellschaft im Nationalsozialismus, Bonn 1995.
- Paul, Gerhard*: "Diese Erschießungen haben mich innerlich gar nicht mehr berührt.", Die Kriegsendphasenverbrechen der Gestapo 1944/45, in: Gerhard Paul und Klaus-Michael Mallmann (Hg.): Die Gestapo im Zweiten Weltkrieg, 'Heimatfront' und besetztes Europa, Darmstadt 2000, S. 543-568.
- Paul, Gerhard*: Dissens und Verweigerung, in: Peter Steinbach und Johannes Tuchel (Hg.): Widerstand gegen die Nationalsozialistische Diktatur 1933-1945, Bonn 2004, S. 226-248.
- Paul, Johann*: 'Eingehende Kreuzverhöre', Das Schutzhaftlager Stellawerk in Bergisch Gladbach, in: Wolfgang Benz und Barbara Distel (Hg.): Instrumentarium der Macht, Frühe Konzentrationslager 1933-1937, Berlin 2003, S. 171-188.
- Pawlita, Cornelius*: Der Beitrag der Rechtsprechung zur Entschädigung von NS-Unrecht und der Begriff der politischen Verfolgung, in: Christiane Kuller und Hans Günther Hockerts (Hg.): Nach der Verfolgung, Wiedergutmachung nationalsozialistischen Unrechts in Deutschland? Göttingen 2003, S. 79-114.
- Peukert, Detlev*: Ruhrarbeiter gegen den Faschismus, Dokumentation über den Widerstand im Ruhrgebiet 1933-1945, Frankfurt a. M. 1976.
- Peukert, Detlev*: Die KPD im Widerstand, Verfolgung und Untergrundarbeit an Rhein und Ruhr 1933 bis 1945, (= Düsseldorfer Schriften zur Neueren Landesgeschichte und zur Geschichte Nordrhein-Westfalens, Bd. 2), Wuppertal 1980.
- Peukert, Detlev*: Volksgenossen und Gemeinschaftsfremde, Köln 1982.
- Peukert, Detlev*: Die Lage der Arbeiter und der gewerkschaftliche Widerstand im Dritten Reich, in: Ulrich Borsdorf (Hg.): Geschichte der deutschen Gewerkschaften von den Anfängen bis 1945, Köln 1987, S. 447-498.
- Pierau, Karl*: Datenbank- und Informationsmanagement in der Historischen Sozialforschung, Eine praxisorientierte Einführung, (= Historische Sozialforschung, Beihefte, Bd. 14), Köln 2002.
- Plum, Günter*: Die KPD in der Illegalität, Rechenschaftsbericht einer Bezirksleitung aus dem Jahre 1936, in: VfZ 23 (1975), S. 220-235.

- Plum, Günter*: Übernahme und Sicherung der Macht 1933/34, in: Martin Broszat und Norbert Frei (Hg.): Das Dritte Reich im Überblick, Chronik-Ereignisse-Zusammenhänge, München <sup>6</sup>1999, S. 34-47.
- Pogt, Herbert (Hg.)*: Vor 50 Jahren, Bomben auf Wuppertal, (= Beiträge zur Geschichte und Heimatkunde des Wuppertals, Bd. 36), Wuppertal 1993.
- Projektgruppe 'Geschichte Bergischer Genossenschaften'*: Vorwärts Befreiung, Genossenschaftliche Selbsthilfe im Bergischen Land, Essen 1984.
- Puvogel, Ulrike und Stankowski, Martin*: Gedenkstätten für die Opfer des Nationalsozialismus, Eine Dokumentation, Bonn 1995.
- Quast, Cläre*: Wie die Partei in Wuppertal den antifaschistischen Kampf organisierte, in: Heinz Voßke (Hg.): Im Kampf bewährt, Erinnerungen deutscher Genossen an den antifaschistischen Widerstand von 1933 bis 1945, Berlin (Ost) 1987, S. 33-57.
- Rau, Johannes*: Will euch die Welt furchtsam machen, dann denkt daran und antwortet ihr: Eure Herren gehen, unser Herr aber kommt, Dokumentation der Dankesrede zur Verleihung des Karl-Barth-Preises der Union Evangelischer Kirchen vom 6. September 2005, in: Zeitzeichen, Evangelische Kommentare zu Religion und Gesellschaft 6 (2005), Heft 11, S. 52-57.
- Reibel, Carl-Wilhelm*: Das Fundament der Diktatur, Die NSDAP-Ortsgruppen 1932-1945, Paderborn 2002.
- Reichardt, Sven*: Faschistische Kampfbünde, Gewalt und Gemeinschaft im italienischen Squadristum und in der deutschen SA, (= Industrielle Welt, Bd. 63), Köln 2002.
- Reinhold, Anna-Maria*: Thekla Landé (1864-1932), Kommunalpolitikerin, Ein Leben 'das ein Stück Geschichte zu bedeuten hat', in: Elke Brychta, Anna-Maria Reinhold und Arno Mersmann (Hg.): mutig streitbar reformerisch, Die Landés - sechs Biographien 1859-1977, Essen 2004, S. 49-86.
- Reulecke, Jürgen*: Die wirtschaftliche Entwicklung der Stadt Barmen von 1910 bis 1925, (= Bergische Forschungen, Bd. 10), Neustadt/Aisch 1973.
- Reuth, Ralf Georg*: Goebbels, München 1990.
- Rhefus, Reiner*: Hugo Hillmann (1823-1898), Die Anfänge der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung im Wuppertal, in: Geschichte im Wuppertal 7 (1998), S. 19-38.
- Rhefus, Reiner*: Hugo Hillmann (1823-1898), Die Anfänge der sozialdemokratischen Arbeiterbewegung im Wuppertal, Nachtrag und Korrekturen, in: Geschichte im Wuppertal 8 (1999), S. 93-96.
- Rhefus, Reiner*: Spurensicherung 1920, Der Arbeiteraufstand gegen den Kapp-Putsch und die damalige Arbeiterkultur im Bergischen Land, Essen 2000.
- Rhefus, Reiner*: Hugo Landé (1859-1936), Rechtsanwalt, in: Elke Brychta, Anna-Maria Reinhold und Arno Mersmann (Hg.): mutig streitbar reformerisch, Die Landés - sechs Biographien 1859-1977, Essen 2004, S. 15-47.
- Richardt, Hans-Günter*: Schule der Gewalt, Das Konzentrationslager Dachau, München 1983.

- Ritter, Gerhard A. und Tenfelde, Klaus:* Arbeiter im Deutschen Kaiserreich 1871 bis 1914, (= Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhunderts, Bd. 5), Bonn 1992.
- Ritter, Gerhard A.:* Die Sozialdemokratie und die Reichstagswahlen 1877-1890, Der Durchbruch der Partei zur Massenbewegung in der Zeit des Sozialistengesetzes, in: Karsten Rudolph und Christl Wickert (Hg.): Geschichte als Möglichkeit, Über die Chancen von Demokratie, Essen 1995, S. 120-146.
- Rohe, Karl:* Das Reichsbanner Schwarz Rot Gold, Ein Beitrag zur Geschichte und Struktur der politischen Kampfverbände zur Zeit der Weimarer Republik, (= Beiträge zur Geschichte des Parlamentarismus und der politischen Parteien, Bd. 34), Düsseldorf 1966.
- Romeyk, Horst:* Verwaltungs- und Behördengeschichte der Rheinprovinz 1914-1945, Düsseldorf 1985.
- Romeyk, Horst:* Die leitenden staatlichen und kommunalen Verwaltungsbeamten der Rheinprovinz 1816-1945, Düsseldorf 1994.
- Romeyk, Horst:* "Konjunkturritter?" Politische Karrieren in der Beamtenschaft der Bezirksregierung in der Zeit des Nationalsozialismus, in: Markus Dreist (Hg.): Die Düsseldorfer Bezirksregierung zwischen Demokratisierung, Nazifizierung und Entnazifizierung, Eine staatliche Mittelbehörde an der Schnittstelle zwischen Verwaltung und Politik, Essen 2003, S. 59-85.
- Rosentahl, Heinz:* Solingen, Geschichte einer Stadt, Dritter Band, Aus der Zeit des 19. Jahrhunderts bis zum Ende des Zweiten Weltkriegs, Duisburg 1975.
- Roth, Hans Jürgen:* Katholische Kirche in Remscheid im 'Dritten Reich', in: Michael Mahlke (Hg.): Remscheid in der Zeit des Nationalsozialismus, Remscheid 1995, S. 84-108.
- Roth, Thomas:* Frühe Haft- und Folterstätten in Köln 1933/34, in: Jan-Erik Schulte (Hg.): Konzentrationslager im Rheinland und in Westfalen 1933-1945, Zentrale Steuerung und regionale Initiative, Paderborn 2005, S. 3-24.
- Rottmann, Jürgen:* Die Gründung der evangelischen Kirchengemeinden Dahlerau, Beyenburg und Laaken-Blombacherbach, in: Geschichte im Wuppertal 6 (1997), S. 19-26.
- Ruckenbiel, Jan:* Soziale Kontrolle im NS-Regime: Protest Denunziation und Verfolgung, Zur Praxis alltäglicher Unterdrückung im Wechselspiel von Bevölkerung und Gestapo, Diss. Universität GH Siegen, 2001.
- Rudorff, Andrea:* "Anhäufung vaterlandsfeindlicher Elemente.", Das Konzentrationslager Hammerstein im Regierungsbezirk Schneidemühl, in: Wolfgang Benz und Barbara Distel (Hg.): Terror ohne System, Die ersten Konzentrationslager im Nationalsozialismus, Berlin 2001, S. 179-185.
- Rudorff, Andrea:* 'Privatlager' des Polizeipräsidenten mit prominenten Häftlingen, Das Konzentrationslager Breslau-Dürrgoy, in: Wolfgang Benz und Barbara Distel (Hg.): Instrumentarium der Macht, Frühe Konzentrationslager 1933-1937, Berlin 2003, S. 147-170.

- Rudorff, Andrea*: Misshandlung und Erpressung mit System, Das Konzentrationslager "Vulkanwerft" in Stettin-Bredow, in: Wolfgang Benz und Barbara Distel (Hg.): Instrumentarium der Macht, Frühe Konzentrationslager 1933-1937, Berlin 2003, S. 35-69.
- Rudorff, Andrea*: Schutzhaft im Gewahrsam der Justiz, Das Zentralgefängnis Gollnow bei Stettin, in: Wolfgang Benz und Barbara Distel (Hg.): Instrumentarium der Macht, Frühe Konzentrationslager 1933-1937, Berlin 2003, S. 27-34.
- Runge, Hermann und Runge, Wilhelmine*: Die Moerser SPD im Kampf gegen die Nazis, in: Werkstatt Düsseldorf des Werkkreises Literatur der Arbeitswelt (Hg.): Der Rote Großvater erzählt. Berichte und Erzählungen von Veteranen der Arbeiterbewegung aus der Zeit von 1914 bis 1945, Frankfurt am Main 1974, S. 177-191.
- Rusinek, Bernd-A.*: Verfolgung und Widerstand in der Diktatur 1933-1945, in: Frank Morgner und Andreas Kussmann (Hg.): Die Kraft einer großen Idee, 125 Jahre Sozialdemokratie in Düsseldorf, Düsseldorf 1988, S. 133-145.
- Sassin, Horst*: Pogrom vom 9./10. November in Solingen, in: Manfred Krause (Hg.): "dass ich die Stätte des Glückes vor meinem Tode verlassen müsste", Beiträge zur Geschichte jüdischen Lebens in Solingen, Solingen 2000, S. 243-261.
- Sassin, Horst*: 'Gott richtet Flammenzeichen auf', Die warnende Stimme des Solinger Pfarrers Johannes Lutze, in: Günther van Norden und Klaus Schmidt (Hg.): Sie schwammen gegen den Strom, Widersetzlichkeit und Verfolgung rheinischer Protestanten im 'Dritten Reich', Köln 2006, S. 205-208.
- Sbosny, Inge und Schabrod, Karl*: Widerstand in Solingen, Aus dem Leben antifaschistischer Kämpfer, Frankfurt am Main 1975.
- Schabrod, Karl*: Widerstand an Rhein und Ruhr, Düsseldorf 1969.
- Schilde, Kurt*: Vom Tempelhofer Feld-Gefängnis zum Schutzhaftlager, Das 'Columbia-Haus' in Berlin, in: Wolfgang Benz und Barbara Distel (Hg.): Herrschaft und Gewalt, Frühe Konzentrationslager 1933-1939, Berlin 2002, S. 65-81.
- Schildt, Gerhard*: Die Arbeitsgemeinschaft Nord-West, Diss. Universität Freiburg, 1964.
- Schlingensiepen, Johannes*: Widerstand und verborgene Schuld, Erinnerungen an den Kampf der Bekennenden Kirche in Barmen, Wuppertal 1976.
- Schmidt, Charles*: Das Großherzogtum Berg 1806-1813, Eine Studie zur französischen Vorherrschaft in Deutschland unter Napoleon I., (= Bergische Forschungen, Bd. 27), Neustadt/Aisch 1999.
- Schmidtsiefer, Peter*: Kirche und Gesellschaft im Wilhelminischen Kaiserreich, Eine Analyse der Zeitschrift "Licht und Leben" (1889-1914), Köln 1999.
- Schmiechen-Ackermann, Detlef*: Konsumgenossenschaften als Nischen der Selbstbehauptung in der NS-Diktatur, in: Marlies Buchholz (Hg.): Nationalsozialismus und Region, Bielefeld 1996, S. 167-184.

- Schmiechen-Ackermann, Detlef*: Nationalsozialismus und Arbeitermilieus, Der nationalsozialistische Angriff auf die proletarischen Wohnquartiere und die Reaktion in den sozialistischen Vereinen, Bonn 1998.
- Schmiechen-Ackermann, Detlef*: Regionalbewusstsein und Regionalkulturen im Widerstand gegen den Nationalsozialismus, in: Rolf-Ulrich Kunze (Hg.): Distanz zum Unrecht, 1933-1945, Methoden und Probleme der deutschen Widerstandsforschung, Konstanz 2006, S. 175-194.
- Schnabel, Reimund*: Macht ohne Moral, Eine Dokumentation über die SS, Frankfurt am Main 1958.
- Schneider, Michael*: Höhen, Krisen und Tiefen, Die Gewerkschaften in der Weimarer Republik 1918 bis 1933, in: Ulrich Borsdorf (Hg.): Geschichte der deutschen Gewerkschaften von den Anfängen bis 1945, Köln 1987, S. 281-446.
- Schneider, Michael*: Unterm Hakenkreuz, Arbeiter und Arbeiterbewegung 1933 bis 1939, (= Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhunderts, Bd. 12), Bonn 1999.
- Schneider, Michael*: Gewerkschaftlicher Widerstand, in: Peter Steinbach und Johannes Tuchel (Hg.): Widerstand gegen die Nationalsozialistische Diktatur 1933-1945, Bonn 2004, S. 79-89.
- Schnöring, Kurt*: Oskar Hoffmann (1877-1953), in: Wuppertaler Biographien 14 (1984), S. 31-39.
- Schnöring, Kurt*: Stunde Null in Wuppertal, Ende und Neubeginn 1945, Bottrop 1995.
- Schönhoven, Klaus*: Die Gewerkschaften als Massenbewegung im Wilhelminischen Kaiserreich 1890 bis 1918, in: Ulrich Borsdorf (Hg.): Geschichte der deutschen Gewerkschaften von den Anfängen bis 1945, Köln 1987, S. 167-278.
- Schönhoven, Klaus*: Reformismus und Radikalismus, Gespaltene Arbeiterbewegung im Weimarer Sozialstaat, München 1989.
- Schott, Christian und Steinacker, Sven*: 'Wilde Gesellen am Wupperstrand, verfolgt von Schirachs Banditen', Jugendopposition und -widerstand in Wuppertal 1933-1945, (= Verfolgung und Widerstand in Wuppertal, Bd. 7), Grafenau 2004.
- Schröder, Wilhelm Heinz*: Sozialdemokratische Parlamentarier in den deutschen Reichs- und Landtagen 1867-1933, Biographien - Chronik - Wahldokumentation, Ein Handbuch, Düsseldorf 1995.
- Schröder, Wilhelm Heinz*: BIOSOP-Online, Sozialdemokratische Parlamentarier in den deutschen Reichs- und Landtagen 1867-1933, <http://biosop.zhsf.uni-koeln.de> (2006).
- Schüler-Springorum, Stefanie*: Das Konzentrationslager in Ostpreußen: Quednau bei Königsberg, in: Wolfgang Benz und Barbara Distel (Hg.): Terror ohne System, Die ersten Konzentrationslager im Nationalsozialismus, Berlin 2001, S. 187/188.

- Schüler-Springorum, Stefanie*: Masseneinweisungen in Konzentrationslager: Aktion "Arbeitsscheu Reich", Novemberpogrom, Aktion "Gewitter", in: Wolfgang Benz und Barbara Distel (Hg.): Die Organisation des Terrors, München 2005, S. 156-164.
- Schulz, Arnold*: Schutzhäftling 409, Essen 1947.
- Schumann, Dirk*: Politische Gewalt in der Weimarer Republik 1918-1933, Kampf um die Straße und Furcht vor dem Bürgerkrieg, (= Veröffentlichungen des Instituts für soziale Bewegungen, Schriftenreihe A, Darstellungen, Bd. 17), Essen 2001.
- Schuster, Martin*: Die SA in der nationalsozialistischen "Machtergreifung" in Berlin und Brandenburg 1926-1934, Diss. Technische Universität Berlin, 2005.
- Schwarz, Gudrun*: Die nationalsozialistischen Lager, Frankfurt am Main 1990.
- Sofsky, Wolfgang*: Die Ordnung des Terrors: Das Konzentrationslager, Frankfurt am Main 1993.
- SPD-Ortsverein Mettmann (Hg.)*: 125 Jahre SPD in Mettmann, Mettmann 1992.
- SPD-Unterbezirk Wuppertal (Hg.)*: 1929-1979 Sozialdemokraten in Wuppertal, Wuppertal 1979.
- SPD-Unterbezirk Leverkusen (Hg.)*: 125 Jahre SPD Leverkusen 1868/69-1994, Leverkusen 1994.
- SPD-Unterbezirk Remscheid (Hg.)*: Zur Geschichte der Remscheider Sozialdemokratie, "Die Treue einer kleinen Schar", Festschrift anlässlich des 140jährigen Bestehens der deutschen Sozialdemokratie, Remscheid o. J. [2004].
- Spicher, Willi*: In der Zelle zum Abgeordneten gewählt, (= Antifaschistische Reihe, Bd. 1), Wuppertal 1981.
- Stadtarchiv Solingen (Hg.)*: Nationalsozialistische Herrschaft in Solingen, Dokumentation, o. O. [Solingen] 1978.
- Stadtarchiv Wuppertal (Hg.)*: 75 Jahre Wuppertal, Rückblick auf die Entstehung, Chronologie der Ereignisse 1929-2004, (= Informationen aus dem Stadtarchiv, Bd. 8), Wuppertal 2004.
- Stahl, Otto*: Meine Erlebnisse in den Konzentrationslagern Kemna und Börgermoor, Herdecke/Ruhr 1945.
- Steinbach, Peter*: Karl Ibach, Zur Biographie eines Widerstandskämpfers, Passau 1990.
- Steiner, Robert*: Die reformierte Gemeinde Gemark im Jahre 1933 und 1934, (= Schriftenreihe des Vereins für rheinische Kirchengeschichte, Bd. 68), Köln 1982.
- Stokes, Lawrence D.*: Das Eutiner Schutzhäftlager, Zur Geschichte des "wildem" Konzentrationslagers Eutin, in: VfZ 27 (1979), S. 570-625.
- Stokes, Lawrence D.*: Das oldenburgische Konzentrationslager in Eutin, Neukirchen und Nüchel 1933, in: Wolfgang Benz und Barbara Distel (Hg.): Terror ohne System, Die ersten Konzentrationslager im Nationalsozialismus, Berlin 2001, S. 189-210.

- Stokes, Lawrence D.*: Konzentrationslager im Spiegel der Provinzpresse, Eutin 1933/34, in: Dachauer Hefte 17 (2001), S. 60-77.
- Stracke, Stephan*: Der "Rote General von Elberfeld", Alfred Steinhage, in: Forschungsgruppe Wuppertaler Widerstand (Hg.): "Se krieje us nit kaputt", Gesichter des Wuppertaler Widerstands, 1994, S. 39-63.
- Stracke, Stephan*: Mit rabenschwarzer Zuversicht, Kommunistische Jugendliche in Wuppertal 1916-1936, (= Verfolgung und Widerstand in Wuppertal, Bd. 2), Grafenau 1998.
- Stremmel, Ralf*: Philipp Scheidemann - Aufstieg und Fall eines Ministerpräsidenten und Solinger Reichstagsabgeordneten, in: Zeitschrift des Bergischen Geschichtsvereins 96 (1993/94), S. 153-184.
- Striefler, Christian*: Kampf um die Macht, Kommunisten und Nationalsozialisten am Ende der Weimarer Republik, Berlin 1993.
- Tammena, Heiko*: 'Unser schönes rotes Luckenwalde', Lager, Milieu und Solidargemeinschaft der sozialistischen Arbeiterbewegung zwischen Ausgrenzung und Verstaatlichung, (= Schriftenreihe von Stipendiatinnen und Stipendiaten der Friedrich-Ebert-Stiftung, Bd. 3), Münster 2000.
- Tappe, Rudolf und Tietz, Manfred* (Hg. für die Geschichtskommission der VVN Duisburg): Tatort Duisburg 1933-1945, Widerstand und Verfolgung im Nationalsozialismus, 2 Bde., Essen 1989/1993.
- Tenfelde, Klaus*: Proletarische Provinz, Radikalisierung und Widerstand in Penzberg/Oberbayern 1900 bis 1945, München / Wien 1982.
- Tenfelde, Klaus*: Referat und Diskussionsbeiträge, in: Kolloquium des Instituts für Zeitgeschichte (Hg.): Alltagsgeschichte der NS-Zeit - Neue Perspektive oder Trivialisierung, München 1984, S. 33-38; 46/47; 63/64.
- Tenfelde, Klaus*: Soziale Grundlagen von Resistenz und Widerstand, in: Jürgen Schmädecke und Peter Steinbach (Hg.): Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus, Die deutsche Gesellschaft und der Widerstand gegen Hitler, München/ Zürich 1985, S. 799-812.
- Tenfelde, Klaus*: Die Entstehung der deutschen Gewerkschaftsbewegung, Vom Vormärz bis zum Ende des Sozialistengesetzes, in: Ulrich Borsdorf (Hg.): Geschichte der deutschen Gewerkschaften von den Anfängen bis 1945, Köln 1987, S. 15-165.
- Tenfelde, Klaus*: Arbeitersekretäre, Karrieren in der deutschen Arbeiterbewegung vor 1914, Heidelberg 1993.
- Tenfelde, Klaus*: Historische Milieus - Erbllichkeit und Konkurrenz, in: Manfred Hettling und Paul Nolte (Hg.): Nation und Gesellschaft in Deutschland, Historische Essays, München 1996, S. 247-268.
- Tenfelde, Klaus*: Milieus, politische Sozialisation und Generationenkonflikte im 20. Jahrhundert, (= Gesprächskreis Geschichte, Bd. 19), Bonn 1998.
- Tenfelde, Klaus*: "Wissen ist Macht", in: Etienne François und Hagen Schulze (Hg.): Deutsche Erinnerungsorte, Eine Auswahl, München 2005, S. 229-243.



- Tenfelde, Klaus*: Generationelle Erfahrungen in der Arbeiterbewegung bis 1933, in: Klaus Schönhoven und Bernd Braun (Hg.): Generationen in der Arbeiterbewegung, München 2005, S. 17-49.
- Thomas, Edelgard*: Tragödie einer jüdischen Familie, in: Frieling Anthologie: Damals war's, Zeitzeugen erzählen aus ihrem Leben, 2002, S. 337-344.
- Thompson, David*: The Remscheid workers movement from 1914 to 1945, Diss. University of Warwick, 1983.
- Thompson, David*: Die Entwicklung der NSDAP in Remscheid, in: Michael Mahlke (Hg.): Remscheid in der Zeit des Nationalsozialismus, Remscheid 1995, S. 9-16.
- Thum, Horst*: Das Schutzhaftlager Hassenberg bei Neustadt (Coburg), in: Wolfgang Benz und Barbara Distel (Hg.): Herrschaft und Gewalt, Frühe Konzentrationslager 1933-1939, Berlin 2002, S. 231-235.
- Trotnow, Helmut*: Karl Liebkecht, Eine politische Biographie, Köln 1980.
- Tuchel, Johannes*: Die NS-Prozesse als Materialgrundlage für die historische Forschung, Thesen zu Möglichkeiten und Grenzen interdisziplinärer Zusammenarbeit, in: Jürgen Weber und Peter Steinbach (Hg.): Vergangenheitsbewältigung durch Strafverfahren? NS-Prozesse in der Bundesrepublik Deutschland, 1984, S. 134-144.
- Tuchel, Johannes*: Konzentrationslager, Organisationsgeschichte und Funktion der 'Inspektion der Konzentrationslager' 1934-1938, (= Schriften des Bundesarchivs, Bd. 39), Boppard am Rhein 1991.
- Tuchel, Johannes*: Organisationsgeschichte der 'frühen' Konzentrationslager, in: Wolfgang Benz und Barbara Distel (Hg.): Instrumentarium der Macht, Frühe Konzentrationslager 1933-1937, Berlin 2003, S. 9-26.
- Tuchel, Johannes*: Organisationsgeschichte der "frühen" Konzentrationslager, in: Wolfgang Benz und Barbara Distel (Hg.): Die Organisation des Terrors, München 2005, S. 43-57.
- Ueberholz, Holger*: Die evangelische Kirchengemeinde Vohwinkel während der Zeit des Nationalsozialismus, (= Kölner Veröffentlichungen zur Religionsgeschichte, Bd. 14), Köln 1987.
- Ullmann, Hans*: Das Konzentrationslager Sonnenburg, Eingeleitet und kommentiert von Kaspar Nürnberg, in: Dachauer Hefte (1997), 13, S. 76-91.
- Ünlüdağ, Tânia*: "Frau Muth ist zweifelsohne als einer der größten Staatsfeinde der heutigen Regierung anzusehen", Cläre Quast, verw. Muth, geb. Riedesel, in: Forschungsgruppe Wuppertaler Widerstand (Hg.): "Se krieje us nit kaputt", Gesichter des Wuppertaler Widerstands, 1994, S. 13-38.
- van Norden, Günther*: Der deutsche Protestantismus im Jahr der nationalen Machtergreifung, Gütersloh 1979.
- van Norden, Günther*: Der Kirchenkampf im Rheinland 1933 bis 1934, in: Ders.: Kirchenkampf im Rheinland, Die Entstehung der Bekennenden Kirche und die Theologische Erklärung von Barmen 1934, (= Schriftenreihe des Vereins für rheinische Kirchengeschichte, Bd. 76), Köln 1984, S. 1-188.
- van Norden, Günther*: Unterbarmen im Kirchenkampf, in: Ders. (Hg.): Zwischen

Bekenntnis und Anpassung, Aufsätze zum Kirchenkampf in rheinischen Gemeinden in Kirche und Gesellschaft, (= Schriftenreihe des Vereins für rheinische Kirchengeschichte, Bd. 84), Köln 1985, S. 298-314.

*van Norden, Günther*: Die Innere Mission im Rheinland 1933-1945, in: Reinhard Witschke (Hg.): Diakonie bewegt, 150 Jahre Innere Mission und Diakonie im Rheinland, (= Schriftenreihe des Vereins für rheinische Kirchengeschichte, Bd. 140), Köln 1999, S. 97-128.

*van Norden, Günther*: Politischer Kirchenkampf, Die rheinische Provinzialkirche 1934-1939, (= Schriftenreihe des Vereins für rheinische Kirchengeschichte, Bd. 159), Bonn 2003.

*van Norden, Günther*: 'Das ist Knospenfrevel!', Paul Humburgs Weg von der Hitler-Verehrung zum Regime-Kritiker, in: Ders. und Klaus Schmidt (Hg.): Sie schwammen gegen den Strom, Widersetzlichkeit und Verfolgung rheinischer Protestanten im 'Dritten Reich', Köln 2006, S. 192-195.

*van Norden, Günther*: 'Hier wohnt Volksverräter Immer!', Karl Immer, Sprecher der BK-Reformierten und unbeugsamer Regime-Kritiker, in: Ders. und Klaus Schmidt (Hg.): Sie schwammen gegen den Strom, Widersetzlichkeit und Verfolgung rheinischer Protestanten im 'Dritten Reich', Köln 2006, S. 195-198.

*van Norden, Günther*: Einleitung, in: Ders. und Klaus Schmidt (Hg.): Sie schwammen gegen den Strom, Widersetzlichkeit und Verfolgung rheinischer Protestanten im 'Dritten Reich', Köln 2006, S. 13-21.

*van Norden, Günther*: Protestantismus und Nationalsozialismus im Rheinland, in: Manfred Gailus und Wolfgang Krogel: Von der babylonischen Gefangenschaft der Kirche im Nationalen, Regionalstudien zu Protestantismus, Nationalsozialismus und Nachkriegsgeschichte 1930 bis 2000, Berlin 2006, S. 283-305.

*Verein zur Erforschung der sozialen Bewegungen im Wuppertal*: "Vorbereitung zum Hochverrat", 70 Jahre Wuppertaler Gewerkschaftsprozesse, <http://www.gewerkschaftsprozesse.de> (2005).

*Vollmer, Gisela*: Der Bestand Gestapoleitstelle Düsseldorf im Hauptstaatsarchiv Düsseldorf, in: Der Archivar 16 (1963), S. 287-294.

*Vollnhals, Clemens*: Im Schatten der Stuttgarter Schulderklärung, Die Erblast des Nationalprotestantismus, in: Manfred Gailus und Hartmut Lehmann (Hg.): Nationalprotestantische Mentalitäten, Konturen, Entwicklungslinien und Umbrüche eines Weltbildes, Göttingen 2005, S. 379-431.

*Volmer, Julia*: Zur Hausgeschichte nach 1945, Die Villa ten Hompel 1953 bis 1968, "Wiedergutmachung" an einem Täterort, in: Alfons Kenkmann und Christoph Spieker (Hg.): Im Auftrag, Polizei, Verwaltung und Verantwortung, Essen 2001, S. 342-364.

*Volmer, Julia*: Der Beginn der Wiedergutmachung, in: Markus Dreist (Hg.): Die Düsseldorfer Bezirksregierung zwischen Demokratisierung, Nazifizierung und Entnazifizierung, Eine staatliche Mittelbehörde an der Schnittstelle zwischen Verwaltung und Politik, Essen 2003, S. 126-145.

- von Kellenbach, Katharina*: Schuld und Vergebung, Zur deutschen Praxis christlicher Versöhnung, in: Björn Krondorfer, Katharina von Kellenbach und Norbert Reck: Mit Blick auf die Täter, Fragen an die deutsche Theologie nach 1945, Gütersloh 2006, S. 227-312.
- von Münch, Ingo (Hg.)*: Gesetze des NS-Staates, Dokumente eines Unrechtssystems, Paderborn 1994.
- Vorstand der SPD (Hg.)*: Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1948/1949, Bonn 1950.
- Vorstand der SPD (Hg.)*: Jahrbuch der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands 1958/59, Hannover/Bonn 1960.
- Vorstand der SPD (Hg.)*: Der Freiheit verpflichtet, Gedenkbuch der deutschen Sozialdemokratie im 20. Jahrhundert, Marburg 2000.
- Walter, Franz*: Der Bund der freien Schulgesellschaften, in: Siegfried Heimann und Franz Walter: Religiöse Sozialisten und Freidenker in der Weimarer Republik, Bonn 1993, S. 263-373.
- Walter, Franz und Matthiesen, Helge*: Milieus in der modernen deutschen Gesellschaftsgeschichte, Ergebnisse und Perspektiven der Forschung, in: Detlef Schmiechen-Ackermann (Hg.): Anpassung, Verweigerung, Widerstand, Soziale Milieus, politische Kultur und der Widerstand gegen den Nationalsozialismus in Deutschland im regionalen Vergleich, Berlin 1997, S. 46-75.
- Waneken, Bernd Jürgen und Albrecht, Joachim*: Als die Deutschen demonstrieren lernten, Das Kulturmuster "friedliche Straßendemonstration" im preußischen Wahlrechtskampf 1908-1910, Tübingen 1986.
- Weichlein, Siegfried*: Sozialmilieus und politische Kultur in der Weimarer Republik, Lebenswelt, Vereinskultur, Politik in Hessen, Göttingen 1996.
- Weichlein, Siegfried*: Milieu und Mobilität: Generationelle Gegensätze in der gespaltenen Arbeiterbewegung der Weimarer Republik, in: Klaus Schönhoven und Bernd Braun (Hg.): Generationen in der Arbeiterbewegung, München 2005, S. 165-192.
- Weiler, Willi*: Meine Erlebnisse im KZ-Lager Kemna, Wuppertaler Lager der SA, Oberlahnstein 1949.
- Weiler, Willi*: Kemna, Meine Erlebnisse im Konzentrationslager Wuppertal, Wuppertal 1998.
- Weiß, Hermann (Hg.)*: Biographisches Lexikon zum Dritten Reich, Frankfurt am Main 2002.
- Welskopp, Thomas*: Das Banner der Brüderlichkeit, Die deutsche Sozialdemokratie vom Vormärz bis zum Sozialistengesetz, (= Historisches Forschungszentrum der FES, Reihe Politik und Gesellschaftsgeschichte, Bd. 54), Bonn 2000.
- Welskopp, Thomas*: Die 'Generation Bebel', in: Klaus Schönhoven und Bernd Braun: Generationen in der Arbeiterbewegung, München 2005, S. 51-67.
- Werner, Gerhart*: Aufmachen, Gestapo! Über den Widerstand in Wuppertal 1933-1945, Wuppertal 1975.

- Wieland, Lothar*: Die Bremischen Konzentrationslager Ochtumsand und Langlütjen II, in: Wolfgang Benz und Barbara Distel (Hg.): Herrschaft und Gewalt, Frühe Konzentrationslager 1933-1939, Berlin 2002, S. 275-294.
- Wilhelm, Friedrich*: Die Polizei im NS-Staat, Die Geschichte ihrer Organisation im Überblick, Paderborn 1999.
- Winkler, Heinrich August*: Der Schein der Normalität, Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1924 bis 1930, (= Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhunderts, Bd. 10), Bonn 1988.
- Winkler, Heinrich August*: Der Weg in die Katastrophe, Arbeiter und Arbeiterbewegung in der Weimarer Republik 1930 bis 1933, (= Geschichte der Arbeiter und der Arbeiterbewegung in Deutschland seit dem Ende des 18. Jahrhunderts, Bd. 11), Bonn 1990.
- Wintgen, Thomas, Buse, Klaus-Dieter u.a.*: Menschen, Fakten, Akten (1933-1945), Auswertung der Gestapo- und Entnazifizierungsakten, Auswahl von Zeitungsberichten, (= Wermelskirchen - Beiträge zu unserer Geschichte, Bd. 9), Remscheid 1998.
- Wirsching, Andreas*: Nationalsozialismus in der Region, Tendenzen der Forschung und methodische Probleme, in: Horst Möller, Andreas Wirsching und Horst Ziegler (Hg.): Nationalsozialismus in der Region, Beiträge zur regionalen und lokalen Forschung und zum internationalen Vergleich, München 1996, S. 25-46.
- Wirsching, Andreas*: "Stalinisierung" oder entideologisierte "Nischengesellschaft"? Alte Einsichten und neue Thesen zum Charakter der KPD in der Weimarer Republik, in: VfZ 45 (1997), S. 449-466.
- Wirsching, Andreas*: Vom Weltkrieg zum Bürgerkrieg? Politischer Extremismus in Deutschland und Frankreich 1918-1933/39, Berlin und Paris im Vergleich, München 1999.
- Wisotzky, Klaus (Bearb.)*: Das Schriftgut der NSDAP, ihrer Gliederungen und angeschlossenen Verbände in der Überlieferung staatlicher Behörden im Bereich des heutigen Landes Nordrhein-Westfalen, Teil 1, Spezialnachweis zu den Beständen Reg. Düss., Landratsamt Moers, Bergämter Dinslaken und Duisburg und Polizeibehörden im Regierungsbezirk Düsseldorf, Düsseldorf 1981.
- Wisskirchen, Josef*: Schutzhaft in der Rheinprovinz: Das Konzentrationslager Brauweiler 1933-1934, in: Wolfgang Benz und Barbara Distel (Hg.): Herrschaft und Gewalt, Frühe Konzentrationslager 1933-1939, Berlin 2002, S. 129-156.
- Wißkirchen, Josef*: Brauweiler bei Köln: Frühes Konzentrationslager in der Provinzial-Arbeitsanstalt 1933-34, in: Jan Erik Schulte (Hg.): Konzentrationslager im Rheinland und in Westfalen 1933-1945, Zentrale Steuerung und regionale Initiative, Paderborn 2005, S. 65-85.
- Wittfogel, Karl August*: Staatliches Konzentrationslager VII, Eine "Erziehungsanstalt" im Dritten Reich, (= DIZ-Schriften, Bd. 4), Bremen 1991.

- Wittmütz, Volkmar*: Armenfürsorge in Elberfeld - 150 Jahre "Elberfelder System", in: Romerike Berge, Zeitschrift für das Bergische Land 53 (2003), Heft 1, S. 2-10.
- Wittmütz, Volkmar*: Die Entstehung der Stadt Wuppertal 1929, in: Romerike Berge, Zeitschrift für das Bergische Land 54 (2004), Heft 2, S. 2-17.
- Wittmütz, Volkmar*: Ein Zufluchtsort für die Bekennende Kirche, Die Villa des Barmer Fabrikanten Willy Halstenbach, in: Günther van Norden und Klaus Schmidt (Hg.): Sie schwammen gegen den Strom, Widerständigkeit und Verfolgung rheinischer Protestanten im 'Dritten Reich', Köln 2006, S. 130-133.
- Wittmütz, Volkmar*: Die rheinische Kirche nach dem Zweiten Weltkrieg und der Kirchenkampf, in: Manfred Gailus und Wolfgang Krogel: Von der babylonischen Gefangenschaft der Kirche im Nationalen, Regionalstudien zu Protestantismus, Nationalsozialismus und Nachkriegsgeschichte 1930 bis 2000, Berlin 2006, S. 307-328.
- Wohlfeld, Udo*: Das Konzentrationslager Nohra in Thüringen, in: Wolfgang Benz und Barbara Distel (Hg.): Terror ohne System, Die ersten Konzentrationslager im Nationalsozialismus, Berlin 2001, S. 105-121.
- Wohlfeld, Udo*: Im Hotel 'Zum Großherzog', Das Konzentrationslager Bad Sulza 1933-1937, in: Wolfgang Benz und Barbara Distel (Hg.): Instrumentarium der Macht, Frühe Konzentrationslager 1933-1937, Berlin 2003, S. 261-275.
- Wollenberg, Jörg*: Das Konzentrationslager Ahrensböck-Holstendorf im oldenburgischen Landesteil Lübeck, in: Wolfgang Benz und Barbara Distel (Hg.): Terror ohne System, Die ersten Konzentrationslager im Nationalsozialismus, Berlin 2001, S. 223-250.
- Wollenberg, Jörg*: Gleichschaltung, Unterdrückung und Schutzhaft in der roten Hochburg Bremen: Das Konzentrationslager Bremen-Mißler, in: Wolfgang Benz und Barbara Distel (Hg.): Herrschaft und Gewalt, Frühe Konzentrationslager 1933-1939, Berlin 2002, S. 245-273.
- Woyke, Meik*: Die 'Generation Schumacher', in: Klaus Schönhoven und Bernd Braun (Hg.): Generationen in der Arbeiterbewegung, München 2005, S. 87-105.
- Wunder, Olaf*: Den Frieden, die Freiheit, das Recht? Unterdrückung des proletarischen Widerstandes im KZ Kemna, Manuskript zum Schülerwettbewerb des Bundespräsidenten, Remscheid 1980.
- Wunder, Olaf*: Das KZ Kemna, in: Dieter Galinski u.a.: Nazis und Nachbarn, Schüler erforschen den Alltag im Nationalsozialismus, Reinbek 1982, S. 234-247.
- Wünderich, Volker*: Arbeiterbewegung und Selbstverwaltung, KPD und Kommunalpolitik in der Weimarer Republik, Mit dem Beispiel Solingen, Wuppertal 1980.
- Zámacnik, Stanislav*: Das frühe Konzentrationslager Dachau, in: Wolfgang Benz und Barbara Distel (Hg.): Terror ohne System, Die ersten Konzentrationslager im Nationalsozialismus, Berlin 2001, S. 13-39.

- Zarusky, Jürgen*: Die juristische Aufarbeitung der KZ-Verbrechen, in: Wolfgang Benz und Barbara Distel (Hg.): Die Organisation des Terrors, München 2005, S. 345-362.
- Zarusky, Jürgen*: Von der Sondergerichtsbarkeit zum Endphasenterror, Loyalitätserzwingung und Rache am Widerstand im Zusammenbruch des NS-Regimes, in: Cord Arens, Edgar Wolfrum und Jörg Zedler (Hg.): Terror nach Innen, Verbrechen am Ende des Zweiten Weltkrieges, Göttingen 2006, S. 103-121.
- Ziegler, Ernst Andreas*: Fritz Senger (1886-1936), in: Wuppertaler Biographien 14 (1984), S. 75-78.
- Ziemann, Benjamin*: Germany after the First World War - A violent society? Results and implications of recent research on Weimar Germany, in: Journal of Modern European History 1 (2003), S. 80-95.
- Zimmermann, Volker*: NS-Täter vor Gericht, Düsseldorf und die Strafprozesse wegen nationalsozialistischer Gewaltverbrechen, (= Juristische Zeitgeschichte, Bd. 10), Düsseldorf 2001.
- Zwahr, Hartmut*: Die deutsche Arbeiterbewegung im Länder- und Territorienvergleich 1875, in: GG 13 (1987), S. 448-507.

## **Anhang**

### **Verzeichnis der Abbildungen und Tabellen**

Abb. 1: Mitgliederzahlen der zwölf größten ADAV-Gemeinden im Herbst 1864	29
Abb. 2: Mitgliederentwicklung im SPD-Bezirk Niederrhein 1900-1914.....	37
Abb. 3: Mitgliederentwicklung im SPD-Unterbezirk Elberfeld-Barmen 1904-1914 .....	37
Abb. 4: Vergleich der bergischen Wahlkreise nach abgegebenen Stimmen im ersten Wahlgang in % .....	39
Abb. 5: Auflagenentwicklung „Morgenroth“ .....	45
Abb. 6: Mitgliederentwicklung „Befreiung“, Elberfeld, von der Gründung bis 1914 .....	47
Abb. 7: Reichstagswahlergebnisse der großen Parteien des sozialistischen Wählerlagers in Wuppertal 1919-1933 nach der Anzahl der abgegebenen Stimmen.....	52
Abb. 8: Addierte Reichstagswahlergebnisse von SPD und KPD in den bergischen Großstädten und Radevormwald 1928 – 1933 in % .....	53
Abb. 9: RT-Wahlergebnisse des Zentrums in Wuppertal in absoluten Zahlen ..	64
Abb. 10: Reichstagswahlergebnisse der Parteien des nationalen Wählerlagers in Wuppertal 1919-1933 nach der Anzahl der abgegebenen Stimmen.....	83
Abb. 11: Stimmenanteile der NSDAP bei der Reichstagswahl im November 1932 .....	84
Abb. 12: Mitgliederentwicklung der NSDAP in Wuppertal 1926-1933.....	84
Abb. 13: Mitgliederentwicklung NSDAP in Radevormwald 1929-1933.....	85
Abb. 14: Organisationsdiagramm der SA-Brigade 72 (Stand September 1933)	88
Abb. 15: Willi Veller.....	91
Abb. 16: Umsatz der Konsumgenossenschaft „Vorwärts-Befreiung“ 1924/25 bis 1932/33.....	121
Abb. 17: Ergebnisvergleich RTW 1932 I und 1933 im Wahllokal 78.....	123
Abb. 18: Ergebnisse von Betriebsratswahlen in Wuppertal-Barmen im März 1933 .....	125

Abb. 19: Schutzhaftgefangene im Gefängnis des Landgerichts Wuppertal 1933/34.....	129
Abb. 20: Vergleich Stimmbezirke 102, 261 und Wuppertaler Durchschnitt (RT-Wahl 5. März 1933) .....	134
Abb. 21: Foto der Wachmannschaft .....	148
Abb. 22: Generationelle Zusammensetzung der Wachmannschaft .....	150
Abb. 23: Einzugsgebiet des KZ Kemna .....	158
Abb. 24: Zahl der Häftlinge im Lager Kemna .....	165
Abb. 25: Festprogramm der Weihnachtsfeier 1933 im KZ Kemna .....	199
Abb. 26: Prinz August Wilhelm, Veller, Hilgers (von links nach rechts) im Hotel zur Post .....	206
Abb. 27: Prozentuale Verteilung der Herkunftsorte der Opfer .....	229
Abb. 28: Foto des Mahnmals KZ Kemna.....	239
Abb. 29: Generationelle Zusammensetzung der Kemna-Häftlinge I .....	246
Abb. 30: Generationelle Zusammensetzung der Kemna-Häftlinge II.....	247
Abb. 31: Verteilung der Herkunftsorte in absoluten Zahlen .....	248
Abb. 32: prozentuale Verteilung Parteizugehörigkeit.....	249
Abb. 33: prozentuale Verteilung Konfessionszugehörigkeit.....	252
Abb. 34: Haftorte vor der Einlieferung in die Kemna.....	253
Abb. 35: Verbleib nach der Haft im KZ Kemna .....	254
Abb. 36: Mitgliederzahlen der KPD-Unterbezirke im Bergischen Land in der Illegalität 1933/34.....	265
Abb. 37: Anteil der Nein-Stimmen an den gültigen, abgegebenen Stimmen der Volksabstimmung im August 1934 in % .....	305
Abb. 38: Absolute Zustimmungquote der Volksabstimmung im August 1934 in %.....	305
Abb. 39: Gemeldete Erwerbslose in der Stadt Wuppertal 1931-1938.....	312
Abb. 40: Wahlergebnisse von SPD und KPD in Remscheid 1945 bis zum KPD-Verbot in Prozent .....	326
	370



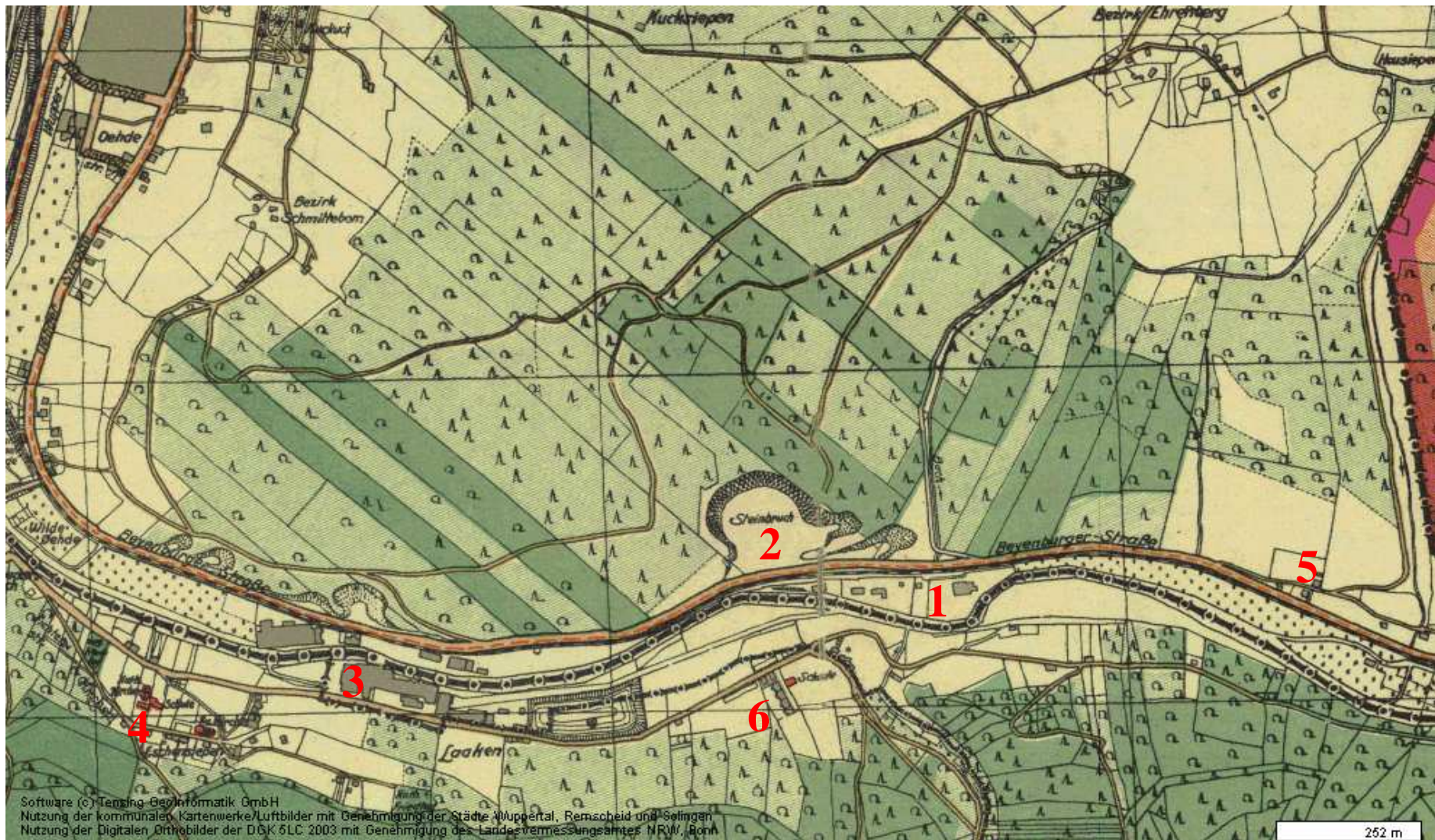
Tabelle 1: Wohnbevölkerung Wuppertals nach Bekenntnis im Juni 1933.....	26
Tabelle 2: Wohnbevölkerung Radevormwalds nach Bekenntnis im Oktober 1933 .....	26
Tabelle 3: Sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete aus dem Bergischen Land 1867-1877 .....	30
Tabelle 4: Sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete aus dem Bergischen Land 1878-1887 .....	31
Tabelle 5: Sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete aus dem Bergischen Land 1890-1912 .....	40
Tabelle 6: Todesopfer der zweiten Terrorphase in Wuppertal.....	111
Tabelle 7: Altersstruktur der Wachmannschaft.....	150
Tabelle 8: Zeitpunkt des SA-Beitritts der Wachmänner .....	151
Tabelle 9: Zeitpunkt des NSDAP-Beitritts der Wachmänner.....	151
Tabelle 10: Anzahl der vorhandenen Informationen zu den Häftlingen.....	245
Tabelle 11: Berufsgruppen in absoluten Zahlen und in % .....	253
Tabelle 12: Wahllokale in W.-Barmen mit mehr als 30 % „Nein“-Anteil im November 1934.....	307
Tabelle 13: Wahllokale in W.-Elberfeld mit mehr als 30 % „Nein“-Anteil im November 1934.....	307
Tabelle 14: „Gewerkschaftsprozesse“ des OLG Hamm mit mehr als 20 Angeklagten.....	310

## Abkürzungsverzeichnis

ADAV	Allgemeiner Deutscher Arbeiterverein
A.- und S.-Rat	Arbeiter- und Soldatenrat
ADGB	Allgemeiner Deutscher Gewerkschaftsbund
AfW	Amt für Wiedergutmachung
AM	Apparat für Militärpolitik
AOK	Allgemeine Ortskrankenkasse
AZR	Arbeits-Zwang-Reich
BA	Bergische Arbeiterstimme
BAS	Begegnungsstätte Alte Synagoge Wuppertal
Bd.	Band
Bde.	Bände
BK	Bekennende Kirche
Bl.	Blatt
BLZ	Bergische Landes-Zeitung
BMZ	Bergisch-Märkische Zeitung
BNSDJ	Bund Nationalsozialistischer Deutscher Juristen
CSVD	Christlich-Sozialer Volksdienst
DAF	Deutsche Arbeitsfront
DC	Glaubensgemeinschaft der Deutschen Christen
DDP	Deutsche Demokratische Partei
DFG	Deutsche Forschungsgemeinschaft
DIN	Deutsche Industrienorm
DMV	Deutscher Metallarbeiterverband
DNVP	Deutschnationale Volkspartei
DStP	Deutsche Staatspartei
DVP	Deutsche Volkspartei
FES	Friedrich-Ebert-Stiftung
FP	Freie Presse
GA	General-Anzeiger für Elberfeld Barmen / für Wuppertal
Gestapa	Geheimes Staatspolizeiamt
Gestapo	Geheime Staatspolizei
GStAH	Generalstaatsanwaltschaft Hamm
GVP	Gesamtdeutsche Volkspartei
Hg.	Herausgeber
HStAD	Landesarchiv Nordrhein-Westfalen - Hauptstaatsarchiv Düsseldorf
IKL	Inspektion der Konzentrationslager
k.	kommissarisch
KJVD	Kommunistischer Jugendverband Deutschlands
KPD	Kommunistische Partei Deutschlands
KZ	Konzentrationslager
lfd. Nr.	laufende Nummer
LG	Landgericht
Mdl	Ministerium des Innern
MEKGR	Monatshefte für evangelische Kirchengeschichte des Rheinlandes
MSPD	Mehrheitssozialdemokratische Partei Deutschlands
NRW	Nordrhein-Westfalen
NS	Nationalsozialismus
NSDAP	Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei

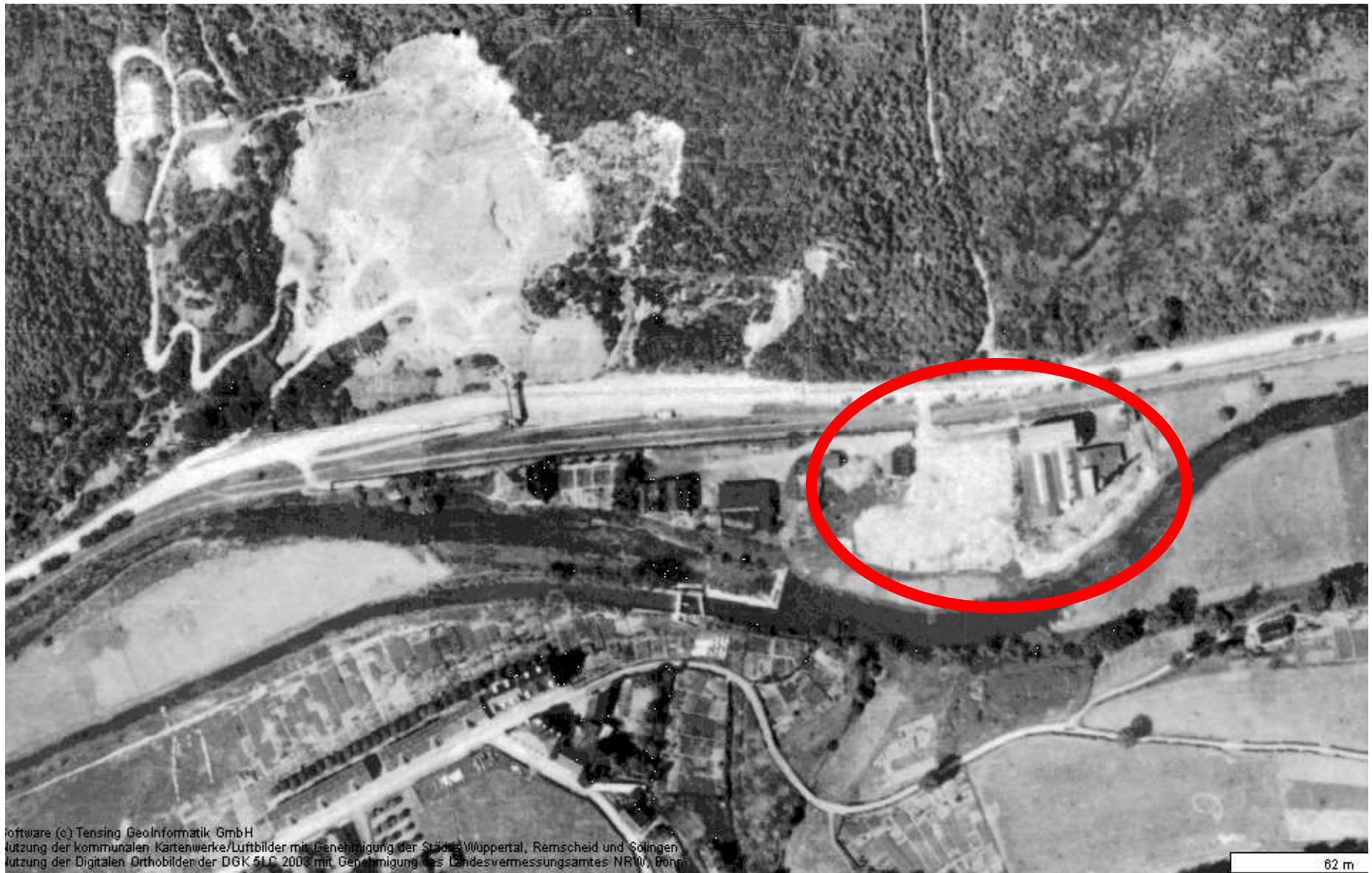
NSV	Nationalsozialistische Volkswohlfahrt
NV	Wahl zur Nationalversammlung
o.Bl.	ohne Blattangabe
o.J.	ohne Jahr
o.O.	ohne Ort
OLG	Oberlandesgericht
Pol. Rev.	Polizei-Revier
PP	Polizeipräsident
Reg. Düss.	Regierung Düsseldorf
RFB	Roter Frontkämpferbund
RGO	Revolutionäre Gewerkschaftsopposition
RLZ	Rheinische Landeszeitung
RP	Regierungspräsident
RT	Reichstagswahl
RUB	Ruhr-Universität Bochum
SA	Sturmabteilung
SAJ	Sozialistische Arbeiterjugend
SAPMO	Stiftung Archiv der Parteien und Massenorganisationen der DDR im Bundesarchiv
SD	Sicherheitsdienst
SDAP	Sozialdemokratische Arbeiterpartei
Sipo	Sicherheitspolizei
SJV	Sozialistischer Jugendverband
Sopade	Sozialdemokratische Partei Deutschlands im Exil
SPD	Sozialdemokratische Partei Deutschlands
SS	Schutzstaffel
StA	Staatsanwalt
StadtAW	Stadtarchiv Wuppertal
StAM	Landesarchiv Nordrhein-Westfalen - Staatsarchiv Münster
Stapo	Staatspolizei
SZ	Süddeutsche Zeitung
TA	Täglicher Anzeiger für Berg und Mark
USPD	Unabhängige Sozialdemokratische Partei Deutschlands
VfL	Verein für Leibesübungen
VfZ	Vierteljahreshefte für Zeitgeschichte
V-Leute	Vertrauensleute
V-Mann	Vertrauensmann
VS	Völkisch-Sozialer Block
VVN	Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes
VzH	Vorbereitung zum Hochverrat
WZ	Wuppertaler Zeitung
ZfG	Zeitschrift für Geschichtswissenschaft
ZStA	Zentralstaatsanwaltschaft

## **Karten, Dokumente, Kalendarium (Seiten A bis H)**



**Ausschnitt aus: Karte der Stadt Wuppertal im Maßstab 1:15.000 zusammengestellt durch das Vermessungsamt im Januar 1930.**

**1 –Lagergelände; 2 – Steinbruch; 3 – Schlieper & Baum; 4 – Eschensiepen; 5 – „Haus Kemna“; 6 – östlicher Teil Laakens**



Software (c) Tensing Geoinformatik GmbH  
Nutzung der kommunalen Kartenwerke/Luftbilder mit Genehmigung der Städte Wuppertal, Remscheid und Solingen  
Nutzung der Digitalen Orthobilder der DGK 51C 2003 mit Genehmigung des Landesvermessungsamtes NRW, Bonn

**Luftbild des späteren Lagergeländes aus dem Jahr 1929**

1.  
Neu zu schreiben, daß mein Erlebnis während der  
Geisteskr. im Winter 1933-34 mir selbst in Vergegenwärtigung  
erleben könnten, was das betrifft der Reihenfolge der  
Ereignisse sind in der Erinnerung verschiedene Momente,  
weil ich heute, am 11. August 1934, damit beginnen, die  
selben schriftlich wiederzugeben.

Veranlaßt durch die politischen Umwälzungen der Jahre  
1933 mit all ihren furchtbaren Folgen, besonders  
durch die vollständige Unterdrückung jeder Meinungsäußerung  
sah ich mich dazu gezwungen, einen kleinen Teil zu  
schreiben, welcher als Nachwort zum Buch auf dem  
Tisch der Zukunft aufsteht, welche man als Entscheidung  
empfehlen kann - wie mich bewegt es sehr.

Dieser Bericht sollte ich ursprünglich schriftlich im  
Anfang des Okt. an drei Stellen ankommen. All  
ist dies am 25. Oktober, und ab dem 2. Exemplar  
im die Nummer der E. W. in der D. M. angedruckt  
sollte, kann ein ein junger Mensch von etwa 16 Jahren  
mit einem Brief über den Briefträger gebracht und  
auf den, wie ich das Buch antwortete. Er fuhr jedoch  
ruhig weiter und ich ging dann in den nächsten  
Reihenfolge weiter. Die Strafe war, völlig unpassend  
und nicht nur einigen Minuten bezeugten mir zwei  
D. W. Leute in Uniform. Ich war bereit, eine junge Frau  
weiter zu gehen, als ich hinter mir ein Exemplar kommen  
sollte. Ich ging ruhig voran, aber mich umgibt. Der  
Mensch war mit mir ein paar Meter hinter mir, als  
er mir gleich zurief: „Hier! Hier! Hier!“ und einen  
Augenblick! Er war mir sofort klar, daß ich antwortete  
war. Der Briefträger sprach vom Buch und ich sprach mich

64  
vom Buch mit ein Unterbrechung der Angelegenheit  
der Konzentration aller der Männer, Herkules-  
stube worden aber empfanden kein zwingen  
benötigt. - Ein Anzeichen meinerseits könnte sich  
bezeichnen, nicht auf Fortsetzung setzen,  
dann beim Abschluß der Briefe, die man  
mit Willkür, jedenfalls Willkür, zu  
geben. Ob meine Willkür, die man  
sah die unmittelbaren Folgen der Willkür-  
linge feststellen könnten, das Stück zur offenen  
Angelegenheit, die man nicht mehr sehen konnte  
kann ich nicht wissen. Überdies sind mir von die-  
sen, die gleich empfängt zu gehen waren, mir  
wenige Namen bekannt geworden.

Die die Aufsicht der geschichtlichen Fortkomm-  
nisse habe ich jetzt zu mir.

Friedrich Braß  
Münster - Elberfeld

Wieder geschrieben während der Monate August  
bis November 1934.

Alte gute Freunde, besite ich mich vor einer  
Freundschaft gleich der seltsamen Erinnerungen  
der Fortsetzung!

Erste und letzte Seite des Kemna-Berichts von Fritz Braß (Archiv der BAS)

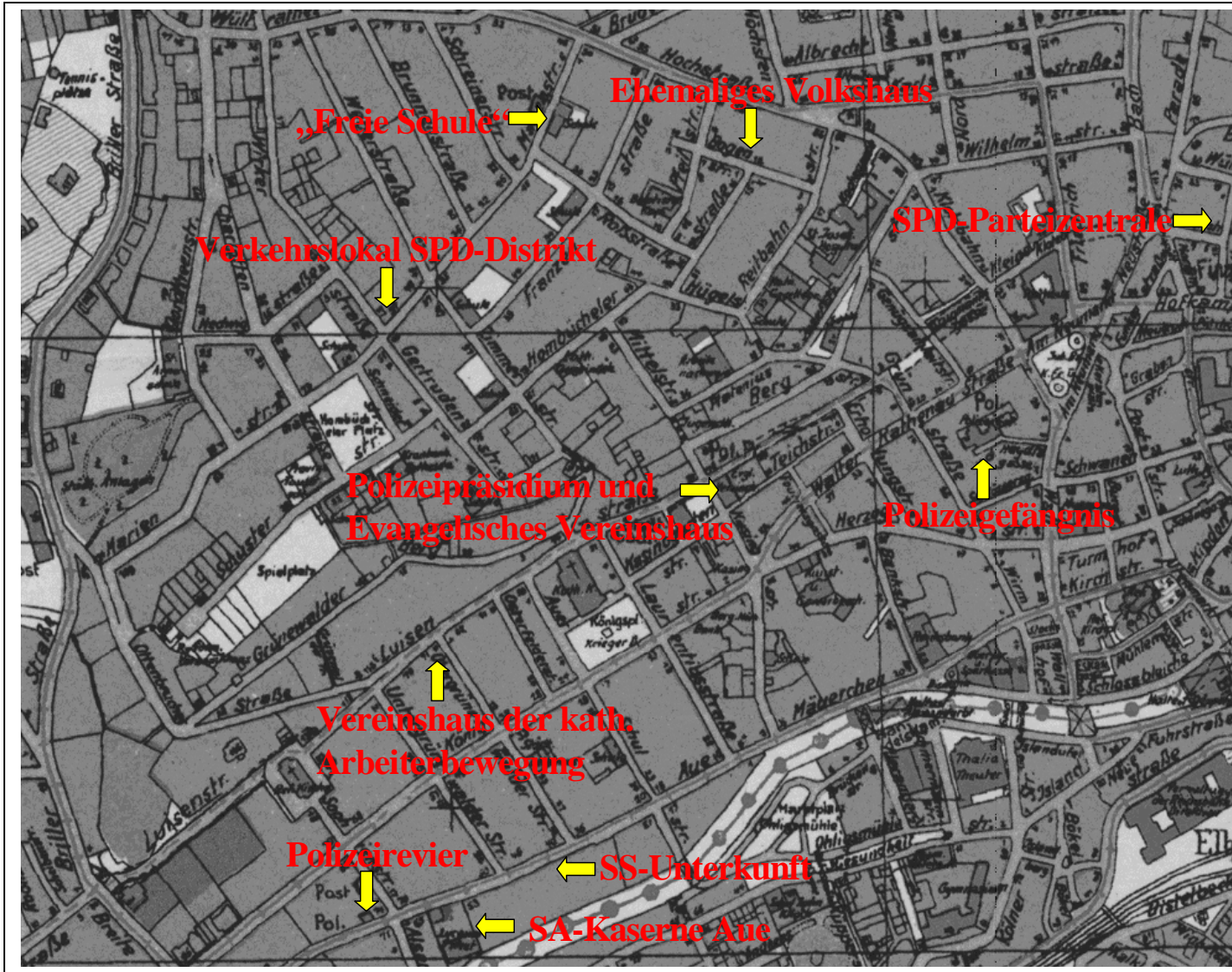


*gratulation* Meine lieben Eltern! 13.10.33

Dies ist nach langer Zeit das erste Lebenszeichen das ich Euch geben kann. Ich kann von mir schreiben dass ich mich noch körperlich wohl befinde. Eine viel ernstere Frage für mich ist aber die nach Euerem Befinden. Hoffentlich macht Ihr Euch nicht zuviel unnütze Sorgen; es wird alles gut werden. Ich benötige nun noch einige Sachen, und zwar meine alte blaue Jacke, ein Paar Strümpfe, 2 Taschen tücher, das blaue Kragenhemd, braune Schuhwische. Schickt mir auch bitte etwas Brotbelag (Margarine, Marmelade) Vielleicht auch mal Ribbikuchen, Pflaumenpfannkuchen oder Kartoffelsalat. Verpackt die Sachen bitte in

*gratulation*  
Karl Ibach  
ich  
stets  
nach  
halten  
und  
meinen  
Eltern  
Vater  
zum  
Schreiben

Vorder- und Rückseite einer Postkarte Karl Ibachs an seine Eltern (StadtAW, Fotosammlung)



Innenstadt von Wuppertal-Elberfeld Anfang 1933





**Holzchnitt des ehemaligen Kemna-Häftlings Günther Strupp (Henryk Keisch. Struppzeug, Die kuriose, unheilvolle Bilderwelt des Günther Strupp, Berlin (Ost) 1970, S. 7)**

## Kalendarium der Ereignisse im KZ Kemna

05.07.1933	Einrichtung des Konzentrationslagers und Einlieferung der ersten Gefangenen
10.07.1933	Amtseinführung Willi Vellers als k. Polizeipräsident in Wuppertal
15.07.1933	Veller ernennt Alfred Hilgers zum Lagerkommandanten
21.07.1933	Ankunft eines Häftlingstransports aus dem Polizeigefängnis Solingen
24.07.1933	Genehmigung als provisorisches Lager durch das Innenministerium
28.07.1933	Dreitägiger Essensentzug in allen preußischen Konzentrationslagern (Hindenburg-Eiche)
31.07.1933	Zahl der Gefangenen bei etwa 200
07.08.1933	Einlieferung der etwa 50 "Meuterer" aus dem Zuchthaus Lüttringhausen
11.08.1933	Einlieferung Karl Ibachs, am 23.10.1933 freigelassen
19.08.1933	Beginn der Folterungen von Willi Haines
25.08.1933	Reichsweite Personen- und Sachkontrolle auf allen Verkehrswegen
26.08.1933	"Aktion Mühlenteich", Tod des 13jährigen Hermann Göbel
08.09.1933	Erster Eintrag des SA-Sanitäters in das „Krankenbuch für KZ Kemna“
16.09.1933	Besuch des Lagers durch SA-Gruppenführer August Wilhelm, Prinz von Preußen
17.09.1933	Erster protestantischer Gottesdienst im Lager
18.09.1933	Eugen Reis' Suizidversuch durch Sprung vom Dach des Hauptgebäudes
21.09.1933	Flucht August Schäfers, am 23.09.1933 wieder gefasst
26.09.1933	Einlieferung Heinrich Hirtsiefers, am 12.10.1933 ins Moor-KZ Börgermoor verlegt
29.09.1933	Ankunft des Häftlingstransports aus Duisburg
01.10.1933	Erntedankfest, Prügelorgie, nachdem der Tod des Sturmführers August Puppe bekannt wurde
02.10.1933	Ankunft des ersten Häftlingstransports aus Wermelskirchen
03.10.1933	Ankunft des zweiten Häftlingstransports aus Wermelskirchen
16.10.1933	Entlassung der Hälfte der Duisburger Häftlinge, Rücktransport durch Duisburger Polizei
18.10.1933	Abgang des Häftlingstransports in das Moor-KZ Neusustrum in Stärke von 111 Mann
24.10.1933	Öffentliche Warnung PP Vellers an „Gerüchteverbreiter“
27.10.1933	Einlieferung von Friedrich Braß, am 12.01.1934 ins Gefängnis Bendahl verlegt
04.11.1933	Bestrafung der Kartoffelschäler wegen „Störung des Aufbauwerks Adolf Hitlers“
10.11.1933	Übertragung der "Führerrede" in Saal I
12.11.1933	"Reichstagswahl und Volksabstimmung", in den Folgetagen Entlassung von 250 Häftlingen
14.11.1933	Beginn der Folterungen der Radevormwalder Häftlinge
27.11.1933	Zahl der Häftlinge bei 540
30.11.1933	Kontrolle des Lagers durch eine Kommission der Bezirksregierung
01.12.1933	Absetzung von Alfred Hilgers als Kommandant
16.12.1933	PP Veller „krankheitshalber“ beurlaubt
18.12.1933	Sturmbannführer Wolters neuer Kommandant
23.12.1933	Entlassung von 88 Häftlingen im Rahmen der preußischen Weihnachtsamnestie
24.12.1933	Weihnachtsfeier des DC-Pfarres Martin Altenpohl
31.12.1933	Silvesterzwischenfall
09.01.1934	Karl Erlemann aus Radevormwald stirbt in Galkhausen im Alter von 39 Jahren
12.01.1934	Standartenführer Fritz Habenicht neuer Führer der SA-Brigade 72
17.01.1934	"Schöpfkommando" im Neubau soll missliebige Häftlinge kurz vor der Schließung noch zugrunde richten
19.01.1934	Abgang des Häftlingstransports in das Moor-KZ Börgermoor in Stärke von 194 Mann
20.01.1934	Entlassung der Wachmannschaft

01.02.1934	Schließung des Krankenbuchs - Auflösung des Abwicklungskommandos
25.02.1934	Otto Böhne stirbt im Krankenhaus Papenburg im Alter von 36 Jahren
11.05.1934	Kuno Haas aus Burscheid stirbt in der Provinzial-Heil- und Pflegeanstalt Bonn